Klaus Schwabe

Wissenschaft und Kriegsmoral

Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges

MUSTERSCHMIDT-VERLAG · GÖTTINGEN
ZÜRICH · FRANKFURT

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft
und der Stiftung Volkswagenwerk

MUSTERSCHMIDT-VERLAG · Göttingen
Zürich · Frankfurt

Gesamtherstellung: „Muster-Schmidt" KG., Göttingen
Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkung

Die folgende Studie bringt, revidiert und neu bearbeitet, die Kapitel I-III und V-VIII meiner Dissertation, die ich 1958 maschinengeschrieben vorgelegt habe. Das IV. Kapitel ist bereits 1966 gesondert erschienen (VfZG XIV/2) und wird deshalb nur in seinen Ergebnissen referiert.

Zahlreichen Persönlichkeiten und Institutionen gilt mein herzlicher Dank, an erster Stelle und besonders meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Gerhard Ritter. Er hat die Anregung zu diesem Thema gegeben; er hat mir bis zu seinem Tode in allen Stadien der Ausarbeitung und der Vorbereitung des Druckes stets hilfsbereit zur Seite gestanden — als Ratgeber, Kritiker und Vorbild. In der jetzt vorliegenden Form hat er diese Arbeit nicht mehr lesen können. Wäre ihm dies noch möglich gewesen, so hätte er meiner Interpretation sehr wahrscheinlich nicht in allen Punkten zugestimmt. Es wäre ihm, der Schülerschaft nie im Sinne von sektenhafter Enge oder Abhängigkeit verstanden wissen wollte, jedoch nicht eingefallen, mein Recht zu eigenem Urteil in Frage zu stellen.

Gleichfalls an dieser Stelle möchte ich dem Nachfolger Gerhard Ritters, Herrn Professor Erich Hassinger, meinen sehr herzlichen Dank sagen für das Interesse, mit dem er den Fortgang meiner Arbeit begleitet, und für die Tatkraft, mit der er mir über manche Klippe bei der Vorbereitung des Druckes geholfen hat.

Zu Dank verpflichtet bin ich weiterhin den Beamten der Archive in Bonn (Auswärtiges Amt), Koblenz, Merseburg und Potsdam, der Handschriftenabteilungen an der Deutschen Staatsbibliothek und an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin, ferner der Universitätsbibliotheken in Freiburg und Bonn, für die Unterstützung, die sie mir beim Auswerten der bei ihnen lagernden Aktenbestände gewährten. Für die Zugänglichmachung von weiteren schriftlichen Zeugnissen und von Bildmaterial habe ich außerdem Nachkommen und Schülern der von mir behandelten Gelehrten zu danken, für wichtige, weiterführende Auskünfte den Herren Professoren Ehrenberg (London) und F. Th. Epstein (Bloomington), Herrn Archivpräsident W. Mommsen und Herrn Oberarchivrat v. Vietsch.

Rat und Hilfe in verschiedener Form verdanke ich endlich Frau A. Peterson (Stanford) und Frau Dr. A. Thimme (Hamburg), den Herren Prof. A. Bergstraesser, Prof. M. Braubach, Doz. A. v. Harnack, Dr. K. Haenchen, Dr. K. Janßen,

eigenen, tatsächlichen politischen Meinung feste Grenzen. Bei dem Bemühen, diesen Mangel auszugleichen, war der Verfasser auf Nachlässe angewiesen, die vor allem für die publizistisch regelmäßig hervortretenden Wissenschaftler — z. B. für H. Delbrück, D. Schäfer, R. Seeberg und auch R. Fester — mit ausgewertet worden sind, wobei vertrauliche Denkschriften und Privatbriefe politischen Inhalts besonders berücksichtigt wurden.

Die vorangehenden methodischen Überlegungen erlauben eine präzisierende Zusammenfassung unserer Fragestellung. Dargestellt werden soll: die innerdeutsche Auseinandersetzung um die politischen Grundprobleme und Hauptziele des Ersten Weltkrieges — in der Beleuchtung, die sie durch die Schriften und gelegentlich auch durch die Aktionen der politisch, publizistisch und wissenschaftlich führenden deutschen Universitätsprofessoren erhalten hat. Dabei soll in den einzelnen Kapiteln, soweit möglich, jeweils zuerst der *Inhalt* der einzelnen Beiträge gewürdigt und dann erst das *Gewicht* abgeschätzt werden, das diese Vorstellungen in der Öffentlichkeit und in der praktischen Politik erlangt haben.

Der Verfasser kann nicht verhindern, daß diese Studie nicht nur ihrer Intention entsprechend als Beitrag zur Geschichte des Ersten Weltkrieges, sondern auch für die Beurteilung des Verhaltens der deutschen Universitäten in der Zeit von 1933 bis 1945 gewissermaßen als Vorgeschichte verwertet wird, und er gesteht, daß sich dieser Vorausblick auf die Folgezeit auch aus seinem eigenen Urteil über die Rolle der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg nicht immer eliminieren ließ. Dennoch lag ihm daran — neben der Feststellung alles dessen, was es im Ersten Weltkrieg „schon gab" — auch die Strömungen hervortreten zu lassen, die gar nicht oder noch nicht auf die Entwicklung nach 1919 und erst recht nach 1933 hingedeutet haben. Er war bemüht, einer einseitigen Aktualisierung seines Themas, einer Deutung allein aus der Perspektive zweier verlorener Imperialkriege, aus dem Wege zu gehen: Es war seine Absicht, den Weltkrieg wie jede andere geschichtliche Epoche als „offen" und nicht als in bestimmter Richtung determiniert zu betrachten.

In nicht beabsichtigter Weise aktualisiert werden mögen die Ergebnisse dieser Arbeit auch aus der Perspektive der gegenwärtig zwischen den verschiedenen Generationen an den deutschen Universitäten bestehenden Spannungen. Diese lagen zur Zeit der Niederschrift dieser Studie noch kaum vor. Doch möchte der Verf. jetzt nachträglich den Hinweis nicht unterlassen, daß die deutsche Studentenschaft auf jeden Fall in der Frühphase des Ersten Weltkrieges ganz mit ihren Lehrern übereinstimmte, von denen die jüngeren ja selbst an der Front standen. Im Jahre 1917 sind es dann in München Studentengruppen gewesen, die sich aktiv an dem Versuch einer ganzen Reihe von Gelehrten beteiligten, die akademische Tätigkeit eines im damaligen Sinne non-konformistischen Professors (F. W. Foersters) zu unterbinden[40].

Doch soll das Folgende überhaupt nicht der Schauplatz von „Schuldsprüchen" werden. Der Verfasser nimmt es sich nicht heraus, die deutschen Gelehrten für ihr Verhalten in der Zeit des Ersten Weltkrieges gewissermaßen auf die Anklagebank zu stellen — ebensowenig betrachtet er es als seine Sache (wie ihm unterstellt wurde), ihnen wegen ihrer politischen Ansichten „Absolution" (!) zu erteilen[41].

Er möchte ihre Rolle an der deutschen Heimatfront von 1914 bis 1918 zunächst einfach nur deskriptiv wiedergeben und dann aus ihren eigenen Voraussetzungen heraus zu verstehen suchen. Schon auf dieser Ebene gibt es mannigfach Gelegenheit, wertende Akzente zu setzen. Hier muß der Verf. zum Schluß zugeben, daß ihm das Verständnis der Gemäßigt-Liberalen leichter gefallen ist als das der radikalen Annexionisten. Trotz dieser Einstellung ist er bemüht gewesen, auch deren Motiven gerecht zu werden.

Die vorliegende Studie soll ihrer Intention nach nicht Wissenschaftsgeschichte bringen, sondern einen Ausschnitt aus der als Ganzes noch ungeschriebenen Geschichte der öffentlichen Meinung im Deutschland des Ersten Weltkrieges — der Geschichte eines geistig-politischen Zerfallsprozesses. Sie zielt also auf die zeitlich bedingten politischen Denkweisen einer bestimmten Berufsgruppe ab und stellt damit eine Frage, die sicher viele Betroffene aus ihrem Selbstverständnis heraus als „uneigentlich" abgelehnt hätten.

Die Absicht, gerade die deutschen Universitätslehrer (natürlich nicht die einzigen Teilnehmer am „geistigen Weltkrieg"!) aus dem Strom der Meinungsbildung für die Weltkriegsjahre herauszusondern, bedarf einer zusätzlichen Rechtfertigung. Diese liegt zunächst in der praktischen Gegebenheit, daß bei dem Mangel an Vorarbeiten selbst die Darstellung der Haltung der deutschen bürgerlichen Intelligenz insgesamt die Kräfte eines Einzelnen überfordern würde[10]. Die mit dem Thema gegebene Auswahl ist indessen auch sachlich berechtigt. Das erweist sich, sobald man einen Blick auf die repräsentative politisch-soziale Stellung wirft, die die deutsche Hochschullehrerschaft auch noch in der Spätphase des Bismarckreiches innehatte.

Diese Stellung war historisch bedingt, wie ein kurzer Rückblick auf das traditionelle Verhältnis zwischen Gelehrsamkeit und Politik im Deutschland des 19. Jahrhunderts zeigen soll. Es ist dabei nötig, bis in das erste Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zurückzugreifen; denn dies waren die Jahre, in denen sich der Typus des „politischen Professors" herausbildete, den anfangs J. G. Fichte und später F. C. Dahlmann verkörperten und der auch für die Folgezeit charakteristisch blieb[11]. Während die Vertreter der abstrakt-philosophischen — letzten Endes unpolitischen! — „Politik" von den deutschen Lehrstühlen verschwanden, politisierten sich, zuerst in Reaktion auf das napoleonische Frankreich, stattdessen die Einzelwissenschaften, vor allem Staatslehre und Geschichte, die nach den Worten Dahlmanns „auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände" zurückgeführt wurden[12]. Die Folge war eine tiefgehende Annäherung zwischen Wissenschaft und Politik — und nicht etwa das Gegenteil —, die Forschung und Lehre, aber auch das individuelle Engagement des Gelehrten beeinflußte[13]. Mit dem sog. Professorenparlament der Frankfurter Paulskirche 1848/49 fand diese Entwicklung zugleich ihren Höhepunkt und jähen Abschluß.

Dies galt auf lange Sicht nicht so sehr für den rein *numerischen Umfang* einer — gleichwie gearteten — professoralen Mitarbeit an der Politik; denn es läßt sich zeigen, daß der prozentuale Anteil politisch tätiger Gelehrter innerhalb der Professorenschaft insgesamt in Deutschland zwischen 1848 und 1914 ungefähr konstant geblieben ist, ebenso wie es sowohl vor als auch nach 1848 eine ansehnliche Schar gänzlich apolitischer Gelehrter gegeben hat[14].

Was sich wandelte, war die *Form* der politischen Betätigung, und dieser Umschwung hing wiederum mit einer Umbildung des Selbstverständnisses der politischen Professoren in Deutschland zusammen, die unmittelbar nach der Revolution von 1848 einsetzte. Identifizierte man vor 1848 wissenschaftliche mit politischer Qualifikation[15], so tat man danach — wie man meinte, weniger naiv und wirklichkeitsnäher — in der Regel das Gegenteil, indem man die Tugenden des Gelehrten denen des Politikers schroff gegenüberstellte. Wissenschaftliche und politische Befähigung schienen einander auszuschließen. Diese Überzeugung hat z. B. der Historiker H. Baumgarten in seiner berühmten „Selbstkritik" des Liberalismus geäußert, und sie ist eigentlich bis heute lebendig geblieben[16]. Zumal mit dem Heraufkommen der modernen politischen Parteien erschien die Mitarbeit am politischen Alltag eines Wissenschaftlers vielfach als unwürdig[17]; und wenn sich Universitätslehrer dennoch mindestens nebenberuflich mit Politik befaßten, dann taten sie es (mit einigen Ausnahmen[18]) bis zu M. Weber letztlich im Widerspruch zu ihrem wissenschaftlichen Ethos und ihrer politischen Selbsteinschätzung[19].

Man kann diesen Bewußtseinswandel sicher mit dem Vordringen positivistischer Tendenzen in den Geisteswissenschaften in Zusammenhang bringen, obwohl dieser Prozeß gerade in der Geschichtswissenschaft — man denke nur an Droysen und Meinecke! — eigentlich nie voll akzeptiert worden ist[20]. Man wird auch das Aufkommen der Lehre von der Realpolitik berücksichtigen müssen, die der politischen Theorie und damit dem Wissenschaftler in der Macht-Politik einen weitaus bescheideneren Platz zuwies, als dies der Frühliberalismus getan hatte[21].

Aber alle diese wissenschafts- und geistesgeschichtlichen Umwandlungen sind in ihrer politischen Auswirkung nur denkbar auf Grund der konkreten politischen Erfahrungen, welche die deutsche geschichtliche Entwicklung *nach* 1848 ihren Zeitgenossen einprägte: das traumahaft nachwirkende Scheitern der bürgerlichen Emanzipationsbewegung im Jahre 1848; die Niederlage der preußischen Liberalen im Verfassungskonflikt; die so unerwartet schnelle Erfüllung des Wunsches nach nationaler Einigung, die im Bereich der politischen Ideen eine Art Vakuum hinterließ; und schließlich das Vordringen der modernen Funktionärs- und Interessenparteien, das den politischen Einfluß der „Honoratioren" einschränkte[22].

So bilden diese zwanzig Jahre von 1848 bis 1871 die eigentliche Zaesur in der Geschichte der deutschen Gelehrtenpolitik. Im neuen deutschen Reich gaben die Universitäten ihren politischen Erziehungsanspruch im weiteren Sinne bei aller tatsächlichen Selbstkritik und Zurückhaltung an sich nicht auf; das gesellschaftliche Prestige ihrer Ordinarien blieb dank ihrer in aller Welt anerkannten wissenschaftlichen Leistungen ungeschmälert, wenn es nicht zusammen mit ihrer wirtschaftlichen Besserstellung sogar noch zunahm[23]; und F. Paulsen, Staatsrechtler und Historiker, bezeichnete es noch 1902 als die Mission der deutschen Hochschule, „daß sie in ihrer Gesamtheit etwas wie das öffentliche Gewissen des Volkes in Absicht auf gut und böse in der Politik — der inneren und äußeren —" zu verkörpern hätte. Jenseits aller „Verwirrung durch Parteisucht und Parteihaß" sei somit die Universität berufen, „das Handeln der Macht an der Idee zu messen"[24].

Diese Vorstellung umfaßte zweierlei: *Positiv* den Anspruch auf eine Art überparteiliches, interessenfreies (und bei Paulsen auch übernationales) Richteramt, das, wie wir folgern dürfen, über die Partikularinteressen vom Standpunkt eines Gemeinsamen aus sein Urteil zu fällen hatte. Schon in den Augen der Zeitgenossen besaß also die Universität die Funktion, die später aus soziologischer Sicht einer Elite als typisch zugesprochen worden ist: Sie sollte die ideellen Voraussetzungen schaffen, die imstande waren, das gesamte corpus politicum von innen her zu *integrieren*[25].

Der Erste Weltkrieg, so dürfen wir vorwegnehmend feststellen, gab dieser allgemeinen Funktion einen spezifischen Sinn: Innere Integration bedeutete jetzt Bewahrung des inneren Zusammenhaltes angesichts der äußeren Gefahr, d. h. die Erhaltung der Kriegsmoral in der Heimat. So gefaßt, trat dann jedoch die Aufgabe der Hochschulen mit Notwendigkeit in Spannung zu den Geboten kritischer Wissenschaftlichkeit.

Die *negative* Seite von Paulsens Aussage enthielt ein potentiell unpolitisches Moment, den Verzicht auf aktive Teilnahme an der Tages- und vor allem an der Parteipolitik, den Paulsen ausdrücklich zur Bedingung für eine erfolgreiche Erfüllung der den Hochschulen zugesprochenen Aufgabe machte. Er dürfte damit die Stimmung der Mehrheit seiner Kollegen wiedergegeben haben. Dies beweist, wenn nichts anderes, der Rückgang der Universitätsprofessoren, die sich seit 1871 in den Reichstag wählen ließen[26].

Seit der Reichsgründung (wenn nicht schon vorher!) verlagerte sich — und das war der grundlegende Wandel im Vergleich zur Zeit der Paulskirche — die professorale Mitwirkung an der Politik weitgehend auf außerparlamentarische Bereiche. Die politische Publizistik war die nächstliegende solcher Ausweichsmöglichkeiten. In ihr taten sich gerade Historiker wie H. v. Treitschke, Th. Schiemann und H. Delbrück hervor[27]. Etwa seit der Jahrhundertwende gewann jedoch noch eine andere Form von gelehrter Mitwirkung am politischen Leben ihre Anhänger, nämlich die Mitarbeit in formell überparteilichen und nominell unabhängigen außerparlamentarischen Bewegungen, die Ersatz zu bringen versprachen für das, was man seit der Reichsgründung vermißte: ein mitreißendes, nach innen und außen einigendes politisches Programm. Die Tatsache, daß diese Bewegungen — vor allem die Flottenagitation und der Alldeutsche Verband — oft auch recht massiven wirtschaftlichen Interessengruppen dienten, wurde ebenso oft übersehen wie die Minderung der Rolle der Gelehrten, die sich aus dieser Art politischen Engagements ergab. Sanken hier doch die Professoren nur zu oft von ihrer einstigen Stellung als Führer der politischen Willensbildung zu bloßen Interpreten bzw. Propagatoren von politischen Zielen herab, die bereits von den eigentlichen Initiatoren dieser Bewegungen — z. B. Tirpitz — vorweg festgelegt worden waren[28]. So gerieten die „nationale Opposition" und ihre gelehrten Anhänger, für die Treitschke das Vorbild lieferte, in bedenkliche Nähe keineswegs uneigennütziger „pressure groups". Eine solche Nachbarschaft aber drohte zu dem Gegenteil dessen zu führen, was die Gelehrten für sich in Anspruch nahmen: Aus überparteilicher Unabhängigkeit drohten Interessengebundenheit und Interessenvertretung zu werden[29]. Und doch wäre es falsch, etwa ihre Lehre von der Notwendigkeit deutscher Weltpolitik nur als Ausfluß bestimmter Wirtschaftsinteressen abzutun. An dem Beispiel D. Schäfers läßt sich nachweisen, daß die Sorge um die eigene Unabhängigkeit im Bewußtsein dieser „Imperialisten" völlig zurücktrat hinter die Hoffnung, mithilfe eines umfassenden Programmes deutscher Weltpolitik das deutsche Volk im Innern zu integrieren — eine Hoffnung, die, für sich genommen, sicher mit der nationalpädagogischen Mission der deutschen Universität im Sinne Paulsens in Einklang gebracht werden konnte[30].

Es gab freilich auch die Möglichkeit einer Integration des deutschen Volkes von unten her, nämlich die Vollendung der nationalen Einigung durch die Einbeziehung des vierten Standes in das corpus politicum auf dem Wege politischer und sozialer Reformen. Dies war das Programm der „Katheder-Sozialisten". Ihren Kern bildete eine Gruppe von Nationalökonomen, an ihrer Spitze A. Wagner, L. Brentano, G. Schmoller und die Brüder Weber. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der faszinierenden Persönlichkeit F. Naumanns stießen zu ihnen aber auch Vertreter anderer Disziplinen, wie z. B. die Theologen O. Baumgarten und M. Rade oder die Historiker F. Meinecke, W. Goetz und H. Delbrück, der sich selbst einmal einen „konservativen Sozialdemokraten" genannt hat[31].

Innerer Ausbau oder *äußere Expansion* waren somit die beiden Grundalternativen, denen sich aus dem Blickwinkel der politisch aktiven Gelehrten die deutsche Politik gegenübergestellt sah: „*Naumannianer*" einerseits und „*Imperialisten*" andererseits bildeten die Hauptgruppen unter den politischen Professoren der nachbismarckischen Zeit, wobei zunächst die Zugehörigkeit zu der einen Richtung die Anhängerschaft zu der anderen noch keineswegs ausschloß[32]. Diese Gruppierung fiel innerhalb der Hochschullehrerschaft stärker ins Gewicht als die Mitgliedschaft bei bestimmten im Reichstag vertretenen Parteien. Bekannte sich doch die Mehrzahl der protestantischen Gelehrten, wenn diese sich überhaupt parteipolitisch banden, ohnehin zu den Nationalliberalen, ihre katholischen Kollegen in der Regel zum Zentrum[33]. Vertreter des Fortschritts oder der Konservativen waren schon seltener, und Extreme nach links wurden, wie der Fall Arons in Preußen und der Fall Michels in Baden zeigten, vielleicht von den Fakultäten geduldet, nicht aber von der Kultusverwaltung: Sozialdemokraten traten deshalb als Universitätslehrer praktisch nicht in Erscheinung[34].

Kann man die Verlagerung von Formen und Zielen deutscher Gelehrtenpolitik von 1848 bis 1914 mit dem Vorgang einer Entpolitisierung gleichsetzen, wie dies heute oft geschieht? Da der Begriff des „Politischen" und erst recht der des „Unpolitischen" im heutigen Sprachgebrauch viel zu verwaschen ist („unpolitisch" ist meist der Gegner!), setzt eine Beantwortung dieser Frage eine kurze Begriffsdefinition voraus. Dabei sei zunächst zwischen *a*-politischem und *un*-politischem Verhalten unterschieden. Als *a*-politisch wollen wir eine Einstellung verstehen, der *jedes* Interesse am Politischen fehlt. Das Sekuritätsbewußtsein der Nach-Bismarckzeit hat solche Tendenzen sicher auch innerhalb der Professo-

renschaft gefördert. Doch wäre es nach unserer Definition unangemessen, etwa die für den Flottenverein agierenden Gelehrten als *a*-politisch zu bezeichnen. Den Begriff des *Un*politischen wollen wir im Folgenden zeitgerecht im Sinne Max Webers verwenden — als das Fehlen der Qualitäten, die den echten Politiker (nach Weber) ausmachen: leidenschaftliche Sachlichkeit, verantwortungsethisches Handeln und kritische Distanz. Kein Zweifel, daß die politisch-soziale Entwicklung des wilhelminischen Reiches, welche die deutschen Professoren oft genug in die Position phrasenhaft-verhüllter und unkritischer Verantwortungslosigkeit relegierte, der Ausbildung solcher Eigenschaften nicht eben entgegenkam[35].

Erst die Daily-Telegraph-Affaire führte wenigstens zum Rückgang der politischen Interesselosigkeit. Wieweit der Erste Weltkrieg dann zu dem Wiedererwachen eines genuin politischen Bewußtseins verholfen hat, ist eine Frage, die sich annähernd erst am Schluß dieser Arbeit beantworten läßt[36].

II.

Mit der Frage nach den Kriterien genuin „politischen" Handelns ist bereits an die Methodenprobleme gerührt worden, die die vorliegende Arbeit aufwirft. Da es sich um ein Kapitel der Weltkriegsgeschichte handelt, lag eine Gliederung nach den politischen Hauptproblemen dieser Auseinandersetzung in ihrer chronologischen Reihenfolge nahe. Die Stellung der deutschen Professorenschaft zu diesen Fragen soll indessen nicht rein geistesgeschichtlich, gewissermaßen im luftleeren Raum nachgezeichnet werden. Es soll vielmehr, soweit möglich, auch nach der Verbreitung gefragt werden, die bestimmte Haltungen *innerhalb* der hier betrachteten Berufsgruppe gefunden haben; und es soll der Zusammenhang dieser Ansichten mit den Zielen der politischen Führungskräfte im Weltkriegsdeutschland untersucht werden. Insofern bildet die vorliegende Arbeit ein Experiment, das erweisen soll, wieweit geistes-, politisch- und, wenn man will, sozialgeschichtliche Fragestellungen miteinander verknüpft werden können.

Für die konkrete Weltkriegssituation ergibt sich damit die Frage nach den Gründen für einen Widerspruch, der mit dem Fortgang dieses Konfliktes immer krasser hervortrat: für die Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis der politischen Professoren und der faktischen inneren Entwicklung des Reiches — es stellt sich die Frage, wie es kam, daß sich die Gelehrten, die sich selbst als die überparteilich-interessenfreien Interpreten des Gewissens der Nation betrachteten, so völlig machtlos erwiesen gegenüber dem in der zweiten Kriegshälfte deutlich werdenden Zerfall der inneren Front im damaligen Deutschland.

Solange eine Gesamtgeschichte der öffentlichen Meinung und der inneren Entwicklung des Reiches im Ersten Weltkrieg noch aussteht, können die Antworten, die hier gefunden werden, nur vorläufiger Natur sein. Doch schon innerhalb der mit dieser Arbeit herausgestellten Personengruppe erhebt sich das Problem der Auswahl des Typischen und Repräsentativen — und zwar auch, wenn in der Regel nur die Äußerungen von Inhabern ordentlicher Lehrstühle an Volluniversitäten berücksichtigt werden, wie dies im folgenden der Fall sein wird. Selbst dann handelt es sich noch um eine Gruppe von nahezu 1400 Personen![37]

Mit *quantitativen* Methoden konnte trotzdem nur für die erste Kriegszeit gearbeitet werden, so lange nämlich, als der Nachklang der allgemeinen „seelischen Mobilmachung" in der Vielzahl der ersten Äußerungen zum Kriege eine hinreichend breite Materialbasis sicherte. Für diese Zeit und für bestimmte Disziplinen konnte versucht werden, die Verbreitung bestimmter politischer Grundmeinungen zahlenmäßig festzuhalten. Für die Dauer des ganzen Krieges geben außerdem (bisweilen von einem erheblichen Teil der deutschen Professoren unterzeichnete) Aufrufe oder Denkschriften über die Häufigkeit bestimmter Einstellungen in unserm Personenkreis Auskunft. Als typisch wurden schließlich (zumal für die erste Kriegszeit!) auch solche politischen Äußerungen gewertet, die sich in gleicher Form bei mehreren Gelehrten unterschiedlicher politischer Richtung nachweisen ließen.

Von dieser Grundlage ausgehend, hat der Verfasser jedoch ein *individualisierendes* Verfahren verwandt, das einzelne Gelehrte als Sprecher bzw. Führer der Professorenschaft aus dem Gros der Geführten heraushob. Der Verfasser glaubte, dem Leser den Beweis für den repräsentativen Charakter der Ansichten solcher Sprecher innerhalb seiner Personengruppe auch in Einzelfällen nicht schuldig bleiben zu dürfen, wenn er dadurch auch eine erhebliche Ausweitung seines Anmerkungsapparates in Kauf nehmen mußte.

Generell galten für die Auswahl der für unsere Studie repräsentativen Persönlichkeiten die folgenden Kriterien: 1. der politische Einfluß, wie er sich aus Nachlässen und Memoiren rekonstruieren läßt; 2. der Grad der publizistischen Betätigung; 3. die Qualifikation als Sachverständiger in bestimmten Einzelfragen; 4. das wissenschaftliche Prestige; 5. — und nicht zuletzt — die Originalität des jeweiligen Beitrages. Nach dem Gesagten wird also einem Gelehrten, der z. B. in Berlin mit den führenden politischen Kreisen in Verbindung stand und der sich regelmäßig publizistisch über den Weltkrieg äußerte, sehr viel mehr Beachtung geschenkt werden als seinem Kollegen an einer kleinen Provinzuniversität, der sich nur sporadisch — etwa zur Kaiser-Geburtstags-Feier — öffentlich zu den Kriegsfragen vernehmen ließ[38].

Diese sachlichen Auswahlgesichtspunkte bestimmten auch die Erschließung des Quellenmaterials, bei der Vollständigkeit auf keinen Fall erreichbar war. Allgemein lieferte die gehobene Publizistik (Zeitschriftenaufsätze und Broschüren) den Grundstock, während Zeitungsartikel, ein ohnehin nicht als standesgemäß empfundenes Medium der politischen Meinungsäußerung, nicht systematisch mitherangezogen worden sind, es sei denn, sie wurden wegen der Wichtigkeit, die ihnen der jeweilige Verfasser beimaß, nachträglich — wie bei M. Weber und O. Hoetzsch — gesammelt und in Buchform herausgebracht[39].

Alle diese Zeugnisse allein konnten für den Ersten Weltkrieg als authentischer Niederschlag der verschiedenen politischen Ansichten nicht befriedigen. Setzten doch die Zensur und der Druck der „Öffentlichkeit" dem freien Ausdruck der

eigenen, tatsächlichen politischen Meinung feste Grenzen. Bei dem Bemühen, diesen Mangel auszugleichen, war der Verfasser auf Nachlässe angewiesen, die vor allem für die publizistisch regelmäßig hervortretenden Wissenschaftler — z. B. für H. Delbrück, D. Schäfer, R. Seeberg und auch R. Fester — mit ausgewertet worden sind, wobei vertrauliche Denkschriften und Privatbriefe politischen Inhalts besonders berücksichtigt wurden.

Die vorangehenden methodischen Überlegungen erlauben eine präzisierende Zusammenfassung unserer Fragestellung. Dargestellt werden soll: die innerdeutsche Auseinandersetzung um die politischen Grundprobleme und Hauptziele des Ersten Weltkrieges — in der Beleuchtung, die sie durch die Schriften und gelegentlich auch durch die Aktionen der politisch, publizistisch und wissenschaftlich führenden deutschen Universitätsprofessoren erhalten hat. Dabei soll in den einzelnen Kapiteln, soweit möglich, jeweils zuerst der *Inhalt* der einzelnen Beiträge gewürdigt und dann erst das *Gewicht* abgeschätzt werden, das diese Vorstellungen in der Öffentlichkeit und in der praktischen Politik erlangt haben.

Der Verfasser kann nicht verhindern, daß diese Studie nicht nur ihrer Intention entsprechend als Beitrag zur Geschichte des Ersten Weltkrieges, sondern auch für die Beurteilung des Verhaltens der deutschen Universitäten in der Zeit von 1933 bis 1945 gewissermaßen als Vorgeschichte verwertet wird, und er gesteht, daß sich dieser Vorausblick auf die Folgezeit auch aus seinem eigenen Urteil über die Rolle der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg nicht immer eliminieren ließ. Dennoch lag ihm daran — neben der Feststellung alles dessen, was es im Ersten Weltkrieg „schon gab" — auch die Strömungen hervortreten zu lassen, die gar nicht oder noch nicht auf die Entwicklung nach 1919 und erst recht nach 1933 hingedeutet haben. Er war bemüht, einer einseitigen Aktualisierung seines Themas, einer Deutung allein aus der Perspektive zweier verlorener Imperialkriege, aus dem Wege zu gehen: Es war seine Absicht, den Weltkrieg wie jede andere geschichtliche Epoche als „offen" und nicht als in bestimmter Richtung determiniert zu betrachten.

In nicht beabsichtigter Weise aktualisiert werden mögen die Ergebnisse dieser Arbeit auch aus der Perspektive der gegenwärtig zwischen den verschiedenen Generationen an den deutschen Universitäten bestehenden Spannungen. Diese lagen zur Zeit der Niederschrift dieser Studie noch kaum vor. Doch möchte der Verf. jetzt nachträglich den Hinweis nicht unterlassen, daß die deutsche Studentenschaft auf jeden Fall in der Frühphase des Ersten Weltkrieges ganz mit ihren Lehrern übereinstimmte, von denen die jüngeren ja selbst an der Front standen. Im Jahre 1917 sind es dann in München Studentengruppen gewesen, die sich aktiv an dem Versuch einer ganzen Reihe von Gelehrten beteiligten, die akademische Tätigkeit eines im damaligen Sinne non-konformistischen Professors (F. W. Foersters) zu unterbinden[40].

Doch soll das Folgende überhaupt nicht der Schauplatz von „Schuldsprüchen" werden. Der Verfasser nimmt es sich nicht heraus, die deutschen Gelehrten für ihr Verhalten in der Zeit des Ersten Weltkrieges gewissermaßen auf die Anklagebank zu stellen — ebensowenig betrachtet er es als seine Sache (wie ihm unterstellt wurde), ihnen wegen ihrer politischen Ansichten „Absolution" (!) zu erteilen[41].

Er möchte ihre Rolle an der deutschen Heimatfront von 1914 bis 1918 zunächst einfach nur deskriptiv wiedergeben und dann aus ihren eigenen Voraussetzungen heraus zu verstehen suchen. Schon auf dieser Ebene gibt es mannigfach Gelegenheit, wertende Akzente zu setzen. Hier muß der Verf. zum Schluß zugeben, daß ihm das Verständnis der Gemäßigt-Liberalen leichter gefallen ist als das der radikalen Annexionisten. Trotz dieser Einstellung ist er bemüht gewesen, auch deren Motiven gerecht zu werden.

Erster Hauptteil

Die deutsche Kriegspolitik und die deutsche Professorenschaft in der Erwartung des Sieges (1914—1916)

Kapitel II

Die „Ideen von 1914“

Die Umstellung der Hochschullehrerschaft auf ihre Kriegsaufgabe

I.

Bei der politisch-gesellschaftlichen Stellung, welche die deutschen Professoren im wilhelminischen Reich einnahmen, war zu erwarten, daß der Krieg den politischen Führungsanspruch, den sie prinzipiell nie aufgegeben hatten, aktualisieren und ihre politisch-pädagogische Funktion wiederbeleben würde[1]. Daß aber so viele Gelehrte — von 69 ordentlichen Professoren der Geschichte 43[2], — in diesem Sinne aktiv wurden, lag auch an äußeren Umständen: Bei aller „Kampfeslust“, die ihnen noch „in den Gliedern“ „zuckte“ (Wilamowitz[3]), waren sie in den meisten Fällen wegen ihres fortgeschrittenen Alters weder front- noch heimatdienstfähig und deshalb darauf angewiesen, das im Frieden gewonnene Wissen „in den unmittelbaren Dienst“ des „Vaterlandes zu stellen“ (Alfred Hettner[4]). Mochte die reguläre akademische Tätigkeit trotzdem weiterlaufen, so fiel doch in der Hochspannung der ersten Kriegswochen die Verwirklichung des Vorsatzes, nur mit den Waffen der reinen Wissenschaft dem Vaterland zu dienen, sehr schwer[5], und man gab in aller Öffentlichkeit zu, daß wissenschaftliches Arbeiten angesichts der Existenzbedrohung des Reiches „gleichgültig“ geworden war[6].

Zudem verlangte die Öffentlichkeit nach einem klärenden Wort aus dem Munde der deutschen Hochschullehrer, in denen sie die Wegweiser für die „Mobilmachung der Geister“ erblickte, von der das gebildete Bürgertum ergriffen wurde[7]. Die Universität war aufgerufen, dem Vaterlande als Erzieherin mit den „Waffen des Geistes“ zu dienen (U. Wilcken[8]), oder, wie Troeltsch sich ausdrückte, „mit gläubigen Worten“ „als Wahrzeichen deutscher Gesinnung“ „den Heersäulen der Nation voranzuziehen“[9]. Eine solche politische Erziehung ließ nach der Überzeugung E. Sprangers hoffen, daß das politische Denken, das in Deutschland noch in den Anfängen lag, „aufs höchste“ „gesteigert“ würde[10].

Alle diese hohen Vorsätze konnten freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Gelehrten auf diese Aufgabe herzlich schlecht vorbereitet war: Hatten doch nur ganz wenige von ihnen Erfahrungen auf dem Felde praktischer Politik sammeln und nur einige Bekanntschaft mit der politischen Publizistik machen können, wie mehrere auch offen zugaben[11]. Im

Weltkrieg kam das Fehlen einer zielgerichteten Leitung durch die Regierung als erschwerendes Moment hinzu[12]. Man wird also für den ganzen ersten Weltkrieg gut tun, diese ungünstigen Voraussetzungen im Auge zu behalten, unter denen die deutschen Hochschullehrer — Debütanten in den meisten, Amateure in einigen, Fachleute in den wenigsten Fällen — sich dieser Bewährungsprobe unterzogen.

Die publizistische Aufgabe der deutschen Gelehrten — wie sie sie auffaßten — war nicht nur nach innen, sondern ebenso stark nach außen gerichtet. Kam es im Innern, wie noch zu zeigen sein wird, auf die Erhaltung der Heimatmoral an, so ging es nach außen um die Abwehr der feindlichen Propagandaoffensive. Diese hatte mit ihren Anklagen gegen deutsche Grausamkeiten und ihrer Verketzerung alles Deutschen, besonders des deutschen Militarismus[13], auch im neutralen Ausland, wie man sich eingestehen mußte, ein überraschend positives Echo gefunden, gerade weil sich an ihr auch namhafte gegnerische Gelehrte beteiligten[14].

Deutschland war in eine geistige Isolierung geraten, an der gerade Gelehrte, die wie E. Troeltsch in der Vorkriegszeit enge Beziehungen zum Geistesleben der westeuropäischen Staaten geknüpft hatten, schwer trugen, zumal sie anerkennen mußten, daß der Erfolg dieser „literarischen Einkreisung" nicht nur auf das Geschick der feindlichen Propagandazentralen zurückgeführt werden durfte[15]. Was lag da näher als der Wunsch, den Eindruck dieser Kampagne durch den Einsatz des Prestiges zu neutralisieren, das die deutsche Wissenschaft in aller Welt genoß?[16]

Als das geeignetste Mittel, in der Widerlegung der feindlichen Anklagen im Ausland Gehör zu finden, erwiesen sich Kundgebungen, welche die Unterschriften von zahlreichen deutschen „Kulturträgern" — besonders von Hochschullehrern — unter sich vereinten. Von ihnen ist am bekanntesten der „Aufruf der 93" „an die Kulturwelt" vom 4. Oktober 1914[17], an den sich selbst Clemenceau noch viele Jahre nach Kriegsende zu erinnern vermochte[18]. Verfasser und Initiatoren sind nicht genau zu ermitteln[19]; doch gehörten zu den zuerst Unterzeichnenden und zu dem Initiativkomitee die Professoren E. Fischer, v. Harnack, v. Liszt, Riehl und Schmoller[20]. Für die Annahme, daß Harnack eine gewisse Rolle bei der Vorbereitung dieser Aktion gespielt hat, spricht auch seine Haltung nach dem Kriege: Während andere Unterzeichner nach der deutschen Niederlage den Aufruf in Bausch und Bogen verurteilten, war Harnack zwar bereit, von einzelnen Passagen abzurücken, nicht aber von der Grundabsicht: die „tückischen Versuche" der Gegner, einen „ Keil zwischen das Heer und das deutsche Volk" zu treiben, zu vereiteln[21]. Zur Zeit seiner Vorlage wurde der Aufruf nur von wenigen Gelehrten mißbilligt, nachweislich von H. Delbrück, L. v. Wiese und A. Einstein[22]. Insgesamt bildeten unter den Unterzeichnenden die Professoren mit 56 die Mehrheit[23]. Zu ihnen gehörten mit R. Seeberg und E. Meyer einerseits und A. v. Harnack und L. Brentano andererseits Gelehrte, zwischen denen es im weiteren Verlauf des Krieges immer weniger politische Gemeinsamkeiten gab. Schon aus diesem Grunde — ganz abgesehen von der hohen Zahl der übrigen Professorenunterschriften — verdient das Manifest der 93 als repräsentativ angesehen zu werden für die Argumente, mit denen die deutschen Hochschullehrer die Sache ihres Landes verteidigten, mochten manche von ihnen dem Text im Einzelnen auch nur mit gewissen inneren Vorbehalten zugestimmt haben[24].

Wir dürfen dies Manifest deshalb an den Anfang unserer „Bestandsaufnahme" der „Ideen von 1914" stellen. Sein allgemeingültiger Charakter kommt nur noch überzeugender zum Vorschein, wenn wir die übrigen Aufrufe ergänzend heranziehen, die, z. T. mit Hunderten von Gelehrtenunterschriften, in den ersten Kriegsmonaten die Öffentlichkeit überfluteten. An erster Stelle ist dabei ein Appell deutscher Hochschullehrer vom 16. 10. 1914 zu nennen, den U. v. Wilamowitz angeregt und verfaßt hatte und der dank der rührigen Werbearbeit D. Schäfers binnen kurzem über 3000 Unterschriften unter sich vereinte (auch die Hans Delbrücks, während z. B. die Namen von A. und Max Weber und von G. F. Knapp fehlten)[25]. Ihm folgten ein Aufruf aller deutschen Hochschulen vom 18. 10.[26] und eine Kundgebung Bonner Historiker[27]. Schon vorher hatten einige deutsche Gelehrte in einem offenen Brief die Rückgabe ihrer von britischen Institutionen verliehenen Auszeichnungen erklärt[28]. Der „Krieg der Geister" klang aus mit der Zurückweisung einer Kundgebung englischer Theologen durch v. Harnack[29] und mit zwei Antworten auf Kriegsmanifeste Oxforder Professoren, von denen die eine von einer Reihe von Historikern und Völkerrechtlern (z. B. F. Meinecke, E. Marcks, H. Oncken,D. Schäfer, Th. Schiemann und H. Triepel) unterzeichnet war[30], während die andere von dem „Kulturbund deutscher Gelehrter und Künstler" ausging, einer ad hoc gebildeten Propagandaorganisation deutscher Wissenschaftler[31].

Bereits der erste Satz des Manifestes der 93 spricht von „dem Deutschland aufgezwungenen Daseinskampfe". Er drückte damit eine Grundüberzeugung praktisch aller deutschen Professoren aus, auf der sich ihre ganze übrige Kriegsideologie aufbaute und die — mindestens im ersten Kriegsjahre — in ihren Reihen unwidersprochen blieb: Das deutsche Reich war, einem „friedlichen Wanderer" gleich, von einer „Räuberbande" überfallen worden (E. Meyer[32]). Daß Deutschland in der Verteidigung gegen einen Angriff von außen in den Krieg eingetreten war, ist die Ansicht von 35 der insgesamt 43 ordentlichen Universitätsprofessoren für Geschichte gewesen, die an der Kriegspublizistik beteiligt waren[33].

Diese Überzeugung sprach aus dem Aufruf Bonner Historiker[34] ebenso wie aus der Erklärung von 26 deutschen Gelehrten (u. a. H. Oncken, D. Schäfer und F. Meinecke), die — ein erstes Vorgeplänkel für die spätere Kriegsschulddiskussion — den Versuch Oxforder Professoren, „die Verantwortung für den Krieg auf die Schultern Deutschlands zu wälzen", als „verleumderisch" zurückwiesen[35]. Dementsprechend konnten sich viele deutsche Historiker — z. B. F. Meinecke — an den Befreiungskampf gegen Napoleon im Jahre 1813 erinnert fühlen[36]. Ka-

tholische und evangelische Theologen konnten in derselben Überzeugung den Weltkrieg als für Deutschland — den Angegriffenen — „gerechten", ja „heiligen" Krieg interpretieren[37]. Zu konservativem Denken neigende Gelehrte wie R. Seeberg, D. Schäfer oder E. Haeckel, für die der Krieg durchaus keinen Bruch in der natürlichen Weltordnung darstellte, sprachen in einem Atemzuge von dem „unvermeidlichen" „Elementarereignis", das mit dem Weltkriege hereingebrochen sei, und von der „infernalischen Einkreisung", die ihn veranlaßt hätte[38]. Am bezeichnendsten für die politische Stimmung an den deutschen Universitäten aber ist die Tatsache, daß selbst spätere Kriegsgegner wie F. W. Foerster und der pazifistische Völkerrechtler W. Schücking in den ersten Kriegswochen noch durchaus von der Schuldlosigkeit Deutschlands überzeugt waren, das, so schien es, nur in einen Kampf der „Selbstbehauptung" (Schücking) gegen die „Verschwörung" seiner Feinde (Foerster) eingetreten war[39].

Doch nicht nur der Vorwurf der deutschen Kriegsschuld im allgemeinen wurde entrüstet zurückgewiesen, sondern auch die Anklagen gegen die deutschen Kriegsgreuel, besonders in Belgien[40]. Sie lieferten für die Gegner den Anhaltspunkt für eine generelle Verdammung des Phänomens, das man als „preußischen Militarismus" bezeichnete. Auch diesen Vorwürfen trat die deutsche Professorenschaft — in der Erklärung der 93 und sonst — geschlossen entgegen.

Wenn das Ausland, besonders britische Stimmen, den Militarismus als System der allgemeinen Wehrpflicht verurteilten, so fiel den deutschen Gelehrten die Verteidigung nicht schwer: In seiner exponierten Lage brauchte Deutschland eben eine starke Rüstung, so erklärten nicht nur H. Oncken, G. v. Below und O. Hintze[41]. Vor allem aber erschien ethisch die Wehrpflicht als das „unendlich überlegene" Prinzip im Vergleich zu dem rein merkantilen Söldnerheer Großbritanniens: War ein Volksheer, das eine Begründung verlangte für die Ziele, für die es eingesetzt wurde, nicht viel stärker immun gegen einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken als eine Berufsarmee, für die der Krieg ein Geschäft bildete?[42]

Militarismus wurde ferner als heldische Gesinnung, als höchste Vollendung deutscher Pflichtauffassung, als Erfüllung des kategorischen Imperativs (Oncken) aufgefaßt und verteidigt: Er galt nur als eine Seite des deutschen Staatsgedankens[43].

Aber auch in seiner heutigen Bedeutung wurde dieser Begriff schon damals diskutiert: als Durchdringung des bürgerlich-zivilen Lebens mit militärischen Verhaltensformen, als ausschließliche Verwendung militärisch-technischer Maßstäbe bei der Beurteilung politischer Sachverhalte. War ein Militarismus in diesem Sinne für Deutschland verteidigungswürdig? Schon im ersten Kriegsjahr gingen die Meinungen unter den deutschen Professoren in dieser Frage auseinander: E. Troeltsch und L. Brentano erkannten an, daß es Mißstände gab, die auf die einseitige Bevorzugung des Militärischen im Staatsleben zurückzuführen waren[44], und Delbrück legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß in Deutschland die militärische Leitung der politischen unterstellt sei[45].

Bei zahlreichen seiner Kollegen fielen solche Vorbehalte fort: Sie waren mit H. Finke „auf unsern Militarismus ebenso stolz ... wie eifersüchtig auf unsere religiösen Güter"[46], und J. Haller begrüßte geradezu den sozialen und politischen Einfluß, den das Militär im Reich in seinen Augen ausübte:

> „Es nützt nichts, ihn [den Militarismus] abzuleugnen, er ist wirklich vorhanden ... Der springende Punkt ist, daß in Deutschland der Charakter des Staates, der Gesellschaft, des Volkes in einer Weise durch das Heer bestimmt wird, wie man es anderswo nicht kennt ...[47]"

Ja, Haller ging so weit, die Verbreitung des Militarismus in diesem Sinne mit dem Fortschritt der Menschheit in Verbindung zu bringen[48].

In dieser Sicht verlor das Wort „Militarismus" ganz seinen abwertenden Klang — ein „Militarist" erschien als Vertreter einer besonders lauteren vaterländischen Gesinnung[49]. Diese Tendenz läßt sich sogar bei G. Anschütz, einem den Linksparteien nahestehenden Gelehrten, nachweisen, wenn er schrieb:

> „Das Wort Militarismus, das in der weiten Welt ... als ein Schimpf- und Ekelwort über uns verbreitet wird, es sei uns ein Ehrenzeichen ...[50]"

Diese extreme Auffassung von Militarismus war nicht immer gemeint, wenn die deutschen Gelehrten dem Punkt der feindlichen Propaganda entgegentraten, an dem sie sich am empfindlichsten getroffen fühlten: der Behauptung von dem Gegensatz zwischen dem (geistigen) „Deutschland Goethes" und dem (militaristischen) Deutschland Bismarcks. Bei aller Anerkennung der Tatsache[51], daß vor dem Kriege zwischen diesen beiden „Deutschlanden" Mißverständnisse vorhanden gewesen waren, wollten die deutschen Professoren dennoch ihre Überzeugung nicht preisgeben, daß der Krieg hier einen Wandel herbeigeführt hätte. Eine neue Synthese zwischen Macht und Geist hätte sich gebildet — nicht etwa im Namen der „unsinnigen Trinität" (Troeltsch): Nietzsche, Treitschke, Bernhardi[52], sondern als engster Zusammenhang zwischen der Welt des klassischen deutschen Humanismus und der modernen deutschen Großmacht (Meinecke[53]). Sollte man erlauben, daß dieser Gewinn des Krieges von der feindlichen Propaganda in Zweifel gestellt wurde? Die Antwort der deutschen Professoren war einhellig: In fast jeder Kollektivadresse und in allen Schriften zum Thema „Militarismus" wurde die unlösliche Verbundenheit des deutschen Geistes mit dem deutschen Militarismus betont: U. v. Wilamowitz, um nur eine Stimme zu zitieren, erkannte in dem preußischen Hauptmann den Hochschullehrer des deutschen Volkes[54], und die Erklärung der 93 gipfelte in dem Satz:

> „Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben ... Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüdert heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei ...[55]"

Die Erklärung der über 3000 Hochschullehrer ging noch weiter:

„... Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus' erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen freien Volkes[56]."

Obwohl primär defensiv gedacht, schritt doch auch schon der „Aufruf der 93" mit der Anprangerung des „schmachvollen Schauspiels", das einer der Hauptverteidiger der europäischen Zivilisation (gemeint war England) lieferte, indem er „Mongolen und Neger" auf die weiße Rasse hetzte, zum *Gegenangriff*[57]. Andere der erwähnten Erklärungen gingen in dieser Tendenz noch weiter[58], und in der Professorenliteratur der ersten Kriegsmonate herrschte sie sogar vor.

England gab das Hauptangriffsziel ab: Nach allgemeiner Überzeugung (von der sich nur einige wenige Gelehrte baltischer Herkunft ausschlossen[59]) der Hauptfeind[60], lenkte es gerade auch die Attacken solcher Gelehrten auf sich, die wie Meinecke, Delbrück oder A. Weber später für eine Verständigung eintraten oder die wie Herkner, Oncken und Brentano oder auch viele protestantische Theologen (z. B. v. Harnack und Deißmann) vor dem Kriege enge freundschaftliche Beziehungen mit englischen Kollegen und dem englischen Geistesleben gepflogen und für eine deutsch-britische Annäherung gearbeitet hatten. Gerade diese empfanden die unerwartete englische Kriegserklärung als eine persönlich verbitternde Enttäuschung[61] und darüber hinaus als Verrat an der westlichen Kultur[62] — ein Schock, der für manche von ihnen (v. Harnack z. B.) sein Verhältnis zu dem Inselreich auch noch nach dem Kriege belastete[63].

Was diese enttäuschten Englandfreunde gemeinsam mit ihren von vornherein englandfeindlichen Kollegen so entrüstete, war die Niedrigkeit der Motive, welche die englische Politik dazu getrieben hatten, den Weltbrand zu verursachen; denn über die Hauptschuld Englands an diesem Konflikt gab es keinen Zweifel[64]:

„... es muß das Vertrauen in die Ehrlichkeit wissenschaftlicher Arbeit erschüttern, wenn jene Männer [Oxforder Professoren] die Wissenschaft für Zwecke der Politik mißbrauchen, einer Politik, welche den Krieg herbeigeführt ... hat ... Wenn je ein Staat in der Welt, so ist es England gewesen, das in seinem politischen Verhalten nur selbstische Zwecke verfolgt, das Recht verachtet, seine Macht hat walten lassen ...[65]"

Mit diesen Worten brandmarkte die „Gegenerklärung" von 26 Historikern und Völkerrechtlern die Politik des „Hauptfeindes". Kein Gelehrter, der in den offiziellen britischen Beteuerungen, vornehmlich zur Verteidigung der belgischen Neutralität die Waffe ergriffen zu haben, mehr als ein „moralisches Feigenblatt" (Troeltsch[66]) gesehen hätte. Den eigentlichen Beweggrund der englischen Kriegspolitik bildete nach allgemeiner Überzeugung vielmehr der Versuch der „Krämer"-Nation par excellence[67], ihren wirtschaftlichen Konkurrenten mit kriegerischen Mitteln zur Strecke zu bringen[68]".

„Dieser Krieg ist ein Wirtschaftskrieg nach seiner tieferen Entstehung und nach seinem Hauptziele: Ein Verdrängungskrieg. Er ist entstanden aus dem wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Deutschland und England. Die steigenden Zahlen unseres Exportes ... sind der eigentliche Grund zu diesem Krieg ...[69]",

verkündete der Münsterer Nationalökonom J. Plenge, ohne daß seine Kollegen einen Grund zum Widerspruch gefunden hätten[70].

Das Motiv des „schnöden" Konkurrenzneides wurde nicht nur für die englische Diplomatie in der Julikrise von 1914 herausgestellt — es wurde zum Leitmotiv der englischen Politik erhoben, seitdem die Saturday Review ihr viel zitiertes „ceterum censeo Germaniam esse delendam" (1897) ausgesprochen hatte[71]. Seit diesem Zeitpunkt schien England auf die traditionellen Bahnen seiner Gleichgewichtspolitik zurückgekehrt zu sein, die es einst gegen Spanien und Frankreich verfolgt, vermöge derer es seine Seeherrschaft errichtet hatte[72] und die mit der von Eduard VII. eingeleiteten Einkreisungspolitik nun auf die Vernichtung des deutschen Konkurrenten abzielte[73]. England wurde damit auch auf lange Sicht zum Haupturheber dieses „krämerhaften Wirtschaftskrieges" (M. Weber[74]), für den die Balkanwirren nur als zündender Funken gewirkt hatten[75]. Außer A. O. Meyer wagten sich erst nach Ablauf des ersten Kriegsjahres einzelne Stimmen (z. B. H. Delbrück u. G. Roloff) zugunsten einer ruhigeren Beurteilung der britischen Vorkriegspolitik hervor[76]. Bis dahin bildete das haßerfüllte Verdammungsurteil der englischen Politik, in das auch Anglisten mit einstimmten[77], eine wichtige Komponente der gemeinsamen Überzeugungen, welche die Grundlage für die von den Professoren zu pflegende einheitliche Heimatgesinnung abgaben[78].

Die Frage blieb nur, wie dieser Haß zu dosieren sei: Die einstigen Englandfreunde konnten bei aller Enttäuschung ein unqualifiziertes Verdammungsurteil über das Inselreich nicht über sich bringen. Stattdessen nahmen sie Zuflucht zu der Theorie — und hier stimmten F. W. Foerster und H. Oncken überein[79] — von der Spaltung des englischen Volkes in eine „gute" friedfertige und eine „schlechte" imperialistische Hälfte. Es müßte dementsprechend das Ziel der deutschen Politik sein, die „gute" Hälfte wieder ans Ruder zu bringen, nachdem die schlechte bei Kriegsausbruch die Oberhand gewonnen hatte[80]. Oncken glaubte, ein deutscher Sieg sei das beste Mittel, dieses Ziel zu erreichen[81]. Wenn man in diesem Zusammenhang von dem britischen „Marinismus" oder „Navalismus" liest, den allein es zu bekämpfen gälte, so klingt das wie das Echo der Theorie britischer Propagandisten von der Teilung der deutschen Nation in eine friedfertige und eine militaristische Hälfte, gegen die die deutschen Gelehrten in ihren zahlreichen Erklärungen Sturm gelaufen waren[82]. Um bewußte Nachahmung dürfte es sich dennoch nicht gehandelt haben, sondern einfach um etwas hilflose Erklärungsversuche zivilisationsstolzer Wissenschaftler für das für sie kaum erklärbare Phänomen des so plötzlich aufgeflammten, schrankenlosen Völkerhasses.

Dies war aber keineswegs die Ansicht aller deutschen Professoren — sehr viele

von ihnen (wahrscheinlich die Mehrheit) gingen weiter bis zu einer Gesamtverdammung alles Englischen. Der Engländer erschien als der gewissenlose Geschäftsmann, der sein egoistisches Machtstreben mit heuchlerischen Phrasen verbrämte[83] — M. Scheler entwickelte eine ganze „Psychologie des cant" —, und es konnte ernsthaft diskutiert werden, ob Shakespeare noch eine für Deutsche angemessene Lektüre sei[84].

Charakteristisch für diese Haßkampagne war die Neigung zu einer ideologischen Überhöhung des deutsch-englischen Gegensatzes, eine Tendenz, die bei keinem anderen der deutschen Gegner, wie wir sehen werden, so deutlich hervortrat. Friedrich Meinecke rühmte zwar an B. Shaw, daß er es wagte, den deutsch-englischen Konflikt realistisch als Machtkampf und nichts mehr zu bezeichnen[85]. Er selbst aber machte aus der deutsch-englischen Auseinandersetzung einen Wettkampf zwischen dem entgeistigt-uniformierten Menschentum des Inselreiches und dem deutschen Ideal der freien Persönlichkeit[86]. Ähnlich sprach E. Troeltsch von den „alten großen Geistes- und Kulturgegensätzen", die der Weltkrieg zum Austrag gebracht hätte[87].

Andere Gelehrte konstruierten einen ideellen Gegensatz zwischen Deutschland und England aus dem Blickwinkel des Staatsgedankens: Der Krieg wurde dann zur Kraftprobe zwischen idealistischem (= deutschem) und utilitaristischem (= englischem) Staatsdenken (z. B. W. Wundt u. J. Haller[88]), zwischen „deutscher Freiheit" und materialistischer Willkür (F. Toennies, A. O. Meyer[89]). Für M. Scheler hätte ein englischer Sieg das endgültige Überhandnehmen „lauwarmen englischen Komforts" und „konventioneller Zivilisation" über „originelle persönliche Kultur, . . . über den Geist Friedrichs des Großen, Goethes und Kants" bedeutet[90]. Calvin stand gegen Luther, so glaubten nicht nur einige Theologen[91], Karthago (= England!) gegen Rom nach dem Urteil von Historikern wie E. Meyer und O. Hoetzsch[92]. Der „Händler" kämpfte mit dem „Helden" — auf diese einfache Formel reduzierte der Münchener Volkswirtschaftslehrer Werner Sombart den deutsch-englischen Konflikt[93]: Dem englischen Händlergeist entstammte das platte utilitaristische Axiom vom größten Glück der größten Zahl[94], die materialistische Betrachtung des Lebens lediglich nach dem Maßstab des äußeren Komforts[95]; aber auch die Staatsvertragslehre[96], die Theorie vom politischen Gleichgewicht — eine krämerische Analogie[97] — und die Bevorzugung wirtschaftlicher Erpressungsmethoden an Stelle einer ehrlichen, kriegerischen Auseinandersetzung[98]. „Händlerisch" war endlich die Auffassung des Krieges als eines Sportes, die sich so sehr von der idealistisch-heroischen Sinngebung des Krieges bei den Deutschen unterschied[99]:

> „. . . als die gefangenen Engländer aus der Festung Lüttich abzogen, streckten sie unsern Feldgrauen die Hände entgegen: wie die Fußballspieler nach vollendetem Match! Und waren sehr erstaunt, als man ihnen die gebührende Antwort gab: nämlich einen Fußtritt in einen gewissen Körperteil . . .[100]"

Sombarts Exzeß ist nicht nur in seiner Radikalität, sondern auch in seiner Berufung auf Nietzsche[101] und in seinen Anklängen an Rassentheorien[102] ein Ausnahmefall in der deutschen Professorenliteratur des 1. Weltkrieges und rief schon zur Zeit seiner Veröffentlichung Mißfallen hervor. Seine Behauptung von dem Nichtvorhandensein geistiger Werte in England konnte von Anglisten wie A. Schröer und W. Franz leicht widerlegt werden und erregte eher Heiterkeit[103].

Was Sombarts Schrift mit einem großen Teil der Kriegsliteratur seiner Kollegen verband, war die Auffassung des Weltkrieges als eines „Glaubenskrieges"[104] zwischen Deutschland und England, eine Tendenz, die sich bei Max Scheler, Eduard Meyer und selbst bei Anglisten wie Wilhelm Dibelius und Friedrich Brie[105] ebenso gut nachweisen läßt und die bei einigen Gelehrten (J. Plenge, E. Meyer, M. Scheler und in Abschwächung bei Paul Natorp[106]) in die Forderung einmündete, erst müsse England das „Gift" des „kapitalistischen Geistes" ausstoßen (Scheler[107]), ehe es hoffen könne, in die Gemeinschaft der europäischen Völker wieder aufgenommen zu werden. Positiv bedeutete das die Anpassung des englischen Staats- und Verfassungslebens an die Staatsform, „die ihren vollendetsten Ausdruck im deutschen Staat gefunden hat" (E. Meyer[108]). Hier erreichte die Ideologisierung des Weltkrieges gegenüber England ihren Höhepunkt.

Diese Sichtweise lag gegenüber dem zweiten deutschen Hauptgegner — Rußland — an sich vielleicht näher, erschien in der Professorenpublizistik aber trotzdem längst nicht so häufig wie die zahllosen anti-englischen Tiraden. Das lag mit daran, daß die meisten deutschen Hochschullehrer diesen Gegner aus eigener Anschauung kaum kannten. Die Osteuropakunde an den Universitäten steckte noch in den Kinderschuhen. Intime Rußlandkenner waren fast nur aus dem Baltikum stammende Wissenschaftler, deren Anschauungen freilich stark von den Erinnerungen an die Nationalitätenkämpfe ihrer Heimatprovinzen geprägt waren, wie z. B. J. Haller, der die These von der jahrhundertealten deutsch-russischen Erbfeindschaft verfocht. Außerhalb des Kreises der Balten gab es nur wenige Gelehrte, denen das Zarenreich aus eigener Anschauung vertraut war. An erster Stelle unter ihnen muß Otto Hoetzsch genannt werden, dessen publizistisches Wirken im Weltkriegsdeutschland uns noch mehrfach beschäftigen wird.[109]

Wirkliche Rußlandfreunde gab es an den deutschen Universitäten nicht, und so konnte bei dem Ausbruch der Feindseligkeiten mit diesem Lande auch nicht das Gefühl der persönlichen Enttäuschung aufkommen, das uns in der Englandliteratur der Professoren immer wieder begegnet.

Die gegen England gerichteten Gefühlsausbrüche hinderten aber auch die meisten Gelehrten — wieder mit Ausnahme einiger Balten (Schiemann[110]) — daran, etwa im Zarenreich den Hauptgegner oder Hauptkriegsschuldigen zu erblicken[111], und es blieben zunächst nur vereinzelte Stimmen, die in Rußland mehr sahen als nur das gefügige Werkzeug englischer Politik[112]. Erst das Jahr 1915 richtete die Blicke deutscher Professoren stärker nach Osten, und es traten

mit D. Schäfer und Alfred Weber Befürworter einer deutlicher nach Osten orientierten deutschen Politik auf, die nicht zu der Gruppe von Hochschullehrern gehörten, die den Weltkrieg durch die „baltische Brille" sahen[113]. Wie noch zu zeigen ist, hängt diese Wandlung des Rußlandbildes mit dem Fortgang der Kriegszieldiskussion eng zusammen[114].

Wenn trotz den Nachrichten über den russischen Einfall in Ostpreußen[115] die Vorwürfe, die in den Rußlandschriften deutscher Professoren erhoben wurden, selten so scharf ausfielen wie die gegen England geschleuderten Anklagen, so lag dies paradoxerweise an einem Vorurteil, das bei den meisten Gelehrten zum festen Bestandteil ihrer Rußland betreffenden Kriegsideologie wurde: Der russische Anteil am Ausbruch des Weltkrieges wurde ganz nüchtern in den Zusammenhang der Balkanrivalitäten gestellt[116]. Von einem „Verrat" an der westlichen Zivilisation zu sprechen, war dagegen schon aus dem einfachen Grunde nicht möglich, weil Rußland überhaupt nicht zum westlichen Kulturkreis gerechnet wurde.

In dieser Verketzerung des Russentums als einer „in eigener Glorifikation schwelgenden Barbarei" (Brentano[117]) taten sich — außer den unvermeidlichen Balten — besonders solche Gelehrte hervor, die innenpolitisch den liberalen Parteien nahestanden[118]. Rußland, dessen Geschichte von der Mongolenherrschaft und der Einwirkung einer dem Abendland fremden Religiosität, viel weniger aber von europäischen Einflüssen geprägt schien, wurde in diesen Schriften als die eigentliche Antithese zum deutschen Staatswesen hingestellt, mit der (anders als mit England) Deutschland nichts Gemeinsames verband[119]. Der barbarischen Willkürherrschaft des Zaren, eines „bluttriefenden Schwächlings", wie ihn H. Oncken titulierte, stand der stumpfe Gehorsam seiner Untertanen gegenüber[120]. Dank seiner physischen Macht bedrohte Rußland daher nicht nur die äußere Existenz des Reiches, sondern auch die freiheitlichen Grundlagen des deutschen Staatslebens[121]: Rußlands Angriff richtete sich auch gegen das Deutschland Kants, konnte Seeberg schreiben[122]. Darüber hinaus aber war die Gesittung des ganzen Abendlandes durch den russischen Ansturm in Gefahr: Deutschland wurde Verteidiger der westlichen Kultur durch seine Abwehr der russischen Heere (Marcks, Oncken[123]); Deutschland schützte die historisch gewachsenen nationalen Staatsbildungen Europas in ihrer bunten Vielfalt vor dem Niedergewalztwerden durch den russischen Imperialismus[124].

Nur wenige Stimmen fielen aus diesem Konsensus heraus. Die einflußreichste gehörte Otto Hoetzsch. Dieser Osteuropa-Experte stimmte zwar mit seinen Kollegen weitgehend darin überein, daß er den deutsch-russischen Gegensatz nicht für die primäre Ursache des Weltkonfliktes hielt; er ging indessen noch weiter und trat der gegen Rußland gerichteten Kulturpropaganda entgegen. „Wir sehen nicht", schrieb er schon 1914[125],

> „daß das Urteil über den deutsch-russischen Kampf irgendwie gefördert wird dadurch, daß man von einem im Kern asiatischen Staate spricht ... oder, gewöhnlich ohne ausreichende historische Kenntnis, die Bedeutung der Tatarenherrschaft ... übermäßig übertreibt. Das letzte Wort über die Kulturfähigkeit des Ostslawentums ... ist heute noch nicht gesprochen ..."

Doch diese Fragen stünden bei den an sich nicht unüberbrückbaren Machtgegensätzen zwischen Deutschland und Rußland überhaupt nicht zur Diskussion[126]. Mochte der Zar unter dem Beifall der Panslawisten den Krieg gegen das Deutschtum proklamiert haben, so vertrat er damit doch nur die Meinung einer kleinen Minderheit des russischen Volkes, das in seiner breiten Masse (anders als die Engländer) von einem Kulturkrieg gegen Deutschland nichts wissen wollte[127].

Was für Rußland die Überzeugung einiger weniger Hochschullehrer blieb (mit Hoetzsch könnte man noch M. Spahn nennen[128]), war communis opinio an deutschen Universitäten, sobald der Charakter der deutsch-französischen Auseinandersetzung zur Debatte stand; denn dieser Konflikt ließ sich in den Augen der meisten Gelehrten beim besten Willen nicht als Kulturkrieg interpretieren. Deshalb gehörte die Verbeugung vor dem „edelsten" Gegner, dem „ritterlichen" Frankreich mit zu den Standard-Topoi, die in den meisten Kundgebungen deutscher Gelehrter auftauchen[129]. Für katholische Theologen, die vor dem Kriege in enger Verbindung mit ihren Kollegen jenseits der Vogesen gestanden hatten, lag diese Sicht ohnehin nahe, und es kann nicht verwundern, wenn sie bei Max Scheler zu den Grundthemen ebenso gehört wie sein anti-englischer Affekt[130]. Mehr überrascht es, bei dem später auch nach Westen so annexionsfreudigen D. Schäfer von der „staunenden Bewunderung" zu lesen, den der außenpolitische Ehrgeiz Frankreichs, sein unermüdliches Streben nach Rückgewinnung einer führenden Stellung in Europa, bei ihm hervorriefen[131].

Sicher fehlte es nicht an abfälligen Urteilen über den politischen und sittlichen „Verfall" der französischen Demokratie[132]. Aber es wurde doch ein Unterschied gemacht zwischen dem irregeführten französischen Volk und seiner verantwortungslosen Führung — eine Zwei-Frankreich-Theorie, die ähnlich wie bei England ein differenziertes Urteil erlaubte[133]. Das Gefühl persönlichen Hasses fehlte jedenfalls zu Kriegsbeginn noch fast völlig. Es konnte schließlich nicht überraschen, daß nach der Julikrise die französischen Gewehre „gleichsam von selbst" losgingen[134]. In dieser Stimmung, in der D. Schäfer offen von einem „Dahinschwinden" der deutschen Erbfeind-Vorstellung sprechen konnte[135], lag der Gedanke an eine zukünftige Verständigung mit Frankreich gleichsam in der Luft. D. Schäfer, O. Hoetzsch, M. Lenz und F. Meinecke gehörten zu den Gelehrten, die ihn aufgriffen[136]. M. Scheler stand nicht allein, wenn er sogar von einem auf Deutschland und Frankreich gegründeten Kontinentalbund für die Zeit nach dem Kriege schwärmte[137].

Der Verzicht auf eine ideologische Überhöhung des deutsch-französischen Konfliktes bei den deutschen Gelehrten warf ein Problem von allgemeinerer Bedeutung für ihre Haltung im 1. Weltkrieg auf: Wie ließ sich ihre nationalistische Kulturpropaganda mit dem übernationalen Charakter der europäischen Kultur und der Wissenschaften in Einklang bringen? Die friedens- und zivilisationsge-

wohnte Generation der deutschen Professoren bewegte diese Frage zu Kriegsbeginn ganz besonders, und nicht umsonst trug eine große Zahl ihrer Schriften den Titel „Krieg und Kultur"[138]. Die Antworten, die sie fanden, fielen verschieden aus: D. Schäfer hatte auch schon vor dem Kriege von einer internationalen Zusammenarbeit der Gelehrten nichts gehalten[139]. Für Eduard Meyer bedeutete der Wechsel von internationalem „commercium litterarum" zu nationaler Isolierung einen schmerzlichen, aber notwendigen Bruch in der abendländischen Kulturentwicklung; in dem neu angebrochenen eisernen Zeitalter, dessen Zeichen auf einen Niedergang der gesamten westlichen Kultur hindeuteten, gab es nur ein Mittel der Selbstbehauptung: die rücksichtslose Vertretung und Durchsetzung der nationalen Eigeninteressen[140].

Andere Professoren konnten sich mit einem solchen endgültigen Abbruch aller internationalen Bindungen nicht abfinden: Der Berliner Romanist Morf erklärte seinen Studenten zu Beginn des Wintersemesters 1914/15, er könne den Glauben an das Wiederaufleben der übernationalen Gemeinschaft der Wissenschaften nicht aufgeben[141]. Bei aller nationalen Begeisterung sprach auch E. Troeltsch von dem „wüsten Traum" eines europäischen „Selbstmordes", über den selbst die „sittliche Größe und kommende Herrlichkeit Deutschlands" nicht hinwegtrösten könne[142]. Ähnliche Vorbehalte gegen die Propagierung eines „Glaubenskrieges" lassen sich bei Theologen ebenso wie bei Historikern (O. Baumgarten, S. Riezler) nachweisen[143]. Sie dürften zusammen mit dem Gebot einfacher politischer Klugheit zu der Verurteilung geführt haben, die einige wissenschaftliche Institutionen über die schlimmsten hyperpatriotischen Exzesse einiger ihrer Mitglieder (z. B. Lassons, Ostwalds und Sombarts) öffentlich zum Ausdruck brachten[144]. Bei vielen Historikern wirkte die Rankesche Tradition nach, deren Geschichtsschreibung von der Prämisse der Einheit der romanisch-germanischen Nationen ausging. So graute es F. Meinecke vor dem „Abgrund, den die Engländer" zwischen Deutschland und der übrigen Welt „zu schaufeln" sich bemühten[145]. H. Delbrück gestand seinem Freund und Kollegen M. Lenz schon im August 1914:

> „Tief innerlich bin ich ergriffen von der Größe der Erhebung, aber ich empfinde zugleich die ungeheure Tragik dieses Kampfes zwischen den Trägern der höchsten Kultur zu sehr, um mich bloß dem Enthusiasmus hinzugeben . . .[146]"

M. Lehmann, ebenfalls im weiteren Sinne Ranke-Schüler, äußerte die gleiche Überzeugung in einem Brief an Delbrück:

> „Ranke! ‚Weh dir, daß du ein Enkel bist,' das habe ich mir oft zugerufen seit dem 25. Juli 1914, als rings um mich die Kriegspsychose tobte und ich, hier fast allein, zwar Deutschlands Besiegung für unmöglich hielt, aber doch noch an etwas anderes dachte — an das, womit Ihr herrlicher Brief schließt, an die Einheit der romanisch-germanischen Nationen . . .[147]"

Wie wir sahen, weigerte sich Delbrück deshalb auch, die verschiedenen antienglischen Kundgebungen deutscher Wissenschaftler und auch die „Erklärung der 93" mit zu unterschreiben. Wie er brieflich erläuterte, kam es ihm darauf an, nicht nur die Kriegsbegeisterung zu erhalten, sondern zu einer überlegten und vernünftigen Einsicht der politischen Zusammenhänge des Weltkriegs zu verhelfen[148].

Wirklich folgerichtig bei der Wahrung übernationaler Maßstäbe in der Beurteilung des Weltkrieges und in der Distanzierung von dem Gefühlsüberschwang der ersten Kriegsmonate blieben aber nur die Gelehrten, die sich wie W. Schücking, A. Einstein und später F. W. Foerster dem kleinen Häuflein der Gesinnungspazifisten einreihten, die sich im „Bund Neues Vaterland" organisiert hatten[149] und auf dieser Ebene publizistisch zu wirken suchten. Oder aber man zog es vor, trotz dem Druck der Öffentlichkeit zu schweigen — das galt für M. Lehmann und S. Riezler, deren Schmerz über den Zerfall der europäischen Kulturgemeinschaft nicht von der Kriegsbegeisterung betäubt werden konnte. Diese beiden Historiker dürften dem Völkerrechtler W. Schücking zugestimmt haben, wenn er erklärte:

> „ . . . all das Große und Herrliche, einschließlich der täglichen Siegesmeldungen, vermag aus unseren Herzen die Empfindung nicht auszulöschen, daß das Schicksal uns bestimmt hat, in diesem titanenhaften Kampf der europäischen Kulturnationen gegeneinander die grausigste Tragödie zu erleben, deren Schauplatz unser Erdteil bis jetzt gewesen ist . . .[150]"

Wie hoch innerhalb der Professorenschaft insgesamt der Prozentsatz solcher Dissidenten gewesen ist, die nicht an der Kriegspublizistik teilnahmen, läßt sich natürlich auch nicht annähernd genau bestimmen. Bei manchen dürfte auch die Abneigung gegen die in den ersten Kriegsmonaten gängige nationale Phrase eine Rolle gespielt haben, wie dies für M. Weber, G. F. Knapp und A. Dove nachzuweisen ist[151].

Auf jeden Fall lief ein solches Schweigen auf den Verzicht auf jede politisch-pädagogische Wirkung hinaus, ein Entschluß, zu dem sich nicht allzu viele Gelehrte — auch und gerade wenn sie nicht zu den extremen Nationalisten gehörten! — durchzuringen vermochten. Was blieb, war der Weg des Kompromisses, der natürlich von Widersprüchen nicht freizuhalten war. So sind Delbrücks früheste Kundgebungen durchaus nicht frei von dem üblichen Ton nationaler Überheblichkeit gegenüber England[152]. E. Troeltsch bekannte selbst, er habe im Laufe des Krieges eingesehen, daß der Krieg „tiefgehende Kulturunterschiede" enthüllt habe, die die volkstümliche Kampagne gegen die „Ausländerei" in Deutschland berechtigt erscheinen lasse[153]. Tatsächlich gab er dem Krieg nicht erst nachträglich, sondern von Anfang an den Sinn eines Kampfes um die „Weltaufgabe" des „Deutschtums"[154]. Ähnliche Widersprüche lassen sich bei A. v. Harnack aufzeigen[155], und F. Meinecke konstatierte ohne Bedauern, daß die gesamte „Friedens- und Kulturarbeit" eine „Kampfesfront" erhielte,

„aus der unsichtbare Geschützrohre herausragen. Unser geistiges Leben, das ebenso wie das wirtschaftliche ... auf den ununterbrochenen Austausch der Kulturnationen angewiesen ist, zieht sich entschlossen in sich selbst zurück und wird zur nationalen Minerva mit Helm und Schwert ...[156]"

Gerade die Professoren, die sich nicht schrankenlos dem vordringenden Chauvinismus hingaben, befanden sich hier, wie W. Kahl erkannte, in einem „furchtbaren Zwiespalt[157]": Eine Überbetonung der nationalistischen Gegensätze schien in Widerspruch zu stehen mit den besten Überlieferungen der deutschen Wissenschaft; eine zu starke Hervorkehrung des Gedankens von der kulturellen Gemeinschaft der europäischen Nationen drohte den Krieg jedes tieferen Sinnes zu berauben und die Kriegsmoral zu beeinträchtigen, wie H. Delbrück einem holländischen Pazifisten gegenüber in aller Deutlichkeit feststellte[158]. Verzichteten die Professoren aber auf eine solche Sinngebung des Krieges, dann hatten sie ihre Kriegsaufgabe, wie sie sie auffaßten, nicht nur nach *außen*, sondern auch nach *innen* dem eigenen Volk gegenüber verfehlt. Mußten sie doch, um O. v. Gierke zu zitieren, versuchen, ein tieferes Verständnis für die „große Vaterländische Sache" zu erwecken und den Krieg aus historischer, philosophischer und theologischer Sicht als sinnvoll erscheinen zu lassen[159]. Nur so konnten sie dazu beitragen, daß die Verbindung zwischen den breiten Massen und der politisch-militärischen Führung erhalten blieb. Mit welchen Methoden und mit welchen Ideen packten die deutschen Gelehrten diese nach *innen* gerichtete Aufgabe an?

II.

Der Unterschied zwischen der äußeren und inneren Aufklärungsarbeit der deutschen Professorenschaft war in erster Linie eine Frage verschiedener Akzentsetzung. Auch gegenüber dem eigenen Volk wurde die Vorstellung vom „aufgezwungenen Existenzkampf" in den Vordergrund gerückt. Doch war jetzt wichtiger, verständlich zu machen, welche Güter es konkret waren, die mit dem Weltkrieg auf dem Spiel standen.

Nach dem Verständnis der deutschen Professoren gehörten die sprachlich bestimmte Nationalität[160] nur sehr bedingt und die biologisch geprägte Rassengemeinschaft überhaupt nicht zu derartigen Werten[161]. Dagegen ergab sich zwingend aus der Auffassung des Weltkrieges als eines Ideenkampfes, daß eines der zu schützenden Güter die deutsche Kultur war[162]. Sie zu interpretieren und gegen die gegnerischen Anwürfe zu verteidigen, schienen die Universitätslehrer zu allererst berufen zu sein. Dabei wurden deutsche Kultur und deutscher Nationalcharakter (Deutschtum) oft genug gleichgesetzt und die Definition des Wesens der deutschen Kultur mit ebenso allgemeinen wie banalen Wendungen von „deutscher Treue" und „deutscher Wahrhaftigkeit" usw. erledigt[163]. Anspruchsvollere Geister erkannten in der deutschen Kultur die einmalige Synthese von alt überlieferten und hochmodernen Elementen, die Verbindung von innigem Verständnis für individuelle Vielfalt mit der Fähigkeit zu Unterordnung und Organisation (Troeltsch[164]), oder, um R. Eucken sprechen zu lassen, die Verknüpfung von „Arbeitskultur" und „Seelenkultur"[165].

Unabhängig von ihren Merkmalen im einzelnen stellte indessen die deutsche Kultur in ihrer Eigenart einen Wert an sich dar, den die Menschheit in ihrer Fortentwicklung nicht würde entbehren können: „Das ist unser Glaube", verkündete Troeltsch[166],

„... daß in unserm Volkstum ein unerschöpflicher innerer Wert ... enthalten ist, der unveräußerlich wichtig ist für die Menschheit und den der ... Gott der Geschichte uns zur Hut und Auswirkung anvertraut hat ..."

Dies mußte um so mehr gelten, wenn man — wie viele Gelehrte — von vornherein von der Überlegenheit der deutschen Kultur überzeugt war[167].

Politisch wirksam wurde die deutsche Kultur im deutschen Staatsdenken und in seiner eigentümlichen Freiheitsauffassung. Scharf abgehoben von der utilitaristisch begründeten Freiheitslehre der westlichen Länder, wurde die Konzeption der „deutschen Freiheit[168]" auf die Überlieferung des Idealismus, vor allem aber auf Fichte, zurückgeführt[169]. Es war E. Troeltsch, der nicht müde wurde, diesen Zusammenhängen in Wort und Schrift nachzugehen[170]. Wie er z. B. in einem für ausländische Leser bestimmten Werk darlegte, lag der deutschen Freiheitsauffassung der kantische Gedanke der „autonomen Pflicht- und Rechtsanerkennung" zugrunde, daneben aber auch der romantische Wunschtraum von der Ermöglichung einer optimalen Vielfalt individuell-eigenartiger Bildungen[171]. Die deutsche Freiheit, erklärte er, sei überhaupt keine formale Freiheit „gleichmäßig aller Individuen", sondern „die inhaltliche Freiheit einer unbegrenzten Mannigfaltigkeit persönlicher Selbstbildung[172]".

Wenn Troeltsch die Begriffe Freiheit und Pflicht als sich gegenseitig ergänzend bezeichnete, gab er einen Gedanken wieder, der auch bei vielen seiner Kollegen immer wieder aufgegriffen wurde: Bei G. v. Below, A. v. Harnack, G. Schmoller, F. Meinecke, O. Hintze, J. Plenge und P. Natorp, um nur einige Namen zu nennen, erscheint Freiheit im Sinne politischer Mitbestimmung stets als Korrelat zum Begriff der Pflicht, die zum Dienst am organischen Ganzen aufruft[173]. Wahre Freiheit bedeutete laut Harnack:

„das mit ... ganzer Hingebung und unbehindert tun, was man tun soll, das tun wollen, was man tun muß[174]"

Rückhaltlos wurde das Recht auf freie Selbstbestimmung nur für die nichtpolitische Sphäre individueller Lebensgestaltung anerkannt, vor allem für Bildung und Weltanschauung[175], ja, hier glaubte man sich den in Konventionen gefangenen Völkern der Westmächte sogar überlegen[176]. Vorbehaltlos wurde außerdem natürlich auch das Recht auf freie Selbstbestimmung für Deutschland nach außen gefordert[177]. Politische Mitbestimmung im Innern wurde nur eingeschränkt anerkannt, und es war bezeichnend, daß Troeltsch die deutsche Freiheit keineswegs mit dem westlichen Parlamentarismus gleichgesetzt wissen wollte[178]

und sich gleichsam entschuldigen mußte, wenn er trotzdem eine weitere Ausgestaltung des politischen Mitspracherechtes des deutschen Volkes befürwortete[179].

Die Vermutung liegt nahe, daß Troeltsch sich des Konfliktes bewußt war, der sich zwischen den traditionsbewußten „Ideen von 1914" und der von ihm schon sehr früh erkannten Notwendigkeit einer Liberalisierung des innenpolitischen Lebens im Reich auftat[180].

Wesentlich bruchloser ließ sich die „deutsche Freiheit", wie sie Troeltsch, Natorp und andere durchaus nicht einseitig konservative Gelehrte verstanden, in anti-liberalem Sinne interpretieren, wenn R. Seeberg z. B. die „pietätvolle" oder Haller gar die „volle, restlose, blinde Hingabe des eigenen Ichs" im Dienste an der „unvergänglichen geistigen Ordnung" verlangten, die die Staatsindividualität verkörperte[181]. Entsprechend konnte der Münsterer Volkswirt J. Plenge als Grundpostulat der „Ideen von 1914" den Satz aufstellen:

> „Sei so, daß du mit deinem Denken und Wollen in das starke Ganze deines Volkes paßt, so wie es durch seine ganze Geschichte und durch diesen Krieg geworden ist ...[182]"

Wenn W. Sombart schließlich — auch hier übertreibend — die deutsche Freiheit mit der „Geringschätzung" des „naturalistischen Einzellebens" gleichsetzte, so zeigte er nur, einer wie weitgehend antiliberalen Deutung die gängige Vorstellung von „deutscher Freiheit" Vorschub leistete[183]. Das Ganze, dem sich der Einzelne einzuordnen hatte, verlor bei diesen Interpreten zugleich völlig seinen ideellen Charakter und nahm ausgesprochen diesseitige Züge an.

Was ursprünglich theoretischer Gemeinschaftsidealismus gewesen war, schlug um in einen faktischen Staats- bzw. Machtmaterialismus, wie E. Kehr diese Denkweise genannt hat[184]. Zwei Stimmen mögen diese Wendung illustrieren. Der Heidelberger Kirchenhistoriker H. v. Schubert begrüßte die Entwicklung:

> „daß unsere Religiosität gelernt ... hat, einen einseitigen Jenseitskult aufzugeben, die Weltentwicklung gottdurchleuchtet zu denken und die Güter dieser Welt als Mittel zu unserer sittlichen Erprobung anzusehen, vor allem unser Vaterland ...[185]"

W. Sombart[186] rief aus:

> „Wir wollen Idealisten, aber keine Ideologen, keine Wolkensegler sein, sondern fest auf der Erde stehen und uns von Meer und Erde so viel nehmen, als wir für unser Dasein ... brauchen ... Unser Reich ist von dieser Welt ... Und gerade das ist ja die besondere Note der hier vertretenen Auffassung: daß wir die stärkste Realität auf dieser Erde: den Willen zur Macht in den Dienst einer idealistischen Weltanschauung stellen, daß wir an deren Erhaltung ohne solche Hilfe, die ihr aus dem Staatsgefühl herkommt, nicht zu glauben vermögen ..."

Wie aber sah dieses Reich von innen aus? Welche verfassungsrechtlichen Faktoren machten es in den Augen der deutschen Gelehrten verteidigungswürdig?

Ähnlich wie bei der Bewertung der deutschen Kultur überwog zunächst auch im Urteil über den deutschen Staat seine grundsätzliche Bejahung alle detaillierteren Erwägungen über die spezifischen Vorzüge seiner inneren Struktur. Noch vor dem Krieg (1913) hatte H. Delbrück bekannt, mit der deutschen Reichsverfassung sei eine „weit bessere Form der politischen Gestaltung" verwirklicht worden als in irgendeinem anderen Staatswesen seiner Zeit[187], und er sah auch nach Kriegsausbruch zunächst keinen Anlaß, diese Meinung zu ändern[188]. Sein Kollege A. Lasson verklärte das Bismarckreich sogar zu dem „vollendetsten Gebilde", das die Geschichte „bisher" erzeugt habe[189]. Solche Übertreibung mochte nicht jedermanns Geschmack sein. Die etwas vorsichtiger gefaßte Behauptung Meineckes, der deutsche Staat habe sich in der ersten Kriegszeit als „im Kerne gesund" erwiesen[190], klingt auf jeden Fall in vielen der frühen Kriegsschriften deutscher Gelehrter an[191], und Kritik an diesen Lobsprüchen wurde, wenn überhaupt, dann nur privatim geäußert.[192]

Letztlich war ja auch das Bekenntnis zum deutschen „Militarismus", wie es uns bereits aus den verschiedenen Professorenmanifesten bekannt ist, schon auf eine Bejahung der deutschen Reichsverfassung hinausgelaufen — dieses „Wunderwerkes", wie sie E. Marcks bezeichnete[193].

Erst in zweiter Linie wurden die spezifischen Qualitäten des Reichsbaues herausgearbeitet, wobei viele Gelehrte über eine gewisse Vagheit nicht hinausgelangten. Vielleicht war es bezeichnend, daß der 1915 erschienene Bismarck-Gedenkband, zu dem repräsentative Gelehrte aller Fachrichtungen, in erster Linie natürlich Historiker, beitrugen, keinen einzigen Beitrag enthielt, der speziell der Bismarckschen Reichsverfassung gewidmet war. Ging man solchen Erörterungen aus dem Wege, um Kontroversen zu vermeiden? Auf jeden Fall hoben Meinecke und Brandenburg beide in ihren Beiträgen mehr Bismarcks politischen Stil als vorbildlich hervor als die Details seines innenpolitischen Werkes[194]. Nur der Jurist H. Triepel verfaßte zum Bismarckjahr ein eingehenderes Loblied auf die Reichsverfassung, das freilich trotz ausdrücklicher Erinnerung an die Erfordernisse des Burgfriedens eine antiparlamentarische Spitze enthielt[195].

Trotzdem gab es natürlich weite Gebiete der Übereinstimmung in der prinzipiellen Bewertung der Reichsverfassung. Meinecke, Schmoller und Marcks erschien sie als besonders glückliche Verbindung traditionell aristokratischer und modern demokratischer Elemente[196]. Die Unabhängigkeit der monarchischen Spitze galt allgemein und unbestritten als unschätzbarer Vorzug. Sicherte sie doch Sachkunde und Stetigkeit in der Führung der Geschäfte zumal in der Außenpolitik, wo solche Qualitäten unentbehrlich waren. Unterstützt in diesem Bemühen wurde die Exekutive durch die sorgfältig geschulte „Amtsaristokratie" (Schmoller) der Verwaltungsbeamten[197]. Das Gleichgewicht, das so, ganz den Ideen Montesquieus entsprechend (A. O. Meyer[198]), zwischen Exekutive und Legislative herrschte, schloß nicht nur die Übermacht einer Gewalt aus, sondern schuf auch eine Barriere gegen das Überhandnehmen eines unpolitisch-emotionalen Massenchauvinismus (Meinecke, Troeltsch, Triepel, G. Kaufmann[199]).

Die Exekutive nahm gleichzeitig die unteren Schichten gegen das Machtstreben der besitzenden Klassen in Schutz, dem sie in den westlichen Demokratien hilflos preisgegeben waren (Schmoller[200]). Ein solches Übergewicht der Oberschicht war im Reich auch dank dem gleichen Wahlrecht und dem Fehlen eines Oberhauses von vornherein ausgeschlossen[201]. Die Arbeiterschutzgesetze besiegelten den sozialen Charakter des deutschen Staatswesens[202].

Die äußere Bedrohung Deutschlands mußte eine Rückbesinnung auf die Werte, die es mit ihm zu verteidigen galt, und ihre Deutung aus dem Munde deutscher Gelehrter nahelegen. Wie aber erklärt sich die überschwängliche Begeisterung, mit der sie den Krieg willkommen hießen und die sie auch auf ihre Zuhörer zu übertragen suchten? Welche Motive ließen einen Friedrich Meinecke noch in seinem hohen Alter zu einem Zeitpunkt, als sich bereits die Katastrophe von 1945 abzeichnete, die positiven Gefühle bejahen, die ihn im August 1914 beseelten[203]?

Sicher spielte der Eindruck der ersten militärischen Erfolge, die ein baldiges Kriegsende in Aussicht stellten, eine Rolle[204]. Auch waren sich die deutschen Gelehrten ihrer Aufgabe bewußt, die Siegeszuversicht in der Heimat aufrecht zu erhalten[205]. Wie kam es jedoch, daß sie das Losbrechen des Weltkrieges geradezu mit einem erleichterten Aufatmen wie ein „metaphysisches Erwachen" (Scheler) begrüßten[206]?

Der Gedanke von der läuternden Kraft des Krieges gehörte mindestens seit Hegel[207] zum festen Bestand der politischen Philosophie Deutschlands — die deutschen Weltkriegsprofessoren brauchten, zunächst einmal ganz unabhängig von der konkreten Kriegslage, an diese Tradition also nur anzuknüpfen. Sie taten dies, selbst wenn vielen von ihnen, z. B. A. v. Harnack, eine Verherrlichung des Krieges an sich fern lag. Harnack gab seinen Studenten die folgenden Worte mit auf den Weg ins Feld:

> „Und wenn jetzt der Krieg mit ehernen Schritten entgegenkommt, wie nehmen wir ihn auf? Wir brauchen nur hinzusehen auf die Straße! Ruhig, kräftig und schließlich auch jubelnd ... So viel Egoistisches fällt ab, nur auf große Gesichtspunkte kommt alles an ... Wir treten in die Zeit der Opferfreudigkeit ...[208]"

Die reinigende Kraft des Krieges, die zunächst das *Individuum* sittlich erhöhte — dies war ein Gesichtspunkt, der den Krieg auch einem F. W. Foerster sinnvoll machte[209]. Im selbstlosen Dienst am Ganzen der überpersönlichen Mächte — so lesen wir z. B. bei E. Troeltsch, F. Meinecke, H. Finke, M. Lenz und M. Weber[210], und dies war auch die Überzeugung einer großen Zahl von Philosophen — erfuhren die individuellen Kräfte eine höchste Steigerung, erlebte die Persönlichkeit ihre umfassendste Selbstverwirklichung[211]. F. Meinecke faßte diese Stimmung in die Worte:

> „... durch alles tiefere moderne Denken geht als Reaktion gegen die Einschnürung des Individuums eine wunderbar einheitliche, aus Resignation und Lebensleidenschaft gemischte Grundströmung dahin, den Augenblick zur Ewigkeit zu erweitern, das Ewige mitten im Zeitlichen und doch unabhängig vom Zeitlichen zu suchen. Stirb und werde — opfere, um zu gewinnen. Der Tod für das Vaterland, dieses uralte Opfer, hat für uns wieder einen neuen und ewigen Sinn erhalten ...[212]"

Gleichzeitig wurden aber auch die *kollektiven* Mächte durch das „examen rigorosum" des Krieges (Scheler[213]) gereinigt und sublimiert; denn der Krieg erschien als Regulator der gesamten geschichtlichen Fortentwicklung (z. B. bei Troeltsch, Marcks, Seeberg, Scheler, Sombart und Holl, aber auch F. W. Foerster[214]), als Richter über sittlich gut und böse, über politisch, kulturell und selbst wirtschaftlich lebenswert oder -unwert (Seeberg, Lamprecht, Herkner[215]) und diente damit dem menschlichen Fortschritt.

„Und doch, liebe Freunde", versicherte R. Seeberg seinen Lesern[216],

> „fehlt es uns nicht an Trost. Durch den dunkeln Sack, der die Lebenssonne umhüllt, brechen doch Lichtstrahlen hindurch; sie künden den Sieg. Und über dem Strom des Blutes schweben selige Geister in lichtem Reigen und singen die gewaltige Melodie vom weltgeschichtlichen Fortschritt, vom stärkeren und größeren Deutschland. Und wir, wir durften dabei sein ..."

Die Auswirkungen der technischen Revolution auf das moderne Kriegswesen, die jeder Frontsoldat kennenlernte, hatten auf die Bewertung des Krieges in der Heimat noch keinen Einfluß gewonnen. Im Gegenteil! Der Krieg, so schien es, verlieh auch der Technik einen neuen Sinn, und Sombart erklärte:

> „Die 42 cm Mörser ..., die bombenwerfenden Flugapparate, die Unterseeboote haben uns wieder einen Sinn des technischen Fortschrittes offenbart ...[217]"

Nicht in erster Linie als Kraftprobe des wirtschaftlichen Potentials der einzelnen Großmächte wurde der Krieg gesehen, sondern wie schon zur Zeit Hegels und Rankes als Wettkampf moralischer Energien[218] oder gar als „heiliger Krieg" oder „Kreuzzug"[219].

Den Höhepunkt erreichte diese Art von Kriegsbegeisterung aber mit der Vorstellung, der Krieg wäre selbst dann noch sinnvoll und heilig, wenn Deutschland in ihm unterläge. Ein solcher Todeskampf würde mit den Worten von M. Lenz, einer „Predigt" gleich, der Welt ein „ewiges Beispiel" setzen „für das, was Treue ist"[220]. Jenseits aller politischen Zielsetzung erlangte hier der Krieg einen absoluten Selbstzweck.

Für die Mehrzahl der deutschen Gelehrten war der Gedanke der Läuterungskraft des Krieges indessen nicht nur eine abstrakt-traditionsbegründete Reminiszenz, sondern eine in jenen Wochen unmittelbar erlebte Wirklichkeit. Wir stoßen damit zu der eigentlichen Quelle der Kriegsbegeisterung der deutschen Professoren vor. So sehr diese nämlich die Festigkeit der politischen und kulturellen Grundlagen Deutschlands rühmten, so wenig konnten sie sich für viele Erscheinungen des konkreten Kultur- und Staatslebens ihrer Gegenwart begeistern, und in eigentümlichem Widerspruch zu der oft geäußerten Zufriedenheit über die

Stabilität des Bismarckreiches durchzieht dieselben Schriften der Mißton der Kritik an der unmittelbaren Vorkriegszeit, die aus der Sicht der Jahre 1914/15 noch durchaus nicht den verklärten Glanz besaß, den sie in der Erinnerung vieler Überlebender später annahm[221]. Nicht (wie nachträglich) als Epoche kultureller Reife erschien sie in den Professorenschriften, sondern als Periode politischen und kulturellen Verfalls. Im geistigen Leben hatten sich nebeneinander dekadentes Aesthetentum, materialistische Raffgier und sittliche Korruption breitgemacht, die lutherisch-direkt der Heidelberger Theologe L. Lemme mit den Worten geißelte:

> „Wenn man beobachtete, wie die Zerstörung aller Religion vielen als die höchste und wichtigste Aufgabe ... erschien, ... wie eine moralische Blasiertheit frechster Emanzipation des Fleisches ... die Morallosigkeit als neue Moral anpries, ... wie nicht nur das Ein- und Zweikindersystem in ansteckender Weise um sich griff, sondern sogar Volksredner den Neu-Malthusianismus öffentlich anzupreisen wagten, ... wie auf unseren Universitäten das Pariser Kokottenwesen um sich griff — dann konnte die Frage aufsteigen, ob solche Entartung nicht die göttliche Gerechtigkeit aufrufen müßte[222]."

Ebenso verwirrte die bunte Vielheit der geistigen Manifestationen. Sie erweckte den Eindruck von Zersplitterung und Ziellosigkeit[223]. R. Eucken faßte dieses Unbehagen, das in den meisten ersten Kriegsschriften seiner Kollegen anklang, in die resignierte Feststellung, Deutschland vor 1914 hätte dem „Tempel" geglichen, dem das „Allerheiligste" gefehlt hätte[224].

Genau so wenig wie mit dem kulturellen wußten die deutschen Professoren mit dem politischen Pluralismus der Vorkriegsjahre etwas anzufangen. Kaum eine Schrift, die nicht den Fanatismus der Parteienkämpfe, die Ideenarmut und Ziellosigkeit der deutschen Politik vor Kriegsausbruch beklagt hätte[225]. Rechts und Links — R. Seeberg und F. Meinecke — waren sich darüber einig, daß ein alles integrierender Faktor sowohl dem politischen als auch dem kulturellen Leben Deutschlands gefehlt hätte[226].

Diesen Faktor lieferte der Krieg und — dies der eigentliche Grund für die Kriegsbegeisterung! — befreite Deutschland damit von der letzten Ursache für seine Krise: Er ließ die wahren und wesentlichen Ziele deutscher Politik und deutscher Kultur vor dem Hintergrund der Scheininteressen wieder aufleuchten, einigte damit, so stellte man beglückt fest, das deutsche Volk innerlich wieder und erfüllte so seinen „volkserlösenden Beruf" (Kahl[227]). Ein „Einschmelzungsvorgang" durchdrang alle bisher „disparaten Elemente", der den Streit zwischen Parteien[228], Klassen[229], Stämmen[230], Konfessionen[231] und Rassen[232] verstummen ließ. Mit dem Ruf nach der Verteidigung der Existenz des Reiches hatte, um noch einmal Euckens Worte zu gebrauchen, das deutsche Volk sein „Allerheiligstes" wiedergefunden. Die innere Einigung Deutschlands war über Nacht vollendet: „In den Zeiten furchtbarster Not" war „die deutsche Nation fertig geworden" (H. Finke[233]).

Für die deutschen Wissenschaftler setzten dieser Integrationsprozeß und ihre Kriegsaufgabe ihrer traditionellen Entfremdung von dem politischen Leben des übrigen Volkes ein Ende[234]: Kultur und Staat, so jubelten sie, hatten wieder ein fruchtbares Verhältnis zueinander gefunden.

Die Frage blieb, in welcher Richtung dieser politische Läuterungsprozeß im Kriege und vor allem in der Nachkriegszeit fortzuführen wäre. Hier gingen die Meinungen von Anfang an auseinander: Für die Anhänger Naumanns bestand das „Wunder" des Augustes 1914, die Erfüllung ihrer höchsten politischen Wünsche, in der Schließung des Risses, den der Reichsbau seit seiner Gründung aufgewiesen hatte: Die breiten Massen hatten sich mit dem Staat versöhnt. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokraten und deren Bereitschaft zur Unterstützung der Reichsleitung hatten die formende Kraft der deutschen Nation auch für die unteren Schichten bewiesen[235]. Diese „innere Eroberung", das eigentliche Motiv für die Hochstimmung, die Friedrich Meinecke in den ersten Kriegswochen erfüllte, schien die politische Arbeit der Naumannianer nachträglich zu rechtfertigen[236]. Hatten die Sozialdemokraten ihre nationale Haltung erwiesen, so gewannen sie damit aber auch ein Anrecht auf Entgegenkommen in ihren eigenen politischen Wünschen[237]. Dieser Gedanke durchzog eine von F. Thimme angeregte Sammelschrift: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland", zu der Professoren wie H. Oncken, F. Meinecke und G. Anschütz einerseits und sozialdemokratische Parteiführer andererseits beitrugen[238]. Bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch hatte E. Troeltsch gefordert, daß der Gleichberechtigungsanspruch der unteren Schichten erfüllt werden müßte[239], während F. Meinecke mit der Hoffnung auf eine preußische Wahlrechtsreform schon im Herbst 1914 das Kind beim Namen nannte[240].

Ganz anders die Naumann fern stehenden Gelehrten! Sie wagten zwar die Echtheit der Bekehrung der Sozialdemokratie zum nationalen Staat nicht anzuzweifeln — bei der Haltung der Öffentlichkeit hätte diese auch keine andere Wahl, bemerkte v. Below offenherzig[241] — ;aber sie legten doch stärkeres Gewicht auf die Reinigung der Sozialisten von ihren früheren „internationalen Velleitäten"[242], welche die Rechte schon immer bekämpft hätte. Der jüngste Gesinnungswandel der Sozialdemokraten wurde gleichgesetzt mit dem Siege der von den Rechtsparteien gepflegten Vorstellungen von „national" und darüber hinaus mit einer inneren Bejahung der Mission Deutschlands im Weltkriege. Nicht die Erringung der so lange vermißten inneren Geschlossenheit des Reiches beeindruckte diese Professoren — D. Schäfer, G. v. Below, R. Seeberg u. a. — also so sehr, sondern die Zustimmung der Arbeiterschaft zu ihren außenpolitischen Vorstellungen[243].

„Naumannier" und „Imperialisten" durften demnach zunächst annehmen, daß sich ihre wichtigsten politischen Hoffnungen gleichzeitig und mit einem Schlage verwirklicht hätten. Der innere Ausbau des Reiches war auch nach unten vollendet, und der deutsche Imperialismus hatte endlich die Zustimmung des gesamten Volkes gefunden.

In der euphorischen Stimmung der ersten Kriegszeit kam eine Richtung auf, die die beiden Hauptergebnisse der „Erhebung von 1914": die Steigerung des Einflusses der Massen und die Stärkung der Staatsautorität, auf einen Nenner zu bringen suchte. Dies sollte mit dem Programm eines Staatssozialismus erreicht werden, für den sich vor allem namhafte Volkswirtschaftler (J. Plenge, G. v. Mayr, E. Jaffé und W. Sombart[244]) einsetzten und der einerseits an die altpreußische Tradition eines sozialen Königtums und andererseits an die genossenschaftlichen Bestrebungen der Mittel- und Unterschichten anknüpfen konnte[245]. War nicht zu hoffen, daß eine solche Verwirklichung der „Ideen von 1914" Anhänger aller Parteien von rechts und von links vereinen würde?

Was zunächst nur das Ergebnis der Zwangslage des Krieges gewesen war — weitgehende staatliche Lenkung der Wirtschaft, Ausschaltung der freien Konkurrenz, Nivellierung der Stände — sollte also als Norm für die Zeit nach dem Kriege gelten[246]. Der Münsterer Volkswirt J. Plenge schenkte diesem Programm eines idealistisch motivierten Staatssozialismus unter Anlehnung an die Hegelsche Philosophie seine besondere Aufmerksamkeit. Er sah in ihm eine epochale Wendung, den endgültigen Bruch mit den eudämonistisch begründeten Wirtschaftssystemen des Manchester-Liberalismus, aber auch des marxistischen Sozialismus[247].

Zusammen mit Fichtes Utopie des „geschlossenen Handelsstaates" entdeckte er damit auch Naumanns Begriff eines „nationalen Sozialismus" für sich wieder, versah ihn jedoch, wie z. B. auch R. Seeberg, mit einem deutlich nach rechts gerichteten Akzent[248]. Denn es kam ihm nicht so sehr auf die Veränderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse an und auch nicht auf eine Einschränkung der Unternehmer-Initiative, sondern auf eine möglichst enge Symbiose zwischen Staat und Wirtschaft. Die beherrschende Position sollte dabei den Wirtschaftsführern zufallen, deren Politik von den Parlamenten nur gebilligt (bzw. verworfen), nicht aber kontrolliert und diskutiert werden dürfte[249].

Mehr als alles andere sollte dieser nationale Sozialismus indessen eine Veränderung der Bewußtseinslage bei jedem Staatsbürger bewirken. Hier sprach wieder der Hegelianer:

> „... Wenn nach diesem Kriege die äußere Ordnung unserer Gesellschaft auf die Dauer zu einer vermehrten Zwangsregelung unserer wirtschaftlichen Lebensbeziehungen führt, so kann das zu einer ... Versklavung der gesellschaftlichen Kräfte werden, wenn sie nicht mit einer verstärkten Durchgeistigung aller zu einem bewußten freien Zusammenwirken verbunden ist ...[250]"

Diese „höchstbewußte innere Einordnung des Menschen in die Organisation" bildete den Kern der neuen Staatsidee, wie Plenge sie begriff. Wie Sombart den Helden mit dem Händler, so konfrontierte er — z. T. in Übereinstimmung mit dem schwedischen Staatsrechtler Kjellén — die „Ideen von 1914" mit den überlebten Vorstellungen von 1789:

> „Aus einem verworrenen, an den Anarchismus anklingenden Programm demokratischer Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird sie [die Idee des nationalen Sozialismus] zu der straffen Zusammenfassung des nationalen Produktionsorganismus mit einer zunehmenden Regelung des Verbrauches, bei der man nach dem Diktator ruft, weil man den Organisator braucht ... Unter der Not des Krieges schlug die sozialistische Idee in das deutsche Wirtschaftsleben ein ... und so gebar die Selbstbehauptung unserer Nation für die Menschheit die neue Idee von 1914, die Idee der deutschen Organisation, die Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus ..."

Die Devise dieses Programmes war nicht mehr Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sondern: „Schaffe mit, gliedre dich ein, lebe im Ganzen ...[251]"

Plenge hatte radikal zu Ende gedacht, was sich als Tendenz und weniger reflektiert in vielen Professorenschriften nachweisen läßt, vielleicht noch mehr außerhalb als innerhalb seiner Fachdisziplin (so bei Scheler, Natorp, Marcks, Schmoller und v. Gruber[252]). Es war kennzeichnend für die geringe Artikuliertheit der politischen Ideenbildung im Deutschland der ersten Weltkriegshälfte, daß E. Troeltsch noch 1916 seine „vielfache" „Übereinstimmung" mit den „bedeutenden" Darlegungen Plenges konstatieren konnte[253].

Wenn Plenge indessen gehofft hatte, mit der Ausgestaltung dieser Modeformel eine innenpolitisch haltbare Synthese gefunden zu haben, hatte er sich trotzdem getäuscht. Seine Darlegungen stießen bereits bei einigen Anhängern der freien Wirtschaftsordnung unter seinen Kollegen auf Widerspruch (so bei L. v. Wiese[254]), und vollends das Echo in der weiteren Öffentlichkeit blieb zwiespältig: Nur Max Scheler stimmte Plenges Programm eines nationalen Sozialismus mit einigen Einschränkungen zu[255], während es der frei-konservative G. v. Below und erst recht sozialdemokratische Stimmen ablehnten[256]. Noch im Weltkrieg geriet angesichts der wirklich dringenden innenpolitischen Aufgaben das meiste von Plenges Ideen wieder in Vergessenheit. Was sich hielt, war, wie wir noch sehen werden, nur der Ruf nach einer starken Hand[257].

III.

Es ist nicht einfach, die Quintessenz der „Ideen von 1914", wie wir sie in unseren Professorenschriften kennengelernt haben, in klare Begriffe zu fassen. Das Vorherrschen einer stark gefühlsbetont - irrationalen Note, die auch schon damals gar nicht geleugnet worden ist[258], die ständige Wiederkehr von Klischees, lassen einen solchen Versuch gewagt erscheinen: Was in der „Walhalla der nationalen Erregung" (M. Lenz[259]) ausgesprochen worden ist, entzieht sich leicht der nüchternen Alltagslogik.

Aber gewisse Tendenzen lassen sich doch aufweisen, die all diesen Schriften gemeinsam sind und mit denen sich die deutschen Professoren ihrem Volk tatsächlich als einheitliche Front präsentierten. F. Meinecke hat die Ideen von 1914 nachträglich als letztes Aufglänzen („Euthanasie") des bürgerlich-idealistischen Zeitalters interpretiert[260], und tatsächlich bildete der Rückgriff auf diese Tra-

dition, wie wir etwa an der Fichterenaissance sahen, einen festen Bestandteil der frühen Kriegsliteratur. Aber aus heutiger Sicht war dies doch nur äußere Umkleidung für ein im Wesen ganz anderes Phänomen — eine Tendenz, die in die Zukunft wies: Das durch keine kritischen Bedenken gehemmte, stark voluntaristisch gefärbte Bekenntnis zu den Kollektivmächten Staat und Volk, die erst der Krieg vor den Gefahren eines zersetzenden Individualismus errettet zu haben schien, ein „Pathos totaler Identifikation", wie H. Lübbe diese Haltung kürzlich gekennzeichnet hat[261].

Dem neuen Kollektivismus nach innen stand nach außen die Abwendung vom politischen Denken Westeuropas zur Seite, und zwar nicht nur bei von Haus aus rechtsgerichteten Professoren wie Seeberg und v. Below, sondern in gleicher Weise auch bei Liberalen wie Troeltsch, L. Brentano, A. v. Harnack und A. Weber. Die Ausfälle gegen England bildeten nur ein Symptom für diese Wendung, die in den Schriften der „Staatssozialisten" (Plenge, Jaffé) zur Ideologie erhoben wurde. Ganz anders als später im Kriege erschien die Abkehr von der westlich-liberalen Überlieferung als Modernisierung des politischen Denkens, als Verjüngung Deutschlands und Erneuerung seiner Lebensfähigkeit[262].

> „In uns ist das 20. Jahrhundert", rief J. Plenge aus[263].

Wenn wir damit das Terrain der Übereinstimmung unter den deutschen Gelehrten abgesteckt haben, müssen wir uns auch der Gebiete erinnern, in denen von den Professoren der verschiedenen politischen Richtungen von vornherein die Akzente verschieden gesetzt worden sind. Dazu gehörte die Frage nach dem Grade, in dem man sich von der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaften ausschließen wollte, was eng mit dem Maße zusammenhing, in dem man die Kriegsgegensätze zu ideologisieren bereit war. Verschiedene Nuancen gab es auch in der Richtung, die man der innenpolitischen Weiterentwicklung Deutschlands geben wollte. Das zeigte sich schon bei der unterschiedlichen Auffassung von „deutscher Freiheit" und noch deutlicher in der verschiedenartigen Interpretation des Sinnes der „deutschen Erhebung von 1914".

Indessen betrachteten es die deutschen Gelehrten nicht als ihre Aufgabe, diese Unterschiede zu akzentuieren. Im Gegenteil! Wenn diese bewußt wurden — und das war gelegentlich z. B. bei Delbrück und auch bei Meinecke der Fall[264] —, dann wurde diese Erkenntnis der Öffentlichkeit nicht preisgegeben[265], und auch in ihrem Innern waren die meisten Gelehrten mit F. Meinecke überzeugt, daß das deutsche Volk angesichts des Krieges „einen gemeinsamen Boden staatlicher Notwendigkeiten" wiedergefunden habe[266], oder, wie M. Lenz verkündete:

> „Der Krieg hat . . . diese [innenpolitischen] Widersprüche, ich will nicht sagen, aus der Welt geschafft . . . , aber doch neutralisiert. Die feurige Lohe, die mit Urgewalt emporschoß, schmolz alle deutschen Herzen zu einem einzigen flammenden Gefühl zusammen . . .[267]"

Der gute Glaube im Innern Deutschlands schien wiederhergestellt. Er bildete die wahre Frucht des Krieges, ganz unabhängig von dessen Ausgang[268]. Alles kam darauf an, daß er — gleichsam eine „eiserne Ration von Vaterlandsliebe"

(Meinecke[269]) — erhalten blieb und in den Frieden mit hinübergerettet wurde. Hier lag die eigentliche Kriegsaufgabe der deutschen Professoren, wozu deren berufliche und geistige Unabhängigkeit diese besonders qualifizierte: die neu errungene

> „Einigung tiefer und tiefer zu begründen und in den kommenden Tag hinüberzutragen",

wie E. Troeltsch sich ausdrückte[270].

Diese Bemerkung leitete in typischer Weise wieder in emotionale Bereiche hinüber; sie führte weit fort von dem, was von soziologischer Seite *auch* als Aufgabe der Intelligenz im politischen Leben bezeichnet worden ist: Rationalisierung und Kritik. Und doch: lag die Absage an diese Funktion in der gegebenen kriegspsychologischen Situation im allgemeinen und nach dem Augusterlebnis im besonderen nicht auch wieder sehr nahe? War in diesem Moment *Integration* nicht wichtiger als *Kritik*?[271]

Eine erste Bewährungsprobe für die Tragfähigkeit des neuen Einheitsgefühls und damit auch für die Eignung der deutschen Hochschullehrer für ihre neue Aufgabe mußte die Besinnung auf die neuen außenpolitischen Probleme bringen, die der Weltkrieg für das deutsche Reich aufgeworfen hatte.

Kapitel III

Die deutsche Weltmacht

Außenpolitische Neuorientierung

I.

In den allgemeinen Jubel über die wiedergewonnene innere Einmütigkeit mischten sich schon bald nach Kriegsausbruch besorgte Stimmen, die bedauerten, daß das Reich so ganz ohne ein zielsicheres außenpolitisches Programm in den Krieg eingetreten sei[1]. Klagen wurden laut über das orientierungslose Dahintreiben der Öffentlichkeit in den Grundfragen der äußeren Politik Deutschlands. Eine „babylonische Sprach- und Denkverwirrung", so meinte K. A. v. Müller, herrschte in der deutschen Kriegspublizistik, die außenpolitischen Fragen gewidmet sei[2]. Mit dem Bemühen, hier einer Klärung oder mit Hoetzschs Worten: einer „weltpolitschen Konzentration" vorzuarbeiten, schien wieder eine den Professoren und zumal den Historikern angemessene Aufgabe gestellt zu sein, die letzten Endes auch dem inneren Zusammenhalt des eigenen Volkes dienen würde[3].

Hatten diese es in ihrem Bestreben um Klärung wirklich so schwer, wie K. A. v. Müller glaubte?

Ein erster Blick auf die im ersten Kriegsjahr herausgekommene Professorenliteratur zur außenpolitischen Neuorientierung scheint diesen Eindruck zu widerlegen. Es gab durchaus gemeinsame außenpolitische Grundvorstellungen, die für die allermeisten Professoren axiomatischen Charakter besaßen: Deutschland war seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. Weltmacht geworden und trieb Weltpolitik; denn wenn es auf seiner kleindeutsch-kontinentalen Basis verharrte, schien ein weiteres politisches und wirtschaftliches Fortkommen ausgeschlossen; das Reich war nicht mehr wie zu Bismarcks Zeiten saturiert, sondern aus dem Status der Kontinental-Großmacht hinausgewachsen (Meinecke[4]). Allein der Anstieg seiner Bevölkerung machte schon seinen Wohlstand von einer weltweiten Ausdehnung seiner Wirtschaftsbeziehungen abhängig[5]. Doch spielten neben materiellen auch „ideelle" Erwägungen eine Rolle, vor allem das Streben nach weltpolitischer „Ebenbürtigkeit" (Lenz[6]). Der Straßburger Historiker M. Spahn erklärte:

> „Wenn wirklich, wie es Wilhelm II. an einem stolzen Tage sagte, keine wichtige Entscheidung in Deutschland, ja in der Welt fallen soll ohne den Deutschen Kaiser, dann muß sich unsere Nation den Weg in den Ozean . . . sicherstellen . . .[7]"

Ähnlich lesen wir bei M. Lenz, daß Deutschland, wenn es mithilfe seiner Kolonien dem „deutschen Gedanken zum Durchbruch in der Welt" zu verhelfen suche, nur seiner national-kulturellen Weltmission folge[8].

Ob das Reich nun Weltmachtpolitik trieb, um wirtschaftlich existieren zu können, oder ob es sich in die Weltwirtschaft und Kolonialpolitik einschaltete, um den Rang einer „Weltmacht" zu erreichen — immer bestand ein enges Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik, wie dies ja bereits bei der Analyse der Kriegsursachen angenommen worden war[9]. Dem Handel mußte die Flagge folgen:

> „Unsere Weltpolitik ist lediglich eine Folge unserer unvermeidlichen Verflechtung in der Weltwirtschaft,"

stellte O. Hintze fest[10]. Die Notwendigkeit von Kolonien, Seestützpunkten und vor allem einer starken Flotte konnte deshalb nicht angezweifelt werden, ob man mit diesen Mitteln nun vor einem Angriff auf Deutschland abschrecken wollte (Risikogedanke), oder ob man im Zeichen des modern werdenden Neo-Merkantilismus nach weitgehender Autarkie Deutschlands strebte[11]. Daß Deutschland seine Flotte auf jeden Fall nur für defensive Zwecke gebaut und daß es bis zum Kriegsausbruch seine weltpolitischen Ziele allein mit friedlichen Mitteln zu realisieren gesucht hatte — auch über diese Deutung der deutschen Weltpolitik herrschte Übereinstimmung[12].

Da kam die englische Kriegserklärung, die Deutschland zwang, mit kriegerischen Mitteln zu erkämpfen, was es bislang mit friedlichen angestrebt hatte. War es nun Englands Ziel, das Reich ein für allemal wieder auf den Status einer Kontinentalmacht herabzudrücken, so mußte die deutsche Politik die deutsche Weltmachtstellung — den viel zitierten „Platz an der Sonne" — im Gegenteil mit allen Mitteln zu festigen trachten[13]. England mußte so weit niedergerungen werden, daß es für die Zukunft darauf verzichtete, sich der wirtschaftlich-politischen Expansion des Reiches und dem Ausbau seiner Flotte hindernd in den Weg zu stellen[14]. Dazu gehörte zu allererst eine dauerhafte Garantie für die Freiheit der Meere — das Ziel, über das sich „Imperialisten" und Pazifisten unter den deutschen Professoren völlig einig waren[15]. Dementsprechend hieß es in der von einer großen Zahl von Gelehrten unterzeichneten „Antwort des Kulturbundes":

> „. . . Erst der bisherige Verlauf dieses Krieges hat uns gelehrt, daß die Beherrschung der Meere, die England als sein angestammtes Recht betrachtet . . . , den Bestand und die Weiterentwicklung nationaler Kultur in Frage stellt. Hiergegen anzukämpfen, gilt uns als eine heilige Pflicht . . ."[16],

und O. Hintze betrachtete Deutschland in seinem Kampf gegen die „napoleonische" Seetyrannei Englands als Sachwalter nicht nur der eigenen Interessen, sondern auch der Belange aller kleineren Nationen[17]. „Nicht unsere Gegner sind es", so fügte D. Schäfer hinzu,

„es ist Deutschland, das mit dem Kampfe um seine eigene Freiheit zugleich für die Befreiung der Völker kämpft“[18].

Das deutsche Reich — hierin stimmten „Naumannianer“ und „Imperialisten“, Max Weber und Otto Hoetzsch, miteinander überein — bildete eine Art „dritte Kraft“, war Schutzmacht für alle noch „Unverschluckten“ (A. Weber) und vor allem Protektor der europäischen Staatenwelt in ihrer Mannigfaltigkeit und ihrem kulturellen Reichtum gegen die Drohung „äußerster Uniformität des Lebens“, die sowohl von dem englischen wie auch von dem russischen Weltreich ausging (M. Sering[19]).

„In dem Krieg um die eigene Selbstbehauptung kämpfen also die europäischen Kernvölker um wahrhaft freie Lebensformen im Sinne der Philosophie des deutschen Idealismus, Formen, welche der Eigenart des einzelnen wie der Stämme und Nationen die selbständige Entfaltung gestatten. Aus solcher Freiheit sind die großen Schöpfungen europäischen Geistes entsprungen; deshalb gilt unser Krieg auch der Zukunft der europäischen Menschheit.“

Mit diesen Worten bekräftigte M. Sering 1917, jetzt bereits auch gegen die Vereinigten Staaten gewandt, die ideelle Mission Deutschlands, der schon 1914 O. Hintze und F. Meinecke mit vielen weiteren Gelehrten Ausdruck verliehen hatten[20].

Um sie zu erfüllen, brauchte Deutschland jedoch Sicherheit — Sicherheit vor der Wiederkehr der Gefahr seiner Eliminierung als gleichberechtigter Weltmacht, wie sie der Kriegsausbruch jedermann schockartig vor Augen geführt hatte[21]. Dieser Sicherheits-Topos fand sich in den ersten beiden Kriegsjahren in den Schriften von 27 Historikern[22]. Die folgenden Sätze des Münsterer Geschichtsprofessors A. Meister sind typisch:

„Unsere heutige Politik ... muß Weltpolitik bleiben; Kriegsziel muß also sein, daß wir der Macht, die unsere Weltpolitik in Fessel schlagen, unsere Weltwirtschaft ganz zerschlagen möchte, die Möglichkeit nehmen, uns noch einmal in die ungünstige Zwangslage zu setzen, den Krieg zu wiederholen ...[23]“

Herrschte soweit Einigkeit, so setzte die „Sprachverwirrung“ ein, sobald es darum ging, dieses allgemeine Programm in die politische Wirklichkeit umzusetzen. Wie konnte Deutschland seine ideelle, völkerbefreiende Mission mit seinen eigenen Machtinteressen in Einklang bringen?

Schwierigkeiten ergaben sich bereits in der Erörterung der Art und Weise, in der Deutschland seinen, wie man hoffte, durch den Krieg gestärkten Einfluß geltend machen müßte. J. Haller gehörte zwar auch zu den Historikern, die den Weltkrieg als „Freiheitskampf“ bezeichneten[24]; doch bekannte er sich gleichzeitig zu einer so weit verengten Auffassung von Macht, daß ihm, genau genommen, nur noch militärische Mittel — einschließlich des Präventivkrieges — als wirksam erschienen[25]. Er blieb mit dieser Ansicht nicht allein! D. Schäfer prägte Anfang 1917 die Maxime:

„Trachtet am ersten nach der Macht; dann wird euch alles andere zufallen“[26].

Sein Münchener Kollege E. Marcks berief sich in seiner Vorstellung von zeitgemäßer Machtpolitik auf Bismarck, wenn er die Frage, wie Bismarck im Weltkrieg gehandelt hätte, wie folgt beantwortete:

„... Er würde der furchtbaren Härte dieser Tage furchtlos ins Antlitz schauen; er würde alles tun, was Deutschlands Zukunft retten und was sie gegen künftige Gefahren ... sichern ... könnte, mit ehernem Griffe, besonnen und schonungslos, weit ausgreifend in alles Gefüge des Erdteiles und der Welt ...[27]“

Die Erkenntnis, daß auch im Kriege die Politiker mindestens mitreden sollten, kam nur wenigen, allerdings in der weiteren Diskussion besonders profilierten Professoren wie O. Hoetzsch, F. Meinecke, M. Weber und nicht zuletzt H. Delbrück, der während des ganzen Krieges nicht aufhörte, den Primat der Politik gegen die Forderungen des Militärs zu verteidigen[28]. So schrieb er am 2. 6. 1917:

„Die wahre Sicherheit unserer Zukunft ... kann niemals in bloßer Machtvermehrung bestehen, sondern muß beruhen auf einer Verbindung von Macht und Politik ...[29]“

Diese Gelehrten vergaßen auch nicht die Rolle der moralischen Imponderabilien gerade im Kriege, an die ja auch ihre eigene Kriegsaufgabe anknüpfte. Ebenso wie ihre Opponenten hielten sie sich in ihrem Verständnis von Macht, Politik und Kriegsführung für die authentischen Fortsetzer des Bismarckschen Erbes[30].

Die Unterschiede in diesen weltanschaulichen Ausgangspositionen spiegelten sich wider in den verschiedenen *Alternativen*, die für die Deutung der deutschen Weltpolitik aufgestellt wurden. Schon das allerseits unterstützte Verlangen nach Sicherheit erhielt bei den verschiedenen Interpreten bald einen defensiven, bald (und öfter!) einen offensiven Klang[31]. Hieß Sicherung so viel wie die Erhaltung des Status quo? Oder war Deutschland erst gesichert, wenn die bestehenden Machtverhältnisse verändert wurden? Die öfter gebrauchte Formel, daß Deutschland sein Recht auf wirtschaftliche und weltpolitische Expansion verteidigte, war doppeldeutig, und es kam darauf an, ob man den Ton auf „Verteidigung“ oder auf „Expansion“ legte.

Defensiv sollte das Wesen der deutschen Weltkriegspolitik nach der Konzeption von *Ernst Troeltsch* (Anfang 1915) sein[32]: Dies entspräche bereits dem deutschen Nationalgedanken, der Vorstellung vom gleichberechtigten Nebeneinander aller Kulturvölker, zu der ein Ausgreifen Deutschlands über seinen bisherigen Machtbereich hinaus im Widerspruch gestanden hätte[33]. Vor allem aber fehlten Deutschland für eine Nachahmung des englischen Imperialismus die geographischen Voraussetzungen. Mit seiner kurzen Küste wäre es anders als England oder als selbst Italien überhaupt nicht in der Lage, eine feste Verbindung mit überseeischen Siedlungsgebieten aufrechtzuerhalten[34]. Bliebe die Möglichkeit

einer Fortsetzung der deutschen Kolonisation im Osten. Doch hier hätte die geschichtliche Entwicklung gegen die deutschen Bestrebungen entschieden, als sie schon in der frühen Neuzeit die deutsche Siedlungsbewegung erstarren ließ[35]. Da ein deutscher Sieg, der alle deutschen Wünsche erfüllt hätte, als Ausgang des Weltkrieges zudem kaum zu erwarten stände, gäbe es nur:

> „Selbstbehauptung, endgültige umsichtige Sicherung, Ersatz des Verlorenen ..., ein reiches Kolonialgebiet für Rohstoffe und zur Versorgung unserer Söhne, möglichst überall offene Türen und schließlich innere Reinigung und Kräftigung, ... soziale und politische Reorganisation ... und der Fortschritt in der inneren Einheit[36]"

als politisches Programm, für dessen Verwirklichung einige Aussicht bestand:

> „Es wird schwer genug sein, das zu erreichen ...[37]"

Das „Ideal eines Systems von lebendigen, sich leidlich verständigenden Völkerindividualitäten" sollte für die deutsche Außenpolitik weiterhin verbindlich bleiben, wenn nicht die „gegenwärtge Hölle" der „natürliche Zustand" werden sollte und wenn man — ein Hinweis auf spätere Auseinandersetzungen! — die Einheit des nationalen Willens wahren wollte, die bei der Proklamierung eines imperialistischen Programms nicht mehr gesichert sei[38].

Wenn Troeltsch trotzdem von begrenzten „Sicherungen" sprach, die Deutschland zu erstreben hätte, wenn er Hoffnungen auf ein reiches Kolonialgebiet erweckte, so stand dies nicht mehr im Einklang mit dem grundsätzlichen Verzicht auf expansive oder gar imperialistische Bestrebungen, den er der politischen Leitung des Reiches empfohlen hatte[39].

Noch stärker wird diese Tendenz des Abweichens von einer grundsätzlich defensiven Auffassung der deutschen Position bei *Otto Hintze*. Die Schriften dieses Berliner Historikers dürfen zu den repräsentativsten Interpretationen der deutschen Weltpolitik durch die deutschen Professoren gerechnet werden[40] — repräsentativ nicht nur wegen der führenden Stellung, die dieser wissenschaftlich hoch angesehene Gelehrte in dieser Diskussion in der Öffentlichkeit einnahm[41], repräsentativ auch wegen der hervorragenden Stelle, an der er seine Meinung vortragen konnte: in dem „offiziösen" Werk der deutschen Professorenschaft über die „deutsche Sache", das 1915 unter dem Titel „Deutschland und der Weltkrieg" erschien und vornehmlich zur Verbreitung im Ausland bestimmt war. Hermann Schumacher, der Berliner (früher Bonner) Staatswissenschaftler hatte es angeregt und die Unterstützung des preußischen Kultusministeriums und des Auswärtigen Amtes gefunden. Ziel des Sammelwerkes war es, bei den Neutralen, vor allem aber in Amerika, der englischen Kriegspropaganda entgegenzuwirken[42]. Hintze lieferte die Einführung („Deutschland und das Weltstaatensystem") und den zusammenfassenden Schluß („Der Sinn des Krieges").

Noch mehr als Troeltsch hatte Hintze ein empfindliches Gefühl für die geographisch bedingte Zwangssituation, in der sich Deutschland befand. Die Tatsache, daß die Deutschen „im europäischen Hinterhaus" weit entfernt von den Hauptstraßen von Weltpolitik und Welthandel saßen, nötigte ihnen eine Politik

auf, die jede größere Reibung mit den Interessen der übrigen Kolonialmächte zu vermeiden hatte; denn solche Konflikte mußten sofort unerwünschte Rückwirkungen auf die europäische Politik, auf die Haltung der peripheren Mächte gegenüber der von ihnen umgebenen Zentralmacht nach sich ziehen[43]. Dies war der Grund für die tastende Unsicherheit, die Deutschlands Kolonialpolitik gekennzeichnet hatte[44]. Weil jedoch die deutsche Politik auf ihren Anspruch auf weltpolitische Gleichberechtigung mit England nicht verzichten, England seine Seesuprematie nicht aufgeben konnte, war der „verhängnisvolle" deutsch-englische Gegensatz entstanden, der mit dem Weltkrieg zum Austrag kam[45].

Es blieb die feste Überzeugung Hintzes und aller Professoren, in deren Namen er sprach (Oncken, Meinecke, Schumacher), daß das Reich auch nach dem Ausbruch des Krieges über seinen Anspruch nach „gleichberechtigter Mitbewerberschaft" nicht hinausgehen sollte[46]: Wie einst Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg um die Anerkennung Preußens als gleichberechtigter Großmacht gerungen hatte, so kämpfte Deutschland im Weltkrieg um seine Anerkennung als Weltmacht[47]. Das politische Zukunftsideal blieb das Gleichgewicht der Weltmächte. Hans Delbrück hatte es als erster nach Kriegsausbruch formuliert[48]. Ihm folgte Hintze, wenn er forderte:

> „Wir wollen die Freiheit und Gleichberechtigung, die bisher unter den europäischen Großmächten herrschte, hinüberretten in das erweiterte Weltstaatensystem, das unter den fürchterlichen Wehen dieses Krieges geboren wird ...[49]"

Erst dieses Gleichgewicht könnte die Freiheit der Meere und die Unabhängigkeit der kleineren Völker sichern und erlangte damit einen engen Zusammenhang mit dem, was man als die ideelle Mission Deutschlands im Weltkrieg auffaßte[50]. Das Reich wollte und konnte deshalb die Bahnen des englischen Imperialismus nicht betreten: Zwischen deutscher „Weltpolitik" und englischem „Imperialismus" bestand nicht nur ein Grad-, es bestand ein Artunterschied[51]; denn die deutsche Politik folgte den Prinzipien des „genossenschaftlichen", die englische denen des „herrschaftlichen" Ideals[52].

Kann man dieses Ziel der deutschen Kriegspolitik noch als defensiv, allein auf die Erhaltung des status quo gerichtet, betrachten? Oder war es bereits expansiv? Existierte wirklich ein Artunterschied zwischen englischer und deutscher Politik?

Indem Hintze das Prinzip vom Gleichgewicht der Mächte aufstellte, neigte er noch mehr als Troeltsch zu einer expansionistischen Deutung der deutschen Politik. Sicher bestand ihr Nahziel in reiner Verteidigung; sicher war Deutschland zunächst nur in beschränktem Umfange an einer Ausdehnung seiner geographischen Machtsphäre gelegen[53]. Das Fernziel der deutschen Weltpolitik lag trotzdem in einer kolonialen und weltwirtschaftlichen Expansion, der sich England nicht mehr in den Weg zu stellen wagte:

> „... Die Hauptsache für uns ist zunächst, die Pläne unserer Feinde zuschanden zu machen, sie mit dem nötigen Respekt vor unseren Waf-

fen ... zu erfüllen, den eisernen Ring zu sprengen, der mit seinem konzentrischen Druck so lange unsere Weltpolitik gelähmt hat, die Möglichkeit zur freien Entfaltung unserer Kräfte und zur ungestörten Verfolgung unserer Lebensinteressen in der Welt zu gewinnen und zu sichern ...[54]"

M. a. W.: Hinter dem Schlagwort vom Gleichgewicht der Weltmächte verbirgt sich das Streben nach einer mindestens moralischen Stärkung der deutschen Macht und des deutschen Prestiges, die bei England eine Duldung der weltpolitischen Bestrebungen des Reiches erwirken sollte.

Aber Hintze ging auch insofern über Troeltsch hinaus, als er die Frage wenigstens anrührte, wie sich das neue *Welt*gleichgewicht auf das *kontinental-europäische* Gleichgewicht auswirken sollte. Sollte bzw. konnte Deutschland eine Verlagerung des kontinentalen Gleichgewichts vermeiden, wenn es seine Position gegenüber England derart verstärkte? Mit Rücksicht auf die Zensur und seine ausländischen Leser mußte Hintze sich hier auf vorsichtige Andeutungen beschränken: Es läge Deutschland fern, so schrieb er[55], seine Herrschaft über Europa aufzurichten; doch müsse es seine kontinentalen Gegner „bis zu einem gewissen Grade" zu „bewältigen" suchen, um England wirksam zu Leibe rücken zu können. Deutschland sei der Beschützer der kleinen Staaten — unter der Voraussetzung, daß sie sich nicht mit Deutschlands Feinden verbänden, zumal wenn sie seine Nachbarn seien (offenbar Belgien!)[56] — alles Bemerkungen, die Hintzes These bekräftigten, daß das europäische Staatensystem (das auf dem Prinzip des Gleichgewichts der *Kontinental*mächte basierte) ein „überwundener Standpunkt" geworden sei[57], ein „trügerisches Schlagwort" der englischen Politik, welche die Uneinigkeit der europäischen Mächte zur Verwirklichung des eigenen Weltherrschaftsstrebens ausnutzte[58]. Nach all dem Gesagten kann es nicht verwundern, daß Hintze zu dem Zeitpunkt, als er dies schrieb (1915), zu den Befürwortern deutscher Annexionen auf dem europäischen Festland gehörte[59].

Hintze nimmt also eine vermittelnde Stellung ein zwischen einer vorwiegend defensiven und einer vorwiegend offensiven (bzw. expansiven) Deutung der Ziele der deutschen Außenpolitik.

Wenn die deutschen Beteuerungen, als Befreier der kleinen Nationen den Weltkrieg durchzukämpfen, bei diesen selbst so wenig Glauben fanden, so lag das an den Stimmen in der deutschen Publizistik, die sich vorbehaltlos für eine expansionistische Politik erklärten. Zu ihnen gehörte auch eine ganze Reihe von Hochschullehrern.

Der Gedanke des weltpolitischen Gleichgewichts implizierte noch, daß England als gleichberechtigte Seemacht bestehen bleiben würde. Bei Professoren wie E. Marcks oder Otto Hoetzsch ist davon nicht mehr die Rede: Die Zerstörung der englischen Seemacht wurde gefordert[60] und dabei nicht selten die Hoffnung geäußert, daß Deutschland dies durch eine Besetzung des Landes gelingen möchte[61]. England wurde hier auf einmal der Vertreter eines überalterten Welt-Imperialismus, der sich dem Reich gegenüber in der Verteidigung befand.

Anders als bei Hintze wurden gegen die Verwendung des Begriffes „Imperialismus" zur Umschreibung der weltpolitischen Bestrebungen Deutschlands keine Bedenken erhoben[62].

Natürlich sollte damit Deutschland nicht der britischen Weltherrschaft nachfolgen — eine Verleumdung des Auslandes, die einstimmig zurückgewiesen wurde, selbst wenn K. Lamprecht in der ersten Kriegsbegeisterung von „mindestens" einer „Mitberufung" Deutschlands zur „Weltherrschaft" sprach[63]; aber zufriedengeben mit der bestehenden Machtverteilung in der Welt und in Europa sollte es sich deshalb selbstverständlich nicht. Die Formel vom europäischen Gleichgewicht erschien bei diesen „Expansionisten" noch schärfer als bei Hintze als der eigentliche Feind des deutschen Weltmachtstrebens, das bei ihnen eine immer stärker kontinentale Färbung annahm[64]. In privaten und, solange die Zensur nicht eingriff[65], auch in öffentlichen Äußerungen gingen diese Professoren — und zwar schon in den allerersten Kriegswochen! — in der Verherrlichung der zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt erheblich weiter, als dies Hintze mit seinen vorsichtigen Darlegungen getan hatte.

E. Marcks blieb noch vergleichsweise bescheiden, wenn er nur eine deutsche „Vormachtstellung" in „Mitteleuropa" anvisierte (1914)[66]. M. Lenz ging bereits weiter, wenn er brieflich seinem Freunde H. Delbrück die Position Deutschlands als „auf dem Kontinent" „herrschender" Macht ausmalte[67]. Ähnlich ist bei M. Scheler, J. Plenge, J. Haller, W. Ostwald, D. Schäfer, und in sublimierter Form selbst bei F. W. Foerster von deutschen Hegemonieansprüchen in Europa die Rede[68].

O. v. Gierke, um nur einen Vertreter dieser Richtung zu zitieren, malte in einer am 18. 9. 1914 gehaltenen Rede das Ergebnis eines deutschen Sieges mit den folgenden Worten aus:

> „... wenn wir uns selbst treu bleiben, werden wir einen vollen Sieg erringen, der das Schicksal Europas in unsere Hand gibt ... Die Vormacht in Europa wird dem Deutschen Reiche in engem Verein mit Österreich-Ungarn, wird den ... mitteleuropäischen Großmächten als Siegespreis zufallen" ...[69]

Bei dem Münchener Mediziner M. v. Gruber wurde daraus etwa zur gleichen Zeit „die absolute Vorherrschaft" des deutschen Reiches in Europa[70]; der dem Alldeutschen Verband angehörende Königsberger Kirchenhistoriker F. Lezius sah am 17. 9. 1914 bereits Berlin als die künftige Hauptstadt Europas[71], und E. Haeckel bekannte sich in aller Öffentlichkeit zu einem vom Baltikum bis zum Ärmelkanal reichenden „Kontinentalbund" unter deutscher Führung[72]. Wenn A. Lasson ebenfalls in den ersten Kriegswochen Holland als „Anhängsel von Deutschland" bezeichnete, so konnte das verschreckte Echo der neutralen Länder, das die maßvolleren Interpretationen der deutschen Politik aus Professorenmund von vornherein um ihre Wirkung brachte, nicht verwundern[73].

Die historische Analogie lieferte nun nicht mehr Preußen vor Ausbruch des

Siebenjährigen Krieges, sondern Frankreich vor dem Beginn des Dritten Koalitionskrieges (1805)[74] oder gar Rom nach dem Zweiten Punischen Krieg[75].

> „Ein Hegelzitat weist auf das hin, was aus einem Abwehrkrieg in der größten nationalen Not geschichtlich werden muß: Ein Eroberungskrieg ..."

schrieb J. Plenge über das Wesen des Weltkrieges[76]. Ihm pflichteten mit J. Haller und O. Hoetzsch andere Gelehrte bei, indem sie behaupteten, Deutschland befände sich mit dem Weltkrieg im „Gegenangriff", in der „weltpolitischen Offensive"[77].

Martin Spahn, der Straßburger, dem Zentrum und der Industrie nahestehende Historiker, hat diese expansionistische Auffassung der deutschen Außenpolitik am frühesten und am bedenkenlosesten formuliert: Schon „an den Pforten des Weltkrieges" (Oktober 1914[78]) entwickelte er das Programm einer Wiederherstellung des mittelalterlichen deutschen Reiches in seinen früheren Grenzen. Bei ihm spielte das Gleichgewichtsprinzip weder in der Welt noch in Europa eine Rolle. Das Kriegsende bedeutete entweder den Zusammenbruch oder die Festigung des englischen Empire[79]. Deutschland müßte in seiner Politik methodisch dem Beispiel des englischen Imperialismus folgen[80]: durch Festigung seiner Hegemonialstellung in Mittel- (nicht: Gesamt-)Europa, das als Basis seiner weltpolitischen Bemühungen dienen sollte, und durch Vergrößerung seines Anteils am Welthandel mit Hilfe von „politischen und militärischen Maßnahmen außerhalb des Festlandes". Universalgeschichtlich gesehen, folgte Deutschland den Bahnen Napoleons I., indem es wie dieser England zum entscheidenden Kampf um den Bestand seiner imperialistischen Vorherrschaft herausgefordert hätte. Der Mißerfolg des Korsen sollte Deutschland nicht abschrecken. Weil es ähnlich wie Frankreich leicht „Gegenstand von Koalitionskriegen" werden konnte, erforderte seine Herrschaft,

> „je mehr es sich außerhalb Europas betätigen soll, desto zuverlässigere Sicherungen gegen seine Nachbarn auf dem Festlande. In dem verwandten Falle Frankreichs hat Napoleon nach 1805 nicht aus roher Eroberungsgier, sondern aus staatsmännischer Überlegung immer größere Teile des Abendlandes an sein Reich gebracht; was er Frankreich aber nicht unmittelbar anzugliedern vermochte, entkräftete er, damit es ihm nicht mehr schaden könnte ... Das Ende war eine Tyrannei, die an dem allgemeinen Widerwillen gegen sie zugrunde ging. Unsere Aussichten, da wir nun den gleichen Kampf kämpfen, sind von vornherein besser, unsere Bedingungen günstiger. Die Einschüchterung der Nation durch die Warnung vor „Napoleonischer Politik", womit es deutsche Schriftsteller alsbald nach Kriegsbeginn versuchten, war verfrüht ...[81]

Ähnliche Gedanken hatte M. Lenz brieflich schon unmittelbar nach Kriegsausbruch geäußert, während der Warner, auf den Spahn anspielte, H. Delbrück gewesen ist[82]. In krassem Widerspruch zu der Auffassung des Weltkriegs, die Delbrück, Hintze und Meinecke in dem offiziösen Sammelwerk entwickelt hatten, dafür aber in Übereinstimmung mit den Alldeutschen (wie wir noch sehen werden) deutete Spahn schließlich eine Vorstellung an, die im Laufe des Krieges immer mehr an Boden gewann: daß nämlich Deutschland zuerst eine Expansion auf dem europäischen Kontinent zu suchen hätte, ehe es an eine weitere überseeische Ausdehnung denken könnte[83].

Spahn berührte damit einen Unterschied in der außenpolitischen Auffassung, bei dem es nun nicht mehr nur um das Prinzip, sondern vor allem um den geographischen Schwerpunkt der deutschen Weltpolitik ging. Unter den Professoren standen sich hier zwei Gruppen gegenüber: Die einen blieben bei ihrer Befürwortung einer *kolonial-maritimen* Expansion nach englischem Vorbilde; eine andere Gruppe gewann erst unter dem Eindruck des Krieges an Stärke. Sie erklärte sich für eine vorwiegend *kontinentale* Ausdehnung Deutschlands und damit für einen Typus von Imperialismus, den bisher nur das Zarenreich praktiziert hatte[84]. Wegen der Zensur kam diese Gruppe weniger in der Publizistik, um so mehr aber in privatem Briefwechsel und in vertraulichen Denkschriften zu Wort.

Die grundsätzliche Notwendigkeit einer Erschließung weiterer Betätigungsfelder für die kolonisatorischen Fähigkeiten des deutschen Volkes, so sahen wir, war damals kaum umstritten. Man konnte wie Troeltsch[85] dabei an die Freihaltung noch nicht erschlossener Gebiete unter der Devise der „offenen Tür" denken, an eine „Arrondierung" des deutschen Kolonialbesitzes in Mittelafrika wie Max Weber und Alfred Hettner[86] oder an die Schaffung eines geschlossenen Kolonialreiches in Mittelafrika, eines „deutschen Indiens", wie Hans Delbrück[87]. Die Verbindung mit diesen Kolonien konnte Deutschland nur dann ungestört aufrecht erhalten, wenn das Prinzip der Freiheit der Meere von allen eingehalten wurde. Da dies durch völkerrechtliche Bestimmungen allein nicht möglich war, mußte das Reich sich reale Garantien verschaffen: Flottenstützpunkte an den strategisch wichtigen Punkten der Erde, genau wie sie England besaß, und natürlich überhaupt eine genügend starke Flotte, um seinen Ansprüchen greifbaren Nachdruck zu verleihen — alles Vorstellungen, die uns aus der Vorkriegszeit bereits vertraut sind[88].

Dagegen erweckte erst der Krieg die Hoffnung, daß man sich solche Garantien auch auf dem europäischen Kontinent würde sichern können. Dies war der Punkt, wo maritimer und kontinentaler Imperialismus sich berührten. Dabei wurde nicht nur bei Spahn, wie wir schon sahen, sondern auch bei J. Haller und E. Marcks die Neigung deutlich, der kontinentalen Ausdehnung gegenüber der maritimen die Priorität zu geben[89].

In Europa konnte Deutschland seine Machtsphäre entweder in westlicher oder in östlicher Richtung ausdehnen. Osteuropäische Expansionsmöglichkeiten hoben von Kriegsbeginn an vor allem solche Gelehrte hervor, die wie J. Haller, R. Seeberg, Th. Schiemann, F. Lezius und N. Bonwetsch aus den russischen Ostseeprovinzen stammten[90]. Zu ihnen gesellte sich D. Schäfer, dem osteuropäische Fra-

gen von seiner Arbeit im Ostmarkenverein her seit jeher vertraut waren[91]. Er war mit den Balten darin einig, daß Deutschland durch entsprechende Gebietserwerbungen, die bis an den Dnjepr reichen sollten, das „dominium maris Baltici“ erringen und damit das Fundament für seine Weltmachtstellung legen sollte[92]. Während außerhalb dieses Kreises in den ersten Kriegsmonaten zunächst nur von einer Änderung des status quo in der polnischen Frage die Rede war (z. B. bei Delbrück und Meinecke[93]), verschafften die deutschen Siege im Sommer 1915 dem „Drang nach Osten“ auch bei liberalen Interpreten der deutschen Weltpolitik (z. B. bei Alfred Weber) Resonanz[94]. Auch H. Delbrück konnte sich dieser Strömung nicht entziehen und trat im Spätsommer 1915 mit der Forderung nach einer „Befreiung“ des „ganzen russischen Westens“ hervor[95].

Sehr viel umstrittener blieben zunächst die westlichen Expansionswünsche. Deshalb scheint auch die Zensur — im Namen des Burgfriedens — hier stärker interveniert zu haben, so daß diese Diskussion nur zum Teil an die Öffentlichkeit drang. Während der Alldeutsche Verband in Zusammenarbeit mit führenden Industriellen ein umfangreiches Annexionsprogramm schon in den ersten Kriegswochen ausarbeitete, das weite Gebiete entlang der französischen Ostgrenze für das Reich reklamierte, blieben die spontanen westlichen Annexionsforderungen innerhalb der Professorenschaft zunächst im großen Ganzen auf Belgien beschränkt. Auszunehmen von dieser Feststellung sind natürlich die Gelehrten, die wie M. Spahn, H. Schumacher und F. Lezius den Alldeutschen bzw. der Industrie von vornherein nahestanden[96].

Für die Forderung einer Einverleibung Belgiens war der Boden bei den Hochschullehrern insofern vorbereitet, als kaum einer von ihnen noch an die Echtheit der belgischen Neutralität glaubte[97]. Belgien hatte sein Schicksal, die deutsche Invasion, durch seine einseitige Begünstigung der Ententemächte vor dem Kriege selbst verschuldet. Jetzt war es, potentiell ein „revanchistisches Glied der Westmächte[98]“, als neutrale Macht zur „Absurdität“ geworden[99], und M. Scheler, J. Plenge, G. Rachfahl, E. Haeckel, M. Spahn und O. Hoetzsch faßten eine Eingliederung in den Verband des deutschen Reiches schon 1914 ins Auge[100]. Auch der Hinweis auf die zu „befreienden“ Flamen taucht bereits in diesem Zusammenhang auf[101].

Diese Tendenz setzte sich in voller Stärke — nicht ohne alldeutsche Nachhilfe — erst im Sommer 1915 durch und erfaßte jetzt vorübergehend auch Gelehrte, die sich wie F. Meinecke, H. Oncken, R. Piloty, G. v. Schulze-Gaevernitz und Veit Valentin zu den „Gemäßigten“ rechneten. Wollten doch alle Genannten Belgien zu diesem Zeitpunkt in tunlichst schonender Weise mit dem Reich verbunden sehen. Selbst bei Max Weber, der sich zu diesem Zeitpunkt für eine befristete Besetzung belgischer Festungen nach dem Friedensschluß aussprach, findet sich ein Echo dieser Wünsche[102].

Eine klare Entscheidung über diese prinzipiellen und geographischen Alternativpläne fiel freilich in den seltensten Fällen, und es blieb stattdessen häufig bei einer unterschiedlichen Betonung der Wichtigkeit der verschiedenen Möglichkeiten. Oft verbanden sich auch westliche mit östlichen, maritime mit kontinentalen Expansionsforderungen. R. Seeberg und J. Haller, um zwei Beispiele zu nennen, gehörten zu den Hauptvertretern einer nach Osten gerichteten Ausdehnung Deutschlands; das schloß jedoch nicht aus, daß auch sie in den Ruf nach einer Zerstörung der englischen „Weltherrschaft“ mit einfielen[103]. Ebenso trat E. Marcks für eine Verstärkung der deutschen Machtstellung auf dem Kontinent ein, glaubte deshalb aber keineswegs auf Kolonien verzichten zu können[104].

Trotzdem ist festzuhalten, daß bei den einzelnen Professoren bestimmte Programmkombinationen bevorzugt wurden: Die Verfechter eines radikalen Machtstandpunktes und einer expansiven deutschen Außenpolitik wie etwa D. Schäfer, E. Meyer oder J. Haller legten den Ton auf eine deutsche Machtausweitung auf dem europäischen Kontinent[105]. Die Anhänger eines gemäßigteren Machtstandpunktes, welche die deutsche Aufgabe im Weltkrieg vorwiegend defensiv auffaßten, neigten dagegen wie Troeltsch anfangs zu einer weitgehenden Beschränkung ihres Kriegszielprogrammes auf wirtschaftliche bzw. kolonial-überseeische Forderungen[106].

II.

Machterhaltung — Machtsicherung — Machtsteigerung, außenpolitische Defensive — außenpolitische Offensive, wirtschaftliche Expansion in überseeischen Gebieten, Kolonisation in Afrika, kontinentale Machterweiterung im Osten, „Zurückdrängung“ der französischen „Herrschaftsansprüche“ im Westen: Eine verwirrende Fülle außenpolitischer Alternativen! Es war zu verstehen, wenn Alfred Weber nach Durchmusterung all der verschiedenen Orientierungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik zu dem resignierten Ergebnis kam: Das Wesen der „deutschen Sendung“ in der Weltpolitik sei überhaupt noch nicht greifbar; das verhältnismäßig junge deutsche Reich erinnere an Staaten wie Griechenland vor den Perserkriegen oder Rom (ein immer wieder gebrachter Vergleich!) während der punischen Kriege, d. h. an politische Gemeinschaften, die erst an der Schwelle ihrer Entfaltung gestanden hätten und deren politische Mission deshalb noch nicht mit Worten hätte fixiert werden können[107].

Solche geschichtsphilosophischen Betrachtungen konnten Deutschland nicht davon dispensieren, die Entscheidungen zu fällen, vor die es der Krieg gestellt hatte. Es mußte eine klare außenpolitische Linie finden. Die politischen Schlagworte, die in den ersten Kriegswochen überall kursierten, konnten hier überhaupt nicht weiterhelfen. Dies war der Kernpunkt der Kritik, die O. Hoetzsch an den Ausführungen Webers übte[108]. Das Reich mußte vielmehr den Weg zu einer „weltpolitischen Konzentration“ finden. Hoetzsch gehört damit zu den Publizisten, die angesichts der „Sprachverwirrung“, die in der deutschen Öffentlichkeit über die Ziele der deutschen Außenpolitik herrschte, den Versuch

machten, zwischen den verschiedenen außenpolitischen *Alternativplänen* eine *Synthese* zu bilden.

„Weltpolitische Konzentration" setzte voraus, daß Deutschland nicht von vornherein auf jedes „positive" Kriegsziel verzichtete, da solch ein Verzicht die Ziellosigkeit seiner Außenpolitik und damit die Verwirrung der Öffentlichkeit nur gesteigert hätte[109]. Wenn es freilich erwartete, es könnte alle Gegner zusammen auf die Knie zwingen[110], dann verlangte es Unmögliches. Hoetzsch deutete damit an, was er in seinen wöchentlichen Kommentaren noch genauer ausführte: Die deutsche Politik mußte versuchen, sich mit einem Gegner zu verständigen, ihn damit aus der feindlichen Koalition herauszubrechen und zu isolieren, um so Deutschland seinerseits aus seiner Isolierung zu befreien. Der Gegner, der für eine solche Politik in Frage kam, war in Hoetzschs Augen das Zarenreich. Öffentlich nur mit vorsichtigen Andeutungen, in vertraulichen Denkschriften dafür um so ausführlicher, hatte Hoetzsch bereits im Dezember 1914 begonnen, für eine Verständigung mit Rußland zu plädieren[111]. Wir sahen schon, daß diese Tendenz in engem Wechselverhältnis zu dem Rußlandbild stand, das er seinen Lesern vermittelte[112]. Hob er öffentlich als Hauptgrund für die von ihm vertretene Politik das Fehlen von unüberbrückbaren Interessengegensätzen zwischen dem Reich und seinem östlichen Nachbarn hervor, so vertrat er in seinen Denkschriften einen Standpunkt, mit dem er sich allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht an die Öffentlichkeit wagen konnte: Er hielt Groß-Rußland letztlich für unbesiegbar — auf jeden Fall, wenn sich die deutsche Kriegspolitik gleichzeitig das Ziel einer Zerstörung der englischen See-Suprematie setzte (das er voll unterstützte[113]).

Welche Kriegsziele ergaben sich aus diesen Prämissen? Zunächst negativ: Hoetzsch hielt es für „Kannegießerei", den russischen Staat gleichsam wie eine Artischocke in seine Einzelbestandteile auflösen zu wollen[114]. Daraus resultierte, daß die polnische Frage — das die deutschen und die russischen Interessen verbindende Element! — ein „noli me tangere" bleiben mußte. Hoetzsch hatte deshalb für alle Befreiungspläne nur beißende Kritik übrig. Deutschland mußte auf alle weitergreifenden Expansionswünsche in östlicher Richtung verzichten, was Grenzverbesserungen im Raum Kowno, Plock, Kalisch und in Polnisch-Oberschlesien und selbst begrenzte Erwerbungen in Kurland nicht ausschloß[115]. Das Reich konnte ferner sein Machtgewicht in Osteuropa verstärken, wenn es die wirtschaftlichen Beziehungen mit den beiden übrigen Verbündeten im Frieden weiter vertiefte und die gemeinsame Expansion in Richtung zum Persischen Golf wieder aufnahm[116].

Der „weltgeschichtliche" Gegensatz, um den es im Weltkrieg ging, wurde jedoch zwischen Deutschland und Großbritannien ausgetragen. Um diesen Hauptgegner wirklich zu treffen, mußte sich die deutsche Politik in einem Frieden Antwerpen sichern und Belgien als „Schutzstaat" dem Reich unterstellen. Hoetzsch hat diese Gedanken im Dezember 1914 vertraulich geäußert, ist aber auch schon am 13. 1. 1915 — wenigstens andeutungsweise — mit ihnen öffentlich hervorgetreten[117]. Auch in seinen Erörterungen über die „weltpolitische Konzentration" der deutschen Politik (1916) spielte dieser Plan einer Erweiterung der deutschen Kontinentalbasis nach Westen hin eine zentrale Rolle[118].

Hoetzschs Konzeption war insofern eine echte Synthese, als sie defensive Elemente (nach Osten) mit expansionistischen (nach Westen) miteinander verband. Doch wie stand es mit der „Konzentration" der deutschen Weltpolitik? Sein Programm hatte wohl deutliche Schwerpunkte; aber war ernstlich zu erwarten, daß das Zarenreich — unbesiegt — bei einer „Begrenzung" der deutschen Ostkriegsziele, in der Form, wie sie Hoetzsch vorschwebte, einer Verständigung mit Deutschland zustimmen würde? Schloß doch Hoetzschs Programm Annexionen im Osten nicht völlig aus und berührte im Südosten ebenfalls die russische Interessensphäre[119].

Folgte das Reich seinem Programm, so mußte es sich sehr rasch wieder in derselben Vereinzelung befinden wie vor dem Kriege. So klar also Hoetzsch auch die Ursachen der deutschen Isolierung durchschaut haben mochte, so wohltuend nüchtern sich sein Ruf nach außenpolitischer Konzentration und Option gegenüber den uferlosen Plänen mancher seiner Kollegen ausnahm, so hilflos stand er doch (wie der von ihm angegriffene A. Weber) dem Problem gegenüber, einen Ausweg aus der allgemeinen Verwirrung über die außenpolitischen Ziele des Reiches zu finden.

Die Schwächen von Hoetzschs Konzeption werden noch deutlicher, wenn man diese mit dem Versuch *Hans Delbrücks* vergleicht, durch Herausarbeitung einer Synthese Klarheit für die deutsche Weltkriegspolitik zu schaffen — einer der wichtigsten Beiträge deutscher Professoren zur Diskussion der Grundprobleme des Weltkrieges! Was Delbrück mit Hoetzsch verband, war die Einsicht, daß der Weltkrieg für Deutschland nicht allein auf dem Schlachtfelde, sondern erst unter Hinzuziehung politischer Mittel zu gewinnen sei. Schon im August 1914 forderte deshalb dieser Berliner Historiker — ganz ähnlich wie Hoetzsch —, daß Deutschland versuchen müsse, einem Feinde entgegenzukommen, um ihn so aus der feindlichen Koalition herausbrechen zu können[120]. An diesem Punkt hörte die Gemeinsamkeit mit Hoetzsch bereits auf; denn während dieser von vornherein nur eine Verständigung mit Rußland ins Auge faßte, legte Delbrück sich hier in der ersten Kriegszeit noch nicht fest, bis er sich dann im Laufe des Jahres 1915 immer entschiedener für eine Verständigung mit England aussprach[121]. Bei dem gerade an den Universitäten grassierenden Englandhaß dürfte ihm dieser Entschluß psychologisch nicht ganz leicht gefallen sein. Denn auch er betrachtete England zunächst als den deutschen Hauptgegner, die Vernichtung der britischen Seesuprematie im Namen eines Welt-Gleichgewichts auf den Meeren als *das* deutsche Hauptkriegsziel[122]. Was ihn von den gängigen Vorstellungen seiner Zeitgenossen unterschied, war zweierlei: einmal der Glaube an ein Ende der englischen Vorherrschaft auf den Meeren selbst nach einem „unausgefochtenen" Kriege, d. h. die Gleichsetzung eines Verständigungsfriedens mit einem deutschen Siege; zum andern die Überzeugung, daß Deutschland das Prinzip des

Gleichgewichts zur See nur würde erkämpfen können, wenn es folgerichtig blieb und gleichzeitig das Gleichgewicht der *kontinental-europäischen* Mächte untereinander unangetastet ließ:

> „Unser Ziel muß sein: die Erhaltung des bestehenden politischen Gleichgewichtes auf dem Lande und die Eroberung des Gleichgewichtes auf der See[123]."

Beides — die Skepsis gegenüber den Hoffnungen auf einen deutschen Totalsieg und das Beharren auf einer primär (wir werden sehen: nicht ausschließlich) maritim-kolonialen Kriegszielsetzung — machten Delbrück schon in den ersten Kriegswochen zum „Vater des Verständigungsgedankens[124]" und gleichzeitig innerhalb der Professorenschaft zu einem der wichtigsten Opponenten alldeutscher Einflüsse. Seine Konzeption ist aber zugleich ein weiterer Versuch einer außenpolitischen Synthesenbildung: der Verbindung maritimer Offensive mit kontinentaler Defensive bzw. kolonialer Expansion mit dem Streben nach Erhaltung des status quo auf dem europäischen Festland[125].

Jede Politik, so meinte Delbrück, die im Namen des maritimen Gleichgewichts das kontinentale in Frage stellte — O. Hintze![126] — wäre zum Scheitern verurteilt. Sie diskreditierte Deutschlands Anspruch, für die Freiheit der Einzelnationen zu kämpfen[127], und sie mußte den Krieg ins Uferlose verlängern, die ganze Welt gegen Deutschland mobil machen — Delbrück mochte dabei auch schon an die Vereinigten Staaten gedacht haben[128] — und schließlich in die Niederlage Deutschlands führen, genau wie es das Schicksal Napoleons gewesen war[129]. Ließ sich die deutsche Politik dagegen — anders als Napoleon — von ihrer gegen die englische Seemacht gerichteten Zielsetzung nicht durch kontinentale Expansionswünsche abdrängen, dann stand zu hoffen, daß England, durch die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Empire (Indien, Südafrika) zunehmend bedrängt, in absehbarer Zeit sich dazu bereit erklären würde, Deutschland als ebenbürtigen Partner auf den Meeren anzuerkennen[130].

Ein solcher Frieden setzte eine klare Begrenzung der territorialen Kriegsziele des Reiches voraus. Anders als seine allgemeine Konzeption konnte Delbrück mit Rücksicht auf Burgfrieden und Zensur diese konkreten Ziele meist nur in vertraulichen Denkschriften und Briefen erörtern; doch auch diese Quellen geben unzweideutige Auskunft: Wollte Deutschland das Gleichgewicht in Europa wahren, so war Delbrück überzeugt, mußte es seine Hoffnungen auf Landerwerb im wesentlichen auf überseeische Gebiete beschränken; Delbrück schwebte hier, wie schon erwähnt, die Bildung eines „deutschen Indiens" in Mittelafrika vor[131]. Dagegen erschienen ihm Eroberungsziele in Westeuropa als „in jeder Beziehung unrätlich[132]". Dies galt ganz besonders für Belgien, dessen territoriale Integrität Delbrück noch vor der Marneschlacht als conditio sine qua non für einen Frieden in seinem Sinne ansah, wenn er diese Überzeugung auch noch nicht öffentlich kundtat, um Belgien als „Faustpfand" zum Austausch gegen koloniale Abtretungen der Westmächte nicht zu entwerten[133]. Vielleicht, daß sich allenfalls eine Entmilitarisierung des belgischen Nachbarn erreichen ließ;

jede direkte Abhängigmachung dieses Landes vom Reich mußte aber unbedingt vermieden werden. Delbrück hatte damit früher als die meisten seiner Kollegen, auch wenn sie ihm sonst politisch nahestanden, zu einer unzweideutigen Haltung in diesem einen Kernproblem des Ersten Weltkrieges gefunden[134].

Scheinbar im Widerspruch zu seiner sonstigen Friedenskonzeption stand Delbrücks Haltung in der Frage deutscher Kriegsziele in Osteuropa; denn hier bekannte er sich nach anfänglichen Bedenken schon Ende August 1914 zu einer Politik der Loslösung Kongreßpolens vom Zarenreich[135]. Ein solcher Schritt als Befreiung mochte mit der ideellen Mission Deutschlands übereinstimmen — die Frage blieb, ob damit nicht das Gleichgewicht in Europa gestört werden würde. Delbrücks Antwort war: nein — Rußland würde durch eine solche Abtretung im Kern nicht geschwächt werden, während die Mittelmächte in ihrem Verhältnis zu einem neuen polnischen „Pufferstaat" genügend eigene Schwierigkeiten haben würden, die diesen indirekten Machtzuwachs weitgehend kompensierten[136]. Warum dann aber überhaupt an den status quo rühren? Die Antwort Delbrücks führt zu innenpolitischen Rücksichten, die ihn in seiner Kriegszielkonzeption mitbestimmten. Eine Synthese zwischen maritimer Expansion und kontinentaler „Enthaltsamkeit" vermochte, wie Delbrück im ersten Kriegswinter zusehends klarer wurde, für sich allein die gesamte deutsche Öffentlichkeit nicht hinter sich zu vereinen. Sie war vor allem nicht in der Lage, innenpolitisch zersetzenden und außenpolitisch unheilvollen Bewegungen, die Eroberungen in Westeuropa verlangten, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Delbrück gewann deshalb die Überzeugung, daß die Aufgabe, das eigene Volk durch die Formulierung eines klaren politischen Programmes in seiner Einigkeit zu erhalten, nur zu bewältigen sei, wenn man dem kontinentalen Annexionismus wenigstens an einer Stelle etwas entgegenkam. Diese konnte für ihn nur in Osteuropa liegen. Denn wenn Deutschland hier z. B. einen polnischen Pufferstaat bildete, kam es prima facie nicht in Konflikt mit seiner ideellen Befreiungsmission und verletzte auch weder die Interessen westeuropäischer Mächte noch das allgemeine Gleichgewichtsprinzip[137].

Die gleichen Überlegungen galten seit dem Sommer des Jahres 1915 in Delbrücks Augen nun auch für das neue Ziel einer endgültigen „Befreiung" Kur- und Livlands vom „Zarenjoch" — ein Wunsch, für den er sich wie viele Liberale (z. B. Alfred Weber) mit zunehmender Wärme verwandte[138]. Mit dieser Wendung gelangte er, rein der Ausdehnung seiner Kriegsziele nach, in die Nachbarschaft des radikalen Annexionismus. Daß er sich von dieser Strömung dennoch nicht nur graduell, sondern prinzipiell unterschied, wird sich erst schlüssig zeigen lassen, wenn wir zur Analyse der Methoden deutscher Machtausbreitung kommen, wie sie in den Professorenschriften dargelegt wurden.

Hier kann deshalb auch nur eine vorläufige Bilanz der Kriegszielanschauungen und des außenpolitischen Programmes von H. Delbrück gezogen werden. Auch seine Vorstellungen nehmen sich — wie mutatis mutandis die von O. Hoetzsch — aus heutiger Perspektive einigermaßen sanguinisch aus. Das galt für seine Hoff-

nungen auf eine friedliche Lösung der polnischen Frage — hier war Hoetzsch der Warner! — wie für seine Einschätzung der Friedensbereitschaft Englands unter den von ihm befürworteten Bedingungen. Andererseits war er der einzige Gelehrte, der die kardinale Bedeutung der belgischen Frage für das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und England von Anfang an durchschaut hat, während die meisten seiner Kollegen viel zu lange das Belgienproblem nur als propagandistischen Vorwand der englischen Kriegspolitik für deren eigentliche Motive und Ziele ansahen.

Im Hinblick auf sein allgemeines Programm und seine Gleichgewichtslehre wird man heute fragen müssen, ob es nicht eine Illusion gewesen ist, angesichts des immer deutlicher hervortretenden Hegemonialkampf-Charakters des Ersten Weltkrieges die Hoffnung zu hegen, die deutsche Kriegszieldiskussion in maßvolle Bahnen lenken zu können. War nicht der „napoleonische" Weg für Deutschland unausweichlich, weil eine Verstärkung der deutschen Seegeltung, wie sie Delbrück vorschwebte, notwendigerweise zu einer Verschiebung des kontinentalen Gleichgewichtes führen mußte? Dies war die These der kontinentalen Expansionisten und, wie wir sehen werden, der Alldeutschen; sie ist unter verändertem Vorzeichen in jüngster Zeit von L. Dehio wieder vorgebracht worden[139]. Er behauptet, diejenigen Historiker — wie etwa H. Oncken —, die die enge Verknüpfung und wechselseitige Abhängigkeit von kontinentalem und maritimem Gleichgewicht durchschaut hätten, hätten letztlich klarer gesehen als Delbrück. Die *theoretische* Konsequenz dieser Einsicht hätte im Ersten Weltkrieg der Verzicht auf *jede* positive Kriegszielsetzung sein können — mit der Begründung, daß Deutschland dadurch mit Notwendigkeit napoleonischen Spuren gefolgt wäre. Ein solcher Verzicht war jedoch außerhalb der kleinen Gruppe der Pazifisten psychologisch und *praktisch* unmöglich, und selbst bei diesen wurde, wie wir sahen, die Forderung nach der Freiheit der Meere erhoben. In der Deutung des Ersten Weltkrieges als eines Kampfes um die *Hegemonie* zur See *und* in Europa folgerichtig und zugleich im Rahmen des kriegspsychologisch Möglichen blieben allein die Annexionisten (und mit ihnen H. Oncken und M. Lenz), indem sie kontinentale Eroberungsziele aufstellten. Deren Verwirklichung hing freilich ganz von einem deutschen Totalsiege ab.

Blieb also Delbrücks scharfe Umgrenzung des deutschen Kriegszieles, seine Konzeption eines Verständigungsfriedens, angesichts der prekären militärischen Lage der Mittelmächte nicht doch stärker dem Boden politischer Realität verhaftet als die Kriegszielpläne der übrigen Imperialisten, die mit den Argumenten Rankes operierten? Vor allem aber: Delbrücks Friedensprogramm besaß, abgesehen von einem höheren Maß an Realismus, trotz manchen praktischen Widersprüchen letzten Endes den Vorzug höherer ideenmäßiger Folgerichtigkeit. Indem er die verschiedenen Kriegsziele stets auch nach dem Maßstab der liberalen Mission Deutschlands, wie er sie auffaßte, beurteilte, vermied er den heillosen Widerspruch, in den sich seine Antagonisten wie etwa O. Hintze und D. Schäfer verwickelten, wenn sie gleichzeitig Deutschlands Befreierrolle für Europa proklamierten und kontinentale Eroberungsziele aufstellten[140]. Nur indem Deutschland — wie Delbrück — nicht den Kontakt verlor mit den humanitär-liberalen Ideen des 19. Jahrhunderts, entging es seiner völligen moralischen Isolierung in der übrigen Welt.

Aus der Enge einer einseitig machtpolitisch-kontinentalen Konzeption herauszuführen, versprach auch die außenpolitische Synthese, die als *„Berlin-Bagdad-Plan"* gleichfalls unter den deutschen Gelehrten ihre Anhänger besaß. Zu ihnen gehörten sowohl der alldeutsche K. v. Amira wie auch O. Hoetzsch und H. Delbrück[141]. Es handelte sich dabei um den Gedanken einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft, welche die Mittelmächte und die Türkei umfassen und dem deutschen Export ein hinreichend weites Feld im Nahen Osten erschließen sollte. Für M. Lenz war dies eine logische Fortsetzung der Bismarckschen Zweibundpolitik[142]. H. Delbrück sah in ihm die Chance für eine echte weltpolitische Aufgabe der Mittelmächte, die — eine glückliche Verbindung maritimer und kontinentaler Expansionspläne — dennoch Deutschland nicht von vornherein in den Verruf des schrankenlosen Eroberers brachte[143]; denn die deutsche Politik konnte hier die Rolle des idealistischen Beschützers der Mohammedaner übernehmen, deren machtpolitische Bedeutung von vielen Professoren erst zu Kriegsanfang entdeckt und dann freilich auch stark übertrieben worden war[144]. Dabei wurde der Einfluß der deutschen Orientpolitik auf die europäischen Koalitionsverhältnisse oft genug übersehen. R. Seeberg konnte sogar hoffen, daß mit der Verwirklichung des Berlin-Bagdadplanes Rußland und England „für immer" getrennt würden[145].

Der Bagdadplan bildete nur eine Erweiterung der Konzeption eines vereinigten *„Mitteleuropa"* — desjenigen Versuches außenpolitischer Synthesenbildung, der vielleicht die größten Aussichten hatte, zum einigenden Kristallisationspunkt der deutschen Kriegszieldiskussion zu werden.

Er stammte mit Friedrich Naumann nicht von einem Gelehrten, sondern von einem aktiven Politiker, erlangte indessen für die Kriegszieldiskussion in der deutschen Professorenschaft eine derart zentrale Bedeutung, daß er auch in diesem Rahmen für sich gewürdigt werden muß. Zudem gab es auch einige Vorläufer Naumanns unter den Hochschullehrern wie z. B. E. Marcks, H. Breßlau, M. Sering, H. Finke, K. Lamprecht, E. Jaffé und K. A. v. Müller[146]. Der wichtigste Prophet des Naumannschen Planes war der Berliner Strafrechtler *Franz von Liszt* mit seinem noch 1914 erschienenen Appell zur Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes[147].

v. Liszt gehörte als Mitglied der fortschrittlichen Fraktion dem deutschen Reichstag an, war also einer der wenigen Professoren, die wissenschaftliche und aktive politische Tätigkeit miteinander verbanden. Von Geburt Österreicher, liefert er neben den Balten ein zweites Beispiel für den Einfluß, den die Herkunft eines Gelehrten auf seine politische Haltung ausüben konnte[148].

v. Liszt baute seine Forderungen auf zwei politischen Phänomenen auf, die in seinen Augen erst der Weltkrieg deutlich offenbart hatte: dem Zug des Welt-

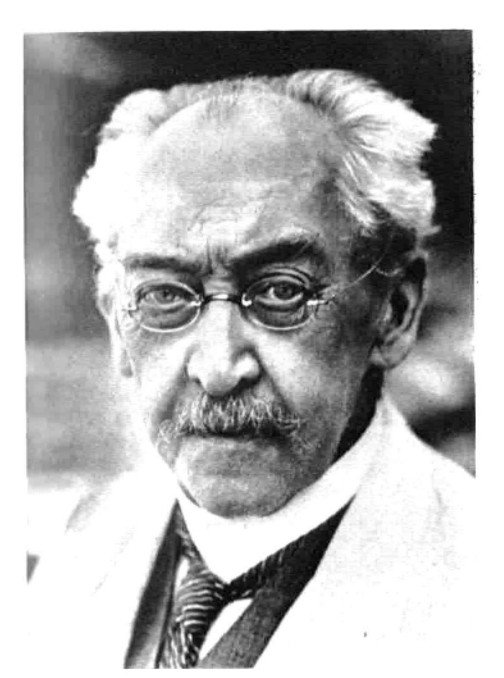
staatensystems zur Zusammenballung, zum „Großbetrieb", und der Bewährung des Staatsgedankens als verbindender Kraft gegen alle auflösenden nationalen Tendenzen der Zeit. Das hatte gerade die Doppelmonarchie bewiesen.

Deutschland für sich allein konnte im Zuge des Zusammenwachsens von „Oberstaaten" seine Stellung als Großmacht unmöglich behaupten; es mußte wie alle kleineren Staaten an Gewicht immer mehr verlieren, wenn es dieser Entwicklung nicht dadurch vorbeugte, daß es sein Bündnis mit Österreich-Ungarn ausbaute[149]: Deutschland und die Doppelmonarchie sollten zusammen zu einer wirtschaftlichen Einheit verschmelzen und darüber hinaus politisch einen Staatenbund bilden, indem sie ihr Bündnis verfassungsmäßig verankerten und durch Abschluß einer Militärkonvention befestigten[150]. Nach freier Entscheidung konnten sich dann auch noch andere kontinental-europäische Staaten diesem Bunde anschließen: im Süden etwa Italien und die Schweiz, die Balkanstaaten, selbst die Türkei, im Norden die skandinavischen Staaten, im Osten das befreite Polen, im Westen Holland und Belgien, vielleicht sogar Frankreich — ein weiteres Zeugnis für das Fortbestehen der frankophilen Stimmung und der Kontinentalbundideen der ersten Kriegszeit.

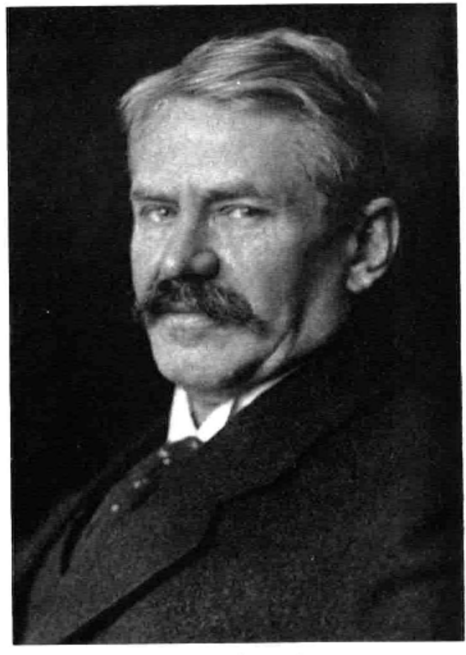
Was die Struktur dieses Staatenbundes anlangt, so sollten die politischen Bindungen der verschiedenen Mitglieder untereinander keineswegs einem starren Schema folgen, sondern im gleichen Verhältnis mit der Zunahme der Entfernung des einzelnen Mitgliedes vom Zentrum des Bundes an Festigkeit verlieren. Die Souveränität der Einzelstaaten wollte v. Liszt in keinem Fall angetastet sehen[151]. Deutschland sollte in dem Bunde zwar die Rolle des primus inter pares übernehmen, aber doch mehr in bezug auf seine Pflichten als im Hinblick auf seine Rechte. Der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Gliedstaaten sollte stets gewahrt bleiben[152].

Dies ist der fundamentale Unterschied im Vergleich zu all den übrigen europäischen Einigungsplänen, die damals erörtert wurden, die mehr oder weniger eindeutig auf eine deutsche Vormachtstellung abzielten[153]. v. Liszts Vorschlag lief eher auf ein vergrößertes Österreich hinaus, das Deutschland seine politische Mission erfüllen helfen sollte, die er wie so viele andere als den Schutz der europäischen Mitte vor russischer Überflutung und englischer Bevormundung auffaßte[154]. Auch gegen die englische Willkürherrschaft auf den Meeren konnte die mitteleuropäische Staatengemeinschaft mit größerem Nachdruck auftreten, zumal hier eine Interessenübereinstimmung mit den Vereinigten Staaten vorlag. Schon diese Hoffnungen zeigen, daß v. Liszt auf die maritimen und kolonialen Ziele des Reiches keineswegs verzichten wollte; auch der übliche Hinweis auf die Notwendigkeit einer Stärkung der deutschen Seemacht, einer Vermehrung der deutschen Flottenstützpunkte fehlt bei ihm nicht[155].

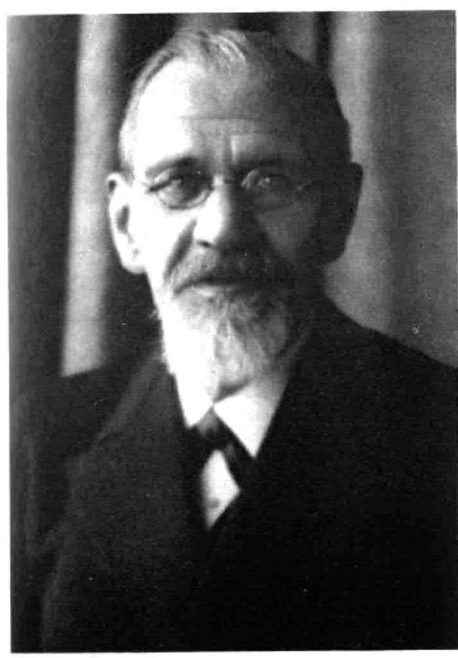
In diesem Punkte unterschied er sich am deutlichsten von seinem „Schüler" *Friedrich Naumann*, so sehr dieser sonst mit ihm übereinstimmte[156]. Naumann machte Ernst mit der Rückkehr zu den Anschauungen einer rein kontinentalen Politik im Sinne Bismarcks; denn er glaubte nicht mehr an die Möglichkeit einer



Adolf von Harnack (nach 1918)
(Privatbesitz v. Dr. Axel v. Harnack, Tübingen)



Ernst Troeltsch (nach 1918?)
(Bildarchiv des Kurpfälzischen Museums, Heidelberg)



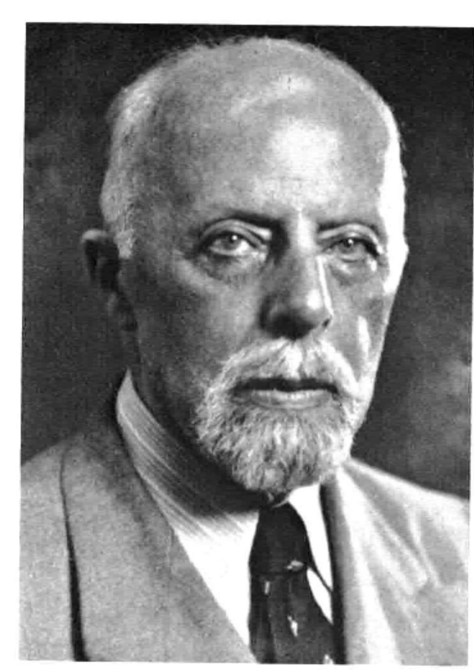
Eduard Meyer (nach 1918)
(Privatbesitz v. Hans E. Meyer, Berlin)



Reinhold Seeberg (nach 1918)
(Ullstein Bilderdienst)



Martin Spahn (nach 1918)
(Ullstein Bilderdienst)



Friedrich Wilhelm Foerster (nach 1918)
(Ullstein Bilderdienst)



Hermann Schumacher (1917)
(Ullstein Bilderdienst)

Fortführung der deutschen Kolonialpolitik. Doch lautete seine Alternative nicht wie bei so vielen Professoren: deutsche Vormacht in Europa, sondern: Mitteleuropa. Wie Liszt setzte er sich für die Bildung einer Staatengemeinschaft ein, die auf wirtschaftlichen und — erst in zweiter Linie — auf politischen Bindungen der einzelnen Teilnehmerländer untereinander beruhen sollte[157].

Sein Plan konnte deshalb zunächst ein so weitreichendes Echo finden, weil er ein positives Kriegsziel enthielt, das den defensiven Charakter des Krieges nicht in Frage stellte und auch ohne einen deutschen Totalsieg realisierbar erschien. Die Verwirklichung der Mitteleuropaidee versprach Deutschland aus seiner bedrängten Lage in der Vorkriegszeit herauszuführen, seine Machtbasis zu verstärken, ohne daß damit unbedingt eine Unterwerfung nicht-deutscher Völkerschaften verbunden gewesen wäre. Naumann glaubte, so einen Kompromiß gefunden zu haben zwischen dem deutschen Verlangen nach wirtschaftlicher Expansion und den Forderungen der europäischen Völker nach politischer Gleichberechtigung; denn so viel wird aus seinen Vorschlägen bei aller sonst kaum vermeidbaren Unbestimmtheit ganz klar: sein Staatenbund sollte nicht auf erzwungener Unterwerfung beruhen, sondern auf freiwilliger Zusammenarbeit[158]. Man kann sagen: Was Hintze mit dem „genossenschaftlichen" Prinzip als Leitgedanken der deutschen Weltpolitik bezeichnet hatte, wollte Naumann auf die Verhältnisse Mitteleuropas übertragen. Man darf ihn insofern auch mit Recht als Vorläufer der später von den Westmächten propagierten Völkerbundsidee betrachten[159].

Der erste Erfolg seines Buches[160] zeigte sich in der Tatsache, daß er selbst bei solchen Professoren Zustimmung fand, die ihm — wie E. Meyer und F. Lezius — innenpolitisch denkbar ferne standen[161], und mit Recht konnte Max Weber von dem „Stimmungskapital" sprechen, das die Mittelmächte der glänzenden politischen Intuition des Autors verdankten und aus dem sie für den weiteren Kriegsverlauf würden schöpfen dürfen[162].

„Mitteleuropa" als Wirtschaftsgemeinschaft stellte Probleme, die in erster Linie die Nationalökonomen angingen, und Naumann versprach sich offenbar viel von der Unterstützung, die er gerade von dieser Seite erhalten würde[163]. Diese Hoffnung ging kaum in Erfüllung; denn gerade die Erörterung der rein wirtschaftlichen Aspekte des Mitteleuropa-Programmes enthüllten Schwierigkeiten. Es gab zwar einige Volkswirtschaftler wie den (wie v. Liszt) in Österreich geborenen H. Herkner, ferner G. v. Mayr, M. Sering, W. Mitscherlich und G. Schmoller, die an dem wirtschaftlichen Nutzen einer Zolleinigung der Zweibundmächte keinen Zweifel aufkommen lassen wollten und die den Naumannschen Gedanken einer autarken kontinental-orientierten Wirtschaftsunion als Gegengewicht gegen die übrigen Wirtschaftsimperien vollauf bejahten[164]; aber sie bildeten unter ihren Kollegen nur eine Minderheit. Das verriet eine Untersuchung, die der Naumann nahestehende „Verein für Sozialpolitik" zu Ende des Jahres 1915 durchführen ließ. Die Quintessenz der dort gesammelten Beiträge lief auf die Empfehlung hinaus, doch ja nicht den durch den Krieg bedingten Zustand der wirtschaftlichen Isolierung der Mittelmächte in seiner Gül-

tigkeit zu verabsolutieren und um Mitteleuropas willen die Notwendigkeit des deutschen Warenabsatzes in der übrigen Welt außer Acht zu lassen[165]. Dieser gegen Naumann gerichtete Einwand stammte natürlich zunächst von „Freihändlern" wie L. Brentano (Naumanns Lehrer!), F. Eulenburg (Leipzig) und H. Diehl (Freiburg)[166]. H. Diehl erblickte darüber hinaus einen unüberwindlichen Widerspruch in Naumanns Programm. Ein wirtschaftlicher Großbetrieb, wie er Naumann vorschwebte, war undenkbar ohne straffe Zusammenfassung seiner Einzelglieder. Eine solche Zentralisierung aber widersprach dem föderalistischen Grundprinzip, auf dem Naumanns „Mitteleuropa" basierte[167]. Angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Industrie im Reiche und in der Donaumonarchie überwogen aber auch bei den „Schutzzöllnern" (H. Schumacher) die Bedenken im Hinblick auf eine allzu enge Verflechtung der beiden Wirtschaftsgebiete[168]. Max Weber drückte diese Sachlage präzise aus, wenn er erklärte:

> „... wenn ... rein wirtschaftliche Erwägungen in dieser Frage [Mitteleuropa] allein sprechen könnten, so würde ich absolut auf dem Standpunkt des Herrn Eulenburg und des Herrn Diehl stehen, und ich glaube, die überwältigende Mehrheit des Vereins für Sozialpolitik würde es auch tun. Es würde ... die ganze Sache ... einfach schon dadurch erledigt sein, daß die Österreicher nicht in der Lage wären, uns zwei Fragen befriedigend zu beantworten, nämlich erstens: Wie wollt ihr eure Währung so weit retablieren, daß überhaupt von einem Zollbündnis die Rede sein kann? Und zweitens: Wie wollt ihr die Ungarn dazu bringen, daß sie sich auf irgendwelches ernsthafte ... Übereinkommen einlassen?[169]"

Wenn solche wirtschaftlichen Bedenken im Regelfall — doch durchaus nicht immer! — beiseitegeschoben wurden, so lag dies z. T. an der Hoffnung, Deutschland würde schon irgendwie die mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft mit seinen weltwirtschaftlichen Bedürfnissen in Einklang bringen können (Schmoller)[170]. Der Hauptgesichtspunkt, der die Mehrzahl der Kathedersozialisten Naumann unterstützen ließ, war indessen *politischer* Natur: Max Weber erwartete ein Mitteleuropa als fait accompli, als Ergebnis von Regierungsverhandlungen in nächster Zukunft — ganz gleich, wie das Votum der Wirtschaftsexperten ausfallen würde — ein Gedanke, der bezeichnend ist für das geringe Gewicht, das auch Weber dem Einfluß der Gelehrten in dieser Frage zumaß.

Vor allem aber waren verbindliche Abmachungen in der polnischen Frage zu gewärtigen, die Polen in der einen oder anderen Form den Mittelmächten anschließen würden. Diese Aufgabe war aber nur zu bewältigen bei engster Harmonie zwischen den Zweibundmächten. Somit wurde eine „absolute, ewige, unlösliche Bindung" der beteiligten Staaten — vor allem auch in militärischer Hinsicht — zu einer unausweichlichen Notwendigkeit[171]. Daneben gab es einen ideellen oder, wenn man will, kriegspsychologischen Gesichtspunkt, dem sich auch die Nationalökonomen nicht verschlossen. In dem Gedanken „einer vernunftgemäßen Organisation der Welt auf dem Boden der Freiwilligkeit"[172], wenn er sich zunächst auch nur in Mitteleuropa verwirklichte, schienen viele Gelehrte,

> „die auf unserer Seite den Krieg kämpfen, im schmerzlichen Gefühl, das nationale Ziel und den Sinn des furchtbaren Ringens in unbekannten Fernen vor sich zu haben ..."

„die erlösende Idee" gefunden zu haben (G. Briefs[173]), eine Idee, die, um E. Troeltsch zu zitieren,

> „unserm Handeln Klarheit, Ziel, Schwung und Zuversicht geben kann"[174].

Troeltsch sah in „Mitteleuropa" ganz im Sinne Naumanns die Überwindung der zu Tode gehetzten Vorstellung von der Notwendigkeit des rücksichtslosen staatlichen Egoismus und in Übereinstimmung mit F. Meinecke und Alfred Weber[175] eine echte Alternative zu dem imperialistischen Ideengut, das in Deutschland nie wirklich hätte Wurzeln schlagen können[176].

Doch auch diese politischen Argumente wurden selbst nicht bei allen sonst Naumann nahestehenden Gelehrten akzeptiert. Der Leipziger Historiker W. Goetz warnte vor einem Aufsspielsetzen des deutschen Nationalstaates bei der Verwirklichung „Mitteleuropas": Die Entwicklung der Welt — hier sprach der Neu-Rankeaner — mochte nicht, wie Naumann es voraussetzte, zu einer weiteren Integration der Staaten zu immer umfassenderen Großreichen hinführen, sondern im Gegenteil zu einer fortschreitenden Auflösung der größeren Staatsgebilde in ihre nationalen Bestandteile[177]. In diesem Fall blieb für die Deutschen ihr Nationalstaat der einzige Halt.

Mit ähnlichen Vorstellungen operierte eine „realpolitische" „Richtigstellung" Naumanns aus der Feder H. Onckens[178]. Noch schärfer als Goetz verurteilte dieser als „reine Ideologie" die Vision eines Europa, das nicht mehr aus unabhängigen, lediglich den Geboten der Machtpolitik folgenden Staaten bestünde[179]. Den Sinn einer Beschränkung der Souveränität der Mitgliedsstaaten einer mitteleuropäischen Konföderation vermochte er nicht zu erkennen. Im übrigen wirft es ein eigentümliches Licht auf die damaligen Anschauungen von „Realpolitik", wenn Oncken Naumanns Programm unter dieser Devise nicht etwa einschränkte, sondern wie Liszt, Schmoller oder Hoetzsch im Gegenteil ausweitete. Trotz der zu erstrebenden mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft hielt er nämlich den Verzicht Deutschlands auf seinen Anteil am Welthandel und auf seine Kolonialpläne für inopportun[180]. Neben Mitteleuropa mußte Deutschland in Kleinasien und Afrika seine Einflußsphären erweitern, und erst eine Mächtekombination, die vom Kongo über Bagdad bis an die Ostsee reichte, vermochte in seinen Augen mit den übrigen Weltmächten — England, Rußland, auch Japan — in Wettbewerb zu treten[181].

Es lag an diesen erweiternden Deutungen des Mitteleuropaplanes, wenn dieser schließlich doch nicht die Funktion eines festumrissenen Kristallisationspunktes in der außenpolitischen Meinungsbildung übernehmen konnte. Bei den Gelehrten gehörten zu solchen erweiternden Interpreten auch die Vertreter des

großdeutschen Gedankens, besonders K. A. v. Müller, M. Spahn, K. v. Stengel und Dietrich Schäfer, denen es vor allem auf eine Stärkung der Führungsposition des Deutschtums außerhalb des Reiches ankam und für die die übernationale Komponente von Naumanns Programm völlig in den Hintergrund trat[182].

Für extrem rechts stehende Professoren genügte freilich nicht einmal dieses großdeutsche Aroma, um ihnen den Mitteleuropagedanken schmackhaft zu machen. Der alldeutsche G. v. Below übertraf noch das Votum der Alldeutschen Blätter in der Schärfe, mit der er den Mitteleuropaplan als bewußte „Zertrümmerung des Nationalstaates" verurteilte. Deutschland würde in diesem „Nationalitätenbrei" untergehen, in dem — ähnlich wie in Elsaß-Lothringen — auch die deutsche Kultur der schwersten Gefährdung ausgesetzt sein würde. Nach innen drohte dem Reich in der Hoffnung auf ein politisches „Wolkenkuckucksheim" das Beste verloren zu gehen, was es dem Krieg verdankte — die nationale Konzentration[183]:

> „Eine uferlose Politik nach dem Muster der italienischen Politik der mittelalterlichen Kaiser kann uns nicht helfen ... Luftige Pläne von einem fabelhaften mitteleuropäischen Gemeinwesen, die zu einer Vernachlässigung unserer heimischen Aufgaben führen würden, verbannen wir ... nur der verstärkte deutsche Staat kann ferner auch die Basis für eine aussichtsreiche Kolonialpolitik abgeben ... Die nationalen Minoritäten sind in Deutschland ... stets anerkannt worden. Aber die zuverlässigste Garantie für den innerstaatlichen Frieden wird durch eine überragende Stellung des Deutschtums gegeben sein ...[184]"

Dem Historiker schloß sich der Berliner Theologe J. Kaftan an:

> „Wir fahren nicht mit ... nach Mitteleuropa ... Wir bleiben auf dem Boden, auf dem wir gewachsen sind, und singen nach wie vor: Deutschland, Deutschland über alles ...[185]"

Es fällt auf, daß es mit v. Below gerade eine Reihe von Historikern war, die wie W. Goetz, H. Oncken, O. Hoetzsch und auch H. Delbrück[186] dem Mitteleuropaplan gegenüber entweder vorsichtige Skeptiker blieben, wenn sie nicht gar wie v. Below, E. Brandenburg, E. Marcks und J. Hashagen die schärfsten Opponenten Naumanns wurden[187].

Für den vermittelnden Charakter von Naumanns Konzeption war bezeichnend, daß sie nicht nur auf der extremen Rechten, sondern auch der extremen Linken innerhalb der Professorenschaft auf Ablehnung stieß. Für den jetzt pazifistischen F. W. Foerster lief sie auf eine „noch stärker fixierte Spaltung Europas" hinaus — das Produkt alldeutscher Einflüsse, denen Naumann offensichtlich zum Opfer gefallen sei[188].

Das zwiespältige Echo, das Naumanns Idee in der deutschen Professorenschaft fand, ließ sie im Laufe des Krieges dasselbe Schicksal erleiden wie die sog. „Ideen von 1914": „Mitteleuropa" verblaßte in seiner eigentlichen Bedeutung immer mehr und wurde schließlich zu einer Allerweltsformel, die jeder verbindlichen Aussagekraft entbehrte. Weithin als nicht zureichend zur Umschreibung

der weltpolitischen Ambitionen Deutschlands kritisiert, wurde „Mitteleuropa" nicht die erlösende Synthese, welche die babylonische Sprachverwirrung bei der Neuformulierung der Ziele der deutschen Außenpolitik hätte beenden können.

III.

Der vorstehende Überblick über die außenpolitische Umorientierung aus dem Blickwinkel der deutschen Professorenschaft hat nur ein äußerliches, gleichsam im luftleeren Raum stehendes Bild vermitteln können. Die tieferen Zusammenhänge werden dagegen erst deutlich, wenn man die Professorenliteratur in das Kräftefeld der deutschen Innenpolitik des ersten Weltkriegsjahres hineinstellt. Dabei zeigt sich, daß es trotz der vielfachen Unsicherheit in der außenpolitischen Willensbildung bei den Gelehrten faktisch doch einen Kristallisationspunkt gab, der innerhalb weniger Monate nach Kriegsbeginn klare Fronten schuf, wenn er auch nicht die erhoffte einende Synthese lieferte, sondern im Gegenteil die innere Einheit — gerade bei den Professoren — einstürzen ließ. Dies war das Werk der *Alldeutschen*, die mehr als irgendeine andere Gruppe oder Partei mit einem konkreten Eroberungsprogramm in den Krieg eingetreten waren[189]. Die Spezifika dieses Programms, das ihr Vorsitzender bereits im August 1914 zu skizzieren begann, waren: außenpolitisch die Verlagerung des Schwergewichts der deutschen Expansionsziele von den überseeischen Gebieten auf den europäischen Kontinent; die Planung von umfassenden Annexionen in Ost- *und* Westeuropa; die Befürwortung der Mittel der *Enteignung* und der *rechtlichen Degradierung* der annektierten Bevölkerung zur — wie man meinte — besseren politischen und wirtschaftlichen Sicherung der eroberten Gebiete; innenpolitisch endlich die Opposition gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg[190].

Die Wurzeln dieses Programmes reichen in jedem Punkt in die Vorkriegszeit, dort freilich bisweilen in den Bereich obskurer politischer Traktatenliteratur hinein. Die Entscheidung für eine Politik der nationalen Opposition gegen die Reichsleitung ging ebenfalls noch in die Zeit vor Bethmann zurück[191].

Unter den Professoren besaßen die Alldeutschen, wie wir sahen, aus der Vorkriegszeit her nur eine begrenzte Zahl von Anhängern, wenn diese auch aus Prestigegründen (wie D. Schäfer) besonders herausgestellt wurden[192]. Auch der spontane Annexionismus der ersten Kriegswochen, wie wir ihn in den Kriegsschriften vieler Professoren kennengelernt haben, stand im Normalfalle nicht in direkter Verbindung mit dem Alldeutschen Verband. Sogar Gelehrte, die selbst Mitglieder des Verbandes waren, zögerten, sich von vornherein ganz mit den alldeutschen Forderungen zu identifizieren, und D. Schäfers früheste Kriegsschriften passen besser in den Konsensus der deutschen Professorenschaft hinein als in das Gedankengut des alldeutschen Vorsitzenden H. Claß[193]. Ebenso unterschieden sich die Ansichten v. Belows und O. Hoetzschs anfangs noch deutlich von den alldeutschen Plänen[194].

Radikal alldeutsche Anschauungen lassen sich nach den bisher bekannten Quellen außer bei E. Haeckel nur bei dem aus dem Baltikum stammenden Königsber-

ger Kirchenhistoriker Friedrich Lezius nachweisen. Dessen Briefwechsel mit seinen Landsleuten und Kollegen R. Seeberg, N. Bonwetsch und R. Kropatschek bildet von der Enteignungsforderung bis zum Ruf nach einer politischen Entrechtung der Annektierten ein wahres Kompendium alldeutscher Maximalziele[195].

Gerade aber weil sonst ein großer Teil der Intelligenz den Alldeutschen von Haus aus reserviert gegenüberstand und weil andererseits der Segen der unparteiischen Wissenschaften wie kein anderer Faktor den alldeutschen Ideen Ansehen und Stoßkraft zu verleihen versprach, war es von Anfang an das Ziel der alldeutschen Führung, Intellektuelle und vor allem Hochschullehrer für ihr Programm zu gewinnen. Sie ging dabei Hand in Hand mit führenden Interessenvertretern der Industrie und hatte bereits in den ersten Kriegswochen bei einigen Wissenschaftlern Erfolg — zuerst, soweit ersichtlich, bei dem Bonner Nationalökonomen H. Schumacher, der auf alldeutsche Anregung hin ein umfangreiches Annexionsprogramm mit dem Schwerpunkt in Westeuropa ausarbeitete und dieses zusammen mit Stinnes im Dezember 1914 der Reichsleitung unterbreitete. Von vornherein im Einvernehmen mit Industriellen scheint auch M. Spahn gehandelt zu haben, während der Osteuropa-Historiker Th. Schiemann die Gedanken des österreichischen Alldeutschen P. Samassa der Reichsleitung zugänglich machte[196].

Diese Kampagne fand ihre Krönung in der sog. Intellektuellen-Eingabe vom 20. Juni 1915, die Claß, Kirdorf und Hugenberg in aller Stille unter Mitwirkung des Berliner Theologen R. Seeberg hatten vorbereiten lassen. Obwohl kaum mehr als eine Paraphrase der grundlegenden alldeutschen Kriegszieldenkschrift vom September 1914, fand sie auch in größerem Kreise ungeteilten Beifall und wurde somit ein voller Erfolg: Seeberg konnte insgesamt 1347 Unterschriften zusammenbringen, von denen 352 von Hochschullehrern stammten — vielen Historikern wie E. Meyer, E. Marcks, R. Fester, A. O. Meyer, J. Hashagen. E. Brandenburg, O. Hintze, A. Brackmann, A. Hauck, K. Breysig, W. Busch und natürlich D. Schäfer und G. v. Below und einer stattlichen Reihe evangelischer Theologen wie z. B. A. Deißmann, K. Holl, M. Schian, J. Haußleiter, N. Bonwetsch und F. Kropatschek, während ihre katholischen Kollegen nur mit A. Knoepfler vertreten waren. Hinzu kamen mehrere Staatsrechtler wie O. v. Gierke, van Calker, H. Triepel und F. v. Martitz. Bei einigen Unterzeichnenden mag die baltische Herkunft einigen Einfluß ausgeübt haben (Schiemann, Lezius, Bonwetsch und Kropatschek); aber es finden sich auch die Namen von katholischen, dem Zentrum nahestehenden Gelehrten wie A. Schulte, H. Finke und H. v. Grauert[197]. Die von den alldeutschen Initiatoren bewußt gewahrte Taktik, selbst möglichst ganz hinter ihren akademischen Aushängeschildern zurückzutreten, hatte sich bezahlt gemacht.

Was dieses Unternehmen in den Augen der akademischen Kollegen zu diesem Zeitpunkt allenfalls noch etwas suspekt machte, war dessen frondeurhaft-regierungsfeindliche Tendenz, die den Burgfrieden zu gefährden schien. Aus diesem Grunde mußte auch der Schlußpassus des Denkschriften-Entwurfs, der dessen

innenpolitische Motivation, den Wunsch, mit äußeren Eroberungen von inneren Schwierigkeiten nach dem Kriege abzulenken, andeutete, infolge vielfacher Proteste (auch Schäfers!) fallengelassen werden. Der Gesamtwirkung der Eingabe tat dieser Umstand jedoch keinen Abbruch, zumal Seeberg wiederholt versicherte, seine Aktion wolle dem Kanzler nur den „Rücken stärken“[198].

Die Seeberg-Adresse gab den Anstoß für die Kriegszielbewegung innerhalb des Bürgertums, deren Mittelpunkt ein Propaganda-Ausschuß bildete, der bis 1916 zunächst vertraulich durch Versendung von Werbematerial arbeitete. Sein Leiter wurde — unter maßgeblicher Mitarbeit des nationalliberalen Abgeordneten P. Fuhrmann — der uns schon bekannte D. Schäfer[199], obwohl dieser zunächst den alldeutschen Kriegszielen nicht in allen Punkten (z. B. der Enteignungsfrage) zugestimmt hatte. Anders als O. Hoetzsch, der seine politische Selbstständigkeit gegenüber den Alldeutschen nie preisgegeben hat, sah sich Schäfer jedoch veranlaßt, seine Kriegszielanschauungen denen des Alldeutschen Verbandes noch im Jahre 1915 weitgehend anzupassen[200].

Die Konzeption H. Delbrücks, des *Hauptwidersachers* der Alldeutschen in unserm Personenkreis, kennen wir schon. Auch ihre Wurzeln, die Warnung vor „napoleonischen“ Tendenzen, reichen bis in die Vorkriegszeit zurück[201]. Nach Kriegsausbruch trat Delbrück in dem Moment auf den Plan, als die alldeutsche Propaganda losbrach (Ende August 1914), mußte sich jedoch, um des Burgfriedens willen von der Zensur scharf zurechtgewiesen, auf eine einmalige öffentliche Stellungnahme beschränken (die sog. September-Korrespondenz[202]). Ähnlich wie seine alldeutschen Gegner hat Delbrück im Winter 1914/15 dann mithilfe von vertraulichen Denkschriften versucht, den alldeutschen Einflüssen im Kreise seiner Kollegen entgegenzuarbeiten. Dabei war ihm von Anfang an klar, daß es bei diesem Streit nicht nur um den Primat der Politik gegenüber den Belangen von Militär und Wirtschaft, sondern auch um den Kopf des Kanzlers ging[203].

Erst nachdem er von der Vorbereitung der Seeberg-Eingabe gehört hatte, entschloß er sich zusammen mit einigen bekannten früheren Diplomaten (Monts, Hatzfeldt und Wolff-Metternich) seinerseits zu einer Gegenaktion, deren ausdrückliches Ziel es war, gegen den nach *Westen* gerichteten Annexionismus Front zu machen. Eine Gegeneingabe wurde von dem Herausgeber des „Berliner Tageblattes“, Theodor Wolff, entworfen, für die dann Delbrück Unterschriften sammeln ließ. Der Erfolg dieses Unternehmens war recht bescheiden. Die Gegeneingabe konnte nur 141 Unterschriften unter sich vereinen, davon ungefähr die Hälfte von Hochschullehrern[204]. In realistischer Einschätzung dieser Niederlage und aus den uns schon bekannten innenpolitischen Erwägungen heraus, zugleich aber, um dem alldeutsch inspirierten Unternehmen wenigstens seine gegen den Kanzler gerichtete Spitze zu nehmen, hat sich Delbrück dann um ein Zusammengehen mit Seeberg in der Hoffnung auf ein gemeinsames nach Osten gerichtetes Expansionsprogramm bemüht[205].

Wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten in der Frage westlicher Annexionsziele (Belgien!) scheiterte er jedoch damit. Wie vorher blieb er mit

seinen Gesinnungsgenossen auf die Preußischen Jahrbücher als publizistisches Sprachrohr und auf informelle Beziehungen, wie sie in seinem Mittwoch-Abend-Kreis gepflogen wurden, angewiesen[206].

Wie kam es zu diesem Erfolg der alldeutsch-industriellen Interessenten an den deutschen Universitäten? Sicher spielte die gerade damals günstige militärische Lage im Osten eine gewisse Rolle, und das Prestige der Mitglieder des Initiativkommitees (Seeberg, Schäfer und v. Gierke) mag auch nicht ohne Einfluß geblieben sein. Ihr Ruf nach klarer und „positiver" Kriegszielsetzung um der inneren Geschlossenheit des deutschen Volkes willen rührte zudem an den Kern der mit dem Krieg gestellten Integrations-Aufgabe der deutschen Hochschullehrer. Vor allem aber kam Seeberg das politische Klima auf den deutschen Universitäten entgegen. Delbrück selbst bekam davon einiges zu spüren, als er im Laufe seiner Aktion feststellen mußte, daß selbst wissenschaftlich und politisch ihm nahestehende Kollegen wie F. Meinecke, H. Oncken und der Theologe M. Rade auf seine Bestrebungen nur sehr reserviert (wenn nicht wie Hintze negativ) reagierten[207]. Kontinental-annexionistische Tendenzen lassen sich für die erste Hälfte des Jahres 1915 sogar bei so entschiedenen Gegnern der Alldeutschen wie G. v. Schulze-Gaevernitz und Lujo Brentano feststellen[208]. Vorbehaltlos standen hinter Delbrück nur eine Reihe von Kathedersozialisten wie K. Wiedenfeld, Max Weber, G. Schmoller und F. Toennies, die wie er selbst vor allem die innenpolitischen Konsequenzen eines industriell inspirierten westlichen Eroberungsprogrammes fürchteten: die erneute Entfremdung der Sozialdemokratie und damit die Annullierung der „inneren Eroberungen" von 1914[209]. Mit der Eingabe des Delbrück-Kreises sympathisierten außerdem einige liberale Theologen wie v. Harnack (Delbrücks Schwager), F. Loofs und E. Troeltsch, ferner Pazifisten wie A. Einstein und W. Schücking. Obwohl seine Unterschrift fehlte, wird man ferner den Heidelberger Geographen Alfred Hettner als profilierten Anhänger der Delbrückschen Konzeption bezeichnen dürfen; denn dieser trat noch 1916 den Kontinental-Imperialisten mit den Worten entgegen:

> „Sind sich die Propheten einer solchen anderen deutschen Zukunft wirklich über das Ungeheure der Behauptung ganz klar, daß sich das deutsche Volk wenigstens 40 Jahre lang auf dem falschen Wege befunden [hat] . . . daß also unsere Feinde ganz Recht gehabt hätten, uns in unsere Grenzen zurückzuweisen . . . [210]?"

Doch dies alles blieben vereinzelte Stimmen, und Delbrück überkam mit Recht in jenen Tagen das Gefühl des Isoliertseins, zumal Briefe von Kollegen aus München und Gießen bestätigten, daß auch dort die Situation nicht günstiger war als in Berlin[211].

Überlegen war die alldeutsch beeinflußte Gruppe aber nicht nur numerisch, sondern auch in der Qualität der politischen Querverbindungen, über die sie verfügte. Die alldeutsche Führung hatte von vornherein methodisch engste Beziehungen zu den verschiedensten bürgerlichen Interessentengruppen angeknüpft und besaß auch bei den Rechtsparteien einflußreiche Vertreter. Diese Beziehungen enthoben Seeberg jeder Geldsorge bei der Vorbereitung seiner Aktion. An der taktischen Unterstützung, die er von den industriell-alldeutschen Initiatoren seiner Bewegung erhielt, brauchte er ohnehin nie zu zweifeln.

Delbrücks Beziehungen nach „oben" zu rekonstruieren, ist für das erste Kriegsjahr etwas schwieriger. Seine Zeitschrift hatte schon vor dem Kriege in Verbindung mit dem Kanzler gestanden. Trotzdem lehnte dieser die in der „September-Korrespondenz" zum ersten Male öffentlich geäußerten Grundgedanken Delbrücks — die Gleichgewichtstheorie und die Bewertung eines „unausgefochtenen Krieges" — „bei aller Würdigung der guten Absichten" als „verfehlt" ab und wandte sich auch gegen ihre öffentliche Verbreitung[212]. Delbrück war damit allein dem Eingreifen der Militär-Zensur und der gehässigen Kritik weiter Kreise der Öffentlichkeit (bis zum Kronprinzen, der ihn seines Amtes entheben wollte!) ausgesetzt[213]. Dieser Zwischenfall vermochte indessen das gute Verhältnis zwischen Kanzler und Historiker nicht ernsthaft zu trüben[214]. Bereits im Mai 1915 hören wir von Versuchen der halbamtlichen „Zentralstelle für Auslandsdienst", durch eine ausführliche Dokumentation die Politik der Alldeutschen bloßzustellen. M. Hobohm, ein Schüler Delbrücks, leistete die Vorarbeiten, und man darf annehmen, daß auch Bethmann von diesem Unternehmen wußte[215]. Auf jeden Fall blieb Delbrück seit dem Spätherbst 1914 in ständigem Austausch mit dem Reichskanzler, maßgebenden Vertretern der Berliner Ministerialbürokratie (wie Solf, v. Valentini und seinem Vetter, dem Staatssekretär im Reichsamt des Inneren) und, wenn auch mit unterschiedlichem Echo, mit führenden Militärs in der OHL. Von allen diesen Persönlichkeiten sympathisierten Solf und v. Valentini am stärksten mit den Anschauungen des Herausgebers der Preußischen Jahrbücher[216].

Die gegen Seeberg gerichtete Aktion ist, soweit ersichtlich und anders als Seeberg selbst und Schäfer annahmen, ohne einen Anstoß von Seiten der Reichsleitung in Gang gesetzt worden. Entsprang sie doch gerade der Furcht, der Kanzler könne sich schließlich von der annexionistischen „Volksbewegung" beeinflussen lassen und in die alldeutsche Richtung einschwenken[217]. Tatsächlich hat Bethmann nur mit vorsichtigen Andeutungen zugunsten der Delbrückschen Adresse zu optieren gewagt[218]. Zu einem engeren Zusammengehen kam es erst im August 1915, als Delbrück, wie erwähnt, den Versuch unternahm, die Kriegszielbewegung insgesamt in östliche Richtung zu lenken, — diesmal in völliger Übereinstimmung mit der Reichsleitung[219]. Ein ähnlich zielbewußt organisiertes Unternehmen wie den Schäferschen Ausschuß aufzubauen, gelang Delbrück indessen nicht, und selbst seine publizistische Schützenhilfe wurde bisweilen, wie er bedauernd feststellte, von der Reichsleitung nicht in der erhofften Weise genutzt[220].

Das Scheitern der Versuche, eine Synthese zur Umschreibung der außenpolitischen Ziele des Reiches zu finden, das in so schneidendem Widerspruch zu den Einheitsbekundungen der ersten Kriegszeit stand, mag aus heutiger Sicht ver-

wundern. Ging es doch — scheinbar — nur um geringfügige Unterschiede in der geographischen Stoßrichtung der verschiedenen Expansionsprogramme! Und waren nicht Delbrück und sein Kreis auch „Annexionisten" oder doch jedenfalls „Imperialisten"? Sicher blieb die kontinentale Ausdehnung des Reiches für Delbrück und seine Anhänger auf Osteuropa beschränkt und war als Ziel eine mehr oder weniger stark innenpolitisch motivierte Improvisation. Eine solche innenpolitische Motivation fehlte auch bei den Anhängern der Alldeutschen nicht. Trotzdem nahm ihr Wunschtraum von einer deutschen Expansion im Osten *und* im Westen des europäischen Kontinents immer mehr den Charakter eines alles beherrschenden Selbstzweckes an.

Wenn sich trotz manchen Gemeinsamkeiten die Professorenschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 dennoch in zwei scharf gesonderte Lager aufzuspalten begann, wenn sich die Unterschiede in der Akzentsetzung zwischen „Naumannianern" und „Imperialisten" (im engeren Sinne) zu dem immer tiefer werdenden Riß zwischen „Gemäßigten" und (spezifisch alldeutsch beeinflußten) „Annexionisten" vertieften, so lag diese Entwicklung an Meinungsdifferenzen, bei denen es um mehr ging als nur um die geographische Orientierung der deutschen Außenpolitik. Das beweist die Erörterung der Methoden deutscher Machtausdehnung, der das folgende Kapitel gewidmet sein soll.

Kapitel IV

Herrschaft oder Befreiung?

Die Methoden deutscher Machtausübung in den besetzten Gebieten

I.

„Naumannianer" und „Imperialisten" der Vorkriegszeit, so sahen wir[1], hatten sich theoretisch in gleicher Weise zu der ideellen Deutung der deutschen Weltkriegsmission, dem Gedanken der „dritten Kraft" als Schutzes der „Unverschluckten" bekannt. Gegenüber den beiden von den deutschen Heeren überrannten Nachbarvölkern, den Polen und den Belgiern, war diese Theorie von vornherein mit schweren Hypotheken belastet. Für die Polen blieb Preußen-Deutschland eine der Fremdmächte, die einen Teil des eigenen Volkes beherrschten, und für die Belgier war das Reich der Aggressor geworden, dem die eigene Neutralität zum Opfer gefallen war. Ließ sich der deutsche Missionsanspruch angesichts dieser Hypotheken überhaupt noch aufrecht erhalten? Die Antwort auf diese Frage mußte zum Testfall werden für die Ernsthaftigkeit, mit der die deutschen Professoren das, was sie als ideelles Kriegsziel Deutschlands ansahen, auch bereit waren, in die Wirklichkeit umzusetzen. An den Methoden, die sie in diesen Ländern zur Realisierung der außenpolitischen Ziele des Reiches befürworteten, mußte sich zeigen, wie weit es ihnen gelang, deutsches Machtstreben mit der von ihnen ausgegebenen nationalen Freiheitsparole gedanklich in Übereinstimmung zu bringen. Damit war zugleich auch wieder die Haltbarkeit der politischen Solidarität in ihren eigenen Reihen auf die Probe gestellt.

Obwohl das *polnische Problem*, wie allgemein anerkannt wurde, von allen Kriegszielfragen die dornigste und am wenigsten „glatt" zu lösende war, tauchte es dennoch schon in den ersten Kriegsmonaten in der vertraulichen und auch der öffentlichen Kriegsliteratur der Professoren auf, so daß sich trotz manchen Schwankungen und Unsicherheiten im Jahre 1915 die Alternativen klar abzuzeichnen begannen[2].

Wortführer in diesen Erörterungen sind mit O. Hoetzsch, H. Delbrück und D. Schäfer drei Historiker gewesen. Von ihnen ist uns O. Hoetzsch und seine Haltung in der polnischen Frage bereits bekannt: Mit M. Spahn und H. Schumacher als der führende Vertreter eines vorwiegend nach Westen orientierten Kriegszielprogrammes, als Verteidiger des status quo gerade in der polnischen Frage und als Gegner einer im Osten mit nationalen Befreiungsparolen operierenden

Politik[3]. Von anderen Motiven ausgehend, aber im Ergebnis ähnlich wie er, dachte anfangs auch A. v. Harnack[4].

Im Gegensatz zu diesen Gelehrten stimmten H. Delbrück und D. Schäfer insoweit miteinander überein, als sie den Schwerpunkt des deutschen Kriegszielprogrammes nach Osteuropa legen wollten und sich immer stärker gegen Rußland als den deutschen Hauptgegner festlegten[5].

Hinter dieser gemeinsamen Ausgangsposition verbargen sich indessen tiefe Gegensätze, wie ihre ersten vertraulichen Stellungsnahmen zeigen. *H. Delbrück* hatte schon im August 1914 den Plan für ein unabhängiges Nationalpolen entworfen[6], das die russisch beherrschten Gebiete dieses Landes umfassen und als Bollwerk gegen das Zarenreich dienen sollte. Natürlich wäre damit der polnische Staat in Abhängigkeit von der deutschen Außenpolitik geraten — eine Abhängigkeit, die im wesentlichen wirtschaftlich fundiert gewesen wäre: entweder durch eine Zollunion mit dem Reich oder als Folge einer staatsrechtlichen Verbindung mit der Donau-Monarchie. Delbrück gab anfangs der Zollunion mit Deutschland den Vorzug und spielte auch mit dem Gedanken einer Erneuerung der polnisch-sächsischen Personal-Union[7], wandte sich später aber immer stärker der sog. austro-polnischen Lösung zu, wenn er auch nach nachträglichem Eingeständnis eine gewisse Unsicherheit nie überwand[8].

Die Garantie dafür, daß diese so oder so mit dem Zweibund verknüpfte polnische „Konföderation" nicht doch zum Propagator einer gegen Preußen gerichteten Irredenta-Politik wurde, sah Delbrück nicht in erster Linie in der ständigen Anwesenheit einer deutschen Besatzung, sondern originellerweise (von der wirtschaftlichen Abhängigkeit einmal abgesehen) in dem Charakter der neuen polnischen Verfassung. Diese sollte ähnlich wie die deutsche ein Gleichgewicht zwischen gemäßigt-konservativen und radikal-nationalistischen Strömungen herstellen und damit eine Barriere gegen das Überhandnehmen des Radikalismus errichten. Eine solche konstitutionelle Monarchie nach deutschem Muster hätte auch an die Tradition der polnischen Verfassung von 1791 anknüpfen können. Ein Polen mit einer neu erweckten parlamentarischen Tradition wäre dann der lebendige Beweis für die Ernsthaftigkeit der deutschen Befreiungsmission geworden.

Deutschland mußte also die polnische Sache zu seiner eigenen machen, wenn nötig in erneutem Konflikt mit Rußland. Wenn es auf Annexionen auf Kosten des neuen Polen verzichtete und wenn sich zudem die polnischen Expansionswünsche mehr in östliche Richtung lenken ließen, dann erschien eine deutsch-polnische Versöhnung schließlich nicht mehr unmöglich[9].

Eine solche Verständigung setzte voraus, daß die deutsche Seite alle Hoffnungen auf eine Stärkung des deutschen Elementes im neuen Polen aufgab. Delbrück ist deshalb allen Germanisierungs- und Ausräumungsplänen der Alldeutschen von vornherein privat und öffentlich entgegengetreten. Die neue deutsche Polenpolitik sei nur durchführbar, so erklärte er öffentlich, wenn Deutschland mit den aus der Vorkriegszeit bekannten Praktiken des „Hakatismus" gegenüber den Polen bräche[10]. Als eine „geniale politische Tat" begrüßte er deshalb die Proklamierung eines unabhängigen Polen, wie sie die Reichsleitung Anfang November 1916 vornahm[11].

Germanisierung des Ostens oder nicht — dies war der Punkt, an dem Delbrück sich zunächst und am augenfälligsten von *Dietrich Schäfer* unterschied; denn dieser konnte an eine echte Loyalität der preußischen Polen gegenüber dem Reich nicht glauben, geschweige denn an die Möglichkeit, die polnische Nationalidee gegen Rußland einzuspannen. Wie kaum ein anderer Gelehrter das polnische Problem immer wieder in vertraulichen Denkschriften und Aufsätzen durchleuchtend, erwartete er vielmehr nach dem Kriege eine Versöhnung zwischen Polen und *Russen* auf der Grundlage einer gegen Deutschland gerichteten Politik[12].

Um sich gegen eine solche Entwicklung zu wappnen, mußte Deutschland seine Ostgrenze vorschieben — Warschau mußte Preußen militärisch decken, das eigentliche Rußland alles Gebiet westlich des Dnjepr abtreten. Der südliche Teil Kongreßpolens sollte dann der Habsburger Monarchie zufallen — eine erneute Teilung Polens also, wobei auf die Wünsche der Polen in keiner Weise Rücksicht genommen werden sollte und natürlich auch alle großpolnischen Aspirationen nicht unterstützt werden durften. Nach Möglichkeit sollte Polen vielmehr jede direkte Verbindung mit dem Zarenreich verlieren und von einem Kranz neu zu bildender Kleinstaaten (z. B. einer Ukraine) umgeben werden. 1917 faßte Schäfer sogar die Abtretung Galiziens an das Reich ins Auge.

Nur in dem Maße, wie die annektierten Polen auf die Erfüllung großpolnischer Träume — zumal in westlicher Richtung — ausdrücklich verzichteten, durfte ihnen die deutsche Politik — gewissermaßen als Belohnung — eine langsam zu erweiternde Autonomie zubilligen[13]. Ähnlich wie in den baltischen Provinzen sollte die oberste Regierungsgewalt in den Händen eines deutschen Statthalters liegen, der dem Kaiser und dem Bundesrat verantwortlich sein sollte. Ihm zur Seite würden stehen: berufene, keineswegs etwa gewählte Vertreter der Landesbewohner, denen beratende, nicht etwa beschließende Funktionen zukommen sollten[14].

Anders als ihre Landsleute in den deutschen Ostprovinzen sollten die neu ans Reich fallenden Polen auch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, sondern mit Hilfe eines Sonderstatus von jedem Einfluß auf die Reichspolitik ausgeschlossen werden.

Ein solches dem Reich angegliedertes Teilpolen gewährleistete allein die Verwirklichung eines Planes, der Schäfers ganze Kriegszielkonzeption wie ein Leitmotiv durchzieht, die Erneuerung des deutschen Zuges nach Osten:

> „Was ... noch im 14. Jahrhundert geschah und weiterhin nie völlig unterbrochen wurde, ließe sich wiederholen ... Die Lande, die das alte Königreich Polen bildeten, bieten noch reichlich Raum für neue Siedler, die heute wie in früheren Zeiten sich Heimstätten schaffen könnten, ohne vorhandene Rechte zu beeinträchtigen ...[15]"

Der wiederaufgenommenen Kolonisationsarbeit in Polen und (wie noch zu zeigen) in den Ostseeprovinzen war die Funktion zugedacht, die vor dem Kriege die überseeische Kolonialpolitik erfüllt hatte. Sie sollte das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land durch Verstärkung der bäuerlichen Bevölkerung wiederherstellen und das Reich dem Ziel einer wirtschaftlichen Autarkie näherbringen. D. Schäfer knüpfte mit diesen Vorstellungen, wie er ausdrücklich erklärte, vorbehaltlos an die Politik des Ostmarkenvereins an[16] und wurde gerade dadurch zum Opponenten H. Delbrücks. Der Strom der deutschen Siedler könne aber um so breiter fließen, je radikaler die Kolonisationsgebiete von ihren einstigen russischen Herrn „ausgeräumt" würden — wenn nötig, könne hier die deutsche Regierung auch nachhelfen:

> „Wenn die russische Regierung ... Millionen ihrer Untertanen gewaltsam an andere Wohnsitze versetzt, dann müssen alle Skrupel aufhören, die sonst die Herzen deutscher Männer gegen das ‚Ausräumen' eroberten Landes beklemmen. Rußland mag aus den Gebieten, die ihm abgenommen werden müssen, hinausnehmen, was wir nicht brauchen können, mag Platz frei machen für deutsche Siedler ...[17]"

Das war der spezifisch alldeutsche Expropriationsgedanke, den Schäfer anfangs sich geweigert hatte zu unterstützen[18]. Die offizielle deutsche Polenpolitik, die mit ihrer Unterstützung der nationalpolnischen Bestrebungen und schließlich mit der Proklamation eines polnischen Königreiches die Verwirklichung solcher Ideen natürlich ausschloß, stieß deshalb bei Schäfer als nicht wiedergutzumachender Fehler auf schärfste Kritik[19]. Er war sich in diesem einen Punkte einig mit O. Hoetzsch, der vor allem fatale Konsequenzen der nationalen Befreiungsformel für die Doppelmonarchie voraussah. Andererseits war Hoetzsch den Siedlungswünschen auf Kosten der Polen (außerhalb des zur Annexion vorgesehenen Grenzstreifens) entgegengetreten, und er und Schäfer fanden erst 1918 wieder eine gemeinsame Plattform in dem Verlangen nach einer glatten Annexion Kongreßpolens[20].

Innerhalb der drei Pole: status quo, Befreiung oder Annexion bewegte sich nun auch die Diskussion innerhalb der *Professorenschaft im ganzen*[21]. Schäfers Anschauungen kehrten zunächst in der alldeutschen (Seeberg-) Eingabe wieder[22] und wurden dann vor allem von G. v. Below, O. v. Gierke und E. Brandenburg weitergeführt. Noch entschiedener als Schäfer selbst opponierten alle diese drei Gelehrten gegen jeden Versuch, der Lösung der polnischen Frage die Idee der nationalen Selbstbestimmung zugrundezulegen[23]. Sie waren sich vielmehr einig in der Überzeugung, daß lediglich die deutschen Machtinteressen in diesen Gebieten geltend gemacht werden dürften. Im einzelnen bekräftigte v. Below genau wie Schäfer seine Sympathie für das Vorgehen des Ostmarkenvereins[24]; v. Gierke forderte außerdem verfassungsrechtliche Garantien im neuen Polen für „die freie Entfaltung" des „nationalen Sonderlebens" der deutschen Minderheit[25]; E. Brandenburg endlich wies zwar Umsiedlungsgedanken größeren Stils von sich und war auch ein Gegner der Abtretung eines Grenzstreifens von

Kongreßpolen an das Reich, wollte aber die Duldung der selbständigen Entfaltung der polnischen Kultur in dem neuen Schutzstaat von der loyalen Anerkennung des deutschen Protektorats durch die Polen abhängig machen, während er die Deutschen als die gegebene Herrenschicht rechtlich besonders geschützt sehen wollte[26]. Noch eindeutiger als bei Schäfer wurde in diesen Schriften eine volle Einverleibung Russisch-Polens (bzw. von Teilen dieses Gebietes) abgelehnt. Was man wünschte, war vielmehr ein Protektoratsverhältnis mit ausgedehnten militärischen und wirtschaftlichen Sonderrechten des Reiches (einschließlich dem der diplomatischen Vertretung nach außen) — auch dies ein typisches Kennzeichen der alldeutschen Annexions-Konzeption, die unter allen Umständen verhindern wollte, daß sich die Zahl der nicht-deutschen Abgeordneten im Reichstag erhöhte[27].

Übereinstimmungen mit diesen Polenplänen finden sich nun auch bei Max Sering, dem Berliner Volkswirt, der als Regierungsexperte in Ostfragen eine gewisse Prominenz und auch einigen Einfluß gewann[28]. Trotz solchen Gemeinsamkeiten muß man ihn zu den liberalen Interpreten der deutschen Kriegspolitik rechnen, obwohl er es abgelehnt hatte, die Denkschrift der Gemäßigten (Wolff-Delbrück) zu unterschreiben[29], und obwohl er sich nur unter starken Vorbehalten zu einem grundsätzlichen „Ja" zu der Politik einer Verselbständigung Polens durchzuringen vermochte: Nicht nur, daß für ihn — anders als für Delbrück — die austro-polnische Lösung indiskutabel blieb und er möglichst enge militärische und wirtschaftliche Bindungen zwischen dem Reich und Kongreß-Polen hergestellt sehen wollte, er wollte auch auf die Abtretung eines Grenzstreifens zugunsten Deutschlands nicht verzichten, und Siedlungsgedanken klangen bei ihm insofern an, als er immerhin auf eine freiwillige Abwanderung von Polen aus den preußischen Ostprovinzen in ihr neues Vaterland im Interesse einer „möglichst sauberen Trennung der nationalen Wohngebiete" hoffte[30]. Aber mindestens seinem Selbstverständnis nach war er ein Gegner der Praktiken des Ostmarkenvereins und ein Fürsprecher eines, soweit möglich, unabhängigen „starken Polens", das seine zukünftige Macht aus der Annexion und Besiedelung der weißrussischen Grenzgebiete westlich von Minsk abzuleiten hätte — eine Art Ostverschiebung Polens also, die gleichzeitig wie er A. Weber, G. Schmoller, der Slawist A. Brückner und — nach einigem Zögern — auch Delbrück anstrebten[31]. Delbrück lehnte darüber hinaus anfangs (wie übrigens auch Max Weber) die Stipulierung deutscher Festungsrechte in Polen in einem zukünftigen Frieden nicht ab[32], und F. Meinecke, ein weiterer „Naumannianer", ging im Jahre 1915 sogar noch über das von Sering Gewünschte hinaus, wenn er sich vorübergehend der Idee einer — offenbar nicht nur freiwilligen — Umsiedlung näherte[33]. Alle diese Gelehrten — und mit ihnen z. B. auch G. Schmoller, F. v. Liszt, U. v. Wilamowitz, R. Eucken, H. Oncken und die Balten J. Haller und Th. Schiemann — stellten sich jedoch hinter die Polenproklamation vom November 1916 und gerieten somit in scharfen Widerspruch zu der Schäferschen Annexionsforderung[34].

Aber war dieser Widerspruch nicht nur nach außen hin so entschieden, und

handelte es sich in Wirklichkeit nicht nur um einen Schein-Gegensatz zwischen Anhängern und Gegner der Polenproklamation? Waren nicht alle Professoren „Annexionisten", da zwischen ihren Programmen so mannigfache Übereinstimmungen im Faktischen festzustellen sind?

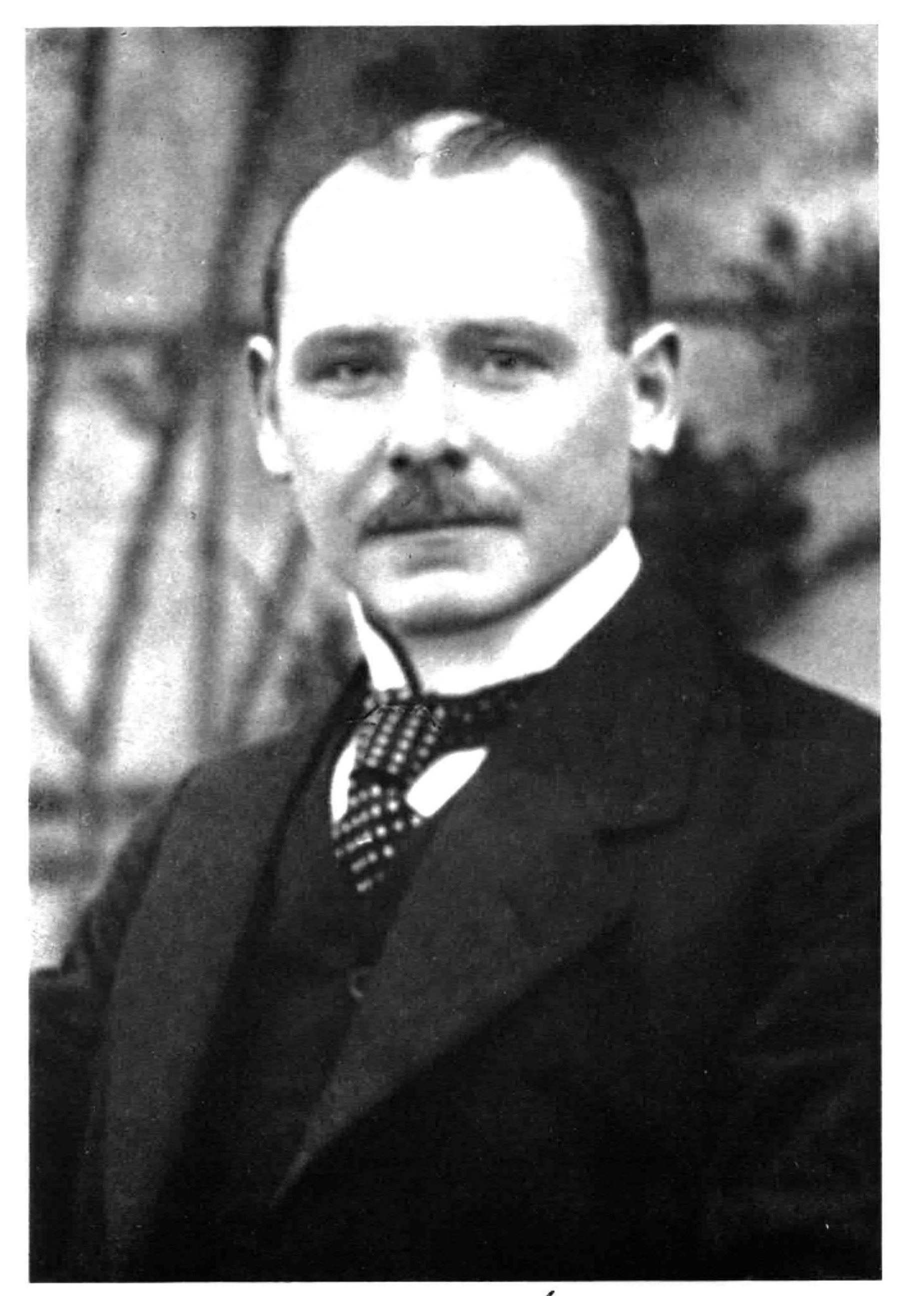
Dem ist entgegenzuhalten, daß M. Weber und H. Delbrück in ihrer Opposition gegen alldeutsche Siedlungspläne auf polnischem Boden und gegen alle Germanisierungsversuche bereits eine scharfe und unübersehbare Trennungslinie zwischen sich und den Anhängern Schäfers gezogen hatten, die dann z. B. auch F. Meinecke seit 1916 anerkannt hat[35]. Außerdem gaben beide — Delbrück und Weber — 1917 den Gedanken an besondere Festungsrechte für Deutschland in Polen auf und erklärten sich mit dem Plan einer neutralisierten Zwischenzone — einer Vorform des späteren „cordon sanitaire" — zufrieden[36].

Zu dem eigentlichen Kern des Gegensatzes, der die Gesinnungsgenossen Delbrücks von denen Schäfers in der Polenfrage schied, dringt man aber erst vor, wenn man mehr als den Buchstaben der verschiedenen Polenprogramme deren *Geist* sich vor Augen führt: Delbrück und seine Freunde — auch Sering — wollten sich endgültig von der Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen trennen, die von der nationalistischen Germanisierungspolitik des Ostmarkenvereins gekennzeichnet gewesen war. Sie suchten eine ehrliche Verständigung mit dem neuen Polen, dem potentiellen Verbündeten gegen Rußland. Sie wollten Ernst machen mit dem Recht auf nationale Unabhängigkeit, auch und gerade in Osteuropa. Um Max Weber sprechen zu lassen:

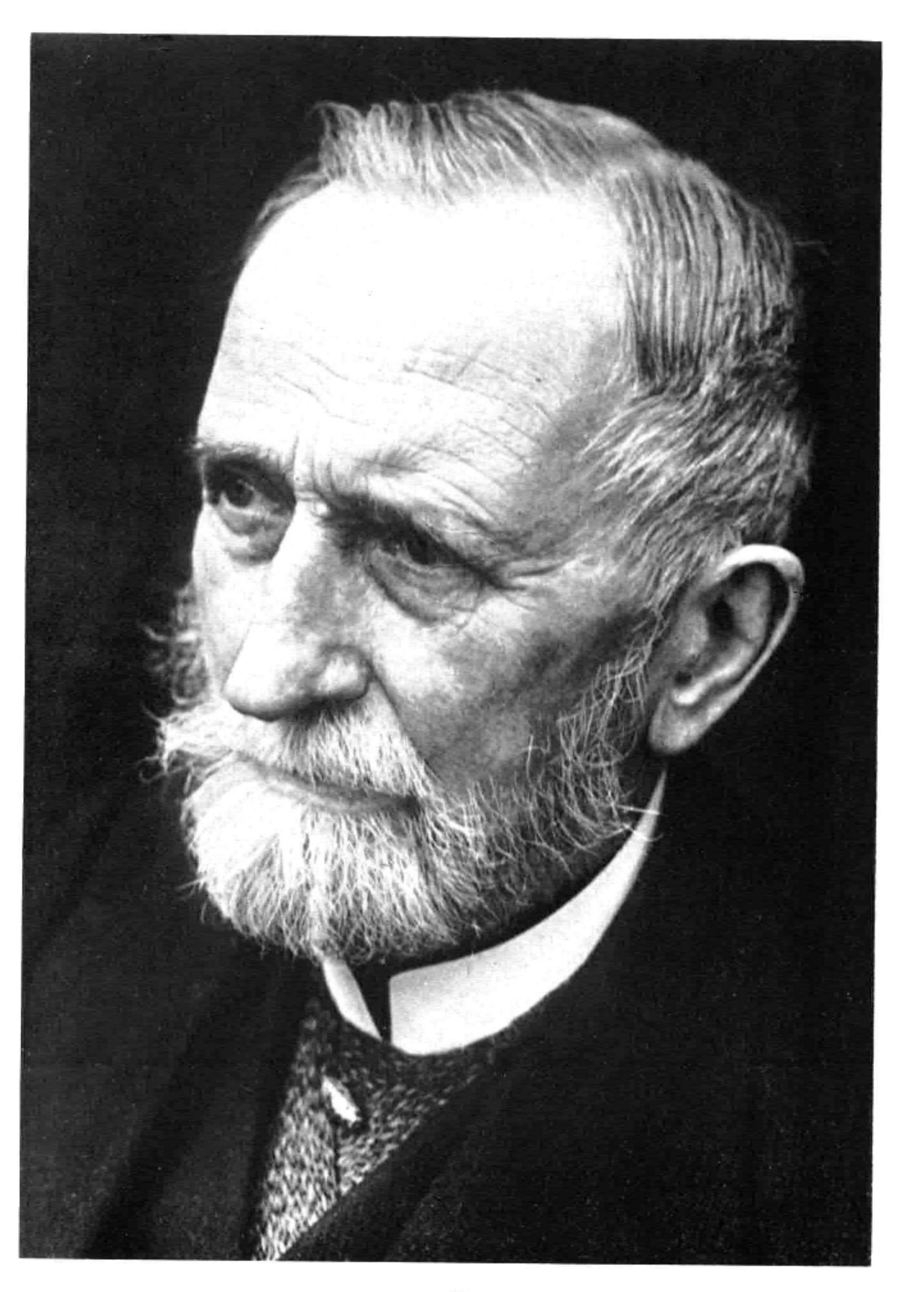
> „Unsere Gegner . . . können gar nicht daran denken, ihrerseits mit dem Nationalitätenprinzip Ernst zu machen. Das französische ebenso wie das russische und englische Weltreich wären ja damit von vornherein gerichtet. Wir dagegen *müssen* [Hervorhebung Webers] damit Ernst machen im eigenen Interesse."

Deutschland müsse „westslawische Politik" betreiben[37]. Es hatte, wie auch Delbrück durchschaute, gerade im Osten die Chance, sein Sicherheitsbedürfnis mit seiner Befreiungsmission in Übereinstimmung zu bringen und damit auch der Entente-Propaganda bei den Neutralen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Daß Delbrück das Übergreifen eines derart mit neuer Energie erfüllten polnischen Nationalgefühls auf die preußischen Polen indirekt mit verfassungsrechtlichen Kautelen zu verhindern hoffte, wurde bereits gezeigt. Dieser Optimismus war eher die Ausnahme, und z. B. G. Schmoller forderte skeptischer und weniger rücksichtsvoll von den preußischen Polen das Opfer, ihr politisches Streben darauf zu beschränken, nur als „Privatleute Polen zu sein"[38].

Zu einem solchen Opfer — das war nun der Haupteinwand der alldeutsch beeinflußten Professoren und der wenigen Verteidiger des status quo im Osten (Hoetzsch) gegen die Polenfreunde unter ihren Kollegen — würden sich die Polen nie bereitfinden. Vielmehr würde die Verwirklichung des Nationalitätenprinzips östlich der Weichsel der deutschen Politik nur Schwierigkeiten einbrin-



Otto Hoetzsch (1912)
(Privatbesitz v. Dr. Hans v. Heppe, Hamburg)



Hans Delbrück (nach 1918)
(Privatbesitz v. Helene Hobe, Berlin)

gen[39]. Grundsätzlich erschien dieses Prinzip als „utopische Narrheit" (v. Below), zumal es dem deutschen Machtbedürfnis zuwiderlief. O. v. Gierke erklärte:

> „Es liegt im Wesen der Dinge, daß Eroberung das Recht verleiht, über den Fortbestand der in Besitz genommenen Staatsgebilde zu bestimmen und ... ihnen die Bedingungen ihres künftigen Daseins vorzuschreiben. Und das geschieht von Rechts wegen. Hierin liegt der Sinn der alten Vorstellung, daß der Krieg die Berufung auf ein Gottesurteil ist ... Hat man jemals erlebt, daß ein siegreicher Eroberer vor einem ablehnenden Plebiszit zurückgewichen ist? Man hat es nicht ... und wird es auch künftig nicht erleben ...[40]"

Eine Welt trennte diesen Ausspruch von den Vorstellungen H. Delbrücks und seiner Gesinnungsgenossen, die doch immerhin den Versuch machten, das, was man zu Kriegsbeginn als deutsche Mission verkündet hatte, mit ihren konkreten Kriegszielen in Einklang zu bringen. Bei D. Schäfer und seinem Anhang standen ideelles Kriegsziel — das auch sie nicht verneinten! — und Machtideologie beziehungslos nebeneinander[41].

II.

Ähnlich wie in der Polenfrage gruppierte sich die deutsche Professorenschaft in ihrer Stellungnahme zum Schicksal der *russischen Ostseeprovinzen*, nur daß hier nicht wie für Polen Gesichtspunkte der Kriegspsychologie und der Friedensplanung das bewegende Moment bildeten, sondern die Wünsche einer fest umrissenen Interessengruppe — der Baltendeutschen, die, wie wir sahen, auch an den Universitäten einige Vertreter besaßen und angesichts der allgemeinen Ignoranz in osteuropäischen Fragen (auch bei den „Gebildeten"!) über erheblichen Einfluß verfügten[42]. Das hatte zur Folge, daß — anders als bei Polen, über dessen Zukunft lange Zeit Unsicherheit herrschte — das gleich nach Kriegsausbruch von baltischen Gelehrten geäußerte Verlangen nach einer Vereinigung der Ostseeprovinzen mit dem Reich sofort einen festen Orientierungspunkt für die weitere Diskussion abgab. Die Avantgarde bestand aus dem „Baltischen Vertrauensrat", dem als Wissenschaftler R. Seeberg, Th. Schiemann und J. Haller angehörten und der schon Anfang 1915 mit Denkschriften hervortrat, welche die Fortführung des deutschen Kolonisationswerkes — Ansiedlung, Germanisierung — in diesen, wie er behauptete, im Kern deutschen Gebieten forderte[43]. Nach und nach konnten für die Eingliederung baltischer Gebiete — auf jeden Fall Kurlands! — die Mehrzahl der deutschen Hochschullehrer gewonnen werden. Das bewies der Erfolg einer im November 1915 von J. Haller verfaßten, im März 1917 zusammen mit 20 000 Unterschriften von Meinecke und Schiffer dem Kanzler übergebenen Denkschrift, in der „reichsdeutsche" Notabeln sich die Sache der Balten zu eigen machten und wie diese die „Wiedervereinigung" aller baltischen Provinzen mit dem Reich verlangten[44] — ein Wunsch, den die mehrfach nachweisbare Furcht vor einem Sich-Festsetzen der Engländer in diesem Raum nach der russischen Märzrevolution noch lebhafter werden ließ (Schie-

mann)[45]. Selbst O. Hoetzsch, der zäheste Opponent gegen alle weitgreifenden deutschen Friedenswünsche im Osten, zog 1917 den Gedanken einer deutschen Besiedlung des Grenzstreifens an der deutschen Ostgrenze, dessen Abtretung er wünschte, in Erwägung[46]. H. Delbrück — auch das wurde bereits dargelegt — ließ sich bei seinem Versuch einer Konzentration der deutschen Kriegspolitik auf östliche Ziele zur Unterstützung baltischer Wünsche bestimmen[47], und 1916 befürwortete auch er die Ansiedlung der vertriebenen Deutsch-Russen in Kurland[48]. Selbst Max Weber, vielleicht der konsequenteste Gegner aller Ansiedlungs- und erst recht aller Germanisierungsideen, sah immerhin die Möglichkeit, die litauischen und lettischen Gebiete des Baltikums als Schutzstaaten dem deutschen Machtbereich anzuschließen[49]. Dennoch gab es auch hier deutliche Unterscheidungsmerkmale zwischen den „Gemäßigten" und ihren alldeutsch-baltischen Gegnern. Schon in der Bemessung des Umfanges der von Deutschland zu behaltenden Gebiete zeigten sich Gelehrte wie M. Weber, F. Meinecke und — als wichtige Ausnahme in dieser Gruppe — der im Baltikum geborene A. v. Harnack zurückhaltender als z. B. R. Seeberg und D. Schäfer, die beide schon 1915 die Annexion des gesamten Baltikums bis zur Newa für notwendig hielten[50], während die meisten Gemäßigten mit Delbrück in der zweiten Kriegshälfte bereit waren, sich auch mit der Schaffung einer neutralisierten Pufferzone auf dem Gebiet der ehemaligen baltischen Provinzen zufriedenzugeben[51].

Nicht anders als in der Polenfrage trennten sich die Wege der Anhänger Delbrücks von denen der alldeutsch beeinflußten Professoren am Problem der Eindeutschung. Sie hatte zahlreiche Anhänger unter den Balten — vor allem in Th. Schiemann[52], daneben aber auch bei reichsdeutschen Professoren wie D. Schäfer, G. v. Below und E. Brandenburg[53]. Es blieb in diesem Kreis nur strittig, ob die germanisierten baltischen Länder voll in den Reichsverband inkorporiert werden sollten (was Th. Schiemann verlangte[54]) oder ob das alldeutsche Prinzip der Nicht-Gleichstellung annektierter Bevölkerungen auch auf Kosten der Baltendeutschen und natürlich erst recht gegenüber den Autochthonen aufrecht erhalten werden sollte. Dies war die Ansicht D. Schäfers, der sich hierin auf die erste Denkschrift des baltischen Vertrauensrates berufen konnte[55]. Trotz diesen Differenzen war man sich im Lager der radikalen Annexionisten darüber einig, daß tonangebend in den ehemalig russischen Ostseeprovinzen die deutsche Minderheit und die deutsche Kultur werden sollten, und es war in diesem Sinne nur folgerichtig, wenn Schiemann tatkräftig die Germanisierung der Universität Dorpat betrieb[56].

Hier setzte nun wieder mit ganz ähnlichen Argumenten wie in der Polenfrage die Kritik H. Delbrücks an, der sich M. Weber, A. v. Harnack, H. Herkner und (erst 1918) auch F. Meinecke anschlossen, die mit Delbrück jede „balto-zentrische" Politik scharf verurteilten[57]. Sie waren sich zwar einig über den Grundsatz, daß die deutsche Minderheit im Baltikum geschützt werden müsse; doch durfte dies eben nicht der einzige Gesichtspunkt sein, der die deutsche Politik bestimmte[58]. Wie in Polen, so auch in den baltischen Provinzen galt es, die Stel-

lung Deutschlands als einer Befreiungs- und einer nicht nur im eigenen Interesse handelnden Schutzmacht glaubwürdig zu machen. Delbrück hat diesen in seinen Schriften immer wiederkehrenden Gedanken besonders eindrücklich in einem an einen befreundeten Militär gerichteten Brief geltend gemacht:

> „Seit 25 Jahren habe ich dem deutschen Volke gepredigt, daß seine Nationalitätenpolitik falsch [sei], daß man nicht bei uns die Dänen und Polen unterdrücken dürfe, sondern daß es gerade die Aufgabe Deutschlands sei, als Vorkämpfer [Lesart nicht ganz sicher] und Schützer der kleinen Nationalitäten zu gelten. Wie anders stünden wir heute bei den Neutralen da ... Aber dieselben Leute, die den Krieg mit Rußland vorausgesehen haben wollen, predigen doch gleichzeitig die Todfeindschaft gegen die Polen. Die Zeit wird kommen, wo überall [für] diese Irrtümer wird Rechenschaft abgelegt werden müssen ...[59]"

Als mit der Märzrevolution von 1917 die russische Gefahr endgültig gebannt schien und Hoffnungen auf Verständigung mit dem Gegner im Osten aufkamen, ging Delbrück in seinem Bestreben, die ideelle Glaubwürdigkeit der deutschen Politik zu wahren, so weit, sich — wenn unvermeidbar — für einen Verzicht auf die Angliederung Kurlands und auf die Loslösung Polens von Rußland auszusprechen. Aus demselben Motiv heraus rang er sich einige Monate später zur Zeit der Brester Friedensverhandlungen zu einer prinzipiellen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch, wie es von den Bolschewiki proklamiert worden war. Bei aller Skepsis im Hinblick auf die praktische Anwendbarkeit dieser Formel hielt er es doch für besser, wenn die deutsche Politik das Risiko einging, daß Volksabstimmungen in den Ostseeprovinzen zuungunsten der Mittelmächte ausfielen, ehe sie zuließ, in den Ruf einer gewalttätigen Beugung dieses Rechts zu gelangen[60].

Delbrück stand damit in dieser Frage weiter „links" als die Brüder Weber. Max Weber verlor bei aller Sympathie für die Rechte der osteuropäischen Nationalitäten und trotz seinem Wunsch, den Vertretungen der befreiten Völkerschaften eine breitere Grundlage zu geben, zugunsten der plebiszitären Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in keiner seiner Kriegsschriften ein Wort. Im Gegenteil! Den Gedanken einer Volksabstimmung in den Reichslanden hatte er schon 1915 als „Kitsch" verworfen. Im Osten bevorzugte er dementsprechend einen vorwiegend „von oben" geregelten Frieden. Wie er bejahte sein Bruder Alfred in einem im Oktober 1917 gehaltenen Vortrag (der einige Beachtung fand) im Prinzip das Selbstbestimmungsrecht durchaus. Er warnte aber vor dessen mechanischer Anwendung unter Mißachtung wirtschaftlicher, historischer und machtpolitischer Gegebenheiten. In der Entwicklung eines auf die Praxis bezogenen „Selbstentfaltungsrechtes" sah er geradezu einen originellen Beitrag Deutschlands zur Ideenbildung im Weltkrieg[61].

III.

Offenbaren sich die Gegensätze zwischen „Naumannianern" und „Imperialisten" in den *östlichen* Kriegszielfragen auf den ersten Blick nicht so deutlich,

und wurden sie erst mit der Polenproklamation wirklich virulent, so waren die Alternativen für die *west*europäischen Annexionsprobleme sehr viel früher und klarer entwickelt worden. Dies galt besonders für die Zukunft *Belgiens* und war nicht zuletzt das Verdienst von Hans Delbrück. Anders als in der Polenfrage, die gleichzeitig von den Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen zur Diskussion gestellt worden war, ging die Initiative für die Erörterung der westlichen Annexionsziele eindeutig von alldeutsch-industriellen Interessenten aus. Stammte doch eine der frühesten Stellungnahmen aus den Reihen der Professoren von H. Schumacher, der, wie wir sahen, in engem Einvernehmen mit führenden Industriellen handelte. Diese schon kurz nach Kriegsausbruch verfaßte vertrauliche Denkschrift verwandelte Belgien in ein Experimentierfeld für spezifisch alldeutsche politische Methoden: Unter Verzicht auf Antwerpen und Lüttich in einen flämischen und einen wallonischen Teil aufgegliedert, sollte Belgien als „self governing colony" bei Verlust seiner Dynastie dem Reich für immer angeschlossen werden, ohne damit jedoch zu einem integrierenden Bestandteil Deutschlands zu werden; dagegen sprachen neben politischen auch wirtschaftliche Gründe. Es empfahl sich mehr ein straffes Militärregiment auf der Grundlage des Ausnahmezustandes und die Einführung von Zwischenzöllen zum Schutz gegen die billige belgische Konkurrenz. In der Verwaltung des Landes sollte deutlich zwischen Wallonen und Flamen unterschieden werden: Diesen sollten Zug um Zug mit ihrer fortschreitenden Re-Germanisierung (hier nicht unbedingt gleich Eindeutschung!) umfassendere Selbstverwaltungsbefugnisse zugesprochen werden, währed die Wallonen nach den Maximen reiner Machtpolitik zu behandeln waren. Frankophile sollten nach Möglichkeit zur Auswanderung veranlaßt werden, und dann gab es das (gegebenenfalls auch gegen die Flamen anzuwendende) Mittel der Enteignung, um jeden Widerstand gegen die deutsche Oberherrschaft zu brechen. Damit war Wallonien geöffnet „für die kolonisierende und nationalisierende Tätigkeit" ..., „die unsere Großindustrie ausüben kann und in Lothringen, auch sogar Luxemburg, so erfolgreich ausgeübt hat ...[62]"

Das Gros der deutschen Professorenschaft bedurfte einiger gedanklicher Umwege, um schließlich zu einer ähnlichen — im Detail zwar abgemilderten, im Prinzip aber gleichartigen — Einstellung zu gelangen, wie sie sich in der Seebergeingabe und in der annexionistischen Belgienliteratur widerspiegelt.

Ansatzpunkt für das Verlangen nach Angliederung, so sahen wir, war die offiziell bestärkte Vorstellung von der Unwahrhaftigkeit der belgischen Neutralität, die auch von Liberalen wie W. Goetz und V. Valentin geteilt wurde[63]. Historiker wie K. Hampe, A. Schulte und F. Rachfahl betrachteten es als ihre Aufgabe, dieses Verdikt geschichtlich zu untermauern[64]. Das Ergebnis dieser Untersuchungen war, daß Belgien im Grunde schon bald nach 1871 (durch einseitige Verstärkung seiner Grenzbefestigungen gegen Deutschland), auf jeden Fall aber mit der Erwerbung der Kongokolonie, die es von England abhängig machte, mit dem Geiste seiner Neutralität gebrochen hatte[65]. Die anglo-belgischen Mili-

tärabsprachen von 1907 besiegelten die „Auslieferung" des Königreichs an die Entente[66]. Deutschland mußte sich jetzt gegen diese „Domäne englischen Einflusses" (Hintze[67]) ebenso zu sichern trachten wie gegen die Ententemächte; denn wenn Belgien schon vor dem Kriege seine Neutralität nicht eingehalten hatte, so war dies nachher — nach all der Bitterkeit, die der Krieg hinterlassen würde — erst recht nicht zu erwarten[68]. Wollte man die Verwandlung Belgiens in ein Bollwerk der Entente verhindern, so mußte man es zu einem deutschen Schutzgebiet machen[69]. Belgien war aber darüber hinaus — das betonten Annexionisten wie D. Schäfer, H. Schumacher, E. Meyer und nicht zuletzt O. Hoetzsch, dieser anders als im Osten von Anfang an Fürsprecher für deutsche Grenzerweiterungen im Westen, immer wieder — der Schlüssel für die zukünftige deutsche Weltmachtstellung[70]. Nur wenn Deutschland nach einem oft zitierten Ausspruch Napoleons mit dem Besitz der flandrischen Küste England „die Pistole auf die Brust setzte", konnte es die Freiheit der Meere und weltpolitische Gleichberechtigung erringen[71]. Damit war Belgien wichtiger als jeder überseeische Besitz geworden und durfte deshalb auch nicht gegen koloniale Konzessionen preisgegeben werden (D. Schäfer[72]). Der Umschlag von maritimem zu kontinentalem Imperialismus wurde in diesem Verlangen besonders deutlich.

Wie ließen sich diese Gedanken indessen mit der ideellen Sendung Deutschlands vereinbaren? Erste unvorsichtige Äußerungen einiger Gelehrten (A. Lasson, H. Oncken und A. Schulte), die den Kleinstaaten überhaupt jede Souveränität absprachen, mochten den Anschein erwecken, daß man bei Belgien diesen Versuch gar nicht erst machte[73]. Doch enthielten die Auslassungen, die dem belgischen „Zwitter" nicht den Charakter einer echten Nation zubilligen wollten, bereits den Ansatzpunkt für die Verbindung von Annexionismus und Befreiungsideologie auch für dieses Land; bestand es doch zu mehr als 50% aus der „stammverwandten" flämischen Bevölkerung (worauf schon Schumacher hingewiesen hatte)! Der Glaube, daß sich der deutschen Politik hier die Gelegenheit böte, einer bisher unterdrückten Nationalität zu ihrem Recht zu verhelfen — also Deutschlands Machtansprüche mit seiner ideellen Mission in Einklang zu bringen —, reichte wieder über die radikaleren Annexionisten hinaus bis zu erklärten Gegnern einer Angliederung Belgiens (wie Delbrück und Max Weber) bzw. zu liberalen Verkündern deutscher Weltpolitik wie G. v. Schulze-Gaevernitz, der sich für die „Lebensfülle" und den „Gebärwillen" dieses Volkes von „Rubensschen Frauentypen" und „naturnahen" Bauern „hohen völkischen Wertes" begeisterte und deshalb, wie schon gezeigt, den Wünschen der Annexionisten auf halbem Wege entgegenkam[74]. Nur zwei noch nicht arrivierte Gelehrte — die Historiker G. Mayer und V. Valentin — wagten, dieser „Flamenromantik" entgegenzutreten (was den Karrieren beider nicht guttat, obwohl Valentin nicht einmal ein prinzipieller Angliederungsgegner gewesen ist)[75]. Weit mehr Gehör fand dagegen der Göttinger Jurist K. Beyerle mit seiner „Wehklage" über den „von welschen Ausbeutern zertretenen", in seiner „Sprache und Kultur" geschändeten „Stammesbruder", der um seine Zukunft kämpfte[76]. Mochten viele

Stimmen, z. B. v. Below selbst und der Münsterer Germanist Franz Jostes[77], vor einer Überschätzung der flämischen Sympathien für die deutsche Sache warnen, die Tatsache des Bestehens einer prodeutschen Bewegung (Jungflamen) genügte, um Deutschland zu ihrer Unterstützung gerade nach dem Frieden zu verpflichten.

> „Dieser Kampf der Flamen muß auch uns heilig und rein sein ... Uns bleibt das Bewußtsein, daß Deutschlands ungewollter [!] Einmarsch in Belgien den Anstoß bot für all das Große, was jetzt das kleine Flandern erlebt ...[78]",

schrieb der schon genannte K. Beyerle. Wenn er sich gleichzeitig für das „Selbständigkeits"-„Recht" der kleinen Nationen einsetzte, fand er Unterstützung gerade bei solchen Professoren, die von einer Anwendung dieses Rechtes im Osten nichts wissen wollten (z. B. v. D. Schäfer, G. v. Below, E. Brandenburg, H. Schumacher, O. Hoetzsch[79]), und dies, obwohl solch ein Recht, von Deutschland in Belgien angewandt, dort ebenso auflösend wirken mußte wie mutatis mutandis in Osteuropa. Mit dem Hinweis auf die Devise des „divide et impera" erreichten dieselben Professoren allerdings wieder den soliden Boden der Machtpolitik[80]. Somit zeigen die Argumente, die zugunsten einer Angliederung Belgiens ins Feld geführt wurden, eine eigenartige Mischung von quasi humanitären und gewaltpolitischen Elementen.

Dies galt nun auch für die Pläne für die konkrete Verwirklichung des Angliederungswunsches. G. v. Schulze-Gaevernitz bildete eine Ausnahme, wenn er sich für die schließlich gleichberechtigte Aufnahme Flanderns (mit Brüssel) in den Verband des Reiches verwandte[81]. Sonst faßten es der Bonner Jurist E.Zitelmann sowie gerade die radikalen Annexionisten als eine Verbeugung vor höheren Prinzipien auf, wenn sie eine direkte, volle und gleichberechtigte Einverleibung Belgiens und seiner Bewohner ablehnten[82]. Und doch ist gerade dieser Vorbehalt eine uns bereits vertraute alldeutsche Anschauung — F. Lezius' „sine suffragio"[83] —, d. h. der Wunsch, eine Zunahme heterogener Elemente im Reichstag als Folge von Annexionen zu vermeiden und damit auch dem Einwand der Annexionsgegner, die Alldeutschen wollten den nationalen Charakter des Reiches verwässern, zu begegnen. Ob man nun — wie meist — großen Wert auf die Unterscheidung zwischen „Einverleibung" (=Vollannexion) und „Angliederung" (= Protektorat) legte, oder ob man sie, wie G. v. Below es tat, beiseiteschob[84]: im Effekt liefen alle Pläne für einen Anschluß Belgiens an die deutsche Machtsphäre auf Schumachers Modell der „self-governing colony" hinaus[85]. Lehrte nicht die Geschichte, wie Hampe behauptete, daß die Bewohner Belgiens stets größeren Wert auf lokale Autonomie als auf nationale Souveränität gelegt hatten?[86] Der schon genannte Bonner Rechtslehrer E. Zitelmann unternahm es im Auftrag der OHL, die juristischen Folgerungen aus diesen historischen Prämissen zu ziehen. Seine Gedanken über die Zukunft Belgiens decken sich in der Sache mit den meisten übrigen Annexionsprojekten für Belgien, wurden indessen sehr viel detaillierter ausgeführt, so daß eine kurze gesonderte Würdigung geboten erscheint:

Wie Schumacher wollte Zitelmann Belgien definitiv in eine flämische und in eine wallonische Region aufteilen, die nur als Personalunion durch den Monarchen verbunden sein sollten[87]. Die deutsche Oberherrschaft sollte in die Selbstverwaltung nicht eingreifen, sondern nur in der diplomatischen Vertretung des Landes durch das Reich und durch die Besetzung mit deutschen Truppen zum Ausdruck kommen[88]. Wirtschaftlich war eine enge — aber auch wieder nicht zu enge! — Verknüpfung mit Deutschland vorgesehen, die Zwischenzölle nicht ausschloß[89]. Eine einseitige wirtschaftliche Begünstigung Belgiens sollte weiter verhindert werden durch die Einführung der in Deutschland üblichen Unternehmerbeiträge zu den Soziallasten und die Festlegung eines zweijährigen Arbeitsdienstes (als Ersatz für den — außer für die kgl. Ehrengarde! — ausfallenden Militärdienst)[90].

Kein Zweifel — alles in allem ein im Vergleich zu Schumachers ursprünglichen drakonischen Vorschlägen abgemildertes Programm! Das gilt auch für die meisten übrigen Angliederungsrezepte — mit den wenigen Ausnahmen C. Bornhaks und R. Festers, die weiterhin an radikalen Anschlußmaßnahmen festhielten[91]. Zitelmanns Vorschlag wirkte schon wegen seiner legitimistischen Bedenken — Schumacher war darüber hinweggegangen — in der Frage des Schicksals der Monarchie relativ gemäßigt[92]. Doch hatte auch Schumacher selbst im Laufe der Kriegsjahre seine Ziele erheblich zurückgesteckt und wollte sich schon 1916 mit einer de-facto-Teilung Belgiens zwischen Deutschland und Frankreich zufriedengeben[93].

Trotz alledem klingen die ursprünglich alldeutsch-industriellen Vorstellungen auch in diesen späteren Schriften an: Aus den von Schumacher befürworteten Enteignungen wurden bei Zitelmann Kriegsentschädigungen, und zwar ausdrücklich auch zu Lasten von Privatvermögen[94]. Schumacher (und mit ihm der Historiker A. Meister) blieb auch 1916 bei dem Wunsch, daß französische Kapitalbeteiligungen durch deutsche Investitionen ersetzt werden sollten[95]. Auch die Germanisierungshoffnungen waren noch nicht aufgegeben; sie traten besonders krass bei dem den Alldeutschen nahestehenden C. Bornhak hervor, der eine regelrechte Eindeutschung von Flamen und Wallonen beabsichtigte, während in den anderen Annexionsschriften Germanisierung im Sinne von „Re-Flämisierung" verstanden wurde[96]. J. Ziekursch baute darüber hinaus auf die Auswanderung vieler Wallonen aus dem angegliederten Belgien[97]. In diesen Schriften — natürlich auch bei D. Schäfer — ergab sich dann auf jeden Fall die Aussicht auf eine völlige Absorption Belgiens auf längere Sicht — womit der Unterschied zwischen Angliederung und Einverleibung zu einer Frage der Zeit wurde[98].

Die Initiative für die *Opposition* gegen westliche Annexionspläne, zumal sobald sie Belgien betrafen, ging, wie bereits dargelegt wurde[99], im Kreise der politischen Professoren von Hans Delbrück aus. Nicht daß dieser die allgemeinen Prämissen der Anhänger einer „Angliederung" Belgiens — die Überzeugung von der Unwahrhaftigkeit der belgischen Neutralität, die Hoffnungen auf eine Verstärkung des flämischen Elementes und die Zweifel an der Realität

eines belgischen Nationalstaates bzw. Nationalgefühls — von vornherein verworfen hätte[100]! Doch besaßen für ihn alle diese Fragen nur sekundäre Bedeutung im Vergleich zu den zwei fundamentalen Tatsachen, die ihn in seiner Haltung zur Belgienfrage bestimmten: einmal die geschichtlich vorgegebene Position Belgiens als des Angelpunktes im europäischen Gleichgewicht, die die deutsche Politik vor die Entscheidung stellte, ob sie in „napoleonische" Bahnen einschwenken wollte oder nicht, und zum andern die Gefahr, die gerade dem „Naumannianer" Delbrück so lebhaft vor Augen stand: daß die Erfüllung der alldeutsch-industriellen Eroberungs- und Enteignungswünsche zum Zerbrechen der Heimatfront führen würde[101].

Deshalb ist Delbrück in der ersten Kriegszeit nur bereit gewesen, allenfalls eine Entmilitarisierung und Entfestigung Belgiens in Erwägung zu ziehen[102], und die gegen Seebergs Aktion gerichtete Eingabe seiner Anhänger vom Juli 1915 ist, wie M. Weber richtig erkannte, in ihrem Kern ein Protest gegen die Angliederung Belgiens gewesen[103]. Anfang 1917 entschied er sich auch gegen solche militärischen Garantien:

> „Ich habe gesagt, daß es einen Mittelweg zwischen Annexion und Freigabe Belgiens nicht gäbe, oder daß bisher niemand einen solchen zu zeichnen vermocht habe . . .[104]"

Zu diesem Zeitpunkt hatte er auch bereits längst die Hoffnung aufgegeben, Belgien könne bei Friedensverhandlungen als „Faustpfand" dienen und, nach außen hin zunächst nicht freigegeben, Konzessionen auf kolonialem Gebiet einbringen[105]. Stattdessen hatte er sich schon im November 1915 zu der Einsicht durchgerungen, daß die öffentliche Bekanntgabe der deutschen Bereitschaft zur Wiederherstellung Belgiens überhaupt erst die Tür für Friedensgespräche (ohne einen deutschen Totalsieg) öffnen könnte[106]. Wenige Wochen nach der Bekanntgabe der deutschen Friedensnote vom Dezember 1916 trat er mit diesem Gedanken auch an die Öffentlichkeit[107].

Er hat damit im ersten Kriegsjahr ziemlich allein gestanden. Am nächsten kamen ihm noch M. Weber und sein Schwager A. v. Harnack, die jedoch beide bestimmte militärische Sonderrechte für das Reich in Belgien vertraglich gesichert wissen wollten, ehe sie zu einer Wiederherstellung dieses Königreiches bereit waren[108].

Der Faustpfandgedanke hielt sich bei ihnen wie auch anderen Gelehrten, welche die Wolff-Delbrücksche Gegeneingabe unterzeichnet hatten (z. B. L. Brentano, W. Kahl und A. v. Harnack), gleichfalls länger als bei Delbrück[109]. H. Oncken und F. Meinecke, die grundsätzlich Delbrück politisch nahestanden, fanden zu diesem in der Belgienfrage überhaupt erst im Jahre 1916[110].

IV.

Sie waren damit zu einer Erkenntnis gelangt, die Delbrück schon zu Kriegsbeginn gewonnen hatte: daß an der belgischen Frage noch mehr als an den Gegensätzen über die Methoden der deutschen Ostpolitik sich die Wege zwischen

Anhängern und Gegnern der alldeutschen Kriegsziele definitiv trennen mußten, und wenn daran die gemeinschaftliche Phalanx der deutschen Professorenschaft, die Gemeinsamkeit ihrer Grundanschauungen über Sinn und Ziel des Weltkrieges zerbrechen würde[111]. Dieser Desintegrationsprozeß war schon mit der Ausarbeitung zwei getrennter Kriegszieleingaben offenkundig geworden. Aber es gab zu diesem Zeitpunkt — im Sommer 1915 — doch noch einige Gelehrte, die sich um Vermittlung bemühten. Bis zum Jahreswechsel hatten die meisten von ihnen sich veranlaßt gefühlt, „Farbe zu bekennen"[112]. Die Ursache für diesen Bruch innerhalb der politisch aktiven Schicht der deutschen Hochschullehrerschaft, so dürfen wir nach allem Gesagten feststellen, ist in erster Linie in der alldeutschen Agitation zu suchen, wenn man einmal von bereits vor dem Kriege bestehenden Spannungen absieht. Die Alldeutschen sind es gewesen, die in bewußter Taktik sich bemühten, die Intelligenzschicht in die Richtung eines radikalisierten Nationalismus zu drängen und damit auch für Industrieinteressen einzuspannen. Mit bemerkenswertem Erfolg, wie sich an der Belgienfrage zeigen läßt! Hier und in ihrer Haltung zu den Methodenproblemen der deutschen Ostpolitik ließen manche von Haus aus liberale Professoren es zu, daß sich ihre liberalen Grundvorstellungen auf wesenlose Floskeln reduzierten[113]. D. Schäfer liefert ein besonders anschauliches — jedoch keineswegs das einzige! — Beispiel für diese Wandlung und für die heillosen Widersprüche, in die sie hineinführte: Mit seinen osteuropäischen Kriegszielen wurde er in einem Atemzuge Propagator und Widersacher des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechtes.

Als Historiker und wirklicher Kenner der Nationalitätenprobleme „jenseits der Oder und des Böhmerwaldes", als der er sich z. B. in seinem 1917 erschienenen Aufsatz „Staat und Volk in Osteuropa" auswies, konstatierte er das unaufhaltsame Anwachsen und Sich-Durchsetzen eines zur Staatsbildung drängenden Nationalismus in diesem Gebiet, das sich von einem ursprünglich asiatischen Großraumgebilde lossagte und damit europäisierte. Als Historiker erwartete er dementsprechend die Auflösung Westrußlands in seine nationalen Bestandteile[114]. Als der Herkunft nach Liberaler kam er andererseits von der Hoffnung nicht los, daß die osteuropäischen Völkerschaften — einschließlich der Polen! — letzten Endes die Deutschen als Befreier von drohender Russifizierung begrüßen müßten, wie er auch im Westen von einer Befreiung der Flamen sprach[115].

Als „Machtpolitiker" indessen wollte er gleichzeitig an eine Auflösung des Habsburgerreiches, die der Logik seiner Analyse des osteuropäischen Nationalismus entsprochen hätte, nicht denken. Als Machtpolitiker wollte er nicht nur die Polen, sondern auch die baltischen Völker in deutscher Botmäßigkeit halten und ihnen deutsche Kolonisten aufzwingen, verwarf er das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sobald es zum politischen Schlagwort geworden war, als eine nichtssagende „Redewendung"[116]. Er selbst brachte sein Dilemma in dem erwähnten Aufsatz am deutlichsten zum Ausdruck:

> „. . . Für die Verhältnisse des europäischen Ostens ist durchschlagend, daß der Grundsatz der nationalen Staatenbildung . . . , den . . . die

Ententemächte, allerdings mit frechster Verlogenheit, sich zunutze machten, hier zur Verwirklichung drängt. Er kann sich zu unserm Vorteil nur durchsetzen, wenn die neuen Gebilde noch auf längere Zeit . . . unter deutscher" . . . bzw. „österreichischer Oberleitung bleiben . . .[117]"

Doch die deutsche Expansion in Ost und West und ihre Methoden waren nicht nur (wie das Problem der geographischen Schwerpunkte) eine Frage der Logik oder der Zweckmäßigkeit; sie rührten vor allem auch an eine solche der politischen Ethik, und hier traten denn auch die Gegensätze zwischen „Gemäßigten" und radikalen Annexionisten besonders scharf hervor. Nicht alle Gelehrten vermochten die Wendung zu rücksichtsloser Eroberungspolitik in der Art D. Schäfers oder auch E. Meyers zu vollziehen: G. v. Schulze-Gaevernitz — an sich, wie wir sahen, „Flamenromantiker" und eifriger Verfechter einer Angliederung Flanderns — blieb strikter Gegner aller gewaltsamen Eindeutschungspläne, sei es in Belgien, sei es im Baltikum[118]. Ebenso konnten aus der Perspektive von Delbrücks „idealistischer Nationalidee" alle „Ausräumungs"- und Germanisierungsrezepte nur „hakatistisch" bzw. „barbarisch" sein[119]. Ihm und seinen politischen Freunden — mag man sie „Naumannianer" oder „Gemäßigte" nennen — erschien zunehmend wichtiger, die deutsche Öffentlichkeit vor solchen Irrwegen zu warnen, als, koste es was es wolle, die Fassade der Einigkeit der Heimatfront an den deutschen Universitäten aufrechtzuerhalten.

Bis zu einem gewissen Grade wurden die deutschen Professoren damit Opfer einer Entwicklung, der auch die deutsche Innenpolitik im großen unterworfen war. Das zeigt sich, sobald man einen Blick auf die innenpolitischen Beziehungen der verschiedenen Professorengruppen wirft, welche die Belgien- und die Osteuropapolitik der Reichsleitung zu beeinflussen suchten. In beiden Fragen steigerten sich D. Schäfer und seine Anhänger immer tiefer in die Rolle einer Fronde gegen die amtliche Politik hinein und gerieten im Herbst 1916 anläßlich der Polenproklamation sogar in einen gewissen Gegensatz zur OHL[120]. Gleichzeitig vertiefte sich das Bündnis zwischen den verschiedenen annexionistischen „pressure groups" wie den Alldeutschen, dem Ostmarkenverein oder der baltischen Interessenvertretung.

Eine Übereinkunft zwischen Annexionisten und „Gemäßigten" schien noch am ehesten für die Zukunft der baltischen Provinzen zu erzielen zu sein, und es gab denn hier auch mehrfach — sicher von Bethmann gebilligte! — Versuche der Anhänger Delbrücks, mit ihren Opponenten ins Gespräch zu kommen, oder umgekehrt solche der Balten, einen breiten, bis nach links reichenden Sektor der Öffentlichkeit zu gewinnen, wie dies bei der erwähnten Denkschrift der 20 000 geschehen war[121]. Doch stellte sich heraus, daß auch dieses Mal Reichsleitung und baltische Interessenvertreter aus der Professorenschaft keine gemeinsame Linie zu finden vermochten. Anläßlich der Übergabe der Denkschrift der 20 000[122] im März 1917 stellte sich der Kanzler verbindlich nur hinter den Wunsch nach einem Festhalten Kurlands, untersagte dagegen jede öffentliche Werbung zugunsten weitergehender baltischer Aspirationen[123]. Ebenso enttäuschend verliefen spätere Versuche baltischer Gelehrter (Schiemann und Haller), mit Hilfe des Kaisers bzw. der OHL die Reichsleitung in ihrem Sinne unter Druck zu setzen[124]. Damit sahen sich auch die meisten baltischen Hochschullehrer — mit wenigen Ausnahmen wie A. v. Harnack — zusehends in die Reihen der rechten Fronde abgedrängt. Als dann mit der russischen Revolution auch noch die Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aufkam, zerbrach das zwischen Balten und Liberalen geschlossene Bündnis endgültig, wie die im Sommer 1918 zwischen Delbrück und Schiemann ausgetragene Fehde jedermann vor Augen führte[125].

Stimmten die Anhänger Delbrücks in den osteuropäischen Kriegszielfragen mit der Linie der Reichsleitung — so wie sie sie verstanden — überein und gelangten sie durch M. Sering, der die politische Führung als Experte beriet, zu gewissem, wenn auch eng umgrenztem Einfluß[126], so endeten alle Versuche Delbrücks, die Regierung für seine Belgienkonzeption zu gewinnen, mit einem Mißerfolg. Bethmann und erst recht seine Nachfolger haben es bis in den Herbst des Jahres 1918 immer abgelehnt, sich hier in der Weise festzulegen, wie es Delbrück seit Ende 1915 verlangte, und Bethmann hat auch noch nachträglich Delbrück gegenüber seine Belgienpolitik verteidigt. Der Hinweis auf unvermeidliche innenpolitische Rücksichten, besonders auf die OHL (die schon 1915 als Auftraggeberin für das Zitelmannsche Belgien-Gutachten fungiert hatte), spielte dabei die Hauptrolle[127]. Die Einführung eines maßvoll klingenden, letztlich aber unverbindlichen Passus über Belgien in die deutsche Note, die den unbeschränkten U-Boot-Krieg ankündigte, — ein Schritt, zu dem Delbrück, v. Harnack und Meinecke gedrängt hatten, — bildete nur ein überaus schwaches Echo auf die Warnungen, die Delbrück der Reichsleitung hier immer wieder zukommen ließ[128].

Diese enttäuschende Erfahrung sollte sich für die Freunde Delbrücks auch in dem weiteren Verlauf des Krieges noch öfter wiederholen, als sich die Einzelkriegsziele immer stärker mit der Gesamt-Friedenskonzeption der verschiedenen Professorengruppen verwoben — in demselben Grade, wie die Grundprobleme der äußeren und inneren Orientierung der deutschen Politik ans Licht traten.

Zweiter Hauptteil

Deutsche Kriegspolitik und deutsche Professoren im Angesicht der militärisch-politischen Krise (1916—1918)

Kapitel V

U-Boot-Krieg oder Verständigungsfrieden?

Die Ausweitung der Kriegszieldiskussion zu einer außenpolitischen Grundsatzdebatte

I.

Die Expansionspläne der Jahre 1914/15 beruhten alle auf der Prämisse eines deutschen Sieges. Nur das Maß dieses Sieges war umstritten. Diese Siegeszuversicht wurde im Laufe des Jahres 1916 erschüttert, als angesichts des doppelseitigen Angriffs der Gegner in Ost und West und infolge der rumänischen Kriegserklärung auch für den Beobachter in der Heimat die militärische Lage ein für Deutschland immer bedrohlicheres Aussehen annahm. An die Stelle der überschwenglichen Hoffnungen der ersten Kriegszeit trat eine wesentlich ernstere Beurteilung der deutschen Kriegsaussichten, und zwar bei Gemäßigten *und* Annexionisten. In vertraulichen Äußerungen zumal kam diese veränderte Stimmung immer deutlicher zum Ausdruck: Eduard Meyer und Reinhold Seeberg auf der einen Seite, Adolf v. Harnack und Hans Delbrück auf der anderen waren sich in dem Punkte einig, daß „Deutschlands Kräfte" „aufs äußerste" angespannt[1] seien und daß man sich deshalb auch auf einen „weniger günstigen Ausgang" gefaßt machen müßte[2].

Stimmten die Antagonisten im Kriegszielstreit so weit überein, so reagierten sie jedoch völlig verschieden auf das Problem, mit welchen Mitteln die kritische Lage zu meistern gewesen wäre: Die Annexionisten glaubten der Krise nur begegnen zu können, wenn sie bei den Überzeugungen und Methoden blieben, dank deren das Reich bisher seine Kraftprobe bestanden hatte; die „Gemäßigten" kamen zu dem Schluß, daß sich Deutschland vielmehr der neuen Lage geistig und politisch anpassen müßte. Die „Ideen von 1914" müßten revidiert werden, während und obwohl die Annexionisten sie gerade radikalisierten.

Gleichzeitig trat ein Wandel in der Themenstellung der Kriegsdiskussion ein: Zwar war auch im Jahre 1916 noch viel von den einzelnen Zielen des Weltkrieges die Rede, wichtiger aber wurde, wie auch D. Schäfer bemerkte[3], die Frage nach der Form seiner Beendigung. Die Spaltung zwischen „Gemäßigten" und Annexionisten erweiterte sich zu dem Riß zwischen den Anhängern des *Verständigungs-* und denen des *Siegfriedens.*

„Immer mehr Siegen" — „Sieg über alle Feinde", blieb für die einen weiter-

hin die einzige Möglichkeit zur Beendigung des Kampfes[4]. Man kann bei diesen radikalen Verfechtern des Siegfriedens-Gedankens — z. B. D. Schäfer, R. Seeberg, E. Brandenburg, E. Meyer und J. Haller — geradezu von einem Verzicht auf die Politik sprechen: J. Haller lehnte ausdrücklich jeden Ausgleich auch nur mit einem Gegner ab[5], und D. Schäfer vermochte für Deutschlands Zukunft nichts Besseres vorauszusagen als die Fortdauer seiner „splendid isolation"[6] und erhob damit die Weltkriegslage zur politischen Norm.

Jeder Vermittlungsfrieden stieß bei diesen Professoren als verfrüht bzw. unzureichend auf Ablehnung: Er könnte die Gegensätze, an denen sich der Krieg entzündet hatte, nur verewigen, die Entscheidung der strittigen Fragen nur vertagen und Deutschlands Stellung in dem sicher erwarteten nächsten Kriege nur schwächen[7]. Trotz der beginnenden Ernüchterung hielten diese Propagatoren des Siegfriedens auch weiter an der prinzipiellen Idealisierung des Krieges fest, an die man sich seit der „Erhebung von 1914" gewöhnt hatte[8].

Aus der Sicht dieser Kriegsverherrlichung heraus und wegen der deutschen Lage vor dem Kriege kam ein Frieden ohne Sieg, die Erhaltung des status quo, der Stagnation, ja einem „Selbstmord" Deutschlands gleich[9]. Würde ein „starker" Friede nicht erreicht, so verkündete D. Schäfer,

> „so ist unser Wachstum geknickt, unsere Zukunft ein unausweichliches Hinsiechen, unterschiedlos . . . für Arm und Reich. Wir würden wieder hinabsinken in die Zustände, in denen wir Kulturdünger darstellten . . ., gut genug, kräftigere, einsichtigere, glücklichere Völker im Wachstum zu fördern . . .[10]"

R. Seeberg fügte diesem Gedanken noch eine emotionale Note hinzu: „ . . . Ein Frieden jetzt", so schrieb er, „bedeutete, daß eine halbe Million Menschen *umsonst* [Unterstr. im Or.] gestorben sind . . .[11]"

Der Beweisführung der Siegfriedens-Anhänger fehlte schließlich auch nicht der Hinweis auf den kriegspsychologischen Aspekt und damit auf die Kriegsaufgabe der Hochschullehrer. Der Fortbestand der inneren Einheit, dieser Hauptgewähr für das weitere Durchhalten des Reiches, hinge ganz von dem Festhalten an dem Programm eines siegreichen Friedens ab, während Anzeichen der Friedensbereitschaft auf deutscher Seite daheim nur lähmend, bei den Feinden dagegen ermutigend wirken müßten[12].

Solche Versuche einer Aufpeitschung der letzten Willensenergien gaben sich zwar immer noch „realpolitisch", führten tatsächlich jedoch in den Bereich des rein Gefühlsmäßigen und Unpolitischen. „Nur ein machtvoller deutscher Wille zum Siege", so schrieb D. Schäfer dem Reichskanzler, könne „unser Volk zu einem starken, seine Zukunft verbürgenden Frieden führen[13]"; und sein von vielen Kollegen mitunterzeichneter Aufruf „An das deutsche Volk" (23. 8. 1916) klang mit den Worten aus:

> „Nicht wahr soll werden, was der Brite sagt, daß wir alle Schlachten gewinnen, England aber den Krieg. Sei stark, Deutsches Volk! Du kämpfst um Dasein und Zukunft. Hindenburg hat Dir die Losung zugerufen: Nicht durchzuhalten gilt es, es gilt zu siegen . . .[14]"

Schäfer und seine Gesinnungsgenossen waren sich einig in ihrer Aversion gegen alle Ideen pazifistischer Herkunft. Ein Völkerbund erschien als Unternehmen, das Deutschland einseitig benachteiligen würde, als Herrschaft von Plutokratie und Universaldemokratie, als Uniformierung der nationalen Einzelkulturen, als Weg zur Stagnation und zu Verfalls-Prozessen ähnlich denen, die auch zum Ende der römischen Universalmonarchie geführt hatten[15].

D. Schäfers soeben genannter Aufruf „An das deutsche Volk" enthielt auch die Forderung, daß alle Kampfmittel, die dem Reich zur Verfügung stünden, „rücksichtslos" eingesetzt werden sollten. Dies war eine Anspielung auf den U-Boot-Krieg — die Frage, mit der der Streit zwischen den Sprechern des Siegfriedens und denen des Verständigungsfriedens eigentlich virulent wurde und die auch innerhalb der Professorenschaft zu einer endgültigen Scheidung der Geister führte.

II.

Die Vorgeschichte der Debatte um den U-Boot-Krieg reicht bis in das Jahr 1914 zurück. Nachträglich hat D. Schäfer die Urheberschaft für sich in Anspruch genommen; doch war es Tirpitz, der im November 1914 bei einem Interview zum ersten Male die breite Öffentlichkeit auf die Bedeutung dieser neuen Waffe aufmerksam machte[16]. Zur Unterstützung seiner Argumente wurden von der Marine schon im Januar 1915 Gutachten namhafter Nationalökonomen eingeholt. Das erste stammte von dem Heidelberger Volkswirtschaftler Hermann Levy. Es stützte sich auf einen Bericht, den 1905 ein Ausschuß des britischen Unterhauses über die „Versorgung Englands" im Kriegsfalle verfaßt hatte. Hier waren in der Tat pessimistische Voraussagen gemacht worden: In seiner Abhängigkeit von Rohstoffeinfuhren hätte England bei einer wirksamen Blockade Engpässe und eine allgemeine Panik zu befürchten, so daß es „den Krieg nicht länger führen" können würde[17].

Auch das zweite, von M. Sering und H. Triepel herrührende Gutachten ging auf diesen Unterhausbericht zurück, aus dem es den Schluß zog, daß England bei einer wirksamen Blockade „innerhalb weniger Wochen" zur Nachgiebigkeit gezwungen werden könnte. Luftangriffe würden die Wirkung einer solchen Blockade nur noch steigern[18]. Daß völkerrechtliche Bedenken gegen dieses Vorgehen nicht bestünden, glaubte H. Triepel, der Berliner Rechtslehrer, versichern zu können: England hätte mit seiner eigenen Blockade völlig neue Normen geschaffen, die einen deutschen „Gegenstoß" zur Genüge rechtfertigten[19]. Deshalb wären auch von Seiten der Neutralen keine Schwierigkeiten zu erwarten; denn hätten diese sich einmal zur stillschweigenden Duldung der englischen Blockade bequemt, könnten sie billigerweise auch keine Einwände gegen entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen erheben[20].

Bei einer so vereinfachten Betrachtungsweise konnte selbst A. v. Harnack, später ein Gegner der Marineleitung in der U-Boot-Frage, keine Bedenken tragen, sich zusammen mit O. v. Gierke, W. Kahl, Th. Schiemann, G. Schmoller und U. v. Wilamowitz-Moellendorff hinter dieses Gutachten zu stellen[21].

Triepels völkerrechtliche Beurteilung des U-Boot-Krieges wurde im selben Jahre nach der Torpedierung der „Lusitania" von einigen 20 deutschen Rechtslehrern bestätigt[22].

Die Fronten schieden sich, sobald es (seit dem Herbst 1915) darum ging, ob Deutschland den *verschärften* U-Boot-Krieg fortsetzen sollte oder nicht. Auf die Vorstellungen der Vereinigten Staaten hin hatte die deutsche Regierung sich dazu entschlossen, den U-Boot-Krieg nur nach den Regeln der Prisenordnung weiterzuführen, während die Marineführung darauf bestand, daß die U-Boot-Waffe (wie anfangs) ohne solche Rücksichten zum Einsatz gebracht würde.

Es war nur eine verhältnismäßig begrenzte Anzahl von Gelehrten, eigentlich nur die Protagonisten des Kriegszielstreits, die in diese Auseinandersetzung von sich aus eingriffen, vor allem D. Schäfer, E. Meyer und O. Hoetzsch auf der einen und M. Weber, H. Delbrück und — als Mitglied des Reichstags — G. v. Schulze-Gaevernitz auf der anderen Seite. Die Zurückhaltung der meisten übrigen Professoren geht wahrscheinlich auf die strengen Zensurbestimmungen zurück, die schon ein rein theoretisches Durchrechnen der Erfolgschancen einer deutschen U-Boot-Blockade gegen England in öffentlichen Äußerungen untersagte[23]. Es mag hinzugekommen sein, daß sie sich in dieser scheinbar rein technischen Frage im allgemeinen nicht zuständig fühlten.

In dem kleinen Kreis der Kenner und unter Ausschluß der Öffentlichkeit nahm der U-Boot-Streit deshalb eine so scharfe Form an, weil für die Annexionisten die rücksichtslose Verwendung der U-Boot-Waffe *der* Ausweg geworden war, der Deutschland aus seiner Krise dem Siegfrieden entgegenführen sollte. „Die Überzeugung ist mir völlig fest", schrieb E. Meyer im Oktober 1916,

> „daß alle Siege zu Lande, mögen sie noch so glänzend sein, nicht zu einem erträglichen ... Frieden führen können, wenn wir nicht alle Mittel benutzen, die uns zu Gebote stehen, um gegen England, die Seele unserer Feinde und des gesamten Krieges, entscheidende Schläge zu führen — und dazu will sich eben die Regierung nicht aufraffen ...[24]"

Auch innenpolitisch könnte sich die Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges nur segensreich auswirken. Vermochte doch nur sie die Zuversicht und den Siegeswillen in der Heimat zu beleben und Stimmen „schwächlichen Verzichtes" und Propheten des „faulen Friedens" zum Schweigen zu bringen, indem sie die Aussicht auf ein siegreiches Kriegsende wiederherstellte[25].

Dies war der Grundtenor der fieberhaften Propaganda, die — ganz im Sinne des Großadmirals v. Tirpitz — der von D. Schäfer und E. Meyer geleitete „Unabhängige Ausschuß" betrieb. In der kriegstechnischen Seite der Frage verließen sich die Gelehrten ganz auf das Urteil der „fachmännischen", d. h. der militärischen Autoritäten[26]. Ebenso wie diese hofften sie zuversichtlich auf das alsbaldige Ausbrechen einer Hungersnot in England, wenn erst einmal die U-Boot-Waffe rücksichtslos angewandt würde[27]. Allerdings drohte jedes Abwarten die Wirksamkeit der neuen Waffe zu reduzieren[28]. Moralisch-humanitäre Bedenken gab es nicht. Im Gegenteil! War nicht das Kriegsmittel das humanste, das den Krieg abkürzte, mochte es in seiner unmittelbaren Wirkung auch grausam sein (Hoetzsch[29])?

Und die Neutralen, vor allem die Vereinigten Staaten?

Diese Frage, die im Frühstadium der U-Boot-Diskussion nur gelegentlich gestreift worden war (z. B. von Delbrück[30]), trat seit der Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Sommer 1915 immer stärker in den Mittelpunkt des Interesses. Konnte sich Deutschland die zusätzliche Gegnerschaft Amerikas leisten? Die Antwort auf diese Frage hing von dem Gewicht ab, das man diesem Machtfaktor in der Kriegspolitik zumaß.

Für die Befürworter des rücksichtslosen U-Boot-Krieges an den Universitäten war die Antwort maßgebend, die der Altphilologe Eduard Meyer (Duzfreund Schäfers) gab, der als einstiger Austauschprofessor und damit „Landeskundiger" für eine solche Expertenrolle prädestiniert erschien. Das Bild, das er in seinen vielen Flugblättern und Broschüren entwarf[31], war ganz darauf abgestellt, die Vereinigten Staaten einerseits als ohnehin gegebenen Feind Deutschlands und andererseits als „quantité négligeable" einzustufen. Teilte Amerika nicht mit England die Eifersucht auf den deutschen Handel und hatte es nicht mit dem Inselreich auch den typisch angelsächsischen Freiheitsbegriff gemeinsam, der dem deutschen Staatsdenken zugleich fremd und hoffnungslos unterlegen war[32]? Sympathisierte es nicht schon deshalb von vornherein mit der Sache der Entente[33]?

Was war zudem von einem Staatswesen zu befürchten, das in Korruption, Desorganisation und in der Demagogie der „politicians" versank, in dem die Privatinteressen das Gemeinwohl rücksichtslos beiseiteschoben und dessen Einwohner — ausgenommen der einzige Lichtblick der Deutsch- und Iro-Amerikaner —, „nervös überreizt" und „feminin" empfindend, deutliche Zeichen beginnender Dekadenz aufwiesen[34]? Das militärische Potential der Union wurde von Meyer entsprechend niedrig veranschlagt, und D. Schäfer war überzeugt, daß „militärisch ... sicher die [Kriegs-]Teilnahme der kleinen Nachbarstaaten [also etwa Hollands!] auf ziemliche Zeit hinaus schwerer" wiegen würde „als die der Union"[35].

Dem Präsidenten Wilson gestand Meyer 1915 noch die Ehrlichkeit seiner Absichten zu, bezeichnete ihn jedoch gleichzeitig als doktrinär, indem er wie so viele Amerikaner dem Traum vom ewigen Frieden, von internationalen Schiedsgerichten und „ähnlichen Possenspielen" nachhinge, ohne dabei vor der rücksichtslosen Anwendung von machtpolitischen Mitteln zurückzuschrecken[36]. Solche Erwägungen bestimmten auch sein Verhältnis zu Deutschland: Strikte Neutralität wäre nur von den amerikanischen Bürgern irischer und deutscher Herkunft

zu erwarten[37]. Die amerikanische Führung hätte sich dadurch gegen Deutschland und für die Entente entschieden, daß sie die deutsche Handelsflotte, soweit sie sich bei Kriegsausbruch in amerikanischen Häfen befand, beschlagnahmen ließ und einen umfangreichen Waffenhandel mit den Entente-Mächten gestattete[38]. In einem offenen Krieg, so folgerte Meyer und drückte damit die Überzeugung der meisten U-Boot-Kriegs-Anhänger aus, könnte also Amerika Deutschland kaum mehr Schaden zufügen, als es dies bereits jetzt unter dem Deckmantel der Neutralität täte[39]. Auch die deutsche Regierung, hoffte er, hätte deshalb zu der Überzeugung gefunden, „daß es uns gänzlich gleichgültig sein kann, wie man in Amerika über uns denkt . . .[40]"

Für Deutschland empfahl sich die Zurschaustellung seiner Macht — d. h. ein festes diplomatisches Auftreten, verbunden mit einer rücksichtslosen Führung des U-Boot-Krieges. Meyer glaubte sogar, eine „starke Politik" der deutschen Regierung würde das Prestige des amerikanischen Präsidenten so stark beeinträchtigen, daß seine Wiederwahl im November in Frage gestellt und damit das Kriegsrisiko verringert werden würde. Wie dies geschehen würde, das verriet Meyer seinen Lesern freilich nicht, zumal er nach einer vertraulichen Äußerung davon überzeugt war, daß sich Hughes im Grunde ebenso auf England festgelegt hätte wie Wilson[41]. Aber er glaubte wohl, daß ein deutsches Auftrumpfen jeden amerikanischen Präsidenten zum Einlenken zwingen würde, während Nachgiebigkeit nur zu einer Erhöhung der amerikanischen Ansprüche und damit zu einer Vergrößerung des Kriegsrisikos führen könnte.[42]

Als Wilson dann aber gerade als Friedenspräsident wiedergewählt worden war und durch seine Friedensvermittlung seine pazifistische Grundeinstellung zu beweisen suchte, da erschien er Meyer und dessen Freunden plötzlich als Fürsprecher eines „faulen Friedens", womit sie in ihrem Sinne sicher recht hatten[43].

Man darf nachträglich Max Weber zustimmen: Politische Logik und Folgerichtigkeit waren nicht die Stärke der U-Bootagitation. Einmal erschien der Krieg mit Amerika unvermeidlich; dann wieder galt er für vermeidbar, wenn man nur nicht vor dem rücksichtslosen Gebrauch der zur Verfügung stehenden Machtmittel zurückschreckte; einmal war es der amerikanische Imperialismus, vor dem man warnte, dann wurde es der amerikanische Pazifismus, den man fürchtete[44].

Wenn Max Weber damals von einem „U-Boot-Rummel" oder von dem „frevelhaften Gerede" einiger Hochschullehrer sprach, wurde er ihren subjektiv uneigennützigen Absichten sicher nicht gerecht; aber er erkannte doch den stark gefühlsmäßigen Charakter der U-Boot-Agitation. Sachliche Einwände gegen den U-Boot-Krieg erregten, statt zu politischer Besinnung zu führen, nur „unheimliche Wut"[45]. Zweifel an dem Erfolg der rücksichtslosen U-Boot-Kriegführung beantworteten diese Gelehrten mit moralischer Diffamierung, dem Vorwurf der „Furcht" oder der „Flaumacherei"[46].

Die Reichsleitung aber, indem sie zunächst diesem Druck widerstand, schien Deutschland in den Augen der gelehrten U-Boot-Agitatoren um seine letzte Chance für einen Siegfrieden zu bringen. Sie hatte „einen weltgeschichtlichen Moment, in dem unser Volk zu weiterem Aufstieg hätte geführt werden können, . . . verpaßt . . .":

> „Wir stehen am Anfang des Niederganges. Die Geschichte wird einst berichten: Es erhob sich ein preußisch-deutsches Reich von Friedrich dem Großen bis auf Bismarck; aber es war nur eine Episode . . . Wir gleiten hinab in die Stellung einer Macht zweiten Ranges, und unser Volk ist so einsichtslos, daß es Schwätzern . . . wie Naumann, Rohrbach und Jäckh zujubelt . . ." (Schäfer)[47].

Schuld an dieser Entwicklung war aus dieser Sicht nicht so sehr das Volk als die Reichsleitung. Keine Kritik, selbst wenn sie den Kaiser mittraf, konnte scharf genug sein, wenn es galt, dieses „Versagen" zu brandmarken: „Wie tief aber die Verbitterung gegen die Regierung in *alle* [Or. Unterstr.] Schichten der Bevölkerung gedrungen ist", schrieb E. Meyer dem Vertrauten des Kanzlers, Kurt Riezler, „davon hat man oben wohl kaum einen klaren Begriff . . .[48]"

Schäfer zögerte nicht, eine Warnung vor dem Abfall der Stimmung in aller Öffentlichkeit vorzuschlagen[49] und das Gespenst einer deutschen Niederlage als Folge der unerwidert fortdauernden englischen Blockade an die Wand zu malen.

Derartige Prognosen, die ebenso bei seinen Anhängern immer wieder auftauchen[50], waren sicher auch die Konsequenz einer nüchterneren Einschätzung der militärischen Lage. Primär reflektierten sie indessen die emotional übersteigerte Einstellung dieser Professorengruppe, die den Fehlschlag der eigenen Bestrebungen sogleich mit einer Niederlage des Vaterlandes identifizierte.

Diese Tendenz trat erneut hervor, als die Entscheidung zugunsten des unbeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 offiziell bekannt wurde. Auf einmal schien sich jetzt mit diesem lang ersehnten Erfolg der U-Boot-Agitation die Lage „gewaltig gebessert" zu haben, wie E. Meyer bekannte[51], „alles atmet auf, und wir hoffen wieder mit vollem Vertrauen auf einen günstigen Ausgang . . ." Die „Klärung" des deutschen Verhältnisses zu Amerika erschien als „gewaltiger Vorteil"; das „fast schon entschwindende Ziel" — der Siegfrieden — war wieder in Sicht: D. Schäfer sagte unter Berufung auf das Reichsmarineamt einen „vollen Erfolg" des U-Boot-Krieges im Spätsommer oder Herbst 1917 voraus[52].

III.

Völlig anders sahen die Chancen des unbeschränkten U-Boot-Krieges aus der Perspektive der „Gemäßigten" aus. Nicht daß diese in ihrer allgemeinen Einschätzung der amerikanischen Rolle im Weltkriege grundsätzlich von den radikalen Annexionisten abgewichen wären! Auch Delbrück machte sich über die Entente-freundlichen Vorurteile des amerikanischen Präsidenten keine Illusionen[53], und E. Troeltsch rechnete in dem „moralischen Kulturkrieg" die Amerikaner mit ihrer Ideologie „demokratischer Welterlösung" schon im Herbst 1915 ohne weiteres zu den deutschen Gegnern[54].

Wenn diese Gelehrten — H. Delbrück, M. Weber und G. v. Schulze-Gaevernitz vor allem, dazu als Sachverständiger W. Nernst — es dennoch nicht auf

einen Krieg mit dieser neuen Weltmacht ankommen lassen wollten, so lag dies keineswegs an amerikafreundlichen Stimmungen. Vielmehr beruhten die Warnungen dieser Professoren vor einem deutsch-amerikanischen Konflikt auf einer kühl-realistischen Durchkalkulierung des amerikanischen Machtpotentials[55]. Deshalb hatten sie sich bereits im Anfangsstadium des Krieges darum bemüht, der amerikanischen Öffentlichkeit die Sache Deutschlands näherzubringen[56], und deshalb trachteten sie im Jahre 1916, der Reichsleitung gegen die auch auf den deutschen Universitäten wirkenden U-Boot-Agitatoren den Rücken zu stärken.

Max Weber trat mit dieser Auseinandersetzung in die vorderste Reihe der Gegner der alldeutsch beeinflußten Kriegsziel- und U-Boot-Bewegung, und seine Denkschrift über den „verschärften U-Boot-Krieg" vom März 1916 darf als charakteristische Zusammenfassung der Argumente dieses Kreises gelten[57].

Grundsätzlich hielt er es für „höchst gefährlich",

> „auf ein in sehr begrenzter Quantität verfügbares . . . , rein technisches, also technischen Umwälzungen preisgegebenes Mittel Entschlüsse von einer für unsere ganze Zukunft ungeheuren Tragweite aufzubauen . . .[58]"

Durch die Verwendung der deutschen, in amerikanischen Häfen festliegenden Schiffe könnte zudem der Handelsschiffsraum der Entente erheblich vergrößert werden; die Bildung von Konvoys könnte die Wirksamkeit der U-Boote einschränken; die Ententetruppen würden aber durch ein Freiwilligenheer von mehreren 100 000 Mann verstärkt werden[59] — m.a.W.: Es bestand die Gefahr, daß ein Krieg mit Amerika das Reich wirtschaftlich und militärisch in einer Weise beanspruchte, die den guten Ausgang des Weltkrieges fraglich machte. Die Vereinigten Staaten würden aber mit Sicherheit in das Lager der Entente übergehen, wenn sich Deutschland zu einer rücksichtslosen U-Boot-Kriegführung entschlösse[60].

Folgte die deutsche Politik den Parolen der Tirpitz-Anhänger, so müßte im Volk der Eindruck entstehen, als sei die Regierung auf die Bahnen einer blinden Abenteurerpolitik geraten, die dann — zu Recht oder zu Unrecht — für jede weitere Verschlechterung der Lage verantwortlich gemacht werden würde. Angesichts der U-Boot-Demagogie und des Risikos eines Krieges mit Amerika überkamen Weber „zum erstenmal" „ernste Besorgnisse für das Land und eventuell für die Zukunft der Dynastie[61]."

In der Öffentlichkeit vorgebracht, führten solche Warnungen, wie wir im Falle Delbrücks bereits sahen[62], zum Konflikt mit der Zensur. H. Oncken hatte die Grenze des gerade noch Erlaubten erreicht, wenn er zum Beginn des 3. Kriegsjahres erklärte: „Das Vaterland steht zu hoch, um von höchster Verwegenheit aufs Spiel gesetzt zu werden . . ." Wer bewußt das Risiko eines Krieges mit den USA einginge, begünstige die Pläne Englands[63]. Die gemeinsame Abwehr der U-Boot-Agitation hatte ihn und auch Meinecke nun endgültig in den Kreis der Anhänger H. Delbrücks und M. Webers geführt[64].

Als die deutsche Führung dann den gewagten Entschluß faßte, waren sich diese Professoren darüber einig, daß damit eine verhängnisvolle Wendung in der

politischen Lage des Reiches eingetreten sei. Nicht von neuen Siegeshoffnungen hören wir hier, sondern von einer „geradezu verzweifelten Stimmung"[65]. „Heute haben wir Elsaß-Lothringen verloren", soll E. Troeltsch damals ausgerufen haben, und auch bei F. Meinecke kamen etwa um diese Zeit erste Zweifel an dem guten Ausgang des Krieges auf[66]. Briefliche Äußerungen Delbrücks und M. Webers zeigen, daß sich auch diese Gelehrten loyal hinter die militärische und politische Führung stellten, als einmal die Würfel gefallen waren, wenn auch die Überzeugung blieb, daß die nun zu erwartende Verstärkung der alliierten Heere „schlimm genug" sei[67].

Nach dem Bruch fielen nun auch bei vielen Gemäßigten Worte tiefer Erbitterung über den neuen Gegner. Von dem verschärften U-Boot-Krieg als Kriegsursache war nicht mehr die Rede, um so mehr vom amerikanischen Konkurrenzneid[68]. Den demokratischen Pazifismus, dem v. Harnack und Delbrück 1916, wie noch zu zeigen, zeitweilig Konzessionen gemacht hatten[69], nannte jener jetzt eine „hohle Phrase"[70].

Trotzdem blieb der Ton dieser Amerikaschriften ruhiger als die gegen England gerichteten Haßausbrüche der ersten Kriegszeit, und die deutsche Wilsonrezeption, die sich gegen Ende des Weltkrieges durchsetzte, bereitete sich — auch bei Delbrück! — schon in den Jahren 1917/1918 vor. Führend in der Wilsondeutung waren Gelehrte, die in den letzten Jahren vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten geweilt oder wie Moritz Bonn und E. Kühnemann noch während des Krieges bei den Amerikanern für die deutsche Sache geworben hatten[71]. Ob es mit Notwendigkeit zu dem deutsch-amerikanischen Konflikt hatte kommen müssen, darüber waren sich freilich auch diese Experten nicht einig: Bonn neigte eher dazu, die pazifistischen Neigungen des amerikanischen Präsidenten und die Ehrlichkeit der amerikanischen Vermittlung anzuerkennen[72], während Kühnemann und der Geograph A. Penck die Ansicht von der von vornherein pro-englischen und kriegsbereiten Einstellung der amerikanischen Regierung vertraten[73].

Bis zu einem gewissen Grade hatte Delbrück, wie wir sahen, diese Auffassung geteilt. Trotzdem hatte er sich in scharfem Gegensatz zu D. Schäfer und seinem Kreise vor dem amerikanischen Kriegseintritt zu der Meinung bekannt, daß die deutschen Interessen ein Eingehen auf Wilsons Friedensvermittlung erlaubten; denn er war von dem ehrlichen Interesse des amerikanischen Präsidenten an einer Wiederherstellung des Friedens überzeugt und stellte ihn auch nicht — wie E. Meyer — ohne weiteres mit den amerikanischen Rüstungsindustriellen auf eine Ebene, deren Interessen, wie er bemerkte, Wilson seiner politischen Herkunft nach durchaus nicht teilte[74]. Das Entscheidende aber war für Delbrück, daß ein „amerikanischer Friede" (und damit der Verzicht auf einen „Siegfrieden") die legitimen deutschen Kriegsziele weitgehend zu erfüllen versprach: Delbrück reagierte auf die militärische Krise Deutschlands mit der Vertiefung seiner Konzeption eines Verständigungsfriedens — des einzigen politischen Mittels, das nach seiner Überzeugung mehr als alle militärischen Aushilfen einen Ausweg aus der verfahrenen Kriegslage versprach.

IV.

Der Gedanke einer *Verständigung* unter den kriegführenden Mächten knüpfte scheinbar (z. B. bei F. Meinecke) an die spontane Bereitschaft zu einem Ausgleich mit Frankreich an, wie sie in den ersten Kriegswochen weithin in der deutschen Professorenschaft zum Ausdruck gekommen war. Tatsächlich tauchte dieser Gedanke zwei Jahre später nur noch ausnahmsweise auf. Wenn jetzt von Verständigung die Rede war, meinte man ein Arrangement entweder mit England oder mit Rußland[75]. Befürworter eines „Hubertusburger Friedens" mit einem dieser beiden deutschen Hauptgegner wurden zu Kriegsbeginn schnell mundtot gemacht (wie Schiemann) oder sahen sich doch zu äußerster Zurückhaltung veranlaßt (wie Delbrück und Hoetzsch). 1916 wurde das anders, und der Zeitpunkt, da solchen Strömungen ein breiteres Echo zuteil wurde, läßt sich ziemlich genau auf die Sommermonate dieses dritten Kriegsjahres festlegen, als sich an der Somme der Materialkrieg zu äußerster Konsequenz steigerte und die deutschen Kräfte aufs höchste beanspruchte. Beruhte das Kriegsbild, das uns aus den meisten Gelehrtenschriften des ersten Kriegsjahres entgegentritt, noch auf den Erfahrungen des Krieges von 1870, so wurde seit 1916 einigen Professoren der ganz neue Charakter des modernen durchtechnisierten Massenkrieges bewußt. Die Wirkungen dieses angeblichen „examen rigorosum" im Innern konnte nach den Erfahrungen der zweiten Kriegshälfte nicht mehr ohne weiteres als segensreich bezeichnet werden — „ein langer Krieg wirkt wie ein überheißer Sommer", schrieb A. v. Harnack 1918; er war bestenfalls ein „religiöses Martyrium" (Delbrück); Max Weber ging sogar so weit, ihn als jahrelangen Alltag als „satanisch" zu bezeichnen, da er die physische und moralische Kraft des Volkes aufreibe[76].

Aber erst durch den Einfluß der Technik auf den Krieg wurde dieser eine „Schraube ohne Ende" (E. Troeltsch), da die Hoffnungen auf technische Fortschritte zu ständiger Kriegsverlängerung trieben[77]; der Krieg war „hypertrophisch" geworden, schien „sich selbst zu widerlegen", wie F. Meinecke schon 1916 schrieb, da der mit ihm verbundene „wahnwitzige" materielle Kraftaufwand in keinem Verhältnis mehr stünde zu dem militärischen und politischen Gewinn, den er verspräche[78].

So fand die Frage nach dem letzten Sinn des Weltkrieges bei diesen Gemäßigten nicht mehr die sichere Antwort, die sie alle zur Zeit seines Ausbruches bereitgehabt hatten. Er war „innerlich längst ausgelebt", wie Mitte 1917 M. Weber sagen konnte[79].

Er bekam das Aussehen

> „eines von Menschen getragenen und doch ihrer Lenkung entzogenen Ereignisses, eines gespentischen Dinges, das ... eine selbsttätige Seele empfangen hat, die nun ein blindes, täppisches und grausames, aber übermächtiges Leben entfaltet ..."

Er wurde menschlich gesehen, „ein sinnloser und bedeutungsfremder Unglücksfall" ... „Jede außer der religiösen Betrachtungsweise, der es allein gegeben ist, uns von allem Übel zu erlösen, darf im Kriege nur ein Übel und noch im Siege nur das geringere von zwei Übeln erblicken ...[80]"

Gustav Radbruch, der Königsberger Rechtsphilosoph, gab 1917 dem Krieg diese Deutung. Da er dem Pazifismus nahestand, fiel diese vielleicht etwas radikal aus, und doch gab sie eine Anschauung wieder, der sich die meisten Gemäßigten näherten.

Schon 1914 hatte Troeltsch, wie wir sahen, das Ethos des Kampfes als „halbe Wahrheit" bezeichnet; jetzt in der zweiten Kriegshälfte wurde es angesichts der Zerstörungskraft der Technik zu einer „völligen Widersinnigkeit"[81]. Während die Annexionisten die Wiederkehr von kriegerischen Auseinandersetzungen wie der des Weltkrieges als eine Selbstverständlichkeit in ihre politischen Berechnungen miteinbezogen, erhob sich bei den Gemäßigten — Brentano, Troeltsch und Meinecke — die Vision einer Selbstzerstörung der europäischen Kultur am Horizont[82]. Eine Wiederholung des Weltkrieges, schrieb L. Brentano,

> „würde die völlige Vernichtung Europas in seiner Stellung als die Kultur führender Weltteil bedeuten. Die bisher noch rückständigen Länder würden an die erste Stelle rücken. Die Russen, so oft auf dem Schlachtfeld geschlagen, würden trotzdem triumphieren ... mit ihrer unermeßlichen Menschenmenge" würden sie sich über Europa „herstürzen, um den panslawistischen Gedanken zum Siege zu führen. Was dann noch von Kultur bleiben würde, würde sich nach Amerika retten, und das alte Europa würde diesem gegenüberstehen, bestenfalls wie im Altertum das in Verfall geratene Griechenland dem sich hellenisierenden Rom ...[83]"

Daß der Krieg mit der europäischen Gesamtkultur einen unersetzlichen Wert zu zerstören drohte — dieser Gedanke war bei einigen Gemäßigten und natürlich den Pazifisten schon bei Kriegsanfang angeklungen. Bei ihnen gewann die Idee der europäischen Kulturgemeinschaft um so mehr Gewicht, je mehr sie der Kriegschauvinismus, dessen Absurdheit ihnen immer deutlicher wurde, in den Hintergrund zu drängen drohte.

„Nicht nur in der praktischen Politik", bemerkte H. Delbrück,

> „... ist es gefährlich, sich allein von der nationalen Leidenschaft leiten zu lassen, sondern nicht weniger in der Bildung des nationalen Selbstbewußtseins ... Ganz wie 1813 ... so sind wir auch heute in Gefahr und in einer viel größeren Gefahr, mit unserer geschichtlichen Bildung in Widerspruch gebracht zu werden. Die Grundtatsache unseres kulturellen Daseins, daß die romanisch-germanischen Völker bei allem Zwiespalt doch eine große, sich gegenseitig befruchtende Einheit bilden, fängt an, einem Bestreben nach nationaler Absperrung Raum zu geben, die am letzten Ende bei chinesischer Erstarrung endigen mußte ...[84]"

Trotz aller nationalen Erregung fanden die führenden Gemäßigten, Max

Weber, F. Meinecke, E. Troeltsch und A. v. Harnack, zu dieser Grundstimmung immer wieder zurück[85].

Drohte der Krieg in ihren Augen sinnlos, als Gefährdung der europäischen Kultur sogar sinnwidrig zu werden, so waren damit die Voraussetzungen geschaffen für die Bereitschaft zu einem Kompromißfrieden. Delbrück hatte die Möglichkeit eines Remis-Friedens schon 1914 angedeutet, weil ihm die Begrenztheit der deutschen Machtmittel und das warnende Beispiel Napoleons vor Augen standen. Jetzt seit 1916 führten auch weltanschauliche Überzeugungen die Gemäßigten in das Lager derer, die einen Verständigungsfrieden befürworteten[86].

Statt Kanonen sollte die Diplomatie wieder das Wort haben, ein „verständiger Friede", wie sich Delbrück zum ersten Male im Dezember 1915 ausdrückte, das Ziel der deutschen Politik werden[87].

Anders als bei den Annexionisten galt also hier der Krieg nicht als Normalzustand, seine Wiederkehr nicht als Notwendigkeit. Ebenso verhielt es sich mit den Gegensätzen, die zu ihm geführt hatten. Auch sie galten nicht als unversöhnlich. Die Frage blieb nur, bei welchem Gegner die größere Kompromißbereitschaft und, rein sachlich, die größere Möglichkeit eines Interessenausgleichs bestand. Die deutsche Politik stand also auch im Weltkrieg vor der Frage der „Option"; sie mußte sich entscheiden, ob sie mit ihren Friedensbemühungen zuerst bei den Westmächten oder zuerst bei Rußland ansetzten wollte[88]. Schon 1915 hat F. Meinecke eine solche Entscheidung als „Präliminarie" für die Festsetzung der Kriegsziele bezeichnet[89].

Die Möglichkeiten eines Ausgleichs mit *Rußland* sind bereits in den ersten Kriegsmonaten erörtert worden — der wärmste Fürsprecher einer solchen „östlichen Orientierung", O. Hoetzsch, ist uns bereits bekannt[90]. Schon bald nach Kriegsausbruch hatte er seinen Lesern dargelegt, daß der Hauptgegner Deutschlands nicht Rußland sei. 1916 verurteilte er es aufs schärfste, daß sich Deutschland durch die Polenproklamation einseitig gegen Rußland festgelegt hätte[91]. Anfang 1917 endlich hat er ausdrücklich einen Sonderfrieden mit Rußland als wichtigste Voraussetzung für einen vollen deutschen Sieg über die Westmächte bezeichnet[92]. Politisches Fernziel wurde für Hoetzsch die „Zusammenfassung" Mitteleuropas, des Balkans, der Türkei und Rußlands (wenn es möglich gewesen wäre, auch Frankreichs) zu einem großen Kontinentalblock, der ein Gegengewicht gegen den „napoleonischen" „Weltdespotismus" Englands und seiner angelsächsischen Verbündeten bilden sollte[93]. Als wirksamste Ergänzung dieses Bundes sprach sich Hoetzsch für den Anschluß Japans an ihn aus, um so auch Amerika das Gewicht dieser Mächtekombination fühlen zu lassen[94]. Dieser Gedanke findet sich zusammen mit einer deutlichen Kritik an der bisherigen deutschen Japanpolitik bei vielen, vor allem rechtsstehenden Professoren[95].

Zwischen Annexionisten und Gemäßigten nimmt Hoetzsch eine eigentümliche Mittelstellung ein: Mit diesen teilte er die Überzeugung, daß Deutschland nur *einen* seiner Gegner zu besiegen imstande sei, daß es also die übrigen mit diplomatischen Mitteln von diesem Hauptgegner loszubrechen suchen müßte; mit den alldeutschen Annexionisten glaubte er, daß England dieser Hauptfeind sei, das von Deutschland völlig niedergeworfen und so den Wünschen der deutschen Politik gefügig gemacht werden müßte[96]. Der Gedanke der europäischen Kulturgemeinschaft bedeutete ihm nichts, ebensowenig die Konzeption des kontinentaleuropäischen Gleichgewichts. Ebenso bedenkenlos wie D. Schäfer unterstützte er die Propaganda zugunsten einer Eingliederung Belgiens und die U-Boot-Agitation[97].

Seine politische Haltung wurde bestimmt durch sein Rußlandbild. Schon zur Zeit des Kriegsausbruches, so sahen wir, trat er einer generellen Verdammung des Zarenreiches entgegen. Die Aggressivität der russischen Politik begründete er nicht mit dem russischen Volkscharakter, sondern hielt sie für das Ergebnis einer rein auf Gefühlen aufgebauten Hetze der panslawistisch gesonnenen Clique. Gleichzeitig warnte er vor einer Unterschätzung der inneren Festigkeit des Zarenreichs, und hielt das gemeinsame Band, das alle dort lebenden Nationalitäten umschlang, für stärker als die Gegensätze, die sie voneinander trennten[98].

Solche Vorstellungen, die einem auch bei Spahn begegnen[99], standen im Gegensatz zu der Propaganda, die von den baltischen Kreisen ausging. J. Haller wurde ihr Sprecher, als er 1917 gegen Hoetzsch in einem der schärfsten Angriffe Front machte, die sich ein deutscher Professor im Weltkrieg gegen einen Kollegen erlaubt hat. Hoetzsch wurde bei ihm die „russische Gefahr im eigenen Hause"; seinem Rußlandbild setzte Haller die Vorstellung von dem tatarisch-asiatischen Wesen des russischen Volkes entgegen, das seine Zwangsherrschaft über eine Vielzahl fremder Nationalitäten errichtet hätte, zu denen er auch die Ukrainer rechnete. Jetzt drohte der russisch-asiatische Expansionismus auch auf Europa überzugreifen. Wer diese Gefahr vertuschte, sei selbst als „russische Gefahr" zu bekämpfen[100].

Die politischen Linien überschnitten sich an dieser Stelle, da sich auch bei den Gemäßigten bis zu Max Weber hin (der sonst politisch kaum etwas mit Haller gemeinsam hatte) über Rußland und die russische Gefahr ganz ähnliche Anschauungen durchgesetzt hatten[101]. Allerdings bestand während des ersten Kriegsjahres auch in diesem Kreis noch durchaus die Bereitschaft zu einem Ausgleich mit Rußland, zumal sich selbst Gemäßigte wie Delbrück und Meinecke zunächst von der allgemeinen Englandfeindschaft beeinflussen ließen[102]. Seit dem Sommer 1915, so sahen wir, drang dann aber mit dem Hervortreten der östlichen Annexionswünsche eine immer deutlichere antirussische Tendenz durch, bis Delbrück im Spätsommer 1916 so weit ging, einen deutsch-russischen Sonderfrieden als das „größte Unglück" zu bezeichnen, das Deutschland überhaupt zustoßen könnte; denn die deutsche Politik würde damit auf den Weg westeuropäischer Kompensationen, d. h. auf die Bahn Napoleons, gedrängt und nach außen und *auch im Innern* zu russischen Gewaltmethoden gezwungen werden.[103]

Damit hatte er sich in ähnlicher Weise gegen Rußland festgelegt wie Hoetzsch

gegen England. Die persönlichen Motive und äußeren Einflüsse, die Delbrück zu dieser Wendung veranlaßt haben, lassen sich nicht auf eine einfache Formel bringen: In der Öffentlichkeit hat er vor allem 1916 Hoetzschs östliche Orientierung dadurch zu widerlegen gesucht, daß er Rußland als den in der Zukunft mächtigeren und darum gefährlicheren Gegner Deutschlands hinstellte[104]. Eine ausführliche Begründung für dieses Urteil etwa in der Gestalt einer gründlichen Strukturanalyse des Zarenreiches blieb er seinen Lesern schuldig (anders als in seinem entgegengesetzten Urteil über England!)[105]. Seine Einschätzung Rußlands stand auch in eigenartigem Widerspruch zu der ihm wohl vertrauten militärischen Lage: Als die Russen in Ostpreußen standen, erblickte er in England den Hauptgegner Deutschlands; nachdem es den deutschen Truppen gelungen war, die Russen bis weit hinter ihre eigenen Grenzen zurückzudrängen, wurde das Zarenreich auf einmal der gefährlichste Gegner. So liegt die Annahme nahe, daß die Besorgnisse über die russische Gefahr nicht der einzige und nicht einmal der wichtigste Grund dafür waren, daß Delbrück sich schließlich gegen diesen „Hauptfeind" so festgelegt hat. An erster Stelle wäre hier wohl stattdessen die Unterstützung östlicher Expansionspläne zu nennen, zu der er sich im Sommer 1915, z. T. aus innenpolitischen Motiven heraus, entschlossen hatte[106]. Aber warum wollte er die deutschen Grenzen gerade im Osten vorschieben? Wäre nicht auch eine Erweiterung des deutschen Territoriums im Westen möglich gewesen, wenn sich die deutsche Politik vorher den Rückhalt oder wenigstens die wohlwollende Neutralität Rußlands gesichert hätte, wie dies Hoetzsch befürwortete? Die Antwort auf diese Frage ist, wie schon dargelegt, in Delbrücks Gleichgewichtslehre, aber auch in seiner Vorstellung von der Einheit der abendländischen Kulturnationen zu suchen, die er zusammen von den Mittelmächten gegen das „Moskowitertum" verteidigt sehen wollte[107]. Zusammen mit liberalisierenden Tendenzen sprachen die weltanschaulichen Überzeugungen, die Delbrück und seinen Freunden einen Kompromißfrieden generell nahelegten, auch dafür, diesen Frieden zuerst bei den Westmächten zu suchen. Delbrück selbst hat diese Deutung der Motive für seine Friedenskonzeption einmal zurückgewiesen[108], und tatsächlich fühlte er sich in seiner Stellung in den osteuropäischen Kriegszielfragen keineswegs so sicher und selbständig wie in seiner Haltung gegenüber den Westmächten. Er wurde dort eher zum Spiegelbild verschiedener politischer Einflüsse. Diese waren teils baltischen, teils liberalen Ursprungs. „Baltisch" war das Axiom von der russischen Gefahr für die deutsche Kultur — Paul Rohrbach und A. v. Harnack dürften hier auf ihn eingewirkt haben —, „liberal" waren die Hoffnungen, Deutschland könnte im Osten als Völkerbefreier auftreten. Alfred Weber haben wir als einen Exponenten dieser Richtung bereits kennengelernt. Man darf vielleicht sogar annehmen, daß der baltische Einfluß in dieser Frage bei Delbrück das stärkere Gewicht besaß; denn er ging in seiner schroff antirussischen Einstellung, die ihn einen Sonderfrieden mit dem Zarenreich ablehnen ließ, als die relativ besten Aussichten dafür bestanden, weiter als Max Weber oder auch F. Meinecke[109].

Der Zusammenbruch der Zarenherrschaft, von den wenigsten erwartet (Ausnahmen: J. Haller und Th. Schiemann[110]), gab allen Propheten der russischen Gefahr für die deutsche Zukunft zunächst Unrecht, und Delbrück mußte zugeben, daß er die innere Kraft des Zarenreiches erheblich überschätzt hätte[111]. Einige Russophoben — Max Weber geriet hier in eigenartige Nähe zu D. Schäfer — befürchteten zwar eher eine Intensivierung als eine Abschwächung des russischen Nationalismus und Imperialismus als Folge der bürgerlichen Machtübernahme im einstigen Zarenreich[112], und die führenden baltischen Annexionisten (Seeberg[113]) blieben ohnehin unbeirrt bei ihren östlichen Expansionsforderungen. Aber im ganzen kam es jetzt doch zu einer Frontverschiebung. Baltische und liberale Wünsche harmonierten nun nicht mehr so gut wie bisher, weil die meisten „Gemäßigten" — Delbrück, Meinecke, A. und auch M. Weber — nach der Märzrevolution einen Separatfrieden mit dem neuen Rußland nicht mehr für indiskutabel hielten und damit erneut die weltanschauliche Komponente ihrer Kriegszielkonzeption verrieten[114].

Aus einer Denkschrift Alfred Webers vom Mai 1917 geht diese neue Lagebeurteilung besonders deutlich hervor: Deutschland müsse durch weitgehendes Entgegenkommen, so lesen wir, die antiwestlichen, friedenswilligen Elemente im politischen Leben Rußlands stärken; es sollte deshalb auf Annexionen verzichten und nur auf der Selbständigkeit der Randvölker des ehemaligen Zarenreiches bestehen. Angesichts der Bildung eines anglo-amerikanischen Weltbundes könne das Reich eine Mittelstellung zwischen dem neuen Rußland und den Westmächten nicht mehr einnehmen; es müßte deshalb eine Versöhnung mit Rußland und, wenn möglich, mit Frankreich anstreben[115]. Damit hatte die Konzeption eines überdimensionalen Kontinentalbundes, die zunächst nur O. Hoetzsch vertreten hatte, auch bei den Gemäßigten einen Anhänger gefunden. Ihm schlossen sich bald Delbrück und Meinecke an, letzter sogar mit der Hoffnung auf eine Einbeziehung Japans in dieses System[116].

Erst die russische Oktoberrevolution ließ die Vertreter einer „östlichen Orientierung" unter den deutschen Hochschullehrern (diesmal endgültig!) verstummen[117].

V.

Ähnlich wie Hoetzsch für Rußland, so bildete Delbrück für *England* den Mittelpunkt der Bestrebungen, die auf einen Ausgleich hinarbeiteten. Wieder spielte die allgemeine Einschätzung der Zukunftsaussichten dieser Macht eine wichtige Rolle. Delbrücks Prognosen, die wir bereits kennengelernt haben[118], schienen durch die Kriegsereignisse nur bestätigt worden zu sein. Wurde die Desintegration des Empire, auf die er seit Kriegsbeginn gehofft hatte, nicht durch die Entwicklung der U-Boot-Waffe, die die Vorteile der insularen Lage Englands immer weiter aufhob, beschleunigt? Der Prestigeverlust, den das englische Mutterland bei seinen Kolonien erlitten hatte, die soziale Umwälzung, die der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht folgen müßte, endlich die Notwendig-

keit einer „Neubildung des völlig verbrauchten parlamentarischen Zweiparteiensystems“ würden, wie Delbrück glaubte, England nach dem Kriege so sehr in Anspruch nehmen, daß es den weltpolitischen Bestrebungen Deutschlands nicht mehr in den Weg treten würde[119].

Welche praktischen Mittel gab es, um den Weg zu einem deutsch-englischen Verständigungsfrieden zu ebnen? Eine wichtige Voraussetzung bestand in Delbrücks Augen darin, daß man die breite Öffentlichkeit auf eine solche Wendung vorbereitete, indem man den Haß dämpfte, der auf beiden Seiten im Laufe des Krieges entstanden war. Als Historiker glaubte er, seinen Teil dazu beitragen zu können, wenn er die weitverbreitete Vorstellung bekämpfte, als hätte Deutschland in England den Hauptkriegsschuldigen zu erblicken, der aus Handelsneid Europa in den Krieg gestürzt hätte. Stattdessen, so wies er nach, sei es die Furcht vor dem Verfall seiner maritimen Monopolstellung gewesen, die England veranlaßt hätte, seine Politik immer mehr an die Rußlands zu ketten, bis es im Schlepptau Petersburgs den russischen Angriff auf die Mittelmächte nicht mehr hätte verhindern können[120].

Aber nicht nur auf die deutsche, auch auf die englische öffentliche Meinung hoffte er einwirken zu können. Er wurde dabei bestimmt von der Theorie der „zwei Englands“ — dem friedlichen, deutschfreundlichen und dem imperialistischen, deutschfeindlichen —, der wir bereits in den ersten Kriegsmonaten begegnet sind[121]. Diese Vorstellung hat sich bei ihm und seinen Freunden im Laufe des Krieges nur noch verfestigt, und den Glauben an das Vorhandensein einer „Opposition“, welche die offizielle englische Kriegspolitik ablehnte, hat er während des Krieges nie verloren. Diese Opposition galt es moralisch zu stärken und zu ermutigen, was nur möglich war, wenn auch Deutschland sich in seinen Kriegszielforderungen Mäßigung auferlegte. Schon im Dezember 1915 hatte Delbrück dem Reichskanzler für seine letzte politisch maßvolle Reichstagsrede gratuliert, weil sie genau den Ton getroffen hätte, welche der feindlichen Kriegspartei am „allerwiderwärtigsten“ sein müßte[122]. Dagegen warnte er vor der Verbreitung übertrieben annexionistischer Äußerungen, da diese nur geeignet seien, den Durchhaltewillen der Feinde zu festigen und die friedenswilligen Strömungen zu schwächen[123].

Nach dem Scheitern der feindlichen Offensive an der Somme hat er dann wohl sogar gehofft, daß sich innerhalb der englischen Regierung eine friedensgeneigte Stimmung würde durchsetzen können[124]. Der Sturz des Kabinetts Asquith und die Ernennung Lloyd Georges zum englischen Premierminister enttäuschten diese Erwartungen, und es kam ihm von nun an darauf an, die englische „Friedenspartei“ *gegen* die englische Regierung mobilzumachen, deren Stellung im Parlament er für keineswegs gesichert hielt[125]. Deutschlands Friedensbereitschaft könnte freilich nur bei einer öffentlichen Distanzierung des Reiches von allen ‚napoleonischen' Annexionsplänen glaubhaft sein. Dazu sollte in erster Linie eine Erklärung dienen, die Deutschlands Bereitschaft zu einer Freigabe Belgiens zum Ausdruck zu bringen hätte. Seit November 1915 hat Delbrück,

wie wir bereits wissen, die Reichsregierung immer wieder zu diesem Schritt gedrängt, zur Zeit der päpstlichen Friedensaktion im Sommer 1917 auch öffentlich[126]. Er erwartete damals „mit Bestimmtheit“, daß eine unumwundene deutsche Freigabeerklärung für Belgien Lloyd George stürzen und „noch in diesem Jahre“ einen annehmbaren Frieden bringen würde[127].

Zum letzten Male zeigten sich Aussichten auf einen Verständigungsfrieden, als mit der Denkschrift Lansdownes vom 27. 9. 1917 verständigungsbereite Strömungen in England öffentlich zu Worte kamen. Der Eindruck dieser Publikation in Delbrücks Umgebung soll „sensationell“ gewesen sein[128]. Um so größer war die Enttäuschung, als auch diesmal die immer wieder geforderte Belgienerklärung der deutschen Regierung ausblieb. Deprimiert und „verzweifelt“ mußte Delbrück zugeben, daß keine Aussicht bestand, daß die Führung des Reiches sich seine Konzeption eines Verständigungsfriedens zu eigen machte[129].

Das Vorgehen, das Delbrück für die Anbahnung einer Verständigung vorschlug, zeigt, wie groß das Gewicht war, das er dem Einfluß der öffentlichen Meinung auf den Gang der Politik zuschrieb[130].

Auf der gleichen Überzeugung beruhten nun auch seine Bemühungen, die 1916 einsetzten und darauf abzielten, die Aufmerksamkeit Deutschlands auf die maßgebliche Rolle hinzulenken, die die Ideen des *Pazifismus* bei den Feindmächten und bei den Neutralen spielten.

In Deutschland waren die nie sehr starken pazifistischen Strömungen bei Kriegsausbruch bis auf wenige schmale und isolierte „Rinnsale“ versiegt[131]. Erst Anfang 1916 fand der Pazifismus in der Öffentlichkeit wieder einen angesehenen Vertreter in dem Münchener Philosophieprofessor Friedrich Wilhelm Foerster. An Constantin Frantz anknüpfend, unterzog dieser die politische Gedankenwelt, die in Deutschland vorherrschte, in einem in der Schweiz erscheinenden Aufsatz einer radikalen Kritik[132]: Das deutsche Reich sei der ihm seit dem Mittelalter zufallenden Aufgabe, den Kern einer übernationalen Föderation zu bilden, in dem Augenblick untreu geworden, als es unter Bismarcks Führung den „Irrweg in das Nationale“ angetreten hätte[133]. Foerster (übrigens ein gebürtiger Berliner) betrachtete es als seine Mission, Deutschland vor der Weiterverfolgung dieses Weges zu warnen, es von dem „neudeutschen“ Einfluß zu reinigen und auf den Zustand zurückzuführen, in dem es sich vor seiner „Verpreußung“ befunden hätte[134]. Die Alternative zu dem von ihm bekämpften Nationalismus sah er in der Idee eines weltumspannenden Föderalismus, der dem Geist christlicher Nächstenliebe in der Politik Eingang verschaffen sollte[135]. Sittliche Einkehr wäre deshalb bei allen Völkern nötig — auch oder besser: gerade in diesem Kriege. Sie müßten lernen, auf pharisäerhafte Anklagen gegeneinander zu verzichten, und sich stattdessen dazu bereitfinden, den eigenen Schuldanteil am Ausbruch des Weltkrieges offen anzuerkennen. Nur aus dieser Haltung heraus würden sie einen Frieden der Versöhnung erlangen, der im Zeichen der Anerkennung des Rechts des anderen, einer Entspannung des „Ichkrampfes“ abgeschlossen werden sollte[136].

Foersters rigorose Übertragung ethischer Normen von der individuellen auf

die staatliche Sphäre, sein „Tut Buße", das er vor allem seinen eigenen Landsleuten zurief, stand in denkbar scharfem Widerspruch zu der nationalistisch überhitzten Atmosphäre seiner Zeit. Dies bekam er persönlich sehr bald nach dem Erscheinen seines Artikels zu spüren: Er zog das einmütige Verdammungsurteil seiner Kollegen auf sich und sah sich an seiner Universität weitgehend isoliert[137].

Wenn er die gesamte politische Entwicklung Deutschlands seit Bismarck in Bausch und Bogen verurteilte, mußte er vor allem bei den deutschen Historikern auf Widerspruch stoßen, für welche die Politik des Reichsgründers zu einer generellen Norm für richtiges politisches Verhalten geworden war[138]. E. Marcks machte sich zum Sprecher dieser Gelehrten. Er beschuldigte Foerster der (vielleicht ungewollten) Unterstützung der feindlichen Propaganda, sprach ihm jedes Verständnis für die Politik ab, da er das Machtprinzip aus ihr zu verbannen suchte[139]. Foersters Kritik stellte er das Bekenntnis zum „Rückgrat des nationalen Staates" gegenüber, so wie ihn Bismarck für die Deutschen geschaffen hätte; denn nur unter preußischer Führung hätte das jahrhundertelange Sehnen der Deutschen nach staatlicher Größe seine Erfüllung finden können[140].

Wie Marcks die historischen, so stellte Max Weber die weltanschaulichen Prämissen Foersters in Frage: Wenn er überhaupt zu verwirklichen sei, dann müsse der Versuch, die Gebote des Evangeliums auf das diesseitige Leben und die Politik zu übertragen, *ganz* ernst genommen werden. Nach dem Vorbilde Tolstois bedeute ein solcher Pazifismus nicht nur einen Verzicht auf den wirtschaftlichen Kampf ums Dasein, sondern auch auf friedliche Kulturarbeit. Das Evangelium stand für M. Weber grundsätzlich im Gegensatz zu den Forderungen und Gesetzlichkeiten der sozialen Welt und der diesseitigen Kultur; es widersprach dem Streben nach „Größe der Kreatur"[141].

Deutschland hatte jedoch in Webers Augen im Weltkrieg eine Kulturaufgabe zu erfüllen, die er ganz ähnlich auffaßte wie die übrigen liberalen Interpreten der deutschen Weltkriegspolitik. Es hatte die Einzelkulturen in ihrer individuellen Eigenart vor einer einseitigen Beeinflussung durch England und Rußland zu beschützen. Es trug deshalb in diesem Kampf, der ihm vom Schicksal auferlegt worden war, eine Verantwortung vor der Geschichte, von der es auch die Gebote des Pazifismus nicht dispensieren konnten[142].

Foersters Ansichten konnten schon deshalb nicht viel Zustimmung finden, weil er meist bei dem Ruf nach moralischer Besserung des Individuums stehenblieb, nie aber eindeutig die Frage beantwortete, mit welchen politischen Mitteln er seine hohen Postulate zu verwirklichen gedachte: Ein übernationales Programm wie „Mitteleuropa" hatte er in Verkennung seines Wesens abgelehnt[143], gleichzeitig aber auch die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die er mit einem überspitzten Nationalismus gleichsetzte[144]. Praktisch hatte er damit alle Wege ausgeschlagen, auf denen seine Ideen in die politische Wirklichkeit hätten übertragen werden können.

Anders als Foerster kam es dem pazifistischen Völkerrechtler an der Universität Marburg, Walther Schücking, nicht so sehr auf eine theoretische Begründung seiner Überzeugungen als vielmehr auf deren Realisierung an. Die geeigneten Ansatzpunkte dafür lieferten die Schiedsgerichtspläne der Haager Konferenz von 1907, die, wie er glaubte, wahrscheinlich sogar den Ausbruch des Weltkrieges hätten verhindern können, wenn sie rechtzeitig zur Ausführung gelangt wären[145]. Deutschland hatte diese Pläne zurückgewiesen und damit nicht nur einen schweren taktischen Fehler gemacht, sondern auch mit dazu beigetragen, daß der Weltkrieg nicht vermieden worden war.

Der Weltkrieg ließ Schücking die Verwirklichung der Idee eines Weltschiedsgerichts nur noch dringender erscheinen. Mußte doch in Zukunft verhindert werden, daß die einzelnen Regierungen sich (wie in der Julikrise 1914) zu einem überstürzten Kriegsentschluß gedrängt fühlten, nur weil es an ausreichenden Möglichkeiten gegenseitiger Verständigung fehlte. Diesem Mangel sollte die Errichtung eines internationalen Vermittlungsamtes abhelfen, das politische Konflikte, die mit juristischen Normen allein nicht faßbar waren, schlichten sollte, während reine Rechtsstreitigkeiten einem Weltschiedsgericht unterbreitet werden müßten[146].

Die Anrufung des Vermittlungsamtes bei internationalen Streitfällen sollte obligatorisch sein, seine Entscheidung jedoch formal unverbindlich. Daß seinem Schiedsspruch trotzdem politisches Gewicht zukäme, dafür, so hoffte er, würde die öffentliche Weltmeinung sorgen, die nicht dulden würde, daß ein Staat einen Krieg entfesselte, nachdem er sich durch sein politisches Vorgehen nach dem Urteil einer international anerkannten Behörde vor aller Welt ins Unrecht gesetzt hätte. Der betreffende Staat würde also moralisch isoliert sein, was für ihn auch recht empfindliche praktische Konsequenzen gehabt hätte, z. B. würde er dann mit keinerlei wirtschaftlicher Unterstützung von Seiten der Neutralen rechnen können[147]. Erst nachdem dieses Amt in Funktion getreten wäre, sah Schücking auch die Einführung einer allgemeinen Abrüstung und die Bildung einer mit militärischen Machtmitteln ausgerüsteten Weltexekutive vor[148].

In einer Denkschrift, die er im Januar 1916 der deutschen Regierung unterbreitete, versuchte er diese Gedanken dadurch annehmbar zu machen, daß er sie mit der Forderung nach der Freiheit der Meere verknüpfte. Auf dem Wege diplomatischer Vermittlung sollte England dazu bewogen werden, das Prinzip der Freiheit der Meere anzuerkennen. Als Gegenleistung sollte das Reich sich dazu bereitfinden, England Garantien für seine künftige Sicherheit dadurch zu geben, daß es sich zum Beitritt zu einer internationalen Rechtsordnung verpflichtete. Schücking wies nach, daß Deutschland damit den Wünschen starker Strömungen in der französischen und englischen Öffentlichkeit entgegenkam; selbst Grey sollte mit dieser Art von Pazifismus sympathisieren. Wenn die Reichsleitung ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der Ausführung dieser Pläne öffentlich bekundete, müßten die ehrlichen Anhänger des Pazifismus bei den Feinden ermutigt werden; die Kreise jedoch, die nur nach außen pazifistischen, tatsächlich aber imperialistischen Ideen anhingen, wären gezwungen, Farbe zu

bekennen[149]. Selbst wenn ein solches Vorgehen zu keinem greifbaren Erfolg im Sinne eines Verständigungsfriedens führte, würde es doch auf jeden Fall die Geschlossenheit der Heimatfront in England und Frankreich erschüttern. Machte sich die deutsche Politik pazifistische Ideen zu eigen, so handelte sie also auch in rein nationalem Interesse[150].

In diesem letzten Punkt berührt sich Schücking mit H. Delbrück, der Anfang 1916 ebenfalls dessen Denkschrift erhalten hatte[151]; denn auch dieser hatte ja gehofft, daß politische Mäßigung in Deutschland zu einer Stärkung der friedenswilligen Elemente in der englischen Öffentlichkeit führen würde[152]. Vielleicht mit unter dem Einfluß Schückings hat er sich auch von der Stärke der pazifistischen Strömungen bei den Westmächten und besonders bei den Neutralen, z. B. in Amerika, überzeugen lassen. Deutschland könne seine diplomatische Stellung nur verbessern, schrieb er bereits im Mai 1916[153], wenn es sich gegenüber dem westlichen Pazifismus zu einigen Konzessionen verstünde. Angesichts der immer schwierigeren militärischen Lage Deutschlands erlangten diese Erwägungen für Delbrück eine solche Bedeutung, daß er mehrfach mit leitenden politischen Stellen über sie verhandelte, bis er sie, als Denkschrift zusammengefaßt, im September 1916 dem Reichskanzler unterbreitete: „Eine Hauptschwierigkeit des abzuschließenden Friedens“, heißt es dort,

> „liegt in der Vorstellung der Westmächte, daß, wenn Deutschland ungeschwächt aus dem Kriege hervorgeht, sie zukünftig der Gefahr einer deutschen Hegemonie . . . ausgesetzt seien . . .[154]“

Es käme darauf an, daß das Reich den Westmächten Bürgschaften leistete, die diesen Argwohn entkräften könnten. Eine derartige Bürgschaft läge in der Anerkennung des Schiedsgerichtsprinzips. Würde sich die deutsche Politik zu diesem Schritt entschließen, so würde sie einen mäßigenden Einfluß auf die Öffentlichkeit gerade der Westmächte ausüben, denn dort sei „der Glaube oder, wenn man will, Aberglaube der Schiedsgerichtsbarkeit . . . eine große Macht“ geworden. Auch Abrüstungsplänen, soweit sie die Flotte beträfen, brauchte sich Deutschland nicht mehr völlig zu verschließen; denn die Bedeutung der Dreadnoughts sei durch die Entwicklung der U-Boote stark zurückgegangen. Erklärte sich die deutsche Regierung bereit, den Bau großer Kampfschiffe einzuschränken, so würde sie damit den Kriegsparteien in den gegnerischen Staaten eine wichtige propagandistische Waffe aus der Hand winden; aber auch eine amerikanische Friedensvermittlung, die er für die nächste Zeit erwartete und die in seinen Augen keineswegs den deutschen Interessen zuwiderlief, müßte erleichtert werden, wenn sich Deutschland zu dieser Politik entschloß:

> „Gerade in Amerika ist . . . der pazifistische Aberglaube von ganz besonderer Stärke. In dem Augenblick, wo Deutschland diesem Götzen ein Opfer bringt, würde in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten eine starke Strömung entstehen, die den Präsidenten vorwärtstriebe, auf diesem Wege den Frieden zu vermitteln, und Deutschland wäre in der Lage, um rein ideologische Konzessionen reale Gewinne einzutauschen[155].“

Deutschland würde damit zwar den Standpunkt verleugnen, den es in der Vorkriegszeit eingenommen hätte; aber dies sei doch nur eine scheinbare Demütigung, die in keinem Verhältnis stehe zu den Vorteilen, die es aus einem solchen Vorgehen ziehen könnte.

Delbrück konnte seine Gedanken, die zunächst selbst in seiner nächsten Umgebung auf schwerste Bedenken stießen[156], unter der Formel eines „realpolitischen Pazifismus“ erst Ende Oktober 1916 der deutschen Öffentlichkeit vorlegen[157]. Er ging dabei im einzelnen die Einwände durch, die er wohl selbst vor noch nicht allzu langer Zeit pazifistischen Projekten gegenüber erhoben hätte. Da war zunächst das Fehlen einer starken Exekutive, die den Beschlüssen eines Schiedsgerichts Nachdruck verliehen hätte — Delbrück glaubte, diesen Mangel durch wirksame Boykottmaßnahmen ausgleichen zu können. Lag überhaupt eine völkerrechtliche Fixierung des durch den Krieg geschaffenen Zustandes im deutschen Interesse? Delbrück bejahte diese Frage. Am schwersten wogen die Bedenken, die eine Voreingenommenheit der internationalen Organisationen gegen das „eingekreiste“ Deutschland und dazu militärische Nachteile befürchten ließen[158]. Im Vergleich zu ihnen hielt er aber die Vorteile für größer, die sich für das Reich ergäben, wenn es sich ideologisch dem Pazifismus annäherte:

> „Versuchen wir es auch einmal mit dem Pazifismus. Er ist absurd, aber credo quia absurdum, hat Tertullian gesagt, und welche Weltmacht ist dieses Wort geworden[159].“

War es nur eine kluge, manchmal fast machiavellistisch anmutende Taktik, die er hier vorschlug? Die Tatsache, daß er an dem Gedanken der Unzerstörbarkeit der europäischen Kulturgemeinschaft während des ganzen Krieges festgehalten hat und sich damit von vornherein in der Nachbarschaft der Pazifisten befand, deutet auf tiefere Motive. Daß er in seiner Annäherung an den Pazifismus über das bloß Taktische hinausging, zeigt auch eine Äußerung, mit der er wenige Wochen später (Ende Januar 1917) zu der Friedensvermittlung Wilsons Stellung nahm:

> „Aber möge der Krieg auch noch so lange fortdauern, schließlich wird man doch auf diese Wilsonsche Rede zurückkommen müssen und sich namentlich der schönen und tiefsinnigen Sätze erinnern, in denen der Präsident darlegt, daß ein Friede nach diesem Kriege, der dem Besiegten Demütigungen und unerträgliche Opfer auferlege, kein dauernder sei, sondern auf Flugsand ruhen würde . . .[160]“

Nach dem Zusammenbruch Rußlands tat er noch einen Schritt weiter und befürwortete Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung nach dem Kriege, in der Hoffnung, daß auch dies ein Weg sei, der zu einem haltbareren Frieden führen würde[161].

Delbrück ist mit diesen Überzeugungen nicht ohne Einfluß auf Bethmann Hollweg geblieben. Er hatte die Genugtuung, daß wenige Tage nach dem Er-

scheinen seines Artikels über den „realpolitischen Pazifismus" am 9. 11. 1916 der deutsche Reichskanzler vor dem Hauptausschuß des Reichstages die Bereitschaft der Reichsleitung verkündete, an der Schaffung eines weltumfassenden Friedensbundes und der Errichtung eines allgemeinen Schiedsgerichtes mitzuarbeiten[162].

Es ist dies einer der wenigen Fälle, bei denen sich nachweisen läßt, daß der Einfluß eines deutschen Gelehrten direkt auf die Entschlüsse der Reichsregierung eingewirkt hat, ein Sieg der gemäßigten Richtung, der doch nur eine Episode blieb; denn wenige Wochen später entschied sich die deutsche Führung für den unbeschränkten U-Boot-Krieg und damit für die Politik, die die Siegfriedensanhänger gefordert hatten.

Ähnlich wie in der Belgienfrage nahm Delbrück auch in seiner neuen Einstellung zum Pazifismus eine Wendung vorweg, welche die meisten seiner politischen Freunde, z. B. F. Meinecke, O. Hintze oder L. Brentano[163], erst 1917 und dann noch mit starken Vorbehalten vollzogen. Für die Annexionisten, so sahen wir bereits, blieb der Pazifismus bis zum Ende des Krieges indiskutabel.[164]

VI.

Die Zusammenarbeit zwischen deutscher Regierung und Delbrück in der Vorbereitung der Bethmannschen Erklärung vom 9. 11. 1916 leitet über zu der Frage nach dem Einfluß, den die verschiedenen Professoren und Professorengruppen mit ihren Anschauungen in dem Streit um den Verständigungsfrieden nach „oben" (auf die Führung des Reiches) und nach „unten" (auf die Öffentlichkeit) ausgeübt haben.

Unter den „Gemäßigten" stand Delbrück der Reichsleitung am nächsten — näher als z. B. Max Weber, dessen Kriegszielvorstellungen sich zwar mit denen Delbrücks vielfach deckten, der aber dem Kanzler gegenüber eine im Laufe des Krieges zunehmend kritische Haltung einnahm[165]. Auch Delbrück sah sich in wichtigen Einzelpunkten, z. B. im Belgienproblem und, wie wir sehen werden[166], in Fragen der innenpolitischen Taktik, zum Widerspruch gegen die amtliche Politik veranlaßt[167]. Trotzdem hat er Bethmann als verantwortlichen Leiter der deutschen Politik bis zu dessen Sturz getreu und nach Kräften unterstützt; denn es blieb seine Überzeugung, daß nur dieser „Neuschöpfer der deutschen Nationaleinheit" imstande sei, der alldeutschen „nationaldemagogischen Agitation" (der „größten Gefahr, der wir heute ausgesetzt sind!") zu widerstehen und damit den inneren Zusammenhalt des deutschen Volkes zu gewährleisten[168].

Als Verteidiger der Politik der Reichsleitung hat er dann auch die Juliresolution des Reichstages als „Vereinigung höchster militärischer Kraftentfaltung" mit „politischer Mäßigung" unterstützt, obwohl er — hier nicht allein stehend — an der Wahl des Zeitpunktes einige Vorbehalte äußerte[169].

Mit dem Sturz Bethmanns riß die Verbindung der Gemäßigten zur obersten politischen Leitung vorerst ab — sie liefen Gefahr (was Meinecke 1916 schon gefürchtet hatte), politisch „heimatlos" zu werden[170]. Versuche, über den Kabinettschef von Valentini den Gang der Dinge zu beeinflussen, blieben, wie noch zu zeigen, ebenso erfolglos wie Fühlungnahmen mit dem neuen Staatssekretär im Auswärtigen Amt Kühlmann, der durch F. Meinecke mit dem Kreis der Gemäßigten in Berührung gekommen war und den Delbrück zur Zeit der päpstlichen Friedensaktion in mehreren Unterredungen zu einer Erklärung über die Freigabe Belgiens drängte[171]. Ohne Erfolg! Kühlmann hielt einen solchen Schritt außenpolitisch für verfrüht und innenpolitisch für zu riskant[172].

Die Breitenwirkung der Annexionisten hatte den Anhängern einer gemäßigten Politik schon im Frühjahr 1916 die Schwäche ihrer Stellung in der Öffentlichkeit vor Augen geführt. Um diesem Mangel abzuhelfen und den alldeutschen Gegnern des Kanzlers die Initiative in der Kriegszielerörterung zu entreißen, schlug Erzberger zusammen mit Ulrich Rauscher, einem Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung, Mitte April 1916 der Reichsleitung die Organisation einer Propaganda-Zentrale vor. Diese sollte, nominell unabhängig, die öffentliche Meinung für die Politik Bethmanns zu gewinnen suchen[173]. Auswärtiges Amt und Reichskanzlei stimmten diesem Plan sogleich zu, und Anfang Juli 1916 trat ein „Deutscher Nationalausschuß" unter dem Vorsitz des Fürsten Wedel an die Öffentlichkeit[174].

Zur Gründungsprominenz gehörten als Vertreter der Universitäten die Professoren v. Harnack, Kahl, Wiedenfeld, E. Fischer, Fleischmann (Königsberg) und Mausbach (Münster) — alle uns längst vertraute Repräsentanten der gemäßigten Richtung. Mit Louis und Hermann Röchling, August Thyssen, Peter Kloeckner und Freiherr von Bodenhausen (Mitglied des Kruppdirektoriums) konnten aber auch einige führende Industrielle gewonnen werden — ein wichtiges Gegengewicht gegen die industriellen Geldgeber der Alldeutschen, wie es schien[175].

In Taktik und Organisation lehnte sich der Nationalausschuß eng an das Vorbild des Schäferschen Komitees an: Auch er hob seine Unabhängigkeit hervor; die amtlichen Initiatoren blieben für die Öffentlichkeit unsichtbar; in der Mitgliedschaft erstrebte man einen möglichst breiten Ausschnitt aus der Öffentlichkeit. Erste Aufgabe war, die Presse im Sinne des Ausschusses mit Informationen zu versorgen. Zu diesem Zweck wurde die „Deutsche Nachrichten-Verkehrsgesellschaft" gegründet. In der Provinz fiel die gleiche Aufgabe an Vertrauensleute, unter denen sich auch wieder einige Professoren (z. B. Fleischmann in Königsberg) befanden. Die Bildung von Ortsgruppen wurde ins Auge gefaßt[176].

Hauptziel des National-Ausschusses aber war, das schwer erschütterte Vertrauen zu dem Reichskanzler und seiner Politik der mittleren Linie zwischen den Extremen wiederherzustellen[177]. Strittige Punkte, besonders die U-Boot-Frage, wurden deshalb aus der internen Diskussion tunlichst ausgeklammert; für die Kriegsziele wurde mit der Formel: „Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen", ein Kompromiß gefunden[178].

Bethmann Hollweg billigte natürlich die Arbeit des Ausschusses, an der hinter den Kulissen seine engsten Ratgeber (Wahnschaffe und Riezler) mitwirkten, und er drückte v. Harnack seinen Dank dafür aus, daß dieser der „verhängnisvollen Irreführung des öffentlichen Geistes durch die Extreme von beiden

Seiten" ... „entgegenarbeite"[179]. Seine aktive Mitwirkung beschränkte er indessen darauf, dem Ausschuß die Grenzen seines Tätigkeitsbereiches einzuschärfen: Dieser sollte auf keinen Fall eine detaillierte Kriegsziel-Diskussion und erst recht nicht eine womöglich demoralisierende Friedenskampagne in Gang bringen[180].

Diese Ermahnungen bezogen sich bereits auf den Plan des Ausschusses, am 1. August 1916, „an der Schwelle des dritten Kriegsjahres", in 40 größeren Städten gleichzeitig Kundgebungen für die Politik der Reichsleitung zu inszenieren. Als Redner waren außer einigen prominenten Führern der Links- und Mittelparteien an erster Stelle angesehene Gelehrte vorgesehen[181]. Für die Aufgabe, das „Positive, Einigende und bereits Erreichte", insbesondere die innere Einigung, herauszuheben, schienen diese mit Recht am geeignetsten zu sein; entsprach sie doch ihrer uns bereits bekannten Auffassung über die eigene Funktion an der Heimatfront[182].

Tatsächlich gelang es, eine stattliche Reihe von ihnen zu gewinnen: neben A. v. Harnack und W. Kahl u. a. O. Baumgarten, W. Goetz, Max Weber, J. Hashagen und E. Marcks —keineswegs alle Bewunderer des Kanzlers![183]

Hatte man indessen gehofft, in der Öffentlichkeit einen einheitlichen Willen im Sinne der Reichsleitung herzustellen und zu demonstrieren, so hatte man sich gründlich verrechnet; denn die Reden, die am 1. August gehalten wurden, glichen mehr einem Abbild vom Stande der Kriegszieldiskussion als einem einmütigen Bekenntnis[184].

Daß das ganze Unternehmen dann aber binnen zwei Wochen Schiffbruch erlitt, lag an der von keinen taktischen Rücksichten getrübten Bekenntnisfreude A. v. Harnacks. In einer öffentlichen Fehde hatte er bereits Ende Juli dem alldeutschen General v. Gebsattel vorgehalten, die radikalen Annexionisten würden, wenn sie sich durchsetzten, aus Belgien ein zweites Irland machen. Er hatte damit in dieser Frage deutlicher Stellung bezogen, als den Organisatoren des Nationalausschusses wahrscheinlich lieb gewesen ist[185].

Zum Eklat aber führte seine am 1. August gehaltene Ansprache; denn dort griff er, Naumannianer, der er geblieben war, im Namen des „Geistes von 1914" die Profitsucht an, die einige Zweige der Privatindustrie im Kriege an den Tag gelegt hätten, und sagte für die Nachkriegszeit die Bildung von gemischten Unternehmungen mit staatlicher Beteiligung voraus[186]. Solche staatssozialistischen Anklänge waren in den Augen der großindustriellen Förderer des Ausschusses eine Todsünde. Sie erklärten sofort öffentlich ihren Austritt und wären höchstens zu weiterer Mitarbeit bereit gewesen, wenn die Reichsleitung auf v. Harnacks Mitwirken verzichtet hätte[187]. Dazu war diese aber wiederum nicht bereit und nahm dann noch lieber den Verlust an Prestige und das Einfrieren einer wichtigen Geldquelle des Ausschusses in Kauf[188]. Für diesen war dies ein Schlag, von dem er sich nicht mehr erholte.

Mitte August wurde im vertraulichen Rahmen des preußischen Staatsministeriums das Scheitern dieses Versuches, die Öffentlichkeit hinter Bethmann zu bringen, bereits zugegeben[189]. Alldeutsche Gegenpropaganda, die natürlich von dem Exodus der Industriellen profitierte, und Quertreibereien einiger Militärbehörden, die meinten, der Ausschuß diene mehr der Sache des Feindes als der des Vaterlandes (!), gaben dem Unternehmen den Rest[190].

Erzberger und der preußische Abgeordnete Dewitz unternahmen einen letzten Rettungsversuch, indem sie mit Billigung der Reichskanzlei Verhandlungen mit Schäfers Ausschuß einleiteten, die auf eine Fusionierung der beiden konkurrierenden Unternehmen abzielten. Obwohl sich die Unterhändler des National-Ausschusses in der Kriegszielfrage kompromißbereit zeigten, scheiterte die Verständigung an der U-Boot-Frage, die, wie gleich zu zeigen, für die Vertreter Schäfers eine alles-beherrschende Bedeutung angenommen hatte[191]. Nach einer letzten, ziemlich annexionistisch gehaltenen Kriegszielerklärung im November 1916 verschwand der National-Ausschuß von der Bildfläche[192].

Delbrück hatte sich an ihm aus gesundheitlichen Gründen nicht beteiligen können; doch war er schon vorher seinerseits an die Ausführung eines Planes gegangen, von dessen Dringlichkeit er sich nach den Erfahrungen der ersten Kriegszeit immer mehr überzeugt hatte: die publizistische Bekämpfung der Alldeutschen. Er schrieb darüber an den früheren deutschen Botschafter in London Lichnowsky: Um der „geistigen Gesundheit" des deutschen Volkes willen gäbe es für ihn „keine größere und wichtigere nationale Aufgabe" als die Vorbereitung dieses Kampfes:

> „Über kurz oder lang wird er ja auf jeden Fall ausbrechen und, wie ich nicht zweifle, ganz ungeheure Dimensionen annehmen ... Ich sehe diesen Kampf für so wichtig an, daß ich sage: Das deutsche Volk wird für alle Ewigkeit den Herren Dank schulden, die es ermöglichen, hier zu siegen ...[193]"

Delbrück hatte, wie erinnerlich, ein solches Vorgehen bereits in einer Unterredung mit dem Kanzler im November 1915 angeregt, und schon im Mai 1915 war sein Schüler Martin Hobohm im Rahmen der Zentralstelle für Auslandsdienst in halbamtlicher Funktion an die Aufgabe einer gegen die Alldeutschen gerichteten Materialsammlung gesetzt worden[194]. Dieses anti-alldeutsche Unternehmen sollte dann auch bald, wie Delbrück hoffte, an die Öffentlichkeit treten und sich dabei in seinen Methoden durchaus an das Vorbild des zu bekämpfenden Gegners anlehnen: in der Bildung von Ortsausschüssen, der Verbreitung von Flugblättern und der Versorgung der Presse mit Material[195]. Zusammen mit dem Hervortreten des National-Ausschusses im Sommer 1916 schien auch der Moment für den Beginn der Kampagne des Hobohm-Komitees gekommen. Doch schritt nun die Reichsleitung ein, weil sie fand, daß das von Hobohm gesammelte Material die deutsche Politik ingesamt kompromittieren würde[196]. So mußte die Arbeit zunächst im geheimen weitergehen, bis dann im Dezember 1916 durch die Veröffentlichung einer „National-Korrespondenz" auch das breitere Publikum von diesen Bestrebungen erfuhr. Die schon Anfang 1917 fertiggestellte antialldeutsche Sammlung ist während des Krieges nicht mehr freigegeben worden, obwohl Delbrück mehrfach darauf drängte[197]. Schon deshalb blieb dem Hobohm-Komitee eine Breitenwirkung verwehrt, wie sie Schäfer mit seinem Ausschuß und

überhaupt die Alldeutschen erzielt hatten. Hobohm verfügte zwar über weitverzweigte Querverbindungen zur bürgerlichen Linken — Fühlung mit der SPD erschien nicht ratsam und zudem überflüssig[198] —, zu einflußreichen Verlegern und auch zu Industriellen wie Rathenau und Röchling; ebenso unterstützte ihn ein großer Teil der Professoren, die 1915 die Wolff-Delbrücksche Eingabe unterzeichnet hatten, vor allem Otto Baumgarten und Walter Goetz[199]. Aber all diese Sympathieerklärungen reichten nicht aus, um dieses Unternehmen vor einer fast permanenten personellen und vor allem finanziellen Existenzkrise zu bewahren. Um einen völligen Fehlschlag zu vermeiden, mußte schließlich Delbrück selbst mit 6000,— Mark einspringen, bis später Robert Bosch, Max Warburg und der Frankfurter Generalkonsul Weinberg aushalfen und auch über Valentini Unterstützung gefunden werden konnte[200].

Hatten sich die Führer der Gemäßigten lange Zeit auf direkte Versuche einer Einwirkung auf die Reichsleitung beschränkt, so war es von Anfang an das Ziel von Schäfers „Unabhängigem Ausschuß" gewesen, indirekt über das Medium der öffentlichen Meinung die deutsche Regierung zu beeinflussen. Um dem Programm des Siegfriedens eine möglichst breite Wirkung zu verschaffen, wurde schon Ende 1915 mit der Gründung von Ortsausschüssen begonnen[201].

Musterorganisationen dieser Art entstanden in Düsseldorf, Kassel und München[202]. Mitte 1916 bildete sich in München formell unabhängig von Schäfers Komitee ein „Volks-Ausschuß für rasche Niederkämpfung Englands[203]". An seinem Beispiel lassen sich noch einmal deutlich die Querverbindungen nachweisen, welche die radikalen Annexionisten miteinander verknüpften: Wieder war es der Alldeutsche Verband, von dem die Initiative ausging; daneben hören wir wieder von Tirpitz als politischem Hintermann[204]. Sichtbar nach außen wurden nur die Leiter des Ausschusses (z. B. der Münchener Hygieniker Max v. Gruber) die scheinbar völlig uneigennützig für den Siegfrieden eintraten. Hinter diesem Programm verbargen sich freilich andere Ziele: die Erzwingung des verschärften U-Boot-Krieges und der Sturz Bethmann Hollwegs. Eine Besonderheit dieses bayerischen Unternehmens war es, daß man den blau-weißen Partikularismus als propagandistische Waffe gegen die Berliner Regierung auszuspielen suchte[205].

Schäfers Berliner Ausschuß entwickelte eine besonders enge Zusammenarbeit mit Tirpitz zu der Zeit, als im Frühjahr 1916 die Streitigkeiten um den unbeschränkten U-Boot-Krieg ihren Höhepunkt erreicht hatten. In enger Fühlungnahme, vor allem mit dem Konter-Admiral Grumme-Douglas, hat Schäfer damals in mehreren Denkschriften seinen Standpunkt in der U-Boot-Frage bei den politischen Spitzen des Reiches geltend zu machen versucht. Für seine Eingabe an den Reichstag vom März 1916 fand er 90 000 Unterschriften, für eine an den Kaiser gerichtete 30 000[206]. Schon die Tätigkeit des Münchener „Volksausschusses" hatte gezeigt, daß der U-Boot-Streit ein Kampf zugleich um Bethmann gewesen ist, den man als Hauptwidersacher der radikalen Annexionisten und Siegfriedensanhänger ansah. Schäfer erblickte in ihm auch den Hintermann der Hetze, die gegen die Schwerindustrie betrieben wurde, deren Interessen in Belgien Schäfer angesichts des deutschen Friedensangebotes im Dezember 1916 noch einmal ausdrücklich in Schutz nahm[207]. So kann es nicht überraschen, wenn wir ihn bereits vorher (am 24. 1. 1916) unter den Teilnehmern an einem vertraulichen Treffen im Berliner Adlon-Hotel finden, bei dem rechtsstehende Parteiführer und Industrielle über die Möglichkeiten eines Kanzlersturzes berieten[208].

Seine und Meyers Propagandaarbeit führte zu Eingriffen der Zensur, ohne daß diese jedoch ihre Aktivität nennenswert eingeschränkt, geschweige denn beendet hätte[209]. Als der Wedel-Harnacksche National-Ausschuß seine Tätigkeit begann (Juli 1916), war Schäfer sofort zur Stelle, um mit seinem Unternehmen als „Unabhängigem Ausschuß für einen deutschen Frieden" an die Öffentlichkeit zu treten[210].

Die Reichsleitung versuchte auf verschiedenen Wegen, Schäfer und seinen Ausschuß zur Mäßigung zu veranlassen. Sie stimmte dem von Erzberger befürworteten Plan einer Fusion des National-Ausschusses mit dem Unabhängigen Ausschuß Schäfers zu. Wie wir bereits sahen, scheiterten jedoch schon die Vorverhandlungen[211].

Dann aber Anfang September, nachdem Falkenhayn gestürzt und so die U-Boot-Agitation einer ihrer wichtigsten Stützen beraubt worden war, zeigte schließlich auch Schäfer eine gewisse Neigung zum Einlenken. Er ersuchte um eine Aussprache mit dem Reichskanzler[212]. Sie wurde ihm am 14. September gewährt. Beide Seiten versicherten sich gegenseitig ihre Bereitschaft zum „Ausgleich"[213]. Doch kam dieser nach stundenlangem Gespräch nicht zustande. Schäfer wiederholte die uns längst bekannten Argumente zugunsten des unbeschränkten U-Boot-Krieges — die zwischen England und Amerika bestehende weltpolitische Komplizenschaft; die trotzdem fehlende Bereitschaft Wilsons zum Kriege; die Notwendigkeit einer deutschen Machtdemonstration zur Stärkung der eigenen Position nach außen und nach innen — und verlangte dessen sofortigen Beginn. Der Kanzler trat diesem Begehren weniger mit grundsätzlichen als mit taktischen Bedenken entgegen: Er erwartete mit Bestimmtheit den Kriegseintritt Amerikas nach einer deutschen Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und damit die Gefährdung der Neutralität Hollands und Dänemarks. Deutschland könne aber weitere Kriegsschauplätze bei seiner ernsten militärischen Lage keinesfalls mehr brauchen. Der unbeschränkte U-Boot-Krieg, sofort begonnen, drohte geradezu, Deutschland in den „Untergang" zu „stürzen"[214]. Daß *politische* Motive, etwa die Hoffnung auf eine Verständigung mit den angelsächsischen Mächten, ihn zu seiner Zurückhaltung veranlaßten (wie Schäfer behauptet hatte), bestritt er energisch. Vielmehr deutete er an, daß er bereit sein werde, den entscheidenden Schritt zu tun, wenn die maßgebenden Instanzen, „an erster Stelle" die OHL, den Moment dafür gekommen halten würden.

Nach diesem ersten Mißerfolg wiederholte Schäfer seine Wünsche in einem Brief, den er nicht nur an den Kanzler, sondern auch an die neue OHL richtete[215].

Bethmann blieb unnachgiebig. Er forderte den Unabhängigen Ausschuß auf, „das Seinige dazu" beizutragen,

> „einer agitatorischen Behandlung dieser Frage [des unbeschränkten U-Boot-Krieges] entgegenzuwirken. Ich muß noch besonders darauf hinweisen, daß insbesondere jede Behandlung der Frage, die den rücksichtslosen U-Boot-Krieg durch eine pessimistische Auffassung unserer Lage begründet, Mut und Energie unseres Volkes aufs schwerste gefährden muß . . ."[216]

Schäfer reagierte mit einer Kampfansage an die Reichsleitung:

> „Die ‚schwere Beunruhigung', die in den besten, von jeher vaterländisch gesinnten Kreisen unserer Bevölkerung längst vorhanden ist und fortgesetzt steigt, gründet sich . . . so gut wie ausschließlich auf die *politische* Haltung der Reichsregierung, und der ‚Unabhängige Ausschuß' ist nicht in der Lage, dem Mißtrauen, das aus dieser Beunruhigung hervorgegangen ist und fortgesetzt wächst, entgegenzutreten, da er dessen Berechtigung anerkennen muß . . ."[217]

Am selben Tag, dem 10. Oktober 1916, lehnte er es gegen das Votum des Abgeordneten Fuhrmann, des Mitvorsitzenden seines Ausschusses, endgültig ab, mit dem „Deutschen Nationalausschuß" fortan noch über eine mögliche Zusammenarbeit zu verhandeln, es sei denn, dieser erklärte sich offen für den sofortigen Beginn des verschärften U-Boot-Krieges. Für den Fall, daß trotzdem mit dem Rivalen Gespräche aufgenommen würden, drohte er mit seinem Rücktritt[218]. Daraufhin hörte man von Fühlungnahmen zwischen den beiden Ausschüssen nichts mehr.

Hatte sich Schäfer in seinem Kreise durchgesetzt, so erlitt er doch auf höherer Ebene eine Niederlage. Bei einer Sitzung seines Ausschusses am 15. Oktober ließ die OHL durch den Industriellen Duisberg zur Bestürzung der Teilnehmer bekanntgeben, sie halte weitere Erörterungen über die Anwendung der U-Boot-Waffe für „fehl am Platze"[219]. Der Versuch, die neue OHL auf die Seite des Schäfer-Ausschusses hinüberzuziehen, war vor aller Augen gescheitert. Nachdem noch im August 1916 die militärische Zensur seinen annexionistischen Durchhalte-Aufruf („An das deutsche Volk") unterstützt hatte, bildete diese Entscheidung — zusammen mit der etwa gleichzeitigen Polen-Proklamation! — für Schäfer eine herbe Enttäuschung. Die Hauptschwierigkeit lag für ihn in der Tatsache,

> „daß die politische und militärische Oberleitung . . . Hand in Hand gehen. Ob das wirklich so ist, mag man ja bezweifeln (und ich tue es), aber diese Zweifel dürfen wir nicht zur Grundlage von Handlungen machen. Unser Anhang würde dann in alle Winde zerstieben. Zeitweise, besonders in den Tagen um den Geburtstag des Kanzlers herum, war die Strömung für diesen so stark, daß man zweifeln konnte, ob man mit abweichenden Meinungen überhaupt stark hervortreten konnte . . . wissen Sie ein Mittel, es zu ändern? Direkt gegen den Reichskanzler anzustürmen ist keins, je mehr man das tut, desto fester wird er in seiner Stellung. Die Schwierigkeit liegt . . . an der entscheidenden Stelle . . ."[220]

Als Schäfer diese Zeilen schrieb (am 9. 12., d. h. kurz nachdem Delbrück mit seinem „realpolitischen Pazifismus" Bethmanns Beifall gefunden hatte!), vermochte ihn auch die Kenntnis der Tatsache, daß führende Marineoffiziere (Scheer!) weiter zugunsten des unbeschränkten U-Boot-Krieges wirkten, nicht von dem bedrückenden Gefühl zu befreien, als hätte er mit seinen politischen Bemühungen vielleicht endgültig Schiffbruch erlitten[221]. Seine ganze Wut richtete sich jetzt gegen den Kanzler. Er hielt auch nach außen hin nicht mehr die Fiktion aufrecht, als sei es ihm nur um die „Stärkung" der bestehenden Reichsleitung zu tun (wie er seine Bemühungen noch zu Anfang des Jahres 1916 umschrieben hatte), sondern er richtete seine Kritik direkt und ausdrücklich gegen den Kanzler[222]. Die Beseitigung dieses „Totengräbers unseres Volkes", dieses „Eunuchen", dem sein Kollege Fester einen „vernünftigen Flecktyphus" wünschte, wurde für ihn geradezu ein Selbstzweck[223]. Das zeigte sich, nachdem Bethmann im Januar 1917 seinen Widerstand gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg aufgegeben und damit das Hauptgravamen in den Augen des „Unabhängigen Ausschusses" aus der Welt geschafft hatte. Auch jetzt ließ Schäfer nicht von seinen Versuchen ab, den Kanzler bei der OHL (Oberst Bauer) nach Kräften zu diffamieren[224]. Der Sieg der Anhänger der rücksichtslosen Anwendung der U-Boot-Waffe in der deutschen Führung hatte sein ursprüngliches Selbstbewußtsein wiederhergestellt. Zumal seit der Juliresolution trat er mit seinen Attacken gegen die politische Führung wieder an die Spitze der nationalen Opposition[225].

Die Krise, in die das Reich militärisch und politisch zu Beginn des dritten Kriegsjahres geraten war, war von keiner Seite innerhalb der Professorenschaft verkannt worden. Sie führte die politische Diskussion von den Details der Kriegsziele wieder auf die Grundfragen des Friedensschlusses zurück. Damit vertiefte sich die Spaltung innerhalb des deutschen Volkes und insbesondere in seiner Professorenschaft, wie sie zuerst mit der Seeberg-Eingabe im Sommer 1915 offenbar geworden war. Das auslösende Moment für die Radikalisierung dieses Gegensatzes aber ist der U-Boot-Streit gewesen. Er trieb Gelehrte, die wie Oncken und Meinecke einerseits oder Fester andererseits um Vermittlung bemüht waren, endgültig in das eine oder das andere Lager[226]. Er zerstörte den guten Glauben, der bis dahin trotz dem Kriegszielstreit zunächst noch innerhalb der Professorenschaft die Oberhand behalten hatte. Im Frühjahr 1916 begannen Delbrück und Max Weber unabhängig voneinander von der „Verbindung der patriotischen Demagogie mit . . . Fraktions- und Klassen-Interessen" bei ihren Gegnern zu sprechen[227], während Schäfer an die Unabhängigkeit der Delbrückschen Position nicht mehr zu glauben vermochte[228]. Der Vorwurf, einer deutschen Niederlage den Weg zu bereiten, wurde auf beiden Seiten gegen den jeweiligen Opponenten erhoben[229]. Dabei bedeutete Niederlage für die „Gemäßigten" in erster Linie die militäri-

sche Katastrophe, die sie seit der amerikanischen Kriegserklärung immer deutlicher kommen sahen, während für die radikalen Annexionisten das Ausbleiben eines Siegfriedens in ihrem Sinne bereits einer Niederlage gleichkam. D. Schäfer scheute seit dem Frühjahr 1916 auch nicht mehr davor zurück, mit der Möglichkeit einer inneren Katastrophe zu drohen[230], falls ein Totalsieg ausbliebe — eine Verknüpfung innen- und außenpolitischer Motive, die, wie wir sahen, 1915 noch bei den meisten Gelehrten und bei ihm selbst auf empörte Ablehnung gestoßen war[231].

Der Bruch innerhalb des „geistigen Leibregiments der Hohenzollern" wurde nun auch nach außen hin nicht mehr vertuscht[232]. Militärisches Urteil, für das der Sieg alles bedeutete, ohne daß die Mittel eine Rolle spielten, stand gegen politisches Denken, dem es vornehmlich auf die friedliche Ordnung *nach* dem Kriege ankam[233]. Zu Beginn des Krieges, als Schäfer noch auf eine Verständigung mit Frankreich hoffte und einige Gemäßigte andererseits noch ganz auf die militärische Entscheidung vertrauten, war dieser Gegensatz zunächst noch nicht deutlich hervorgetreten[234]. Der U-Boot-Streit brachte ihn mit geradezu „klassischer" Klarheit an die Oberfläche: 1916 war man auch innerhalb des Kreises der politischen Professoren auf der einen Seite nur mehr bereit, alles auf die Karte einer einzigen Kriegswaffe zu setzen. Auf der anderen Seite schien der Krieg als militärische Auseinandersetzung „sich selbst zu widerlegen", und nur noch politische Vermittlung und, wenn nötig, auch Konzessionen an pazifistische Zeitströmungen schienen einen Ausweg aus der Krise aufzuweisen.

Das gemeinsame Fundament für das politische Denken innerhalb der deutschen Professorenschaft ging völlig in die Brüche, als mit dem Jahre 1917 auch innenpolitische Momente systematisch in die Diskussion zwischen den Anhängern eines Verständigungsfriedens und den Verfechtern des Siegfriedens mit hineingezogen wurden.

Kapitel VI

Innerer Ausbau oder äußere Expansion?

Die Verknüpfung der Kriegszielfrage mit dem Problem innerer Reformen

I.

Der Weltkrieg hatte begonnen mit dem uneingeschränkten Bekenntnis der deutschen Hochschullehrer zum Bismarckreich und zu seiner inneren Ordnung. Von den Alldeutschen ausgehend, hatte gleichzeitig freilich schon die Kritik an der politischen Führung Deutschlands, besonders an der Persönlichkeit Bethmanns, eingesetzt. Seit 1915 griff diese mißtrauische Stimmung auf weitere Kreise der deutschen Professorenschaft über, ob sie nun den Rechts- oder den Linksparteien nahestanden. Ein Gefühl der Unsicherheit über die außenpolitischen Ziele der Reichsleitung breitete sich aus und übertrug sich zur Zeit des U-Boot-Streites auch auf die Innenpolitik. Bei Vertretern der Rechten und der Linken bildete sich der Eindruck, als ob die politische Leitung nicht Schritt hielte mit den Erfolgen, die die militärische Führung errungen hatte — die bei Gelehrten verschiedenster politischer Herkunft (auch bei Max Weber) auftretende Vorform der späteren Dolchstoßlegende[1]. Um dieses Mißverhältnis zwischen militärischer und politischer Leistung auszugleichen, schlugen Gemäßigte und Annexionisten zwei völlig verschiedene Wege vor, die beide auf die unterschiedliche Auffassung der „Erhebung von 1914" zurückgingen: Die Anhänger Naumanns, so erinnern wir uns, hatten in dem neuen politischen Geist, der sich nach Kriegsausbruch überall im Reiche regte, die Erfüllung ihres Traumes vom sozialen Volksstaat erblickt. Pflege des „Geistes von 1914" — die Aufgabe, die vornehmlich den Professoren zufiel — hatte bei ihnen bedeutet: Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Rechts- und Linksparteien, Bürgertum und Arbeiterschaft, wobei natürlich auch von bürgerlicher Seite her Konzessionen gemacht werden mußten[2]. Als *eine* solche Konzession betrachteten sie den Verzicht auf reine Eroberungspläne, zumal wenn diese (wie besonders im Westen) den Überzeugungen der Linksparteien und besonders der Sozialdemokraten zuwiderliefen. Annexionsziele wurden für diese Gelehrten mehr und mehr ein *desintegrierendes* Element in der deutschen Innenpolitik. Die Mittel, die sie empfahlen, um einer erfolgreichen deutschen Politik den Weg zu ebnen, waren also außenpolitisch zunächst negativer Natur, während positive innenpolitische Reformwünsche anfangs nur sehr vorsichtig angedeutet wurden[3].

Dagegen nun die „Imperialisten" bzw. (jetzt im Kriege) die Annexionisten: Für sie war das Neue an der „Erhebung von 1914" gewesen, daß die Sozialdemokraten sich hinter ihr „weltpolitisches" Programm gestellt hatten[4]. Den Geist von 1914 pflegen, die den Gelehrten gestellte Aufgabe lösen, hieß für sie, expansive Kriegsziele aufstellen, sie in den weitesten Volkskreisen propagieren und damit eine einheitliche Volksstimmung schaffen, die imstande gewesen wäre, die Regierung zu der Klarheit und Zielstrebigkeit zu zwingen, die sie bisher hatte vermissen lassen. D. Schäfer formulierte diesen Gedanken mit den Worten:

> „Nur ein entschlossenes Volk kann eine entschlossene Regierung haben, verdient aber auch eine solche. Eine entschlußfähige Regierung aber wird und muß sich gestärkt fühlen durch eine klare, machtvolle Volksstimmung hinter ihr. In ihrem wohlverstandenen Interesse wird sie eine solche wünschen müssen. Sie zu bilden, zu klären und zu festigen sind aber vor allem diejenigen berufen, die durch Bildung und Stellung gegebene Führer und Vorkämpfer der öffentlichen Meinung sind . . .[5]"

Annexionistische Kriegsziele wurden bei diesen Professoren ein *integrierendes* Moment in der deutschen Politik.

Dieser Gegensatz kam in der Öffentlichkeit im Jahre 1916 zum Vorschein, als es darum ging, ob eine Aufhebung der Zensur zweckmäßig sei, welche die deutsche Regierung über die Erörterung von Kriegszielfragen verhängt hatte. Damit standen zum ersten Male öffentlich die innenpolitischen Methoden der Reichsleitung zur Debatte; bis zu einer Kritik an dem politischen System des Bismarckreiches war es von da aus nur noch ein Schritt.

Als *Gegner des Kanzlers* standen die Kritiker der amtlichen Zensurpolitik unter den Professoren vornehmlich auf der Seite der Rechten und der Alldeutschen. Hatten doch die alldeutsch inspirierten Versuche, eine annexionistische Volksbewegung zu entfesseln, bereits Anfang 1915 die Zensur der Reichsleitung auf den Plan gerufen. Dabei befürworteten eine öffentliche Agitation im Sinne des Annexionismus anfänglich nur einige besonders extrem denkende Anhänger der Alldeutschen auf den Universitäten wie F. Lezius, R. Seeberg und E. Haeckel[6], während eine andere (wahrscheinlich stärkere) Strömung unter den Annexionisten ursprünglich geheime oder allenfalls halböffentliche Formen der Werbung bevorzugten, wie dies die Vorgeschichte der Seeberg-Eingabe vom Sommer 1915 deutlich gemacht hat[7].

Ein Wandel trat mit dem Akutwerden der U-Boot-Frage ein, wie sich an dem Beispiel von O. Hoetzsch gut illustrieren läßt: Für den Berliner Osteuropa-Experten war zunächst der Burgfrieden wichtiger als die öffentliche Propagierung von Annexionszielen — Grund genug, um die amtliche Zensurpolitik im ersten Kriegsjahr zu unterstützen[8]. Als sich indessen im Frühjahr 1916 eine unerträglich „dumpfe Atmosphäre" in der deutschen Innenpolitik breitgemacht zu haben schien, wurde die Freigabe einer öffentlichen Kriegsziel- (und U-Boot- !) Diskussion auf einmal zu einem dringenden Gebot[9], und ihre bisherige Unterdrückung wurde nun für die Orientierungslosigkeit der deutschen Politik verantwortlich gemacht. Damit hatte Hoetzsch sich die Argumentation der Alldeutschen dann doch zu eigen gemacht; auch bei ihm war es der Zeitpunkt des Gipfels der U-Boot-Agitation gewesen, der seine Wendung zu den Extremen von rechts (in dieser Frage!) entschied[10].

Schon im Dezember 1915 hatte er festgestellt:

> „Wir müssen jetzt allmählich ganz herauskommen aus der allgemeinen Stimmung, die sich in unzähligen — heute aber eintönig gewordenen — Artikeln und Broschüren niederschlägt und müssen uns selbst reif machen, damit die Stunde, zu der die Entscheidungen fallen, nicht eine unvorbereitete öffentliche Meinung . . . finde . . .[11]"

Wenig später fiel er (und mit ihm, wie sich zeigen läßt, die Mehrzahl der annexionistischen Professoren) in den Ruf der Alldeutschen nach einer Einbeziehung der breiten Volksmassen in den Prozeß der außenpolitischen Willensbildung mit ein. Auch der Gedanke, daß die Gebildeten und besonders die Professoren dazu bestimmt seien, als Wortführer des Volkes zu dienen, findet sich in diesem Zusammenhang wieder bei einer ganzen Reihe annexionsfreundlicher Gelehrter[12].

Auf dieser Seite scheute man es nicht, zur Zeit, als der Streit um den verschärften U-Boot-Krieg und um die Zensurpolitik seinen Höhepunkt erreicht hatte, geradezu von einer notwendigen „Demokratisierung" der Außenpolitik zu sprechen (Schäfer, v. Below). Dieser Prozeß sollte sich freilich außerhalb des Reichstages vollziehen und Ersatz liefern für den Mangel an zielsicherem Führertum, den die Reichsleitung immer deutlicher hatte zutage treten lassen[13] — das letzte ein Punkt, in dem ihnen auch viele Gemäßigte zustimmten[14].

Aber bei den annexionistischen Gegnern der amtlichen Zensurpolitik galten *nur* die innenpolitischen Imponderabilien: die nachteiligen Wirkungen auf die Heimatmoral, welche die Unsicherheit und mangelnde Zielstrebigkeit der Reichsleitung mit sich zu bringen schienen. Dagegen sahen sie souverän hinweg über die außenpolitischen Implikationen einer hemmungslos für umfangreiche Eroberungen werbenden Agitation[15].

An dieser Stelle widersprachen die *Verteidiger der Regierungspolitik*. Delbrück, der hier mit M. Weber, H. Oncken und Hugo Preuß übereinstimmte, glaubte beweisen zu können, daß der deutsche Annexionismus, soweit er bekannt geworden sei, die Feinde in ihrem Durchhaltewillen bestärkt, die Neutralen aber dem Reich noch weiter entfremdet hätte[16]. Wichtiger jedoch war noch die Rücksicht auf die wahrscheinlichen innenpolitischen Folgen einer Öffentlichmachung des Kriegszielstreites. Anders als E. Meyer oder O. Hoetzsch erwartete Delbrück davon nicht eine Klärung der öffentlichen Meinung, sondern im Gegenteil Verwirrung, Zwiespalt und Leidenschaft[17]: „Öffentlichkeit heißt Massenbewegung", stellte er fest, „und setzen wir die Massen in diesen Fragen in Bewegung, so würde das Leidenschaft und Verbitterung in unabsehbarer Gewalt hervorrufen . . ."[18]

Das lag für ihn einmal, wie schon bemerkt, an dem Inhalt der annexionistischen Forderungen, der die Sozialdemokraten, die den Weltkrieg nur als deutsche

Defensive auffaßten, wieder in ihre alte reichsfeindliche Haltung zurücktreiben mußte. Der „böse Schein", als ginge es im Weltkrieg um kapitalistische Interessen, den schon die Seeberg-Eingabe erweckt hatte, konnte durch ein Bekanntwerden der Annexionsziele der Rechten in der breiteren Öffentlichkeit nur verstärkt werden[19].

Delbrück als Sprecher der regierungstreuen Professoren wandte sich gleichzeitig aber auch gegen die Form, die das Vorgehen der Annexionisten kennzeichnete. Das im Weltkrieg — nach dem Vorbild der Flottenpropaganda der Vorkriegszeit — neu auftretende Phänomen von Massenpetitionen, die plebiszitär-direkt auf die deutsche Politik einwirken sollten, rief sein Mißtrauen in der gleichen Weise hervor wie das Streben der Rechtsparteien, im Reichstag Einfluß auf die außenpolitischen Entscheidungen der Reichsleitung zu gewinnen. Beide Erscheinungen waren während des Streites um den verschärften U-Boot-Krieg besonders deutlich zutagegetreten[20]. Sie rührten in Delbrücks Augen an die Wurzel der staatlichen Kraft Deutschlands; denn sie liefen auf den Versuch hinaus, in die verfassungsmäßigen Rechte der Exekutive einzugreifen, die von allen populären und parlamentarischen Einflüssen gerade unabhängig bleiben sollte. Das galt für die Außenpolitik ebenso wie für die militärische Kommandogewalt, die gerade die U-Boot-Demagogie in Frage stellte[21]. In der Selbständigkeit der Exekutive beruhte, wie Delbrück immer wieder hervorgehoben hatte, ja gerade die Überlegenheit des deutschen Regierungssystems gegenüber der Parteienherrschaft der Westmächte. Er fühlte sich hier also wieder als Verteidiger der politischen Grundordnung des Reiches, und die Wirkungen der Kriegsziel- und U-Boot-Agitation konnten ihn nur in seiner Überzeugung bestärken, daß Masseneinflüsse eine sachgerechte Führung der politischen Geschäfte erschwerten und es einem Politiker unmöglich machten, seine staatsmännischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Staatsmännisch handeln aber hieß: im Moment der Krise wie Bismarck an dem Prinzip politischer Mäßigung festhalten, unbeirrt und unbeeindruckt von der nationalistischen Erregung der Massen und ihrer Führer, der „Kleon's", wie Delbrück die Verfechter eines übersteigerten Patriotismus nach athenischem Vorbild nannte. Deshalb sprach er sich auch gegen eine Konsultation des an außenpolitische Verantwortung nicht gewöhnten Reichstages in der so strittigen Friedensfrage aus[22].

Aber lief eine solche Haltung, die jeden populären Enthusiasmus aus der großen Politik möglichst ausschalten, die im Weltkriege die brennendsten Fragen der politischen Kriegführung totgeschwiegen sehen wollte, nicht der Aufgabe zuwider, die sich die deutschen Professoren bei Ausbruch des Krieges selbst gestellt hatten, nämlich den „Geist von 1914" wachzuhalten? Wurden sie ihrer Stellung als politische Mentoren des Volkes gerecht, wenn sie, wie G. v. Below ihnen entgegenhielt, für die Haupt-Probleme des Krieges und ihre Erörterung eine Politik des „Kirchhofsfriedens" predigten?[23] Zwischen den Geboten der psychologischen Kriegführung und den Erfordernissen der Staatsräson gerieten die Gemäßigten hier in einen ähnlichen Konflikt wie zwischen der Notwendigkeit, die nationale Hochstimmung des August 1914 zu erhalten, und ihrem Wunsche, die Idee der europäischen Kulturgemeinschaft trotz allem nicht völlig in Vergessenheit geraten zu lassen. Dieses Dilemma, das zwischen der doppelten Pflicht bestand, auf die Öffentlichkeit zugleich vertrauensstärkend und mäßigend zu wirken, ist Delbrück durchaus bewußt gewesen, wie die folgenden Sätze zeigen:

> „Deutschland kann den Weltkrieg nur dann erfolgreich beenden, ... wenn es gleichzeitig den Chauvinismus in seinem eigenen Innern bekämpft und niederhält. Das ist ungemein schwer, da der patriotische Aufschwung und die kriegerische Anspannung in unklaren und leidenschaftlichen Gemütern ... naturgemäß zu Extremen treibt und man solche Extreme für die Fortführung des Kampfes gar nicht entbehren kann. Man fühlt sich zugleich verbunden und muß sich doch bekriegen ...[24]"

Er schrieb dies im Frühjahr 1917. Trotz dieser leicht resignierenden Einsicht war er nicht gewillt, vor diesem Dilemma zu kapitulieren. Vielmehr galt es, durch eine allgemein gehaltene politische Aufklärung die Zuversicht zu stärken, ohne daß dabei übertriebene Kriegszielhoffnungen erweckt wurden. Ein Volk, das an dem Zwiespalt zwischen vernünftiger Einsicht in das politisch Mögliche und der Stimmung nationalen Hochgefühls zugrunde ginge, so erklärte er, trage selber die Schuld daran und habe sein Schicksal verdient[25]. So hatte das Problem der Freigabe der Kriegszielerörterung zu der Frage politischer Mäßigung im Kriege allgemein geführt. Delbrück war für diese Politik schon deshalb eingetreten, weil er wußte, daß die nationale Hochstimmung endgültig nur die bürgerlichen, nicht aber die werktätigen Schichten erfaßt hatte[26]. Indem er und die Naumannianer versuchten, mit diesen den politischen Kontakt aufrecht zu erhalten, wurden sie immer mehr auf die Seite der Linksparteien gedrängt, obwohl oder gerade weil sie sich als die authentischen Erben Bismarcks fühlten[27].

Für die Annexionisten und Befürworter einer öffentlichen Kriegszieldiskussion, die sich einfach von der nationalen Begeisterung tragen ließen, gab es dieses Dilemma nicht. Dafür gerieten sie in einen anderen Widerspruch: Obwohl Verteidiger des bestehenden verfassungsmäßigen Zustandes des Reiches, setzten sie sich sehr bald in Gegensatz nicht nur zur Reichsleitung, sondern auch, wenn auch nicht bewußt, zu der politischen Ordnung des Bismarckschen Deutschlands, wie Delbrück ihnen mit Recht vorwarf[28].

Eine paradoxe Verkehrung der Fronten vollzog sich damit, die von allgemeinerer Bedeutung ist für die Stellung der beiden Hauptgruppen deutscher Gelehrter in der innerdeutschen Weltkriegsdiskussion: Die Vertreter alldeutsch-konservativer Ideen wurden zu Vorkämpfern einer „demokratisierten" Außenpolitik, die im Innern mit massendemagogischen Mitteln operierte. Die Gemäßigt-Liberalen und Anhänger des Naumannschen Ideals eines sozialen Volksstaates hingegen bemühten sich gerade darum, der deutschen Außenpolitik populäre Einflüsse fernzuhalten. Während, überspitzt ausgedrückt, die alldeutsche

Fronde in der deutschen Professorenschaft — auf jeden Fall in ihren extremsten Vertretern — revolutionäre Töne anschlug, gaben die Gemäßigten sich gouvernemental; und der konservative Zug ihrer innenpolitischen Reformvorschläge (der noch im einzelnen herauszuarbeiten ist[29]) geht nicht zuletzt auf diese paradoxe innenpolitische Position zurück, in die sie mit dem Kriegsziel- und vor allem dem U-Boot-Streit geraten waren und die G. v. Below in seiner Polemik gegen sie gründlich ausbeutete[30]. Es hätte einen Weg gegeben, die pseudodemokratischen Prätentionen der Alldeutschen in ihre Schranken zu weisen und mit den eigenen Mitteln zu schlagen: ein gemeinsames Operieren mit den Sozialdemokraten. Doch dazu waren die Gemäßigten, wie die Beispiele der Freien Vaterländischen Vereinigung und des Büros Hobohm zeigten, in der ersten Kriegshälfte noch nicht bereit[31].

Die Diskussion um die amtliche Zensurpolitik endete mit der Freigabe der Kriegszielerörterung am 26. November 1916. Bethmann fand sich zu diesem Schritt vor allem wegen des Drängens der OHL bereit, sicherte sich aber die Federführung in der Unterrichtung der Öffentlichkeit[32].

Im Streit um die Freigabe der Kriegszielerörterung tauchte bereits ein wesentliches Merkmal der Argumentation der Annexionisten auf: die Tendenz, die Behebung innerer Schwierigkeiten auf dem Wege außenpolitischer Erfolge (= Annexionen) zu suchen. Dieser Gedanke war zunächst auch den Gemäßigten nicht fremd gewesen[33], wurde aber durch die innenpolitischen Reformforderungen im Laufe des Jahres 1917 immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Bei diesen ging es nun nicht mehr um politische Methoden der deutschen Regierung, sondern um die *Verfassungsstruktur* des Reiches selbst.

II.

In dieser Hinsicht hatte noch lange die „gläubige" Stimmung der ersten Kriegswochen vorgehalten, und selbst die links stehenden Naumannanhänger hatten, wie wir sahen, geglaubt, daß mit dem Krieg und seinen innenpolitischen Folgen ihr Ideal vom sozialen Volksstaat im Prinzip bereits verwirklicht worden sei. Nur für einige von ihnen blieb auch nach den Erfahrungen des Kriegsausbruches der Volksstaat eine noch zu verwirklichende politische Aufgabe. Für sie wurde erst die Erweiterung der politischen Rechte des deutschen Volkes die wahre Erfüllung des „Geistes von 1914".

Die ersten vertraulichen Vorschläge in dieser Richtung wurden bereits kurz nach Kriegsausbruch den zuständigen Stellen durch den Freiburger Volkswirtschaftler G. v. Schulze-Gaevernitz unterbreitet, der dem Reichstag als Mitglied der Fraktion der Fortschrittlichen angehörte[34]. Im Mittelpunkt dieser Anregungen stand der Plan einer Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen. v. Schulze-Gaevernitz blieb damit nicht allein. Im Sommer 1916 wurde die Reform des preußischen Wahlrechts der wichtigste Punkt einer vertraulichen Denkschrift, die A. v. Harnack auf Ersuchen des Reichskanzlers verfaßt hatte und die einige Leitgedanken für die zukünftige deutsche Innenpolitik skizzieren

sollte[35]. Die politische Haltung der späteren Reformer wurde hier insofern vorweggenommen, als die inneren Reformforderungen bereits als Ersatz für unerreichbare äußere Kriegsziele erschienen. An erster Stelle stand die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, für die v. Harnack bereits das Verfahren einer kaiserlichen Proklamation vorschlug. Dem folgten die Sicherung der konfessionellen Bekenntnisfreiheit und die Abschaffung der letzten Einschränkungen für das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer. Erst nach Erfüllung dieser Wünsche kam der deutsche Staat dem Ideal einer „brüderlichen, sozialen Arbeitsgemeinschaft" nahe, das v. Harnack für die Zukunft vorschwebte[36].

In der Öffentlichkeit tauchten bei den Professoren derartige Forderungen nur vereinzelt auf: E. Troeltsch[37] und F. Meinecke[38] hatten zwar beide schon in ihren ersten Kriegskundgebungen von der Notwendigkeit einer Erweiterung der politischen Rechte des deutschen Volkes gesprochen und auch auf die Erwünschtheit einer Wahlrechtsreform in Preußen angespielt. Aber es war sicher bezeichnend, daß der sonst so gut orientierte H. Delbrück noch im August 1915 den Plan einer Wahlreform in Preußen als anscheinend völlig neuen Gedanken entwickeln konnte, den er dem Programm der von W. Kahl geleiteten „Freien Vaterländischen Vereinigung" zugrundelegen wollte[39]. Angedeutet wurden innenpolitische Reformwünsche auch in dem von F. Thimme und dem Gewerkschaftler C. Legien herausgegebenen Sammelwerk: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" (1915), zu dem von bürgerlicher Seite führende Naumannanhänger wie F. Toennies, E. Troeltsch, F. Meinecke, G. Anschütz und H. Oncken beitrugen.

Unter ihnen wählte sich nur G. Anschütz, der Heidelberger Staatsrechtler, das Problem zukünftiger Verfassungsreformen zum Hauptthema[40]. Vor allem ging es ihm um die Korrektur des entscheidenden Konstruktionsfehlers im Bau des deutschen Reiches: des Dualismus zwischen Preußen und dem Gesamtreich, der von der völligen Verschiedenheit der Parteiverhältnisse herrührte, die in dem größten deutschen Bundesstaat und im Reich selbst herrschten. Dieser Gegensatz konnte nur überbrückt werden, indem man seine Hauptursache beseitigte: das Dreiklassenwahlrecht, das den Rechtsparteien in Preußen die Vorherrschaft zusicherte[41]. Erst dann konnten die Führungsschichten Preußens und des Reiches miteinander in Einklang gebracht werden, erhielt der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident die Autorität, die ihm bisher gefehlt hatte, da er stets auf die Zusammenarbeit mit seinen meist konservativen Ministerkollegen angewiesen gewesen war[42]. Neben der liberalen durchzieht also auch eine unitarische Tendenz diesen Aufsatz[43].

Damit kam Anschütz *Hugo Preuß* sehr nahe, aus dessen Feder die vielleicht wichtigste frühe Reformschrift im Weltkrieg stammt. Wir müssen sie auch hier kurz würdigen, obwohl Preuß an sich nicht zu unserem Personenkreis gehört; bildete sie doch den Ausgangspunkt für die ganze weitere Diskussion. Preuß betrachtete seine Untersuchung über: „Das deutsche Volk und die Politik" nicht nur als eine verfassungstechnische Darlegung, sondern als eine grundsätzliche Strukturanalyse des Bismarck-Reiches. Sie stand in augenfälligem Kontrast zu

der Neigung zu kritikloser Verherrlichung der bestehenden Verfassungszustände Deutschlands, die zu diesem Zeitpunkt (1915) noch für die meisten Gelehrten charakteristisch gewesen ist[44].

Wie den Naumannianern lag auch dem Programm von H. Preuß das Ideal des Volksstaates, der „Identität von Volk und Staat", zugrunde[45]. Dem stand das faktisch herrschende System des Obrigkeitsstaates entgegen; denn den Dualismus zwischen Volksstaat als Ideal und Obrigkeitsstaat als Wirklichkeit, den Gegensatz „zwischen dem vorhandenen, doch noch nicht zu fester Gestalt gelangten politischen Leben und der in fester Gestalt vorhandenen Obrigkeitsregierung", so stellte er fest[46], hätte Deutschland vor 1914 nicht überwinden können; der Obrigkeitsstaat sei das prägende Merkmal des politischen Lebens im wilhelminischen Reiche geblieben.

Obrigkeitsstaat — das hieß: Beherrschung des Volkes durch die alteingesessene Oberschicht, aus der sich vor allem die preußische Bürokratie zusammensetzte; es hieß zugleich: politisches Avancement auf Grund administrativer Bewährung, nicht aber, wie es nötig gewesen wäre, die Auslese echter Politiker, die in der politischen Auseinandersetzung ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen hatten[47]. Preuß sprach dem Beamtentum auch die Eigenschaft ab, die sonst stets an ihm gerühmt wurde: seine Unparteilichkeit. In Wirklichkeit habe es immer dazu geneigt, den Staat und seine Belange mit den eigenen Interessen zu identifizieren. Gegner der Beamtenherrschaft hätten dann nur durch die Brille der Parteilichkeit angesehen und (wie die Sozialdemokraten bis zum Kriegsausbruch) zwangsläufig als „Staatsfeinde" eingestuft werden können[48].

Durch den Obrigkeitsstaat wurden weite Schichten des deutschen Volkes praktisch vom politischen Leben ausgeschlossen. Die Folge war ein allgemeines Brachliegen des Willens zu politischer Initiative und „Selbstorganisation", ein Verkümmern des deutschen Verfassungslebens und als besonders schwere Hypothek für Deutschlands Zukunft: die Beeinträchtigung einer klaren Willensbildung an der Spitze des Reiches. So war es gerade in der deutschen Außenpolitik zu der Unsicherheit gekommen, die ja keineswegs Preuß allein an ihr bemängelte[49].

Aber noch in einer anderen Hinsicht wirkten sich die inneren Zustände des Reiches auf die deutsche Außenpolitik aus, und dies war vielleicht der entscheidende Gedanke in den Ausführungen von Preuß: Deutschland wurde in seinen außenpolitischen Bestrebungen dadurch gehemmt, daß es „anders" war als die Westmächte, aber auch anders als Rußland. Die Besonderheit der deutschen Verfassungsstruktur hatte Deutschland der übrigen Welt entfremdet und hatte schließlich zu seiner „Einkreisung" geführt[50]. Seine „Andersartigkeit" war der Grund gewesen, weshalb es vor dem Kriege die deutschsprachigen Minderheiten außerhalb und die nicht-deutschen Volkssplitter innerhalb seiner Grenzen nicht für sich zu gewinnen vermocht hatte; sie wurde im Kriege die Ursache für die Geringschätzung, der die deutsche Sache im neutralen Ausland allgemein begegnete[51]. Mit anderen Worten: der Obrigkeitsstaat war die vornehmste Ursache für die Mißerfolge der deutschen Weltpolitik *vor* dem Kriege; er wurde *im*

Kriege der Grund für die Diskrepanz zwischen den Leistungen der politischen und denen der militärischen Führung[52].

Immerhin, so gab er zu, hatte der Krieg das Reich dem Ziel des sozialen Volksstaates nähergebracht; aber der war seinem Wesen nach nur ein Ausnahmezustand, und bei den Reformbestrebungen kam alles darauf an, ob es möglich sein würde, diesem innenpolitischen Ausnahmezustand in die Friedenszeit hinein Dauer zu verleihen[53]. Welche Reformmaßnahmen hatte Preuß im Auge? Anders als man erwarten könnte, lagen diese gar nicht so sehr auf dem Gebiete der Personalpolitik oder im Rahmen von Verfassungsänderungen, etwa in einer Ablösung der Beamten- durch eine Parlamentarierherrschaft, sondern sie liefen auf Fragen der politischen Erziehung hinaus: Das deutsche Volk müßte „politisiert" werden, forderte er, die Mitwirkung der breiten Volksschichten am politischen Leben sollte angebahnt werden, indem man die Massen auf ihre politische Aufgabe vorbereitete. Gewerkschaften, Organe der kommunalen Selbstverwaltung, aber auch das Heer seien die am besten geeigneten Körperschaften, in denen politische Fähigkeiten anerzogen und bewährt werden könnten[54].

Verglichen mit der Reformdenkschrift A. v. Harnacks geht Preuß noch weiter in der Betonung des Gewichts, das die Innenpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik trug. Bei v. Harnack bildeten innenpolitische Maßnahmen nur den Ersatz für fehlende außenpolitische Erfolge, bei Preuß wird die Innenpolitik zur ersten Ursache der politischen Gesamtentwicklung überhaupt, eine Betrachtungsweise, die wir ähnlich auch bei anderen Reformern wiederfinden werden[55].

Die Ausführungen von H. Preuß fanden im Jahre 1915 nur bei wenigen linksstehenden Gelehrten wie E. Troeltsch und G. Anschütz Zustimmung[56]; auch Naumann empfahl sie in seinem Mitteleuropa-Buch als „wertvolles politisch-liberales Gegenwartsbuch"[57]. Aber bereits Delbrück, dem außenpolitisch die Linksparteien schon damals näherstanden als die Rechte, widersprach den Grundthesen von Preuß. Für ihn garantierte die deutsche Reichsverfassung die Ausübung einer echten Volksherrschaft, während der westliche Parlamentarismus nur dem Namen nach „demokratisch" war, tatsächlich aber zu der Alleinherrschaft von Parteien und Cliquen geführt hatte[58].

Noch schärfer fiel die Kritik G. v. Belows und M. Schelers aus, die beide bekannten, vorbehaltlos auf dem Boden des von Preuß bekämpften Obrigkeitsstaates zu stehen. Preuß' Kritik, so klagte v. Below, liefere dem Ausland nur Stoff für Legenden über die innenpolitische Lage Deutschlands. In der Verwirklichung der Volksstaatsidee seien Preuß und seine Anhänger ohnehin nicht folgerichtig, weil sie sich gegen eine Beteiligung des Volkes an der Lösung der außenpolitischen Probleme des Reiches (Freigabe der Kriegszieldiskussion!) gesträubt hätten[59]. — Hier lag tatsächlich eine Lücke in der Gedankenführung von H. Preuß. Seine Kritik hatte sich immer noch vornehmlich gegen das Vorkriegsdeutschland gerichtet. Daß eine „Politisierung" von Massen im Kriege in ihrer Konsequenz ihre nationalistische Radikalisierung bedeuten konnte, hat er im Gegensatz zu Del-

brück von seinem Blickwinkel aus nicht erkennen können. Erst Briefe aus dem Jahre 1917 zeigen, daß er mit der Art von „Politisierung", wie sie die Annexionisten betrieben, nichts gemeinsam habe wollte[60].

III.

Es blieb *Max Weber* vorbehalten, den Zusammenhang herzustellen zwischen den Mängeln der deutschen Verfassungsstruktur, die sich bereits im Frieden bemerkbar gemacht hatten, und dem Aufkommen von massendemagogischen Tendenzen, das erst der Krieg mit sich gebracht hatte. Ähnlich wie Hans Delbrück in der Frage des Verständigungsfriedens sollte dieser Gelehrte in der Erörterung der inneren Reformprobleme die Rolle des Wegbahners für neue Ideen spielen. Doch übernahm er diese Aufgabe erst in dem Moment, da dieser Streit in der deutschen Öffentlichkeit allgemein entbrannt war. Das geschah zu Beginn des Jahres 1917, als die Linksparteien im preußischen Landtage, brüskiert durch die Vorlage eines Fideikommißgesetzes (am 16. 1. 1917) von Seiten der Konservativen, den Burgfrieden für gebrochen und sich ihrerseits für befugt hielten, ihre eigenen innenpolitischen Reformwünsche anzumelden[61]. Weber unterstützte die Wünsche der Linksparteien, wenn er nun die Entwicklung der Innenpolitik mit einer Serie von Artikeln in der Frankfurter Zeitung kritisch begleitete und diesen Forderungen damit quasi wissenschaftliche Autorität verlieh.

Die Bilanz, die Max Weber im dritten Kriegsjahr aus der politischen Lage des Reiches zog, klang ähnlich negativ wie das Urteil, das Preuß zwei Jahre zuvor abgegeben hatte. Auch er fiel in die allgemeine Kritik an der Führungslosigkeit der deutschen Politik ein, an dem Zurückbleiben ihrer Leistungen hinter denen des Militärs[62]. Dieses Versagen führte er zwar auch auf den niederen Stand der politischen Bildung des deutschen Volkes zurück, für die Vorkriegszeit primär jedoch vor allem auf den ganz persönlichen Faktor des verderblichen Einflusses, den der deutsche Kaiser mit seinen wiederholten Eingriffen in die politischen Geschäfte ausgeübt hatte. Die verantwortlichen Politiker mußten dann für diese Einmischungen geradestehen, obwohl diese oft genug mit ihnen vorweg überhaupt nicht abgesprochen gewesen waren[63].

Der Krieg hatte an die Stelle des unkontrollierten Einflusses „von oben" den ebensowenig kontrollierbaren Einfluß „von unten" gesetzt. Das war die „politisch dilettantische", aber deshalb nicht weniger wirksame „Admiralsdemagogie", die die urteilslosen Massen gegen die vernünftige Politik der Reichsleitung mobilgemacht und schließlich mit der Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges auch die Oberhand gewonnen hatte. Kein Phänomen des Krieges hatte das politische System und die Führungsschicht des Bismarckreiches in den Augen Webers so gründlich diskreditiert wie dieser „U-Boot-Rummel", der für Weber (wie für die ähnlich wie er denkenden „Gemäßigten") den eigentlichen Anstoß gab für die Ausbildung seiner Reformideen[64].

Die weitere Gefahr — eine Militärdiktatur, die mit massendemagogischen

Mitteln arbeitete, — war mit der Erledigung des U-Boot-Streites keineswegs gebannt, sondern wurde seit Bethmanns Sturz nur noch akuter[65].

Beide Male also: *vor* dem Kriege durch den Kaiser, *im* Kriege durch die chauvinistisch aufgeputschten Massen, wurde ein emotionales Element in die Politik hineingetragen, das eine sachgerechte Führung der Geschäfte, vor allem in der Außenpolitik, erschwerte, wenn nicht unmöglich machte[66].

Wie kam es, daß diese Einflüsse eine derartige Macht hatten gewinnen können und daß die politische Leitung ihnen so hilflos gegenüberstand? Auch Max Weber suchte die tieferliegenden Mängel, die dem politischen Leben in Deutschland anhafteten, in der Verfassungsstruktur des Bismarck-Reiches; doch blieb er nicht wie Preuß bei einer allgemeinen Verurteilung des Obrigkeitsstaates stehen, sondern griff einen von dessen Teilaspekten heraus, der ihm die Hauptquelle der Mißgriffe der deutschen Vorkriegs- und Kriegspolitik zu sein schien: die Beamtenherrschaft. Das wilhelminische Reich, so führte er aus, sei nicht nur in administrativer, sondern auch in politischer Hinsicht bis zur Führungsspitze hinauf von Beamten, nicht aber von Politikern regiert worden. Den Beamten müßten aber dem Wesen ihres Berufes entsprechend die Qualitäten fehlen, die einen Politiker kennzeichneten: eigene Macht und eigene Verantwortung[67].

> „Ein Beamter, der einen nach seiner Ansicht verkehrten Befehl erhält, kann — und soll — Vorstellungen erheben. Beharrt die vorgesetzte Stelle bei ihrer Anweisung, so ist es nicht nur seine Pflicht, sondern seine *Ehre*, sie so auszuführen, als ob sie seiner eigensten Überzeugung entspräche ... So will es der Geist des *Amtes*. Ein politischer *Leiter*, der so handeln würde, verdiente Verachtung ... Bringt er es nicht fertig, seinem Herren (sei es der Monarch oder der Demos) zu sagen: entweder ich erhalte jetzt diese Instruktion *oder ich gehe*, so ist er ein elender ‚Kleber' ... und kein Führer ...[68]"

Dieses unpolitische Berufsethos hatte sich besonders verhängnisvoll ausgewirkt bei der Führung der deutschen Außenpolitik. Auch für Max Weber bestand also ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem inneren Aufbau des Reiches und dem Charakter seiner Außenpolitik[69].

Im Kriege wurde aus der Beamtenherrschaft das Überhandnehmen der Militärs und ihres Einflusses in der Führung der Politik. Durch ihr politisches Ungeschick drohten diese, alle ihre militärischen Erfolge wieder zunichte zu machen[70].

Das Übergewicht der Beamtenhierarchie fand nach der Analyse Webers seine logische Ergänzung in der politischen Ohnmacht des Parlaments. Da der Reichstag nur einen geringen handgreiflichen Einfluß auf den Gang der deutschen Politik ausübte und führende Parlamentarier als solche nicht in die obersten Regierungsämter des Reiches einzurücken vermochten, glichen die Reichstagswahlen immer mehr einem negativen Ausleseprozeß; denn echte politische Talente mußten es bei einigem Ehrgeiz vorziehen, in eine führende Position in der Wirtschaft einzurücken, anstatt in einem machtlosen Parlament zu sitzen[71].

Im Reichstag verleitete die besondere Lage der „Reichsboten", die zwar kri-

tisieren, Gesetze geben, nicht aber zu wirklicher politischer Verantwortung an führender Stelle herangezogen werden konnten, leicht zu verantwortungs- und kenntnisloser Demagogie, wie sie Deutschland zuletzt mit der U-Boot-Agitation kennengelernt hatte[72]. Kenntnislos mußte sie schon deshalb bleiben, weil die Beamten, die die politischen Geschäfte führten, ihre Amtsgeheimnisse sorgfältig vor den Augen der Parlamentarier hüteten. Daher konnte das Absinken des Niveaus des Reichstages nicht verwundern. Selbst zu politischer Führung nicht fähig, hatte die Beamtenherrschaft auch das Aufkommen einer geschulten politischen Führerschicht aus der Mitte des Reichstages verhindert[73]. So war politische Leistungsfähigkeit von der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung des Reiches nicht zu erwarten: Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte hätten ihn . . . „zu der festen Überzeugung gebracht", schrieb Weber, „daß die bisherige Art der staatlichen Willensbildung und des politischen Betriebes bei uns jede Politik, gleichviel welches ihre Ziele seien, zum Scheitern verurteilen müsse . . .[74]"

Besserung war nach der Überzeugung Webers nur zu erwarten, wenn die Beamtenhierarchie durch eine Schicht echter Politiker abgelöst würde. Solche Politiker — hier stimmte er mit Preuß völlig überein — konnten nur herangebildet werden im politischen Wettkampf vor den Augen des Volkes (bei Wahlen z. B.) und durch Bewährung bei der politischen Arbeit im Parlament[75]. Deshalb mußten die Machtbefugnisse des Parlamentes erweitert werden, seine Mitglieder mußten die Aussicht haben, in politisch verantwortliche Stellungen vorzurücken — nicht durch „Konnexionen" in der „höfischen Anarchie", sondern kraft ihrer eigenen Macht, die sich von ihrer Wählerschaft und der Zahl ihrer Anhänger im Parlament ableitete[76]. Erst dann bestand die Aussicht, daß Deutschland die wahren Politiker vom Schlage eines Lloyd George hervorbringen würde, die ihm seit Bismarcks Sturz gefehlt hatten.

Die Einsicht in die Führungskrise, in die das Reich im Weltkrieg geraten war, und, damit verbunden, der Ruf nach der starken Führerpersönlichkeit bildete, wie wir sehen werden[77], ein Moment, das Weber mit den meisten seiner Kollegen — auch von rechts! — verband. Im Unterschied zu ihnen wollte Weber dieser Krise jedoch mit dem Mittel einer *Verstärkung* des Parlamentarismus Herr werden. Nur auf diesem Wege, so lautete sein Überzeugung, konnte die Verantwortung eindeutig festgelegt, der Einfluß emotionaler Strömungen kanalisiert oder sogar neutralisiert und damit die Grundlage für eine zielsichere Innen- und Außenpolitik gelegt werden[78]:

> „Es ist eines der stärksten Argumente *für* die Schaffung geordneter *verantwortlicher* Leitung der Politik durch ein *parlamentarisches* Führertum, daß dadurch die Wirksamkeit rein emotionaler Motive von ‚oben' *und* von ‚unten' so weit geschwächt wird, als dies möglich ist . . .[79]".

Sollte also aus dem deutschen Konstitutionalismus eine parlamentarische Monarchie nach britischem Vorbild werden? Man neigt insofern zu dieser Annahme, als das parlamentarische System Großbritanniens in der Tat für Weber die Maßstäbe für seine Kritik und das Modell für eine „volle" Parlamentarisierung lieferte[80].

Trotzdem und bei aller Bewunderung für den britischen Parlamentarismus ging er in seinen Reformwünschen doch nicht so weit; denn er zweifelte, ob es wünschenswert sei, die deutsche Verfassung der englischen an einem entscheidenden Punkte anzupassen: in der Einführung des parlamentarischen Vertrauens- bzw. Mißtrauensvotums als alleiniger und uneingeschränkter Legitimationsbasis für das Amt des Reichskanzlers[81]. Trotz aller Radikalität seiner Kritik an der deutschen Verfassungspraxis und trotz aller persönlichen Abneigung gegen Wilhelm II. nahm er damit doch letzten Endes Rücksicht auf den gegebenen status quo in der deutschen Innenpolitik. Nicht nur, daß der föderalistische Grundcharakter des Reiches für ihn gegen eine völlige Parlamentarisierung der deutschen Reichsexekutive sprach; er erwartete vor allem nicht, daß der Reichstag (und auch der preußische Landtag) sich von heut auf morgen auf die ungewohnte Funktion eines positiv verantwortlichen Machtträgers in der Reichspolitik würde umstellen können. Deshalb schien es ihm besser, wenn der Monarch neben Parlamentariern auch weiter noch Beamte mit politischen Führerqualitäten in die Exekutive berief, wenn vorerst die Krone sich bei der Regierungsbildung auf den Rat der Parteiführer zwar stützte, nicht aber völlig von dem Vertrauen einer parlamentarischen Mehrheit abhinge[82].

Es war aber nicht nur die Rücksicht auf die überlieferte politische Praxis, sondern es waren auch grundsätzliche Erwägungen, die Weber davon abhielten, den *reinen* Parlamentarismus für das Reich zu fordern. Drohte doch die unmittelbare und ausschließliche Abhängigkeit der Exekutive von der Parlamentsmehrheit das Element aus dem politischen Leben zu verbannen, auf das er — als Kriterium des spezifisch „Politischen" im Gegensatz zum „Bürokratischen" — besonderen Wert legte: das „caesaristische" bzw. „plebiszitäre" Moment in der politischen Führerauslese, das in seinen Augen schon immer die Gewähr geliefert hatte für das erfolgreiche Funktionieren einer Massendemokratie[83]. Eine solche politische Führerpersönlichkeit erhielt zwar ihre Schulung durch die parlamentarische Mitarbeit; zu bewähren vermochte sie sich jedoch erst im *direkten* Kontakt mit den Massen im Kampf um deren Vertrauen. Dieser unmittelbare Kontakt wurde aber sozusagen abgeschnitten, wenn sich der Chef der Exekutive lediglich um die Mehrheit in seinem Parlament zu bemühen hatte[84].

Bis zu einem gewissen Grade konnte Weber mit diesen Vorstellungen auf politische Überzeugungen zurückgreifen, die sich bei ihm schon in der Vorkriegszeit gebildet hatten[85]. Mindestens ebenso stark — wenn nicht stärker! — reflektierten sie aber die konkreten Erfahrungen, die er — zumal während des U-Boot-Streites — im Weltkriegsdeutschland gemacht hatte. Das Vorbild für echte politische Führerschaft lieferte ihm nicht nur die Vorkriegsära mit der Person des Reichsgründers, sondern ebensosehr auch die Kriegszeit mit der stark plebiszitär geprägten Persönlichkeit Lloyd Georges[86].

Das Parlament sollte — im Idealfall — die Pflanzstätte politischen Führertums

sein; es sollte dazu auf jeden Fall die Funktion eines effektiven Kontrollorgans erfüllen. An dieser Stelle unterschied sich Max Weber in markanter Weise von dem sonst an deutschen Universitäten laut werdenden Ruf nach dem Diktator, der den Reichstag zum Schweigen bringen sollte[87].

Um das politische Leben im Reich auf die Doppelfunktion vorzubereiten, die Weber dem Parlament im allgemeinen und dem deutschen Reichstag im besonderen zudachte, faßte er zunächst drei Maßnahmen ins Auge: Der § 9, 2 der Reichsverfassung sollte abgeschafft werden. Dieser untersagte die gleichzeitige Mitgliedschaft in Reichstag und Bundesrat und verwehrte damit den Parlamentariern den Eintritt in die höchsten Regierungsämter, es sei denn, sie verzichteten auf ihr Mandat und damit auf ihren Einfluß auf ihre Fraktion[88]. Ferner sollte für den Reichstag das Enquête-Recht eingeführt werden, damit die Parlamentarier als Mitglieder von Untersuchungsausschüssen in enge Berührung mit dem Gang der praktischen Politik gelangen und gleichzeitig die Exekutive überwachen konnten[89]. Schließlich sollte von Seiten des Parlaments eine strikte Kontrolle über die öffentlichen Kundgebungen des Monarchen ausgeübt werden[90]. Ein Brief Webers an H. Delbrück zeigt, daß Weber auf diese Forderung ein ganz besonderes Gewicht legte:

> „Wer das *politische Problem* für uns überhaupt *anders* stellt als so: wie schaffen wir die Möglichkeit einer *Ausschaltung dieses Monarchen* aus dem Einfluß auf die Politik, jedenfalls aus der *Öffentlichkeit*, — der kuriert an Symptomen und macht gegen die wirklichen Gefahren die Augen zu. Der Monarch ist *unbelehrbar* und was von dem Sohn zu gewärtigen ist, weiß Jedermann. Das Einzige, was im Kriege völlig versagt hat, war die Dynastie, das weiß jeder Näherstehende, der Kanzler am besten. Daraus sind die Konsequenzen zu ziehen, mag man über ‚Parlamentarismus' an sich denken, was immer man wolle . . . Ich sehe keinen Weg vor mir, als fortan rücksichtslos zu sagen: ‚Was *ist*'. Und das ist: Die Vernichtung unserer politischen Zukunft durch die Dynastie und ihre Lobredner . . .[91]"

Die fundamentale Voraussetzung für den Erfolg dieser Reformen lieferte die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen. Wie schon G. Anschütz, so erhoffte auch Weber von dieser Maßregel eine Vereinheitlichung der Politik in Berlin, die Schaffung einer breiten demokratischen Grundlage für die preußische Politik, die sich so nur an die Führungsrolle anpassen konnte, die sie im Reich zukünftig zu spielen hatte[92]. Daß die politischen Kreise, die mit dem Alldeutschen Verband sympathisierten, bei einer durchgreifenden Wahlrechtsreform in Preußen zu politischer Machtlosigkeit verdammt worden wären, war ein weiterer nicht unwesentlicher Gesichtspunkt, der für sie sprach — besonders im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik[93]. Nicht zuletzt war es ein Gebot der Gerechtigkeit, alle heimkehrenden Kriegsteilnehmer mit denen politisch gleichzustellen, die in der gleichen Zeit in der Heimat u. U. Gelegenheit hatten, von der Kriegskonjunktur zu profitieren und damit in eine höhere Wahlklasse einzurücken[94].

Zum Verständnis des Echos, das Weber bei den Gelehrten fand, die im Prinzip innere Reformen nicht ablehnten, ist es nötig, die zwei Hauptmerkmale seiner Reformkonzeption zusammenfassend herauszustellen: den *anti-traditionalistischen* Ansatz und die *rationalistische* Grundintention.

Objektiv traditionalistisch waren die „Ideen von 1914" gewesen, wie wir sahen: das Bemühen um eine Erfassung der innenpolitischen und kulturellen Besonderheiten des deutschen „Wesens" und dessen scharfe Konfrontation mit den politisch-kulturellen Überlieferungen der westeuropäischen Staaten. Eine so „vertiefte" Interpretation der deutschen Sache bildete für viele Gelehrte — E. Meyer auf der Rechten, E. Troeltsch auf der Linken — die eigentliche, den Universitätslehrern gestellte Weltkriegsaufgabe[95].

Max Weber hat diese Überzeugungen, soweit sie sich auf die kulturelle und weltpolitische Mission des Reiches als einer „dritten Kraft" bezogen, bis in den Herbst des Jahres 1916 hinein geteilt[96]. Auch danach ist er prinzipiell nicht von ihnen abgerückt, hat sie aber ihre eigentliche Substanz verlieren lassen: Daß Deutschland eine spezifische Aufgabe in der Welt zu erfüllen habe, blieb ihm zwar unumstritten; welches diese Aufgabe indessen sein solle, diese Frage materiell zu beantworten, lehnte er jetzt — abgesehen von dem allgemeinen Hinweis auf die Notwendigkeit machtpolitischer Selbstbehauptung — jedoch ab. Für ihn war dies eine cura posterior geworden[97].

Wirklich dringend war in seinen Augen im Moment nur die Lösung der Probleme einer inneren Reform geworden. Die keineswegs nur von rechtsstehenden, radikal annexionistischen Professoren vertretene These von der prinzipiellen und als Wert zu kultivierenden Andersartigkeit der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich drohte seinen Reformforderungen viel von ihrer Wirkungskraft zu nehmen — orientieren sich diese doch eingestandenenermaßen an einem nichtdeutschen Vorbild[98]. Von daher ist wohl die Wut und die Verachtung zu verstehen, mit der er gegen die traditionalistischen Argumente der Verkünder der „Ideen von 1914" — für ihn ein „Pack" von „Literaten" — zu Felde zog, obwohl einige ihrer wichtigsten Vertreter zu seinen Berufskollegen zählten! Seine Polemik gegen die von dieser Seite betriebene ideologische „Verbrämung" der deutschen Sache stellte noch seine gegen den Kaiser geschleuderten Invektiven in den Schatten[99]. Was auch für „Gemäßigte" wie Meinecke und Troeltsch als geistige Bewältigung des Weltkrieges, als Vorbedingung für die moralische Durchhaltekraft des deutschen Volkes, als vornehmste Gelehrtenaufgabe gegolten hatte, war für Weber nichts als „eitles Treiben", das mit Hilfe von „kindlichen Geschichtsspekulationen" Ideen „fabrizierte", welche die schlichte Tatsache der zunehmenden Bürokratisierung des Reiches als „deutschen Sozialismus" deuteten. Das Beste, was diese „Literaten" tun könnten, sei, von der Bühne der politischen Publizistik ein für allemal abzutreten — die schärfste Absage an die Professoren-Politik des ersten Weltkrieges und zugleich an alle Versuche einer antiwestlichen ideologischen Frontbildung[100]!

Gefühlsmäßige Rücksichten auf altes Herkommen bildeten für Weber über-

haupt kein Argument gegen die Modernisierung des deutschen Verfassungslebens:

> „Alles Gesagte aber zeigt aufs neue, daß das deutsche Vaterland ... ... *nicht* das Land seiner Väter, sondern das Land seiner Kinder ist und sein muß ... Das gilt vor allem auch in bezug auf die *politischen* Probleme ... Den großen Schatten unserer geistigen Ahnen alle Pietät und ihrer Geistesarbeit jede der formalen Schulung unseres eigenen Geistes dienende Verwertung! Aber: sobald die Eitelkeit unserer Literaten ... daraus das Recht ableitet, unsere politische Zukunftsgestaltung damit wie mit einem Bakel zu *schulmeistern: in die Ecke mit den alten Scharteken!* ... Die deutschen Klassiker können uns u. a. lehren, daß wir ein führendes Kulturvolk ... zu sein vermochten, in einer Zeit materieller Armut und politischer Ohnmacht und sogar Fremdherrschaft. Dieser *un*politischen Epoche entstammen ihre Ideen ... Die modernen Probleme des Parlamentarismus und der Demokratie ... lagen ganz außerhalb ihres Gesichtskreises ...[101]"

Im Weltkrieg ging es (wenn dieser überhaupt einen Sinn hatte) gar nicht um Verfassungsprinzipien, sondern um äußere Macht: „Keinen Schuß Pulver würde ich tun", schrieb Weber in einem Privatbrief, „... wenn dieser Krieg ein anderer als ein nationaler wäre, wenn er die Staatsreform beträfe, womöglich ein Krieg dafür, daß wir diese unfähige Dynastie und das unpolitische Beamtentum behalten ...[102]"

Schon deshalb war für ihn die Frage nach der Herkunft der für Deutschland erforderlichen neuen politischen Institutionen völlig irrelevant.

Sein politisches Denken erwies sich in alledem als ausgesprochen geschichtsfeindlich und kennzeichnete ihn schon von daher als typischen *Rationalisten*, Hinter allen seinen Reformvorschlägen stand denn auch — als zweites Hauptmerkmal — der Wunsch nach einer weitestmöglichen Rationalisierung des politischen Betriebes in Deutschland, Rationalisierung im Sinne einer Vereinfachung und Straffung des politischen Apparates, aber auch im Sinne einer Ausschaltung oder doch Kanalisierung des emotionalen Elementes im politischen Leben. Unrationell erschienen ihm: das System der politischen Auslese im Bismarckschen Beamtenstaat; das in Preußen geltende Wahlrecht, das ein reiches politisches Kräftereservoir unausgeschöpft ließ; der Dualismus zwischen obrigkeitlicher Exekutive und parlamentarischer Legislative einerseits und zwischen dem Staat Preußen und dem Reich andererseits.

Das Gebot einer Rationalisierung des politischen Betriebes im Sinne einer Elimination der „emotionalen Elemente" scheint sich auf den ersten Blick mit Webers Definition der Politik als eines Kampfes um die Gunst einer Gefolgschaft mit „demagogischen" Mitteln zu stoßen. Und doch blieb für ihn dieses unvermeidlich voluntaristische Moment in der praktischen politischen Alltagsarbeit der Forderung untergeordnet, daß Politik, um erfolgreich zu sein, „mit dem Kopf gemacht" werden müsse, daß also, auf jeden Fall auf der Ebene weittragender

politischer Entscheidungen, die rationale Überlegung den Ausschlag zu geben habe[103].

Hier stand der Politiker vor allem unter dem Gesetz außenpolitischer Notwendigkeiten. Es war schon lange eine der Grundthesen Webers gewesen, daß die „Weltpolitik" Deutschlands, seine Expansion nach außen, nur dann zum Erfolg führen könnte, wenn sie Hand in Hand ginge mit einem Abbau der Beamtenherrschaft, mit einer Erweiterung der politischen Mitbestimmung der breiten Massen und als deren Folge mit einer politischen Erziehung des deutschen Volkes[104]. Im Kriege sah er seine Ansicht bestätigt. Auch jetzt konnte die deutsche Politik nationale Machtziele nur verfolgen, wenn es ihr gelang, die Mehrheit der deutschen Staatsbürger — einschließlich der Sozialdemokraten! — für diese Ziele zu gewinnen. Dies war für ihn die Quintessenz des „Geistes von 1914". Dieser ließ sich nur verwirklichen, wenn es gelang, alle sozialen Schichten am nationalen Staat zu interessieren, indem man sie zu aktiver politischer Mitarbeit heranzog[105]. Gerade das Beispiel der Westmächte im Weltkrieg hatte gezeigt, daß nur mitherrschende Parteien Mitträger des Nationalgefühls werden konnten[106]. Ähnlich wie bei Preuß, jedoch noch viel mehr unter dem Blickwinkel der Außenpolitik gesehen, erlangte bei Weber die Forderung nach einer politischen „Mündig-Machung" des deutschen Volkes die Priorität vor allen Expansionsplänen:

> „Nur ein politisch reifes Volk ist ein ‚Herrenvolk': Ein Volk heißt das, welches die Kontrolle der Verwaltung seiner Angelegenheiten in eigener Hand hält und durch seine gewählten Vertreter die Auslese seiner politischen Führer entscheidend mitbestimmt[107]".

Im Weltkrieg hieß das: zuallererst innere Reformen und dann *vielleicht* äußere Ausdehnung. Nach den unerfreulichen innenpolitischen Erfahrungen der ersten drei Kriegsjahre wurde die Durchführung innerer Reformen mehr als nur ein Kriegsziel neben anderen (wie noch bei Troeltsch bei Kriegsanfang[108]). Sie wurde das entscheidende Mittel zur Behauptung Deutschlands im Kriege, das vornehmste Ziel für die Nachkriegszeit, ohne dessen Erlangung der deutsche Kampf im Weltkrieg, gleich wie er ausgehen mochte, sinnlos bleiben mußte. „Der Wille zur Ohnmacht im Innern", so faßte Weber seine Konzeption zusammen,

> „ist mit dem ‚Willen zur Macht' in der Welt ... nicht zu vereinigen. Die Frage, ob die Nation sich reif fühlt, die Verantwortung eines Siebzigmillionenvolkes vor den Nachfahren zu tragen, beantwortet sich in dem gleichen Sinn und Schritt mit der Frage der inneren Neuordnung Deutschlands. Wagt sie das Eine nicht, so mag sie auch das Andere von sich ablehnen ... Dann in der Tat wäre dieser Krieg: ein Kampf um die Teilnahme auch unserer Nation an der Verantwortung für die Zukunft der Erde, ‚sinnlos' und ein bloßes Gemetzel gewesen, und jeder künftige deutsche Krieg wäre es erst recht ...[109]"

Auch Max Weber hat wie die meisten seiner Kollegen an dem Satz von dem Primat der Außenpolitik festgehalten[110]. Lassen sich die obigen Sätze damit noch

vereinbaren? Man kann diese Frage insofern bejahen, als der Ausgangspunkt der Kritik an dem System des wilhelminischen Reiches bei ihm in den Mißerfolgen der deutschen Außenpolitik lag; man muß sie verneinen insofern, als er die Mittel zur Abstellung dieser Mängel auf *innenpolitischem* Gebiete suchte. Das Prinzip des Primats der Außenpolitik wurde also eingeschränkt. In dieser Hinsicht ist Webers Haltung beispielhaft für die Einstellung der meisten Reformer unter den deutschen Professoren, während die Reformgegner auch hier den entgegengesetzten Standpunkt vertraten.

IV.

Für das Echo, das Webers Ruf nach Reform auf den deutschen Universitäten fand, muß scharf unterschieden werden zwischen Form und Tendenz seiner Kritik einerseits und seinen positiven Reformvorschlägen andererseits. Diese müssen — zumal im Hinblick auf die Reaktion der „Gemäßigten" — wiederum untergliedert werden in die Forderung nach einer Parlamentarisierung der Reichspolitik und das Verlangen nach einer Demokratisierung des preußischen Wahlrechtes.

Mit seiner provozierend traditionsfeindlichen Kritik des innenpolitischen Lebens im nachbismarckischen Reiche dürfte Weber der Wirkung seiner (an sich maßvollen) Reformideen selbst in den Weg getreten sein; denn hier vermochte ihm mit Ausnahme der wenigen Gesinnungspazifisten vom Schlage F. W. Foersters wohl kaum einer seiner Kollegen zu folgen. Dies galt auch für Gelehrte wie F. Meinecke und E. Troeltsch, deren Reformziele sich mit denen Webers weitgehend deckten und die auch einige Punkte der Weberschen Kritik von sich aus vorweggenommen hatten. In der „Maßlosigkeit" seiner Angriffe isolierte sich Weber indessen auch von ihnen[111]. Auch die Stimmen deutscher Professoren, die zu Webers Reformschriften bis zum Kriegsende Stellung nahmen, blieben wohl aus diesem Grunde in ihrer Zahl begrenzt, obwohl doch mit dem Jahre 1917 das Reformproblem ähnlich wie 1915 die Mitteleuropafrage wie kein anderes Thema in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt war[112].

Es lag aber sicher nicht nur an dem kritischen Ansatz Webers, wenn seine *beiden* Hauptreformanliegen — „Parlamentarisierung" *und* Wahlrechts-Demokratisierung — nur von wenigen Gelehrten unterstützt wurden, unter ihnen G. v. Schulze-Gaevernitz, G. Anschütz, L. Brentano, R. Piloty O. Baumgarten und, wie zu erwarten, H. Preuß[113]. Unter diesen Stimmen, unter denen Historiker völlig fehlten, kam der von Anschütz das größte Gewicht zu. Dieser Heidelberger Staatsrechtler ging sogar noch weiter als Weber, indem er (mit R. Piloty sicherlich eine Ausnahme unter seinen Kollegen!) ungeachtet mancher föderalistischen Bedenken die *volle* Parlamentarisierung des Reiches, d. h. die faktische Einführung eines parlamentarischen Vertrauensvotums für die Reichsleitung und das neu zu schaffende Reichskabinett befürwortete. Die einzige Konzession, die Anschütz ähnlich wie Weber dem verfassungsrechtlichen Herkommen in Deutschland machen zu müssen glaubte, war das Bestehenlassen

der Möglichkeit, daß auch parteilose und nicht dem Reichstage angehörende Beamte zu Ministern ernannt würden. Deutschland würde damit, so hoffte er, eine *ausschließliche* Herrschaft der Parteien — bei der parteipolitischen Zersplitterung auch für Anschütz eine problematische Sache — vermeiden und doch zu vollem Parlamentarismus, zu der notwendigen „Konzentration der Gewalten" und so zur Lösung seiner Führungskrise gelangen[114].

Der weitaus größere Teil der „Naumannianer" unter den Professoren sprach sich dagegen zwar für die Durchführung einer Reform des preußischen Wahlrechtes aus, warnte jedoch vor einer Parlamentarisierung des Reiches. Charakteristische Vertreter dieser Haltung waren H. Delbrück, F. Meinecke, A. v. Harnack, M. Sering, G. Schmoller, O. Hintze, F. Toennies und E. Troeltsch[115].

Für diese Gelehrten bedeutete eine Parlamentarisierung des Reiches die allzu schematische Übertragung des englischen bzw. französischen Regierungssystems auf die deutschen Verhältnisse. Der Chauvinismus, der sich im Weltkrieg der westlichen Regierungen bemächtigt hatte, schien vor einer solchen Umstellung des deutschen politischen Systems ebenso zu warnen wie die Erfahrungen, die Deutschland bei der Auseinandersetzung um die Freigabe einer öffentlichen Kriegszieldiskussion, mit der Kriegszielbewegung überhaupt und mit dem U-Boot-Streit gemacht hatte. Angesichts der politischen Leidenschaften, die hier zutagegetreten waren, hatte Delbrück die Unabhängigkeit der deutschen Reichsleitung gegen den Druck von rechts verteidigt. Jetzt galt es, sie angesichts der Reformforderungen nach rechts *und* nach links in Schutz zu nehmen. Diese Aufgabe haben Meinecke und Troeltsch[116] ebenso deutlich erkannt wie Delbrück selbst, der sich für die Beibehaltung des dualistischen Verfassungssystems des Reiches auch deshalb aussprach, weil es sich nach seiner Ansicht im Weltkrieg vor allen übrigen Regierungsformen bewährt hatte und allein die echte Verwirklichung des Gedankens der Volksherrschaft darstellte[117]. Meinecke dachte weniger an die Vorzüge des deutschen Systems als an die für ihn offensichtlichen Mängel des westlichen Parlamentarismus, wenn er sich gegen dessen Einführung in Deutschland wandte. Bei den Westmächten hatte nach seiner Meinung die Abhängigkeit der Exekutive vom Parlament dazu geführt, daß entschlossene Minderheiten aus den Reihen der Parlamentarier die Macht an sich gerissen hatten. Diese hatten — und hier gelangte Meinecke zu einem ganz anderen Urteil als Max Weber — nun nicht die nationalistischen Strömungen unter ihre Kontrolle gebracht, sondern ließen sich im Gegenteil von ihnen tragen. Eine solche emotional-„chauvinistische Phrasenherrschaft" verleitete zu gefährlichem Machtmißbrauch[118]. Für den deutschen Staat mußten hier Schutzdämme errichtet werden; er mußte wie jeder neuzeitliche Großstaat „vor sich selber geschützt werden . . . , . . . und in der modernen Welt, deren furchtbare Abgründe und Möglichkeiten wir jetzt erst im vollen Umfang kennengelernt haben, mehr als je":

> „Der Staatswagen entgleist bei dem rasenden Tempo, dessen die moderne Lokomotive fähig ist, wenn nicht ganz starke Bremsen ihn hemmen . . .[119]".

Meinecke gelangte damit zu einer Anschauung, wie wir sie bei Delbrück schon früher kennengelernt haben: Eine Politik der vernünftigen Mäßigung erschien nur dann als möglich, wenn die emotionalen Einflüsse der Massen unter Kontrolle blieben. Das war auch die Grundthese von M. Weber gewesen[120]; nur daß für diesen der genau entgegengesetzte Weg zum Ziele führte. Er hoffte, die populären Strömungen durch Einführung des Parlamentarismus zu neutralisieren. Meinecke und Delbrück dagegen sahen das einzig wirksame Mittel zur Eindämmung dieser Einflüsse in ihrer Unterdrückung oder doch Einschränkung durch eine starke und unabhängige Exekutive, wie sie die deutsche Reichsverfassung zu garantieren schien. Meinecke sprach dabei von einer „Vertrauensdiktatur"[121]. Das war das Gegenstück zu dem „caesaristischen Moment" Max Webers, nur daß dieses gerade dem Parlamentarismus eigen war[122].

Bei beiden richtete sich dieses autoritäre Element primär gegen die chauvinistische Massenbewegung der Rechten. Für Meinecke war jedoch eine solche Stärkung der politischen Führungsspitze nur im Rahmen der Bismarck-Verfassung denkbar, und den Glauben, Masseneinflüsse mit Hilfe eines starken Parlamentes aus der Politik verbannen zu können, hielt er für eine „Illusion"[123]. Meineckes und Delbrücks Grundabsichten zielten wie die Max Webers auf eine Rationalisierung der Politik ab; aber beide waren zu sehr Historiker, als daß sie die traditionsfeindliche Einstellung des Soziologen hätten teilen können; sie waren zu wenig „Demokraten", als daß sie sich eine wirksame Neutralisierung chauvinistischer Masseneinflüsse mit parlamentarischen Mitteln hätten vorstellen können[124].

Vielmehr hatten sich die Vorzüge des deutschen Konstitutionalismus nach ihrer Überzeugung im Weltkrieg gerade bewährt. Welche dies waren, wissen wir bereits aus ihren Schriften der ersten Kriegszeit[125]. Nach außen war es die Garantie einer zielbewußten Politik, die Deutschland bei seiner exponierten Lage besonders nötig hatte; nach innen war es die Gewähr für eine Kontinuität in der politischen Führung, die nach der Einführung des Parlamentarismus bei dem komplizierten deutschen Vielparteiensystem nicht mehr erhalten werden konnte[126], ein Argument, das G. Schmoller besonders nachdrücklich geltend gemacht hat (und das nach den Erfahrungen der Weimarer Republik als nicht unberechtigt erscheint). Unabhängigkeit der politischen Leitung bedeutete zugleich: Schutz der Minoritäten und der wirtschaftlich schwachen Schichten, die in den westlichen Staaten hoffnungslos majorisiert wurden. Der soziale Charakter des deutschen Staates wurde also gerade mit dem Fehlen eines ausgeprägten Parlamentarismus begründet[127].

So blieb das deutsche Verfassungssystem in seinen Grundzügen in den Augen dieser Gelehrten auch im letzten Kriegsjahr unantastbar. Das galt nicht für die deutsche Gesellschaftsstruktur. An diese rührte die Forderung nach einer Reform des preußischen Wahlrechts, die eine soziale Umschichtung im größten deutschen Bundesstaate zur Folge haben mußte. Wenn die genannten Professoren in dieser Frage zu den Reformanhängern gehörten, so nicht zuletzt deshalb, weil ihnen

die allzu starren Überlieferungen der deutschen Bürokratie und die Herrschaft von Korpsstudenten und Junkern (Meinecke) innerlich fremd geworden waren[128]. Endgültig diskreditiert aber hatte sich diese Schicht durch ihre kritiklose Beteiligung an der U-Boot-Agitation; wie für Weber gaben also auch für diese Historiker die im Jahre 1916 gemachten Erfahrungen — und nicht etwa erst die Julikrise 1917! — den Ausschlag für das Aufkommen ihrer Ideen zur inneren Reform[129]. Gerade weil sich die Gebildeten vielfach als politisch so instinktlos erwiesen hatten, begrüßten diese Gelehrten die Gleichstellung der Arbeiterschaft mit Hilfe begrenzter Modifikationen der Reichsverfassung und einer Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen[130]. In den technischen Details für die Reform der deutschen Reichsverfassung kamen Delbrück und Meinecke bei allen grundsätzlichen Vorbehalten den Ideen Max Webers wieder recht nahe. Auch sie setzten sich für eine Beseitigung des Paragraphen 9,2 ein, um so den Aufstieg von Parlamentariern in die höchsten Regierungsämter zu erleichtern[131]. Delbrück wollte dem Parlament sogar einen gewissen Einfluß auf die Personalpolitik in der Armee einräumen[132].

Entscheidend für die Neuformung der politischen Führungsschicht aber blieb die Reform des preußischen Wahlrechtes. Hier gingen alle „Gemäßigten" mit Max Weber zusammen[133], und sogar einige Annexionisten wie E. Meyer und selbst ein grundsätzlicher Reformgegner wie E. Kaufmann neigten zeitweilig zu einem Entgegenkommen an dieser Stelle[134]. Schließlich stellte auch P. Laband, der Nestor des deutschen Staatsrechtes, seine Autorität hinter diesen Reformwunsch[135].

F. Meinecke hatte sich auf sozialdemokratische Anregung hin sogar noch vor Max Weber und H. Delbrück für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen eingesetzt. Da er in der Öffentlichkeit als Spezialkenner der Frage des preußisch-deutschen Verhältnisses galt, mußte diese Forderung aus seinem Munde ganz besonders gewichtig klingen[136]. Vorkämpfer für die baldige Durchführung der Wahlreform wurden diese Professoren, weil in ihrer Sicht das bestehende Wahlverfahren, das in plutokratischer Weise das Wahlrecht nach dem Einkommen des Wahlberechtigten bemaß, den eigentlichen Schutzwall für die überkommene Gesellschaftsordnung bildete und außerdem die Frontsoldaten gegenüber den Daheimgebliebenen zu benachteiligen drohte, wie M. Weber schon gezeigt hatte[137].

Hinter diesen Reformwünschen stand für alle diese Gelehrten von Hugo Preuß bis zu Hans Delbrück das, was sie als Vermächtnis der ersten Kriegswochen betrachteten: die Hoffnung auf die Einbeziehung der unteren Volksschichten in das politische Leben der Nation, eine Amalgamierung von Volk und Staat. Dieses Ziel hatte bei den Gemäßigten bisher nur negativen Ausdruck gefunden, indem sie sich gegen die Propagierung von reinen Eroberungszielen ausgesprochen hatten. Die Wahlrechtsreform in Preußen wies auf einen positiven Weg zur Verwirklichung des „Geistes von 1914", wie ihn die Naumannianer auffaßten[138].

Man spürt an dieser Stelle wieder eine enge Verwandtschaft mit den Ideen

Max Webers. Auch für Meinecke, Troeltsch und v. Harnack war es eine politische Grundüberzeugung geworden, daß innenpolitische Machtlosigkeit der Massen und außenpolitische Machterweiterung sich auf die Dauer nicht vertrügen[139]. Auch die innere Zustimmung aller Staatsbürger zu den außenpolitischen Zielen der Nation war ein Machtfaktor, auf den diese — zumal in Zeiten der Krise — nicht verzichten konnte; denn Macht bedeutete, um mit F. Meinecke zu sprechen, nicht nur die Anwendung physischer Machtmittel, Macht war auch „die Summe moralischer Qualitäten, . . . die nur in der Luft sittlicher und politischer Freiheit gedeihen können . . .[140]“ Ausbau der inneren Freiheit im Reich bedeutete Stärkung der „inneren Kohärenz“ des deutschen Volkes und damit Erhöhung der moralischen Energie der Nation[141].

Wohin eine völlige Mißachtung dieser Faktoren führen konnte, hatte im Frühjahr 1917 die erste russische Revolution gezeigt. Sie ließ die Durchführung der inneren Reformen in Preußen nur noch dringlicher erscheinen. Um Meinecke noch einmal sprechen zu lassen, war „durch die Erfahrung des Krieges . . . jedes reaktionär angehauchte System, das nationalistische Machtergießung nach außen mit politischer Bevorrechtung und Herrschaft einzelner Klassen nach innen verbinden wollte, endgültig gerichtet“[142]. Solche Revolutionswarnungen waren bei Meinecke und seinen politischen Freunden, wie vertrauliche Zeugnisse zeigen, nicht nur (wie bei vielen Alldeutschen) taktisch bedingte Rhetorik, sondern Ausdruck einer echten Furcht vor einem inneren Zusammenbruch des Reichsbaues[143].

Mit der Julikrise und mit dem gleichzeitig offenbar werdenden Fehlschlag des U-Boot-Krieges stand zu befürchten, daß die ohnehin nicht mehr sehr zuverlässige Moral der Massen beim Ausbleiben innerer Reformen völlig versagen würde — Streiks, Resignation und „Verfall“ mußten die Folge sein (Harnack[144]).

Trotz diesen düsteren Prognosen blieben die „Gemäßigten“ noch längere Zeit hindurch ihrer Konzeption in der Reformfrage — „Demokratie“ ohne Parlamentarismus — treu. Ihre Vorbehalte gegenüber einem Herrschaftsmonopol des Parlamentes, welche durch ihre Kriegserfahrungen, wie wir am Beispiel Meineckes sahen[145], eher noch verstärkt worden waren, führte sie sogar wieder in die Nähe der konservativ durchtränkten „Ideen von 1914“. Eine Sammelschrift, die unter dem Titel „Deutsche Freiheit“ 1917 herauskam und die auch einen Beitrag F. Meineckes enthielt, den dieser später als „politisches Glaubensbekenntnis“ bezeichnet hat, legte von dieser Tendenz noch einmal eindrücklich Zeugnis ab — die letzte aus dem Kreise der Gemäßigten stammende Verteidigung der Grundprinzipien des deutschen Konstitutionalismus in scharfer Distanzierung von der westlichen — jetzt besonders der amerikanischen! — Demokratie[146].

> „Wir wollen die Freiheit aus unserer und mit unserer Vergangenheit; denn nur so können wir sie behaupten . . ,“

rief A. v. Harnack aus[147], und E. Troeltsch fügte hinzu:

> „Wir sind gerade im Gefolge des gegenwärtigen Krieges im Begriffe, die Volksfreiheit weiter auszudehnen . . . Der ganze demokratische Feldzug ist demgegenüber Lüge, Unwissenheit und Dünkel, ein unverschämtes Rattenfängerlied . . .[148]“

Es blieb also bei dieser Professorengruppe vorerst nur bei der Bereitschaft, die Mitarbeit aller Schichten am politischen Leben zu intensivieren. Die Führung der Staatsgeschäfte sollte ihnen bzw. ihren Vertretern noch nicht anvertraut werden[149]. Anders als bei G. Anschütz oder bei H. Preuß blieb bei ihnen der Obrigkeitsstaat in seiner Fortentwicklung zum Volksstaat auf halbem Wege stehen. Diese scheinbar widersprüchliche Einstellung kennzeichnet sie als die „konservativen Reformer“, die „guten Preußen“ „im Sinne des nie rastenden Fortschrittes nach dem Vorbilde Steins“, als die sie sich selbst betrachtet haben[150].

Organische Weiterentwicklung des preußisch-deutschen Verfassungslebens bedeutete für sie gerade nicht die Unterhöhlung der Prinzipien, die ihm zugrundelagen, sondern deren Festigung. Das unterschied sie scharf von den Vertretern der Rechten und der Linken. Ein Grund ihres Eintretens für die Wahlrechtsreform lag daher auch in der Hoffnung, daß auf diesem Wege einer Radikalisierung der Parlamentarisierungswünsche der Linken vorgebeugt werden könnte[151].

So versuchten diese Gelehrten, solange dies möglich war, in dem Streit um die inneren Reformen eine vermittelnde Rolle zu spielen. Delbrück handelte in diesem Sinne, wenn er Anfang 1917 zur Besänftigung der Rechten vorerst nur die Einführung eines Pluralwahlrechts in Preußen befürwortete[152]; Meinecke und Hintze schlossen sich seiner Intention an, wenn sie ihre Forderung nach einer Demokratisierung des preußischen Wahlrechtes mit dem Vorschlag für eine Stärkung der verfassungsrechtlichen Stellung der Ersten Kammer in Preußen verbanden, um so ein Gegengewicht gegen die Wirkungen des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu gewinnen[153], ein Gedanke, der gleichzeitig auch bei zwei Staatsrechtlern: bei Erich Kaufmann, einem grundsätzlichen Reformgegner, und — auf das Reich übertragen — bei Robert Piloty, einem Reformanhänger, auftaucht[154]. Wie wir bereits sahen, hat auch Max Weber in realistischer Erkenntnis der beschränkten Reformchancen in Deutschland seine positiven Verfassungswünsche begrenzt. Er darf deshalb trotz allem, was ihn weltanschaulich von einem Meinecke oder Delbrück trennte, seinen Reform*zielen* nach zu den „konservativen Reformern“ mit hinzugerechnet werden, mit denen allen ihn zuvörderst der Wunsch verband, die rechtsradikale Massenbewegung der Annexionisten in verfassungsmäßig kanalisierte Bahnen zu lenken[155].

F. Meinecke hat im Rückblick den konservativen Charakter dieser Reformbestrebungen vielleicht etwas überbetont[156], wenn er seine Wendung zu demokratischen Idealen nur als realistische Anpassung an die Erfordernisse der Kriegslage darstellte. Tatsächlich — und das gilt für alle Gemäßigten — hatte die Krise der Jahre 1916 und 1917 lediglich das auslösende Moment geliefert für eine Rückbesinnung auf politische Ideale, vor allem die Konzeption des sozialen Volksstaates, die sich bereits in der Vorkriegszeit geformt hatten[157].

Die Reformforderungen des Delbrück-Kreises wurden bisher nur nach ihrer innenpolitischen Tragweite beurteilt. Es kommt jetzt darauf an, sie mit den

außenpolitischen Anschauungen dieser Professorengruppe in Verbindung zu setzen, wie das bei H. Preuß und M. Weber bereits geschehen ist. Die Verquickung von Innen- und Außenpolitik, von Reform- und Kriegszielfrage war unvermeidlich in einer Zeit, in der wie im Weltkrieg alles politische Planen von der äußeren Bedrohung des Reiches her bestimmt war. Selbstverständlich leitete der Wunsch nach einem ehrenvollen Kriegsausgang, ohne den alle Reformen sinnlos bleiben mußten, den Kreis der Gemäßigten wie den ihrer Gegner[158]. Nur daß für sie innenpolitische Maßnahmen das entscheidende Mittel zur Bannung der äußeren Gefahren darstellten. Das Maß der Machtmittel und der Machtzusammenfassung eines Staates, erklärte Meinecke, müsse proportional sein zu dem auf seine Grenzen ausgeübten Druck[159], d. h. innere Reformen wurden um so dringender, je kritischer Deutschlands Lage nach außen wurde. So bekannten sich auch die Freunde Delbrücks ähnlich wie M. Weber über den Satz vom Primat der Außenpolitik hinaus zu einem vertieften Verständnis des zwischen Außen- und Innenpolitik bestehenden Wechselverhältnisses[160].

Aber noch in einem anderen Sinne wurden innere Reformen als nach außen wirkende Waffen betrachtet: Seitdem das Zarenreich zusammengebrochen war, begann sich bei den Gemäßigten immer mehr die Überzeugung durchzusetzen, daß die Erfordernisse des Weltkrieges zu einer Annäherung der westlichen und der deutschen Verfassungsformen führen müßten. Ebenso wie sich England z. B. durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht dem preußischen „Militarismus“ genähert hätte, so müßte auch Deutschland zu Konzessionen an die demokratischen Ideen des Westens bereit sein; denn die Tendenz zur Demokratisierung erschien als ebenso zwangsläufig und weltumfassend wie die Entwicklung der modernen Großstaaten[161]. O. Hintze hat dieses fatalistische „Ja“ zur modernen Demokratie besonders eindringlich zum Ausdruck gebracht:

> „Ich halte die allgemeine auf Demokratie gerichtete Bewegung in der Welt nicht für ein Glück, aber für eine Notwendigkeit; ... Es liegt darin etwas von dem Verhängnis, das jede Kultur auf einem gewissen Höhepunkt bedroht. Und dieses Verhängnis ist unabwendbar. Es entspringt aus demselben massenpsychologischen Prozeß, dem wir die Einheit und das nationalpolitische Bewußtsein der großen Völker und Staaten verdanken. Je näher die Menschen auf einem gegebenen Gebiet zusammenrücken ... desto unwiderstehlicher wird der Druck der zusammengeballten Massen gegen die alten Herrschaftsformen, die eine frühere Zeit geschaffen hat ... Das herrschaftliche Prinzip ist bei uns im Drange unserer gefährdeten geographisch-politischen Lage einseitig überspannt worden: wir fühlen jetzt die Notwendigkeit, uns wieder mehr dem genossenschaftlichen Pol zu nähern ... Die demokratische Bewegung ist da und wirkt mit elementarer Gewalt: Es wäre töricht, ihr unter allen Umständen Widerstand leisten zu wollen ...[162]“

Angesichts dieser universalen Tendenz konnte es sich Deutschland nicht mehr

leisten, als „unverstandener Sonderling“ dazustehen[163], denn solch eine Haltung mußte sein Prestige in der Welt beeinträchtigen[164]. —

> „Es ist für unser Dasein und Wirken als Staat nicht gleichgültig, ob die Gemeinwesen, mit denen wir in Frieden leben wollen ..., unsere Staatseinrichtungen als halbabsolutistische oder als im höchsten Grade kulturell-fortschrittliche ansehen. Die Sympathie der Völker und Staaten hängt auch von einem gewissen Gleichmaß des politischen Fortschritts ab“,

schrieb der Kölner Staatsrechtler Stier-Somlo[165]. Der Gedanke, daß Deutschland aus seinem innenpolitischen „Anderssein“ außenpolitische Nachteile erwüchsen, ist uns schon bei H. Preuß begegnet[166]. Er hatte nun auch bei den übrigen Reformern stärkeres Gewicht erlangt als ihre Verbundenheit mit dem überkommenen politischen System in Deutschland. Zu der Stimmung des August 1914, als die Unterschiede zwischen dem „jungen“ Deutschland und dem „überalterten“ Westen besonders scharf hervorgekehrt wurden, stand diese Anschauung natürlich in schärfstem Kontrast[167].

Durch innere Reformen auf die Haltung der Öffentlichkeit der Feindmächte einwirken zu können, hoffte auch H. Delbrück: Eine Demokratisierung Deutschlands würde der feindlichen Propaganda gegen die „preußische Autokratie“ den Wind aus den Segeln nehmen und die öffentliche Meinung bei den Gegnern friedensbereiter stimmen[168]. Noch krasser hat Lujo Brentano denselben Gedanken ausgedrückt, wenn er behauptete, die amerikanische Kriegserklärung wäre womöglich ausgeblieben, wenn Deutschland rechtzeitig vorher sich im Innern reformiert hätte[169]. Hier zeigte sich ein Widerspruch im Lager der Gemäßigten; denn Brentanos Überbewertung der Reformfrage in ihrer außenpolitischen Tragweite stand in deutlichem Kontrast zu Troeltschs und Hintzes Neigung, die Bedeutung der nationalen Verfassungsverschiedenheiten angesichts der universalen Angleichung des innenpolitischen Lebens in den Kulturstaaten immer geringer zu veranschlagen. Sicherlich behielten sie dabei die machtpolitischen Gegensätze, die mit dem Weltkrieg ausgetragen wurden, deutlicher im Auge als Brentano. Doch auch bei ihnen gingen — wie immer begründet — außenpolitische Verständigungsbereitschaft mit innenpolitischem Reformwillen Hand in Hand.

Innenpolitischer Natur waren gleichfalls die Bedenken, die jetzt auch *öffentlich* gegen die Kriegszielpropaganda erhoben wurden. Besonders bei Delbrück wurde der Annexionismus zu der eigentlichen Gefahr für die Einheit des deutschen Volkswillens; ihm wurde die Radikalisierung des innenpolitischen Klimas zur Last gelegt. Streiks und Hungerdemonstrationen waren die Antwort auf ihn gewesen[170], die ihrerseits wieder um so schärfere Gegenmaßnahmen der herrschenden (vor allem militärischen) Gewalten zu provozieren drohten. In letzter Konsequenz stellte der Annexionismus die innere Freiheit im Reich in Frage. „Was hülfe es unserem Volke“, rief Delbrück Anfang 1918 aus,

> „wenn es Macht über die ganze Welt gewönne und nähme darüber Schaden an seinem Charakter? Nicht darin, ob wir schließlich Deutschland um

diese oder jene Landschaft vergrößern, liegt das Problem und die Gefahr der Zukunft, sondern daß wir unser innerstes Wesen nicht durch Streben nach materieller Herrschaft verfälschen, den deutschen Freiheitsbegriff und den echten Idealismus, wie sie uns von den Vätern überliefert sind, nicht in Nachahmung der Franzosen durch das Phantom einer ‚großen Nation' verdrängen lassen[171]."

F. Meineckes Warnungen vom Oktober 1917 fielen noch deutlicher aus:

„Die Eroberungs- und Gewaltpolitik der Konservativen, Alldeutschen und Vaterlandsparteiler muß genau, wie das einst im System Napoleons I. geschah, auslaufen in eine Zurückdrängung der politischen Freiheitswünsche der Nation, in der Aufrichtung des militärischen Despotismus . . .[172]."

Die Neigung der Gemäßigten, die innenpolitischen Aspekte der Weltkriegsproblematik hervorzuheben, wurde noch verstärkt durch die Tatsache, daß die inneren Reformwünsche immer mehr den Charakter eines Ersatzes für außenpolitische Kriegsziele annahmen, an deren Verwirklichung man jetzt im Sommer 1917 in diesem Kreise nicht mehr glaubte: Im Westen waren Annexionen immer schon abgelehnt worden; die Bemühungen Alfred Webers, eine geschlossene Front unter der Parole östlicher Eroberungen zu bilden, waren gescheitert. Sie liefen seit der ersten russischen Revolution auch dem Plan einer Verständigung mit Deutschlands östlichem Nachbar zuwider, — eine Politik, die, wie erinnerlich, gerade auch unter den Gemäßigten Fürsprecher gefunden hatte[173]. Für „Mitteleuropa" warben zwar immer noch einige Gelehrte, im ganzen gehörte es aber doch den „tempi passati" an, um mit Delbrück zu sprechen[174]. Die umfassenden Kolonialpläne, die dieser selbst unermüdlich vor seinen Lesern ausbreitete, besaßen für ihn selbst keine unbedingte Überzeugungskraft mehr. Wie er an v. Valentini schrieb, brachte er sie seinem Publikum vor allem deshalb immer wieder in Erinnerung, weil er hoffte, es so von westlichen Annexionswünschen abzulenken[175]. Davon ganz abgesehen, mußte das Projekt eines „deutschen Indiens" im Jahre 1917 unzeitgemäßer wirken denn je. — So standen diese Gelehrten der Zukunft der deutschen Außenpolitik mit einer zunehmenden Ratlosigkeit gegenüber, zumal in den Sommermonaten des Jahres 1917 (vor der Papstaktion) die Aussichten auf einen Verständigungsfrieden oder gar einen U-Boot-Sieg verschwindend gering geworden waren. Und doch durfte die deutsche Politik nicht in den Verdacht kommen, als stünde sie dieser Situation in hilfloser Passivität gegenüber. Sie konnte diesen Eindruck vermeiden, wenn sie — gewissermaßen als Kompensation — zu inneren Reformen schritt. A. v. Harnack hat diese Überzeugung, die auch die übrigen Reformer des Delbrück-Kreises teilten, in einer für Bethmann bestimmten Denkschrift besonders eindrucksvoll dargelegt:

„Wir sind überall auf dem toten Punkt gekommen und müssen, koste es, was es wolle, über ihn hinauskommen. Auf dem toten Punkt stehen wir seit langem an den Hauptfronten, auf dem toten Punkt in bezug

auf unsere Friedensangebote, auf dem toten Punkt vor allem auch im Innern. Eine dumpfe, unfreudige Stimmung greift um sich — auch bei den Besten."

Es bestünde die Gefahr, daß das moralische Kapital zur Neige ginge, über das Deutschland verfügte; der einzige tote Punkt, der von deutscher Seite her überwunden werden könnte, sei die innere Lage. Es sei deshalb die „letzte (!) Stunde" gekommen, den Gedanken des sozialen Kaisertums zu verwirklichen, d. h. die Wahlreform in Preußen durchzuführen[176].

Harnacks Eingabe ist vielleicht das bezeichnendste Dokument für den Weg, den die Kriegsziel- und Reformdiskussion bei den Gemäßigten eingeschlagen hatte. Das offene Eingeständnis, daß in den inneren Reformen das eigentliche Kriegsziel zu erblicken sei, findet sich bei ihnen zwar nicht; doch wurden auch bei ihnen die Reformforderungen aus einer bloßen Funktion der deutschen Kriegspolitik zu einem Programm von eigenem Gewicht, zu *der* Alternative für alle Annexionspläne[177]. Wie M. Weber hatten auch diese Gelehrten sich von dem Prinzip des Primats der Außenpolitik entfernt, und man kann bei ihnen nur noch von einem „relativen Primat" der Außenpolitik sprechen. Hier lag der entscheidende Gegensatz zu der Haltung der Reformgegner.

V.

Es wurde bereits gezeigt, daß die *reformfeindlichen Professoren* — voran die Historiker Hoetzsch, v. Below, Schäfer, Meyer und Spahn, dann u. a. die Staatsrechtler Kaufmann, Jung, Bornhak und Wundt[178] — mit den Gemäßigten in der sehr ernsten Beurteilung der inneren und äußeren Lage des Reiches im Jahre 1917 übereinstimmten. Gleiches galt auch für ihre politische Grundabsicht. Auch sie stellten die Frage nach der Möglichkeit einer Beilegung der Vertrauenskrise, die zwischen Volk und Führung entstanden war; auch ihnen kam es auf die Bildung eines klaren politischen Willens bei den leitenden Stellen des Reiches an[179]. Gerade der Ruf nach einer starken Hand, der in M. Webers Vorstellungen von einem „caesaristischen Parlamentarismus" und Meineckes Gedanken einer „Vertrauensdiktatur" anklang, erscholl bei den Reformgegnern noch vernehmlicher: Was Deutschland nottäte, schrieb G. v. Below, sei die „politische Energie, der handelnde Staatsmann, die unabhängige Persönlichkeit"[180]. In dem Weg, den diese Professoren zur Verwirklichung dieses Zieles vorschlugen, wichen sie freilich von den Gemäßigten völlig ab. Diesen war es auf eine Stärkung des breiten Fundamentes des politischen Lebens angekommen, die sich von dort aus bis zur Spitze fortsetzen sollte; ihnen ging es um die Festigung der Spitze allein[181]. Einen rationalen Weg zu diesem Ziele vermochten sie freilich nicht aufzuzeigen. Greifbar war allein der vielfach — z. B. bei v. Below, E. Meyer, D. Schäfer, A. Schulte, R. Fester und E. Jung — geäußerte Wunsch nach einer Intensivierung des Einflusses der Obersten Heeresleitung auf die deutsche Politik[182]. Die Stimme des den Alldeutschen nahestehenden Breslauer Philologen Alfred Hillebrandt charakterisiert diese Tendenz besonders treffend:

„Von den politischen Taktikern hat jeder parteipolitisch nicht verwirrte Kopf im Volk genug und richtet ausschließlich seine Augen auf das Hauptquartier in der Hoffnung, daß von dorther die Irrtümer ... beseitigt werden, durch die wir unter der Einwirkung des Reichstages hindurchgeführt wurden ...“[183]

Letztlich aber blieben die Hoffnungen auf das rettende Eingreifen des politischen Genius irrational, wie folgende, ungewollt prophetische Stelle bei J. Haller zeigt: Da die Staatskunst versagt hätte, so schrieb er zu Anfang des Jahres 1917, müßte nun das deutsche Schwert die Zukunft gestalten:

> „Möge der Segen über ihm sein .., daß er [der Krieg] uns vor allem erlöse von dem Fluch der Passivität, der so lange auf unserer Politik gelastet hat ..., bis sie schließlich das Bewußtsein verlor, daß sie vor allen Dingen wollen müsse. Dann wird sich auch der Staatsmann finden, der Mann mit großem Herzen und starkem Willen, der das Geschlecht der Kämpfer und Sieger von 1914—1917 hinanführen wird zu den Höhen, die Gott ihm bestimmt hat, als er ihm das Maß seiner Gaben im Guten wie im Bösen voller häufte als irgend einem anderen. Dann werden unsere Kinder und Enkel dereinst im Hinblick auf die Zeit, die wir durchlebten, sprechen können: auch das war zu unserem Besten ...[184]“

Klarheit bestand bei diesen Gelehrten in scharfem Gegensatz zu den Gemäßigten nur darin, daß eine Anpassung Deutschlands an westliche Verfassungsmodelle nicht das Mittel sei, das die deutsche Politik aus ihren Schwierigkeiten hätte befreien können. Zwischen Wahlrechtsreform in Preußen und Parlamentarisierung im Reich wurde dabei kein Unterschied gemacht; denn jede Konzession an die demokratischen Zeitströmungen wurde hier bereits als ein erster Schritt zur Aufrichtung des Parlamentarismus im Reich und damit zur „Selbstvernichtung“ des „monarchischen Prinzips“ (H. Rehm[185]) betrachtet. Wie bei den „konservativen Reformern“, die nur für eine Wahlrechtsänderung in Preußen eintraten, galt die Herrschaft des Parlamentes als reines Parteienregiment, was auf nichts anderes hinauslief als auf die Allmacht der Geldinteressen. Von dieser „goldenen Internationale (v. Gruber) konnte kein Verständnis für die Errungenschaften des sozialen Kaisertums erwartet werden, für die Ziele der Sozialgesetzgebung, dieses „edelsten Werkes“ „wahrer Demokratie“ (Ph. Zorn[186]). Um so widernatürlicher die mit der Reichstagsmehrheit gegebene faktische Koalition zwischen Hochfinanz und Arbeiterschaft!

Mit Argumenten dieser Art, die wir auch bei den „gemäßigten“ Gegnern des Parlamentarismus in abgeschwächter Form kennengelernt haben, fand auch der Antisemitismus wieder Eingang auf den deutschen Universitäten, der im Zeichen des Burgfriedens zur Zeit des Kriegsausbruches für tabu erklärt worden war. In besonders krasser Weise machten sich der Straßburger Staatsrechtler Erich Jung und (anonym) der Freiburger Historiker v. Below zu öffentlichen Anwälten dieser Bewegung, die, nur wenig verhüllt, auch M. v. Gruber und D. Schäfer unterstützten[187].

Das deutsche Führungsproblem zu lösen, war aber mit diesen Kräften und den Methoden des Parlamentarismus nicht möglich: Würde dieser nicht die Exekutive schwächen, wenn nicht bei der vorherrschenden Parteienzersplitterung sogar völlig lähmen[188]?

Ebenso „zersetzend“, so glaubte man im Kreise der radikalen Reformgegner, mußte das gleiche Wahlrecht in Preußen wirken; denn der Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger war in den Augen eines D. Schäfer oder G. v. Below der am wenigsten geeignete Weg zur Auslese der fähigsten Politiker[189], und E. Jung sprach in diesem Sinne von einem „organisierten Dilettantismus“, A. Hillebrandt von einer „Knebelung des Geistes durch die Materie“ und E. Brandenburg von einer „Negation“ des echten Liberalismus[190].

Doch nicht nur praktische und weltanschauliche, sondern vor allem historische Gründe sprachen gegen eine Liberalisierung der deutschen Verfassung. Lief sie nicht der „germanischen Staatsidee“ zuwider, der es auf eine „Verbindung der staatlichen Ordnung mit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Bevölkerung“ ankam (M. Spahn)[191]? Rüttelte sie nicht außerdem, indem sie Preußen dem Reiche anglich, an der föderalistischen Grundstruktur des Reiches? Der Berliner Staatsrechtler Erich Kaufmann verlieh diesem von den Reformgegnern sehr oft gebrauchten Argument geschichtliches Gewicht, indem er nachzuweisen suchte, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Verantwortlichkeit des Kanzlers von Bismarck keineswegs in der Erwartung akzeptiert worden sei, daß damit eines Tages eine einseitige Bindung der Reichsleitung an den Reichstag hergestellt werden könnte. Im Gegenteil! Bismarck war für Kaufmann ein ausgesprochener Gegner jeder Übermacht des gewählten Reichstages und damit Verteidiger der Gleichberechtigung des Bundesrates oder, wie Kaufmann sich ausdrückte, des „bündischen“ (nicht des „konstitutionellen“) „Unitarismus“ für die Reichsverfassung[192]. „Bismarcks Erbe“ hüten, hieß somit Front machen gegen die drohende Übermacht der im Reichstag vertretenen Parteien[193]. Ein Verzicht auf dieses Erbe, so wurde dieser Gedankengang von M. Spahn ergänzt[194], empfahl sich um so weniger, als die moderne Entwicklung den Parlamentarismus als „überholtes“ Prinzip ohnehin hinter sich ließ. Das genaue Gegenteil der Überzeugung, zu der sich die „konservativen Reformer“ durchgerungen hatten!

Eng mit der Berufung auf geschichtliche Traditionen hing der Appell an das Nationalgefühl zusammen. Otto von Gierke, einer der prominentesten Rechtslehrer, die sich bedingungslos für die Erhaltung der konservativen Komponenten der Bismarckverfassung einsetzten, hatte schon zu Kriegsbeginn erklärt, Deutschland sei nur dann des Sieges sicher, wenn es dem Geiste treu bliebe, der es großgemacht hätte[195]. Von diesem Geist drohte es sich zu entfernen, wenn es den Reformwünschen der Linken nachgäbe. Gierke gab deshalb die Parole aus:

> „Wir wollen unsere geschichtlich erarbeitete hohe Staatsidee, unsere harmonische Verbindung einer starken Monarchie mit germanischer

> Volksfreiheit, unsere die Einheit in der Mannigfaltigkeit wahrende staatliche und gesellschaftliche Organisation, unsere sittlich verankerte und sozial gebundene Freiheit, unsere tief wurzelnde bodenständige Kultur nicht dem demokratischen Moloch opfern. Amerikanisieren lassen wir uns nicht[196]."

Deutschland durfte sich nicht „amerikanisieren" lassen: Aber eigentlich war das auch gar nicht möglich; denn westlicher Parlamentarismus und deutscher Konstitutionalismus waren unvereinbar miteinander. — „Zwischen dem deutschen und dem demokratischen Gedanken gibt es keine wahre Vermittlung", erklärte Max Wundt[197]. Bei den Reformgegnern blieb also — ganz anders als etwa bei M. Weber — der Krieg ein Kampf um Verfassungsideale, den Deutschland nur bestehen konnte, wenn es sich den demokratischen Forderungen verschloß[198]. Auch in diesem Punkte hielten die reformfeindlichen Gelehrten an den „Ideen von 1914" mit größerer Unbedingtheit fest als die Gemäßigten. Die demokratische Ideologie, die in ihrer relativen Bedeutung bei den Reformern nicht ohne Eindruck geblieben war, erschien den Reformgegnern schon deshalb als unglaubwürdig, weil sich nach ihrer Ansicht hinter ihr die Absicht der Feinde verbarg, Deutschland von innen her zu schwächen und zu zersetzen (Below,Fester[199]). So konnte die Demokratisierung Deutschlands bei O. Hoetzsch als „inneres Kriegsziel" der Feinde betrachtet werden[200]. Dieser Gedanke zusammen mit der Vorstellung von der absoluten Überlegenheit der Leistungen des deutschen Militärs führen bereits sehr nahe an die Dolchstoßlegende heran.

Doch welches war das Verfassungsideal, das der „deutschen Idee" entsprach? Kam es nur einem Verharren im konstitutionellen status quo gleich? Zu einer solchen — wirklich konservativen — Einstellung hatten sich die Vertreter der Rechtsopposition unter den Professoren den Zugang verbaut; denn die Kritik, die sie zunächst nur an der Person Bethmanns, später (bei gleichzeitiger Glorifizierung der politischen Rolle der OHL) aber auch an der politischen Führung allgemein geübt hatten, hatte de facto den Rahmen der Bismarckschen Verfassung, die sie zu verteidigen vorgaben, gesprengt. Nicht jedem von ihnen mag diese Distanzierung vom innenpolitischen status quo allerdings so deutlich geworden sein wie M. Spahn und E. Kaufmann, die beide den Weg der Konzessionen an den Konstitutionalismus, den die deutsche Verfassungsgeschichte seit Bismarck eingeschlagen hatte, ausdrücklich als Irrweg verwarfen[201].

Erschien die Rückkehr zu den politischen Zuständen der Vorkriegszeit als nicht erstrebenswert, so waren diese rechtsoppositionellen Gelehrten doch auch nicht imstande, an ihre Stelle ein verfassungspolitisches Leitbild zu setzen, das gleich faßlich und präzis gewesen wäre wie die Idee des Volksstaates bei der Linken und den Gemäßigten. Am häufigsten liest man bei ihnen (z. B. bei Spahn, Jung und v. Below) noch von der Wiedereinführung des ständischen Prinzips[202].

> „Der Beruf ist die eigentliche politische Lebensäußerung des Mannes, die ihn an den Staat bindet und durch die er am Staat selbst schaffend mitwirkt . . .",

schrieb Max Wundt 1917[203] in deutlichem Gegensatz zu der Gegenüberstellung von beruflicher und politischer Qualifikation bei Max Weber[204]; monarchisches Beamtentum und berufsständische Verfassung entsprächen „ohne Zweifel" der deutschen Staatsauffassung — das war der „Obrigkeitsstaat" von H. Preuß, der hier in Max Wundt und auch G. v. Below seine Verteidiger fand[205].

Die präzisesten Vorschläge für eine Einfügung berufsständischer Elemente in die deutsche Verfassung brachte vielleicht der schon erwähnte E. Kaufmann vor. Er regte die Bildung eines deutschen Oberhauses an, das auf ständischer Grundlage gebildet werden und zusammen mit *außer*parlamentarischen, berufsständischen Organisationen dem Einfluß der Reichstagsparteien Paroli bieten sollte[206], die (nicht nur in seinen Augen!) immer mehr versagt hatten. Dies war für ihn die wichtigste Forderung der Neuorientierung. Dabei zeigte er zwar Verständnis für das Bestreben, Reichstagsabgeordnete und Exekutive in engeren Kontakt miteinander zu bringen. Als Parteienvertreter aber sollten diese Abgeordneten ausdrücklich nicht in die Reichsleitung mitaufgenommen werden, weil die Parteien weder die Intelligenz noch die „vorwärtsstrebenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mächte" hinreichend repräsentierten. Immer wieder also war es das Schreckensbild der demokratisch-egalitär legitimierten Parteienherrschaft, dem Kaufmann die vermeintlich spezifisch deutsche Tradition entgegenhielt[207].

Vielleicht ist es charakteristisch für die starke demokratische Zeittendenz, daß andere Reformgegner wie D. Schäfer und sogar G. v. Below[208] sich genötigt sahen, ein Lippenbekenntnis für die Demokratie abzulegen. Den konkreten Folgerungen, die man daraus hätte ziehen müssen, wichen diese Professoren jedoch immer aus mit dem Hinweis auf die Erfordernisse der Außenpolitik, die in ihren Augen gegen jede innere Reform sprachen.

Denn dies war der Punkt, an dem — abgesehen von den verschiedenen Staatsidealen, denen Reformanhänger und Reformgegner anhingen — die Professoren der beiden politischen Hauptrichtungen am schärfsten differierten.

Für die deutsche Außenpolitik mußte es nach den Vorstellungen der reformfeindlichen Professoren schädlich sein, wenn durch Reformen der Einfluß der Linken verstärkt würde; denn mit ihr nahm auch das Gewicht der Verständigungspolitiker zu und wuchs die Gefahr eines „Verzicht"-Friedens[209]; die Kriegszielbewegung aber verlor ihren inneren Rückhalt. Stillschweigend wurde damit zugegeben, daß hinter aller ideologischen Verbrämung ein innenpolitischer Machtkampf stand, der seit dem Beginn des Kriegszielstreites ständig an Schärfe zugenommen und das traditionelle Mißtrauen der Rechtsparteien gegenüber den Sozialdemokraten — trotz der „Erhebung" von 1914 — erneuert hatte[210].

Innere Reformen wurden sogar gefährlich im Hinblick auf den äußeren Druck, der auf dem Reiche lastete: Das Maß innenpolitischer Freiheit müsse *umgekehrt* proportional sein zu dem auf ein Staatswesen von außen ausgeübten Druck, forderte O. Hoetzsch im Anschluß an den englischen Historiker Seeley (und in direktem Gegensatz zu Meinecke!)[211]. Wollte Deutschland die Kraftprobe des Welt-

krieges bestehen, so mußte es diesem Grundsatz entsprechend auf freiheitliche Reformen verzichten, die es nur schwächen würden.

Damit hielten die Reformgegner viel rigoroser fest an dem Grundsatz von dem Primat der Außenpolitik, den die Gemäßigten an sich auch nicht in Zweifel gezogen hatten. Machtbetätigung nach außen aber wurde bei den reformfeindlichen Gelehrten zum allbeherrschenden politischen Faktor[212]: Außenpolitik war nicht nur der bewegende Grund für alle politischen Maßnahmen (das galt auch für die Gemäßigten!): Sie wurde darüber hinaus zu einem ausschließlichen Allheilmittel für jede politische Schwierigkeit.

„Sind wir ein mächtiges Volk, so werden wir auch ein freies sein", verkündigte D. Schäfer[213].

Innenpolitische Maßnahmen konnten, zumal wenn sie in liberale Richtung gingen, auf den Gang der äußeren Politik nur hemmenden oder überhaupt keinen Einfluß ausüben, hieß es[214]. So wurde auch kein positiver Zusammenhang hergestellt zwischen den einzelnen rechtsgerichteten innenpolitischen Zukunftsplänen und den Bedürfnissen der deutschen Außenpolitik[215]. Stattdessen blieb es bei der Hoffnung, die uns seit Kriegsbeginn bekannt ist[216]: Daß Propagierung und Sicherung von Annexionszielen die entscheidenden Mittel zur Lösung der innenpolitischen Probleme in die Hand gäben; genau umgekehrt wie bei den Gemäßigten lieferten Kriegsziele den Ersatz für innere Reformen. Dadurch kam es, daß Reformfeindlichkeit und Annexionismus unter den Hochschullehrern fast immer Hand in Hand gingen. Im Gegensatz zu dem *relativen* Primat der Außenpolitik, den die Gemäßigten anerkannten, hielten die Reformgegner an dem *absoluten* Primat der Außenpolitik fest.

D. Schäfers Stellungnahme zur preußischen Wahlreform soll als ein Beispiel diese einseitig außenpolitische Beurteilungsweise der den Rechtsparteien nahestehenden Professoren illustrieren: Weder spezifisch innenpolitische Erwägungen spielten bei seiner Beweisführung eine Rolle noch etwa der Gedanke, daß sich Reformen günstig auf das außenpolitische Klima auswirken könnten[217]. Entscheidend waren allein die machtpolitisch nachteiligen Folgen, die sich aus einer Wahlrechtsreform in Preußen ergeben würden. In den Ostprovinzen müßte der polnische Stimmenanteil stark anwachsen, womit eine ernstliche Gefährdung der deutschen Herrschaft in diesen Gebieten eintreten könnte. Von ihr hinge aber der deutsche Einfluß in Osteuropa überhaupt ab. Die Folgerung drängte sich auf, daß die Durchführung der preußischen Wahlrechtsreform in letzter Konsequenz die deutsche Machtstellung beeinträchtigen müßte[218]. Schäfers Gedanken wurden von konservativen Kreisen zur Untermauerung ihrer reformfeindlichen Haltung dankbar übernommen[219].

Die Nachwirkungen der Außen- auf die Innenpolitik wurden am krassesten in Äußerungen überbetont, die für den Fall eines Ausbleibens von Annexionen bei einem künftigen Friedensschluß die Möglichkeit eines Zusammenbruches der inneren Ordnung andeuteten. Wir haben gesehen, daß — entgegen früheren Bedenken — Schäfer sich dieses Argumentes zum ersten Male im März 1916 be-

dient hat. Daß er zusammen mit einigen anderen radikalen Annexionisten unter seinen Kollegen an diesem Gedanken festhielt, zeigte die Mahnung, mit der er eine an den Kaiser gerichtete Eingabe vom 6. Januar 1918 ausklingen ließ:

> „Die diese Vorstellungen an Ew. Majestät richten, sind Deutsche, die in der Überzeugung leben, daß des Vaterlandes Macht und Wohlfahrt nur gesichert werden können unter monarchischer Leitung. Sie können sich aber des Gedankens nicht erwehren, daß diese Bürgschaft deutscher Zukunft in ihren Grundfesten erschüttert werden wird durch einen Frieden, der auf Erweiterungen des deutschen Machtbereichs und auf Entschädigungen verzichtet . . .[220]"

Beweist diese Äußerung, daß es ihm (wie sicher manchem Vertreter der Rechten außerhalb der Universitäten) bei der Propagierung seiner Annexionsforderungen deshalb letztlich nur um die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Innern Deutschlands gegangen ist, daß sich, m. a. W., hinter seinem Annexionismus nur die Klasseninteressen der herrschenden Schichten verbargen? Dies war ein Vorwurf, den ihm führende „Gemäßigte", wie wir schon wissen, bereits in der Kriegszeit entgegengehalten hatten (z. B. M. Weber und H. Delbrück) und der bis heute für die marxistische Weltkriegsinterpretation axiomatisch geblieben ist[221]. In der Tat läßt sich die faktische Übereinstimmung der von Schäfer propagierten Politik mit den Interessen der Rechtsparteien kaum übersehen, und doch haben alle diese Gelehrte — selbst Haller und v. Below! — aus ihrem subjektiven Selbstverständnis heraus die „Unterstellung" zurückgewiesen, als hätten sie im Weltkrieg irgendwelchen Partei- geschweige denn Klasseninteressen gedient: Für den Treitschke-Schüler Schäfer war der absolute Primat der Außenpolitik ein politisches Grundprinzip, das er — ungeachtet aller innenpolitischen Interessen — auf den Weltkrieg nur sachgerecht anzuwenden glaubte[222]. Im anderen Lager konnte Max Weber mit seiner These von der Abhängigkeit deutscher Weltpolitik von Fortschritten im Ausbau des deutschen Volksstaates, wie wir sahen, gleichfalls auf Überzeugungen zurückgreifen, die er schon lange vor dem Kriege entwickelt hatte und für die er sich während des Krieges, wie er betonte, nicht als Vertreter einer bestimmten politischen Partei einsetzte[223].

VI.

Daß die führenden Professoren beider Richtungen mit dem Fortgang des Krieges und zumal mit dem Beginn der Reformdebatte dennoch faktisch immer stärker in den Sog des innenpolitischen Kräftespiels gerieten, beweist ein Blick auf die verschiedenen Aktionen politischer und publizistischer Natur, mit denen sie versuchten, ihre Ansichten zur Reformfrage in der praktischen Politik und gegenüber breiteren Volksschichten geltend zu machen.

Anders als in der Friedensfrage, noch schärfer als bei der inhaltlichen Charakteristik der Reformprogramme und im Gegensatz zu dem in der Öffentlichkeit vorwaltenden Eindruck wird man hier (auf jeden Fall bis zum Sturze Bethmanns) nicht eine Zwei-, sondern eine Dreiteilung vornehmen und zwischen einer

linken, einer „gouvernementalen" und einer rechten Gruppe unterscheiden müssen. Die Linksgruppe (Max Weber, G. Anschütz, F. v. Liszt und G. v. Schulze-Gaevernitz) fand ihren Rückhalt bei der Fortschrittlichen Volkspartei. Hier stieg Max Weber zu der Rolle eines Experten für die Beratungen des Verfassungsausschusses im Reichstag auf[224]. Zwar gingen die Sprecher der Linksparteien dort mit ihren Vorschlägen noch etwas weiter als Max Weber, aber sie verdankten diesem doch wesentliche Argumente für die ersten grundlegenden Schritte in Richtung auf eine Demokratisierung der deutschen Politik (z. B. für die Einführung des Enquêterechtes). Auch seine Vorstellungen über die beratende Rolle, die die Parlamentarier bei der Ernennung des Kanzlers zu spielen hätten, wurden im Kreise der Fortschrittlichen weithin geteilt[225].

Die „gouvernementale" Gruppe — an ihrer Spitze H. Delbrück und F. Meinecke — lehnte sich zunächst noch nicht an eine bestimmte Partei bzw. die Reichstagsmehrheit an, sondern scharte sich bis zu dessen Sturz um den Kanzler[226]. Dabei stand Delbrück, indem er mit dem Gedanken an die Einführung eines Pluralwahlrechtes spielte, anfangs der Position näher, die Bethmann aus taktischen Gründen einzunehmen gezwungen war, als Meinecke, der sich unter dem Eindruck sozialdemokratischer Vorstellungen schon früher für die Übernahme des gleichen Wahlrechtes entschieden hatte[227].

Beide Gelehrte waren sich indessen einig in der Ablehnung einer Parlamentarisierung des Reiches, gegen die auf Wunsch der Reichsleitung Meinecke auch öffentlich Stellung nahm[228].

Erst die Zuspitzung der inneren Lage im Sommer 1917 bewog beide Professoren und ihre Anhänger zu einem Schritt, dem Bethmann nur halb zustimmte: Sie verlangten von Reichsleitung und preußischem Landtag in einem öffentlichen Appell die baldige tatsächliche Einlösung des kaiserlichen Versprechens, das die Osterbotschaft enthalten hatte, und die rasche Verabschiedung eines Wahlgesetzes, das „nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht" in Preußen einzuführen hätte[229].

Wie befürchtet, hat dieser am 3. Juli 1917 veröffentlichte Aufruf den Sturz des Kanzlers nicht mehr verhindern können[230], und die „gouvernementale" Professorengruppe drohte damit, politisch in die Isolierung gedrängt zu werden, zumal der neue Kanzler Michaelis in ihrem Kreise lediglich als Marionette der Rechten und der OHL betrachtet wurde[231].

Delbrück war nun auf seine guten Beziehungen zu dem Kabinettschef v. Valentini, einem erprobten Anhänger des gestürzten Kanzlers, angewiesen, wenn er Regierungsvertreter direkt mit seinen Anschauungen vertraut machen wollte. Eines der dringendsten Probleme war ihm die Beseitigung des neuen Kanzlers und seine Ersetzung durch einen Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit, wobei er sich mit großem Nachdruck für eine Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden verwandte, der, wie er erfahren hatte, auch die Sozialdemokraten zustimmen würden[232]. Er riskierte, mit dieser Linie in einen gewissen Widerspruch zu seinen grundsätzlichen Vorbehalten in der Parlamentarisierungsfrage zu ge-

raten. Vor allem aus außenpolitischen Gründen (Belgienfreigabe!) hätte er es nämlich begrüßt, wenn die Linksparteien die Reichsleitung in die richtige Richtung gedrängt hätten[233].

Michaelis war in Delbrücks Augen auf jeden Fall unmöglich: Indem er sich immer deutlicher auf die Seite der Rechten schlug und sich die Mehrheit entfremdete, machte er es wahrscheinlich, daß nach seinem Sturze die Linksparteien allein die Macht übernehmen und die uneingeschränkte Herrschaft des Reichstages durchsetzen würden. Blieb er jedoch, wurde er zum Exekutor einer reinen Militärdiktatur. War es einmal so weit, dann hatte Deutschland, wie Delbrück befürchtete, auch den Krieg verloren[234]. Raffte sich die Krone indessen von sich aus zu einer Ablösung von Michaelis und zur Berufung eines Vertrauten der Reichstagsmehrheit auf, dann stand zu hoffen, daß solch ein Politiker schließlich doch noch die Prärogativen der Reichsleitung gegen den Reichstag zu wahren in der Lage wäre: „Die Krise, der wir nicht mehr entgehen können ..." schrieb er an Valentini am 5. September 1917,

> „darf nicht von unten, sie muß von oben kommen. Die Reichsboten selber sind gar nicht so machthungrig ... Sie wären gern bereit und äußern es ganz offen, sich einem führenden Staatsmann als Gefolge unterzuordnen. Aber es ist unmöglich, daß sie nicht einen Minister unter ihre Kontrolle zu nehmen suchen, der sich fortwährend von der Minorität als ihren Mann feiern läßt. Bürgert sich diese Art parlamentarischer Kontrolle aber erst ein, wie sollen wir sie wieder loswerden? Es handelt sich nicht um den Frieden, sondern es handelt sich um die Monarchie. Eine Politik *gegen* die Reichstags-Majorität zu machen, ist weder sachlich geboten noch ausführbar. Es läßt sich aber eine gut nationale Politik *mit* der Reichstags-Majorität machen, sobald der Reichskanzler sich entschließt, sich mit freiem, großem Entschluß an ihre Spitze zu stellen ...[235]"

Die Ernennung Hertlings erfüllte Delbrücks deutlich an Max Weber erinnernde politische Wünsche nur unvollkommen, und er fand denn zu dem neuen Kanzler auch kein Verhältnis. Nach der Entlassung Valentinis zu Beginn des neuen Jahres blieben Delbrück und seinen Freunden als einziger Verbindungskanal zu der politischen Leitung des Reiches nur die Kontakte, die sie mit Kühlmann und dem Auswärtigen Amte (vor allem über F. Meinecke und W. Goetz) aufrecht erhielten. Mit dem Sturz Kühlmanns riß auch dieser letzte Faden, der die Gemäßigten (vormals Gouvernementalen!) mit der politischen Führung verbunden hatte[236].

In demselben Maße, wie sich das Band zwischen Reichsleitung und Gemäßigten lockerte, erwärmte sich das Verhältnis *Schäfers* und seiner Anhänger zur OHL, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 zusammen mit Alldeutschen und Schwerindustrie immer mehr zum Rückhalt der Bestrebungen des „Unabhängigen Ausschusses" wurde. Noch im Herbst 1916, so sahen wir, hatte die OHL dessen Haltung in der U-Boot- und Polenfrage mißbilligt bzw. ignoriert[237]. Ein

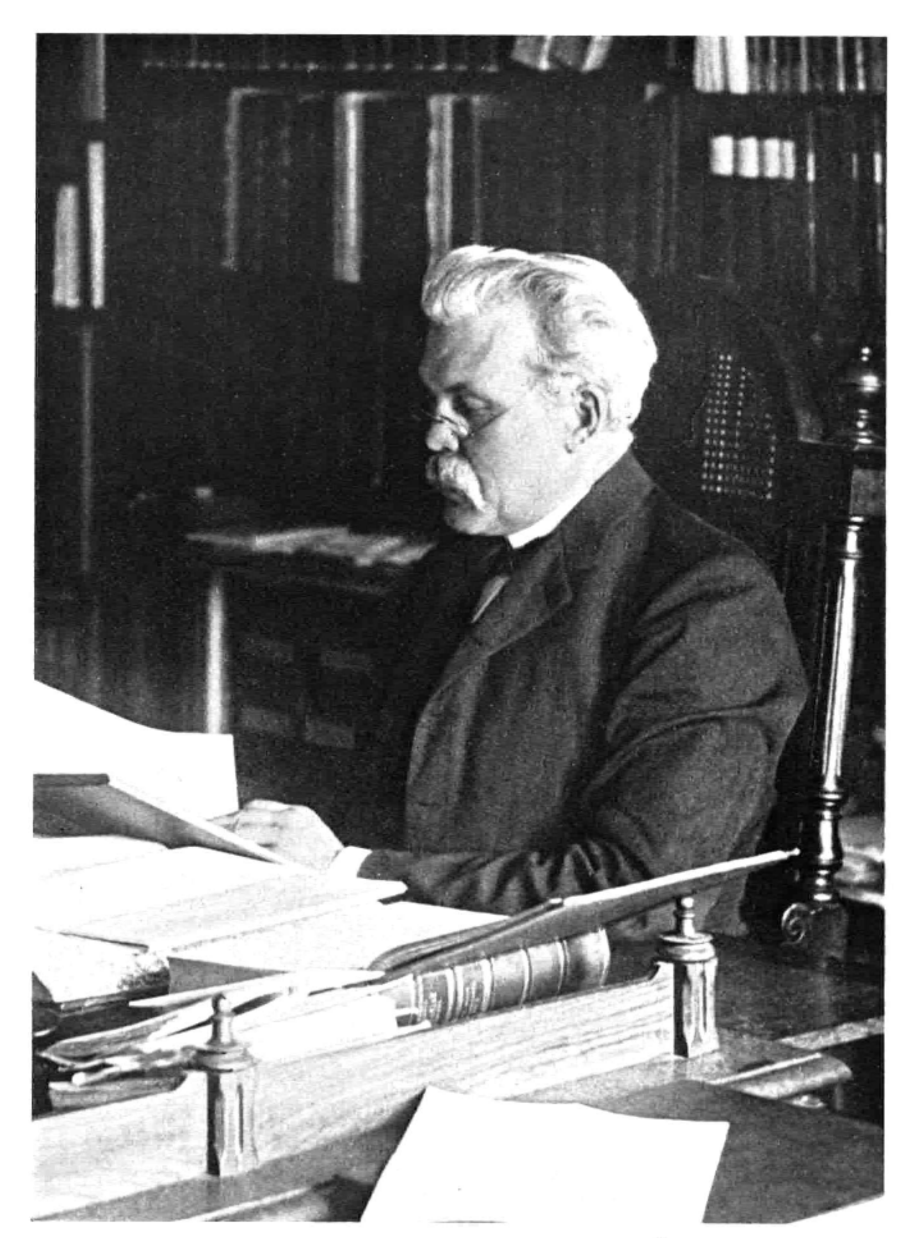
halbes Jahr später noch, kurz vor der Verabschiedung der Juliresolution, bekannte Schäfer dem Obersten Bauer, daß seine an die OHL gerichteten Appelle, die zum Sturz Bethmanns — des „schlimmsten" Gegners seines Ausschusses — aufriefen und gegen dessen anscheinend überstürztes Vorgehen in der Reformfrage polemisierten, wohl „zwecklos" seien[238]. Doch schon wenige Wochen später waren diese Zweifel zerstreut, und Schäfers (mit der Wiederholung seiner Annexionswünsche und Attacken gegen die Juliresolution gepaarte) Mahnungen an die OHL, doch der Regierung Michaelis nicht nur eine Stütze, „sondern geradezu" eine „Richtschnur" zu sein, fanden offensichtlich geneigtere Aufnahme bei dem Empfänger, Oberst Bauer[239].

Von der Gründung der Vaterlandspartei wurde dann die OHL bereits im voraus unterrichtet, und eine extrem annexionistisch gehaltene, an den Kaiser gerichtete Eingabe Schäfers von Anfang Januar 1918 wurde Bauer gar zur vorherigen Billigung vorgelegt. Diese wurde anstandslos erteilt, obwohl Schäfer in seiner Denkschrift wieder die Drohung einer Revolution für den Fall des Ausbleibens von Annexionen ausgestoßen hatte[240].

Personifikation der „ganzen Gesellschaft" der „Nichtmachtpolitiker" bei den Linksparteien war für Schäfer nach dem Sturz Bethmanns, nach der Friedensresolution, die er noch in letzter Minute zu hintertreiben suchte, und vor allem nach dem Bekanntwerden der päpstlichen Friedensnote, der Zentrumsabgeordnete Erzberger geworden, den er bis in den Sommer des Jahres 1918 bei der OHL und beim Auswärtigen Amt zu denunzieren bemüht war[241]. Diese Feindschaft teilten mit ihm sogar einige katholische Historiker (Finke und Schulte), die hierin von August Thyssen bestärkt wurden[242].

Wenn D. Schäfer und seine Anhänger immer wieder behaupteten, den Wünschen der Mehrheit des deutschen Volkes Ausdruck zu verleihen, so konnten sie dies nur mit einer wichtigen Einschränkung tun, deren sie sich selbst auch voll bewußt waren: Sozialdemokraten hatten für die Ziele des „Unabhängigen Ausschusses" nicht gewonnen werden können[243]. Für die Resonanz, über die Schäfer im Kreise seiner Kollegen verfügte, besagte diese Tatsache bei der minimalen Anzahl sozialdemokratischer Lehrstuhlinhaber freilich noch nichts. Um den Einfluß einigermaßen genau abschätzen zu können, den Schäfers Richtung und die seiner Gegner auf den deutschen Universitäten im dritten Kriegsjahr ausübten, sind wir wieder in erster Linie auf die Auswertung der Ergebnisse angewiesen, die mehrere von beiden Seiten in Gang gesetzte Unterschriften-Aktionen zu erzielen vermochten.

Hier war am eindrucksvollsten der Erfolg, der einer Anfang Oktober 1917 veranstalteten Kundgebung beschieden war, die der Reichstagsmehrheit die Qualifikation für die politische Führung des deutschen Volkes absprach. Die Anregung dazu war von „außerakademischen Stellen" ausgegangen[244]. Unterschreiben sollten vornehmlich Vertreter der Professorenschaft, desjenigen „Standes" von „allen Kreisen der Gesellschaft", der „am wenigsten dem Vorwurf eigennütziger Sonderinteressen ausgesetzt" sei. Die deutschen Gelehrten sollten dem Volke mit



Dietrich Schäfer (1905)
(Privatbesitz v. Dr. Georg Lokys, Berlin)



Max Weber (1917)
(Privatbesitz v. Prof. Dr. E. Baumgarten, Ebnet, freundl. Genehmigung d. Verlages J. C. B. Mohr, Tübingen)

gutem Beispiel vorangehen und aussprechen, was die Überzeugung von „Millionen" sei, nämlich daß:

> „die Reichstagsmehrheit nicht für sich in Anspruch nehmen kann, gegenüber den heute zur Entscheidung stehenden Lebensfragen den Volkswillen in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck zu bringen . . .[245]"

Der Tübinger Historiker J. Haller übernahm die Unterschriftensammlung für diese „vaterländische Kundgebung". Das Ergebnis, das er erzielte, erlaubt einige Rückschlüsse auf die Haltung der deutschen Professorenschaft in ihrer Gesamtheit; denn mit ihren ca. 900 Unterschriften erfüllte diese Kundgebung zwar nicht die Hoffnungen von M. Lenz, der einen Protest von 3000 Hochschullehrern ähnlich wie den im Oktober 1914 erlebten erwartete[246], blieb aber doch diejenige politische Manifestation deutscher Professoren im Weltkrieg, die nächst der Oktobererklärung die meisten Unterschriften unter sich vereinte — mehr als z. B. die Seeberg-Denkschrift[247].

Welche politische Einstellung die einzelnen Hochschullehrer zu ihrer Zustimmung zu der Hallerschen Erklärung bewogen haben mag, können wir aus der Korrespondenz entnehmen, die Haller für seinen Aufruf geführt hat. Er selbst erklärte, er wolle lediglich die Verantwortung in der Friedensfrage bei den Stellen wissen, „bei denen sie . . . nach der . . . Verfassung zu liegen" hätte, also bei der Reichsleitung und nicht beim Reichstag. Eine Auflösung der Volksvertretung mit dem Ziel von Neuwahlen, so hob er unter dem Eindruck von Warnungen einiger Kollegen hervor, sei nicht der Zweck seiner Aktion[248]. Einige Unterzeichner dagegen gingen erheblich weiter, und E. Brandenburg blieb nicht der einzige, der „den Reichstag zum Teufel jagen" wollte[249]. Wenn D. Schäfer wenig vorher in anderem Zusammenhang das Volk dazu aufforderte, den „Parteibann" zu „brechen", kam er wie Brandenburg dem Wunsch nach einer Militärdiktatur sehr nahe, zu dem sich Haller auch noch rückblickend bekannt hat[250].

Genau dies aber fürchteten die Gemäßigten, wie wir schon am Beispiel von Hans Delbrück sahen[251], und dies war der Grund, mit dem einige von Hallers Kollegen die Verweigerung ihrer Unterschrift motivierten. Eine Diskreditierung des Reichstages oder gar seine Ausschaltung mit diktatorischen Mitteln, so schrieb ihm A. Rehm aus München, könnte schließlich nur zu einer Revolution der Volksmassen führen, die hinter der Reichstagsmehrheit stünden. — Neuwahlen andererseits würden kaum zu einer Änderung des Stärkeverhältnisses im Reichstag führen, wie L. Brentano dem Tübinger Historiker versicherte[252].

Hallers Erklärung lief parallel mit einer zusammenfassenden Organisation aller gegen die Reichstagsmehrheit gerichteten politischen Bestrebungen durch die von Kapp und Tirpitz geführte Deutsche Vaterlandspartei, die am 31. 8. 1917 in Königsberg gegründet worden war. Als Professoren gehörten ihr an: D. Schäfer und der Münsterer Sprachwissenschaftler O. Hoffmann an führender, G. v. Below, R. Fester, E. Meyer, U. v. Wilamowitz-Moellendorff, J. Haller und R. Seeberg, ferner als einer der selteneren Vertreter des Zentrums H. Finke an maßgebender Stelle[253]. Als Wegbahner dieser Partei bewährte sich Schäfers Aus-

schuß, der seine 2000 Vertrauensleute in ganz Deutschland der Arbeit der Partei zur Verfügung stellte, wobei er selbst jedoch für sich bestehen blieb. Dabei kam es zu einer Art Arbeitsteilung: Dem Unabhängigen Ausschuß wurde die Formulierung und Begründung der Kriegsziele im einzelnen überlassen, die Vaterlandspartei sollte ihre propagandistische Verbreitung übernehmen[254]. Der Anschein einer Verbindung mit dem Alldeutschen Verband sollte um jeden Preis vermieden werden. Dank seiner schon vorher für die Kriegszielbewegung geleisteten Arbeit erlangte Schäfer einigen Einfluß auf die Gestaltung des Kriegszielprogrammes der Vaterlandspartei[255].

Die *Gemäßigten* reagierten auf Hallers Kundgebung und auf das Auftreten der Vaterlandspartei zunächst mit öffentlichen Gegenerklärungen, von denen die eine Ende Oktober 1917 an der Universität Heidelberg erlassene 32, die andere etwa gleichzeitig an der Berliner Universität beschlossene 49 Unterschriften unter sich vereinte[256]. Am Zustandekommen der Berliner Kundgebung war wieder Delbrück maßgeblich beteiligt[257].

Beide Male hatte etwa ein Viertel der ordentlichen Professoren öffentlich gegen die Vaterlandspartei Stellung genommen; andererseits standen die Namen von etwa einem Viertel der Gesamtzahl der deutschen Lehrstuhlinhaber unter Hallers Aufruf. Delbrück zog aus dieser annähernden Gleichheit der Anteile deutscher Gelehrter an den Bestrebungen der Gemäßigten und an denen ihrer Gegner die Folgerung, daß seine Richtung letztlich die stärkere sei, weil ein Bekenntnis zu ihr mehr Zivilcourage erforderte als annexionistische Solidaritätsbekundungen[258]. Dies war sicher zu optimistisch geurteilt, obwohl das numerische Verhältnis zwischen Annexionisten und ihren Gegnern zur Zeit der Seeberg-Eingabe (1915) für die letzten in der Tat ungünstiger gewesen ist, wenn man von der Zahl der Unterschriften ausgeht, die diese Denkschrift und ihr „gemäßigtes" Gegenstück erhielten[259].

Daß trotzdem die annexionistische Richtung auch 1917 noch an den Universitäten die Oberhand behalten hatte, zeigt das Schicksal des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland". Von dem Journalisten A. Grabowsky angeregt, war dies eine gegen die Vaterlandspartei gerichtete Sammlungsbewegung, an der vor allem E. Troeltsch und in zweiter Linie auch F. Meinecke beteiligt war[260].

Erst jetzt entschlossen sich die Gemäßigten unter dem Eindruck der Erfolge der Vaterlandspartei und der Warnungen von Arbeiterführern, die um die Moral der Massen bangten, ihren politischen Bestrebungen ein breiteres Fundament zu geben, und verschmähten nun auch nicht mehr die offene Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten. Es gelang Troeltsch in mühseliger Kleinarbeit, katholische und freie Gewerkschaftler, Linkspolitiker (wie Naumann), Intellektuelle und Hochschullehrer (meist Kathedersozialisten wie Brentano, Goetz und Herkner, ferner G. Anschütz und F. v. Liszt neben den uns bereits bekannten Mitgliedern des Delbrück-Kreises) unter einem Programm zu vereinen, das sich nach außen für Verständigung, nach innen für eine wirkliche Neuorientierung aussprach[261], — eine Vorwegnahme der Weimarer Koalition, wie Meinecke rückblickend bemerkt hat[262].

Über die Schwierigkeiten, die diesem am 14. November 1917 an die Öffentlichkeit getretenen Unternehmen auf den einzelnen Universitäten begegneten, legen die Berichte Zeugnis ab, die Delbrück von seinen Anhängern aus der „Provinz" empfing. In Gießen stand der Volksbund, wie Delbrücks Fachkollegen Roloff mitteilte, für den Geschmack sehr vieler Gelehrter der Frankfurter Zeitung und ihrer Richtung zu nahe, als daß sie ihn hätten unterstützen können[263]. R. Piloty mußte ausgerechnet in Würzburg die Erfahrung machen, daß weite Teile der dem Zentrum nahestehenden Professoren bereits zur Vaterlandspartei übergetreten waren[264], und der Tübinger Germanist v. Fischer mußte, indem er offen den Volksbund unterstützte, die Isolierung von vielen seiner Kollegen in Kauf nehmen[265].

Ganz allgemein aber stand die nur geringe öffentliche Wirkung des Volksbundes, wie Troeltsch und Meinecke nachträglich zugegeben haben, in keinem Verhältnis zu der nominell hohen Zahl seiner Mitglieder[266]. So endete auch dieser letzte Versuch der Gemäßigten, in der Tagespolitik Gehör zu erlangen, mit einem Mißerfolg, auf den die Beteiligten nachträglich mit einiger Resignation zurückblickten, die deutlich abstach von der Selbstzufriedenheit, mit der ihre Gegner ihre politische Arbeit beurteilten[267].

Das Scheitern des „Volksbundes" hatte organisatorische und sachliche Gründe: Einmal versäumten es Troeltsch und seine politischen Freunde, die verschiedenen gegen die Rechtsradikalen gerichteten propagandistischen Unternehmungen (z. B. die Arbeit W. Goetz' im Auftrage des Auswärtigen Amtes und das Büro Hobohm) zu koordinieren. Was sie dann aber vor allem um ihren Erfolg brachte, ist ein Mangel gewesen, dessen sich Delbrück schon 1915 lebhaft bewußt gewesen ist[268]: die vorwiegend sachlich begründete Unmöglichkeit, die rein negative Abwehr des radikalen Annexionismus mit einem faßlichen positiven Programm zu verbinden. Es genügte nicht, wenn Meinecke die Vaterlandspartei als einen der „größten Gimpelfänge der deutschen Parteigeschichte" ins Lächerliche zu ziehen suchte, wie auch einige seiner politischen Freunde (z. B. W. Goetz und R. Piloty) schon damals nicht verhehlten[269]. Aber auch die Bloßlegung der zwischen Vaterlandspartei, Alldeutschen und Schwerindustrie sogar im Anzeigengeschäft bestehenden Interessengemeinschaft, wie sie W. Goetz vornahm (der damit zwischen sich und seinen weiter rechts stehenden Kollegen [E. Brandenburg!] das Tischtuch zerschnitt), reichte zu einer wirksamen Eindämmung des alldeutsch inspirierten Einflusses auf den deutschen Hochschulen nicht aus. Dagegen ist die Vermutung berechtigt, daß einem weniger halbherzigen innenpolitischen Reformprogramm als Alternative zu den annexionistischen Eroberungszielen eine größere Breitenwirkung beschieden gewesen wäre. Doch für eine solche entschlossene Wendung nach links erschien den meisten der Gemäßigten bis in den Herbst des Jahres 1917 hinein (und für manche bis unmittelbar vor Kriegsende) die Zeit noch nicht reif[270]. Fürchteten sie, sich damit in

den Augen ihrer rechtsstehenden Kollegen bloßzustellen? Fürchteten sie, daß ihnen Verrat an der Kriegsaufgabe der deutschen Hochschullehrer vorgeworfen werden könnte, Verrat an ihrer Verpflichtung zu innenpolitischer Vermittlung und Integration, zu der sich gerade die „konservativen Reformer" stets bekannt hatten?

Faktisch vermochten weder sie noch ihre annexionistischen Gegner der Anziehungskraft der Extreme zu widerstehen. Im Gegenteil hatte die Diskussion der Reformfrage die einander opponierenden Fronten unter ihnen konsolidiert. Dies galt auch für die Verbindungen, welche die einen wie die anderen mit den politischen Machtfaktoren des Reiches angeknüpft hatten, denen sie innerlich nahestanden: Erst unter dem Eindruck der innenpolitischen Diskussion war D. Schäfer zu einem engeren Verhältnis zu Vertretern der OHL gelangt; auf der anderen Seite konnten die Gemäßigten seit dem Herbst 1917 die lockere Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht mehr entbehren. Damit wurde der zu Kriegsbeginn und auch jetzt noch erhobene Anspruch auf Überparteilichkeit zur bloßen Phrase[271].

Etwas anders stand es mit der Betonung der subjektiven Interessen-Unabhängigkeit des politischen Standpunktes der verschiedenen Gelehrten, wie sie uns z. B. in Hallers Kundgebung vom Herbst 1917 wieder begegnet. Es war eine Behauptung, welche die Frage nach dem Grad der Spontaneität bei den verschiedenen, von akademischer Seite ausgehenden innenpolitischen Beeinflussungsversuchen aufwarf. Auch hier hatte sich die Lage gegenüber der ersten Kriegszeit etwas geändert: Wir haben bereits gesehen, daß z. B. die „Radikalen" in der U-Boot-Frage nicht immer auf eigenen Entschluß hin gehandelt haben[272]. 1917 stoßen wir auf Hallers von außen her angeregte, gegen die Reichstagsmehrheit gerichtete Erklärung und, auf der anderen Seite, auf Meineckes und noch mehr W. Goetz' Tätigkeit im Auftrage der Reichsleitung bzw. des Auswärtigen Amtes. Alle diese Einzelfälle haben indessen den prinzipiellen Charakter des politischen Engagements unserer Personengruppe im Ersten Weltkrieg nicht geändert: Man kann beweisen, daß sich auch jetzt noch wichtige Wandlungen in der Haltung führender Gelehrter — etwa Delbrücks Bekehrung zu einem „realpolitischen Pazifismus" oder Schäfers Annäherung an die OHL — spontan und ohne äußeren Anstoß vollzogen haben. Trotz aller bei „Annexionisten" wie bei „Naumannianern" bestehenden Bereitschaft, den gegnerischen Kollegen als bloßen Interessenvertreter zu diffamieren (seit 1917, wie gezeigt, auch öffentlich!), muß wiederholt werden, daß das politische Engagement der deutschen Professoren aus ihrer individuellen Sicht heraus auch 1917 noch das blieb, was es schon zu Kriegsbeginn gewesen war: nicht die Verteidigung bestimmter Interessen, sondern die Teilnahme an einem Ideenkampf[273].

Diese Sicht war von der Sache, besonders der Kriegszielfrage her völlig gerechtfertigt; denn es hat sich bereits gezeigt, daß die Diskussion der Methoden deutscher Machtausübung allerdings an Grundfragen politischer Ethik rührte (Kap. IV!). Problematisch wurde diese Interpretation in ihrer praktischen Auswirkung, und wenn sie sich auf die Teilnehmer an dieser Auseinandersetzung selbst bezog: Hier führte das idealistische Stelbstverständnis der Gelehrten, d. h. ihr Unvermögen, ihre Kriegsaufgabe anders als einen selbstlosen Dienst an der geistigen Bewältigung des Weltkrieges zu verstehen, zu der Unfähigkeit, tatsächlich vorhandene Übereinstimmungen der eigenen Positionen mit politischen und wirtschaftlichen Interessen zu durchschauen.

Die idealistische Selbsteinschätzung dieser Gelehrten gab damit die Bahn frei zur Verketzerung des — allein ideell verstandenen — Gegners und verbaute gleichzeitig den Weg zu praktischen Kompromissen, den zu beschreiten Berufspolitiker vom Schlage eines Erzberger oder Stresemann viel eher bereit gewesen sind. Paradoxerweise machte also der politische Idealismus der einzelnen Gelehrten die Erfüllung der eigenen, selbstgewählten Kriegsaufgabe: den überparteilich-interessenfreien Ausgleich innerer Gegensätze und damit die Erhaltung der inneren Front, eher schwerer als leichter.

So war es charakteristisch, wenn F. Toennies von einem „ideellen Bürgerkrieg" sprach, der in Deutschland ausgebrochen sei[274]. Selbst als „Kollege" verdiente der politische Gegner es jetzt nicht mehr, daß man ihm den subjektiv guten Glauben zubilligte — mehr noch: Er war nun zum Feind des Vaterlandes geworden, den zu bekämpfen zur Hauptaufgabe geworden war — eine Einstellung, die natürlich sehr zur Radikalisierung der sachlichen Gegensätze beitrug und die sich in der zweiten Kriegshälfte sowohl bei „gemäßigten" Reformanhängern (z. B. bei Delbrück) als auch bei annexionistischen Reformgegnern (z. B. bei O. Hoetzsch u. G. v. Below) nachweisen läßt[275].

Das war das Ende des Burgfriedens auch auf den deutschen Universitäten, der seit 1917 weder rechts noch links mehr ernst genommen worden ist[276]. Es war zugleich das indirekte Eingeständnis des eigenen Scheiterns in der selbst gestellten überparteilich-vermittelnden Kriegsaufgabe.

Der außenpolitische Gegensatz hatte sich unter der Einwirkung der Reformdebatte mit den Worten F. Meineckes zu einem Kampf zweier grundverschiedener innen- und außenpolitischer „Systeme" ausgeweitet[277]. Innenpolitisch blieben dabei, wie wir sahen, allenfalls noch die „konservativen Reformer" im Rahmen der Bismarckverfassung, während sich die weiter rechts und die weiter links stehenden Gelehrten in gleicher Weise von diesem Boden entfernten. Der Kompromiß, den Bismarck zwischen den liberalen und konservativen Forderungen seiner Zeit geschlossen hatte, löste sich jetzt 1917 wieder auf, und die konservative und die liberal-demokratische Komponente seiner Verfassung fanden wieder für sich ihre Vertreter unter den deutschen Gelehrten.

Wie wirkte sich nun das dramatische Auf und Ab der Kriegslage im Jahre 1918 auf die politische Haltung der deutschen Professoren und auf den Gegensatz in ihren Reihen aus? Dies anzudeuten, wird die Aufgabe des nächsten — letzten — Kapitels dieser Studie sein.

Kapitel VII

Die „zwei Systeme"

Fortdauer der Spaltung der deutschen Professorenschaft unter dem Eindruck der letzten militärischen Erfolge und im Angesicht der Katastrophe

I.

Das letzte Kriegsjahr begann mit nach außen hin glänzenden militärischen und politischen Erfolgen der Mittelmächte, deren Scheincharakter nur wenigen Zeitgenossen offenbar wurde. Die Gelehrten machten darin keine Ausnahme: Im Osten wie im Westen schien die militärisch-politische Entwicklung zunächst der annexionistischen (und reformfeindlichen) Richtung unter ihnen recht zu geben.

Zunächst im Osten! Hier hatten die Bolschewisten die übrigen politischen Kräfte des Zarenreiches verdrängt in einer Auseinandersetzung, deren entscheidende Bedeutung für die zukünftige Geschichte Delbrück überraschend früh (schon im März 1917) vorausgesagt hatte[1]. Nach dem Sieg der Bolschewisten, der mit den Januarstreiks auch bereits nach Deutschland hinüberwirkte, überkam Delbrück eine Art Vorahnung der neuartigen Machtkämpfe, die von nun an die Welt erschüttern würden: Es packe ihn zuweilen das Entsetzen, schrieb er am 4. 2. 1918 an seine Frau[2],

> „ob nach dem vielen *Traurigen*, was wir erlebt haben, nicht auch das *Tragische* uns noch bevorsteht — jene entsetzlichen inneren Konflikte, von denen der Streik vielleicht ein leises Vorspiel gewesen. Ist es nicht *bald* zu Ende, so muß es grauenhaft werden. Alle Ereignisse des Weltkrieges trotz ihrer unerhörten Dimension und ihres millionenfachen Tötens sind doch seelisch klein, verglichen mit den Kämpfen der französischen Revolution oder der Religionskriege . . ."

Auch diese Sätze sind eine indirekte Absage an jeden Versuch einer idealistischen Verklärung des 1. Weltkrieges. Die Besorgnisse vor einem Übergreifen der von Rußland ausgehenden revolutionären Bewegung, die Delbrück angedeutet hatte, nahmen im letzten Kriegswinter auch bei anderen Gemäßigten konkretere Gestalt an[3]. Die Gefahr, die der Bolschewismus nicht nur für Deutschland, sondern auch für das übrige Europa heraufbeschwor, die Fremdartigkeit des neuen russischen Regimes und die Unfähigkeit der neuen Machthaber zur Steuerung des in Osteuropa ausbrechenden Chaos machten in den Augen der deutschen

Professoren das neue Rußland zu einem noch viel weniger zuverlässigen Partner, als das Zarenreich es gewesen war. Als bündnisfähig konnte man es schon deshalb nicht betrachten, weil man die Lebensdauer des neuen Regimes nicht sehr hoch einschätzte und überhaupt glaubte, daß Rußland als Großmacht vorerst ausgespielt hätte[4].

Waren die Hoffnungen auf einen Ausgleich mit Rußland oder gar auf einen Kontinentalbund in sich zusammengefallen, so schienen damit auch die Rücksichten auf die innere Entwicklung des ehemaligen Zarenreiches überflüssig geworden zu sein: Deutschlands vordringlichste Aufgabe war es, der „westlichen Kultur" als Schutzwall gegen den Bolschewismus zu dienen. Hier gab es wieder nur eine Stimme bei den Professoren, ob es sich um O. Hoetzsch, F. Meinecke oder H. Delbrück handelte. Praktisch kamen Gemäßigte und Annexionisten also in ihren Standpunkten zur deutschen Osteuropapolitik einander näher — einem Gebiet, über das die Meinungen ohnehin nie so weit auseinandergegangen waren wie im Westen. Ein völliger Verzicht auf das Baltikum zugunsten der Bolschewisten z. B. wurde von niemanden mehr für diskutabel gehalten. Der Brester Friede wurde in seiner Absicht, einen „Pestcordon" (Delbrück) gegen ein (wie immer geartetes) Rußland zu schaffen, deshalb auch von O. Hoetzsch, D. Schäfer, R. Fester ebenso wie von H. Delbrück und Max Weber im Prinzip gebilligt[5]. Hinter dieser grundsätzlichen Übereinstimmung verbargen sich freilich Meinungsunterschiede, die wieder eng mit der innenpolitischen Stellung der verschiedenen Gelehrten zusammenhingen. D. Schäfer wollte dem ihm verhaßten Leiter des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann auch den Erfolg der Brester Verhandlungen nicht gönnen und erblickte in diesem Frieden vornehmlich eine (abermals mit Rücksicht auf die Juliresolution) verpaßte Chance zu einer umfassenden Ausdehnung des deutschen Siedlungsraumes in Osteuropa[6]. M. Weber, O. Hoetzsch und G. v. Below — der eine mit Rücksicht auf die Habsburger Monarchie, der andere in der Hoffnung auf eine Verständigung mit einem zukünftigen „anderen" Rußland, der dritte aus allgemeiner Antipathie gegen die politische Leitung, — sie alle übten Kritik an der deutschen Verhandlungstaktik gegenüber den Bolschewisten[7]. Während sowohl F. Meinecke als auch M. Weber vor einer zu weitgehenden deutschen Verstrickung östlich der Reichsgrenzen Bedenken erhoben, war es diesmal H. Delbrück, welcher der deutschen Politik in der Frage der Nachfolgestaaten des Zarenreiches (wie er sie verstand!) mit den relativ geringsten Vorbehalten gegenüberstand. Eine grundlegende Neuordnung Rußlands, wenn von Deutschland allein in Angriff genommen, hätte allerdings auch in Delbrücks Augen dessen Kräfte (jedenfalls im Herbst 1918) weit überfordert. Deshalb betrachtete er solch eine Sanierung — in Vorwegnahme späterer Pläne! — als Aufgabe entweder des zukünftigen Völkerbundes oder einer nach einem Verständigungsfrieden in Gang zu setzenden deutsch-britischen Gemeinschaftsaktion[8].

Doch eine solche Verständigung mit dem *Westen* mußte erst einmal zustandegekommen sein! Um Deutschland diesem, jetzt von allen Gemäßigten anvisier-

ten Ziele näherzubringen, gab F. Meinecke in Anknüpfung an Delbrücks Vorstellungen von einem „realpolitischen Pazifismus" das Stichwort für eine „Demobilmachung der Geister" aus, d. h. die Absage an den alldeutschen Chauvinismus bei gleichzeitiger Annäherung an die „Entwürfe, Hoffnungen und Träume" von einem zukünftigen „Friedensbunde der Völker"[9]. E. Troeltsch verschaffte diesem Gedanken weitere Resonanz, indem er ihn in einer Versammlung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" am 7. Januar 1918 vortrug[10]. Es kam ihm nun ganz anders als zu Kriegsanfang nicht mehr darauf an, „Wahrzeichen deutscher Gesinnung aufzustellen"; sondern das Gebot der Stunde hieß: Absage an den „absoluten Kriegs- und Vernichtungswillen", an alle übersteigerten Machttheorien, an die „Romantik des nationalen Egoismus . . .", die „Poesie der unerbittlichen Härte des Machtsinnes". Stattdessen ging es Troeltsch um eine Wiederbelebung des guten Glaubens in der internationalen Politik, eine Wiedererweckung der für den Frieden nötigen Vertragsgesinnung, eine Rückkehr zu den für ganz Europa gültigen ethischen Normen in der Politik — nach unseren heutigen Begriffen: Es ging ihm um eine „Entspannung" des politischen Klimas. Troeltsch rührte damit wieder an das Dilemma, vor das sich die Gemäßigten im Ideenkampf des Weltkrieges mehrfach gestellt sahen: Ihr Hinweis auf die Gefährlichkeit der beharrlichen Kampfparolen der Siegfriedensanhänger, die den Krieg ins Unendliche zu verlängern und Europa in das Chaos zu stürzen drohten, war durchaus berechtigt[11]. Andererseits mußten sich diese Entspannungspolitiker sagen lassen, daß eine so illusionslose Betrachtung des Krieges, seine „entmoralisierte" Auffassung als Zeichen der Unsicherheit im Innern *Deutschlands* noch stärker „demoralisierend" zu wirken drohte als bei den Feinden. Das war denn auch der Tenor der Kritik, die im Namen der Vaterlandspartei an Troeltschs Ausführungen (u. a. von G. Below) geübt wurde[12].

Wie Troeltsch, so führte auch Alfred Weber kriegspsychologische Gründe ins Feld, wenn er etwas später die Forderung nach einer bindenden deutschen Freigabeerklärung für Belgien wiederholte, die uns von Delbrück her bereits bekannt ist. Weber unterbreitete diesen Vorschlag Anfang Februar 1918 in einer Denkschrift dem General Ludendorff[13]. Eine solche Erklärung sollte Teil einer psychologischen Offensive werden, die den für das Frühjahr geplanten militärischen Angriff vorbereiten helfen sollte. Gerade die Heimat bedürfte einer solchen Vorbereitung, wo sich die Stimmung ungeachtet der militärisch scheinbar günstigen Lage seit dem Sommer 1917 weiter verschlechtert hätte (Januarstreiks 1918). Die Auslösung einer neuen Offensive im Westen könnte die innere Krise des Reiches nur verschärfen, es sei denn, man hätte vorher die Massen davon überzeugt, daß diese Offensive allein der Verteidigung der deutschen Existenz diente und daß sie nicht etwa „aus eigener Verantwortung der OHL" und der „unter ihrem Druck" stehenden deutschen Regierung begonnen worden sei. Diesem Zweck sollte die psychologische Offensive dienen:

> „Wir schließen alle moralischen Kraftquellen der Nation von neuem auf, wenn es gelingt, den feindlichen Krieg als Eroberungskrieg bloßzustellen und damit die Verantwortung für die Offensive vor der öffentlichen Meinung Deutschlands dem Feinde anzuheften . . .[14]"

Der Kampf der Westmächte gegen Deutschland aber mußte nach Alfred Weber das Aussehen eines Eroberungskrieges in dem Moment annehmen, da Deutschland Belgien als Streitobjekt dadurch ausschaltete, daß es verbindlich dessen Freigabe bei Kriegsschluß zusicherte und damit Elsaß-Lothringen zum eigentlichen Gegenstand der Auseinandersetzungen machte. In dieser Frage würden dann die Feinde als Expansionisten erscheinen, und der Krieg mußte in den Augen der breiten Massen seinen ursprünglichen Charakter als Verteidigungskampf zurückgewinnen. Nur diese Losung gewährleistete aber für Weber den Zusammenhalt im Innern Deutschlands auf längere Sicht. Bei den Feinden mußte die Bloßlegung ihres Expansionswillens gerade umgekehrt wie in Deutschland im Innern desintegrierend wirken, entweder zum Sturz der nationalistischen Regierung Lloyd George führen oder zur Aufrichtung eines extrem chauvinistischen Regiments, das die breiten Massen dort nicht mehr hinter sich haben würde. Die Folge eines solchen deutschen Vorgehens wäre also entweder die Erleichterung eines Verständigungsfriedens oder die Zersetzung der Heimatfront bei den Westmächten — auf jeden Fall aber ein realpolitischer Vorteil für Deutschland[15].

Mit Rücksicht auf den Empfänger der Denkschrift stellte Weber seinen Vorschlag zuallererst als wirksames Mittel zur Vorbereitung der militärischen Offensive Deutschlands hin. Dahinter verbarg sich jedoch zum letzten Male die Hoffnung, die militärische Führung des Reiches für den Verständigungsfrieden zu gewinnen, die Politik zum Zuge kommen zu lassen vor dem letzten Appell an die Waffen. Im Grunde faßte A. Weber nur besonders prägnant zusammen, was seit langem die politische Linie der Gemäßigten, voran H. Delbrücks, gewesen war. Was er noch einmal besonders hervorhob, das war der Zusammenhang, der zwischen dem Programm des Verständigungsfriedens und der Notwendigkeit der Erhaltung einer festen inneren Front in der Heimat bestand: das unzweideutige Bekenntnis der deutschen Führung zu einem Frieden, der im Westen auf expansive Ziele verzichtete, wurde zum vornehmsten Mittel zur Verhinderung einer Verschärfung der inneren Krise im Reich[16].

Ludendorff ging in seiner Antwort auf die politische Seite von Webers Vorschlag gar nicht ein, obwohl ähnliche Pläne auch in seinem Hauptquartier erwogen worden waren, sondern bekundete lediglich seinen unbedingten Willen zur Erzwingung der militärischen Entscheidung[17]. Die Märzoffensive brach los und schien mit ihren Anfangserfolgen den Warnern zunächst unrecht zu geben; sie erweckte sogar noch einmal die Hoffnung auf einen Siegfrieden und führte zu einer Wiederbelebung der westlichen Annexionswünsche.

Sichtbarsten Ausdruck fand diese Tendenz unter den Professoren in einer ausführlichen Denkschrift Martin Spahns zur „Wiedereinverleibung der Erzbecken von Briey und Longwy in das deutsche Reichsgebiet" (Ostern 1918)[18]. Im Auftrage zweier Eisenindustriellen-Vereine unternahm es dieser Historiker, das wirtschaftliche Interesse der deutschen Industrie an dem lothringischen Eisenerz-

becken geschichtlich zu untermauern. Die Zugehörigkeit Lothringens zum alten Reich während einer Zeitdauer von achthundert Jahren erschien ihm als ausreichende Legitimation des deutschen Verlangens nach einer „Re-annexion" eines Teiles dieser Gebiete. Sogar E. Troeltsch und F. Meinecke haben sich Anfang April 1918 vorübergehend den Forderungen des westlichen Annexionismus angenähert. Troeltsch hielt jetzt eine Rückkehr zum status quo in Westeuropa (einschließlich Belgiens) für nicht mehr möglich, da er seine Hoffnungen auf eine Verständigungsbereitschaft der Westmächte aufgegeben hatte[19]. Ebenso drang F. Meinecke darauf, von den Franzosen die Abtretung des Erzbeckens von Briey und Longwy für den Fall zu verlangen, daß sie die deutschen Verständigungsversuche weiterhin durchkreuzten. Eine solche Forcierung der deutschen Kriegszielwünsche hielt er am besten dazu geeignet, Frankreich verständigungsbereit zu machen, zumal sich die militärische Lage des Reiches so günstig entwickelt hätte[20]. Beide Professoren folgten damit einer allgemeinen Tendenz, sich von den Grundsätzen der Reichstagsresolution zu distanzieren, über die man nach Th. Schiemann „verschämt" ein „Leichentuch" deckte[21].

Bei Schäfer und Seeberg erreichte der Annexionismus — auf jeden Fall, soweit er nach Osten gerichtet war — sogar erst im Sommer 1918 seinen Höhepunkt, indem Schäfer nun auch die Krim in die von ihm für deutsche Siedlung ausersehenen Gebiete miteinbezog, während Seeberg seine Stimme zugunsten einer Germanisierung Livlands und Estlands erhob[22].

Nur Delbrück hat auch damals konsequent an seinem Verständigungsprogramm festgehalten und sich öffentlich für die Reichstagsresolution verwandt[23]. Ein Meinungsaustausch, den er in dieser Frage mit Max Lenz hatte, beleuchtet seine eigene Haltung und die seiner Gegner am besten. M. Lenz, der in erneuter Siegesstimmung seine Kriegszielwünsche wieder heraufsetzen zu können glaubte, schrieb Ende März an Delbrück:

> „Deine Gedanken werden fortan auch dort sein, wohin unser Volk und die ganze Welt schaut. Wunderbare Momente ... Täglich preise ich das Geschick, das uns das erleben ließ. Der Glaube an den Sieg, den ich nie verlor, ist jetzt gerechtfertigt. Auch Du, lieber Freund, wirst jetzt das Ziel weiterstecken, als noch vor 14 Tagen ...[24]"

Delbrücks Antwort:

> „Deine politische Betrachtung zeigt mir, daß wir uns auf diesem Boden nicht mehr verstehen können. Nach den herrlichen Siegen dieser Tage nimmst Du an, daß ich jetzt auch das Ziel weiterstecken werde. In gewissen Einzelheiten ist das sicherlich der Fall; aber wann habe ich den Grundsatz der Mäßigung gegenüber den Westmächten zuerst ausgesprochen? Im September 1914, als nicht nur wir, sondern alle Welt den baldigen Einzug nach Paris erwarteten. ... Wie kannst Du erwarten, daß ich meine grundsätzliche Anschauung in Anbetracht der wunderbaren Erfolge der letzten Tage ändern würde? ... Ranke teilt alle Politiker in zwei Klassen: Solche, welche den augenblicklichen Gewinn vor Augen haben, und solche, welche überlegen, was nachher kommt ... Ein heißes patriotisches Herz zu haben, ist ein großes Verdienst, aber für die Politik reicht es nicht aus ...[25]"

II.

Hatte Delbrücks Haltung angesichts der deutschen Siege in Frankreich gezeigt, daß sein politisches Programm auf grundsätzlichen und nicht nur auf taktischen Erwägungen beruhte, so galt dies auch für seine Gegner, die ihrerseits zu keiner Revision ihres Programmes bereit waren, als im Herbst 1918 eine deutsche Niederlage immer wahrscheinlicher wurde.

Die Tatsache, daß der „Siegfriede" seit dem September 1918 in immer weitere Ferne gerückt war, wurde schließlich privatim auch von den Annexionisten zugegeben, von O. Hoetzsch sogar öffentlich[26]. Einige unter ihnen, wie z. B. D. Schäfer, klammerten sich freilich bis in die letzten Wochen des Krieges an ihre Siegeshoffnungen[27].

Die militärische Krise im Herbst 1918 mußte die Wiedergewinnung der inneren Einheit als besonders dringend erscheinen lassen, und der Ruf nach dem Zusammengehen aller Deutschen in der Stunde höchster Gefahr verstärkte sich damals, zumal in den Reihen der Professoren[28]. Was das gemeinsame Hauptziel aller ihrer politischen Bestrebungen seit Kriegsbeginn gewesen war, das sollte, so hofften sie, in letzter Stunde nun endlich Wirklichkeit werden. Im Bereich der Berliner Universität schienen sich diese Hoffnungen zu bewahrheiten. In ungewohnter Einmütigkeit billigte die gesamte Professorenschaft einen Aufruf, den G. Roethe angeregt und E. Troeltsch verfaßt hatte[29]: Die Berliner Professoren ermahnten darin das deutsche Volk, seine „innere Einheit" zu wahren und die Regierung des Prinzen Max von Baden zu unterstützen.

Ganz ähnlich ließ sich Max Lenz von Hamburg her vernehmen:

> „Wir wollen denen, die mitten im Sturm das Ruder des Staates ergriffen haben, nicht in den Weg treten ... Nichts mehr von Klage oder Anklage! ... Wir alle sind Schicksalsgenossen, von der gleichen Not zusammengeschmiedet ...[30]"

Wie es mit dem inneren Zusammenhalt tatsächlich aussah, illustrierte ein letzter Versuch, der unter Beteiligung einiger führender Professoren eine gute Woche vor der Veröffentlichung des Berliner Aufrufes unternommen worden war und darauf abzielte, eine Aktionsgemeinschaft zwischen der deutschen Vaterlandspartei und dem „Volksbund" herzustellen. Die Anregung für diesen letzten Verständigungsversuch zwischen Annexionisten und Gemäßigten ging von dem preußischen Kultusminister Schmidt-Ott aus, dem mit seinen übrigen deutschen Kollegen die psychologische Vorbereitung eines letzten Aufgebots des deutschen Volkes unter dem Schlachtruf: „Hurrah Heimat, dir sterben wir!" anvertraut worden war. Dieses Aufgebot sollte erfolgen, wenn Deutschland gezwungen wäre, die ihm von Wilson zugemuteten Friedensbedingungen abzulehnen[31].

Am 10. Oktober 1918 kam das von Schmidt-Ott vorgeschlagene Treffen zwischen

Sprechern der Vaterlandspartei mit Tirpitz an der Spitze und Führern des Volksbundes — u. a. Legien und Francke — zustande. Die Professoren waren durch D. Schäfer, E. Meyer und R. Seeberg für die Vaterlandspartei, E. Troeltsch und A. v. Harnack für den Volksbund vertreten[32]. Gleich zu Beginn der Sitzung zeigte sich, daß schon über den Zeitpunkt für den Erlaß eines Aufrufes zum letzten Aufgebot keine Einigkeit bestand. Tirpitz und Schäfer sahen im Namen der Vaterlandspartei einen solchen Schritt für sofort geboten an, verlangten, daß die Regierung von ihrer bisherigen Politik des Entgegenkommens gegenüber den Westmächten abrücke, und warnten vor einer Aufgabe des U-Boot-Krieges und einer vorzeitigen Räumung Belgiens; denn damit wäre die „Vernichtung des Reiches" gegeben, wie Schäfer betonte. Er hielt damit an der Vorstellung fest, daß Deutschland mit der Freigabe Belgiens den Krieg verloren hätte, und erwies sich so bis zur letzten Stunde als Verfechter des radikalen Annexionismus. Nur wenn die deutsche Regierung diesen Vorschlägen Folge leiste, erklärte er sich für die Vaterlandspartei zu ihrer Unterstützung bereit. Dagegen betrachtete er es als Beschränkung der Aktionsfreiheit der von ihm vertretenen Organisationen, wenn sie ihrer oppositionellen Haltung nicht Ausdruck geben dürften, sobald die Politik der Regierung von ihrem Programm abwiche. Der Erörterung der innenpolitischen Erfordernisse der damaligen Lage wich Schäfer aus: Sein Ausschuß habe grundsätzlich nie gegen die Durchführung der preußischen Wahlreform Stellung genommen; er selbst habe nur auf ihre verhängnisvollen Nachwirkungen in den preußischen Ost-Provinzen hingewiesen[33].

Demgegenüber brachten die Vertreter des Volksbundes die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Vaterlandspartei die deutsche Regierung in der bevorstehenden kritischen Situation ohne Vorbedingungen unterstützen würde. Angesichts der unsicheren Haltung der Massen erschien ein Verzicht auf die Siegfriedenspropaganda der Vaterlandspartei ebenso dringend geboten wie die Vermeidung eines verfrühten Appells zur nationalen Verteidigung, der die deutschen Bemühungen um Frieden vor den Augen der Feinde nur diskreditieren könnte. Harnacks Aufforderung an die Vertreter der Vaterlandspartei, in der vorliegenden kritischen Situation sich den Bemühungen um eine Parlamentarisierung des deutschen Regierungssystems anzuschließen, blieb unbeantwortet. Der Gesamteindruck dieser Diskussion war, daß die Vertreter der beiden „Systeme" nach wie vor aneinander vorbeiredeten[34]. Immer noch überwog bei den Anhängern des Volksbundes die Sorge um die innere Entwicklung des Reiches; immer noch gab bei den Führern der Vaterlandspartei nur die Möglichkeit der Räumung der besetzten Gebiete, also einer Schmälerung der deutschen Machtposition nach außen, Anlaß zu Befürchtungen. So mußte Troeltsch diese Unterredung mit den Worten schließen:

> „Die bisher gepflogenen grundsätzlichen Erörterungen zeigen, ... daß die Gegensätze, die bisher bestanden, unverändert dieselben sind. Aber im Falle der äußersten Not können wir uns doch wieder treffen ... Das Friedensbedürfnis ist allerdings so groß, daß die Revolution so

> gut wie sicher eintreten würde, wenn die Tür zum Frieden wieder zugeworfen würde. Es wird sich daher um Haaresbreite handeln, die uns von dem Verlust unserer Zukunft trennt ...[35]"

Der Eindruck Troeltschs wird für die Mehrzahl der führenden Professoren bestätigt, wenn man einen Blick auf ihre letzten publizistischen Äußerungen vor dem Zusammenbruch wirft.

Schon die Darstellung der Gründe für die Entstehung der Herbstkrise in den beiden Lagern ist symptomatisch für den Fortbestand, wenn nicht die Verschärfung des „ideellen Bürgerkrieges". Bezeichnenderweise wurden sie gar nicht so sehr auf militärischem als vielmehr auf politischem Gebiet gesucht. Dies gilt vor allem für die Vertreter der Rechten: E. Meyer, O. Hoetzsch, K. A. v. Müller und G. v. Below. Für sie alle lag die Ursache für den drohenden Zusammenbruch vornehmlich im Versagen der politischen Führung, besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik[36]. Das krasse Mißverhältnis zwischen militärischer und politischer Leistung der deutschen Führung bestand in den Augen dieser Gelehrten also weiter. Es drohte sich noch zu verschärfen, wenn die politische Führung in eine „unbesiegte Unterwerfung" der „gewaltigsten Militärmacht" Europas einwilligte. Dies war dann „eigenes Versagen" (Roethe)[37], das sich von der militärischen Lage her nicht rechtfertigen ließ. Der Sache nach bestand also bereits die Vorstellung von dem Dolchstoß in den Rücken der Front, noch ehe die Wirklichkeit sie zu bestätigen schien[38].

Nur in einzelnen Punkten haben die Annexionisten ihre Haltung revidiert, am deutlichsten vielleicht E. Meyer, der bereits Ende August 1918 in einem Brief zugab, daß er und seine Freunde die militärischen Wirkungen einer Intervention der Vereinigten Staaten stark unterschätzt hätten[39]. Er gab damit nachträglich seinen politischen Gegnern — M. Weber und H. Delbrück — recht, die er als Sprecher der Bewegung für einen verschärften U-Boot-Krieg 1916 so erbittert bekämpft hatte.

Bei D. Schäfer handelte es sich nur um eine andere Perspektive seines bisherigen Programmes, wenn er jetzt alle „Annexionspläne" für sich und seinen Ausschuß bis auf die Forderung nach dem lothringischen Erzbecken abstritt:

> „Niemals hat der Unabhängige Ausschuß dem Annexionismus gehuldigt. Wir sind nur immer eingetreten für die Mehrung der Macht des Deutschen Reiches durch maßgebenden Einfluß auf die Nachbargebiete im Westen und Osten, ohne den die Sicherheit des Reiches nicht gewährleistet ist ... Die Behauptung von dem annexionistischen Charakter des Unabhängigen Ausschusses ist nichts weiter als eine weitverbreitete Verleumdung, die auf völliger Unkenntnis seiner Arbeit beruht ...[40]"

Rein äußerlich entsprach diese Behauptung der Wahrheit: Wie der Alldeutsche Verband hatte Schäfer Annexionen im Sinne von „Einverleibungen" (die zur Einbürgerung der Annektierten geführt hätten) immer abgelehnt[41]. Die Unterscheidung zwischen „Angliederung" und „Einverleibung" (= Annexion) war in-

dessen, wie am Beispiel Belgiens gezeigt worden ist, kein Beweis politischer Mäßigung, wie Schäfer seinen Lesern im Oktober 1918 suggerieren wollte, sondern vielmehr ein Mittel zur Vermeidung von Konzessionen bei der Angliederung nicht-deutscher Nationalitäten mit dem Ziele einer größtmöglichen „Reinerhaltung" des deutschen Herrschaftsvolkes. Deutsche Siedlungs- und Kolonisationsvorhaben sollten in den derart „angegliederten" Gebieten ausdrücklich vorbehalten bleiben. Wie wenig Schäfer sonst ungeachtet der militärischen Lage von seinen Grundüberzeugungen abwich, zeigen seine letzten Flugblätter und die Mittel, die er in ihnen zur Behebung der Krise anpries: Verhandlungen mit Wilson hielt er nach wie vor für ein Zeichen der Schwäche und versuchte noch am 15. 10. 1918, eine Propagandaoffensive gegen die Annahme der Wilsonschen Vorschläge in Gang zu bringen[42]. Den Glauben an den Nutzen internationaler Organisationen zur Sicherung des Friedens konnten auch die letzten Kriegswochen in ihm nicht erwecken[43].

Was blieb, war weiterhin die Forderung nach rücksichtsloser Behauptung der deutschen Machtstellung[44]. Um diese Haltung rechtfertigen zu können, nahm Schäfer einerseits Zuflucht zu einer unbeirrt optimistischen militärischen Lagedeutung, andererseits verzichtete er auf jeden Gedanken an die Realisierbarkeit seiner politischen Vorstellungen:

> „Wir haben ja Stimmung zu machen, nicht Entscheidungen zu treffen",

schrieb er am 14. 9. 1918 dem Obersten Bauer[45] und enthüllte damit den letztlich unpolitischen Charakter seiner Unternehmungen. Auf dieser Ebene und in Erinnerung an die Siegeszuversicht der ersten Kriegsmonate fielen ihm seine letzten Appelle an die Kräfte des Willens leicht:

> „Wir dürfen nur nicht die Nerven verlieren; das ist alles[46]."

Das deutsche Volk solle sich an der Zuversicht eines Hindenburg aufrichten, an der Hoffnung, daß Deutschland wie im Osten so schließlich auch im Westen den Frieden würde erzwingen können. Zur Aufgabe der bisher von seinem Ausschuß vertretenen Kriegsziele sah er keinen Anlaß[47]. Sollte Deutschland der Übermacht dennoch kämpfend erliegen, so sei es besser, daß es „in Ehren unterging", als daß es „in Schanden weiterlebte"[48]. Alle diese Gedanken, die sicher von einem großen Teil der Professoren geteilt wurden, die der Vaterlandspartei nahestanden, gipfelten in dem Ruf nach einem letzten nationalen Aufgebot, einer levée en masse nach historischem Vorbild. W. Rathenau hatte diese Losung als erster ausgegeben. D. Schäfer und sein Ausschuß stimmten ihr begeistert zu und wollten sie, wie wir sahen, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verkündet wissen[49]. Damit hatte die Siegfriedens-Ideologie ihre höchste Steigerung erreicht. Ungeachtet der tatsächlichen militärischen und der inneren Lage des Reiches, ungeachtet der Haltung der Massen, bei denen die Agitation im Stile Schäfers auf taube Ohren traf[50], hielt dieser an dem Gedanken alleiniger militärischer Machtbehauptung fest. Der „Untergang in Ehren" wurde einem Abweichen von dieser Ideologie noch immer vorgezogen.

Drohten die Annexionisten in ihrem starren Festhalten an der Machtfriedensideologie völlig den Boden politischer Realitäten unter den Füßen zu verlieren, selbst wenn sie damit authentische Vertreter des „Geistes von 1914" blieben, so paßten sich die Gemäßigten zwar der immer schwieriger werdenden deutschen Lage in ihren Plänen realistisch an, entfernten sich jedoch immer weiter von den innen- und außenpolitischen Ideen, die sie einst in den ersten Kriegsjahren selbst entwickelt hatten. Stattdessen endeten sie bei der Wilsonschen Formel von Demokratie und Frieden.

Das gilt auch für H. Delbrück, der Ende 1918 — vorübergehend! — seine innenpolitischen Anschauungen gründlich revidierte. Er ging dabei von den Gründen aus, die in seinen Augen zu der Krise des Reiches geführt hatten. Auch er suchte sie wie sein Gegner Schäfer zuerst auf politischem Gebiet, hier allerdings mehr im Versagen des deutschen Verfassungssystems als in den Schwächen der Führung selbst: Damals, als der Krieg deutlich sich seinem Ende zuneigte, kam der Moment, da sich M. Webers Kritik an der Bismarckschen Reichsverfassung nun endgültig auch im Kreise der Historiker durchsetzte, die Delbrück nahestanden (z. B. H. Oncken)[51].

Wie Weber, so erblickte jetzt auch Delbrück den entscheidenden Mangel der alten Ordnung in ihrer Unfähigkeit, Persönlichkeiten heranzubilden, die zu politischer Führung geeignet gewesen wären[52]. So sei es gekommen, daß Deutschland ein Lloyd George nicht beschieden gewesen sei in der Stunde, in der es einen solchen am dringendsten gebraucht hätte.

> „In diesem ganzen, großen, trefflichen Volk in solcher Stunde nicht eine einzige politische Führerpersönlichkeit von zwingender Eigenkraft. Es ist zum Tollwerden . . . ,"

rief H. Preuß aus[53]. Noch einmal bricht damit eine Einstellung durch, mit der sich die Gemäßigten mit ihren schärfsten Opponenten berührten — jetzt gegen Kriegsende noch mehr als zuvor: die Verzweiflung über die Führungslosigkeit der deutschen Politik und, damit eng verbunden, der „Schrei" nach einer „überragenden Persönlichkeit" (E. Meyer)[54].

Die entscheidenden Punkte, an denen die inneren Reformen anzusetzen hatten, waren weiter, wenn wir wieder H. Delbrück folgen dürfen: die Ausschaltung des Einflusses der Militärs und die Unterdrückung der Alldeutschen. Delbrück war jetzt (in Übereinstimmung mit Troeltsch und W. Goetz) sogar bereit, die ausländischen Vorwürfe gegen den deutschen Militarismus insofern anzuerkennen, als es in der Tat der politischen Führung nicht gelungen sei, sich die Militärs unterzuordnen[55]. Vor einer solchen Entwicklung hatte er schon zur Zeit des Kriegsbeginns gewarnt. Sie öffentlich als „Militarismus" zu verurteilen, hätte 1914 allerdings als Sakrileg gegolten.

Noch verheerender aber hatte sich nach Delbrücks Überzeugung der Einfluß der Alldeutschen ausgewirkt: mit ihrer Annexionspropaganda hätten sie alle deutschen Verständigungsversuche von vornherein unglaubwürdig gemacht und zugleich den Burgfrieden im Innern aufs Spiel gesetzt[56]. Wollte Deutschland Frieden im Innern und nach außen bekommen, so setzte dies voraus, daß sich

der Alldeutsche Verband und seine Schwesterorganisationen, Schäfers Ausschuß und die Vaterlandspartei, schnellstens auflösten: „Die Welt verlangt", schrieb Delbrück am 18. 8. 1918, „und hat ein Recht zu verlangen, daß das deutsche Volk ihr eine Bürgschaft gebe, daß der alldeutsche Geist der Überhebung, der Gewalt, der Bildungsfeindlichkeit, des Heidentums nicht der deutsche Geist sei ...[57]"

Und wenig später:

> „Ehe wir ... das Alldeutschtum, seine Kriegsziele und die blasphemische Predigt vom ‚deutschen Herrenvolk' nicht eingestampft haben, eher kann die Stunde für Friedensverhandlungen nicht schlagen ...[58]"

Delbrück war so optimistisch zu glauben, daß die alldeutsche Sinnesrichtung nicht wieder aufleben würde, nachdem sie durch die Tatsache der Niederlage so gründlich widerlegt worden sei[59]. D. Schäfers letzte Schriften vor Kriegsschluß hätten ihn eher von dem Gegenteil überzeugen müssen. Sie bestätigen den bedrückenden Eindruck, den F. Meinecke von dem unverminderten Fortbestehen nationalistischer Verblendung weiter, vor allem bürgerlicher Schichten hatte[60]: noch immer würde dort der Kult des blinden Siegeswillens getrieben, der zu einem „narkotischen Mittel" geworden sei und die „Augen des Handelnden" zu „trüben" drohte[61].

Die traurige Bilanz, mit der Deutschland, auch vom Standpunkt der Innenpolitik her gesehen, den Weltkrieg abschloß, ließ eine Beschönigung des deutschen Verfassungssystems im Sinne der „Ideen von 1914" nicht mehr zu. Das erkannte jetzt auch Delbrück, so sehr er mit dem Herzen an der alten Ordnung hing (wie er bis zum Ende des Krieges bekannte)[62]. Mochten noch so viele grundsätzliche Bedenken gegen die Errichtung der Parteienherrschaft bestehen — Deutschland blieb unter den gegebenen Umständen keine andere Wahl, als seine Verfassungs radikal im Sinne der Parlamentarisierung umzuformen und den Kaiser dem Reichstag zu unterstellen[63]. Delbrück folgte in dieser nichts weniger als enthusiastischen Wendung dem Beispiel H. Onckens, F. Meineckes, E. Troeltschs, L. Brentanos und A. v. Harnacks[64]. Die im Hintergrunde lauernde Gefahr des Bolschewismus schien eine solche rasche Revision des bisherigen politischen Systems nur noch dringender zu machen[65].

Nach außen befürworteten diese Gelehrten immer mehr eine Politik, die sich an pazifistischen Grundsätzen orientierte. Nachdem sich Delbrück schon Ende 1916 für eine praktische Annäherung an einzelne Forderungen des Pazifismus ausgesprochen hatte, freundete er sich nun auch mit seinen theoretischen Grundideen an, eine Entwicklung, die auch bei anderen mit ihm sympathisierenden Gelehrten wie bei Max Lehmann, O. Hintze, L. Brentano und — hier allerdings mit erheblichem Vorbehalt — auch bei F. Meinecke zu beobachten ist. Eröffnete ein zukünftiger Friedensbund immerhin doch die Aussicht auf die Verwirklichung eines seit 1914 hervorgehobenen deutschen Kriegszieles: der internationalen Sicherung der Freiheit der Meere[66].

Diese letzten Hoffnungen bewirkten bisweilen (so bei dem Kieler Staatsrecht-



Georg von Below (nach 1918?)
(Privatbesitz v. Roswitha Wittmayer, Wolfratshausen)



Gerhard Anschütz (nach 1918?)
(Bildarchiv des Kurpfälzischen Museums, Heidelberg)



Friedrich Meinecke (etwa 1912)
(Universitäts-Archiv, Freiburg i. Br.)

ler W. v. Calker) eine Bekehrung zu pazifistischen Ideen, die zu überstürzt vollzogen wurde, als daß sie hätte überzeugen können[67].

Daß diese Wendung bei einigen Gelehrten trotzdem mehr gewesen ist als nur opportunistische Anpassung an die neue Lage, zeigen die folgenden Worte H. Delbrücks, der sich ja schon 1916 zu einem „realpolitischen Pazifismus" bekannt hatte:

> „Wie nun aber, wenn wir nach diesem Kriege in ein neues Zeitalter eintreten, wo der alte Machtgedanke durch ganz neue Bedingungen des Völkerlebens ersetzt wird? Wenn durch den Consensus der Völker eine Macht hergestellt wird, die in Zukunft die kriegerische Entladung ausschließt? Wer an die Vernunft in der Weltgeschichte glaubt, kann es sich nicht anders vorstellen, als daß diese unermeßlichen Anstrengungen, dieses Heldentum, diese Opfer . . . schließlich irgendetwas Großes, Neues hervorbringen müssen. Wie, wenn das Ergebnis dieses Weltringens wäre, daß es die Völker reifgemacht hat für den Gedanken, daß dieser Krieg von allen der letzte gewesen sein müsse? Sicher . . . ist, daß der Gedanke des großen Friedensbundes unter den Völkern selber eine Macht geworden ist, mit der auch der rückständige Machtpolitiker alten Schlages rechnen muß. Von allen schweren Problemen der Gegenwart ist vielleicht das schwerste . . . , ob die Souveränität der Einzelstaaten in einen allgemeinen Friedensbund einzufügen ist . . .[68]"

So wurde schnellste, radikale Demokratisierung und Fortführung der Friedensgespräche mit Wilson die politische Losung der Gemäßigten in den letzten Kriegswochen. Aus der Sicht der „Ideen von 1914" war dies in vielem eine „geistige Waffenstreckung" (Rade[69]) gegenüber den Westmächten. Dem „Untergang in Ehren" wurde sie von den Gemäßigten immer noch vorgezogen, von denen nur Meinecke dem Plan einer levée en masse zeitweilig und sehr bedingt zustimmte[70].

Weder starres Festhalten an der Siegfriedensideologie noch realistische und bis zu einem gewissen Grade opportunistische Anpassung an die politische Weltmeinung konnten schließlich zur Rettung der Situation in Deutschland noch irgendetwas beitragen: Zu spät kam D. Schäfer (am 28. Oktober) die Einsicht, daß die Regierung des Prinzen Max unter Zurückstellung eigener Wünsche unterstützt werden müßte[71], zu spät kamen die Versuche Max Webers und unmittelbar vor der Revolution auch Hans Delbrücks, eine Abdankung des Kaisers zu erwirken, um auf dem Wege einer Regentschaft wenigstens die monarchische Staatsform zu retten[72]. Zu spät hatte überhaupt die Stunde der „konservativen Reformer" geschlagen, wie Meinecke rückblickend bemerkt hat, die jetzt, aus der politischen Heimatlosigkeit des letzten Kriegsjahres befreit, als „privater Staatsrat" des neuen Kanzlers, ihres Kandidaten, in unmittelbare Nähe des Zentrums der politischen Entscheidungen gerückt waren[73].

Die Schnelle und Vollständigkeit des deutschen Zusammenbruches überraschten auch Gelehrte wie Delbrück, die zuvor keinem leichtfertigen Optimismus ge-

huldigt hatten. Die Novemberrevolution fand die deutsche Professorenschaft unvorbereitet — in einer Situation, da ein tatsächlicher Ausgleich zwischen den zwei „Systemen“ in ihren Reihen weniger denn je gefunden worden war[74].

Die letzten Kriegswochen hatten in nuce noch einmal die unüberbrückbare Spannung zur Anschauung gebracht, die zwischen dem hohen Ziel der Professorenpolitik im Weltkriege und der politischen Wirklichkeit bestand, der diese gegenüberstanden: zwischen dem Wunsch nach Erhaltung der inneren Geschlossenheit ihres Volkes und der tatsächlich sich ständig vertiefenden inneren Spaltung, die sich auf ihre eigenen Reihen übertrug und die deshalb auch von ihrer Seite her unüberwindbar geworden war.

Das Jahr 1918, das scheinbar den deutschen Sieg in greifbare Nähe gerückt und dann doch Deutschland seiner Niederlage entgegengeführt hatte, hat zugleich gezeigt, wo die Meinungen der deutschen Gelehrten sich je nach der militärischen Lage abwandelten und wo sie, unbeeinflußt von den äußeren Umständen, im Grundsätzlichen sich selbst treu blieben. Das Verhalten der Führer der radikal annexionistischen und der gemäßigten Richtung — Schäfers und Delbrücks — hatte bewiesen, daß es nicht so sehr von politischer Opportunität als vielmehr von ihrer politischen Grundeinstellung bestimmt gewesen ist.

Zusammenfassung

Die abschließende Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Arbeit hat drei Aufgaben: Sie soll noch einmal den Gegensatz präzisieren, der die beiden Hauptgruppen der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg voneinander trennte; sie soll ferner das Stärkeverhältnis bestimmen, das zwischen Annexionisten und Gemäßigten bestand; und sie soll nicht zuletzt eine Antwort suchen auf die Frage nach dem spezifischen Beitrag der deutschen Hochschullehrer zur Weltkriegsdiskussion.

Der Bruch zwischen Annexionisten und Gemäßigten im Weltkriege bildete das akute Stadium des Gegensatzes, der latent schon vor dem Kriege zwischen „Imperialisten“ und „Naumannianern“ bestanden hatte. Die Krise der außen- und innenpolitischen Lage des Reiches seit 1916 spitzte mit ihrer Verschärfung diese Auseinandersetzung noch weiter zu: Jede der beiden Gruppen glaubte, den allein richtigen Ausweg aus dem Engpaß, in den die deutsche Politik geraten war, zu kennen. Dabei waren diese Vorschläge in ihrem politischen Sinn diametral entgegengesetzt. Auf eine kurze Formel gebracht, waren sie bei den Annexionisten mehr außenpolitischer, bei den Gemäßigten mehr innenpolitischer Natur (Kriegsziele — Reformen). Nur scheinbar war dies lediglich ein Unterschied in der Methode; tatsächlich führte er weiter in den Bereich weltanschaulicher Überzeugungen und erwies sich deshalb als unüberbrückbar.

Was den Kreis der Gemäßigten trotz ihren verschiedenen weltanschaulichen Ausgangspositionen (A. v. Harnack — M. Weber!) zusammenhielt, war das Streben,

> „dem Sturm rasender Leidenschaften gegenüber die Stimme der Vernunft . . . zu Gehör zu bringen“ (Delbrück)[1].

In diesem Sinne lief die Grundabsicht aller dieser Gelehrten auf eine Rationalisierung der Politik hinaus, wie sie Max Weber besonders nachdrücklich angestrebt hat. Diese Haltung verpflichtete nach innen zur Vermittlung zwischen den Extremen auf der rechten und auf der linken Seite. Es galt, den „schmalen Pfad“ einzuhalten, der die politische Wirklichkeit zur Geltung brachte gegenüber pazifistischen und annexionistischen Illusionen[2], oder, um die Worte Friedrich Meineckes zu gebrauchen, es ging

> „auch im Innern um einen Verständigungsfrieden zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, um einen Kompromiß zwischen Monarchie und

> Demokratie, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Wir waren für das Maß in allen Dingen. Wir kämpften für die reine, tiefer verstandene Staatsräson gegen die elementaren Leidenschaften von hüben und drüben, wie einst in den Hugenottenkriegen die kleine ,Partei der Politiker' sich bemüht hat, den Haß der Konfessionen zu überwinden und das gemeinsame Staats- und Nationalinteresse zur Geltung zu bringen . . .[3]"

Sollte diese Maxime auch für die Außenpolitik verbindlich sein, so kam es darauf an, die einseitig emotional übersteigerte Machtideologie in Deutschland zu bekämpfen, die mit ihren Annexionszielen die Begrenztheit der deutschen Machtmittel ebenso außer acht ließ wie die Rolle moralischer Imponderabilien, die tatsächlich auch im Kriege ihr Gewicht nicht verloren hatten. Der Grundsatz außenpolitischer Mäßigung im Kreis der Annexionsgegner entsprang jedoch nicht *nur* Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit, sondern auch der grundsätzlichen Überzeugung, daß das Ideal der romanisch-germanischen Kultureinheit trotz allen schmerzlichen Erfahrungen des Krieges nicht in Vergessenheit geraten dürfe[4]. Von dieser Perspektive her gesehen, ging es damals in der Tat um einen Kampf um das „deutsche Menschentum" (F. Meinecke), um eine Auseinandersetzung zwischen dem Idealbild des Macht- und dem des Kulturmenschen[5]. Von dem Ideal des europäischen Kulturmenschen her gesehen, mußte der Weltkrieg, je länger er dauerte, allerdings desto sinnwidriger erscheinen — dies um so mehr, seitdem Rußland ausgeschieden war: die außereuropäische Macht, deren Abwehr dem Krieg in den Augen der Naumannianer zunächst Sinn und Ziel verliehen hatte. Seitdem wurden die Bemühungen um eine fortgesetzte „geistige Mobilmachung" für diese Liberalen immer fragwürdiger, bis diese schließlich in den Ruf nach einer „Demobilisierung" der Geister, d. h. einer planmäßigen Dämpfung der Kriegsleidenschaften, einstimmten. Damit näherten sich die „Gemäßigten" den Pazifisten — ein Schritt, für den Hans Delbrück das Vorbild geliefert hatte und der in die „Logik" der Kriegspsychologie ebensowenig paßte wie die bei einer Reihe von ihnen festzustellende Relativierung der inneren Gegensätzlichkeiten unter den Kriegführenden (Troeltsch!).

Denn diese geistige „Demobilmachung" lief auf eine Verleugnung des „Geistes von 1914" hinaus, insofern als dieser sich als Akzentuierung der Kriegsgegensätze, als Entfachung und Erhaltung der Kampfesleidenschaften verstanden hat. In dieser Hinsicht durften sich die Annexionisten mit größerem Recht als Vertreter der Gesinnung fühlen, mit denen das deutsche Volk und seine Professoren in den Weltkrieg eingetreten waren. Nur die Annexionisten behielten die voluntaristische Anschauungsweise bei, die anfangs alle Professorenschriften gekennzeichnet hatte. Der Weltkrieg blieb für sie ein Kampf von Willensenergien, ungeachtet der realen Mittel, über die Deutschland verfügte. Jedes politische Nachgeben wurde als Verlust an Willensenergie gewertet — ob es sich nun um ein Zurückstecken der Annexionsziele handelte oder um ein Entgegenkommen gegenüber den demokratischen Forderungen, die von der deutschen Linken, gleichzeitig aber auch von den westlichen Alliierten erhoben wurden. „Niemand unter uns war so töricht", schrieb Reinhold Seeberg rückblickend, „mit dem Sieg wie einem gegebenen Faktum zu rechnen . . .

> Aber wir wollten gegenüber der deprimierenden ,Flaumacherei', wie sie leider schon früh von maßgebenden Stellen her betrieben wurde . . ., den Willen durchzuhalten, beleben und konzentrieren . . .[6]"

Auch im Kreise der Annexionisten war viel von Moral die Rede, aber doch in einem ganz anderen Sinne als bei den Gemäßigten: Moral wurde hier angesehen als ethisierte Auffassung des nationalen Machtkampfes, der eine Rücksichtnahme auf ethische Normen *übernationaler* Art nicht mehr kannte. Der Zusammenbruch der europäischen Kulturgemeinschaft wurde auch hier in einigen Fällen (E. Meyer!) als Zusammenbruch eigener Ideale betrachtet. Doch bildete er für diese Professoren (anders als für Delbrück) den notwendigen und endgültigen Abschluß einer Entwicklung, die zu einer Verschärfung des nationalen Machtkampfes geführt hatte. Vor diesem hatten alle anderen politischen Rücksichten zu weichen. Dies wurde nun „Realpolitik": das rücksichtslose Bekenntnis zu reiner Machtbetätigung, die als solche einen gefühlsmäßigen Eigenwert erlangte und deren Ablehnung als Schwächlichkeit oder Mangel an Willensenergie erschien. Diese einseitig kämpferische Auffassung des Politischen führte dann auch zu der Überschätzung rein militärischer Machtmittel, wie sich dies bei dem Streit um die U-Boot-Kriegführung besonders deutlich gezeigt hatte. Eine solche Einstellung konnte vielleicht noch mit der allgemein-pädagogischen Rolle, welche die deutschen Hochschullehrer für sich in Anspruch nahmen, in Verbindung gebracht werden — mit Wissenschaft hatte sie nichts mehr zu tun.

Es bleibt die Frage, welche der beiden Richtungen innerhalb der Universitäten und nach außen den stärkeren Einfluß zu erringen vermocht hat. Es hat sich gezeigt, daß numerische Stärke und politische Wirkung nicht immer Hand in Hand gingen. Zahlenmäßig behielt die annexionistische Richtung bis zum Kriegsende die Oberhand. Das bewiesen nicht nur die verschiedenen Unterschriften-Aktionen; das zeigte außerdem noch die Personalpolitik einiger deutscher Hochschulen. Sicher war es bezeichnend, daß der Berliner Kirchenhistoriker U. Stutz die Wahl seines Kollegen Penck zum Rektor als „Sieg der tatkräftigen, preußisch-konservativen Elemente über die Miesmacher und mit dem Parlamentarismus liebäugelnden Liberalen" begrüßte[7]. Niederlagen erlitten auch die Gemäßigten in den Fällen dreier Wissenschaftler (V. Valentin, G. Mayer und K. Heldmann), die wegen ihrer annexionsfeindlichen Haltung an der Weiterverfolgung ihrer Laufbahn von den philosophischen Fakultäten der Universitäten Freiburg, Berlin und Halle gehindert wurden. Freilich handelt es sich in allen drei Fällen nur um Dozenten; aus politischen Gründen in die Sphäre des arrivierten Berufsbeamtentums einzugreifen, hat man im Ersten Weltkrieg allgemein noch gezögert. Die Behandlung des Münchener Pazifisten F. W. Foerster durch die amtlichen Stellen zeigte dies[8].

Trotz numerischer Unterlegenheit fanden die Anhänger der gemäßigten Rich-

tung bei der Reichsleitung (zumal unter Bethmann) bereitwilliger Gehör als ihre Gegner — ein Hinweis auf die liberale, reformwillige Einstellung, die für weite Teile der hohen Reichsbürokratie bezeichnend gewesen und so auch schon von anderer Seite charakterisiert worden ist[9]. In ihrem Mittelpunkt und dem Geschehen am nächsten stand Hans Delbrück. Seine Gedanken und Anregungen sind unter der Kanzlerschaft Bethmanns nicht ohne Einfluß geblieben, wie dieser dem Herausgeber der Preußischen Jahrbücher auch noch nach dem Kriege bekannte: „Sie sind so oft und so viel der Wegweiser zum Rechten gewesen ... Möge ein gutes Geschick Ihnen verleihen, es auch jetzt zu sein ...[10]"

Als „wahren Freund und Berater" hat ihn auch Valentini gepriesen[11]. Freilich ging Delbrücks Einfluß nicht weit genug, um die Reichsleitung von Anfang an auf eine offene Verständigungspolitik festzulegen. Auch rückblickend wurde Bethmann nicht müde, diese Entscheidung gegen Delbrück zu rechtfertigen: „Die Proklamierung eines Verzichtprogrammes", so schrieb er kurz vor der deutschen Niederlage, „als welches die bloße Selbstbehauptung bis kurz vor dem Ende meiner Amtszeit angesehen wurde, hätte mich einfach hinweggefegt.

> Nicht in dem Verfolgen einer von vornherein zu sicherem Fiasko verurteilten Politik aber habe ich meine Aufgabe gesehen, sondern darin, die bald nach Kriegsbeginn einsetzende und von einflußreicher Seite in tatsächlichem Widerspruch mit der wirklichen Lage andauernd geschürte Hybris des Volkes ohne Gefährdung seiner Widerstandskraft [!] allmählich zur Besinnung zurückzuführen ...[12]"

Erst Ende 1916, als Deutschland sein Friedensangebot ergehen ließ, und dann wieder zur Zeit der Kanzlerschaft des Prinzen Max gelangte Delbrück zu spürbarer, wenn auch nur ephemerer Wirkung.

Neben Delbrück standen von den Gemäßigten vor allem noch Max Weber und Friedrich Meinecke in engerer Verbindung mit führenden Politikern, jener vor allem mit Parteiführern der bürgerlichen Linken (Naumann), dieser u. a. mit Kühlmann, ohne daß man jedoch von einem tatsächlichen Einfluß des Berliner Historikers auf den Staatssekretär sprechen kann.

Das Lager der annexionistischen Kanzlerfronde verfügte naturgemäß nicht über so enge Beziehungen zu den führenden Persönlichkeiten der Reichsleitung. Einen festen Rückhalt für ihre Bestrebungen fanden sie dafür in Admiral Tirpitz, mit dem besonders D. Schäfer und O. Hoetzsch eng zusammenarbeiteten, und später in der OHL. Hoetzsch seinerseits nahm die Stellung eines ständigen Beraters des führenden Konservativen Graf Westarp ein. Daß auch Bethmann auf die Dauer widerwillig genug den maßgebenden Einfluß der annexionistischen Gelehrten auf die öffentliche Meinung und damit indirekt auf sich selbst anerkennen mußte, hat er, wie wir gerade gesehen haben, selbst nachträglich zugegeben.

Dies war überhaupt der Punkt, in dem die Annexionisten ihren Gegnern am handgreiflichsten überlegen waren: Dietrich Schäfer, durch die Mitarbeit in mehreren „patriotischen" Vereinigungen schon vor dem Kriege publizistisch geschult, hatte seine Propagandatätigkeit von Anfang an durch die Massenversendung von Flugschriften und die ständige Wiederholung seiner Thesen auf Breitenwirkung abgestimmt und entsprechende Erfolge erzielt[13]. Seine publizistische Wirkung muß um so mehr erstaunen, als, von seinem Selbstverständnis her gesehen, seine Haltung letztlich unpolitisch blieb. Zusammen mit F. W. Foerster, dem Extrem auf der entgegengesetzten Seite, mit dem er doch den Mangel an Verantwortungsethik und den Verlust des Kontaktes mit der politischen Wirklichkeit gemeinsam hatte, wurde er — seinerseits auch in seiner Distanzlosigkeit — die verkörperte Antithese zu den Kriterien des Politischen, die Max Weber 1919 entwickelt hat. Er war der Gelehrte, der dem Geist der Pseudopolitisierung, der ihn und seine Kollegen im Namen der „Ideen von 1914" ergriffen hatte, bis zum bitteren Ende treu blieb. Er und seine Anhänger durften sich bis zum Kriegsschluß zu den „Edleren" rechnen — im Gegensatz zu den „Gescheiteren", die sich den Gemäßigten angeschlossen hatten[14].

Diese, zu denen auch der konservative Otto Hoetzsch zu rechnen ist, verhielten sich in ihrem Bemühen um ein rationales, sachbezogenes und verantwortungsethisches Begreifen und Bewerten der Weltkriegsprobleme zugleich „politischer" und „wissenschaftlicher", und doch stand ihr Bemühen um Distanz, das ihre Weltkriegsbeiträge heute zumal lesenswerter macht als die Pamphlete des Unabhängigen Ausschusses, ihrer politischen *Wirkung* im Wege.

Weder Max Weber noch Friedrich Meinecke noch Hans Delbrück haben sich je als Massenagitatoren gefühlt, und der Mißerfolg ihrer verschiedenen Unternehmen auf diesem Felde gab dieser kritischen Selbsteinschätzung sicher recht. „Ehrliche Unparteilichkeit können immer nur Einzelne bewahren", stellte Delbrück rückblickend fest, „die sich dann ganz individuell ihren Standpunkt zurechtzimmern, einig in der Ablehnung der Parteien, in jeder einzelnen Frage aber je nach der Individualität auseinander- oder zusammengehend. Dieser Individualismus ist eine Kraft, aber auch gleichzeitig eine Schranke ...[15]"

Die Unterschätzung massendemagogischer Mittel und irrationaler Faktoren in der politischen Praxis machte die eigentliche Schwäche auch der politischen Konzeption eines Max Weber aus[16]. Politisch von ihrer eigenen Schicht — dem Bildungsbürgertum in seiner Mehrheit —, gesellschaftlich aber von der Arbeiterschaft isoliert, standen diese Mahner zu politischer Mäßigung in einer Zeit gesteigerter politischer Leidenschaftlichkeit dem Phänomen der annexionistischen Massenbewegung letzten Endes ebenso hilflos gegenüber wie Bethmann, der von einem der Ihren — von Max Weber — so scharf kritisierte Exponent des deutschen Beamtenregiments: Ihr Festhalten an Kritik und Vernunft stand ihrem Erfolg in der Integration breiterer Schichten im Wege.

So bestand ein eigentümliches Mißverhältnis zwischen zeitweilig starkem Einfluß „nach oben" und mangelnder Breitenwirkung „nach unten" bei den *Gemäßigten,* zwischen intensiver publizistischer Massenwirkung und fast völlig fehlendem Kontakt zur Reichsleitung bei den *Annexionisten.*

Bei den Gemäßigten führte dieser Sachverhalt dazu, daß sie aus dem Kriegszielstreit mit dem Gefühl der Unterlegenheit hervorgingen — obwohl ihre nüchternere Lagebeurteilung durch den Gang der Ereignisse bestätigt worden war und obwohl, von heute her gesehen, ihre Anschauungen überzeugender wirken als der starre Nationalismus ihrer Gegner[17]. Trotzdem überkam sogar Delbrück das Gefühl, als ob er seinen politischen Glauben überlebt hätte[18]. Diese psychologische Hypothek, mit der die Gemäßigten ihren Weg durch die Weimarer Republik antraten, stand in scharfem Gegensatz zu der inneren Sicherheit, mit der die Annexionisten auch nachträglich ihre Haltung verteidigt haben: D. Schäfer trat auch nach dem Novemberumsturz für die Verbreitung der Ansichten ein, die seiner Arbeit im Unabhängigen Ausschuß zu Grunde gelegen hätten — denn ihnen gehöre die Zukunft[19]! Dies ist die Stelle, an der sich am greifbarsten der Einfluß der Weltkriegserfahrungen auf die Haltung der *einzelnen* Professorengruppen festhalten läßt.

Die Einwirkung des Weltkrieges auf die politische Einstellung der deutschen Hochschullehrerschaft in ihrer *Gesamtheit* und für sie gemeinsam läßt sich nicht so leicht analysieren: Unsere Darstellung gelangt damit zum Schluß zu der sehr schwierigen Frage nach dem spezifischen Beitrag der deutschen Gelehrten zur Weltkriegsdiskussion und -politik und damit auch zu einer „politologischen" Auswertung unserer Arbeit — einem Felde, auf dem der historische Betrachter an die Grenzen seiner Kompetenzen gelangt und sich deshalb mit Andeutungen begnügen muß.

Unbestreitbar ist, daß der Weltkrieg einen erheblichen Teil der deutschen Professoren sehr viel näher an das politische Geschehen herangeführt hat, als dies die Vorkriegszeit vermocht hatte. Damit darf auf jeden Fall von einer Abnahme apolitischer Einstellung im bereits definierten Sinne[20] in unserem Personenkreis gesprochen werden. Aber war dies eine Politisierung im eigentlichen Sinne? Wir haben bereits gesehen, daß alle Nähe zum politischen Geschehen an sich noch nicht *un*politisches Verhalten zu eliminieren imstande war. Das Eindringen irrationaler Faktoren in das politische Denken im Weltkriegsdeutschland hat die Neigung zum unpolitischen Urteil auch unter den Professoren wohl eher verstärkt.

Schon die Aufgabe, die sich die Gelehrten selbst für den Weltkrieg gestellt haben, enthielt einen unübersehbar unpolitischen Zug in ihrer idealistischen Negierung des innenpolitischen Interessenfaktors. Dieser idealistische Ansatz war nun ein erstes Charakteristikum, das allen politischen Professoren im Deutschland des Ersten Weltkrieges gemeinsam gewesen ist. Es stand ganz im Einklang mit den Vorstellungen, die vor dem Kriege über die politisch-pädagogische Rolle des Professors im öffentlichen Leben gegolten hatten: der Professor sollte durch seine objektiv-wissenschaftlichen Einsichten zu ruhiger politischer Besinnung auf das Wesentliche beitragen und zugleich das politisch „Gute" und „Böse" in aller Allgemeinheit herausstellen helfen. Eine solche Besinnung war die Grundvoraussetzung für das Fernziel, das allen Professoren bei Kriegsbeginn

als Ergebnis ihrer politischen Arbeit vorgeschwebt hatte: die Erhaltung der inneren Einheit des Reiches — bis über das Ende des Krieges hinaus.

Nicht als Parteianhänger — im engeren Sinne — konnten und wollten deshalb die deutschen Gelehrten im Weltkrieg auftreten, sondern nur als unparteiische, wissenschaftlich geschulte Lehrer des Volkes. Mochten noch so viele Querverbindungen zwischen ihnen und den politischen Machtträgern bestehen: Subjektiv fühlten sie sich an keinen von irgendeiner Partei ausgehenden Auftrag gebunden, sondern allein an das, was sie als die eigene politische Pflicht empfanden. Gerade die Literatur der ersten Kriegsmonate ist — subjektiv immer, objektiv in den allermeisten Fällen — keine Auftragsliteratur. In den späteren Kriegsjahren kam es, wie gezeigt, öfter vor, daß Wissenschaftler Verfasser amtlich inspirierter Artikel oder Gutachten wurden. Man kann dabei verallgemeinernd feststellen, daß um so eher die Möglichkeit eines solchen Auftrages vermutet werden darf, je detaillierter die Frage war, die jeweils behandelt wurde (vgl. Spahns Briey-Gutachten!). Aber selbst in diesen Fällen ging, soweit wir wissen, die Überzeugung von der selbständigen Verantwortung, aufgrund deren man politisch Stellung nahm, nie verloren. Bisweilen mußten es politische Auftraggeber — zumal die Reichsleitung — sogar erleben, daß die individuelle Einstellung der beauftragten Gelehrten eine Erledigung der übertragenen Aufgabe in ihrem Sinne unmöglich machte. Ebenso wahrten alle von Gelehrten geführten Ausschüsse peinlichst den Anschein der Unparteilichkeit.

Wie der Beginn, so war auch das Ende ihrer politischen Bemühungen allen Professoren gemeinsam: Sie waren gescheitert, und es trat genau das ein, was sie hatten verhindern wollen, nämlich erst der Zerfall und dann der Zusammenbruch der inneren Front des Reiches, unabhängig von der zweifellos hoffnungslosen militärischen Lage.

Dieser Fehlschlag der Gelehrtenpolitik im Weltkrieg hatte seine Ursache mit darin, daß sich die deutsche Professorenschaft im Hinblick auf ihre politische Stellung von vornherein in einer verhängnisvollen Illusion befand: Ihre angebliche Überparteilichkeit war schon im Frieden mehr ein Wunsch als politische Wirklichkeit gewesen; im Kriege hielt sich diese überparteiliche Fassade nur solange aufrecht, als die Schwaden der ersten Kriegsbegeisterung die innenpolitischen Risse im Gefüge des Bismarckreiches noch verhüllten. Mit der Fortdauer des Krieges konnten die Professoren gar nicht verhindern, daß sie Exponenten der Gegensätze wurden, zwischen denen sie zu vermitteln gehofft hatten. Ja, diese Gegensätze wurden durch ihre Publizistik noch vertieft; denn sie gaben — auch vor sich selber — nicht zu, daß diese Gegensätze auf beiden Seiten etwa auch die Reflexion bestimmter politischer Interessenkonflikte hätten sein können. Im Gegenteil! Gerade die Gelehrten waren es, die kraft ihrer Autorität und ihrer Denkweise den politischen Fragen häufig den Anschein wissenschaftlicher bzw. ideeller Probleme verliehen und damit die politischen Gegensätze auch dann ins Prinzipielle erhoben, wenn dies von der Sache her nicht berechtigt war.

War es also von vornherein nichts mit der unabhängig-führenden Rolle, die die

Professoren „in des Vaterlands Not" für sich in Anspruch genommen hatten? Waren sie wie ihre wissenschaftlich nicht ausgebildeten Mitbürger lediglich mehr oder weniger unselbständige Exponenten des Zeitgeistes? Das nachträgliche Urteil einiger Zeitgenossen legt diesen Schluß nahe. Kein Geringerer als F. Meinecke hat rückblickend festgestellt, daß er mit seinen Kollegen mehr in als vor der Front der Weltkriegspublizistik gekämpft hätte[21]. Noch drastischer hat G. Radbruch diesen Sachverhalt zum Ausdruck gebracht, wenn er schrieb:

> „Nur zu oft war vor und während des Krieges der Professor die Trompete, die von selbst zu tönen meinte und nicht wußte, daß und von wem sie geblasen wurde . . . Mit den Gesten der Führerschaft waren die Universitäten vielfach Geführte, wo nicht Angeführte des Zeitgeistes . . .[22]"

Sollte also das Ergebnis unserer Arbeit die resignierte Feststellung sein, daß Politik und Wissenschaft miteinander unvereinbare Größen seien, ja, daß die Wissenschaft in der Politik dazu neigt, eher eine verhängnisvolle, denn eine segensreiche Rolle zu spielen?

Die Geschichte der deutschen Professorenpolitik im Ersten Weltkrieg läßt eine so negative Schlußvolgerung *nicht* zu. Das läßt sich zeigen, wenn man sich an den Zusammenhang erinnert, der in unserem Zeitraum zwischen der Politik und der Wissenschaft in ihren Einzeldisziplinen bestanden hat. Es läßt sich hier zunächst die Tatsache nicht leugnen, daß weder eine bestimmte fachliche Spezialisierung noch selbst die Zugehörigkeit zu einer besonderen wissenschaftlichen Schule bereits eine bestimmte politische Stellungnahme mit Notwendigkeit nach sich gezogen hätte. Der Riß zwischen den beiden Hauptgruppen der Professoren ging quer durch die Disziplinen: Staatsrechtler von gleicher Qualifikation wie G. Anschütz und E. Kaufmann kamen in der Frage der Parlamentarisierung zu diametral entgegengesetzten Ergebnissen. Unter den Historikern spaltete sich die Schule der Neu-Rankeaner in zwei Lager (Delbrück-Lehmann gegen Lenz), und nur bei den Theologen stellte sich eine generelle Übereinstimmung her zwischen liberalem religiösen Bekenntnis und liberaler politischer Einstellung einerseits (Harnack, Rade) und zwischen theologischer Orthodoxie und politischem Konservativismus andererseits (Seeberg, Holl). In vielen Fällen jedoch diente die Wissenschaft zwar reichlich zur Illustrierung, Ausgestaltung und Begründung einer politischen Grundhaltung, aber sie bestimmte diese nicht. Mit anderen Worten: die politischen Grundpositionen vieler deutscher Gelehrten waren vorwissenschaftlicher Natur. Vielleicht gilt dies noch relativ am wenigsten für die „Kathedersozialisten", eine der geschlossensten wissenschaftlichen *und* politischen Professorengruppen.

Darüber hinaus, so darf man aus dem dargebotenen Material folgern, hat sicher auch der Grad methodisch-kritischer Bewußtheit der einzelnen Wissenschaftler eine Rolle für ihre politische Urteilsbildung gespielt: Wissenschaftler, die auch innerhalb ihrer eigenen Disziplinen keinen klaren Begriff von der Grenze zwischen Wissenschaftlichkeit und Weltanschauung besaßen wie z. B.

der Historiker K. Lamprecht oder der Naturwissenschaftler E. Haeckel, neigten eher zu voreilig verallgemeinernden politischen Schlüssen als etwa Max Weber mit seiner strengen Abgrenzung von Wissenschaft, Politik und Weltanschauung.

Was in der vorangehenden Darstellung überrascht haben mag, ist nicht so sehr die politische Grundhaltung der verschiedenen Gelehrten als vielmehr die Verfehltheit ihres Urteils in konkreten Einzelfragen der großen Politik (z. B. der U-Boot-Frage). Hätte ihre wissenschaftliche Vorbildung solche drastischen Fehlurteile nicht verhindern müssen? Wir haben hier zu unterscheiden zwischen Wissenschaften, die von sich aus der Politik ferner stehen, und solchen, die ihr innerlich verwandt sind. Es war gewiß kein Zufall, daß von den Naturwissenschaftlern sich nur die wenigsten auf die politische Bühne wagten und daß, wenn sie es taten, das Ergebnis selten die Vertiefung der politischen Diskussion gewesen ist (E. Haeckel, W. Ostwald, M. v. Gruber). Der Theologie und der Philosophie mochten die moralischen Probleme, die der Weltkrieg aufgeworfen hatte, näherliegen; die Voraussetzungen für ein politisch-sachverständiges Urteil lieferten auch diese Wissenschaften sicher nicht, und wenn wir in A. v. Harnack einen politisch erstaunlich gut informierten Theologen finden, so lag dies nicht an seiner Eigenschaft als Theologe, sondern an der engen Fühlung, die er mit dem politischen Leben der deutschen Hauptstadt bewahrt hatte.

Eher schon war die Rechtswissenschaft zur Bildung eines sachgerechten Urteils — vor allem in völkerrechtlichen Fragen — geeignet, wobei allerdings auch wieder die Gefahr bestand, daß bestimmte politische Überzeugungen erst nachträglich ihre juristische Rechtfertigung erfuhren.

Bleiben die Staatswissenschaften und vor allem die Geschichte, deren Denkformen am nächsten an die Urteilsweise der Politik heranführten. Tatsächlich gehört das Gros der „politischen Professoren" des Ersten Weltkrieges zu Vertretern dieser Disziplinen. Doch auch bei dieser wissenschaftlichen Vorbildung kann man zeigen, daß sie die Entstehung politischer Fehlurteile keineswegs mit Notwendigkeit verhindert hätte. Sombarts Englandbuch und Spahns Briey-Gutachten sind Beispiele für ein Vorgehen, das bestimmte vorgefaßte politische Ansichten mit sozialen und historischen Fakten zu belegen sucht, die mehr oder weniger willkürlich bereits auf das Ergebnis hin ausgewählt und frisiert worden sind. Mit Hilfe einer solchen „Methode" erschien dann bisweilen als tiefe historische Einsicht, was in Wirklichkeit nur schlichte Tagesmeinung war. Solche Historiker verleugneten ihre Wissenschaft, sobald sie in das Terrain der Politik eindrangen.

Aber mußten Geschichte und Staatswissenschaften notwendig immer nur Arsenale erbaulicher Beispiele sein, mit denen nach freiem Belieben politische Tagesziele plausibel gemacht werden konnten? O. Hoetzsch auf der einen und H. Delbrück auf der anderen Seite haben mit einigen Kollegen gezeigt, daß dies nicht immer der Fall sein mußte. Beide haben die Geschichte in der Form der Gegenwart nutzbar gemacht, in der allein sie ihren Charakter als Wissenschaft nicht zu verleugnen gezwungen war, nämlich in der historischen Analogie und in der historisch-politischen Gegenwartsanalyse. Die historische Analogie kann zwar

zu einem Mißbrauch der Geschichte führen — man denke an den damals geläufigen Vergleich Deutschland — Rom, England — Karthago —; sie kann aber auch zur Erhellung der politischen Grundzüge einer Gegenwart verhelfen. Der Vergleich der europäischen Hegemonialkämpfe mit dem Weltkrieg hat sicher mit dazu beigetragen, daß Delbrück mit größerem Abstand und größerer Abgewogenheit über Deutschlands Position im Weltkrieg zu urteilen vermochte als viele seiner Kollegen, obwohl auch sein Urteil über die inneren Verhältnisse der Deutschland feindlichen Staaten einige Unsicherheit verriet. Das Vorbild für eine nach Möglichkeit sachgerechte Strukturanalyse der Innenpolitik der auswärtigen Mächte lieferte, mehr als Delbrück, O. Hoetzsch, allerdings nur für Osteuropa. Genaue Kenntnis der innenpolitischen Verhältnisse des Zarenreiches und ständige Lektüre der russischen Presse ließen in diesem Fall eklatante Fehler in der Beurteilung des östlichen Nachbarn des Reiches nicht aufkommen. Gleiches gilt für Max Weber und dessen Strukturanalyse der deutschen Innenpolitik. Gerade auf Grund seiner durch eigene Anschauung gewonnenen Kenntnis des angelsächsischen Parlamentarismus vermochte er ein Leitbild des modernen parlamentarisch regierten Staates zu entwickeln, das dann der kritische Maßstab wurde, mit dem er die deutschen politischen Verhältnisse beurteilte. Ein solches in nüchterner Überlegung und unter Verzicht auf Wunschdenken gebildetes Urteil war dann auch imstande, auf die Meinungsbildung der breiten Öffentlichkeit auszustrahlen: entweder indem es die mit der politischen Situation gegebenen oder die in der öffentlichen Diskussion erarbeiteten Alternativen, wissenschaftlich vertieft, analysieren half (z. B. Hoetzsch für die Rußlandverständigung) oder indem es die selbständige Erkenntnis und Formulierung neuer Alternativen ermöglichte (z. B. Delbrücks Gleichgewichtslehre).

In der Studierstube allein wurden solche Erkenntnisse freilich nie gewonnen, sondern erst in engem Kontakt mit dem politischen Leben und den politischen Willensträgern.

Fassen wir zusammen: Gemeinsam und „spezifisch" für die deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg war nur die politisch-ethische Haltung, mit der sie an ihre Aufgabe herangingen; gemeinsam und charakteristisch für sie war auch die Verhaltensweise, mit der sie als Gelehrte auf die vom Kriege aufgeworfenen Probleme reagierten: ihr idealistisches Selbstverständnis, das die Spannung, die zwischen ihrem Leitbild, dem überparteilichen Interessausgleich, und der politischen Wirklichkeit bestand, eher erhöhte als minderte, — ihr Selbstverständnis, das sie oft zum Gegenteil des Angestrebten führte. Die deutsche Professorenschaft, uneigennützig staatstragend und staatstreu wie kaum eine andere Schicht im wilhelminischen Reich, hat ihr Ideal: die einigende Synthese der deutschen Ziele im Ersten Weltkrieg, nicht zu verwirklichen vermocht, sie hat sich im Gegenteil in der zweiten Kriegshälfte oft tiefer in die allgemeinen inneren Gegensätze verrannt als mancher Berufspolitiker.

Über diese Gemeinsamkeiten ihres Verhaltens hinaus kann man von einem inhaltlich für alle gleich verbindlichen und charakteristischen Beitrag der deutschen

Professoren zur Weltkriegsdiskussion nicht sprechen. Daß ein solcher nicht zustandekam, ist ja gerade das Dilemma gewesen, das ihre Arbeit so sehr erschwerte! Dagegen läßt sich sehr wohl von originellen und charakteristischen Beiträgen *einzelner* Gelehrter reden. Daß auch diese selbständigen Konzeptionen nicht in der erwünschten Weise zum Tragen kamen, sondern daß sie unter ganz unerwarteten Umständen mehr oder weniger modifiziert in der Folgezeit zur Wirkung gelangten, das lag an Faktoren, die außerhalb der Reichweite der „Professorenpolitiker" des Ersten Weltkrieges blieben.

Unsere hier endende Darstellung eines „Einzelfalles" dürfte vielleicht trotzdem, unabhängig vom historischen Interesse, auch aus heutiger Sicht noch den Zweck erfüllen, daß sie die äußeren Schwierigkeiten und die innere Problematik illustriert, mit denen ein politisches Engagement der Wissenschaften in geschichtlichen Entscheidungssituationen rechnen muß.

Anmerkungen

Anmerkungen zu Kap. I, S. 9—10

[1] W. Wilson, Public Papers (1927), III, 1, S. 62, auch S. 385.

[2] Belege bei H. Wanderscheck, Weltkrieg u. Propaganda, 1939, S. 110. Auch: J. Benda, La trahison des clercs, 1927, S. 71.

[3] K. Dockhorn, D. Einsatz der engl. Wissenschaft im Weltkrieg, 1940; J. Mock, Words that won the War, 1939; L. E. Gelfand, The Inquiry, 1963. Für J. Benda (S. 57ff.) war dieser Einsatz gerade der „Verrat" der Intellektuellen.

[4] H. Grattan, Historians cut loose, American Mercury XI (1927), S. 414ff., u. d. genannte Werk v. J. Benda.

[5] W. Schücking, Die deutschen Professoren u. d. Weltkrieg (1915) in: D. Dauerfriede (1917), S. 17ff.; A. Weber, D. Bedeutung d. geistigen Führer in Deutschland, NR Jg. 1918, S. 1249; G. v. Below, D. Stellung d. Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, DE II (1918), S. 812; auch: E. Lederer, Soziologie d. Weltkrieges, ASwSp 39 (1915), S. 350ff.

[6] F. Meinecke, Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, HZ 125 (1922), S. 248ff.; R. Smend, Verfassung u. Verfassungsrecht, u.: Hochschule u. Parteien, in: Staatsrechtl. Abhandlungen (1955), S. 183ff. bzw. 284ff. Aus ns. Perspektive sehr kritisch: W. Frank, Deutsche Geisteswissenschaften im Kriege, 1940, S. 10ff.

[7] L. Dehio, Deutschld. u. d. Weltpolitik im 20. Jhdt., 1961, dessen Fragestellung auch der Verf. viel verdankt; F. Meinecke, D. deutsche Katastrophe, 1946; G. Ritter, Europa u. d. deutsche Frage, 1948 (Umgearb. Neuaufl. 1962).

[8] A. Thimme, H. Delbrück als Kritiker d. wilhelm. Epoche, 1955; W. Mommsen, Max Weber, 1959; K. Meyer, Th. Schiemann als pol. Publizist, 1956. Leider noch nicht gedruckt: George M. Schwarz, Political attitudes in German universities during the reign of William II, Oxford Diss. masch. 1961. Mit ihrer Frage nach dem geistig-politischen Horizont der deutschen Professorenschaft, z.B. nach ihrem Staatsgedanken, ist diese Arbeit ganz der ideengeschichtlichen Methode verpflichtet und berücksichtigt deshalb den sozialgeschichtlichen Aspekt weniger. Die Frage nach Einflüssen bestimmter politischer Erfahrungen auf das politische Weltbild der deutschen Gelehrten wird gleichfalls nur am Rande behandelt.

[9] Z.B. Universitätstage 1966, Freie Universität Berlin, mit Beiträgen u.a. v. H. Herzfeld, K. Sontheimer (Weim. Republik) u. H. Heiber. — Kriegsziele: F. Fischer, Griff nach d. Weltmacht, [3]1964; G. Ritter, Staatskunst u. Kriegshandwerk II (1960) u. III (1964). Stand d. Diskussion mit ausf. Literaturhinweisen bei Fritz T. Epstein, Neue Lit. zur Geschichte d. Ostpolitik im 1. Weltkrieg, Jahrbücher f. Gesch. Osteuropas XIV (1966), S. 63ff. Für westl. Kriegsziele bereits: H. W. Gatzke, Germany's drive to the West, Baltimore 1950.

[10] Zum Kriegsengagement der deutschen Literatur vgl. z.B. die exemplarische Studie von K. Sontheimer, Thomas Mann u. die Deutschen, Fischer Bücherei 1965, S. 16ff. — Versuch einer vergleichenden Analyse der Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich bei: E. Dahlin, French and German Public Opinion on Declared War Aims, Stanford 1933; Darstellung der geistigen Kriegführung: H. Thimme, D. Weltkrieg ohne Waffen, 1932. — Erster nicht überall überzeugender Versuch einer Nebeneinanderstellung von wissenschaftlicher Lehre und politischer Überzeugung bei: G. Schmidt, Deutscher Historismus u. d. Übergang zur parlamentarischen Demokratie, HSt 389, 1964. Vgl. d. Kritik v. W. Mommsen in: NPL IX (1964), S. 886ff. Ein entsprechendes Verfahren in der vorl. Arbeit hätte ins Uferlose geführt.

[11] J. G. Fichte's Leben u. literar. Briefwechsel, hg. v. J. H. Fichte, I (1862), S. 364f., 442ff.; F. C. Dahlmann, Einleitung zu seiner „Politik" (1835); E. Spranger, Wandlungen im Wesen der Universität, 1913, S. 12f.

[12] Dies der Untertitel von Dahlmanns „Politik". Ähnliche Tendenz bei L. v. Ranke, Über die Verwandtschaft u. den Unterschied der Historie u. d. Politik (1836), in: Sämtl. Werke XXIV, S. 280ff., wenn auch stärker konservativ gefärbt.

[13] Diese tatsächliche Politisierung läßt H. Maier bewußt in den Hintergrund treten gegenüber einem wissenschaftsgeschichtlichen Vorgang, der in seinen Augen die politische Haltung der deutschen Wissenschaften für das gesamte 19. Jahrhundert vorbestimmt hat: dem Verzicht auf die „philosophische Politik", dem Verfall der wissenschaftlichen Politik im Sinne der Aufklärung an den deutschen Hochschulen, wodurch der Weg beschritten wurde, der zu einer positivistischen Verengung der Einzeldisziplinen in der 2. Jahrhunderthälfte und damit zu ihrer definitiven Entpolitisierung geführt habe (H. Maier, Zur Lage der pol. Wissenschaft in Deutschland, VfZG X (1962), S. 233, u.: D. Lehre d. Politik an den deutschen Universitäten, in: Wissenschaftl. Politik, hg. v. D. Oberndörfer, 1962, S. 103ff.). Wie zu zeigen, kann man tatsächlich von einem „Ausrinnen" des Politischen aus Geschichte und Staatsrecht erst für die Zeit nach 1848 sprechen. Es scheint, als ob Maier die Ergebnisse seiner wissenschaftsgeschichtlichen Untersuchungen allzu rigoros auf die Sozialgeschichte zu übertragen neigt; denn hier springt der Unterschied zwischen dem politischen Professor des deutschen Frühliberalismus — z.B. v. Mohl, Droysen oder Dahlmann — und seinem Kollegen im 18. Jahrhundert, dessen Wirkungsmöglichkeit viel schärfer eingegrenzt war, selbst wenn er „Politik" las, sofort in die Augen (vgl. H. Holborn, D. deutsche Idealismus in sozialgeschichtl. Beleuchtung (1952), jetzt auch in: Mod. deutsche Sozialgesch., hg. v. H. Wehler, 1966, S. 91; ferner: R. Stadelmann, Soziale u. pol. Geschichte der Revolution von 1848, 1948, S. 36f.; E. Angermann, R. v. Mohl, 1962, S. 192 u. 197; u.: W. Treue, Adam Smith i. Dtld., Festschr. Rothfels, 1951, S. 101ff.). Über Möglichkeiten und Formen politischer Wissenschaft in der Nach-Bismarck-Zeit vgl. G. Oestreich, Einleitung zu O. Hintze, Ges. Abhh. [2]II (1964), S. 34.

[14] Ca. 50 Abgeordneten der Paulskirche aus dem Professorenstande standen um die Jahrhundertwende etwa 270 „Flottenprofessoren" gegenüber (vgl. V. Valentin, Gesch. d. deutschen Revolution 1848/49, II (1931), S. 11f., u.: W. Marienfeld, Wissenschaft u. Schlachtflottenbau, 1957, S. 110f.). Für das Beispiel eines solchen apolitischen Gelehrten siehe R. Smend, D. Göttinger Sieben, in: Staatsrechtl. Abhandlungen (1955), S. 406.

[15] Dazu z.B. K. Scheidler, Über die Idee d. Universität u. ihre Stellung zur Staatsgewalt, 1838, S. 80, 318; R. Smend, D. Göttinger Sieben, a.a.O., S. 407; F. Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jhdt., I (1948), S. 448f., u. II (1949), S. 204ff.; L. Krieger, The German Idea of Freedom, 1957, S. 293ff.

[16] H. Baumgarten, D. Liberalismus, eine Selbstkritik, in: Histor. u. pol. Aufsätze, hg. v. E. Marcks (1894), S. 97, 151, 211. Vgl. auch den auffälligen Unterschied in der Akzentuierung bei Ranke: 1836 noch sein Glaube an die Möglichkeit wirksamer gegenseitiger Ergänzung zwischen Historie und praktischer Politik — 1877 dagegen die scharfe Trennung beider Bereiche (L. Ranke, Über die Verwandtschaft usw. (vgl. Anm. 12), S. 280ff., u.: Brief an Bismarck v. 1877, bei O. Diether, Ranke als Politiker, 1911, S. 572). Später: H. Sybel (nach H. Seier, D. Staatsidee H. v. Sybels, HSt 383 (1961), S. 15) u. F. Schnabel, Deutsche Geschichte II (1949), S. 205; G. Ritter, D. Idee d. Universität u. d. öfftl. Leben, in: Leb. Vergangenheit, 1958, S. 304f.

[17] F. Paulsen, Die deutschen Universitäten u. d. Universitätsstudium, 1902, S. 319. Dieser Rückzug aus der praktischen Tagespolitik hatte mit dem Vordringen des gewerblichen Mittelstandes auch sozialgeschichtl. Gründe, wie E. N. Anderson, The social and political conflict in Prussia, 1954, S. 445, deutlich macht.

[18] Z.B. H. Delbrück, der seine politische Tätigkeit als Gewinn für seine Wissenschaft betrachtete (A. Thimme, Delbrück, 1955, S. 11)!

[19] Dazu H. Ehmke, K. v. Rotteck, Freiburger Rechts- u. Staatswiss. Abh. III (1964), S. 11f., u. E. Fraenkel, D. deutsche Wilsonbild, Jahrb. f. Amerikastudien V (1960), S. 101.

[20] Vgl. dazu schon H. Maier [siehe Anm. 13] u. R. Smend, Verfassung u. Verfassungsrecht, in: Staatsrechtl. Abhandlungen (1955), S. 184f.

[21] L. v. Rochau, Grundzüge d. Realpolitik, 1. T. 1853, 2. T. 1869: R. warf dort der „Studenten"- bzw. „Idealpolitik" vor, die geistigen Faktoren in der Politik nach ihrem metaphysischen Wert zu beurteilen und nicht nach dem allein gültigen „Marktpreis des Lebens" (S. 56ff.). Verbindung mit Sozialdarwinismus: K. G. Faber, Realpolitik als Ideologie, HZ 203 (1966), S. 25ff.

[22] F. Schnabel, Dte. Gesch. II (1949), S. 206; G. Ritter, D. deutsche Problem, 1962, S. 70f.; R. Smend, Pol. Erlebnis u. Staatsdenken, in: Staatsrechtl. Abhandlungen (1955), S. 355ff. — Für Sybel: H. Seier, D. Staatsidee Sybels, HSt 383 (1961), S. 200. Dsgl. A. Heuß, Th. Mommsen, 1956, S. 280, u. F. Meinecke, H. v. Treitschke, HZ 150 (1934), S. 2. Vgl. auch Anm. 17!

[23] Paulsen, D. deutschen Universitäten, 1902, S. 335; A. Busch, Geschichte d. Privatdozenten, 1959, S. 102f.

[24] F. Paulsen, D. deutschen Universitäten, 1902, S. 331f. Ähnl. zur Führungsrolle der deutschen Hochschulen: W. Roscher, Politik, 1892, S. IV; u. Th. Ziegler, Unsere Universitäten, in: Deutschl. als Weltmacht, o.J. [1911], S. 576, 585; u.: A. Hillebrandt, D. Universitäten, in: Deutschl. unter Kaiser Wilh. II., hg. v. Ph. Zorn, II (1914), S. 1053ff.: Zumal zu Zeiten „großer Wogen" des nationalen Geschickes sei die Nation gewohnt, wie 1870 die Universitäten an ihrer Spitze zu sehen. — Historiker: F. Meinecke, Probleme d. Weltkrieges, 1917, S. 51; u.: E. Brandenburg, Kann d. Politiker aus d. Geschichte lernen, in: Vergangenht. u. Gegenwt. I (1911), S. 25f.

[25] K. Mannheim, Ideologie u. Utopie, 1952, S. 135; danach: A. Seeberg, D. Eliteproblem heute, in: Führungsschicht u. Eliteproblem, Jahrb. d. Ranke-Ges. III (1957), S. 13. Kritik dazu: Th. Geiger, Aufgabe u. Stellung d. Intelligenz i. d. Gesellschaft, 1949, S. 63ff. Die übrige soziologische und historische Eliteforschung, über die W. Zapf, Wandlungen d. deutsche Elite, 1965, S. 22ff. zuletzt einen Überblick vermittelt hat, erwies sich in ihren Kategorien (z.B. „Bildung u. Besitz") als zu allgemein, als daß sie dem Verf. bei seinen Interpretationsversuchen zu seinem Thema hätte behilflich sein können.

[26] L. Rosenbaum, Beruf u. Herkunft d. Abgeordneten zu den Deutschen u. Preußischen Parlamenten, 1847—1919, in: D. Paulskirche IV (1923), S. 54f. u. 62, stellt das Jahr 1848 als Wendepunkt heraus: An Gelehrten (und Lehrern) gehörten zur Paulskirche 19,6 % d. Abgeordneten, zum Zollparlament v. 1868 nur noch 6,2 %, zum Reichstag v. 1912: 5,8 %! Ähnl. P. Molt, D. Reichstag vor d. improvisierten Revolution, 1963, S. 168f. Vgl. auch Anm. 17! Zeitgen. Klage über d. „unpolitischen" deutschen Professor bei F. Naumann, Pol. Professoren, Hf XX (1914), S. 474f., — wie gleich zu zeigen, nicht ganz berechtigt.

[27] Dabei muß festgehalten werden, daß Treitschke innerhalb seiner Zunft als Historiker in seinem politischen Engagement als Außenseiter galt (W. Bußmann, Treitschke, 1952, S. 212f.). Vgl. Anm. 8!

[28] Zeitgenöss. Zeugnisse: G. v. Below, D. Stellung d. Hochschullehrer, DE II (1918), S. 824; W. Stahlberg, D. deutsche Mann, in: D. Schäfer u. sein Werk, 1925, S. 110f. — Im Rückblick: E. Kehr, Schlachtflottenbau u. Parteipolitik, HSt 197 (1930), S. 106, 362; W. Marienfeld, Wissenschaft u. Schlachtflottenbau, 1957, S. 8f., 86ff., 104. Über den parteienfeindlichen und in der Wirkung antiparlamentarischen Zug der Interessengruppen der wilhelmin. Zeit vgl.: T. Nipperdey, Interessenverbände u. Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, Polit. Viertelj.schr. II (1961), S. 278. Zur ideengeschichtlichen Seite d. deutschen Imperialismus vgl. L. Dehio, Ranke u. d. dte. Imperialismus, in: Deutschl. u. d. Weltpolitik, 1961, S. 33ff., u.: Th. Schieder, D. deutsche Kaiserreich als Nationalstaat, 1961, S. 70f. Man träfe die Sache nicht ganz, wollte man mit C. Schmid *nur* einen „verhängnisvollen Absentismus" der Bildungsschicht von der Politik um die Jahrhundertwende konstatieren (C.S., Politik u. Geist, 1961, S. 57 u. im Vergl. S. 137!).

[29] Treitschke als Vorläufer und Vorbild der nationalen Opposition tritt hervor bei: E. Leipprand, Treitschke, 1935, S. 195ff., 208f., 284; H. Claß, Wider den Strom, 1932, S. 15 u. 22; D. Schäfer, Mein Leben, 1926, S. 67 u. 151f. Unter den Bewegungen, die der nationalen Opposition nahestanden, konnte die Flottenagitation die meisten Anhänger innerhalb der Professorenschaft gewinnen (vgl. die Vortragssammlung, Handels- u. Machtpolitik, hg. u.a. v. G. Schmoller, 2 Bde., 1900, mit Beiträgen z.B. v. M. Sering, A. Wagner u. K. Lamprecht; auch Marienfeld, Wissenschaft u. Schlachtflottenbau, S. 110f.). Im Alldeutschen Verband, dem Zentrum rechtsoppositioneller Propaganda, wirkten einige Hochschullehrer (wie D. Schäfer, G. v. Below, O. Hoetzsch, K. Lamprecht, E. Haeckel u. F. Lezius) an prominenter Stelle; doch darf diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß insgesamt der Prozentsatz alldeutscher Mitglieder auf deutschen Lehrstühlen sich nicht allzu imposant ausnahm. Das weitverbreitete Desinteresse am Alldeutschen Verband schloß jedoch auch wieder nicht die Möglichkeit indirekter Einwirkung über andere „nationale" Verbände — z.B. den Ostmarkenverein oder später den Wehrverein — aus (dazu: M. Wertheimer, The Pan German League, 1925, S. 65ff.; A. Kruck, Gesch. d. Alldeutschen Verbandes, 1954, S. 17f.; E. Kehr, Soziale u. finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda (1928), zit. nach Wiederabdruck in: Mod. Sozialgeschichte, hg. v. H. Wehler, 1966, S. 396, 399); vgl. Kap. III, S. 216f., Anm. 103 (Haller)!

[30] Dies hebt W. Marienfeld hervor (Wissenschaft u. Flottenbau, 1957, S. 85f., 100f.). Für D. Schäfer vgl. dessen Erinnerungen (Leben, 1926, S. 132), u. E. Kehr, Soziale Grundlagen, a.a.O., S. 399.

[31] Hierzu jetzt d. Monographie v. D. Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein f. Sozialpolitik (Vjschr. f. Soz.- u. Wirt.gesch., Beih. 52/53, 1967); dort (S. 19ff.) u. a. Hinweis auf die Gründe für

die weitgehende parteipolitische Abstinenz der „Katheder-Sozialisten." — Ferner: L. Brentano, Leben, S. 79, 122; Marianne Weber, S. 134, u. W. Mommsen, Max Weber, S. 115ff. u 138ff.; F. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 123ff.; für Theologen: G. Mehnert, Ev. Kirche u. Politik, 1959, S. 25ff., u. nochmals Marianne Weber, S. 152ff.; G. M. Schwarz, Pol. attitudes [Anm. 8!], S. 99f. u. S. 253ff. E. Daniels, Delbrück als Politiker, WZt, S. 10f., 21f.

[32] A. Wagner u. G. Schmoller sind hierfür Beispiele. Klare Alternative dagegen schon b. F. Toennies, Briefwechsel m. F. Paulsen, 1961, S. 399.

[33] Zu den Nationalliberalen gehörten z.B. D. Schäfer, E. Meyer, H. Oncken, E. Brandenburg, W. Kahl und F. Meinecke; den Konservativen standen A. Wagner, O. Hoetzsch, Th. Schiemann, G. v. Below u. R. Seeberg nahe; d. Fortschrittl. Volkspartei vertraten im Reichstag G. v. Schulze-Gaevernitz u. F. v. Liszt; Anhänger des Zentrums: M. Spahn, A. Schulte.

[34] D. Fricke, D. Militarisierung d. deutschen Geisteslebens, ZGW VIII (1960), S. 1069ff., u. W. Mommsen, Weber, S. 127. Isolierung der wenigen Sozialisten: A. Grotjahn, Erlebtes, 1932, S. 148.

[35] M. Weber, Politik als Beruf, GpS², S. 493ff. Indem er sich an diese Definition hält, entgeht der Verf. wenigstens dem Vorwurf des Anachronismus. Die politische Wissenschaft hat — wenn dies überhaupt möglich ist! — noch keinen verbindlichen Begriff ihres Gegenstandes entwickelt. So charakterisiert W. Abendroth, D. Unpolitische als Wesensmerkmal d. deutschen Universität, in: Universitätstage Berlin 1966, S. 189ff., „politisches" Verhalten ähnlich wie Weber als kritische Distanznahme; aber er vermeidet nicht den Eindruck, als ob solche Distanz nur von „links" her gewonnen werden könne. — H. Maier (D. Lehre v. d. Politik, a.a.O. [siehe Anm. 13!], S. 111ff.) spricht ein wenig global von einer Entpolitisierung der deutschen Gelehrsamkeit im 19. Jahrhundert, dagegen von einer Politisierung im 1. Weltkrieg. Für R. Smend andererseits ist sogar M. Weber „staatsfremd" (Verfassung u. Verf.recht, in: Staatsrechtl. Abhandlungen, 1955, S. 122). Vgl. auch C. Schmid, Politik u. Geist, 1961, S. 164f., u. den Überblick über weitere Definitionen bei H. Mommsen, Pol. Wissenschaft u. Geschichtswissenschaft, VfZG X (1962), S. 359f. Vgl. auch unten S. 183, u. oben Anm. 14 u. 28!

[36] F. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 124 u. 127; Agnes v. Zahn-Harnack, Adolf v. Harnack, 1951, S. 299f.

[37] Deutscher Universitätskalender, 87. Ausg., 1915, S. 347. Selbstverständlich werden hier nur hauptberufliche Professoren berücksichtigt, d.h. nicht solche, die wie Grf. Hertling oder L. Quidde ganz in der Politik aufgingen. Auch F. W. Foersters politisch-diplomat. Tätigkeit, in der er ja ganz als Privatmann und nicht als Wissenschaftler handelte, wird hier übergangen.

[38] Demnach wird über die politische Haltung der Naturwissenschaftler im 1. Weltkrieg, von denen die wenigsten — z.B. W. Ostwald — sich regelmäßig politisch äußerten, nur am Rande die Rede sein. Als „Mitläufer" dürften die Naturwissenschaftler ähnlich reagiert haben wie ihre Kollegen von anderen Disziplinen, z.B. wurde die alldeutsch inspirierte Denkschrift R. Seebergs vom Sommer 1915 von 39 Naturwissenschaftlern unterzeichnet, die von Th. Wolff stammende Gegeneingabe von 8 (ordtl. u. ao. Professoren, nicht: Mediziner). Vgl. Kap. III, S. 70ff. Originalität: Vgl. C. Schmids Definition des Politischen als *„schöpferischen"* Umgangs mit der Macht (Politik u. Geist, 1961, S. 139).

[39] Gelehrte i. d. Tagespresse: O. Groth, D. Zeitungswiss. I (1930), S. 178; Selbstzeugnisse: K. Bücher, D. Zukunft d. deutschen Presse, DGW, S. 174ff.; J. Plenge, 1789 u. 1914, 1916, S. 5.

[40] Vgl. dazu: Der deutsche Student im Felde, ein Echo auf die erste Liebesgabe deutscher Hochschüler, 1915, S. 11, 25, 35f., u. F. W. Foerster, Erlebte Weltgeschichte, 1953, S. 210; natürlich besaß F. auch eine ganze Reihe von Anhängern unter den Studierenden (1917 zu einem erheblichen Teil Frauen) (ebd. S. 189f.).

[41] W. Basler, Deutsche Annexionspolitik in Polen u. im Baltikum, 1962, S. 40.

Anmerkungen zu Kap. II

[1] G. v. Below, Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, DE II (1918), S. 824f.

[2] Vgl. Statistik, S. 290.

[3] U. v. Wilamowitz, Vorwort zu EB, S. 9. Ähnl. W. Sombart, Händler u. Helden, 1915, S. 145; M. Weber an F. Toennies, 15. X. 1914, GpS¹, S. 458. Mit Recht konnte also Troeltsch 1924 von einer „Reklamiertenliteratur" sprechen (Spektatorbriefe, S. 318). Vgl. auch J. Plenge, Altersreife, S. XLVII.

[4] A. Hettner, Unsere Aufgabe im Kriege, GZ XX (Okt. 1914), S. 601f., u.: R. Seeberg an Kropatschek, o.D. [1914], bei A. Seeberg, Biographie R. Seebergs, masch. SK, II, S. 259.

[5] Dazu Rundfrage der AR, Jg. 1914/15 (Okt. 1914), S. 1ff.: Welchen Sinn hat jetzt das Studium der Wissenschaften, mit Antworten von P. Natorp, W. Windelband, J. Cohn, etwas später von E. Spranger (Febr. 1915, S. 144ff.). Nur die Vorlesungsthemen wurden bisweilen aktualisiert (vgl. L. Colze, Universität u. Schulen im Krieg, 1915, S. 4).

[6] Ausdruck A. Hettners, Aufgabe, S. 602; ähnl.: E. Meyer an V. Ehrenberg, EL, 23. X. 1914: „... alle ehemalige Tätigkeit ist ins Stocken geraten und die Welt, in der wir gelebt haben, liegt in weiter Ferne versunken hinter uns ..." Rückblickend: Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, 1949, S. 172.

[7] Ausdruck Meineckes, Drei Generationen ... HZ 125, S. 252. H. Delbrück wurde in den ersten Kriegswochen mit Vortragsangeboten förmlich überschüttet. Für seine Rede: Vom kriegerischen Charakter des deutschen Volkes (PrJbb 158 [Okt. 1914], S. 95ff.), die auf den 11. IX. 1914 festgesetzt war, mußten ca. 1000 Bestellungen für Eintrittskarten unberücksichtigt bleiben (Zentralstelle für Volkswohlfahrt an D. 9. IX. 14, DB). Ähnliche Eindrücke hatten K. Lamprecht, Deutsche Zukunft, S. 5, und E. Troeltsch, Nach der Erklärung der Mobilmachung, S. 6. Über die Erwartungen, mit denen die Öffentlichkeit auf die deutschen Gelehrten aufblickte, vgl. auch K. Schwabe, Zur politischen Haltung, HZ 193 (1961), S. 604. Nur in diesem allgemeinen Sinn kann man die Weltkriegspublizistik der deutschen Professoren für diese Anfangsphase als Auftragsliteratur bezeichnen, wenn man auch in einem Einzelfall einmal von einer amtlichen Aufforderung, für gute „Stimmung" in der Heimat zu sorgen, liest (J. Haller, Lebenserinnerungen, masch. o.J., HK, S. 73).

[8] U. Wilcken, Eduard Meyer zum Gedächtnis, hg. v. W. Jaeger, 1931, S. 15.

[9] E. Troeltsch, Nach der Erklärung, S. 7. O. v. Gierke wies den einzelnen Wissenschaften ihren Platz in diesem publizistischen Feldzug an: Die Rechtswissenschaft hätte die neuen Probleme des Kriegsrechtes zu bewältigen, die Geschichte die Weltlage „aus den historischen Zusammenhängen heraus zu würdigen", die Volkswirtschaft die ökonomischen Schwierigkeiten des Krieges meistern zu helfen (Der deutsche Volksgeist im Kriege, DK 46 (1915), S. 22f.; G. v. Below, D. Schäfer, ND II (1913/14), S. 114; H. v. Schubert, Die Weihe des Krieges, EK XIX (1915), S. 9). Auch Max Weber wollte vom Schreibtisch aus als politischer Erzieher wirken (Marianne Weber, S. 594).

[10] E. Spranger, Welchen Sinn hat es, jetzt zu studieren, AR Jg. 1914/15 (Febr. 1915), S. 145.

[11] R. Seeberg, Was sollen wir denn tun, 1915, S. 29; rückblickend: E. Meyer, Aufzeichnungen über sein Leben und seine Werke, Almanach der Akad. d. Wiss. zu Wien, Nr. 82, 1932, S. 210; F. Meinecke, Einleitung zu Troeltschs Spektatorbriefen, S. V.

[12] E. Troeltsch, Ideen v. 1914 (zuerst Anf. 1916), in: Deutscher Geist, 1925, S. 35; Max Weber, Brief v. 25. XI. 1915, bei Marianne Weber, S. 598.

[13] Über das Engagement der Gelehrten in den Entente-Staaten vgl. jetzt: Brigitte Schröder-Gudehus, Deutsche Wissenschaft u. internationale Zusammenarbeit 1914—28, Thèse 172, Université de Genève, 1966, S. 73, 84. Zeitgenössische Schilderung der deutschfeindlichen Kampagne bei E. Troeltsch, Der Kulturkrieg, DRR 27 (1. VII. 1915), passim.

[14] Unter den Neutralen wog das Urteil Amerikas in den Augen der deutschen Gelehrten am schwersten; ihre Aufklärungsbemühungen richteten sich deshalb auch vornehmlich an die amerikanische Adresse, z.B. H. Oncken, Deutschlands Weltkrieg u. d. Deutsch-Amerikaner, DK VI (1914), S. 5; E. Troeltsch, Das Wesen des Deutschen (1915), S. 7f.; O. Hintze, Unser Militarismus, ein Wort an Amerika, IMW IX (1915), Sp. 209f. Die Notwendigkeit eines solchen Werbens um die Meinung der Neutralen wurde allerdings öfter in Frage gestellt und stattdessen auf die „Logik der Tatsachen" als das stärkste deutsche Argument verwiesen (G. Schmoller, Herkunft u. Wesen der deutschen Institutionen, DW, S. 231; auch R. Fester, Der Militarismus, DR 162 (1915), S. 376; J. Haller, Deutschland u. d. Weltkrieg, SMhh Nov. 1915, S. 177). Mißglückte Bekehrungsversuche im neutralen Auslande dürften andere Wissenschaftler von weiterer „Aufklärung" abgeschreckt haben (M. Dessoir, Aufklärungssünden, zit. nach: Kellermann, Der Krieg der Geister, 1915, S. 19). Was dank dieser Einstellung mehrerer Gelehrter versäumt worden war, wurde erst im Laufe des Krieges deutlich: Vgl. E. Brandenburg, Deutschlands Kriegsziele, 1917, S. 57.

[15] E. Troeltsch, Die Ideen von 1914, in: Deutscher Geist, S. 7f., 47; und ds., D. Kulturkrieg, DRR 27 (1915), S. 9ff., wo T. den Diffamierungsfeldzug gegen Deutschland auf den demokratischen Charakter des Krieges zurückführt, der eine Ethisierung des Machtkampfes gegenüber den breiten Massen in den Feindländern nötig gemacht habe. — A. Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, 1915, S. 17, sprach von einer „Eingesperrtheit in den allgemeinen Haß". Ähnl. R. Eucken, Deutschfeindl. Gelehrte u. Schriftsteller, IMW IX (1. X. 1914), Sp. 71ff.; u. G. Roethe, Von deutscher Art u. Kultur, 1915, S. 20; K. Holl, D. Bedeutung großer Kriege (1917), in: Ges. Aufsätze z. Kirchengesch. III (1928), S. 302.

[16] Schon Ende August 1914 riefen führende Persönlichkeiten, die „die Eigenart der öffentlichen

Meinung im Ausland und besonders in Amerika" zu kennen behaupteten (z.B. W. Kahl, K. Lamprecht u. E. Marcks) zu einer Aufklärungskampagne unter dem Motto „Die Wahrheit ins Ausland" auf (Kellermann, Krieg der Geister, 1915, S. 5f.). Speziell an die Gelehrten des Auslandes wandte sich eine Erklärung aller deutschen Universitäten vom 18. X. (ebd., S. 86f.) und ein Appell der Bonner Historiker vom Oktober 1914 (IMW IX, Sp. 79). In der allgemeinen Universitätserklärung hieß es, als „Hüter der Wahrheit" fühlten sich die deutschen Professoren verpflichtet, gegen die ausländischen Verleumdungen „mit einer lauten Verwahrung" hervorzutreten. — Über den Einsatz deutscher Gelehrter auch E. Troeltsch, Das Wesen des Deutschen (Rede v. 6. XII. 14) 1915, S. 6; H. Schroers, Gedanken eines katholischen Theologen, IMW IX, Sp. 107; F. v. Liszt, Das deutsche Volk u. d. Krieg, 1914, S. 61; im Rückblick: W. Schücking, Die deutschen Professoren u. d. Weltkrieg, in: Der Dauerfriede, 1917, S. 18; jetzt: B. Schröder-Gudehus, S. 77f.

[17] Text u.a. in Frankf. Ztg. Nr. 275 v. 4. X. 1914; auch: Kellermann, S. 64ff. mit Unterschriften.

[18] B. Schröder-Gudehus, S. 77.

[19] Zu dieser Frage finden sich einige Aufschlüsse in der von dem Pazifisten H. Wehberg 1920 veranstalteten Enquête: Wider den Aufruf der 93, die als möglichen Verfasser H. Sudermann erwähnt (S. 20). Einer der Unterzeichner, L. Brentano, nennt den Kulturbund deutscher Gelehrter und Künstler als Urheber (L. B., Mein Leben, S. 317). In der Tat hat diese Organisation für die Verbreitung des Aufrufes zusammen mit einem zwischen Brentano und französischen Nationalökonomen (Guyot u. Bellet) geführten Briefwechsel gesorgt (1 Ex. zweisprachig in der Univ. Bibl. Freiburg), jedoch mit dem „ausdrücklichen" Hinweis, daß der Kulturbund zur Zeit der Veröffentlichung der Erklärung der 93 noch nicht bestanden habe. Allerdings seien ihm die Unterzeichner später nach seiner Gründung beigetreten. Wilamowitz (Erinnerungen², S. 316) weist auf den links stehenden Berliner Bürgermeister Reicke als Mit-Initiator hin. W. selbst ist — anders als der Verf. in seinem Aufsatz, Ursprung u. Verbreitung d. alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft, VfZG XIV (1966), S. 109, aufgrund mißverständlicher Ausführungen in dem Gedächtniswerk für Dietrich Schäfer (D. S. u. sein Werk, 1925, S. 117) angenommen hat — nicht der Verfasser *dieses* Manifestes, sondern eines später noch zu erwähnenden (s. u. S. 23, Anm. 25!).

[20] Wehberg, S. 7f., 20, 24.

[21] Offener Brief an Clemenceau v. 6. XI. 1919, bei Wehberg, S. 27ff. (auch in Harnacks Reden und Aufsätzen, N.F. IV, 1923, S. 303f.). In demselben Brief verteidigte Harnack auch den Zweck des Aufrufes der 93, den Vorwurf von der deutschen Kriegsschuld zurückzuweisen. — Wehbergs Enquête brachte heraus, daß 1920 nur noch 16 von 75 befragten Unterzeichnern vorbehaltlos an dem Text des Aufrufes festhielten (u.a. M. Lenz u. E. Meyer); 42 distanzierten sich mehr oder weniger von ihrer 1914 gegebenen Unterschrift (Wehberg, S. 11). Es stellte sich auch heraus, daß mehrere Wissenschaftler (z.B. W. Foerster, L. Brentano, P. Ehrlich, G. Esser und U. Wilamowitz) ihre Zustimmung erklärt hatten, ohne den genauen Wortlaut zu kennen (Wehberg, S. 8, 20; Wilamowitz, Erinnerungen², S. 316).

[22] Lina Delbrück, Delbrücks Leben, 9. F., S. 64; Autobiographie L. v. Wieses, VoGSD, 1929, S. 36f.; G. F. Nicolai, Biologie des Krieges², 1919, S. 12f.

[23] Wehberg, S. 18.

[24] Max Planck rückte schon im Krieg von der Form des Manifestes ab, wie er in der neutralen Presse zugleich auch im Namen Harnacks, Wilamowitz' und zweier weiterer Kollegen mitteilen ließ (Wehberg, S. 19; auch S. 13 u. 29). Wahrscheinlich hatte ihn das außerordentlich negative Auslandsecho zu dem Manifest dazu bewogen, über das u.a. der deutsche Generalkonsul in New York in seinen Erinnerungen berichtet (H. P. Falcke, Vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg, 1928, S. 30 u. 32). Sogar amerikanische Pazifisten waren entsetzt (M. Wreszin, O. G. Villard, 1965, S. 44). Vgl. auch Kellermann, S. 19f. u. S. 64ff.; Die Eiche III (1915), S. 180ff.

[25] D. Schäfer, Leben, 1926, S. 167; W. Stahlberg, in: Dietrich Schäfer und sein Werk, S. 117; Delbrücks Zustimmung wird aus der Tatsache geschlossen, daß dieser den Aufruf in seinem Aufsatz: Das deutsche militärische System, DW, S. 190, ganz und zustimmend zitiert hat. Text auch in: Eiche III, S. 100f. Ablehnung: Elly Heuß-Knapp, an G. F. Knapp 26. X. 1914, in: Bürgerin zweier Welten, 1961, S. 152. Der Aufruf wurde von der Gesellschaft Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldatenfreunde, verbreitet. Zum Inhalt s. u. S. 26. Den v. W. Basler, Zur pol. Rolle, WZHB-G X (1961), S. 184, zitierten Hinweis auf die „Mehrung" der „deutschen Macht" kann ich in den mir vorl. Abdrucken nicht finden.

[26] Kellermann, S. 86f.

[27] Kellermann, S. 63f. Entwurf v. d. Hand Schultes [?]; dgl. eine Anregung v. preuß. Kultusministerium v. 27. VIII. 1914 (SchB).

[28] Als Begründung wurde die moralische Verantwortung Englands für den „Völkerbrand" an-

gegeben. Die Initiative ging von dem Berliner Mediziner Julius Schwalbe aus. Unterzeichner waren u.a. R. Eucken, E. Haeckel, A. Weismann und W. Wundt. Der offene Brief stieß bereits zum Zeitpunkt seiner Publikation auf z.T. private, z.T. öffentliche Kritik. Der Berliner Astronom W. Foerster protestierte öffentlich; H. Delbrück verweigerte seine Unterschrift, da der Brief die englischen Motive nicht richtig wiedergebe und man eines Tages diesen Schritt bereuen werde (Kellermann, S. 28ff. und Eiche III, S. 152f., 154; H. Delbrück an J. Schwalbe, 1. IX. 1914, DB). Schwalbe verteidigte seinen Brief mit der Absicht, die Stimmung des Volkes gegen England zu stärken (an Delbrück, 31. VIII. u. 4. IX. 1914, DB). Über d. Kampfabstimmung der Berliner Akademie zur Frage d. Beibehaltung d. wiss. Beziehungen mit feindl. Gelehrten vgl. Basler, Zur pol. Rolle d. Berl. Universität, WZHB-G X (1961), S. 190.

[29] Der zwischen deutschen und englischen Gelehrten geführte Austausch von Invektiven kann hier nicht in größerem Detail verfolgt werden. Dokumentiert ist er bei Kellermann, Krieg der Geister, und: Die Eiche, Jg. III, Nr. 2. Nützliche Sammlungen von Äußerungen deutscher und ausländischer Intellektueller zum Weltkrieg, daneben in: Vkg III (1915) und: Das Eiserne Buch, führende Männer und Frauen zum Weltkrieg, hg. v. G. Gellert, 1915 (nur deutsche Stimmen). Harnacks offener Brief an englische Theologen vom 10. IX. 1914 u.a. in: Eiche III, S. 111. Inhalt s. u. Anm. 62.

[30] „Erklärung gegen d. Oxforder Hochschulen" v. 3. XII. 14, bei Kellermann, S. 90f. Bezug: Pamphlet: „Why we are at War", 1914, v. Oxforder Professoren.

[31] „Antwort des Kulturbundes . . . auf die Erklärung der Professoren Groß-Britanniens", Berl. Ak. d. Wiss. 1915 (1 Ex. in Univ. Bibl. Freiburg) ca. 150 Unterschriften, davon mehr als ein Drittel Universitätsprofessoren, z.B. L. Brentano, P. Ehrlich, H. Oncken, M. Planck, R. Sohm; unter den übrigen Unterzeichnern auch Th. Mann u. F. Naumann. Über die Ziele u. d. Arbeit des Kulturbundes vgl.: Deutsche Volkskraft, 4 Vorträge, hg. v. Kulturbund, Leipzig 1916, S. 42f. Im geschäftsführenden Ausschuß u.a.: F. v. Liszt, M. Planck, A. Riehl u. W. Waldeyer. Den ersten Schritt in dieser Kampagne taten die Jenaer Professoren Haeckel u. Eucken mit einer scharf antibritischen Erklärung bereits Mitte August 1914 (Kellermann, S. 27).

[32] E. Meyer, Deutschld. u. d. Krieg, EK III, S. 13.

[33] Vgl. Statistik S. 290. Einzige Ausnahme der scharf annexionistische M. Spahn, D. Weltkrieg u. d. früh. Entscheidungskämpfe, 1914, passim. Dagegen: An d. Pforten d. Weltkrieges, Hl, Okt. 1914, S. 25.

[34] Vgl. Anm. 27. Er ist auf Mitte Oktober 1914 datiert.

[35] Vgl. Anm. 30. Die Erklärung wurde am 3. XII. 1914 veröffentlicht.

[36] F. Meinecke, Die deutschen Erhebungen v. 1813 usw., in: D. deutsche Erhebung v. 1914, S. 10f.; H. Breßlau, 1813—1870—1914, S. 2 u. 5.

[37] Für die kathol. Seite vgl. z.B.: J. Mausbach, Vom gerechten Krieg und seinen Wirkungen, Hl XII, 1 (1914/15), S. 6f.; auch H. Finke, D. Gedanke d. gerechten Krieges, 1914, S. 12, 16, 19. Evangelische Stimmen: Ph. Bachmann, Christentum u. Krieg, DTh, S. 214: „Je mehr uns zum Bewußtsein kommt, welche Menschenopfer der Krieg fordert . . . , um so mehr werden die Nachdenkenden immer Zuflucht zu jener Tatsache nehmen, daß Deutschland ein gutes Gewissen hat . . . Wer sich bewußt ist, diesen Kampf verschuldet zu haben, dem bleibt nur Verzweiflung." — Vom „heiligen Krieg" sprach z.B. A. Deißmann, Die deutsche Erweckung, IMW IX, 1915, Sp. 117. Nur M. Scheler, Der Genius des Krieges, S. 155, gab dem Begriff „gerechter Krieg" eine andere Nuance: Für ihn bestanden die Kriterien der Gerechtigkeit einmal in der Gewichtigkeit der Kriegsgründe und zum andern in der Zustimmung des echten Gemeinwillens.

[38] R. Seeberg, D. sittliche Recht des Krieges, IMW IX, 1915, Sp. 170 einerseits, Sp. 172 andererseits; D. Schäfer, Sein oder Nichtsein, EK I, 1914, S. 10 gegen: Unser Volk u. d. Krieg, IMW IX, Sp. 96; E. Haeckel, Weltkrieg u. Naturgeschichte, EB, S. 48 u. 60.

[39] F. W. Foerster, Christus u. d. Krieg (Deutsche Weihnacht, LGH I, 1914), S. 53, 55; ds.: Neue Erzieherpflichten für unsere Zeit (WU, S. 21); W. Schücking, Der Weltkrieg und der Pazifismus (zuerst CW, Nr. 39, 24. IX. 1914), in: Der Dauerfriede, 1917, S. 3f.

[40] Aufruf der 93: „Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unsern Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot" (Kellermann, S. 65). Ähnl. Kundgebung deutscher Universitäten v. 18. X. 1914 (Anm. 26), Kellermann, S. 87.

[41] H. Oncken, Deutschland, England und Amerika, IMW IX, Sp. 550f. O. Hintze, Unser Militarismus, ebd. S. 210, 219; G. v. Below, Militarismus, in: WWW I, S. 333.

[42] Dieser Gedanke klingt an in der Kundgebung deutscher Universitäten (Kellermann, S. 87). Außerdem bei: H. Delbrück, Vom kriegerischen Geist des deutschen Volkes, PrJbb 158 (1914), S. 113. A. v. Harnack, Interview mit Chicago Daily News, 20. I. 1915 (1 Ex HB); E. Troeltsch, Unser Volksheer, 1914, S. 18; U. v. Wilamowitz, Militarismus u. Wissenschaft, in: Reden II (1915), S. 34.

[43] H. Oncken, Dtlds. Weltkrieg u. d. Deutschamerikaner, DK VI, S. 17; K. Lamprecht, Krieg und Kultur, ZKF (1915), S. 68; F. Meinecke, Die deutschen Erhebungen, in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 30; E. Meyer, Nordamerika u. Deutschland, 1915, S. 19.

[44] E. Troeltsch, Unser Volksheer, S. 15f.; L. Brentano, Briefwechsel mit Guyot, IMW IX, Sp. 279.

[45] H. Delbrück, Das deutsche militärische System, DW I, S. 195.

[46] H. Finke, Bismarck und wir, 1915, S. 7. Ähnl. W. Blume, Militarismus, TK II, 1915, S. 26; H. v. Schubert, Die Weihe des Krieges, EK XIX, 1915, S. 11 u. 16; W. Sombart, Händler u. Helden, 1915, S. 88.

[47] J. Haller, Deutschland u. d. Weltkrieg, SMhh Juli 1915, S. 186. K. v. Amira (Nach dem Kriege, OeRL, S. 10) rühmte die Beliebtheit und die Milde des Regimentes der deutschen stellv. Generalkommandos!

[48] J. Haller, Deutschl. u. d. Weltkrieg, SMhh Juli 1915, S. 188.

[49] F. Lezius an Kropatschek, 1. IV. 1915, SK.

[50] G. Anschütz, Gedanken über künftige Staatsreformen, AND (1915), S. 44ff.

[51] Z.B. bei U. v. Wilamowitz, Rektoratsrede, in: Reden aus der Kriegszeit IV (1915), S. 18.

[52] E. Troeltsch, D. Geist der deutschen Kultur, DW I, S. 60. Gegen die bei der Entente-Propaganda so beliebte Identifizierung der deutschen Kultur mit diesen drei Persönlichkeiten auch: Meinecke, Kultur, Machtpolitik und Militarismus, DW II, S. 754ff.; J. Kaftan, Vorm Jahr noch und heute? EK XXI (1915), S. 9; H. Delbrück, Offener Brief an „Tijdspiegel" in: Eiche III, S. 118; M. Rade, Offener Brief an 42 britische Kirchenmänner (CW Jg. 1914, Nr. 46, zit. in: Eiche III, S. 63), berichtet, es sei ihm in Marburg nicht möglich gewesen, Bernhardis Schrift geliehen zu bekommen, er habe sie für sich bestellen müssen; die Annahme liege nahe, daß der hohe Absatz auf ausländisches Interesse zurückzuführen sei. Berufung auf Nietzsche allein dagegen bei W. Sombart, Händler u. Helden, 1915, S. 53 (vgl. Anm. 101) u. bei: B. Bauch, Nietzsche u. d. deutsche Idealismus, Pt V, 1 (1917), S. 496. Dem — in vielen Fällen wohl gar nicht bewußten impliziten Einfluß Nietzsches, wie W. Mommsen ihn bei M. Weber nachgewiesen hat —, kann hier im Detail nicht nachgegangen werden (W. Mommsen, Universalgesch. u. pol. Denken bei M. Weber, HZ 201 [1965], S. 571f.).

[53] F. Meinecke, Kultur, Machtpolitik u. Militarismus, DW II, S. 759.

[54] U. v. Wilamowitz, Militarismus und Wissenschaft, in: Reden II, S. 38. G. v. Below leitete eine Affinität zwischen deutscher Kultur u. deutschem Militarismus aus Kants Vorliebe für Militärmusik ab (z.B.: Militarismus u. Kultur (1915), in: Kriegs- u. Friedensfragen, BVW 43, 1917, S. 5).

[55] Kellermann, S. 65.

[56] Eiche III, S. 100; vgl. Anm. 25!

[57] Vgl. zu diesem Topos: Anm. 62!

[58] Z.B. die Erklärung über die Ordensniederlegung (vgl. Anm. 28) bei Kellermann, S. 28f., oder der Aufruf Bonner Historiker (vgl. Anm. 27). Ebd. S. 63f. und nicht zuletzt die Replik deutscher Historiker u. Völkerrechtler v. 3. XII. 1914 (Ebd. S. 90f.). Vgl. Anm. 30 u. 35.

[59] U. a. Th. Schiemann. S. u. Anm. 110.

[60] Vgl. Statistik S. 290. Von 43 ord. Professoren der Geschichte, für die eine Beteiligung an der Kriegspublizistik nachgewiesen werden konnte, betrachteten 23 England als Hauptfeind (nur zwei abweichende Stimmen!).

[61] F. Meinecke, Kultur, Machtpolitik u. Militarismus, DW II, S. 756. — Delbrück blickte mit „unendlicher innerer Überlegenheit" auf die „Geschäftsmänner" „drüben" herab, die ihre Söldner gegen die Mittelmächte ausschickten (Vom kriegerischen Geist des deutschen Volkes, PrJbb 158, S. 113). A. Weber, Gedanken, S. 18f.; L. Brentano, Deutschland u. seine Gegner, IMW IX, S. 152f.; H. Oncken, Deutschland oder England, SMhh Sept. 1914, S. 809; E. Haeckel schrieb „mit blutendem Herzen" seine Anklage gegen das „stammverwandte" England nieder (Der westeuropäische Kontinentalbund, in: Die Vernichtung der englischen Weltmacht . . , 1915, S. 70ff.). — A. Deißmann. Die deutsche Erweckung, IMW IX, Sp. 118, 120; J. Haußleiter, Der Krieg in neutest. Beleuchtung, DTh, S. 138; A. v. Harnack erklärte am 11. VIII. 1914: Die Pflege der menschlichen Kultur sei anvertraut gewesen: Deutschland, Amerika, „und den Engländern. Weiter sage ich nichts. Ich verhülle mein Haupt . . ." (Rede z. deutsch-amer. Sympathiekundgebung, in: Aus Friedens- u. Kriegsarbeit, S. 288); M. Rade, Dieser Krieg u. d. Christentum, DK 29 (1915), S. 7; im Rückblick: H. Herkner, Autobiographie, VoGSd I, S. 107. Nur der katholische M. Scheler fand nichts dabei, gegen die „Beschwichtigungshofräte" zu polemisieren, obwohl sich katholische Theo-

logen bei Kriegsbeginn mit Frankreich ähnlich verbunden erklärten wie ihre protestantischen Amtsbrüder mit England (Scheler, Genius, S. 182 u. 380f.; u. Anm. 130!).

62 Erklärung Haeckel-Eucken Mitte August 1914 (Kellermann, S. 27). H. Oncken, Deutschlands Weltkrieg u. d. Deutschamerikaner, DK VI, S. 22; A. v. Harnack, Offener Brief (als Antwort auf ein Schreiben von elf englischen Theologen) v. 10. IX. 1914 (Eiche III, S. 11): . . . „Die Worte 'Das Verhalten Großbritanniens ist das eines Verräters an der Zivilisation' habe ich nicht gebraucht, aber sie geben mein Urteil . . . richtig wieder . . ." Nicht öffentlich: H. Delbrück an M. Lenz, 9. VIII. 1914, DB: . . . „Wir verteidigen die romanisch-germanische Bildung gegen das Moskowitertum, und dabei fallen uns nicht bloß die Franzosen, sondern auch die Engländer in den Rücken! . . ." Auch: Aufruf der 93, bei: Kellermann, S. 65.

63 Agnes v. Zahn-Harnack, S. 346; B. Schröder-Gudehus, S. 207ff.

64 Erklärung Bonner Historiker, Kellermann, S. 63, IMW IX, Sp. 79. Erklärung deutscher Universitätslehrer über die Niederlegung englischer Auszeichnungen (vgl. Anm. 28), Kellermann, S. 28. Kundgebung Haeckel-Eucken v. Mitte August 1914, ebd. S. 27. Noch: Antwort des Kulturbundes (vgl. Anm. 31), 1915, S. 5. Einzelstimmen z.B.: Offener Brief des Anglisten L. Morsbach v. Anfg. September 1914, Kellermann, S. 98; H. Finke schrieb England sogar die Anzettelung des Attentates von Sarajewo zu (Rede am 2. vaterländischen Abend, 1914, S. 5); E. Meyer in Privatbrief an V. Ehrenberg (EL) 23. IV. 1915; F. Salomon, Wie England unser Feind wurde, 1914, S. 28, führte den Kriegsausbruch auf das englische Beharren auf einer Balkanregelung in seinem Sinne zurück. Einzig der Historiker A. O. Meyer differenzierte sein Urteil stärker, indem er mehr von einer indirekten englischen Schuld sprach, weil die englische Politik vor Kriegsausbruch bewußt das Kriegsrisiko auf sich genommen hätte, um die Mächte zu unterstützen, die direkt auf einen Krieg mit dem Reich und der Doppelmonarchie hinarbeiteten (Worin liegt Englands Schuld, DK XVIII, 1914, S. 17, 21, 25).

65 Kellermann, S. 91f. Vgl. Anm. 31!

66 E. Troeltsch, Der Kulturkrieg, DRR 27, 1915, S. 17. Erklärung Haeckel-Eucken v. Mitte August 1914, in: Die Vernichtung d. engl. Weltmacht, 1915, S. 74. Gegenerklärung d. Historiker u. Völkerrechtler, Kellermann, S. 92; Antwort des Kulturbundes, 1915, S. 12; Offener Brief deutscher Theologen (u.a. Harnack, Loofs, Deißmann, auch W. Wundt) v. 20. XI. 1914, Eiche III, S. 72; L. Brentano, Offener Brief an Y. Guyot v. 24. X. 1914, IMW IX, Sp. 277f., u. H. Oncken, Abrechnung, EK VIII, 1914, S. 14f.; vgl. auch Kap. IV, S. 84!

67 Ausdruck z.B. bei F. Meinecke, Deutscher Friede, in: Die deutsche Erhebung von 1914, S. 55; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, 1914, S. 85; Max Weber s. unten Anm. 74! E. Troeltsch wandte sich gegen dieses „Cliché" (Kulturkrieg, DRR 27, S. 32); kam ihm aber der Sache nach sehr nahe, wenn er von dem „kalt berechneten Geschäftskrieg" Englands sprach (D. Krieg u. d. Internationalität der geistigen Kultur, IMW IX, Sp. 51).

68 Erklärung . . über die Niederlegung englischer Auszeichnungen (vgl. Anm. 28), Kellermann, S. 28f.; Aufruf Bonner Historiker, IMW IX, Sp. 80; F. Meinecke, Politik u. Kultur, PS & R, S. 78. O. v. Gierke, Deutsches Recht . . . IMW IX, Sp. 166.

69 J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, 1915, S. 14.

70 Von 36 ordtl. Professoren für Volkswirtschaft betrachteten 13 den Weltkrieg als vorwiegend in Plenges Sinne als wirtschaftlich verursacht. Ausdrückl. Widerspruch nur bei 3 Professoren (M. u. A. Weber, B. Harms). Vgl. Statistik S. 290!

71 Erklärung über Niederlegung engl. Auszeichnungen, Kellermann, S. 28. Der Saturday Rev. Artikel angeführt u.a. bei H. Oncken, Unsere Abrechnung mit England, EK VIII [1915], S. 7; O. Hintze, Englands Weltherrschaftspläne, EK XV, 1915, S. 7.

72 Dieses Thema besonders ausführlich behandelt durch M. Spahn, D. gegenwärtige Weltkrieg u. d. Entscheidungskämpfe der Großmächte, 1914, passim, und: Im Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 53ff.

73 J. Haller hielt Eduard VII. schlicht für eine „Verbrechernatur" (D. Ursprung d. Weltkrieges, 1915, S. 49); Einkreisungsthese z.B. bei: H. Oncken, D. Vorgeschichte d. Krieges, DW II, S. 583; O. Hoetzsch, Die drei Anstifter, in: PiW, S. 50; G. Roloff, D. englische Weltherrschaftsanspruch in Geschichte u. Gegenwart, in: EG, S. 191; auch: Antwort des Kulturbundes (vgl. Anm. 31), S. 5; E. Meyer, England, S. 142.

74 M. Weber, Bismarcks Außenpol. (1915), GpS², S. 114.

75 S. o. Anm. 64!

76 A. O. Meyer, Worin liegt Englands Schuld, DK XVIII; vgl. Anm. 64 u. seinen Brief an A. Schulte, 13. III. 1915, SchB. Vgl. auch Kap. V, S. 110.

77 Zu nennen wären hier: W. Dibelius, England u. wir, DVHP, 1914; F. Brie, Britischer Imperialismus (Mk XI, S. 27) warnte noch 1917 vor den Gefahren des „Pan-Anglismus". Vgl. auch: A. Schröer, The True Born Englishman, SMhh, Nov. 1914, u. den verbitterten „Offenen Brief" L. Morsbachs, Kellermann, S. 98ff. Späte Anklänge an die Kriegsstimmung unter deutschen Anglisten bei A. Brandl, Zwischen Inn u. Themse, 1936, S. 321. Das Englandbild der deutschen Vertreter der Anglistik im 1. Weltkrieg im Detail nachzuzeichnen — an sich eine lohnende Aufgabe — ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich. Vgl. dazu u.a. die Sammelschrift: Das englische Gesicht, Berlin 1915, mit Beiträgen v. G. Roloff, F. v. Liszt, V. Valentin u. Anm. 89.

78 E. Meyer an R. Seeberg, 6. IX. 1914 (SK): „ . . . Mein Haß gegen England wächst von Tag zu Tag: denn das ist der Schuldige, der ungeheure Verbrecher. Hoffentlich bleibt die Züchtigung nicht aus . . ." Auch Erklärung Haeckel-Eucken v. Mitte August 1914, Kellermann, S. 27f.; „wie ein physisch unkräftiges Weib" verteidige sich England mit den Mitteln „einer wohlberechneten giftigen Zunge", erklärte E. Troeltsch (Deutscher Glaube u. deutsche Sitte, EK IX, 1914, S. 7). Rückblickend nannte D. Schäfer den Englandhaß die Grundstimmung des deutschen Volkes in den ersten Kriegsmonaten (D. deutsche Volk u. d. Osten, VGSt VII, 3, 1915, S. 43).

79 H. Oncken, Deutschland oder England, SMhh, Sept. 1914, S. 802; F. W. Foerster, Christus u. d. Krieg, LGH I, 1914, S. 66f.: „Wir kämpfen auch für jenes bessere England, wenn wir das tun, um das niedere England, das jetzt die Macht hat, einmal gründlich und heilsam zu züchtigen und zu demütigen." Auch S. 68.

80 Z.B. A. O. Meyer, Englands Schuld, DK XVIII, 1914, S. 31; L. Brentano, Deutschland u. seine Gegner, IMW IX, Sp. 159f. sah darin geradezu eine Aufgabe der deutschen Wissenschaftler. Ähnl. A. Schröer, The True Born Englishman, SMhh, Nov. 1914, S. 236; A. Wahl, Bismarck u. England, BJ (1915), S. 187.

81 Oncken, Deutschland oder England, S. 802.

82 O. Hintze, Unser Militarismus, IMW IX, Sp. 212; W. v. Blume, Der deutsche Militarismus, TK II, S. 22; Th. Schiemann, Pol. Wochenüberbl., DgD, Nov. 1915, S. 1336; E. Troeltsch, Die deutsche Idee v. d. Freiheit, in: Deutscher Geist u. Westeuropa, 1925, S. 9.

83 E. Meyer, England, 1915, S. 9 u. passim, ließ sich hier zu besonders harten Urteilen hinreißen. Aber auch: F. Meinecke, Wahrheit u. Lüge, in: Die deutsche Erhebung, S. 64f.; L. Morsbach, Offener Brief v. 26. VIII. 1914, Kellermann, S. 98: „Man glaube ja nicht, daß es nur das englische Kabinett oder die in England herrschende Regierungspartei ist, die den Krieg will . . ." Dann berichtet er von der deutschfeindlichen Stimmung, der er und viele Austauschlehrer schon lange jenseits des Kanals begegnet seien. Ähnl. Tendenz in Erklärung über Niederlegung englischer Auszeichnungen, Kellermann, S. 28f. u. vor allem die ergänzenden Ausführungen R. Euckens u. J. Kohlers (Kellermann, S. 31f.).

84 M. Scheler, D. Genius d. Krieges, S. 385ff. Die Frage wegen Shakespeare wurde von der Direktion des Deutschen Theaters gestellt. Die Antwort deutscher Gelehrter fiel, soweit bekannt, bejahend aus (Kellermann, S. 473ff.).

85 F. Meinecke, Wahrheit u. Lüge, in: Die deutsche Erhebung, S. 69.

86 F. Meinecke, Die Erhebungen v. 1813 usw., in: D. dt. Erhebung, S. 34f. Ähnl. W. Dibelius, England u. wir, S. 6, 17.

87 E. Troeltsch, D. Wesen d. Deutschen, Rede v. 6. XII. 1914 (1915), S. 13. A. Weber bezeichnete die „Anglisierung" als „Kulturgefahr" (Gedanken, 1915, S. 15ff.).

88 J. Haller, Deutschland u. d. Weltkrieg, SMhh Nov. 1915, S. 189; W. Wundt, Die Nationen u. ihre Philosophie, 1915, S. 41. Diese Konstruktionen werden ironisch beleuchtet durch die Tatsache, daß umgekehrt auch englische Professoren einen Feldzug propagierten, der das „bessere" Deutschland Kants von seiner militaristischen Überfremdung befreien sollte (nach: K. Dockhorn, D. Einsatz d. engl. Wissenschaft, 1940, S. 35, 81f.).

89 F. Toennies, D. engl. u. d. deutsche Staat, 1917, S. 21, 37; A. O. Meyer, Deutsche Freiheit u. engl. Parlamentarismus, 1915, S. 6ff.; auch Eduard Meyer, England, 1915, S. XI, 33 u. passim. Der Greifswalder Anglist H. Spies konfrontierte wiederum deutsche Organisation mit dem zum Anarchischen neigenden britischen Individualismus (D. Engländer als Inselvolk, Mk X (1916), H. 2, S. 30ff.).

90 Scheler, Genius, S. 308.

91 A. Lasson, an H. Delbrück, 29. XI. 1917, DB; nachträglich: R. Seeberg an N. Bonwetsch, 16. II. 1919, SK; M. Scheler, Genius, S. 185.

92 Z.B. E. Meyer, England, S. 202 u. 206, u. an V. Ehrenberg, 10. X. 1915 (EL); O. Hoetzsch, P. W. v. 29. XI. 1916, III, S. 167; J. Plenge, 1789 u. 1914 (1915), S. 65; F. Lezius an Seeberg, 17. IX. 1914, SK.

93 Sombart, Händler u. Helden, patriotische Besinnungen, 1915, S. 5ff.

[94] Sombart, S. 19 u. 28.
[95] Ebd. S. 100f.
[96] Ebd. S. 22.
[97] Ebd. S. 39.
[98] Ebd. S. 38, 44, 46.
[99] Ebd. S. 47. Den Ansatz für seine Betrachtung entnahm Sombart ausgerechnet der Soziologie Spencers, die zwischen einem kriegerischen und einem industriellen Typus unterschieden hatte (Ebd. S. 21, 82f.).
[100] Ebd. S. 48.
[101] Ebd. S. 53: Allerdings war Nietzsche nur der allerletzte „Sänger" vom Übermenschen nach Goethe, Hegel u. Bismarck. Vgl. Anm. 52.
[102] Ebd. S. 121. Vgl. Anm. 161!
[103] A. Schröer, Zur Charakterisierung der Engländer, 1915, S. 74ff. W. Franz, Geistige Werte in England, SMhh, Mai 1915, S. 283ff. Selbst die Tägl. Rundschau schloß sich dieser Kritik an (nach F. W. Foerster, Weltpolitik u. Weltgewissen, 1919, S. 91). Tatsächlich diente Sombart zusammen mit Gierke, Lamprecht, Troeltsch und Kühnemann der englischen Propaganda als Kronzeuge für den überspannten Kriegsidealismus deutscher Intellektueller (vgl. Wanderscheck, Weltkrieg u. Propaganda, 1939, S. 86).
[104] Dies der Titel d. 1. Kapitels (S. 3ff.) v. Sombarts Buch!
[105] M. Scheler, Genius, S. 308f. u. passim; E. Meyer, England, S. 33, 151; W. Dibelius, England u. wir, 1914, S. 17, 28; F. Brie, Brit. Imperialismus, Mk XI (1917), S. 27.
[106] J. Plenge, D. Krieg u. d. Volkswirtschaft, 1915, S. 189; E. Meyer, England, S. 151; M. Scheler, Genius, S. 311, 316; P. Natorp, Tag d. Deutschen, 1915, S. 84f.
[107] Scheler, Genius. S. 316. Über d. Zusammenhang zwischen anti-englischem Ressentiment u. „antikapitalistischer" Kulturkritik vgl. C. v. Krockow, D. Entscheidung, 1958, S. 39.
[108] E. Meyer, England, S. 151.
[109] J. Haller, Deutschld. u. Rußld., 1915, passim; ähnl. R. Seeberg, Volkserhaltung u. Volksvermehrung, in: Geschichte, Krieg u. Seele, 1916, S. 263. Für Hoetzsch jetzt auch: W. Markert, Deutsch-russ. Beziehungen am Vorabend d. 1. Weltkr., in: Deutsch-russ. Bez., Pol. Paperbacks b. Kohlhammer, 1964, S. 54.
[110] Th. Schiemann, Wir u. sie, DRv 39, 3/4 (1914), S. 257f. Sein Landsmann J. Haller bezeichnete zunächst England als Hauptfeind (D. Ursprung des Weltkrieges, 1915, S. 28).
[111] Vgl. Statistik, S. 290.
[112] Diese untergeordnete Rolle beim Kriegsausbruch schrieben Rußland u.a. zu: D. Schäfer, Deutschland u. Frankreich, EK XIV, 1914, S. 21; O. Hintze, Die englischen Weltherrschaftspläne, EK XV, 1914, S. 44; O. Hoetzsch, Rußland als Gegner Deutschlands, 1914, ZKF VI, S. 33.
[113] D. Schäfer, Deutschland u. d. Osten, a.H.g. 6. II. 1915: „Der berechtigte Haß gegen England . . . sollte nicht blind machen gegen die Tatsache, daß Rußland die für uns weitaus gefährlichste Macht ist . . ." A. Weber, anfangs scharf anti-englisch, sah im Laufe des Jahres 1915 immer mehr im Zarenreich die Hauptgefahr für Deutschland (Gedanken zur deutschen Sendung, 1915, S. 15, dagegen S. 33). Deutlich gegen Rußland gerichtete Tendenz schon 1914 bei F. Meinecke, Staatsgedanke und Nationalismus, in: Die deutschen Erhebungen, S. 82. Über baltische Einflüsse vgl. K. Graf Westarp, Konserv. Politik, II, 1935, S. 589. A. Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, S. 82.
[114] Vgl. Kap. III, S. 61f.
[115] A. Brackmann, Der erste Einfall der Russen, in: Ostpreuß. Kriegshefte, I, 1915, S. 9, 13, 28. Stark emotionale Ausbeutung der russischen Übergriffe durch J. Haller, Front gegen Osten, DgD. 1915, S. 356.
[116] J. Ziekursch, Rußlands Balkanpolitik, 1915, passim; E. Meyer, Deutschland u. d. Krieg, EK III, 1914, S. 11f., 13; J. Kaftan, Wider England, IMW IX, Sp. 136, vermochte hinter der russischen Politik noch einen, wenn auch phantastischen, „idealen" Gedanken zu erblicken — nicht so bei England. O. Hintze, Die englischen Weltherrschaftspläne, EK XIV (1915), S. 5f.
[117] L. Brentano, Deutschland u. seine Gegner, insbesondere England, IMW IX, Sp. 146.
[118] H. Oncken, Deutschland oder England, SMhh, Sept. 1914, S. 808f.; H. Delbrück, Über den kriegerischen Charakter, PrJbb 158, S. 111; W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 182; J. Haller, Deutschland u. Rußland, 1915, passim.
[119] E. Marcks, Imperialismus, 1916, S. 10; R. Seeberg, Östl. u. westl. Kultur, DE I (1917), S. 781; H. Oncken, Unsere Abrechnung, EK VIII (1914), S. 29; A. Schulte, Die Konfessionen, SMhh Okt.

1914, S. 52; E. Meyer, Deutschld. u. d. Krieg, EK III (1914), S. 29; A. Weber, Gedanken, 1915, S. 19. O. Hintze, Die englischen Weltherrschaftspläne, EK XV, S. 5f.
[120] H. Oncken, Deutschland oder England, SMhh Sept. 1914, S. 809.
[121] E. Meyer, Deutschld. u. d. Krieg, EK III, 1914, S. 20; O. Hintze, D. Sinn des Krieges, DW II, S. 830; A. v. Harnack, Rede zur deutsch-amerikanischen Sympathiekundgebung, in: Aus d. Friedens- u. Kriegsarbeit, S. 288, auch: IMW IX, Sp. 9f.
[122] R. Seeberg, D. geschichtl. Bedeutung d. gegenw. Krieges, in: Geschichte, Krieg u. Seele, S. 37; M. Weber, GpS², S. 120.
[123] E. Marcks, Imperialismus, S. 10; H. Oncken, Deutschland oder England, SMhh Sept. 1914, S. 808. Interview Harnacks mit Chicago Daily News, HB. Auch: Aufruf der 93, Kellermann, S. 65.
[124] Meinecke, Um welche Güter kämpfen wir, in: Die deutsche Erhebung, S. 49; E. Meyer, Deutschld. u. d. Krieg, EK III, S. 7; O. Hintze, Der Sinn des Krieges, DW II, S. 828.
[125] O. Hoetzsch, Rußland als Gegner Deutschlands (ZKF), 1914, S. 36.
[126] O. Hoetzsch, ebd., S. 37; im Schlußabschnitt dieser Schrift (S. 62) sah sich Hoetzsch allerdings doch veranlaßt, der Stimmung der Zeit eine Konzession zu machen, wenn er den deutschen Sieg im Osten als Sieg der „höheren Gesittung" feierte. Zur politischen Beurteilung Rußlands vgl. auch ds.: Der deutsche Kampf im Osten, 15. II. 1915, DRR XVII, S. 21f.
[127] H., Rußland als Gegner Deutschlands, S. 49ff.
[128] M. Spahn, Im Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 59, warnte davor, Stimmungen — wie das Vorurteil gegen die „moskowitischen Horden" — zur Richtschnur der deutschen Politik werden zu lassen.
[129] U. v. Wilamowitz, Krieges Anfang, in: Reden, 1915, I, S. 9; W. Kahl, Das Recht zum Kriege, DRR, S. 182; G. v. Below, Einige Worte über Englands Schuld, in: Deutsche Wacht, Jg. 1914, S. 278; G. Roethe, Wir Deutschen u. d. Krieg, DRR, S. 25; H. Delbrück, Über den kriegerischen Charakter, PrJbb 158, S. 113.
[130] H. Schroers, Gedanken eines kathol. Theologen, IMW IX, Sp. 105ff.; die Stimmung schlug hier erst um, als der französische Klerus in die französische Propaganda eingespannt wurde und führende deutsche Katholiken sich zu einer Abwehrschrift veranlaßt sahen (Deutsche Kultur, Katholizismus u. Weltkrieg, hg. v. G. Pfeilschifter, 1915). — Für M. Scheler vgl.: D. Genius des Krieges, S. 101, 193, 201. Vgl. Anm. 61!
[131] D. Schäfer, Deutschland u. Frankreich, EK XIV, 1914, S. 20; E. Marcks, Neue Horizonte, IMW IX, Sp. 333.
[132] D. Schäfer, ebd., S. 3, 24ff.; G. v. Below, Deutsche Freiheit, ND IV, 1915/6, S. 294.
[133] D. Schäfer, ebd., S. 24; W. Wundt, England u. d. Krieg, IMW IX, Sp. 125; M. Scheler, Genius, S. 201.
[134] E. Meyer, D. Weltkrieg u. d. Kultur, in: Weltgesch. u. Weltkrieg, S. 25; O. Hoetzsch, P.W. v. 30. XII. 1914, I, S. 39; D. Schäfer, Deutschl. u. Frkr., S. 21; H. Oncken, Deutschland oder England, SMhh Sept. 1914, S. 809.
[135] D. Schäfer, ebd. S. 24.
[136] D. Schäfer, ebd. S. 32; O. Hoetzsch, P.W. v. 14. IV. 15, I, S. 162; M. Lenz an Delbrück, 31. VIII. 1914, DB; F. Meinecke, Wahrheit u. Lüge, in: Die deutsche Erhebung, S. 73: Frankreich sollte ein Nikolsburger Frieden zugebilligt werden — das war zu Kriegsanfang ein fast konventioneller Gedanke; vgl. Meineckes Brief an A. Dove v. 1. XI. 1914 (in: Ausgew. Briefwechsel, S. 45).
[137] M. Scheler, Genius, S. 50, 238, 243, 281: Scheler glaubte bereits einen gegen England und Rußland gerichteten europäischen Patriotismus fordern zu können (auch S. 315). Es gibt zu denken, daß Schelers Buch, das mit einer Auflage von 4000 Stück 1916 vergriffen war, zu einem der größten Erfolge der Professoren-Publizistik im 1. Weltkrieg wurde (W. Goetz, Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg, PSW XI, 1916, S. 35). Ähnl. wie Scheler: E. Haeckel, D. westeuropäische Kontinentalbund, in: Die Vernichtung d. englischen Weltmacht, 1915, S. 70; und mit Einschränkung: M. Spahn, Im Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 22ff. F. W. Foerster, Neue Erzieherpflichten, WU, S. 20.
[138] Z.B. Otto v. Gierke, G. v. Below, K. Lamprecht, E. Troeltsch.
[139] D. Schäfer, Leben, S. 163; ähnl. G. Roethe, nach: B. Schroeder-Gudehus, Deutsche Wissenschaft, 1966, S. 52ff., die dieser Frage in weiterem Zusammenhang nachgeht, jedoch die Haltung Roethes, wie das Folgende zeigen wird, in nicht ganz gerechtfertigter Weise verallgemeinert.
[140] E. Meyer an V. Ehrenberg, 20. XI. 14: „. . . Die Umwälzung der gesamten Weltlage ist gewaltig, und nur mit banger Sorge kann ich an die Zukunft denken; die alte Welt ist versunken . . ." (EL), an ds. 10. X. 1915 (ebd.) . . . „Wir müssen uns aber in die neue Weltlage finden; die Anschauungen, denen wir uns früher hingeben konnten, sind definitiv zusammengebrochen . . ."; an

ds. 17. IV. 17: „. . . Meine Überzeugung, daß 1914 den Wendepunkt der modernen Entwicklung bildet, und daß es von da aus bergab geht, festigt sich immer mehr . . ." Ähnl. in: England, 1915, S. 202, u. nachträglich in der Auseinandersetzung mit Spengler in DL, 45 (1924), S. 1760. Ähnl. A. v. Harnack an M. Rade, Europa müßte auf einer völlig neuen Grundlage wiederaufgebaut werden, andernfalls riefe ein Abgrund den anderen (nach: J. Rathje, Die Welt des freien Protestantismus, 1952, S. 242). Auch: G. Simmel, Deutschlands innere Wandlung, 1914, S. 1; u. O. Hintze, Deutschld., d. Krieg u. die Völkergemeinschaft, IMW IX, Sp. 35f.; E. Troeltsch, Plenge, AsPG V (1917), S. 337.

[141] H. Morf, Civitas Dei, IMW IX, Sp. 492. Dieses Manifest wurde in der öffentlichen Diskussion hüben u. drüben totgeschwiegen (vgl. Wehberg, Wider den Aufruf d. 93, S. 35).

[142] E. Troeltsch, Deutscher Glaube, EK IX, 1914, S. 12.

[143] Über Baumgarten: M. Hobohm an Delbrück, 6. XI. 1914 (DB); Riezler: K. A. v. Müller, Mars u. Venus, 1954, S. 57. Ähnl. auch U. v. Wilamowitz öffentlich in seiner Rektoratsrede (in: Reden aus d. Kriegszeit IV, S. 12). Der Altphilologe E. Schwartz sprach von der „zurückhaltenden Klage" der Gelehrten, die das Auseinanderfallen des geistigen Europa bedauerten (Der Krieg als nationales Erlebnis, 1914, S. 14f.).

[144] Die Berliner Akademie der Wissenschaften „verurteilte" gewisse Äußerungen Lassons (vgl. Kap. IV, S. 85) „scharf"; Rektor u. Senat der Universität Leipzig distanzierten sich von Erklärungen Ostwalds im neutralen Ausland (bei Kellermann, S. 110f.). Auf Lasson u. Ostwald anspielend stellte das Berl. Tageblatt am 7. XII. 1914 fest, „die sogenannten geistigen Führer" hätten „mitunter weniger politische Einsicht als der jüngste Gesandtschaftsattaché" (in: Die Eiche, III, S. 140). Die Rückgabe englischer wissenschaftlicher Auszeichnungen (s. o. S. 23!) blieb gleichfalls hart umstritten (dagegen z.B. W. Waldeyer u. W. Foerster, vgl. Eiche III, S. 147 und 149ff.). Für Sombart vgl. Anm. 103. Scharfe Kollegenkritik auch bei M. Scheler, Genius, S. 318.

[145] F. Meinecke, Pol. Kultur u. öfftl. Meinung (April 1915) in: Probleme des Weltkrieges, 1917, S. 17: . . . „Wir wollen keinen Kulturkampf, keinen Religionskrieg aus ihm [dem Weltkrieg] machen." Über Modifikationen der Ranketradition im 1. Weltkrieg: H. Krill, Die Ranke-Renaissance, 1962, S. 32ff., 197ff., 207, 226.

[146] H. Delbrück an Lenz, 9. VIII. 1914 (DB).

[147] M. Lehmann an Delbrück, 31. V. 1915 (DB).

[148] H. Delbrück an Lenz, 24. VIII. u. 2. IX. 1914. S. o. S. 22 Anm. 22.

[149] Über deutsche Pazifisten im 1. Weltkrieg vgl. die kurze Studie v. H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, 1923, S. 55f., 63f. Zusammen mit anderen Pazifisten plante A. Einstein eine Gegen-Kundgebung gegen die „Erklärung der 93", die zur Bildung eines Europäerbundes aufrufen und die Verherrlichung des europäischen „Bruderkampfes" verurteilen sollte (G. F. Nicolai, Biologie d. Krieges^2, 1919, S. 12f.). Foerster stieß erst im Laufe des Krieges endgültig zu den Pazifisten (s. o. S. 24), ein erster Hinweis sein Aufsatz: Staat u. Sittengesetz, in: Fw XVII, 1915, S. 30, wo zur Vermeidung einer Wiederkehr des Weltkrieges die strikte Unterordnung der Politik unter das Sittengesetz verlangt wurde.

[150] W. Schücking, Der Weltkrieg u. d. Pazifismus (Sept. 1914), in: Der Dauerfriede, 1917, S. 4; ähnl. Europa am Scheidewege (Okt. 1915), ebd. S. 41, wo Sch. von einer europäischen „Katastrophe" spricht, die nicht als „Märzenssturm" aufgefaßt werden könne, wie dies zunächst in Deutschland geschehen sei.

[151] M. Weber hatte später nur Spott übrig für die „Fabrizierung" von Ideen durch die deutschen Kriegsliteraten zur Umkleidung der Weltkriegsgegensätze. Sein erster Kriegsaufsatz erschien erst im Dez. 1915 (GpS^2, S. 109, 296). Für Knapp und Dove: A. Dove, Ausgew. Aufsätze, hg. v. F. Meinecke, 1925, II, S. 299.

[152] H. Delbrück, Vom kriegerischen Geist, PrJbb 158, S. 113.

[153] E. Troeltsch, D. Kulturkrieg, DRR 27, 1915, S. 7f., 30; ähnl.: Über Maßstäbe zur Beurteilung historischer Dinge, HZ 116 (1916), S. 28f.

[154] E. Troeltsch, Deutscher Glaube u. deutsche Sitte, EK IX (1914), S. 19. Dieser Feststellung stehen Bekundungen gegenüber, daß der Weltkrieg kein Kampf von Prinzipien, sondern ein Machtkonflikt sei (z.B. in: D. Geist d. deutschen Kultur, in DW I, S. 70, 91). Auf S. 99: Versuch einer Überbrückung dieses Widerspruches: Der Krieg ginge nicht um Ideen; aber „unser politisches Leben als Großstaat bedeutet zugleich . . . einen uns mit unverzehrbarer Zuversicht erfüllenden Geist: das Weltprinzip der Freiheit der verschiedenen Nationalgeister und die Entfaltung unseres Vaterlandes zum Vollmaß seiner kulturellen Kräfte." Über die Unsicherheit Troeltschs in dieser Frage vgl. auch G. Schwarz, Deutschland u. Westeuropa bei E. Troeltsch, HZ 191 (1960), S. 529.

[155] Harnack erklärte den 'Chicago Daily News': „Kein bedeutender Deutscher hält diesen Kampf Frankreich und England gegenüber für einen Kulturkampf", nur gegenüber Rußland sei es anders (Text: HB). Dagegen war in seinem Entwurf für den Aufruf des Kaisers an das deutsche Volk zum Ausbruch des Krieges von der Verteidigung „deutscher Art" gegen „asiatische Halbkultur" und gegen „welsches Wesen" die Rede, — Wendungen, die bezeichnenderweise die nüchterner denkenden Beamten, die die Rede redigierten, dann sämtlich fortließen (vgl. Axel v. Harnack, Der Aufruf Kaiser Wilhelm II. beim Ausbruch des 1. Weltkrieges, NR 64 (1953), S. 615, 618). In einer anderen Schrift sprach H. vom Verlöschen kosmopolitischer „Irrlichter" (Was wir schon gewonnen haben, in: Aus d. Friedens- u. Kriegsarbeit, 1916, S. 318).

[156] F. Meinecke, Der Weltkrieg, NR 25 (1914), S. 1615, auch: Kultur, Machtpolitik u. Militarismus, DW II, S. 771.

[157] W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 183.

[158] H. Delbrück, Offener Brief (in: Eiche III, S. 117f.): „Es ist eine Unmöglichkeit, mitten im Kampf Friedensschalmeien ertönen zu lassen . . . Wie nach dem Abschluß des Friedens die innere Kulturwelt neu zu gestalten sei, daran darf man heute noch nicht einmal denken, denn das würde dem heute höchsten aller Zwecke, der Einsetzung aller auf dem einen Punkt gesammelten Kräfte für den Sieg widersprechen . . ."

[159] O. v. Gierke, D. deutsche Volksgeist im Kriege, DK 46 (1915), S. 22f. S. o. S. 21f.

[160] Vorbehalte gegen eine solche Deutung bei F. Meinecke, Staatsgedanke u. Nationalismus, in: Die Erhebungen, S. 77, mit dem naheliegenden Hinweis auf Österreich-Ungarn; bei M. Lenz, Der Weltkrieg im Spiegel Bismarckscher Gedanken, BJ (1915), S. 269, 274; M. Scheler, Krieg u. Aufbau, S. 103. Vgl. auch B. Bauch, Vom Begriffe der Nation, 1916. Jetzt allg. dazu: G. M. Schwarz, Political Attitudes in German Universities, Diss. masch. Oxford 1961, S. 63ff.

[161] Ablehnung bei E. Troeltsch, Deutscher Glaube, S. 21; O. Hoetzsch, P. W. v. 2. XII. 1914, I, S. 15; J. Haller, Deutsche in Rußland, SMhh Juli 1915, S. 620; D. Schäfer, Sinn des Krieges, Pt 1915, S. 44; M. Scheler, Genius, S. 93, fand es lächerlich, „Langschädeligkeit" mit sittlicher Qualität gleichzusetzen. Zu den wenigen Anhängern politischer Rassetheorien gehörten der Münchener Hygieniker M. v. Gruber, der Gießener Pr.-Doz. für Chemie H. v. Liebig und in Abschwächung W. Sombart (vgl. Anm. 102). Wenn dennoch bald von der gelben, von der deutschen und von der germanischen Rasse die Rede ist, so zeigt dies nur, daß dieser Begriff, wenn überhaupt, dann kaum reflektiert verwandt worden ist. Laut W. Stahlberg (D. deutsche Mann, in: D. Schäfer u. sein Werk, 1925, S. 101f.) hielt Schäfer die Rassetheorien für noch nicht genügend ausgegoren, als daß sie wissenschaftlich verwendbar gewesen wären. Ihm dürften die meisten seiner Kollegen zugestimmt haben. Mit K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken i. d. Weimarer Republik, 1962, S. 28, wird man also die Kriegspublizistik d. deutschen Professoren dem Typ des „alten" Nationalismus zuordnen müssen. Vgl. auch L. Brentano, Deutschland u. seine Gegner, IMW IX, S. 156; J. Haller, Deutsche in Rußland, SMhh Juli 1915, S. 620; Seeberg, Was sollen wir denn tun, S. 26. S. interessierte sich allerdings für die nicht-jüdische Abkunft Marias (an Lezius 7. IX. 1917, SK).

[162] F. Meinecke, Um welche Güter kämpfen wir, in: Die deutsche Erhebung, S. 51; R. Seeberg, Krieg u. Kulturfortschritt, in: Geschichte, Krieg u. Seele, S. 90.

[163] D. Schäfer, Von deutscher Art, a.H.g. 1916, S. 12f., 16; G. Roethe, V. deutscher Art, 1915, S. 48; A. Weber, Gedanken z. deutschen Sendung, S. 18.

[164] E. Troeltsch, D. Geist d. deutschen Kultur, DW I, S. 84ff.; ds., D. Wesen d. Deutschen, 1915, S. 27; ähnl. F. Meinecke, Politik u. Kultur, PS & R, S. 78.

[165] R. Eucken, D. weltgesch. Bedeutung d. deutschen Geistes, DK VIII, 1915, S. 14. 23.

[166] E. Troeltsch, Deutscher Glaube, EK IX, S. 19; D. Schäfer, Deutschld. u. Frankreich, EK XIV, S. 32; mit Spitze gegen Rußland: E. Meyer, Deutschland u. d. Krieg, EK III, S. 6. Vgl. auch Aufruf Bonner Historiker, IMW IX, Sp. 80, u. Aufruf v. 18. X. 14, Kellermann, S. 86f.

[167] Z.B. Brackmann, Kaisertum u. Militarismus, EK XXI, 1915, S. 43; Seeberg, Krieg u. Kulturfortschritt, S. 99; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 93. D. Physiker P. Lenard bezeichnete die englischen Erfindungen der letzten Jahrzehnte bei der deutschen Überlegenheit als Plagiate (England u. Deutschland, 1914, S. 4ff.). Scharfe Kritik an kulturellem Eigenlob bei Dove an F. Meinecke, 31. XII. 14, in: Ausgew. Aufsätze, II, S. 300.

[168] Begriff nachweisbar bei A. O. Meyer, Deutsche Freiheit u. engl. Parlamentarismus, 1915; H. Grauert, Deutsche Größe, deutscher Friede, deutsche Freiheit, KH (1915); G. v. Below, Deutsche Freiheit, ND IV (1915), S. 292ff. Nachträglich auch R. Eucken, Deutsche Freiheit, 1919. Vgl. auch A. v. Harnack, Was wir schon gewonnen haben, DRR, S. 156ff.

[169] H. Lübbe, Politische Philosophie, 1963, S. 206. Troeltsch selbst wies rückblickend schon im Weltkrieg auf diese Fichte-Renaissance hin (Die Ideen von 1914, in: Deutscher Geist u. West-

europa, S. 34; auch: Das Wesen des Deutschen, 1915, S. 20), dsgl. A. Riehl, 1913 — Fichte — 1914, Rede 23. X. 14, DRR, S. 204f.

170 In: Der Geist d. deutschen Kultur, DW I, S. 75; D. Ideen v. 1914, a.a.O.; Das Wesen des Deutschen, S. 28ff.

171 Troeltsch, Der Geist, S. 96f.

172 Ds., D. Wesen des Deutschen, S. 28.

173 Troeltsch, Die Ideen v. 1914, S. 48: Deutsche Freiheit sei die Freiheit „einer selbständigen und bewußten Bejahung des überindividuellen Gemeingeistes, verbunden mit der lebendigen Anteilnahme an ihm, die Freiheit einer freiwilligen Verpflichtetheit für das Ganze und einer persönlich-lebendigen Originalität des Einzelnen innerhalb des Ganzen, die Freiheit . . . des Gemeinsinnes und der Disziplin . . ."; G. v. Below, Deutsche Freiheit, ND IV, S. 295; A. v. Harnack, Was wir schon gewonnen haben, DRR, S. 156; G. Schmoller, Herkunft u. Wesen d. deutschen Institutionen, DW I, S. 230; O. Hintze, Unser Militarismus, IMW IX, Sp. 214; F. Meinecke, Die deutschen Erhebungen v. 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 27; J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, 1915, S. 133; P. Natorp, D. Tag d. Deutschen, 1915, S. 38f. u. S. 86: Freiheit war für Natorp die „Erhebung zum reinen Sachwillen u. Gemeinschaftswillen".

174 A. v. H., Was wir schon gewonnen haben, DRR, S. 156. Ähnl. E. Troeltsch, Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 48.

175 F. Meinecke, Die deutschen Erhebungen von 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 27f.; M. Scheler, Krieg u. Aufbau, S. 159; O. Hintze, Unser Militarismus, IMW IX, Sp. 214; E. Troeltsch, Das Wesen d. Deutschen, 1915, S. 28.

176 E. Troeltsch, D. Geist d. deutschen Kultur, DW I, S. 75 u. S. 96ff.; ds.: Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 48; G. Schmoller, Herkunft der deutschen Institutionen, DW I, S. 201, 227.

177 M. Lenz, D. Weltkrieg im Spiegel Bismarckscher Gedanken, BJ (1915), S. 274; O. Hintze, Unser Militarismus, IMW IX, Sp. 214; H. Grauert, Deutsche Größe, deutscher Friede, deutsche Freiheit, KH, S. 34; E. Troeltsch, Geist d. dten. Kultur, DW I, S. 98f.

178 E. Troeltsch, Geist d. dten. Kultur, DW I, S. 97: . . . „Die Parlamente sind notwendig, aber in unseren Augen nicht das Wesen der Freiheit. Die Wahlrechte und die Mitarbeit der Völker an den Regierungen erziehen zu politischer Reife; aber auch diese ist nicht die Freiheit, die wir meinen. Die deutsche Freiheit wird nie eine rein politische sein, sie wird immer mit dem idealistischen Pflichtgedanken und dem romantischen Individualitätsgedanken verbunden sein . . ." Ähnl. G. Schmoller, Herkunft, DW I, S. 201, 227; R. Eucken, Neutralität, V&KMhh XIX, 2, 1914/5, S. 447. Am deutlichsten O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 95: Nachdem sich die deutschen Institutionen als volkstümlich erwiesen hätten, werde man in Deutschland aufhören, „mit begehrlichen Blicken nach den angeblich freieren Einrichtungen unserer westlichen Nachbarn zu schielen . . ."

179 E. Troeltsch, Das Wesen d. Deutschen, 1915, S. 28: Deutschland müsse Fortschritte in der Freiheit vom Staat und in der Selbstregierung machen, „ohne irgend das deutsche Wesen zu beeinträchtigen". Ähnl.: Geist d. deutschen Kultur, DW I, S. 96ff. Auch O. v. Gierke (Krieg u. Kultur, DRR, S. 96) wollte die deutsche Verfassung ausgebaut wissen im Sinne erweiterter Volksfreiheit; jedoch unabhängig von westlichen Vorbildern (ebd. S. 95). Sehr bald verblaßten bei ihm allerdings jegliche Reformgedanken (s. u. Anm. 243).

180 S. u. S. 41!

181 R. Seeberg, Das Wesen d. deutschen Volkstums, Pt 1916, S. 764, und: Was sollen wir denn tun, 1915, S. 18; J. Haller, Deutschland u. d. Weltkrieg, SMhh, Nov. 1915, S. 187. Troeltsch hatte von „einer selbständigen u. bewußten Bejahung" des Gemeingeistes gesprochen — ein deutlicher Unterschied! (Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 48.)

182 J. Plenge, 1789 u. 1914 (1916), S. 135.

183 W. Sombart, Händler u. Helden, S. 66; ähnl. A. Lasson, Deutsche Art u. Bildung, DRR, S. 129: „Der Deutsche ist frei, weil er den Gesetzen gehorcht und das gebietende Gesetz der Ausdruck der Vernunft ist . . ."

184 E. Kehr, Schlachtflottenbau u. Parteipolitik, HSt 197, S. 364.

185 H. v. Schubert, Die Weihe d. Krieges, EK XIX, 1915, S. 17.

186 W. Sombart, Händler, S. 130f.

187 H. Delbrück, Regierung u. Volkswille, 1913, S. 135. So noch 1916: D. Staatsrechtler H. Rehm, D. pol. Wesen d. deutschen Monarchie, Festgabe O. Mayer, S. 89f.

188 Delbrück, P.K. v. 23. VIII. 1914, PrJb 157, S. 563, u. v. 26. III. 1915, PrJbb 160, S. 180.

189 In einer holländischen Zeitung! Nach: Kellermann, S. 106f. Vgl. auch Kap. III, S. 53.

190 F. Meinecke, Die deutschen Erhebungen v. 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 29.

191 Z.B. bei O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 84; H. v. Schubert, Weihe d. Krieges, EK XIX, S. 18; R. Eucken, Deutschlands pol. Rückständigkeit, DgD (1915), S. 583; E. Meyer, England, 1915, S. 33; Sombart, Händler, S. 136; K. Lamprecht, Krieg u. Kultur, ZKF VII, S. 83; J. Plenge, 1789 u. 1914, S. 17f. W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 187.

192 Z.B. v. M. Weber, der bereits am 15. X. 1914 an F. Toennies schrieb: „Wäre alles so gut . . . wie die Armeeleitung, ja dann stünde es anders . . ." (GpS¹, S. 458). Vorwegnahme der späteren Kritik seines Bruders in einigen Punkten bei Alfred Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, 1915, S. 25f.

193 E. Marcks, Vom Erbe Bismarcks, 1916, S. 11.

194 Das Bismarckjahr, hg. v. M. Lenz u. E. Marcks, 1915 (=BJ), darin: E. Brandenburg, Bismarck u. d. Reichsgründung, S. 184; F. Meinecke, Bismarck u. d. neue Deutschland, S. 226ff., hier leise Kritik an Bismarcks Unfähigkeit, Parteien und Staat ineinander zu integrieren — ein Mangel, den jedoch der August 1914 beseitigt hätte.

195 H. Triepel, Bismarck u. d. Reichsverfassung, ND III, 13. III. 1915, S. 190; für E. Marcks bestand das innenpol. Vermächtnis des Reichsgründers in der Lehre von der Notwendigkeit einer straffen Zusammenfassung der Führungsspitze in einem Machtstaat (Bismarck u. d. deutsche Geist, V&KMhh XIX, 3 [1915], S. 334).

196 F. Meinecke, Bismarck u. d. n. Dtld., BJ, S. 225: Verbindung von „Herrschaftsstaat" u. „Gemeinwesen", wobei das letzte seit Kriegsbeginn die Oberhand gewonnen habe; G. Schmoller, Herkunft, DW I, S. 227; E. Marcks, Bismarck als Künstler, BJ, S. 168f.

197 G. Schmoller, Herkunft, DW I, S. 209ff., 227f.; F. Rachfahl, Die innere Politik Bismarcks u. d. Gegenwart, DR 163, S. 10; E. Meyer, England, S. 214; H. Delbrück, P.K. Sept. 1914, PrJbb 157, S. 560; noch 1916: E. Troeltsch, Die deutsche Idee v. d. Freiheit, in: Deutscher Geist, S. 83f. Dort auch Hinweis auf die außenpol. Bedingtheit einer starken Reichsexekutive. Dieser Gedanke vorher schon u.a. bei O. Hintze, D. Werk d. Hohenzollern, DR 165, S. 23, u. G. Schmoller, Herkunft, DW I, S. 227.

198 A. O. Meyer, Deutsche Freiheit u. engl. Parlamentarismus, 1915, S. 22 u. 28.

199 E. Troeltsch, Die deutsche Idee v. d. Freiheit, in: Deutscher Geist, S. 104f.; F. Meinecke, Staatskunst u. Leidenschaften, in: Probleme des Weltkrieges (1917), S. 68. Beide hatten besondere Gründe, in diesem etwas späteren Stadium diesen Charakter der deutschen Führung zu betonen (s. u. S. 143f.). Früheres Zeugnis: G. Kaufmann, England u. d. Krieg, IMW IX (1915), Sp. 264; R. Eucken, Krieg u. Kultur, WWW I, S. 318; „Konstitutionalismus" als Schutz vor „demokratischem Zaesarismus" bei H. Triepel, Bismarck u. d. Reichsverf., ND III (1915), S. 190, u. ds., Staatsgewalt u. bürgerl. Freiheit, IMW X (1916), Sp. 1070.

200 G. Schmoller, Herkunft, DW I, S. 227.

201 K. Lamprecht, Krieg u. Kultur, ZKF VII, S. 70; A. O. Meyer, Deutsche Freiheit, S. 17ff.

202 H. Herkner, Was haben Belgien u. Frankreich in der Arbeiterfürsorge geleistet? EK X (1914), S. 9, 18; G. Schmoller, Herkunft, DW I, S. 228. O. Hintze, Das Werk d. Hohenzollern, DR 165, S. 25.

203 F. Meinecke, Straßbg., Freibg., Berlin, 1949, S. 137.

204 Diese Siegesgewißheit setzte sich, wie mehrfach nachweisbar, erst nach einer gewissen „Schrecksekunde" angesichts der feindlichen Übermacht, und zwar nach der Eroberung Lüttichs, durch (H. Delbrück an Conrad, 5. VIII. 1914, DB: „Wir stehen durch die Kriegserklärung Englands in einer Not und Gefahr, wie sie einem Volke selten beschieden gewesen ist . . ."); Lüttich: J. Haller, Wie wir daheim den Krieg erlebten, 1915, o. S.; E. Troeltsch, Unser Volksheer, 1914, S. 4; E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, 1914, S. 26; Marianne Weber, S. 530. — Danach gab es zwar immer noch besorgte Stimmen, z.B. die von E. Troeltsch (Unser Volksheer, S. 20, u. rückblickend: Spektatorbriefe, S. 1), doch wurde allgemein die deutsche Durchhaltefähigkeit bis zum Siege sehr optimistisch eingeschätzt (Delbrück an Lenz, 23. IV. 1915, DB, u. E. Meyer an V. Ehrenberg, 30. XII. 1914, EL; diesen persönlichen Zeugnissen kommt besonderes Gewicht zu, weil sie ohne Seitenblick auf die öffentliche Aufgabe der Gelehrten verfaßt wurden. Gerade der Briefwechsel E. Meyers mit V. Ehrenberg ermöglicht ein authentisches Bild von dem Auf und Ab der Siegeshoffnungen). Sehr günstig beurteilten auch die Volkswirte die deutschen Chancen, den Wirtschaftskrieg durchzustehen, z.B. W. Sombart, Die Volkswirtschaftslehre u. d. Krieg, IMW IX, Sp. 255; M. Sering, Die Ursachen u. d. weltgeschichtliche Bedeutung d. Krieges, DRR S. 279f.; J. Plenge, Der Krieg u. d. Volkswirtschaft, 1915, S. 85ff.; E. Gothein, Die Veränderungen des Wirtschaftslebens im Kriege, DGW (1915), S. 39. Im ganzen überwog das Vertrauen auf ein

rasches Kriegsende (H. Oncken, Unsere Abrechnung, EK VIII, S. 22; Einleitg. zu BJ v. E. Marcks u. M. Lenz, S. IV; J. Haller, Gedanken eines Balten, SMhh Sept. 1914, S. 815; H. Oncken an K. A. Müller, in: Müller, Mars u. Venus, S. 75; Seeberg an Bonwetsch, 16. II. 1915, SK). Rückblickend: L. Brentano, Leben, S. 315; F. Meinecke, Straßbg., S. 197.

205 O. v. Gierke, D. deutsche Volksgeist, DK 46, S. 22f.; Vorwort Waldeyer zu DRR, S. VII.

206 M. Scheler, Genius, S. 4. H. v. Schubert, Die Weihe d. Krieges, EK XIX (1915), S. 7; H. Finke, Der Gedanke des gerechten usw. Krieges, 1914, S. 33; W. Kahl, Vom Recht zum Kriege usw., DRR, S. 188; G. Roethe, Wir Deutschen u. d. Krieg, DRR, S. 19.

207 G. Ritter, Staatskunst u. Kriegshandwerk, I (1954), S. 70, 272f., u. H. Heller, Hegel u. d. Machtstaatsgedanke in Deutschland, 1921, S. 122.

208 Ansprache Harnacks am 1. VIII. 1914, Text in HB. Ähnl. die Rede M. Plancks am 3. VIII., zit. b. H. Hartmann, Planck, 1938, S. 33.

209 F. W. Foerster, Christus u. d. Krieg, in LDH I (1914), S. 62, bezeichnete den Krieg als „Seelenführer zum Christentum"; an anderer Stelle (Neue Erzieherpflichten für unsere Zeit, WU [1915], S. 7) verherrlichte er die Belebung des Gemeinsinnes, die den einzelnen aus seiner Isolierung herausreiße, als Folge des Krieges. Ganz ähnl. sprach M. Scheler, Genius, S. 150, vom Krieg als „dem Führer zu Gott". Vgl. außerdem K. Dunkmann, Idealismus oder Christentum, DTh, S. 93, der den Krieg die „Zuchtrute" Gottes nannte.

210 E. Troeltsch, D. Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 33; F. Meinecke, Deutscher Friede u. deutscher Krieg, in: D. dte. Erhebung, S. 55f.; H. Finke, Der Gedanke d. gerechten . . . Krieges, 1915, S. 22; M. Lenz, Deutsches Heldentum, in: Kl. hist. Schrr. III, 1922, S. 120; M. Weber, an Helene Weber, 13. IV. 1915, GpS[1], S. 458f.; W. Sombart, Händler, S. 88.

211 Diese „Stahlbadtheorie" konnte in den aus der ersten Kriegszeit stammenden Schriften von 14 Theologen bzw. Philosophen nachgewiesen werden. Nur ein Theologe (W. Herrmann) widersprach ihr ausdrücklich. Vgl. Statistik S. 290! H. Lübbe (Pol. Philosophie in Deutschld. 1963, S. 178ff.) hat den deutschen Philosophen und ihrer Weltkriegsdeutung wegen ihrer „speziellen fachlichen Kompetenz zur Reflexion der ideellen Quintessenz des politischen Geschehens" einen besonderen Abschnitt gewidmet.

212 F. Meinecke, D. deutschen Erhebungen v. 1813 usw., in: D. deutsche Erhbg., S. 28.

213 M. Scheler, Genius, S. 132. In diesem Buch — einem beträchtlichen Verkaufserfolg, wie wir sahen (s. o. Anm. 137) —, das glänzende Formulierungskunst mit hemmungsloser Beredsamkeit verbindet, versammelte Scheler alle wesentlichen Topoi der Professorenliteratur dieser ersten Kriegszeit — vom anti-englischen Affekt, der Großmut gegenüber Frankreich bis zu ausschweifenden Kontinentalbundideen und zur allgemeinen Kriegsverherrlichung. Erzberger u. d. Ausw. Amt setzten ihn wegen seiner publizistischen Erfolge später mehrfach als Redner im neutralen Ausland ein. Dazu und zu Schelers Stellung im deutschen Katholizismus im Weltkrieg vgl. jetzt: H. Lutz, Demokratie im Zwielicht, 1963, S. 22ff.

214 E. Troeltsch bejahte den Gedanken des „Kampfes ums Dasein", „das Gesetz des Aufstieges gesunder . . . und des Abstieges gealterter . . . Staatsbildungen. Eben deshalb hat der Krieg auch seine Ehre und seine sittliche Bedeutung" (D. Völkerkrieg u. d. Christentum, CW XXIX [1915], S. 297). E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, S. 17; R. Seeberg, Das sittliche Recht des Krieges, IMW IX, Sp. 171; Sombart, Händler, S. 91, u. F. W. Foerster, Christus u. d. Krieg, LDH I, S. 58; später: K. Holl, Luthers Anschauung über Evangelium, Krieg u. d. Aufgabe d. Kirche (1917), Ges. Aufsätze z. Kirchengesch. III, S. 162.

215 R. Seeberg, Krieg u. Kulturfortschritt, in: Geschichte, Krieg u. Seele, S. 115; K. Lamprecht, Krieg u. Kultur, ZKF VII, S. 55; H. Herkner, Krieg u. Volkswirtschaft, DRR XIX, S. 17ff. Auch: O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 81f. Im Rückblick über die „Ideen v. 1914": W. Goetz, Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg, PSW (1916), S. 42.

216 R. Seeberg, Rette deine Seele, in: Gesch., Krieg u. Seele, S. 154. Seebergs extreme Äußerungen sind freilich nur eine Seite der „Kriegstheologie". Für z.T. sehr viel zurückhaltendere Ansichten deutscher Theologieprofessoren vgl. die Sammlung: Deutsche Theologen über den Krieg, hg. v. W. Laible, 1915, z.B. S. 46f. u. S. 56.

217 W. Sombart, Händler, S. 125. Meinecke (Die . . . Erhebungen von 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 33) sprach von einer „Beseelung" der modernen Technik durch den Krieg. Noch das 1919 erschienene Sammelwerk: Deutsche Naturwissenschaft, Technik u. Erfindung im Kriege (hg. v. B. Schmid) erwähnt nur die Fortschritte der deutschen Technik im Kriege.

218 F. v. Liszt, D. deutsche Volk u. d. Krieg, IMW IX, Sp. 62f.; A. Deißmann, Die deutsche Erweckung, ebd. Sp. 117f.; F. Meinecke, Kultur, Machtpolitik u. Militarismus, DW II, S. 770; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 81; U. v. Wilamowitz, Krieges Anfang, in: Reden aus d. Kriegszeit I, S. 8; M. Lenz, D. Macht in der Geschichte, V & KMhh XIX, 1 (Okt. 1914), S. 161.

219 R. Eucken, Die sittlichen Kräfte, 1914, S. 3; F. Meinecke, Deutscher Friede, in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 55; Kreuzzug: H. Finke, Der Gedanke des gerechten u. d. heil. Krieges, 1915, S. 5; P. Lenard, Engld. u. Deutschld., 1914, S. 16; „im Dienste des Weltgeistes" bei J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, 1915, S. 200.

220 M. Lenz, D. deutsche Gott, SMhh Sept. 1914, S. 822, einer der intensivsten Gefühlsausbrüche in der Professorenliteratur (auch LDH I, 1914). Ähnl. U. v. Wilamowitz, Militarismus u. Wissenschaft, in: Reden II, S. 46; W. Sombart, Händler, S. 95; auch: A. Weber, Gedanken, 1915, S. 14f.

221 Z.B. für F. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 134f.; K. A. v. Müller, Aus Gärten d. Vergangenheit, 1951, S. (5); J. Haller, Tod u. Auferstehung d. deutschen Nation, 1919, S. 13 u. 19. Nebeneinander von Reichsverherrlichung u. Zeitkritik: D. Schäfer, Sein oder Nichtsein, EK I (1914), S. 8f. u. 29; F. Meinecke, Die . . . Erhebungen von 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung, S. 18 u. 31; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 84f. u. 86ff.; D. Schäfer, Leben, S. 158f.

222 L. Lemme, Gottes Gerechtigkeit, DTh, S. 162f.

223 G. Simmel, Deutschlands innere Wandlung, in: Der Krieg u. d. geistigen Entscheidungen (1917), S. 17, 25; E. Troeltsch, Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 41; R. Seeberg, Kulturgefahren, in: Gesch., Krieg u. Seele, S. 125.

224 R. Eucken, Geistige Forderungen der Gegenwart, 1917, S. 16. Ähnl. Zeugnisse: A. v. Harnack, Auf Dein Wort will ich das Netz auswerfen, in: Reden u. Aufss., N.F. IV, 1923, S. 404: „Unser Geist war bei all dem Wohlstand am Ersticken . . ." (zuerst 1919). Vorher: W. Sombart, Händler, S. 106: . . . „Zweck- und sinnlos schien alles geworden zu sein, was wir taten: Wir häuften Reichtümer auf Reichtümer . . . schufen Wunder der Technik . . . wir trieben Politik, haderten miteinander . . . warum?" F. W. Foerster, Christus u. d. Krieg, LDH I (1914), S. 52f. D. Schäfer, Sein oder Nichtsein, EK I, S. 29.

225 E. Troeltsch, Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 40 u. 53; F. Meinecke, Die . . . Erhebungen v. 1813 usw., in: D. deutsche Erhebung, S. 28f., 50; A. v. Harnack, Was wir schon gewonnen haben, DRR, S. 165; E. Meyer, Deutschld. u. d. Krieg, EK III (1914), S. 17.

226 R. Seeberg, Was sollen wir denn tun, 1915, S. 3; F. Meinecke, Geschichte u. öffentliches Leben, in: Probleme des Weltkrieges, 1917, S. 1.

227 W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 175. Ähnlich feierte Scheler den Krieg als „mächtigsten Einheitsbildner", der den Blick von den „Differenzwerten" zu den „sittlichen großen Gemeinsamkeiten" hinlenkte: „Psychotherapeutik der Völker im Großen" (Genius, S. 97ff., 100). Seeberg (Die geistige Lage Deutschlds. u. d. Krieg, KM 72, I [1914/5], S. 437) sprach von dem Gefühl „innerer Identität", das der Krieg vermittelt habe, F. Meinecke (Die . . . Erhebungen usw., in: Die deutsche Erhebung, S. 33) von einer „Versittlichung der modernen Arbeitsteilung" durch den Krieg. Auch E. Troeltsch, Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 41: „Seit Jahren sehnte sich unsere Jugend nach neuer Synthese entgegen dem Spezialistentum. Nun waren Synthese und Leben . . . da." Erst nach Fertigstellung des Ms. fand d. Verf. bei F. Stern, Kulturpessimismus als pol. Gefahr, 1963, S. 249, ganz ähnliche Schlußfolgerungen, während G. M. Schwarz, Political Attitudes in Germ. Universities, Diss. masch. Oxford 1961, S. 54 u. 242, die Selbstzufriedenheit der Weltkriegsgeneration vor 1914 überakzentuiert.

228 Ausdruck rückblickend v. F. Meinecke, D. Universitäten u. d. heutige Staat, 1929, S. 20. Immer wieder wurde das Kaiserwort, er kenne keine Parteien mehr, zitiert: W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 89f.; F. Meinecke, Um welche Güter kämpfen wir? in: Die deutsche Erhebung, S. 50f.; D. Schäfer, Sein oder Nichtsein, EK I, S. 29.

229 E. Marcks, Wo stehen wir? DK XIX, S. 24f.; R. Seeberg, Was sollen wir denn tun, 1915, S. 5, 47; A. v. Harnack, Was wir schon gewonnen haben, DRR, S. 166.

230 H. Finke, Der Gedanke des gerechten Krieges, 1915, S. 6.

231 A. Schulte, Die Konfessionen im neuen Deutschland, SMhh Okt. 1914, S. 54f., eine Schrift, die, wie sein Nachlaß zeigt, ihm warme Anerkennung von protestantischer u. katholischer Seite einbrachte. Auch: Th. Heigel, An die akad. Jugend, SMhh Sept. 1914, S. 779; u. A. Deißmann, D. Krieg u. d. Religion, DRR, S. 293; M. Rade, Protestantismus u. Katholizismus im neuen Deutschland (mit weiteren Beiträgen), in: F. Thimme, Vom inneren Frieden, 1916, S. 125ff.

232 O. v. Gierke, D. Parteien während d. Krieges, ND III (1914/5), S. 7, der das Schweigen des Antisemitismus im Kriege feststellte. Vgl. auch G. Schmoller, D. heutige deutsche Judenfrage (1917), in: 20 Jahre, 1920, S. 181. In dieser Stimmung konnte G. Simmel bei H. Delbrück (5. IX. 1914, DB) die Auflösung d. Antisemitenbundes anregen. Bekenntnis zu „gleichsam religiös ver-

klärtem" „deutschen Staats- und Volksgefühl" bei H. Cohen, Deutschtum u. Judentum, in: F. Thimme, Vom inneren Frieden, 1916, S. 561.

[233] H. Finke, D. Gedanke d. gerechten . . . Krieges, 1915, S. 5. Auch: E. Meyer, Deutschland u. d. Krieg, EK III, S. 18; G. v. Below, D. Schäfer, ND II (1913/4), S. 114; H. Delbrück, P.K. v. 23. VIII. 1914, PrJbb 157, S. 562; E. Troeltsch, Deutscher Glaube, EK IX (1914), S. 13, unter besonderer Betonung des Verteidigungsgedankens.

[234] E. Troeltsch, Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 41; v. Below zitierte mehrfach eine Äußerung F. Meineckes ihm gegenüber: „Alle diejenigen unter uns, die von einer Kultur ohne Staat träumten, werden jetzt erwachen"; die Zeit der Entfremdung v. Kultur und Politik sei vorüber (z.B. Kultur u. Krieg, WMhh 117, I [1914], S. 455); Meinecke selbst in: Die . . . Erhebungen, in: D. deutsche Erhebung, S. 31, 35f., 69, 72. Der Berliner Astronom W. Foerster konstatierte, die Gelehrtenwelt sei in der glücklichen Lage, mit den übrigen Kreisen des Volkes in den Kriegsfragen völlig übereinzustimmen (bei: Kellermann, S. 30).

[235] F. Meinecke, Staatsgedanke u. Nationalismus, in: D. deutsche Erhebung, S. 77; nachträglich: D. deutsche Katastrophe, 1946, S. 34, 43ff.; daneben: L. Brentano, Deutschland u. seine Gegner, IMW IX, Sp. 157, und: Ist das System Brentano zusammengebrochen, 1918, S. 31; E. Troeltsch, D. Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 47.

[236] F. Meinecke, Um welche Güter kämpfen wir, EK III (1914), S. 29; rückblickend: Straßburg, 1949, S. 137f.; W. Goetz, D. nationale Gedanke, SMhh Okt. 1914, S. 21; F. Toennies, D. Sozialpolitik nach d. Kriege, AND, S. 147, 158.

[237] Z.B. auch in arbeiterrechtlichen Fragen: G. Schmoller, D. Weltkrieg u. d. deutsche Sozialdemokratie, in: 20 Jahre deutsche Politik, 1920, S. 148; Walter Troeltsch, D. Gewerkschaften Deutschlands nach d. Kriege (Recht u. Wirtschaft IV [1915], S. 141). Meinecke warnte vor nationaler „Zionswächterei" (Staatsgedanke, in: D. deutsche Erhebg., S. 77).

[238] Es fällt auf, daß an diesem Sammelband, der 1915 herauskam, Professoren wie Schäfer u. v. Below nicht beteiligt waren. Oncken forderte dort die Beseitigung der Klassenschranken, die der politischen Mitarbeit der SPD im Wege standen (AND, S. 10f.). Ähnl. G. Anschütz, AND, S. 49. Für „katheder-sozialistische" Einflüsse auf die praktische Politik d. Kriegsministeriums vgl. jetzt: G. Feldman, Army, Industry, and Labor in Germany 1914—18, 1966, S. 74, 442.

[239] E. Troeltsch, Nach d. Mobilmachung, 1914, S. 10 (Rede v. 2. VIII.).

[240] F. Meinecke, Die . . . Erhebungen v. 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung, S. 29.

[241] G. v. Below, D. Kriegsstimmung in Baden, ND II (1913/14), S. 577. Dennoch hat v. B. in der ersten Kriegszeit mehrfach um eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten bemüht (GwSd I, 1925, S. 42). Über erste Zweifel auf der Rechten Meinecke an Dove 7. II. 1915 (Ausgew. Briefwechsel, 1962, S. 55) u.: Straßbg., S. 172.

[242] R. Seeberg, Was sollen wir denn tun, 1915, S. 51, auch: 5.

[243] D. Schäfer, Sein oder Nichtsein, EK I, S. 8; ds.: D. Sinn des Krieges, Pt. Jan. 1915, S. 50; E. Marcks, Wo stehen wir? DK XIX, S. 26; R. Seeberg, Die geistige Lage, KM 72, I (1914/5), S. 431, 437; O. v. Gierke, D. Parteien während d. Krieges, ND III (1914/15), S. 6ff. folgerte aus dem Geiste des Burgfriedens, daß alle Verfassungsänderungswünsche der Linken ruhen müßten. Ähnl. R. Ehrenberg, Krieg u. Volkskraft, AeWF 1915, S. 445, u. G. v. Below, Die Kriegsstimmung in Baden, ND II (1913/14), S. 577.

[244] J. Plenge, Der Krieg u. d. Volkswirtschaft, geschr. Winter 1914/15, 1915; G. v. Mayr, Staatssozialismus im Krieg und im Frieden, Recht u. Wirtschaft IV (1915), S. 220, 223; E. Jaffé, Die „Militarisierung" unseres Wirtschaftslebens, ASwSp 40 (1915), S. 511 („Prinzipielle Änderungen der Wirtschaft durch den Krieg"); W. Sombart, Händler u. Helden, 1915 — hier der Staatssozialismus mehr das indirekte Ergebnis seiner Kritik an dem Manchester-Kapitalismus; Tendenz auch angedeutet, in: D. Volkswirtschaftslehre u. d. Krieg, IMW IX (1915), Sp. 258.

[245] E. Jaffé, Militarisierung, ASwSp 40, S. 544f.

[246] E. Jaffé, Militarisierung, S. 545: „ . . . Das deutsche Volk hat sich auf diesem Boden [der freien Konkurrenz] nie völlig heimisch gefühlt . . ." Das neue Ziel sei zu formulieren „als jener Zustand der wirtschaftlichen Organisation, in dem alle Glieder des Volkes verwachsen sind zu einer organischen Einheit, jeder an seinem Platz eingeordnet als dienendes Glied einer Gemeinschaft . . ."

[247] J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, S. 97, 132, 171ff., 188.

[248] R. Seeberg, Kulturgefahren, in: Gesch., Krieg u. Seele (1916), S. 129. Bei Plenge der Begriff „nationaler Sozialismus" zuerst in: Kriegsvorlesung über Volkswirtschaft, gehalten am 2. XI. 1915 (z. T. auch in: Köln. Ztg. v. 11. XI. 1915), S. 26: . . . „Das Wirtschaftsleben nach dem Kriege wird Sozialismus sein. Nach seiner äußeren Verfassung nationaler Sozialismus, denn die Nation faßt

ihre wirtschaftlichen Kräfte so zusammen. Nach seinem inneren Wesen sozialer Patriotismus . . ." Auch: 1789 u. 1914, die symbolischen Jahre des politischen Geistes, 1916, S. 82 u. 157. Noch 1945 sah sich Plenge wegen seiner Weltkriegspublizistik Angriffen ausgesetzt (vgl. Anm. 256). Hatte er doch 1933 durch auszugsweise Wiederveröffentlichung seiner Kriegsschriften gewissermaßen als „Vorfahr" auf die ns. Bewegung einzuwirken versucht. Doch weigerten sich die neuen Herrn Deutschlands, den Münsterer Volkswirt in die Reihe ihrer „Ahnen" aufzunehmen und ließen ihn als „Marxisten" links liegen. Nach dem 2. Weltkrieg sah sich Plenge veranlaßt, die humanitäre Seite seines Weltkriegs-Sozialismus hervorzukehren (J. Plenge, Altersreife des Abendlandes, 1948, S. 163, 177). Tatsächlich ist in seinem: Krieg u. Volkswirtschaft, 1915, S. 97, einmal von einer „neuen Humanität" die Rede. Aber was sollte diese Floskel, wenn es Plenge an anderer Stelle (Individualismus o. Sozialismus, Streitfall A. Strecker u. J. Plenge, JGVV 41, I [1916], S. 30) als „Torheit" bezeichnete, „noch Individualist zu bleiben"? Naumann stand er zudem ferne, und außenpolitisch war er strammer Annexionist (Altersreife, S. XVIII; Krieg u. Volkswirtschaft, S. 173ff., S. 185, und an Delbrück, o.D. [Juli 1915], DB; auch: Lübbe, Pol. Philosophie, S. 209f.). Man wird also bei der Feststellung bleiben dürfen, daß sich dieser einstige Marx-Interpret mit dem 1. Weltkrieg auf die Seite der Rechten geschlagen hat.

[249] J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, S. 132; absolut gültig blieb das Eigentumsrecht gegenüber den staatlichen Erfordernissen allerdings nicht (Individualismus, JGVV 41, I (1916), S. 20; u.: Krieg u. Volkswirtschaft, S. 95, 194ff.; ferner: Kriegsvorlesung, 1915, S. 25f.; ebd. S. 79ff. u. 97 zum geschlossenen Handelsstaat).

[250] Individualismus oder Sozialismus, JGVV 41, I (1916), S. 32.

[251] Plenge, 1789 u. 1914, S. 82 u. 87. Seine Schrift: Krieg u. Volkswirtschaft, die zum ersten Male die Ideen von 1789 mit denen von 1914 konfrontierte, ist unabhängig von Kjelléns Arbeiten erschienen (Plenge, 1789, S. 4).

[252] M. Scheler, Genius. S. 50, 74, 134f., 308; ds.: Krieg u. Aufbau, S. 345; P. Natorp, Tag d. Deutschen, S. 48, 81ff. Dazu vgl. Lübbe, Pol. Philosophie, S. 191; E. Marcks, Wo stehen wir? DK XIX (1915), S. 25; Andeutung auch bei F. Meinecke, Bismarck u. d. neue Deutschland, BJ, S. 228f.; M. v. Gruber, Krieg, Frieden u. Biologie, DRR XXX v. 28. V. 1915, S. 17. G. Schmoller begrüßte Plenges Ideen als weitere „Dämme" gegen das sich „immer unverhohlener auftuende" „Neumanchestertum", die Verschiebung der Grenzlinien zwischen Staat und Individuum könne nur der Fortführung sozialer Reformen dienlich sein (Zum Streitfall Strecker-Plenge, JGVV 41, I (1916), S. 9ff., 34). Stärker im Sinne des Kathedersozialismus interpretierten A. Weber (Gedanken, 1915, S. 77), F. Toennies (Die Sozialpolitik nach dem Kriege, AND, S. 153ff.) u. E. Jaffé (D. Geist v. 1914, EStWZ, Jg. 1916, S. 9f.) den neuen Kriegssozialismus.

[253] E. Troeltsch, D. Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 33, 45; auch: Der Geist d. deutschen Kultur, DW I, S. 78. Eingehendere und jetzt auch kritischere Auseinandersetzung in: Plenges Ideen von 1914, AsPG V (1917), S. 308ff.: Mit seinen jetzt offen eingestandenen Zweifeln an einem deutschen Totalsieg vermochte Tr. auch Plenges „Prophetie" nicht mehr ganz nachzuvollziehen (S. 321, 343). Im Gegensatz zu Plenges einseitiger Idealisierung des deutschen „Schulmeisterstaates" forderte er jetzt eine Synthese zwischen dem überkommenen Individualismus und dem neuen Sozialismus, Deutschland dürfe auch auf dem Wege zum Sozialismus die demokratische Entwicklungsstufe nicht überspringen (S. 321, 335, 338). Übereinstimmung mit Pl. von katholischer Seite: J. Strieder, Neue Wirtschaft u. Gesellschaft, Hl XIII, 2 (1916), S. 462. Vgl. auch: E. Kaufmann, Bismarcks Erbe, 1917, S. 106; M. v. Gruber, Völk. Außenpol., DE I (1917), S. 77.

[254] L. v. Wiese, als Angehöriger der Kölner Handelshochschule übrigens im damaligen Sinne noch nicht voll arriviert, verwies in seinem: Staatssozialismus, 1916, S. 103 u. 119, auf das Mißverständnis der Vertreter staatssozialistischer Ziele, die nicht erkennen wollten, daß diese auf eine Beschränkung individueller Freiheit hinausliefen. Gegen Dogmatisierung kriegswirtschaftlicher Methoden auch E. Gothein, D. Veränderung d. Wirtschaftslebens im Kriege, in DGW (1915), S. 28; implizierte Kritik auch bei H. Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 205 (vgl. Kap. III, Anm. 8).

[255] M. Scheler, Rezension in ASwSp 42 (1916/7), S. 586ff.

[256] G. v. Below, Rezension in JbNSt 107 (1916), S. 851, der den Kriegssozialismus nur als „Notbehelf" anerkennen wollte. Ablehnend: O. Blum, NZt 34, II (1916), S. 441, u. SozMhh Jg. 1916, II, S. 875ff. Man darf also Plenge nicht als sozialistischen Ahnen des Nationalsozialismus bezeichnen, wie dies F. Hayek, D. Weg zur Knechtschaft, o.J. [1945], S. 214ff., tut — selbst wenn Plenge gelegentlich für die „Glocke" schrieb (Altersreife, S. 89).

[257] S. u. Kap. VI, S. 151ff., Kap. VII, S. 175.

[258] M. Scheler entschuldigte sich im Vorweg bei seinen Lesern für mögliche Einseitigkeiten

seiner Darlegungen, die auf die Kriegsleidenschaften zurückgingen (Genius, Vorrede). F. Meinecke bekannte gegenüber A. Dove (4. XI. 1914, Ausgew. Briefwechsel, S. 51), er schriebe mehr mit dem Herzen als mit dem kritischen Verstand. — E. Troeltsch (Nach der Mobilmachung, 1914, S. 12) erklärte: „So zerbrechen auch uns heute alle rationellen Berechnungen ... über uns allen liegt das Ungeheuere, das Unberechenbare ..." Auch: A. Hettner, Unsere Aufgabe, GZ XX (1914), S. 603. — Kritisch: L. v. Wiese, Staats-Sozialismus, S. 9. — Schon dieser Irrationalismus war in sich eine Wendung zu konservativem Denken (K. Mannheim, Ideologie u. Utopie³, 1952, S. 104).

259 M. Lenz, Der deutsche Gott, SMhh Sept. 1914, S. 822.

260 Meinecke, Straßburg, S. 138. Für Wirkung nach 1918: Vgl. Sontheimer, S. 122ff.

261 H. Lübbe, Polit. Philosophie, S. 191. Einige Zeugnisse: A. Weber, Gedanken, 1915, S. 9: ... „wie merkwürdig sind doch die Leute, die nicht fühlen, daß es so furchtbar wenig darauf ankommt, was der einzelne ausspricht, weil die Bewegung, die die Dinge regelt, tief, tief unter allem Aussprechbaren liegt und uns alle zu dem oder jenem Ufer treibt ..." Ähnl. E. Meyer, Deutschland u. d. Krieg, EK III, S. 18; E. Marcks, Wo stehen wir? DK XIX, S. 6; E. Troeltsch, Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 41; M. Scheler, Genius, S. 308; K. Lamprecht sprach von dem „urzeitlichen", W. Ostwald gar von dem „atavistischen" Charakter der Kriegsstimmung (K. Lamprecht, Seel. Erscheinungen des Krieges, in: Der große Krieg als Erlebnis, hg. v. E. Jäckh, I, 1916, S. 214; Ostwald bei Kellermann, S. 111). Meinecke selbst rühmte die „kollektive Größe" des deutschen Volkes (an A. Dove, 25. IX. 1914, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 47).

262 Lübbe, Polit. Philosophie, S. 237, mit dem das Vorhergehende sonst vielfach übereinstimmt, deutet an, daß die „Ideen von 1914" mit ihrer anti-westlichen Tendenz sich gegen etwas „Neues" gewandt hätten und daß erst mit dem Weltkriegsende dieses „Neue" die Gestalt eines Veralteten (etwa des überlebten Systems der Parteienherrschaft) angenommen hätte. Tatsächlich vollzog sich diese Wendung schon zu Weltkriegsanfang, wie die folgenden Belege illustrieren: O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 94; A. Weber, Gedanken, S. 21f.; G. Roethe, Von deutscher Art, 1915, S. 30, 51; J. Haller, Bismarck u. Deutschland, 1915, S. 15; E. Troeltsch, Geist d. deutschen Kultur, DW I, S. 71, u.: Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 58: Das Aufleuchten der Ideen von 1914 mitten im Kampfe sei ein Zeichen der größeren deutschen Jugendlichkeit; jedoch hielt Troeltsch diese Linie nicht ganz konsequent ein; denn einmal (Kulturkrieg, DRR XI [1915], S. 7), bezeichnet er das deutsche Staats- u. Gesellschaftswesen als „altertümlicher". Auch G. v. Below, D. Urteile unserer Feinde, Pt IV, 1 (1916), S. 60: „Bei uns ist der Fortschritt."

263 J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, 1915, S. 188f.

264 H. Delbrück, Bericht an Bethmann v. 7. X. 1914 (DB), in dem er schwere innere Kämpfe zwischen national erregter Öffentlichkeit und Regierung über den künftigen Frieden voraussagt. Ähnl. F. Meinecke an G. v. Below, Nov. 1914, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 52, u. an W. Goetz, 9. X. 1914, ebd. S. 49.

265 Delbrück selbst tat dies nicht: P.K. v. 23. VIII. 1914, PrJbb 157, S. 562.

266 F. Meinecke, rückblickend in Nachwort zu: Weltbürgertum u. Nationalstaat, 3. Aufl. 1915, zit. nach 6. Aufl. (1922), S. 532f.; auch: Deutscher Friede u. deutscher Krieg, in: Die deutsche Erhebung, S. 56; E. Marcks, Wo stehen wir? DK XIX, S. 26; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 94; W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 189f.; O. Hintze, Deutschland, der Krieg usw., IMW IX, Sp. 38; H. Breßlau (1813—1870—1914 [1914], S. 22f.) sprach von einem „Gottesfrieden".

267 M. Lenz, D. Weltkrieg im Spiegel Bism. Gedanken, BJ, S. 268.

268 F. Meinecke, an A. Dove 4. XI. 1914, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 51: „ ... und der innere Aufschwung, den wir erlebten, bleibt uns als sicherer Gewinn. Wenigstens muß man dann alles daran setzen, durch innere Eroberungen uns für den entgangenen äußeren Gewinn zu entschädigen ..." W. Kahl, Vom Recht zum Kriege, DRR, S. 189f.

269 F. Meinecke, Deutscher Friede, in: Die deutsche Erhebung, S. 56; nachträglich in: Straßburg, 1949, S. 158.

270 E. Troeltsch, Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 41; ähnl. A. Deißmann, D. Krieg u. d. Religion, DRR, S. 293; O. Hoetzsch, Zum Sedantag 1914, ABll XIX, S. 175; E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, S. 25; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 90ff.; E. Spranger, Welchen Sinn hat jetzt das Studium, AR, Jg. 1915, S. 144; G. Küntzel an A. Schulte, 6. XI. 1914, SchB. hoffte, daß „die starken Empfindungen der Gemeinschaft sich nach dem Siege zu einem stetigen Bewußtsein verdichten möchten"... ; ähnl. O. Hintze, D. Werk d. Hohenzollern, DR 165 (1915), S. 25. Später schwacher Nachklang in d. Sammelschrift: Vom inneren Frieden d. deutschen Volkes, hg. v. F. Thimme, 1916, in der die Gelehrten (z.B. Eucken) allein auf die Aufgabe, weltanschauliche Gemeinsamkeiten zu erarbeiten, verwiesen wurden. Im gleichen Jahr: F. Meinecke, Geschichte u. öfftl. Leben, in: Probleme d. Weltkrieges (1917), S. 5. Die vorstehenden Belege zeigen,

daß Meineckes aus dem Blickwinkel des Historismus formulierte Aufgabe des Gelehrten im Kriege nicht spezifisch „historistisch" genannt werden kann.

271 Th. Geiger, Aufgabe u. Stellung d. Intelligenz, 1949, S. 80.

Anmerkungen zu Kap. III

1 O. Hintze führte diesen Mangel auf die Vielzahl der Reibungsflächen zurück, die das Reich mit den anderen Mächten hatte (Deutschland u. d. Weltpolitik, DW I, S. 26; auch: D. Sinn des Krieges, DW II, S. 821); ähnl. H. Oncken, Die Vorgeschichte d. Krieges, DW I, S. 532.

2 K. A. v. Müller, Die deutsche Not (zuerst SMhh, Okt. 1915), in: Vom alten zum neuen Deutschland, 1938, S. 51. Vorher hatte er bemerkt: „Wenn jemand nach einem weiteren Jahrhundert Presse und Schriften unserer Tage mustert, wird er sich hilflos an den Kopf greifen und fragen, wie so viel Heldenmut ... mit so viel politischer ... Ziellosigkeit ... in einem Volk haben verbunden sein können ..." (S. 50). Ähnl. R. Seeberg an Lezius, 27. V. 1915 (SK): „ ... Wir rechts sind viel zu sehr Bethmannianer: Wir scheuen die Kämpfe, am meisten die Gedanken an die Zukunft und hoffen auf Gott ..." Seine Ratlosigkeit spiegelt sich schon in dem Titel seiner Schrift: Was sollen wir denn tun? 1915, wieder. — O. Hoetzsch, Z.R. v. Dez. 1915, V&KMhh, XXIX, S. 144; M. Spahn, Im Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 9f. Aber auch: E. Troeltsch, D. Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist u. Westeuropa, S. 32; M. Weber nach: Marianne Weber, S. 575. Nachträgl. L. Dehio, Gedanken über die deutsche Sendung, in: Deutschland u. d. Weltpolitik im 20. Jhdt., 1961, S. 80f.

3 O. Hoetzsch, Weltpolitische Konzentration (1915), in: Politik im Weltkrieg, 1917, S. 147ff. Dsgl. F. Meinecke, Die Reform des preuß. Wahlrechts (1916), PS & R, S. 164f.; J. Haller, D. bildende Wert der Weltgeschichte, GA (1918), S. 15ff.

4 F. Meinecke, Die deutschen Erhebungen v. 1813 usw., in: Die deutsche Erhebung v. 1914, S. 23; E. Marcks meinte, selbst Bismarck hätte 1915 nicht mehr von einem saturierten Deutschland gesprochen (Vom Erbe Bismarcks, 1916, S. 47); J. Haller hielt Bismarcks Begriff von Saturiertheit für „unglücklich" (Die ausw. Politik Bülows, SMhh Jan. 1917, S. 411). Ähnl. M. Lenz, Der Weltkrieg im Spiegel usw., BJ, S. 270f.; u. O. Hintze, Bismarck, d. deutsche Politik u. d. Krieg, IMW IX, Sp. 808; auch M. Weber kritisierte die allein kontinental-europäisch orientierte Politik Bismarcks (Bismarcks Außenpolitik u. d. Gegenwart, zuerst: 1915, GpS², S. 114f.), und H. Delbrück hielt Deutschland zwar in Europa, nicht jedoch auf kolonialem Gebiet für saturiert (Bismarcks Erbe, 1915, S. 171); aus D.s Feder auch eine besonders prägnante Definition deutscher Weltpolitik: Weltpolitik u. Kolonialpolitik, D. Feldpost, Nr. 125, 27. V. 1916; später vgl. u.a. die Äußerungen H. Schumachers, F. Toennies' u. O. Hintzes zu einer Rundfrage zum Thema: Weltpolitik u. Imperialismus, ND VI (1918), S. 203ff. u. 551f.

5 O. Hintze, Deutschld. u. d. Weltstaatensystem, DW I, S. 30; F. Meinecke, Bismarck u. d. neue Deutschland, BJ, S. 230f.

6 M. Lenz, Der Weltkrieg im Spiegel, BJ, S. 271; H. Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 191; C. Mirbt, D. Kampf um unsere Kolonien, 1914, S. 11ff. A. Salz (Das Wesen des Imperialismus, 1931, S. 101ff.) will nur diese Prestigegesichtspunkte als wahre Motive für imperialistische Politik gelten lassen, nicht jedoch wirtschaftspolitische Erwägungen. Tatsächlich sind diese im Weltkrieg jedoch auch zur Sprache gekommen (Anm. 5); doch hält Salz solche Gedanken für Motivtäuschungen.

7 M. Spahn, Im Kampf um unsere Zukunft, S. 63, auch S. 55, wo Spahn einen erheblichen Anteil an der Weltwirtschaft als notwendiges Kriterium einer Weltmacht bezeichnet.

8 M. Lenz, D. Weltkrieg im Spiegel, BJ, S. 272; auch: Delbrück, Bismarcks Erbe, 1915, S. 191ff., 202, 204: Deutschland brauche Kolonien, um seine überschüssigen Intelligenzen nicht durch Auswanderung zu verlieren und um sich — bei dem Vordringen staatssozialistischer Tendenzen — wenigstens in seinen Kolonien ein Reservoir unabhängiger Persönlichkeiten zu erhalten. Auch F. Meinecke, Reich u. Nation (1916) in: Staat u. Persönlichkeit, 1933, S. 196.

9 S. o. Kap. II, S. 26f.

10 O. Hintze, Deutschland u. d. Weltstaatensystem, DW I, S. 26.

11 H. Oncken, Deutschlands Weltkrieg u. d. Deutschamerikaner, DK VI, S. 70; E. Marcks, D. Imperialismus u. d. Weltkrieg, 1916, S. 6ff.; O. Hintze, Der Sinn d. Weltkrieges, DW II, S. 830f. Auch bei den Volkswirten bestand kein Zweifel über die Notwendigkeit einer deutschen Flotte, gleich ob sie Freihändler waren wie Brentano oder Schutzzöllner wie H. Schumacher (Brentano an Delbrück, 7. VII. 1915, DB, u.: Das ganze deutsche Volk, 1916, S. 16; H. Schumacher, Deutschlands Stellung i. d. Weltwirtschaft, DW I, S. 104f. u. 142). Risikogedanke bei: O. Hintze, Deutschland u. d. Weltstaatensystem, DW I, S. 33f.; O. Hoetzsch, P.W. v. 15. III. 1916, II, S. 239; Vari-

ante bei H. Delbrück (D. deutsche milit. System, DW I, S. 198): England sollte durch „Fesselung" seiner Flotte in der Nordsee zur Tolerierung der deutschen Beteiligung an der kolonialen Expansion der Großmächte gezwungen werden. — Hinweis auf Neo-Merkantilismus bei O. Hintze, Deutschland u. d. Weltstaatensystem, DW I, S. 24, und A. Hettner, Die Ziele unserer Weltpolitik, DK 64 (1915), S. 7. Einzige Kritik an der deutschen Flottenpolitik aus der Feder J. Hallers (1917), s. u. Anm. 89.

[12] Dies ergibt sich schon aus der anfangs nirgends angezweifelten Vorstellung von einem Deutschland aufgezwungenen Verteidigungskrieg (s. o. Kap. II, S. 23). Einzelstimmen: O. Hintze, Deutschland u. d. Weltstaatensystem, DW I, S. 33; P. Herre, Weltpolitik u. Weltkatastrophe, 1916, S. 28; E. Troeltsch, Imperialismus, NR 1915, S. 13.

[13] L. Brentano, Deutschland u. seine Gegner, IMW IX, Sp. 152; A. Hettner, Englands Weltherrschaft u. d. Krieg, 1915, S. 222, 237, 243, 249, unterlegte der englischen Politik die Absicht, mit Hilfe eines Präventivkrieges Deutschland wieder auf den Status einer Kontinentalmacht herabzudrücken. F. Toennies, Deutschlands Platz an der Sonne, 1915, S. IV u. passim; O. Hintze, Der Sinn d. Krieges, DW II, S. 822; D. Schäfer, D. Sinn d. Krieges, Pt III, Jan. 1915, S. 46; H. Delbrück, D. deutsche mil. System, DW I, S. 198; M. Spahn, An den Pforten d. Weltkrieges, Hl XII, 1 (1914/5), S. 26; M. Scheler, Genius, S. 191.

[14] L. Brentano, Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit, 1916, S. 20; M. Spahn, Im Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 56.

[15] D. Schäfer, Von deutscher Art, 1916, S. 23; W. Schücking, Denkschrift: Meeresfreiheit gegen Friedensgarantien, v. 23. I. 1916, in: Der Dauerfriede, S. 51ff.; H. Delbrück sah hier eine Übereinstimmung mit den Ver. Staaten (P.K. v. 28. VII. 1916, PrJbb 165, S. 345). H. Triepel, D. Freiheit der Meere u. d. zukünftige Friedensschluß, 1917; G. v. Schulze-Gaevernitz, Freie Meere, DK 32, 1915.

[16] Antwort d. Deutschen Kulturbundes . . . auf die Erklärung d. Professoren Großbritanniens, Berlin 1915, S. 15 (vgl. Kap. II, Anm. 31).

[17] O. Hintze, D. engl. Weltherrschaftspläne, EK XV, S. 20ff., worin das englische Streben nach Herrschaft auf den Meeren in die universalistischen Bemühungen um eine umfassende Weltherrschaft von Rom bis Napoleon eingereiht werden. Auch: A. Hettner, Englands Weltherrschaft, S. 8, 221; G. Roloff, D. engl. Weltherrschaftsanspruch, EG, S. 131ff.

[18] D. Schäfer, Zur Lage, a.H.g., 1. I. 1916, S. 20; ähnl.: P. Laband, D. Neutralität im Landkrieg, DJZ XXI (1916), S. 6; E. Troeltsch, Imperialismus, NR 1915, S. 3; M. Weber, Bismarcks Außenpolitik und d. Krieg, 1915, GpS^2, S. 126 u.: Deutschland unter den europ. Weltmächten, 1916, GpS^2, S. 171f. Weber sprach geradezu von einer „geschichtlichen Verantwortung", die Deutschland zum Schutze der kleinen Nationen übernommen habe. Ähnl. H. Delbrück, Vorwort zu: Krieg u. Politik, Bd. I, 1916, S. 4; F. Meinecke, Kultur, Machtpolitik u. Militarismus, DW II, S. 643; aber auch: J. Haller, Unser Ziel, Südd. Zeitg. 5. XI. 1914, sprach von einem „Freiheitskampf", den Deutschland für die ganze Welt führe. Vgl. auch O. Hoetzsch, P.W. v. 14. IV. 1915, I, S. 167; Th. Schiemann, Weltpol. Überblick, DgD, 1915, Sept., S. 1329; O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 99.

[19] M. Sering, Einleitung zu WRM (1917), S. XXf; A. Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, 1915, S. 28f.

[20] M. Sering, a.a.O., S. XXIV; O. Hintze, D. engl. Weltherrschaftspläne, EK XV (1914), S. 17, und als vielleicht eindrücklichste Interpretation deutscher „Weltpolitik" in idealistischer Beleuchtung: Imperialismus und deutsche Weltpolitik (1917), DF, S. 154ff.; ferner: F. Meinecke, D. Weltkrieg, NR 1914, S. 1627; M. Weber, Zwischen zwei Gesetzen (1917, GpS^2, S. 140). Noch 1918: G. v. Schulze-Gaevernitz, Zum Freiheitsfrieden, DP III, 1 (22. III. 1918), S. 358.

[21] Vgl. Kap. II, S. 38, Anm. 204.

[22] Vgl. Statistik, S. 290. Natürlich war diese Überzeugung auch außerhalb der Historikerzunft verbreitet. So finden wir sie bei dem alldeutschen Juristen K. v. Amira, Nach d. Krieg, OeRL (1915), S. 6ff., u. b. d. Volkswirt K. Bücher, Unsere Sache u. d. Tagespresse, 1915, S. 15, u. H. Schumacher, Unsere Kriegsziele, insbesondere im Westen, a.H.g. (1915), S. 4. Qualifizierung allein von Anfang an bei Delbrück, s. u. S. 60!

[23] A. Meister, Bismarcks auswärt. Politik, 1915, S. 26. Dazu H. Delbrück im Rückblick: Ursachen XII, 1, S. 33.

[24] Vgl. Anm. 18.

[25] J. Haller, Deutschld. u. d. Weltkrieg, SMhh Nov. 1915, S. 186, auch: D. Ursprung d. Weltkrieges, 1915; S. 83, Besprechung v. Bülow, Deutsche Politik, SMhh Jan. 1917, S. 416ff., und: an Delbrück, 9. III. 1917, DB: „Im letzten Grunde kenne ich nur zwei Arten von Politik: die eine

fragt nach Zwecken und wählt zu dem richtig erkannten Zweck das passende Mittel — 'Bosheit und Entschlossenheit' nannte es Bismarck; die andere schielt zuerst nach der Art der anzuwendenden Mittel und scheut . . . vor den richtigen Zielen zurück. 'Politik nach der Weise Friedrich Wilhelms IV.', sagte Bismarck . . ." Bei der zweiten Art könne man kein gutes Gewissen haben; denn man habe das Richtige versäumt, weil es nicht überall als richtig verstanden . . . werden könnte.

[26] Schäfer rühmt sich dieses Diktums noch in seinen Memoiren (Mein Leben, 1926, S. 209).

[27] E. Marcks, Bismarck u. unser Krieg, SMhh Sept. 1914, S. 787. Ähnl. G. v. Below nach Minnie v. Below, S. 148; H. Finke, Bismarck u. wir, 1915, S. 14; ähnlich überspannte Machtauffassung auch bei M. Lenz, Die Macht in der Geschichte, V&KMhh, 29, I (Okt. 1914), S. 161; D. Schäfer, Sein oder Nichtsein, EK I, S. 10; W. Sombart, Händler, S. 80f.; E. Meyer, D. Staat, in: Weltgeschichte u. Weltkrieg, 1916, S. 155.

[28] Zuerst in Brief an M. Lenz v. 24. VIII. 1914 (DB), wo D. angesichts des „beinahe schon öffentlichen" Kampfes zwischen „Militärpartei" und Kanzler die Logik Bismarcks gegen die „Logik von Königgrätz" verteidigt. Dann: P.K. v. 27. IX. 1914, PrJbb 158, S. 191; u. Entwurf für P.K. v. 27. Juni 1915, jedoch von der Zensur unterdrückt (1 Ex DK): . . . „Keine Friedensbedingungen . . . werden imstande sein, uns auf mechanischem Wege das zu geben, was immer das lebendige Werk leitender Staatsmänner bleibt . . ." Auch: Bismarcks Erbe, 1915, S. 37 u. 213, dort auch Ablehnung von Präventivkriegswünschen, dsgl. in Brief an Falkenhayn, 10. VII. 1915, DB. Ähnl. F. Meinecke, Wahrheit u. Lüge, in: D. dte. Erhbg. S. 70ff.; O. Hoetzsch, P. W. v. 10. II. 1915, I, S. 87; M. Weber, GpS^2, S. 124.

[29] P.K., PrJbb 168, S. 489.

[30] So Delbrück, Bismarcks Erbe, 1915, S. 37, 152, 213, dagegen: J. Haller, Bismarcks Friedensschlüsse, 1916, S. 99ff., oder A. Meister, Bismarcks ausw. Politik u. d. Weltkrieg, 1915, S. 24ff. Hinweis auf Imponderabilien bei A. Weber, Gedanken, S. 54; A. v. Harnack, D. Abschied v. d. weißen Weste (zuerst 1916), in: Aus d. Friedens- u. Kriegsarbeit, S. 305ff.; E. Troeltsch, Privatmoral u. Staatsmoral, in: Deutsche Zukunft, 1916, S. 95ff., 100. Rückblick: H. Delbrück, P.K. v. 29. IX. 1918, PrJbb 174, S. 146ff.

[31] Delbrück hat diese Doppeldeutigkeit von vornherein durchschaut, wie sein Brief an die „Atlantic Monthly" v. 9. XII. 1914 (DB) zeigt. Spätere Äußerung vgl. Anm. 23!

[32] E. Troeltsch, Imperialismus, NR 1915, S. 1ff. Ähnl. auch schon in: Deutscher Glaube, EK IX (1914), S. 24 u. passim. Vgl. ferner: Privatmoral u. Staatsmoral, in: Deutsche Zukunft, S. 93ff.

[33] Troeltsch, Imperialismus, S. 12.

[34] Ebd., S. 8.

[35] Troeltsch, Imperialismus, S. 8.

[36] Ebd., S. 13.

[37] Ebd.

[38] Ebd., S. 2, 12ff.

[39] Ebd., S. 10: „In der Beibehaltung der imperialistischen Terminologie steckt die Aufrechterhaltung des Weltherrschaftsgedankens, wenigstens als Ideal und Stachel der Phantasie, während umgekehrt der völlige Verzicht auf sie bedeutet, daß wir nicht bloß aus Not und Zwang, sondern grundsätzlich . . . keine Weltherrschaft irgendwelcher Art wollen . . ."

[40] O. Hintze, Dtld. u. d. Weltstaatensystem, DW I, S. 3ff.; der Sinn des Krieges, ebd. II, S. 820ff. — Später: Imperialismus u. Weltpolitik, DF, S. 114. Vgl. dazu auch: L. Dehio: Ranke u. d. deutsche Imperialismus, in: Deutschland u. d. Weltpolitik i. 20. Jhdt., 1961, S. 45ff.

[41] Vgl. F. Meinecke, Straßburg, S. 158.

[42] Vgl. F. Schmidt-Ott, Erlebtes u. Erstrebtes, 1952, S. 143, und: an Delbrück, 12. I. 1915, DB: Die Verbreitung d. Sammelwerks im Auslande mache einen „vornehmen Ton" und den Verzicht auf Polemiken nötig. Delbrück erhielt für seinen Beitrag (üb. d. deutsche militärische System) allgemeine Anregungen, die darauf hindeuten, daß eine gewisse inhaltliche Koordinierung der Einzelbeiträge stattfand. F. Thimme hob in seiner im Aug. 1916 erschienenen Besprechung die Einmütigkeit der verschiedenen Aufsätze hervor (IMW X [1916], Sp. 66).

[43] Hintze, Weltstaatensystem, S. 25f.

[44] Ebd. S. 26.

[45] Hintze, d. Sinn, S. 824; Imperialismus, S. 126f.: Der Gegensatz wurde durch den Krieg noch verschärft: „Die Lebensbedingung Englands, die Seeherrschaft, ist durch ihren Mißbrauch zur Hungersperre gegen uns, zu einer beständigen Bedrohung unserer Freiheit, ja unserer nationalen Existenz geworden . . ."

[46] J. Haller, Deutschland u. d. Weltkrieg, SMhh Nov. 1915, S. 179, der Hintze voll zustimmte,

obwohl er an sich sehr viel weitergesteckte Ziele vertrat (S. u. S. 55f.). Ähnl. H. Oncken, Unsere Abrechnung, EK VIII, S. 30; M. Sering, D. Ursachen u. d. Bedeutung d. Krieges, DRR, S. 278; F. Meinecke, Kultur, Machtpolitik, DW II, S. 643; H. Schumacher, Deutschlands Stellung i. d. Weltwirtschaft, DW I, S. 152; P. Herre, D. Gleichgewichtsgedanke, in: Gesch. Schlaglichter, 1916, S. 14; u. C. Bornhak, Weltherrschaft u. eur. Gleichgewicht, Grbb 72 (1917), S. 232.

[47] O. Hintze, D. Sinn d. Krieges, S. 822; O. Hoetzsch, P.W. v. 7. IV. 1915, I, S. 149. Dagegen s. u. S. 54f. u. P.W. v. 21. VII. 1915, I, S. 305. Wie Hintze auch E. Troeltsch, Nach d. Erklärung d. Mobilmachung, S. 5, der von Deutschlands „drittem schlesischen Krieg“ sprach.

[48] H. Delbrück, P.K. v. 27. IX. 1914, PrJbb 158, S. 191.

[49] Hintze, Imperialismus, S. 114, auch: Sinn, S. 822ff., S. 831.

[50] D. Sinn, S. 830f.

[51] Weltstaatensystem, S. 30; Imperialismus, S. 142.

[52] Imperialismus, S. 118: Imperialismus sei Streben nach Weltherrschaft, Weltpolitik das genaue Gegenteil: Das Streben nach dem Aufbau der Gesellschaft aller Staaten, die einer Genossenschaft gleich sein sollte. Das Prinzip des Gleichgewichts stünde dem des Übergewichts gegenüber. Deutschland hätte sich besonders in seiner Politik gegenüber der Türkei, seinem Bemühen, diesen Staat vor dem Zerfall zu bewahren, gegen einen Imperialismus im englischen Sinne gewandt (S. 142).

[53] Sinn, S. 822.

[54] D. Sinn, S. 822; ähnl. Weltstaatensystem, S. 52, u. Imperialismus, S. 149. — Unter „Weltmacht“ verstand Hintze nicht ein „neues Rom“, sondern „eine Großmacht im Rahmen des neuen Weltstaatensystems . . . von dem Typus, wie ihn die vergrößerten . . . Weltverhältnisse bedingen . . .“ Dtld. müsse in der zukünftigen Staatengesellschaft als eine Weltmacht neben anderen stehen, wie es seit Bismarck eine Großmacht neben anderen im alten Staatensystem gewesen war (D. Sinn, S. 823).

[55] Hintze, Weltstaatensystem, DW I, S. 23ff. Auch: D. Sinn, DW II, S. 821.

[56] D. Sinn, S. 830f.

[57] Weltstaatensystem, S. 23f.

[58] Ebd. S. 23.

[59] Trotz beschwörenden Warnungen Delbrücks (an Hintze, 23. VI. 1915, DB) unterzeichnete Hintze „nach reiflicher Überlegung“ und „von Leidenschaften frei“ die alldeutsch-annexionistische Eingabe der „Intellektuellen“ v. 20. VI. 1915 (an Delbrück 23. VI. 1915, DB, s. u. Anm. 207). Vgl. dagegen seine Haltung in d. 2. Kriegshälfte: Kap. V, S. 116, Anm. 163.

[60] E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, S. 28. E. Meyer, England, S. XV, 203. O. Hoetzsch, P.W. v. 28. IV. 1915, I, S. 184f.: „Daß . . . einsichtige Männer jenseits des Kanals heute froh sein würden, recht bald, und so glimpflich als möglich aus diesem Engagement herauszukommen, glauben wir wohl. Aber das Interesse unseres Reiches liegt genau in der entgegengesetzten Richtung, und wir haben auch die Kraft, es bis zum Ende zu verfolgen.“ Ähnl. in Z.R., 1. IX. 1916, V&KMhh 31 (1916/17), S. 23.

[61] Bei O. Hoetzsch, Z.R. v. 2. XII. 1914, V&KMhh, 29, S. 139; A. O. Meyer, Worin liegt Englands Schuld? DK XVIII, S. 5: „Wenn unsere . . . Wünsche den Kriegsereignissen vorauseilen, so ist . . . keine Hoffnung inbrünstiger als die eine: Wenn wir doch erst in England ständen . . .“ Ähnl. S. 31; E. Haeckel, Zuschrift an: D. Monistische Jahrhundert, III, 2 (1914/5), S. 657, forderte eine „Invasion des britischen Seeräuberstaates“ u. d. Besetzung v. London. Ähnl. F. Lezius an R. Seeberg, 17. IX. 1914, SK. Delbrück nannte solche Hoffnungen „phantastisch“ (in: Krieg u. Politik I, 1918, S. 68, dem Sammelband seiner „Pol. Korrespondenzen“; dieser Passus fehlt jedoch im [im Nov. 1914 erschienenen] Original — Zensureingriff?).

[62] E. Marcks, D. Machtpolitik Englands, DW I, S. 360; O. Hoetzsch, Zum Sedantag 1914, ABll XIX, S. 177, entrollte die „Sturmfahne“ eines „deutschen Imperialismus“.

[63] K. Lamprecht, Geistige Mobilmachung, AR Sept. 1914, S. 563; O. Hintze, D. Sinn, DW II, S. 822; E. Marcks, Neue Horizonte, IMW IX, S. 343; E. Meyer, England, 1915, S. 23; D. Schäfer, Von deutscher Art, 1916, S. 23; G. v. Below, Das gute Recht d. Kritik, ND IV (1915/6), S. 444; H. Delbrück, D. Beispiel Napoleons, PrJbb 167, S. 362ff.

[64] D. Schäfer, Unser Volk inmitten d. Mächte, a.H.g. 1915, o. S.; J. Haller, Warum u. wofür wir kämpfen, 1914, S. 25. J. Kaerst, D. geschichtl. Wesen u. d. Recht der deutschen nat. Idee, 1916, S. 53, 56; H. Oncken, Unsere Abrechnung, EK VIII (1914), S. 16; auch: E. Troeltsch, Privatmoral u. Staatsmoral, in: Deutsche Zukunft, 1916, S. 78 (Gegensatz zu seiner Haltung in d. Kriegszielfrage!).

[65] Der Vorsitzende d. Alldeutschen Verbandes H. Claß mußte sich Ende Oktober 1914 einen

ersten Eingriff der Zensur gefallen lassen (Claß, Wider den Strom, 1932, S. 344). Generell griff die Zensur offenbar erst 1915 gegen die detaillierte Erörterung v. Kriegszielen durch.

[66] E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, S. 30.

[67] M. Lenz an Delbrück, 22. VIII. 1914(!), DB.

[68] M. Scheler, Genius, S. 169, 249, Verbindung mit Kontinentalbundgedanken (s. o. Kap. II, S. 31). J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft (geschrieben Dez. 1914), 1915, S. 173; J. Haller, Warum u. wofür wir kämpfen, 1914, S. 26; W. Ostwald, Europa unter deutscher Führung, in: Monist. Sonntagspredigten, 1915, S. 188 u. 302ff. Über seine Zurechtweisung durch die Leipziger Universität s. u. Kap. II, Anm. 144. D. Schäfer, D. Sinn d. Krieges, Pt III, 1915, S. 50; F. W. Foerster, Neue Erzieherpflichten, WU, 1915, S. 20, sprach von einer deutschen „Hegemonie“ als einer „Führung zu konstruktiver völkerverbindender Weltpolitik“ im Rahmen von Vereinigten Staaten von Europa. Es wiederholt sich hier das Phänomen, daß Foerster gemäßigte Ziele in imperialistische Sprache kleidete. Vorher in: Christus u. d. Krieg, LDH I, S. 68ff. Er lief dabei natürlich Gefahr, allzu wörtlich verstanden zu werden.

[69] O. v. Gierke, Krieg u. Kultur, DRR, S. 91 u. 92.

[70] M. v. Gruber, D. Mobilisierung d. Ernährungswesens, SMhh Sept. 1914, S. 860.

[71] F. Lezius an Seeberg, 14. IX. 1914, SK.

[72] E. Haeckel, Zuschrift an: D. monist. Jahrhundert, III, 2, S. 657 (Nov. 1914), später im Ausland veröffentlicht bei S. Grumbach, D. annexionistische Deutschland, 1917, S. 255.

[73] Lasson nach Kellermann, S. 107 u. 110ff., wo auch auf die Rüge hingewiesen wird, die die Berliner Akademie d. Wissenschaften diesem ihrem Mitglied erteilte (s. o. Kap. II, Anm. 144).

[74] M. Spahn, Im Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 51 u. 58; M. Lenz, Napoleons Kampf gegen England, V&KMhh XIX, 4 (1914), S. 529, 535; J. Haller an Delbrück, 9. II. 1917, DB. J. Plenge, 1789 u. 1914 (1916), S. 72.

[75] E. Meyer, D. röm. Weltherrschaft (Nov. 1915), in: Weltgesch. u. Weltkrieg, S. 66, noch an Ehrenberg, 6. IV. 1918 (EL); F. Lezius an Seeberg, 14. IX. 1914, SK.

[76] Pl. an Delbrück, o.D. (Sommer 1915) (DB); ähnl.: 1789 u. 1914, S. 15; auch: H. Finke, Der Gedanke eines gerechten . . . Krieges, 1915, S. 12.

[77] J. Haller, Deutschland u. Rußld., Pt IV 1916, S. 29; O. Hoetzsch, P.W. v. 23. XII. 1914, I, S. 31; E. Marcks, Vom Erbe Bismarcks, 1916, S. 42; O. v. Gierke, D. Parteien während d. Krieges, ND III (1915), S. 6.

[78] M. Spahn, An den Pforten d. Weltkrieges, Hl XII,1 (1914/5), S. 26f.

[79] M. Spahn, Im Kampf, 1915, S. 52.

[80] Ebd. S. 56f.

[81] Ebd. S. 58, ähnl.: S. 47: . . . „Wozu Frankreich im 18. Jahrhundert einen Anlauf nahm, woran es aber nie seine volle Kraft setzte und Napoleon zum Schluß scheiterte, daran mit gesteigerter Kraft . . . sich zu erproben, war dem deutschen Volke . . . als nächste Schicksalsaufgabe gesetzt . . .“ Auch S. 51, u.: Zum Gedächtnis Napoleons, Hl XII, 2 (1915), S. 431, 446.

[82] M. Lenz an Delbrück, 31. VIII. 1914, DB. Delbrück s. u. S. 60f.

[83] Spahn, Kampf, S. 63f.

[84] Diese Unterscheidung war bereits im Weltkrieg geläufig, wie das Buch des schwedischen Staatswissenschaftlers G. Steffen, Weltkrieg u. Imperialismus, 1915, S. 48, zeigt; ähnl. A. Hettner, Die Ziele unserer Weltpolitik, DK 64, S. 16f., 30. Vgl. auch L. Dehio, Gedanken über d. deutsche Sendung, in: Deutschland u. d. Weltpolitik im 20. Jhdt., 1961, S. 91.

[85] E. Troeltsch, Imperialismus, NR 1915, S. 13; A. Hettner, D. Ziele, S. 10ff.; A. Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, S. 92; H. Oncken, Deutschlands Weltkrieg u. d. Deutschamerikaner, DK VI, S. 70.

[86] M. Weber, Deutschland unter d. europ. Weltmächten, GpS², S. 161. A. Hettner, Die Ziele, S. 16 u. S. 23; ähnl. W. Wundt, Über den wahrhaften Krieg, S. 34ff.; E. Marcks, Wo stehen wir, S. 31; M. Lenz, Napoleon, V&Khh XIX, 4, S. 532: Für Herauslösung Ägyptens aus dem englischen Empire. S. 48; E. Haeckel, Ewigkeit, Weltkriegsgedanken, 1915, S. 123, wollte England ganz aus Afrika vertreiben.

[87] H. Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 193, 202, 205f. (Kongo!).

[88] L. Brentano, Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit, S. 20; O. Hoetzsch, P. W., 13. I. 1915, I, S. 51.

[89] J. Haller, Warum u. wofür wir kämpfen, 1914, S. 23; noch ausgeprägter: Die auswärt. Politik des Fürsten Bülow, SMhh Jan. 1917, S. 410. Hier auch der einzige dem Verf. bekannt gewordene Fall einer vorsichtigen Kritik der deutschen Flottenpolitik im Namen eines kontinentalen Expansionismus. Langatmige Stellungnahme dazu: v. Bülow an Delbrück, 23. III. 1917, DB. Vgl. ferner:

E. Marcks, Imperialismus, 1916, S. 20, u. noch 1918: H. Schumacher, Weltpolitik u. Imperialismus, ND VI, S. 206.

[90] J. Haller, Gedanken eines Balten, SMhh Sept. 1914, S. 815; Deutschland u. Rußland, 1915, S. 28f. (von Zensur gestrichen, aber noch lesbar); R. Seeberg, D. weltgeschichtl. Bedeutung ... (1915), in: Geschichte, Krieg u. Seele, S. 37f.; Th. Schiemann, D. Weltlage, DgD, Nov. 1915, S. 1649; F. Lezius an Seeberg 12. VIII. 1914, SK.; N. Bonwetsch, Zur Kriegslage, DTh, S. 13. Vgl. auch K. Schwabe, Ursprung u. Verbreitung des alld. Annexionismus, VfZG XIV (1966), S. 112; A. Webers Urteil in: Gedanken, S. 82.

[91] D. Schäfer, D. deutsche Volk u. d. Osten, 1915, S. 42f.; Rückblick in: Mein Leben, S. 102ff.

[92] D. Schäfer, Über die zukünftige Gestaltung unserer östlichen Nachbargebiete, Denkschr. v. 4. VIII. 1915, in: D. Neugestaltung d. Ostens, 1918, S. 31; vorher schon: D. Sinn d. Krieges, Pt III, 1915, S. 50; J. Haller, Livland, ebd., S. 93.

[93] H. Delbrück, Über die Zukunft Polens, Denkschr. Dez. 1914 (DK); F. Meinecke, Staatsgedanke u. Nationalismus, in: Die deutsche Erhbg., S. 81; vgl. K. Schwabe, Ursprung, S. 112 u. 119.

[94] A. Weber an Delbrück, 7. VIII. 1915, DB. Mit ihm kann man E. Jaffé (D. Militarisierung unseres Wirtschaftslebens, ASwSp 40 [1915], S. 532), Max Weber, (an FZ, Ende 1915, GpS[1], S. 459), F. Meinecke (Sozialdemokratie u. Machtpolitik, AND, S. 30, und an W. Goetz, 6. V. 1915, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 59), u. A. v. Harnack nennen, der selbst aus dem Baltikum gebürtig war (an Bethmann Hollweg [?], Eingabe v. 23. V. 1915, HB, u. an Valentini, 2. V. 1915, HB), jedoch die Aussichten für deutsche Gebietserweiterungen in den Ostseeprovinzen recht skeptisch beurteilte. Vgl. auch Anm. 219!

[95] H. Delbrück an Lenz, 7. VIII. 1915, DB, u. an H. Oncken, 9. u. 13. VIII. 1915, DB, wo Delbrück Polen und Livland als zu „annektierende" Gebiete nennt. S. u. S. 61.

[96] Dazu wieder K. Schwabe, Ursprung, VfZG XIV (1966), S. 122ff. Hier Hinweis auf die v. H. Schumacher verfaßte Denkschrift; s. u. S. 84.

[97] Seit der offiziösen deutschen Veröffentlichung aus belgischen Archiven im Oktober 1914 gab es darüber keinen Zweifel mehr. Vgl. M. Weber, Bismarcks Außenpolitik u. d. Gegenwart, GpS[2], S. 116f., u.: Deutschland unter d. europ. Weltmächten, ebd. S. 161; F. Meinecke, Sozialdemokratie u. Machtpolitik, AND, S. 29; als kathol. Stimme: J. Ebers, Belgiens Neutralität u. ihr Untergang, DKKW, S. 110f. Ferner Erklärung deutscher Professoren „gegen Oxforder Hochschulen", v. 3. XII. 1914 (vgl. Kap. II, Anm. 30), bei: Kellermann, S. 92. Der Berliner Staatsrechtler E. Triepel erklärte erleichtert, er kenne manchen Deutschen, „dem es wie ein Stein von der Seele fiel, als ihm bald darauf klar wurde, daß wir in Wahrheit bei dem Einmarsch in Belgien keine echte Neutralität verletzt ... nicht einmal in einem völkerrechtlichen Notstande gehandelt haben, sondern daß wir einem unehrlichen Nachbarn an den Leib gegangen sind" (D. Völkerrecht u. d. Weltkrieg, ND II [1913/4], S. 600).

[98] So H. Oncken an Delbrück, 28. VI. 1915, DB.

[99] E. Meyer, Dtld. u. d. Krieg, EK III (1914), S. 14.

[100] M. Scheler, Genius, S. 323; J. Plenge, Krieg u. Volkswirtschaft, S. 174, 185; G. Rachfahl, Deutschld. u. Belgien in Vergangenheit u. Gegenwart, IMW IX (März 1915), Sp. 684; E. Haeckel, Weltkrieg u. Naturgeschichte, NuS 151 (Nov. 1914), S. 147; O. Hoetzsch, P.W. 13. I. 1915, I, S. 50f., u.: Gedanken über die pol. Ziele d. Krieges, Denkschrift v. Dez. 1914 (DZA Potsdam). Auch: K. v. Amira, Nach d. Kriege, OeRL, S. 8); M. Spahn, An d. Pforten d. Weltkrieges, Hl XII, 1 (1914/5), S. 26 (Okt. 1914!).

[101] F. Rachfahl, Deutschland u. Belgien, IMW IX, Sp. 669, u.: G. Roethe, Wir Deutschen u. d. Krieg, DRR, S. 31f.

[102] F. Meinecke, Sozialdemokratie u. Machtpolitik (1915), AND, S. 29: „Luxemburgisierung"; H. Oncken an Delbrück, 28. VI. 1915, DB: „militärisch-politische Kastration"; R. Piloty, Ursachen ... d. Krieges, bei: S. Grumbach, D. annex. Deutschl., 1917, S. 272; G. v. Schulze-G. s. u. S. 86; V. Valentin an A. Schulte, 1. IX. 1915, SchB, wo V. sich gegen eine Teilung Belgiens aussprach: „Ich meine nichts an Frankreich, nur das *ganze* Belgien *als Belgien* möglichst sicher und schonend in unsere Hand ..." M. Weber an FZ, Ende 1915, GpS[1], S. 459.

[103] R. Seeberg, D. weltgeschichtliche Bedeutung d. gegenwärtigen Krieges, in: Gesch., Krieg u. Seele, 1916, S. 35 u. 37. Auch Haller hat nicht zugunsten einer ausschließlich nach Osten gerichteten Kriegszielsetzung optiert, wie er nachträglich behauptete (Lebenserinnerungen, o.J. masch., HK, S. 122): Er setzte sich mit derartiger Lautstärke für Annexionen im Prinzip ein, daß von seinen Bedenken gegenüber westlichen Gebietserwerbungen, wenn sie je bestanden, nichts an die Öffentlichkeit drang. Möglich nur, daß er aus diesem Grunde die Seeberg-Denkschrift nicht unter-

schrieben hat. 1917 setzte er sich indessen öffentlich für die Alldeutschen ein, von denen er vor dem Kriege nichts gehalten hatte (dazu: Warum u. wofür wir kämpfen, 1914, S. 24ff.; D. Politik d. Fürsten Bülow, SMhh Jan. 1917, S. 418, 420ff., u. an Delbrück, 9. III. 1917, DB; Lebenserinnerungen, Stuttgart 1960, S. 94f.).

[104] E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, S. 30f.; ähnl. A. Penck, Polit.-geograph. Lehren d. Weltkrieges, Mk IX (1915), S. 10, 35f.

[105] D. Schäfer, D. deutsche Volk u. d. Osten, 1915, S. 42f. u.: Unser Volk inmitten d. Mächte, a.H.g., 1915, o. S.; E. Meyer, D. Weltkrieg u. d. deutsche Kultur d. Zukunft, in: Weltgesch. u. Weltkrieg, S. 22. J. Haller s. o. Anm. 89.

[106] S. o. S. 47.

[107] A. Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, 1915, S. 107; daran anknüpfend in gleichbetiteltem Aufsatz: L. Dehio, in: Deutschland u. d. Weltpolitik, S. 63ff. Ähnl. E. Troeltsch, D. Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 35 u. 58.

[108] O. Hoetzsch, Weltpolitische Konzentration (zuerst Jan. 1916), in: Politik im Weltkrieg, 1917, S. 136ff., bes. 147f. Ähnl.: Die öffentliche Meinung, V&KMhh 29, S. 28 u. 32.

[109] O. Hoetzsch, Konzentration, S. 151.

[110] Ebd. S. 142.

[111] O. Hoetzsch, Vorläufige Gedanken zur polnischen Frage, o.D. (1 Ex. HK), dem Ausw. Amt überreicht 22. XII. 1914 (Akten d. A.A., Wkg. 15 geh.), zitiert als „Denkschrift I". Ds., Gedanken über die politischen Ziele des Krieges, präsentiert 20. XII. 1914 (Akten d. Reichskanzlei, Gr. Hauptquartier, Wkg. 21, I, DZA Potsdam), zitiert als „Denkschrift II". Vgl. K. Schwabe, Ursprung, VfZG XIV, S. 121. O. Hoetzsch, D. Krieg u. d. gr. Politik, I, S. 33 (P.W. v. 23. XII. 1914); ds., Der Deutschen Kampf im Osten, DRR XVII v. 5. II. 1915, S. 20f.; ds., Konzentration, V&KMhh 29, S. 144 u. 154.

[112] S. o. Kap. II, S. 30f.

[113] Denkschrift II.

[114] H., Der Deutschen Kampf im Osten, S. 21; ds., Rußland als Gegner Deutschlands, 1914, ZKF VI, S. 56: ... „es war kein Zeichen von politischer Reife, wenn sich daran schon in den ersten Tagen auch sehr hochstehende Männer unseres Geisteslebens beteiligten und das russische Reich auflösten, wie man Blätter einer Artischocke abpflückt, wie es auch eine geradezu kindliche Unterschätzung ... des Gegners verriet, wenn man hoffte, es würden sich beim Einreiten der ersten preußischen Ulanen alle Grenzvölker ... zugunsten der Befreiung bringenden Deutschen und Österreicher erheben ..." Hoetzsch verzichtete allerdings nicht auf die Drohung, daß Deutschland im Notfalle die Nationalitäten-Gegensätze in Rußland gegen das Zarentum ausspielen könnte (ebd. S. 53ff.). Dagegen scharf polemisch: J. Haller, Rußld. u. Deutschland, Pt III (1915), S. 241ff.

[115] Denkschrift I.

[116] Weltpol. Konzentration, S. 154.

[117] D. Krieg u. d. gr. Politik I, S. 50f.; Denkschrift II.

[118] Weltp. Konzentration, S. 154ff.

[119] Hoetzsch wollte das nicht anerkennen: Für ihn bedeuteten die russischen Ambitionen in Südosteuropa und im Nahen Osten eine Übersteigerung seiner wahren Interessen (Rußland als Gegner, S. 29ff., u. P.W. v. 19. I. 1916, II, S. 146).

[120] Delbrück an Lenz, 24. VIII. 1914, DB: „... Sehr richtig sagst Du: der Feind ist England! Erwartest Du nun, daß wir erst in Paris, dann in Moskau, dann in London einziehen? Nein. Also, wenn wir wirklich die schwerste aller Aufgaben angreifen und die englische Seeherrschaft brechen wollen, müssen wir mit Frankreich oder mit Rußland oder mit beiden einen Frieden machen, den die öffentliche Meinung ... 'schwächlich' nennen wird — Du auch?" ... Die P.K. v. 24. X. 1914, PrJbb 158, S. 370 u. 376, spricht zwar von einer Niederringung der deutschen Gegner „einen wie den anderen" — was vielleicht eine Konzession an die Delbrück nicht freundliche Zensur gewesen ist (s. u. S. 73) —, macht aber gleichzeitig klar, daß England auch nach einer solchen Niederlage eine „große Macht" bleiben würde.

[121] Friedensmöglichkeiten mit Rußland werden erwähnt in den Briefen Delbrücks an Lenz v. 24. VIII. u. 15. XI. 1914, u. 13. VI. 1915 (DB), Friedensmöglichkeiten mit England in Briefen an Lenz v. 23. IV. 1915 (DB), an Berthold Delbrück, 13. IV. 1915 (DB), an Gen. Ludendorff, 24. XII. 1915, an Kriegspresseamt, 14. XI. 1915 (DB). Entschiedene Ablehnung eines Separatfriedens mit Rußland erst am 29. VIII. 1916 (an Lina Delbrück, in: L. Delbrück, Hans D.'s Leben, 9. Fortstzg., S. 67f., zit. unter S. 107!). Vgl. die ähnl. Entwicklung bei Alfred Weber, Gedanken zur dt. Sendung, 1915, S. 15; dagegen: S. 33, 41, 99.

[122] P.K. v. 27. IX. 1914 PrJbb 158, S. 191f.; P.K. v. 24. X. 1914, ebd., S. 376. Auf ein gewisses Zögern im Einschwenken auf das vorherrschende anti-englische Sentiment weist der bereits (Anm. 120) zitierte Brief an M. Lenz v. 24. VIII. 1914 hin. Daß Delbrück indessen dann doch Konzessionen in dieser Richtung gemacht hat, wurde bereits gezeigt (Kap. II, S. 26). Vgl. auch A. Thimme, Delbrück, 1955, S. 120.

[123] P.K. v. 27. IX. 1914, PrJbb 158, S. 192: . . . „ein militärisch unausgefochtener Krieg ist also nach englischer Auffassung für Deutschland politisch bereits ein großer Sieg, und wir haben allen Grund, diese Auffassung von Herzen für richtig zu erklären . . .", vgl. auch S. 191; auch D. an Lenz, 2. IX. 1914, DB.

[124] Max v. Baden, Erinnerungen u. Dokumente, 1927, S. 76, dort auch die nicht richtige Behauptung, Delbrück habe noch vor dem Ausgang der Marneschlacht *öffentlich* die Freigabe Belgiens verlangt (s. u. S. 87f.).

[125] Vgl. P.K. v. 27. IX. 1914, a.a.O., S. 191: „Gegen Frankreich und Rußland sind wir im Grunde nur in der Defensive; der positive Feind ist England." Später z.B.: Unnötige Sorge, Tg, 13. VII. 1916.

[126] S. o. S. 52.

[127] P.K. v. 27. IX. 1914, a.a.O., dort Verweis auf d. Aufsatz v. F. J. Schmidt, D. Ethos d. politischen Gleichgewichtsgedankens, PrJbb 158, S. 1ff., mit dem Delbrück übereinstimmte. Auch Eingabe Delbrücks an Bethmann v. 7. X. 1914, DB; u. Besprechung von DW, in: PrJbb 161 (1915), S. 531. D. machte sich die dort gegebene idealistische Interpretation der deutschen Weltpolitik voll zu eigen. Rückblickend auch vor dem Untersuchungsausschuß (Ursachen I, S. 210). Auch: L. Dehio, Gedanken über d. deutsche Sendung, in: Deutschland u. d. Weltpolitik, 1961, S. 86.

[128] Darauf deutet das Gewicht hin, das Delbrück von Anfang an der öffentlichen Meinung in den USA beilegte (D. an Lenz, 24. VIII. 1914, DB, u.: ds., Was die Amerikaner glauben, PrJbb 159, S. 483).

[129] P.K. v. 27. IX. 1914, PrJbb 158, S. 191f. D. an Kabisch, 1. IX. 1914, DB, wo er ebenfalls von einer möglichen deutschen Niederlage als Konsequenz napoleonischer Politik spricht; u. an Berthold Delbrück, 13. IV. 1915, DB.

[130] P.K. v. 24. X. 1914, PrJbb 158, S. 375; ähnl. schon in P.K. v. 27. IX. 1914, ebd. S. 192.

[131] Dazu sollten gehören: Nigerien, Uganda, Madagaskar (D. an Lenz, 2. IX. 1914, DB). Öffentlich: Bismarcks Erbe, 1915, S. 202. Wenn nicht schon vorher, so wollte D. jedenfalls 1917 hier nicht genau beim Wort genommen sein. An v. Valentini schrieb er am 6. VI. 1917 (VM): „Ich bilde mir ja nicht ein, daß das Riesenkolonialreich . . . wirklich erreichbar sei. Aber ich denke, man muß die auf Belgien eingestellte Eroberungslust sozusagen überbieten." Vgl. S. 150, Anm. 175!

[132] Denkschrift: Über die Zukunft Polens, Dez. 1914, 1 Ex. in DK.

[133] Frühester Beleg: Delbrück an Kabisch, 1. IX. 1914, DB: D. Annektierung Belgiens würde von allen vernünftigen Leuten abgelehnt, auch an „entscheidenden" Stellen. Mit dem Programm einer Erwerbung des ganzen tropischen Afrikas sei auch ein baldiger Friede möglich, während sonst der „gute Ausgang" „in Frage" gestellt sei. — Weitere Zeugnisse in: K. Schwabe, Ursprung, VfZG, XIV (1966), S. 117 u. 130. Der „Faustpfand"-Gedanke erscheint bei Delbrück bereits am 24. VIII. 1914 (an Lenz, DB) später — 8. VI. 1915 — an Hindenburg, DB, um dann bald aufgegeben zu werden (s. u. S. 88). Delbrück nahm die Sache der kleinen Nationalitäten auch gegen unüberlegte Verunglimpfungen in Kriegsschriften von Kollegen in Schutz (Offener Brief an A. M. Harthorn, Dez. 1914, in: D. Eiche, III, S. 119).

[134] H. Delbrück, Die Maaslinie oder die Entwaffnung Belgiens? Denkschrift v. Dez. 1914, DK . . . „Belgien aber in seinem Territorialbestand erhalten, aber seiner Militärlast ledig, würde seine Wunden ausheilen und das Rachebedürfnis allmählich einschlafen lassen . . ." Nur solch eine Lösung würde einen dauernden Frieden und nicht nur einen Waffenstillstand verbürgen. Ähnl. an Ludendorff, 24. XII. 1915, DB. . . . „Ich für meine Person stehe jetzt auf dem Standpunkt, daß ich Territorialveränderungen im Westen womöglich ganz fallen lassen möchte gegen die Bedingungen, daß Belgien kein Heer und keine Festungen halten darf . . ." Ein neutraler Politiker hätte auf dieser Basis eine Friedensbereitschaft Englands in Aussicht gestellt. — Delbrück hatte vorher eng umgrenzte strategische Grenzberichtigungen im Westen nicht völlig ausgeschlossen, meinte damit aber nicht Belgien, wie auch aus seinem Gespräch mit Bethmann im November 1915 hervorging (Bericht in DK): Hier sprach er sich für einen vollen Verzicht auf eine Annexion Belgiens aus. Vgl. dazu auch: K. Schwabe, Ursprung, VfZG 1966, S. 130.

[135] Delbrück an Lenz, 24. VIII. 1914, DB. Denkschrift über die Zukunft Polens, DK; bereits August 1914 nach: W. Conze, Poln. Nation u. deutsche Politik, S. 61. Auch: Eingabe an Bethmann, 7. X. 1914, DB. Weiteres in Kap. IV, S. 76f., u. K. Schwabe, Ursprung, VfZG 1966, S. 120.

[136] P.K. v. 24. X. 1914, PrJbb 158, S. 371.

[137] Denkschrift über die Zukunft Polens: . . . „Umgekehrt ist für Deutschland irgendeine wenigstens indirekte Expansion nach Osten als Siegespreis beinahe notwendig, da sie im Westen in jeder Beziehung unrätlich ist. Die Erwerbung etwa bloß von Luxemburg und dem französischen Westafrika würde dem deutschen Volke für die gebrachten Opfer wohl zu gering erscheinen . . ." Vgl. auch K. Schwabe, Ursprung, S. 131, u. Anm. 131!

[138] S. o. S. 56f. P.K. v. 29. VIII. 1915, PrJbb 161, S. 560 (ds. in: PBll I, S. 45ff.). Weitere Belege: Schwabe, Urspr., ebd. Wie wir noch sehen werden, war Delbrück mit seiner ursprünglichen Kriegszielkonzeption, wie er sie Ende September 1914 öffentlich vertrat, auf herbe Kritik gestoßen (s. u. S. 73). Vgl. Anm. 94 u. 219!

[139] L. Dehio, Ranke u. d. deutsche Imperialismus, in: Deutschland u. d. Weltpolitik, 1961, S. 43 u. 47; ds., Gedanken über die deutsche Sendung, ebd., S. 91.

[140] S. o. S. 52 und unten S. 89f. — Vgl. auch K. Schwabe, Ursprung, S. 133.

[141] K. v. Amira, Nach d. Kriege, OeRL (1915), S. 9; O. Hoetzsch, Rußland als Gegner Deutschlands, ZKF VI, 1915, S. 29ff.; H. Delbrück, Bismarcks Erbe, 1915, S. 210; ferner: M. Spahn, Im Kampf, 1915, S. 38; A. Hettner, Ziele, DK 64, S. 18ff.; E. Marcks, Imperialismus, 1916, S. 21; A. v. Harnack, Kriegszieleingabe v. 23. V. 1915, HB; M. Lenz, D. Weltkg. im Spiegel, BJ, S. 272.

[142] M. Lenz, D. Weltkrieg im Spiegel . . . , BJ, S. 272.

[143] H. Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 210.

[144] So bei E. Meyer (an Ehrenberg, 30. XII. 1914, EL); M. Lenz an Delbrück, 22. VIII. 1914, DB; F. Meinecke an v. Below, ca. Nov. 1914, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 52.

[145] R. Seeberg, D. weltgesch. Bedeutung, in: Geschichte, Krieg u. Seele, S. 36. Ähnl. Hoetzsch, s. o. Anm. 119.

[146] E. Marcks, Wo stehen wir, DK XIX, S. 30, vorher schon: Neue Horizonte (geschr. Nov. 1914), IMW IX, Sp. 344; H. Breßlau, 1813 usw., S. 24; M. Sering, Die Ursachen u. d. weltgesch. Bedeutung (Rede v. 6. XI. 1914), DRR, S. 278f.; H. Finke, Deutsche Zukunftsfragen, DKKW, S. 228; K. Lamprecht, Krieg u. Kultur, ZKF VII, 1914, S. 59; K. A. v. Müller, in SMhh, Okt. 1914, nach: Vom alten zum neuenDeutschland, 1938, S. 19. E. Jaffé, D. Militarisierung unseres Wirtschaftslebens, ASwSp 40 (1915), S. 532.

[147] F. v. Liszt, Ein mitteleuropäischer Staatenbund als nächstes Ziel der deutschen auswärtigen Politik, ZKF II, 1914.

[148] Vgl. Reichstagshdb., 13. Legisl. Periode, 1912, S. 312. — L. berichtete selbst, daß er als gebürtiger Österreicher gedrängt worden war, die Sache des deutschen Verbündeten zu würdigen (v. L., Nibelungentreue, OeRL, S. 87). Für Herkner, einen weiteren aus der Donaumonarchie stammenden Vorkämpfer Mitteleuropas vgl. u. S. 65, Anm. 164.

[149] Liszt, Staatenbund, S. 24ff., 43.

[150] Ebd. S. 25ff. u. 35f. Dem neuen Bunde sollte eine Delegiertenkonferenz der Einzelstaaten u. ein Schiedsgericht vorstehen.

[151] Liszt, a.a.O., S. 17f., S. 38: Mitteleuropa sollte die Vorstufe bilden zu einer globalen Völkergemeinschaft.

[152] Ebd. S. 44f.: „In dem mitteleuropäischen Staatenverband hat das Deutsche Reich eine vornehme Aufgabe zu erfüllen. Nicht als Träger einer Hegemonie, die mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Verbandsmitglieder unvereinbar ist. Aber als der Hort des Friedens. Primus inter pares: nicht in den Rechten, die es für sich beansprucht, sondern in den Pflichten, die es für die anderen übernimmt . . ."

[153] Vgl. S. 53f.

[154] Liszt, a.a.O., S. 40f., S. 35.

[155] Liszt, a.a.O., S. 8, 39.

[156] Auch Naumann wollte ein übernationales Großreich schaffen, wie aus seinen Gedanken zur Behandlung der Sprachenfrage in dem zukünftigen Europa hervorgeht, in deren Mittelpunkt der Grundsatz einer weitestgehenden Tolerierung der Einzelnationalitäten steht (F. Naumann, Mitteleuropa, 1915, S. 4, 84, 91f., 101, 236). Mit seinen Vorschlägen für eine mitteleuropäische Wirtschafts- u. Zollgemeinschaft und für den Abschluß einer Militärkonvention führte er eigentlich nur im Detail aus, was Liszt bereits in großen Zügen angedeutet hatte.

[157] Naumann, a.a.O., S. 56: Die deutsche Politik, die über Bismarcks Zweibundpolitik hinausführen wollte, sei gescheitert, die deutsche Weltpolitik erschien als Zwischenspiel, als „ein kurzer Geschichtstag, wie ihn Holland hatte". Noch deutlicher seine Äußerung gegenüber Th. Heuß (F. Naumann, Stuttgart^2 1949, S. 333f.): „Der imperialistische Versuch sei vorbei, es bleibe der Rückzug auf die kontinentale Stellung."

158 Naumann, Mitteleuropa, S. 73, 84, 233. Über die Erwartung eines Remisfriedens als Ausgangspunkt Naumanns vgl. Th. Heuß, S. 333.

159 Der Begriff selbst bereits bei Naumann (S. 231). Liberale Deutung von Naumanns Mitteleuropa auch b.: F. Sell, D. Tragödie des deutschen Liberalismus, 1953, S. 361.

160 Darüber Henry C. Meyer, Mitteleuropa in German Thought and Action, 1955, S. 206, ein Buch, das zu diesem Thema gerade für den 1. Weltkrieg festen Boden geschaffen hat und im Vor- und Nachstehenden mehrfach verwandt werden konnte.

161 E. Meyer an V. Ehrenberg, 13. II. 1916 (EL), fand Naumanns Buch „anregend" und „gedankenreich"; F. Lezius, an Kropatschek, 7. XII. 1915 (SK), „sehr lesenswert".

162 M. Weber, Deutschld. unter d. eur. Weltmächten (1916), GpS², S. 166. Diese Qualitäten erkannte auch ein Gegner Naumanns wie F. Eulenburg (Sammelbespr., WA VII, 1 [1916], S. 382) und L. Brentano an (an Naumann, 20. X. 1915, BK), der auch den liberalen Geist, den N.s Buch ausströmte, lobend hervorhob.

163 Marianne Weber, S. 598f.

164 H. Herkner, Krieg u. Volkswirtschaft, DRR XIX, S. 26ff., u.: Autobiographie, VoGSd I, S. 108: Danach auch bei H. das beherrschende Motiv, durch ein „Mitteleuropa" einem Remis-Frieden ein positives Ergebnis abzugewinnen; W. Mitscherlich, Nationalstaat u. Nationalwirtschaft, 1916, S. 27ff., 41, 50f.; G. Schmoller, Vorrede zur Generaldebatte des Vereins für Sozialpolitik, SchrrVSP 155, III, S. X; auch F. Toennies, ebd. S. 38; ferner M. Sering, Einleitung zu WRM (1917), S. XXVf., G. v. Mayr, Zur wirtschaftlichen Gestaltung des mitteleurop. Großblocks, EStWZ, Jg. 1916, S. 92, u.: W. Mitscherlich, Nationalstaat, S. 27, 32, wollte nur der Unionswirtschaft u. dem Unionsstaat, wie sie bei einer deutsch-habsburgischen Verbindung gegeben wären, eine wirtschaftspolitische Zukunft zuerkennen.

165 H. Herkner (Hrsg.), D. wirtschaftliche Annäherung zwischen dem deutschen Reiche u. seinen Verbündeten, SchrrVSp 155, I u. II, 1916 (zitiert als „Annäherung I" bzw. „II"). Aufschlußreich vor allem die Gesamtdiskussion d. Mitglieder v. 6. IV. 1916, die auch die sehr viel positivere Einstellung der deutsch-österreichischen Teilnehmer deutlich werden ließ (in: D. wirtschaftl. Annäherung, a.a.O., Bd. III [1916], zitiert als: „Generaldebatte").

166 L. Brentano, Ist d. System Brentano zusammengebrochen, 1918, S. 74ff. Vorher: in einem 21seitigen Schreiben an Naumann, 20. X. 1915, BK (erw. b. Heuß, S. 341): Abgesehen von tiefgreifenden Einwänden vom Standpunkt des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung, hielt Brentano nicht viel von einer deutschen Abhängigkeit von den „ungewaschenen" Völkern der Donaumonarchie und den „Schranzen" der Hofburg. Politisch bemängelte er, daß Naumann von Deutschland als einer „gegebenen Größe" ausginge und nicht einmal hypothetisch die Auswirkungen einer Angliederung Kurlands an das Reich und Polens an die Donaumonarchie erörterte. M. a. W.: Brentano weigerte sich von Naumanns Grundprämisse eines Remisfriedens auszugehen. Vgl. dazu S. 72, u. Br., Mein Leben, S. 325, wo er gar den Mitteleuropaplan als Rückfall Naumanns in alldeutsche Gedankengänge kritisierte. F. Eulenburg, Die Stellung d. deutschen Industrie zum wirtschaftl. Zweibund, in: Annäherung II, S. 3ff., 121, u.: Sammelbesprechung Mitteleuropa, WA VII, 1 (1916), S. 385ff. u. 412f. H. Diehl, Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland u. Österreich, 1915, u.: Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege, 1916. In mancher Weise klang hier die Debatte über die Endgültigkeit des Schrittes zum Staatssozialismus wieder an (s. o. Kap. II, S. 42f.). Aus dieser Perspektive verurteilte wohl auch E. Gothein Naumanns Buch als „brav, dilettantisch und leichtfertig" (an Delbrück, 27. X. 1915 [?], DB).

167 Diehl, Deutschland, S. 14f.

168 H. Schumacher, Meistbegünstigung u. Zollunterscheidung, in: Annäherung I, S. 75, 82, 130ff. Die Tatsache, daß für Schumacher die deutschen Expansionsziele in Westeuropa lagen (s. u. S. 84), mag auch eine Rolle bei seiner Kritik an „Mitteleuropa" gespielt haben. Weiterer Gegner Naumanns: J. Pierstorff (Jena), vgl. Generaldebatte (s. Anm. 165), S. 19.

169 Generaldebatte (s. Anm. 165), S. 28.

170 G. Schmoller, D. Handels- u. Zollannäherung Mitteleuropas, JGVV 40, I (1916), S. 22, später auch in: 20 Jahre Politik, 1920, S. 176ff. Ähnl. auch die Historiker H. Oncken u. O. Hoetzsch (s. u. Anm. 180) u. d. Geograph A. Hettner, Deutsche Eigenwirtschaft oder Weltwirtschaft, EStWZ, Jg. 1916, S. 1061. Schmoller wollte im übrigen Polen und Belgien auf jeden Fall in das neue Mitteleuropa wirtschaftlich miteinbeziehen (a.a.O.) (s. Anm. 155 u. 165).

171 M. Weber in: Generaldebatte, S. 28f. Über die zentrale Stellung Polens in Webers Überlegungen vgl. auch: Deutschl. unter d. eur. Weltmächten, GpS², S. 166f., u. Marianne Weber, S. 599f. Dazu betrachtete M. Weber die Drohung mit einem autarken Mitteleuropa als Trumpf

bei zukünftigen Friedensverhandlungen (Generaldebatte, S. 33). Hier widersprach F. Eulenburg, der eher Repressalien der Westmächte erwartete für den Fall, daß Deutschld. sich zollmäßig abzuschließen suchen würde. Das poln. Argument Webers erkannte er an, obwohl er sonst auch politisch nicht viel von dem Mitteleuropagedanken hielt (Generaldebatte, S. 48, u. Sammelbespr. in WA VII, 1, S. 387). Hervorkehrung des politischen Charakters des Mitteleuropaplanes auch bei H. Herkner, Vorrede zu: Annäherung I, S. VII; G. Schmoller, Vorrede zu Generaldebatte, S. Xf. u.: D. Handels- u. Zollannäherung, Schmollers JGVV 40, I, S. 10; E. Jaffé, in Generaldebatte, S. 19; H. Schumacher, Meistbegünstigung, in: Annäherung I, S. 73. „Polnisches Argument" auch M. Sering, D. Wiedererrichtung Polens, PBll V (1916), S. 187.

172 G. v. Schulze-Gaevernitz, Deutschlands Kulturmission u. England, LDH VI (1915), S. 148.

173 G. Briefs, Mitteleuropa, Hl XIII, 2 (1916), S. 385.

174 E. Troeltsch, D. Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 52f.

175 A. Weber, D. Selbstbestimmungsrecht d. Völker u. d. Friede, PrJbb 171 (1918), S. 68; F. Meinecke, Probleme d. Weltkrieges, 1917, S. 48. Bei Troeltsch verband sich der Mitteleuropagedanke wieder mit der Vorstellung der deutschen Mission als einer dritten Kraft zwischen der angelsächsischen u. d. russischen Welt (s. o. S. 48). Bei Schulze-Gaevernitz erweckte er Erinnerungen an den Kontinentalbundgedanken (Voss. Ztg. v. 27. XII. 1916) wie schon vorher bei M. Scheler (Genius, S. 70), obwohl Scheler später die einseitig wirtschaftliche Zielsetzung Naumanns (wohl in Verkennung der Intentionen des Autors) kritisiert hat (Krieg u. Aufbau, 1916, S. 233).

176 E. Troeltsch, Die Ideen v. 1914, in: Deutscher Geist, S. 52.

177 W. Goetz, Deutschland u. Österreich, 10. II. 1916, Hf XXII, S. 92f. Vgl. auch L. Dehio, Ranke u. d. deutsche Imperialismus, in: Deutschland u. d. Weltpolitik, 1961, S. 41ff.

178 H. Oncken, D. alte u. d. neue Mitteleuropa, 1917. Er selbst nannte sein Büchlein „eine Art realpolitischen Anti-Naumann", wobei „anti" vielleicht „etwas zu viel" gesagt sei (an Delbrück, 30. XII. 1916 u. März 1917, DB).

179 Oncken, Mitteleuropa, S. 97, 129, 134, 138. Auch: An der Schwelle d. 3. Kriegsjahres, 1916, S. 3.

180 Oncken, Mitteleuropa, S. 98f. Schmoller und Liszt s. o. Anm. 170. Hoetzschs Haltung in der Mitteleuropafrage deckte sich in vielem mit der Onckens: Auch er hob die überseeischen Interessen des Reiches hervor, zu denen für Hoetzsch — anders als für Oncken zu diesem Zeitpunkt (vgl. Mitteleuropa, S. 144f.) — allerdings auch eine feste deutsche Position in Belgien gehörte. Naumanns Oberstaats-Theorie lehnte Hoetzsch ab — Hoetzsch wurde im Laufe des Jahres 1916 immer mehr vom Kritiker zum Gegner Mitteleuropas (vgl. P.W. v. 11. VIII. 1915, I, S. 333, u. v. 5. I. 1916, II, S. 121; auch P.W. v. 8. XII. 1915, II, S. 73ff., 87ff., u.: Österreich-Ungarn u. d. Krieg DK 44 (1915), S. 32; scharf kritisch: P.W. v. 29. III. 1916, II, S. 235). Ähnl. O. v. Gierke, Recht u. Sittlichkeit, Logos VI (1917), S. 69.

181 H. Oncken, Mitteleuropa, S. 118, 145ff.

182 K. A. v. Müller, Mars u. Venus, 1954, S. 24, u.: D. deutsche Not, SMhh Okt. 1915, S. 18, auch: Deutschlands Stellung i. d. Welt, 1916, S. 46; M. Spahn, An d. Pforten d. Weltkrieges, Hl XII,1 (1914/15), S. 17f.; D. Schäfer, D. Sinn d. Krieges, Pt III, Jan. 1915, S. 50: Hier näherte sich d. Mitteleuropagedanke den uns bereits vertrauten Kontinentalbundvorstellungen an. Nationalistische Interpretation v. „Mitteleuropa" auch b. K. Stengel, Z. Frage d. wirtschaftl. u. zollpol. Einigung v. Deutschland u. Österreich-Ungarn, 1915, S. 14, 24. D. Berliner Geograph A. Penck wurde von einem Befürworter eines Mitteleuropa im Sinne einer überdimensionalen Schweiz zu einem Vertreter radikal-annexionistischer Lebensraum-Theorien (Penck, Pol.-geogr. Lehren d. Weltkrieges, Mk IX (1915), S. 40, u.: W. Basler, Zur pol. Rolle d. Berl. Univ., WZHB-G X [1961], S. 194).

183 G. v. Below, Bespr. v. Naumann, Mitteleuropa, JbNSt 106 (1916, I), S. 680f. u.: D. deutsche Nationalstaat, Mitteleuropa u. d. deutsche Grenzsicherung, in: Kriegs- u. Friedensfragen, 1917, S. 12, 16, 27. Vgl. auch AllB 26 (1916), S. 21ff.

184 Below, Bespr. Naumann, a.a.O., S. 687.

185 J. Kaftan, Wollen wir wirklich aus Deutschen Mitteleuropäer werden? 1916, S. 20. Bei Kaftan spielten außerdem konfessionelle Gesichtspunkte noch eine Rolle (S. 9, 19). Dies galt auch für liberale Theologen wie O. Baumgarten, Pol. Chron. Jan. 1916, EF XVI, S. 35, u. M. Rade, Protestantismus u. Katholizismus, in: F. Thimme, Vom inneren Frieden, 1916, S. 136.

186 H. Delbrück hat sich merkwürdig wenig zu Naumanns Buch geäußert und ließ es in seiner Zeitschrift (PrJbb 167, S. 456ff.) erst 1917 besprechen. Im selben Jahr rechnete er Mitteleuropa bereits zu den „tempi passati" (an Lenz, 12. XI. 1917, DB). Anspielungen auf den Mitteleuropagedanken zusammen mit dem Berlin-Bagdad-Plan auch in: Bismarcks Erbe (1915), S. 209.

[187] E. Brandenburg, Deutschlands Kriegsziele, 1917, S. 31; E. Marcks, Deutsche Geschichte u. d. Zukunft (1916), in: Männer u. Zeiten, S. 410ff.; J. Hashagen, An d. Schwelle, 1916, S. 27.

[188] F. W. Foerster, Mitteleuropäische Schützengrabenpolitik, OeR 47 (1916), S. 66, u. Th. Heuß, Naumann², 1949, S. 381.

[189] D. folgende Abschnitt basiert auf: K. Schwabe, Ursprung u. Verbreitung d. alldeutschen Annexionismus in d. deutschen Professorenschaft im 1. Weltkrieg, VfZG XIV (1966), S. 105ff., im Weiteren zitiert als: „Ursprung". Für den ganzen Abschnitt wird auf die dort ausgebreitete Quellengrundlage verwiesen. Die folgenden Anmerkungen enthalten i. A. nur Material, das in dem genannten Aufsatz noch nicht erwähnt worden ist.

[190] Vgl. die Memoiren des alld. Vorsitzenden: H. Claß, Wider den Strom, 1932, S. 306ff.

[191] Vgl. ebd. S. 22, u. die von dem Delbrückschüler M. Hobohm u. P. Rohrbach veranstaltete Sammlung: Chauvinismus u. Weltkrieg, Bd. II: Die Alldeutschen, 1919. Danach erscheint die Forderung nach einer deutschen Expansion auf dem Kontinent zuerst in einer anonymen Schrift: Deutschland u. d. Beginn d. 20. Jahrhdts., Berlin 1900, etwa gleichzeitig tauchen erste Annexionswünsche für Belgien, Holland, die Schweiz u. Französisch-Flandern auf (Boulogne = „Bohnen") (bei Hobohm, S. 13ff, 193ff., 206ff.). Kurd v. Strantz, auch im Kriege als Annexionist bekannt, verlangte Flandern, Lothringen u. d. baltischen „Reichsglieder", (Hobohm, S. 245ff., 281). Die Ausräumungsforderung wurde im ADV zuerst 1906 erhoben, 1913 auch v. Claß, Gen. Keim u. v. Vietinghoff-Scheel (Hobohm, S. 26, 47, 208, 259; auch: Claß, Strom, S. 322).

[192] Vgl. Kap. I, Anm. 29.

[193] Darüber Claß, Strom, S. 361. Während Schäfer darüber in seinen Memoiren nichts schreibt, wird die politische Linie, die er verfolgte, mit Hilfe seiner ersten Aufsätze hinreichend deutlich (z.B. D. Sinn d. Krieges, Pt III, 1915, S. 50).

[194] G. v. Below, Einige Worte über Englands Schuld, Deutsche Wacht 1914, S. 277. Er wie Schäfer erhofften zunächst einen Ausgleich mit Frankreich. Hoetzsch sah sich mit seiner Konzeption erheblichen alldeutschen Anfeindungen ausgesetzt (Lezius an Seeberg, 17. XI. 1914 u. o.D. [Juni 1915], ds. an Kropatschek, 10. u. 19. V. 1915, SK).

[195] S. o. S. 53f. u. Ursprung [Anm. 189], S. 113f. Lezius traute der Reichsleitung den Abschluß eines „faulen" Friedens bereits zu, als der Krieg noch gar nicht begonnen hatte (an Seeberg, 30. VII. 1914, SK). Gegen Zulassung der Eroberten zum Reichstag (Annexion „sine suffragio"): an Seeberg, 13. VIII., 16. u. 25. IX., 17. X. 1914, SK. Vgl. auch seine Denkschrift: Deutschland u. d. Osten, a.H.g. 1915, u.: Russen über Nordwest-Rußland als deutsches Siedlungsgebiet, AIK VII (1914), S. 130ff. Lezius gehörte dem Gesamtvorstand des ADV an. H. Claß bezeichnete ihn als seinen politischen „Gesinnungsgenossen" (Verhandlungsbericht ADV v. 25. IV. 1915, S. 13; Claß, Rundschreiben v. 22. XI. 1916, SchäB; und ds.: Wider den Strom, 1932, S. 340f.).

[196] Obwohl mit Hugenberg, Stinnes, Kirdorf, Thyssen, Röchling und anderen eine ganze Reihe klingender Namen aus der Industrie im Zusammenhang mit der alldeutschen Annexionsbewegung auftauchen, wird man mit Verallgemeinerungen vorsichtig sein müssen, solange die schwierige Frage: Industrie u. Politik im 1. Weltkrieg nicht in extenso behandelt worden ist. Die Interessen auch innerhalb der Industrie gingen durchaus nicht nur in einer Richtung, wie H. Schumacher bei der Vorbesprechung seiner Denkschrift selbst erleben mußte (Lebenserinnerungen, ungedr., S. 647; vgl. Kap. IV, S. 84). Dazu auch: M. Gothein, E. Gothein, 1931, S. 271ff., 283. In R. Bosch besaßen die Gegner der Alldeutschen einen zuverlässigen Bundesgenossen (Th. Heuß, Bosch, 1946, S. 313). Vgl. allg.: Gatzke, Germany's Drive to the West, 1950, S. 117, 135; u. W. Gutsche, Zu einigen Fragen der staatsmonop. Verflechtung . . . in: PiK, S. 69. Für Schumacher/Spahn vgl. Ursprung, S. 114f., u.: W. Basler, Zur pol. Rolle, WZHB-G X (1961), S. 186.

[197] Text (von A. Gildemeister, Bremen) bei S. Grumbach, D. annexionistische Deutschland, 1917, S. 132ff.; 1 Ex. mit Unterschr. Univ. Bibl. Freiburg. Vgl. auch A. Seeberg, Biographie R. Seebergs, o.J. masch. SK, II, S. 261f. Die Vielzahl von Unterschriften von Intellektuellen vermochte für einige Gelehrte den eigentlichen Ursprung der Denkschrift wirksam zu verdunkeln. Seeberg war schon im August 1915 öffentlich dem „Gerücht" entgegengetreten, als handele es sich bei seiner Eingabe um ein „unter Mitwirkung" der Schwerindustrie entstandenes Schriftstück. Dieses Dementi, war, wie gezeigt, objektiv unwahr (vgl. aber: Ursprung [Anm. 189], S. 135). Es tauchte dennoch mehrfach in den Schriften von Seebergs Freunden auf (z.B. bei G. v. Below, Zur belg. Frage, a.H.g. 1915; später bei D. Schäfer, Mein Leben, 1926 [!], S. 170). Zum Anteil d. Naturwissenschaftler vgl. Kap. I, Anm. 38!

[198] R. Seeberg, Unser Kriegsziel, a.H.g. 1915; ähnl. M. Spahn, Kampf um unsere Zukunft, 1915, S. 9. Vgl. auch Ursprung [Anm. 189], S. 127. Dagegen der einen Umsturz androhende Passus der Denkschrift, der wohl auf den extrem alldeutschen F. Lezius zurückging (Nachweis in:

Ursprung, S. 126); aber auch Seeberg befürchtete innere „Erschütterungen" für den Fall eines status-quo-Friedens (an Alfred Seeberg, o.D. [1915], bei A. Seeberg, Biographie R. Seebergs, o. J. masch., SK, II, S. 263). Sehr offenherzige Darlegung der konservativ-innenpolitischen Zielsetzung des Annexionismus durch Hugenberg (Mitinitiator der Seeberg-Denkschrift!) bei: W. Gutsche, Bethmann . . . u. d. Pol. d. Neuorientierung, ZGW XIII (1965), S. 219. Proteste gegen Umsturzpassus, der mehr als alle außenpol. Ziele der Denkschrift Anstoß erregte: Cartellieri an Schemann, 16. X. 1915, SF; dsgl. Meinecke, Oncken, Fester (der 1915 Schäfer noch als „Heißsporn" betrachtete, an Seeberg, 1. IX. 1915, SK, u.: Ursprung, S. 127), auch: Schäfer (Leben, 1926, S. 170) u. Wiegand, an Seeberg, 19. VI. 1915, SK, dem Seebergs Aktion zu sehr nach „Paulskirche" schmeckte. Finanzen: Seeberg an Lezius, 7. u. 24. IX., u. an Bonwetsch, 7. X. 1915, SK.

[199] H. Thieme, Nationaler Liberalismus, 1963, S. 63, 71. Seeberg trat alsbald nach der Beendigung der Aktion, die ihn mindestens vor sich selbst bloßgestellt hatte, von der Leitung des Ausschusses zurück. Rückblickend betrachtete er es als „große Dummheit, daß ich mittat trotz des Zweifels [?] in mir. Es stellt mich innenpolitisch auf lange kalt" (an Lezius, 5. IV. 1916, SK, Bezug nicht ganz gesichert). Persönliche Gründe kamen hinzu (an ds. 27. VII. 1915, SK). Vgl. auch: Ursprung, S. 134f.

[200] D. Schäfer, Leitsätze zu Punkt 4 d. Tagesordnung, 29. VIII. 1915. Hier liegt zwar immer noch das Schwergewicht auf Annexionen in Osteuropa, aber es werden auch die Abhängigmachung von Belgien und Erwerbungen an der französischen Grenze gefordert („nur" Briey bei einem Separatfrieden, sonst nach Möglichkeit u.a. Belfort u. Calais). Das Ausräumungsverlangen erscheint zum ersten Mal in Schäfers Denkschrift, Zur Lage, Neujahr 1916 (a.H.g.). Vgl. Ursprung [Anm. 189], S. 123. Noch in seinem 1913 erschienenen Beitrag zu dem Sammelband: Die deutsche Ostmark, hg. v. Ostmarkenverein, S. 13, 24, hatte Sch. den gewaltlosen Charakter der deutschen Ostkolonisation betont. — Dagegen blieb Hoetzsch der Gegner alldeutscher Enteignungspläne, als der er sich in demselben Werk (S. 619f.) gleichzeitig mit Sch. erwiesen hatte (s. u. S. 78). Trotz seiner Distanz zum Alldeutschen Verband (dem er an sich angehörte) erfreute er sich der Unterstützung mindestens eines Teiles der konservativen Partei, besonders des Grafen Westarp (K. Westarp, Konservative Politik, II, S. 35, 125). Hallers Urteil s. u. S. 107!

[201] A. Thimme, Delbrück, S. 116f.

[202] S. o. S. 59f.

[203] Delbrück an Lenz, 24. VIII. 1914, Eingabe an Bethmann v. 7. X. 1914, u. ds. an Gayl, 5. X. 1915, DB, wo Delbrück ähnlich wie in einer Marginalie zur Denkschrift d. 6 Wirtschaftsverbände v. 20. V. 1915 (DK) den „revolutionären" Charakter der alldeutschen Politik hervorhebt.

[204] Text bei Grumbach, D. annex. Deutschl., S. 409f. Ein auf den 2. VII. 1915 datiertes Rundschreiben, das die Unterschriften von Hatzfeldt, Delbrück und Anschütz trug, lud zu einer Erörterung „unsere Kriegsziele im Westen" ein. Zur Autorschaft: Th. Wolff, Marsch durch zwei Jahrzehnte, 1936, S. 270; irrtümliche Nennung G. Bernhards bei F. Fischer, Griff, S. 207. Vgl. auch Ursprung [Anm. 189!], S. 128ff., u. Kap. IV, S. 88, Anm. 103!

[205] S. o. S. 61f.

[206] P. Rühlmann, D. Mittwochskreis, WZt, S. 76ff., u. Ursprung (Anm. 190), S. 133.

[207] Meineckes und Onckens Namen standen zunächst — durch ein Mißverständnis, wie sich dann zeigte — unter der Seeberg-Eingabe. Vgl. Delbrück an Oncken, 15. VI. 1915, DB: „ . . . Ich bin ja ganz außer mir, daß Sie, Hintze und Meinecke die Hugenberg-Schäfersche Denkschrift unterzeichnet haben. Die Denkschrift ist doch — werden Sie es bestreiten — teils patriotische Phrase, teils Napoleonische Politik schlechtester Art. Während hier die Vernünftigen daran arbeiten, den Kanzler zu stärken gegen die wilden Militärs und die chauvinistischen Scharfmacher, sehe ich Sie unter denen, die dieses unheilvolle Beginnen unterstützen. Ich bitte und beschwöre Sie, erwägen Sie die Sache noch einmal; wenn Sie Erfolg haben, bringen Sie unsagbares Elend über unser Volk." . . . Meinecke u. Oncken zogen ihre Unterschriften zurück, weil sie zunächst an dem Schlußpassus des Entwurfes (s. o. Anm. 198) — Meinecke auch an den gegen Frankreich gerichteten Abtretungswünschen — Anstoß nahmen (Meinecke an Delbrück, 24. VI. 1915, DB). Beide unterschrieben indessen auch nicht die Wolffsche Petition, weil sie beide in der Belgienfrage anders dachten als Delbrück (vgl. Ursprung, S. 132f.) und weil Meinecke stärker, als es die Eingabe der Gemäßigten tat, den Grundsatz der freien Hand für alle zukünftigen Friedensmöglichkeiten gewahrt sehen wollte (an A. Dove, 4. IX. 1915, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 71). Trotz diesen Unterschieden betrachtete Meinecke selbst sich als „Gemäßigten", wie auch Delbrücksche Einflüsse in seiner Korrespondenz unübersehbar sind (an W. Goetz, 9. X. 1914; an A. Dove, 23. V. 1915, an ds. 4. IX. 1915, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 49, 60, 71). Hintze beharrte ausdrücklich auf seiner Unterschrift unter Seebergs Eingabe (an Delbrück, 23. VI. 1915, DB, vgl.

Anm. 59!). Zwiespältig: M. Rade: Kritik an Delbrücks Gleichgewichtslehre am 24. X. 1914 (an D., DB); dagegen öffentliche Unterstützung Delbrücks in: Dieser Krieg u. d. Christentum, DK 29 (1915), S. 30.

[208] L. Brentano regte einen Protest gegen gerüchteweise bekanntgewordene status-quo-Friedenspläne — „den Triumph des Abg. Liebknecht" — bei der Reichsleitung an. Er wollte den Pfandcharakter Belgiens auf jeden Fall gewahrt wissen und forderte einen Frieden der Sicherungen (Brentano an Schmoller, 17. IV. 1915, der Brief gelangte in die Akten d. Ausw. Amtes, Rußland 104, Nr. 15, S. 136ff.). Seine Gesamthaltung in der Kriegszielfrage enthüllte Brentano in einem Brief an Miss Paget v. 17. VIII. 1915 (BK): Er sei gegen eine Annexion von ganz Belgien, aber doch für Grenzkorrekturen entlang der deutschen Westgrenze aus Gründen der besseren militärischen Sicherung, selbst wenn dies den Wünschen der betroffenen Bevölkerung zuwiderliefe (vgl. dagegen: ds., Mein Leben, 1931, S. 323). Auf längere Sicht befürwortete er ein Zusammengehen aller europäischen Mächte gegen Rußland. Brentano hat die Delbrück-Eingabe mit angeregt (an D., 28. VI. 1915, DB) und dafür gesorgt, daß sie auch die Forderung nach Freiheit der Meere enthielt. Darüber hinaus sollte England die deutsche Rüstungsparität zur See anerkennen (an Delbrück, 7. VII. 15, DB u. BK).

[209] M. Weber ging in der Belgienfrage etwas weiter als Delbrück (s. o. Anm. 102, u. W. Mommsen, M. Weber, 1959, S. 213ff.). Mit W. Kahl, dem Berliner Staatsrechtler, gehörte der Vorsitzende der „Freien Vaterl. Vereinigung" zu den Unterzeichnern — ebenfalls eine stark von Professoren getragene, von Bethmann warm unterstützte Organisation zur Pflege des Geistes von 1914. Diese Aufgabe schloß indessen jede konkrete außenpolitische Zielsetzung aus, ein Zeichen der Zeit! Insofern besaß die Unterstützung von dieser Seite für Delbrück nur geringen Wert. Vgl. W. Kahl (Hrsg.), Die Freie Vaterländische Vereinigung, 1915, S. 15, 21, 29ff., 43, auch Delbrück in PrJbb 160, S. 177ff., u. Schultheß' Eur. Gesch.Kal. 31 (1915), S. 102. Anfangs ist wohl auch eine sozialdemokratische Beteiligung und die Unterstützung des von dieser Seite ausgesprochenen Wunsches nach einer Wahlrechtsreform in Preußen erwogen worden, — ein Gedanke, den auch Delbrück im August 1915 noch einmal befürwortet hat (Kriegstagebuch David, 23. XI. 1914, hg. v. E. Matthias, 1966, S. 72, u. Delbrück an Harnack, 16. VIII. 1915, HB). Doch verzichtete man um der Überparteilichkeit der Vereinigung willen auf eine solche Öffnung nach links, wie dies später auch für das Büro Hobohm gelten sollte (s. u. S. 120). Kahl persönlich trat öffentlich als Anhänger Delbrücks hervor, war aber nicht im Prinzip Annexionsgegner (FGE I, Aug. 1915, S. 332ff.). S. auch unten S. 117, Anm. 177!

[210] A. Hettner, Deutsche Eigenwirtschaft oder Weltwirtschaft? EStWZ Jg. 1916, S. 1059; vgl. auch ds.: D. Ziele unserer Weltpolitik, DK 64 (1915), S. 7 u. passim.

[211] Brentano an Delbrück, 15. VII. 1915, DB: Seine Werbung für die Wolffsche Denkschrift sei erfolglos geblieben. Ähnl. G. Roloff an D., 21. VIII. 1915, DB, über Gießen. Daß er nur eine Minderheit vertrat, gab Delbrück schließlich auch selbst zu (Denkschrift: Deutschland, d. Neutralen u. etwas Persönliches, Dez. 1915, DB). Nur der alldeutsche L. Schemann berichtete von der Universität Freiburg von geringem Echo, weil die Phil. Fakultät unter dem Einfluß des Fuhrmann-feindlichen Professors Fabricius stünde (Sch. an Vietinghoff, 14. XII. 1916, SF). Der Fall Valentin (s. u. S. 181) zeigte, daß sich später dort das Klima gründlich geändert hat (auch Wolff-Metternich an Solf, 6. VII. 1918, in: E. v. Vietsch, Wider d. Unvernunft, 1964, S. 116).

[212] Bethmann (durch Hammann) an Delbrück, 18. X. 1914, DB.

[213] Vgl. Ursprung [Anm. 189], S. 118f. — Presseecho: Gatzke, Germany's Drive, S. 58; FGE 1, S. 305; Lina Delbrück, Delbrücks Leben, IX. Forts. masch. DK, S. 86; Vorwärts 4. XI. 1919, der 1914 als eines der wenigen Blätter Delbrück unterstützt hatte, u.: Westarp, Kons. Pol., II, S. 187. Mit seiner Andeutung einer schließlichen Verständigungsmöglichkeit mit England geriet Delbrück für einen Moment in die Nähe Th. Schiemanns, dessen Russophobie einen ähnlichen Kurs nahelegte. Entsprechende öffentliche Hinweise kosteten Sch. freilich alsbald seine Stellung bei der Kreuz-Zeitung. Das Zweckbündnis Balten-Liberale wird uns im Laufe des Krieges noch öfter begegnen (s. u. S. 79, 81 u. 108, ferner: K. Meyer, Schiemann, 1956, S. 191ff.).

[214] Delbrück an Lenz, 13. XII. 1914, DB.

[215] Bericht Hobohms v. 4. XII. 1916. Am 16. XI. 1915 erinnerte Delbrück den Kanzler an die Notwendigkeit eines baldigen Beginnes der gegen die Alldeutschen gerichteten Kampagne (Aufz., DK). Vgl. S. 119f.! — Bethmann seinerseits hatte auf jeden Fall mit Erfolg eine Diskussion der Seeberg-Denkschrift in der auf den 20. VI. 1915 angesetzten vorbereitenden Sitzung verhindert (A. Seeberg, Biographie R. Seebergs, o. J. masch. SK, II, S. 262). Seine kühle Reaktion auf die Unterschriftensammlung: Ursprung, S. 135f.

[216] Delbrück an Oncken, 9. VIII. 1915, DB, u. an Lenz, 7. VIII. 1915, DB. D. versuchte, sowohl

Falkenhayn als auch Ludendorff in eine Kriegszieldiskussion zu verwickeln — bei Falkenhayn, soweit ersichtlich, ohne Echo, bei Ludendorff mit dem Erfolg, daß dieser ihm einen „Katalog" annexionistischer Maximalforderungen übersandte: Eroberungen im Osten als „Zuchtstätte" für zukünftige Ostkämpfer, während im Westen auch Holland der deutschen Machtsphäre zugeordnet wurde (Delbrück an L., 24. XII. 1915, L. an D., o.D. [Ende 1915], DB). Delbrücks Bemühungen um eine östliche Schwerpunktbildung in den Kriegszielen stießen auch später noch auf Skepsis bei der OHL (Deutelmoser an D., 3. IV. 1916, DB).

[217] Delbrück an Oncken, 13. VIII. 1915, DB: „. . . Wir treiben ja nur eine Abwehraktion, die bei der Charakteranlage des Kanzlers dringend nötig war und noch ist . . ." Dagegen Seeberg an Lezius, 16. VII. 1915, SK; Schäfer, Leben, S. 170. Zu den Initiatoren gehörte indessen Fürst Hatzfeldt, der sich auch der Rückendeckung Hindenburgs rühmte (Bericht Hohenlohe an Burian, 11. VII. 1915, FGE I, S. 324ff.).

[218] Die Eingabe der Delbrück-Gruppe durfte dem Kanzler anders als die Seebergsche Adresse persönlich überreicht werden. Bei Meinecke bedankte sich Bethmann dafür, daß dieser die alldeutsche Denkschrift nicht unterzeichnet habe (Meinecke an Dove, 4. IX. 1915, Ausgew. Briefwechsel, S. 71). Nach Schäfer soll er sich gleichwohl in Gegenwart W. Kahls ausgesprochen annexionistisch geäußert haben (E. Meyer an Seeberg, 15. VIII. 1915, SK). Vgl. auch Ursprung [Anm. 189], S. 136.

[219] Diese Tatsache erwähnte Delbrück selbst (an Alfred Weber, 2. IX. 1915, DB). Weber und Delbrück äußerten diesen Gedanken zum ersten Male gleichzeitig: Weber an Delbrück, 7. VIII. 1915, u. Delbrück an M. Lenz, 7. VIII. 1915, DB, auch Weber an Delbrück 19. VIII. 1915, u. Delbrück an Oncken, 13. VIII. 1915, DB; A. Weber an L. Brentano, 13. VIII. u. 5. IX. 1915, BK. Am 13. VIII. (a.a.O.) sprach Delbrück noch von einem Zögern des Ausw. Amtes. Doch hatte Bethmann Hollweg diese Wendung nach Osten bereits am 4. VIII. 1915 vollzogen, so daß man annehmen darf, daß in diesem Fall Delbrück mehr Propagator als Initiator gewesen ist. Vgl. Lina Delbrück, D.s Leben, IX. F., S. 170, u. F. Fischer, Griff[3], 1964, S. 242ff.

[220] Delbrück an A. v. Harnack, 5. VII. 1916, HB. Ähnl. Kritik b. F. Meinecke, Probleme d. Weltkrieges, 1917, S. 55.

Anmerkungen zu Kap. IV

[1] Vgl. Kap. III, S. 44f., Anm. 18—20.

[2] Vgl. Kap. III, S. 56. F. Meinecke verglich die Lösung der Polenfrage mit der „Quadratur des Zirkels" (Reich u. Nation seit 1871, IMW XI [1917], Sp. 1102). D. Unmöglichkeit einer allseits befriedigenden Lösung erkannte auch M. Weber an (Dtld. unter den eur. Weltmächten, 1916, GpS[2], S. 167); nachträglich: D. Schäfer, Die Schuld an d. Wiederherstellung Polens, DE III (1919), S. 453.

[3] Vgl. Kap. III, S. 58.

[4] A. v. Harnack, Entwurf einer Kriegszieldenkschrift v. 23. V. 1915, HB: Harnack befürchtete, daß Polen ohne größeren Besitz in Kleinrußland nach Rußland gravitieren würde. Später unterstützte Harnack die Befreiungsparole, erklärte jedoch ausdrücklich, sich in der polnischen Frage nicht festzulegen, die er als Verhandlungsgegenstand beim Friedensschluß ansah. (H. an Valentini [?], 30. X. 1917, HB, und: D. Gebot d. Stunde, Juni 1917, in: Reden u. Aufsätze, N. F. IV, 1923, S. 302).

[5] Vgl. Kap. III, S. 61f., Anm. 135, 217; auch: Kap. II, S. 29f., Anm. 113. Für D. Schäfer z.B.: D. Sinn d. Krieges, Pt III (1915), S. 50f.

[6] Denkschrift über die Zukunft Polens, o.D. [Aug. 1914, vgl. Kap. III, Anm. 135].

[7] Noch in P.K. v. 29. VIII. 1915, PrJbb 161, S. 559f., dsgl. in Denkschrift üb. Zuk. Polens. Aus Furcht vor einer Überschwemmung des Reiches mit polnischen Juden wollte er jedoch keine Freizügigkeit innerhalb der Zollunion gestatten.

[8] Ursachen XII, 1, S. 51. Schon die genannte Denkschrift schloß die Einsetzung eines Habsburgers in Polen nicht aus, wandte sich aber noch gegen eine Einfügung des Landes in das Habsburgerreich. Delbrück mag diesen Standpunkt im Gefolge der offiziellen deutschen Politik modifiziert haben (vgl. Lina Delbrück, D. Leben, XIX, S. 170, u.: H. Delbrück, Deutsche u. Polen, Tg Nr. 266, 11. XI. 1916, u. P.K. v. 26. VI. 1918, PrJbb 173, S. 136f. u. v. 24. II. 1918, ebd. 171, S. 430): Angesichts des Mißerfolges des 1916 proklamierten poln. Staatsgebildes stärkere Hinneigung zur austro-poln. Lösung! Ablehnung der Annexion eines Grenzstreifens: Germany's terms, Ms. f. Atlantic Monthly, 6. I. 1915, DB.

[9] Delbrück an Schiemann, 12. VII. 1915, DB. — Anfangs hegte Delbrück noch einige Bedenken gegen eine polnische Expansion auf Kosten des Zarenreiches und wollte mit seinem Verfassungs-

modell gerade hier zügelnd wirken: „Die Aufgabe ist ..., dem ... polnischen Staat eine Verfassung zu geben, die einerseits das nationale Freiheitsgefühl befriedigt, andererseits doch das polnische Nationalgefühl soweit bändigt, daß es die Ruhe Europas nicht gefährdet ..." (Denkschr. üb. d. Zuk. Polens, Aug. 1914, DK). Zur Zeit der Polenproklamation sah Delbrück in dem polnischen Drang nach Osten indessen ein Moment deutscher Sicherheit (P.K. v. 26. XI. u. 29. XII. 1916, PrJbb 166, S. 518; u. 167, S. 163f.).

[10] Besprechung v. DW, PrJbb 161, S. 531; Anmerkungen zur Seeberg-Denkschr., DK, vgl. Schwabe, Ursprung, VfZG 1966, S. 129. In der Denkschr. üb. d. Zukunft Polens und in: Bismarcks Erbe, 1915, S. 196, stellte er das Scheitern der jüngsten deutschen Germanisierungsversuche in den preußischen Ostprovinzen und damit das definitive Ende der deutschen Ostkolonisation fest (ähnl. in P.K. v. 29. VIII. 1915, PrJbb 161, S. 650). Über die zukünftige Haltung der polnischen Minderheit in Preußen machte allerdings auch er sich Gedanken: Angesichts der „moralischen Verwüstungen", die die Ostmarkpolitik hinterlassen hatte, sei eine schnelle Aussöhnung kaum denkbar, man könnte nur auf den Realismus der Polen hoffen, der sie die Unmöglichkeit einer Änderung der deutschen Ostgrenze bei der nationalen Gemengelage und den machtpolitischen Notwendigkeiten akzeptieren ließe (D. an Lenz, 17. XI. 1916, DB; P.K. v. 29. VIII. 1915, PrJbb 161, S. 559; Deutsche u. Polen, Tg 266, 11. XI. 1916). I. Geiß, Der polnische Grenzstreifen, HSt 378, 1960, S. 63, schreibt Delbrück unter Verweis auf eine P.K. v. 29. VIII. 1915 „Germanisierungs"-Pläne für die baltischen Länder zu. In der Tat ist dort (PrJbb 161, S. 560) von der „Erlösung" alten „Koloniallandes" die Rede, nicht aber von Germanisierung, die D. in derselben P.K. für Polen sogar ausdrücklich ablehnte (ebd. S. 559). Erst später setzte sich Delbrück für die Ansiedlung vertriebener Deutschrussen in Kurland ein und näherte sich überhaupt dem Ansiedlungsgedanken (P.K. v. 29. XII. 1916, PrJbb 167, S. 163f., u. v. 27. V. 1918, ebd. 172, S. 446). Siedlung bedeutete für Delbrück aber noch längst nicht Germanisierung der autochthonen Bevölkerung, wie seine Kontroverse mit Th. Schiemann zeigen sollte (P.K. v. 26. VI. u. 18. VIII. 1918, PrJbb, 173, S. 133, 415, 422f., u. unten S. 82f.).

[11] H. Delbrück, P.K. v. 26. XI. 1916, PrJbb 166, S. 515; ähnlich an Wilhelm II., 23. XII. 1916, DB. Delbrück teilte auch die Hoffnungen militärischer Stellen auf die Gewinnung polnischer Rekruten (an M. Lenz, 17. XI. 1916, DB).

[12] D. Schäfer, Deutschland u. d. Osten, a.H.g. 1915. Dort auch der Hinweis auf die tiefe religiöse Verwurzelung des polnischen Nationalgefühls, das vor allem das neu entstandene Bürgertum durchdrungen habe. Vgl. auch: D. Sinn des Krieges, Pt III, 1915, S. 45ff., und: Zur Neugestaltung unserer östlichen Nachbargebiete, Denkschr. v. 4. VIII. 1915 (zuerst a.H.g.) in: Die Neugestaltung d. deutschen Ostens, 1918, S. 19ff.

[13] Leitsätze, 15. IX. 1915, v. D. Schäfer zusammengestellt, a.H.g.: „Gelingt es nicht, die russische Grenze wesentlich zurück- und die fremdstämmigen Völker des westlichen Rußland zwischen Russen und Polen einzuschieben, so wird das Moskowitertum sich beim nächsten Ansturm der Polen als williger Vortruppen bedienen können." Schäfer an Bauer, 4. VII. 1917, SchäB: Man sollte die österreichischen Wünsche „mit einer Gegenforderung beantworten, darauf bestehen, daß Österreich nicht nur das Generalgouvernement Lublin, sondern auch Galizien an Deutschland herausgibt; dann könnte man die Dinge dort einrichten, wie sie für Deutschland erträglich sind."

[14] Schäfer, D. Neugestaltung, S. 27.

[15] D. Schäfer, Deutschland u. d. Osten, a.H.g., Febr. 1915, z.T. in AllB v. 10. VII. 1915, S. 237f. u.: Ostmark, 1915, I. Ähnl. Denkschr.: „Zur Lage", a.H.g., Neujahr 1916, S. 14, u. Zur Lage, a.H.g., 1917.

[16] Ds., Leitsätze v. 15. IX. 1915, a.H.g. Nr. 22: „An der preußischen Ostmarkenpolitik, wie sie unter Bismarck durch das Gesetz vom 26. IV. 1886 eingeleitet wurde, ist unentwegt festzuhalten." Auch: Zur Lage im Osten, 31. V. 1918, a.H.g. UAu; ähnl. E. Meyer, an V. Ehrenberg, 10. X. 1915, EL.

[17] Ds., Die Neugestaltung unserer östl. Nachbargebiete (a.H.g. 1915) in: D. Neugestaltung d. deutschen Ostens, 1918, S. 19ff. Ähnl. Stellen s. a. S. 82, Anm. 54—56.

[18] S. o. Kap. III, S. 69f. Gerade in der Formulierung von Siedlungsplänen war die deutsche Professorenschaft wenig originell: D. erste Kriegsjahrgang d. „Archivs für innere Kolonisation", des Pionierblattes für Ansiedlungsideen, weist nur einen Mitarbeiter aus ihren Reihen auf: F. Lezius, während G. Anschütz als Gegner angegriffen wird (S. 131, 167).

[19] D. Schäfer, R.B. v. 16. XII. 1916 (UAu) u.: D. neue Polen, Kulturkorrespondenz, 13. XI. 1917.

[20] O. Hoetzsch, P.W. v. 8. XI. 1916, III, S. 98. Ziemlich unumwunden machte Hoetzsch die Polenproklamation für das Scheitern einer deutsch-russischen Verständigung verantwortlich (P.W. v. 15. u. 29. XI. 1916, III, S. 103 u. 163); Denkschrift Hoetzsch: Gedanken über die politischen

Ziele des Krieges, Dez. 1914 (siehe Kap. III, Anm. 111); P.W. v. 28. XI. 1917, III, S. 636, u.: D. Schäfer, Zur Lage im Osten, 31. V. 1918, a.H.g. UAu.

[21] Der von Bernhard Mann, Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik, 1965, S. 20ff., eingeführte (im Weltkrieg jedoch nicht gebräuchliche) Begriff der „Abgliederung" gibt zwar den verschiedenen Expansionskonzeptionen für Osteuropa einen gemeinsamen Nenner, verschleiert aber eben darum die tatsächlichen Gegensätze — auch innerhalb der Professorenschaft.

[22] S. o. S. 70f.

[23] G. v. Below, D. Deutsche Nationalstaat, Mitteleuropa und Deutsche Grenzsicherung, in: Kriegs- u. Friedensfragen, BVW 43 (1917), S. 42 u. 58f. Below stufte solche Ideen in die Kategorie der „Allheilmittel der extremen Demokratie" ein und bewies damit den Einfluß innenpolitischer Vorstellungen auf seine außenpolitische Konzeption. O. v. Gierke, Unsere Friedensziele, 1917, S. 30ff.; E. Brandenburg, Deutschlands Kriegsziele, 1917, S. 16, 47f., 56ff. Ähnl. C. Bornhak, Polen u. d. Teilungsmächte, DRv 41, IV (1916), S. 278ff. u.: D. Nationalitätenprinzip u. d. Krieg, Grbb 75, I (1916), S. 231, wo ein Frieden nicht im Zeichen dieses Prinzips, sondern der Sicherung vorausgesagt wurde.

[24] v. Below, Nationalstaat, a.a.O., S. 54f.

[25] v. Gierke, Friedensziele, S. 77: Nationalpolnische Agitation zugunsten einer Loslösung der preußischen Ostprovinzen sollte im neuen Polen als Hochverrat geahndet werden.

[26] E. Brandenburg, Kriegsziele, S. 52, 58ff., 74. Charakteristisch die folgende Passage: Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer fänden sich überall Spuren deutscher Kolonisation. „Infolgedessen stehen wir jetzt vor der Frage, ob wir die Herrschaft in denjenigen Gebieten, wo Deutsche gemischt mit anderen Völkern wohnen, selbst in die Hand nehmen, oder jenen überlassen wollen. Es wird uns niemand verdenken, daß wir das erstere vorziehen ..." (ebd. S. 59).

[27] Gierke, Friedensziele, S. 75ff.; Brandenburg, Kriegsziele, S. 56ff. u. 71ff. Nach der russischen Revolution sprach sich Brandenburg aber doch für die volle Einverleibung Kongreßpolens aus (Die Weltlage am Ende d. 3. Kriegsjahres, 1917). Auch Below sprach einerseits von einem Anschluß, andererseits von einem Schutzverhältnis Polens gegenüber dem Reich und war auf jeden Fall offenherzig genug anzuerkennen, daß beides für das deutsche Machtgewicht auf dasselbe hinausliefe (Nationalstaat [vgl. Anm. 23] S. 46 u. 53).

[28] Dazu vgl. F. Fischer, Griff nach d. Weltmacht[3], 1964, S. 133, 194f., u. W. Conze, Poln. Nation u. deutsche Politik, 1958, S. 179f.

[29] Sering an H. Delbrück, 16. VII. 1915, DB: Sering ging die in der Denkschrift ausgesprochene Ablehnung kontinentaler „Erweiterungen" zu weit.

[30] M. Sering, D. Zukunft Polens, 31. V. 1916, Akten d. Gen.-Gvts. Warschau, Militärarchiv Koblenz, — ein bemerkenswertes Erzeugnis professoralen Wunschdenkens, das alle politischen u. wirtschaftlichen Probleme einer „Abgliederung" Kongreßpolens — ohne das österreichische Galizien — hinwegzudiskutieren unternahm. Datierung u. Interpretation: W. Conze, Poln. Nation, 1958, S. 179ff. Vgl. auch M. Sering, Einleitung zu WRM (1917) u. Bericht über die Reise in die besetzten Gebiete, bei Fischer, Griff, S. 133. Gedanke eines freiwilligen Bevölkerungsaustausches auch bei: G. Schmoller, Nochmals: Deutsche u. Polen, PBll II (1916), S. 33.

[31] M. Sering, D. Zukunft Polens: „Macht man den Polen Luft, gibt man ihnen ein weites Arbeitsfeld in den wenig bevölkerten Bezirken des Ostens, so wird auch der Grund für jene Kämpfe [in den preußischen Ostprovinzen] entfallen." Die liberale Komponente erwies sich in Serings Vorstellungen auch in der Unterstützung der Naumannschen Mitteleuropakonzeption, und zwar ausdrücklich im Zusammenhang mit der Polenfrage, und in seiner Ablehnung deutscher Siedlungspläne im neuen Polen (D. Wiedererrichtung Polens, PBll V, 10. XI. 1916, S. 187ff. u.: Ansiedlungsverhältnisse u. Siedlungsmöglichkeiten i. d. besetzten Gebieten d. Ostens, Pt IV, [1916], S. 1265). A. Weber an Delbrück, 24. VIII. 1915, DB (vgl. auch oben Anm. 9); G. Schmoller, Deutsche u. Polen, PBll I (1915), S. 77; A. Brückner, ständiger Mitarbeiter der Poln. Blätter: Was war Polens historische Mission, PBll II (1915/16), S. 265.

[32] Delbrück an Ludendorff, 12. I. 1916, DB; M. Weber an FZ, Ende 1915, GpS[1], S. 459.

[33] F. Meinecke an Delbrück, 24. VI. 1915, DB, u. an W. Goetz, 6. V. 1915, Ausgew. Briefwechsel, S. 59. Meinecke lehnte später wie Delbrück (Anm. 8!) die Annexion eines poln. Grenzstreifens ab (Grundfragen, Juni 1918, PS & R, S. 241).

[34] G. Schmoller schon 1915: Deutsche u. Polen, PBll I, S. 76ff.; F. v. Liszt, D. Königreich Polen, ebd. V (20. XII. 1916), S. 279; U. v. Wilamowitz, Zur deutsch-poln. Verständigung, ebd. VI, S. 7ff.; R. Eucken, Glückauf dem poln. Staate, ebd. V (10. XI. 1916), S. 137f. H. Oncken, D. alte und das neue Mitteleuropa, 1917, S. 130; J. Haller, nach: Lanick, Klarheit über Kriegsziele, 1917, S. 130; Th. Schiemann, Weltlage, DgD Nov. 1915, S. 1649; bes. bei K. Meyer, S. 226; ferner: H. Del-

brück, P. K. v. 26. XII. 1916, PrJbb 166, S. 515; M. Weber, Deutschlds. äußere u. Preußens innere Politik, 25. II. 1917, GpS², S. 173ff.; A. v. Harnack, An d. Schwelle, 1916, S. 16; A. Hettner, D. Friede, 1918, S. 13. Dagegen z.B. E. Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 73, der indessen eine Annexion eines poln. Grenzstreifens nach der einmal erfolgten Proklamation eines unabhängigen Polens für unvernünftig hielt (s. o. Anm. 26). Hier überschnitten sich also die Linien! — Ein Versuch M. Serings, D. Schäfer und seine Anhänger für seine Polenkonzeption — hinter der auch immer die Hoffnung auf polnische Truppen stand — zu gewinnen, scheiterte völlig (D. Schäfer, Leben, S. 203).

[35] M. Weber, Bismarcks Außenpolitik u. d. Gegenwart, GpS², S. 110, u. an Frkft. Ztg. o.D. (1915), GpS¹, S. 459. F. Meinecke, Probleme d. Weltkrieges, 1917, S. 44, wo er die Priorität einer Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und den westlichen Randvölkern des Zarenreiches gegenüber allen andern Kriegszielen hervorhebt. 1915 neigte Meinecke auch in der polnischen Frage bis zu einem gewissen Grade zu der alldeutschen Konzeption eines Schutzstaates (an Delbrück, 24. VI. 1915, DB; Präliminarien d. Kriegsziele [1915], PS & R, S. 112). Vgl. auch F. Th. Epstein, F. Meinecke in seinem Verhältnis zum europäischen Osten, JGMO III (1954), S. 131ff.

[36] M. Weber an Naumann, 12. IV. 1917, GpS¹, S. 468, u.: Innere Lage u. Außenpolitik (7. II. 1918), GpS², S. 291; H. Delbrück, P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 498, u. H. Oncken, Mitteleuropa, 1917, S. 136 u. 140 (vgl. B. Mann, D. balt. Länder, 1965, S. 108, u. W. Mommsen, Weber, 1959, S. 264 u. unten S. 167)!

[37] M. Weber, Deutschland unter d. europ. Weltmächten (Okt. 1916), GpS², S. 165 u. 170.

[38] H. Delbrück, P.K. v. 26. XI. 1916, PrJbb 166, S. 518, u. an Lina D., 23. VIII. 1916, in: L.D., Delbrücks Leben, X, S. 57. Ähnl. H. Oncken, Mitteleuropa, 1917, S. 125, u. F. Toennies, Deutschland u. Polen, PBll III (1916), S. 87. Ferner: G. Schmoller, Deutsche u. Polen, PBll I (1915), S. 78, u. II, S. 33f.

[39] Z.B. E. Brandenburg, Kriegsziele, S. 57ff.; O. Hoetzsch, P. W. v. 26. IV. 1916, II, S. 294f. D. Schäfer, vgl. Anm. 12!

[40] O. v. Gierke, Friedensziele, S. 30f. G. v. Below, D. gute Recht d. Vaterlandspartei, a.H.g. 10. X. 1918, S. 3. Wie Gierke auch D. Schäfer, D. deutsche Volk u. d. Osten, 1915 a.H.g., u. E. Brandenburg, Kriegsziele, S. 16, wo das Recht des Stärkeren als „ethische Forderung" bezeichnet wird.

[41] S. o. Kap. III, S. 47f. u. unten S. 89!

[42] S. o. S. 30 u. 55. Das Folgende beschränkt sich wegen der bereits vorliegenden Monographien von L. Lewerenz, D. deutsche Pol. im Baltikum, Diss. phil. masch. Hamburg 1958, und von B. Mann, D. balt. Länder i. d. deutschen Kriegszielpublizistik, 1965, auf eine ganz knappe Skizze, die vor allem das über Polen Gesagte ergänzen soll. Balt. Einflüsse: J. Haller, Lebenserinnerungen, o.J. masch., HK, S. 125f.

[43] Denkschrift d. baltischen Vertrauensrates v. 9. VII. 1915, gez. v. Th. Schiemann u. R. Seeberg u.a. (1 Ex. UB Freibg.) u.: Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands, Anfg. 1915, beide a.H.g.; vgl. auch K. Meyer, Th. Schiemann, 1956, S. 221f. Ähnl. Tendenz in: J. Haller, D. Schicksal d. Deutschtums in den balt. Provinzen, in: Reden u. Aufs., 1934, S. 262f.; R. Seeberg, Östl. u. westl. Kultur, DE I (1917), S. 768, 782.

[44] Denkschr. Hallers v. Nov. 1915, a.H.g., FK: Auch dort Hinweis auf Siedlungsmöglichkeiten, dazu Anschreiben mit Appell an Reichsdeutsche, gezeichnet v. v. Liszt, D. Schäfer u. A. Wagner (FK). Die endgültige Fassung vom März 1917 war vor der Überreichung in der Reichskanzlei durch Wahnschaffe korrigiert worden. Dabei fielen der Siedlungswunsch und ein gegen Polen gerichteter Passus fort (korrig. Ex. in HK, auch Veh an Haller, 20. II. 1917, HK). Unter den 20 000 befanden sich u.a. A. Weber, H. Triepel, G. Roloff u. D. Schäfer; es fehlten z.B. H. Delbrück, O. Hoetzsch, Max Weber u. M. Sering, der sich indessen in einem Rundschreiben d. deutsch-balt. Gesellschaft zu dem baltischen Siedlungsprogramm bekannte (Mai 1917, HK). Über Bethmanns Haltung bei der Entgegennahme dieses Produktes baltisch-liberaler Zusammenarbeit s. u. S. 90. Veranlaßt hat Meinecke die Denkschrift nicht, wie Fischer, Griff³, S. 607f., meint.

[45] Th. Schiemann, Eingabe an Wilhelm II., 29. XII. 1917, AA Brest 10-1. F. Fischer, Griff³, 1964, S. 208; Meinecke, Straßburg, 1949, S. 223; Denkschriftenentwurf in HK.

[46] O. Hoetzsch, P. W. v. 14. III. 1917, III, S. 303, u. Z.R. v. 1. I. 1917, V&KMhh 31, I, 288. Hoetzsch blieb jedoch Gegner einer Randstaatenpolitik auf russische Kosten (P.W. v. 23. V. 1917, III, S. 381).

[47] Vgl. Kap. III, S. 61.

[48] Delbrück, P.K. v. 29. XII. 1916, PrJbb 167, S. 163: Hier auch wieder starke Betonung d. innenpolitischen Einigungsmotives. Hoffnung auf friedliche Einigung über Bevölkerungsaustausch

mit dem nachrevolutionären Rußland: P.K. v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 307f. Für F. Meinecke vgl. B. Mann, Die balt. Länder, 1965, S. 62, u. o. Anm. 33.

[49] M. Weber an H. Simon, 25. XII. 1915, GpS¹, S. 459f. — Polemiken gegen jede Form von Siedlungsplänen finden sich in Webers Kriegspublizistik öfter (GpS², S. 184 u. 290) — diese Kritik richtete sich auch gegen M. Sering (vgl. W. Mommsen, M. Weber, 1959, S. 216). Um den deutschbaltischen Wünschen entgegenzukommen, faßte Weber 1918 Sonderrechte der deutschen Minderheit in den baltischen Staaten nach einem „Personalitätsprinzip" ins Auge, die jedoch die nichtdeutschen Grenzvölker auf keinen Fall gegen Deutschland einnehmen dürften (GpS², S. 291).

[50] Seeberg, Unsere Kriegsziele, a.H.g. Juni 1915, auch Pt IV, 1 (1916), S. 28ff. D. Schäfer, Zur Lage, a.H.g. 1. I. 1916, S. 13; dsgl. d. Denkschrift d. balt. Vertrauensrates (vgl. Anm. 43). Gegen Einverleibung Estlandes M. Weber (Mommsen, S. 221 u. 274) u. F. Meinecke, Grundfragen, Juni 1918, PS & R, S. 242. A. v. Harnack befürchtete, daß Deutschland als Kriegsergebnis nicht einmal Kurland werde behalten können (an Valentini, 2. V. 1915, HB), wenn er auch grundsätzlich dessen Angliederung befürwortete (D. Leistung . . . d. baltischen Deutschen, in: Reden u. Aufs. N.F. III, S. 361). Ähnl. Einschränkung b. W. Goetz, Kriegsergebnisse, 1918, DFd, S. 447f.

[51] Diese Konzeption auch mit Nachdruck vertreten v. E. Troeltsch, D. Wesen d. Weltkrieges, 1918, WEV, S. 19, 23. Delbrück erwog zeitweilig sogar ein schwedisches Protektorat über die baltischen Länder (Der Jammer Livlands, DP Jg. 1917, S. 1610). Noch 1917 für deutsche Siedlung im Baltikum (aber auch für polnische Besiedelung russ. Grenzgebiete und *nicht* für Germanisierung): M. Sering, Einltg. zu WRM (1917), S. XXXff.

[52] Vgl. Schiemanns Brief an seinen Neffen, 23. VIII. 1918, bei: K. Meyer, S. 242, auch 239; Zusammenhang mit für die poln. Provinzen Preußens geäußerten Germanisierungshoffnungen, vgl. ebd. S. 80. Auch: Seeberg an Bonwetsch, 15. II. 1918, SK.

[53] D. Schäfer, Baltisches, TR 1. VI. 1918, u.: Unsere Pflichten gegenüber dem Auslandsdeutschtum, DgD 1918, H. 37, 13. IX. 1918, S. 1161; G. v. Below, Grenzsicherung, in: Kriegs- u. Friedensfragen, BVW 43, 1917, S. 55ff. E. Brandenburg, Kriegsziele, S. 76.

[54] Meyer, Schiemann, S. 239.

[55] D. Schäfer, Noch einmal Annexionen, Schrr. UAu. 49, Juli 1917, a.H.g. (SF): Das bekannte Argument, der deutsche Reichstag dürfte nicht noch mehr mit heterogenen Elementen besetzt sein. Gleichzeitig war Schäfer aber auch ein Gegner einer Autonomie d. balt. Länder (Zur Lage im Osten, 31. V. 1918, a.H.g.). Seeberg unterstützte hier Schäfer (Östl. u. westl. Kultur, DE I [1917], S. 768). Denkschr. d. balt. Vertrauensrates vgl. Anm. 43. Alldeutsche Herkunft s. o. Kap. III, S. 69, Anm. 191/2.

[56] Meyer, Schiemann, S. 240f.

[57] H. Delbrück, P.K. v. 18. VIII. 1918, PrJbb 173, S. 415, 422ff. Ähnl. M. Weber, Innere Lage u. Außenpol., 7. II. 1918, GpS², S. 290; A. v. Harnack, D. deutschen Ostseeprovinzen, PrJbb 172, S. 130ff.; vgl. auch K. Meyer, Schiemann, S. 241; H. Herkner, Probleme deutscher Ostpolitik, ND VI (Juli 1918), S. 484ff. H. kritisierte hier scharf die alldeutschen Einflüssen allzu zugängliche Haltung der baltischen Herrenschicht, deren nationale Eigenständigkeit in ihrer Heimat, wie er zugeben mußte, allerdings von der Bewahrung ihrer sozialen Privilegien abhing. Auch F. Meinecke, Grundfragen, Juni 1918, PS&R, S. 243.

[58] Auch Delbrück wollte die Deutschbalten nicht auf den Platz einer geduldeten Minderheit verwiesen sehen (P.K. v. 23. III. 1918, PrJbb 172, S. 142ff.; vgl. Mann, D. balt. Länder, S. 137). Gleichzeitig sollte aber die nationale Eigenständigkeit der Autochthonen nicht angetastet werden (Delbrück, a.a.O., S. 142). Für ähnl. Haltung M. Webers vgl. Anm. 49.

[59] Delbrück an Vizeadm. Galster, 31. III. 1916, bei Lina Delbrück, Das Leben usw. X. Fortsetzg., S. 19.

[60] P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 496ff.; v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 307f.; v. 5. I. 1918, PrJbb 171, S. 140 (also *nicht* erst *nach* dem Brester Friedensschluß wie lt. Fischer, Griff³, S. 208!); vgl. auch L. Lewerenz, D. deutsche Politik im Baltikum, 1914—18, Diss. phil. masch. 1958, S. 91f., während B. Mann, D. balt. Länder, 1965, S. 86, Delbrück mißversteht.

[61] M. Weber, Innere Lage u. Außenpol., 2. II. 1918, GpS², S. 281, 290f.; vorher: Deutschland unter den eur. Weltmächten, ebd. S. 169; vgl. auch W. Mommsen, Weber, S. 271 u. 274, u. o. Anm. 49! A. Weber, D. Selbstbestimmungsrecht d. Völker . . ., PrJbb 171 (1918), S. 62f., 65 u. 71. Hinweis Solfs auf ihn (nicht Max!) in: E. Matthias, R. Morsey, D. Reg. d. Prinzen Max, 1962, S. 309.

[62] Denkschrift H. Schumacher, a.H.g. Sept. 1914, in: Akten AA Weltkr. 15 geh., adh.

[63] Vgl. Kap. II, S. 26, Anm. 66, u. Kap. III, S. 56f.; Anm. 97-99, u.: B. Schwertfeger, D. geistige Kampf um die Verletzung d. Neutralität Belgiens, 1919, S. 3ff., 29ff., 94. Sachkritik ist nicht

die Aufgabe des Folgenden, und es wird dafür nur allgemein auf G. Ritter, D. Schlieffenplan, 1956, S. 86ff., u.: ds., Staatskunst u. Kriegshandwerk, II, 1960, S. 87ff., S. 269ff. verwiesen. W. Goetz an A. Schulte, 24. III. 1915 (SchB): Schultes Untersuchung zeige das belg. Unrecht so deutlich, „daß bei dem Unvoreingenommenen keine Zweifel mehr walten sollten. Freilich unsere Gegner zu überzeugen, wird unmöglich sein, sie sind in einer Art Wahnsinn uns gegenüber" . . . V. Valentin, Belgien und d. große Politik d. Neuzeit, WKP I, 1915, S. 22ff.

[64] K. Hampe, D. Schuld d. belg. Regierung, IMW IX (1915), Sp. 165ff. (Entgegnung gegen Waxweiler); Belgien u. d. großen Mächte, in: DW I, S. 387ff.; Belgiens Vergangenheit u. Gegenwart, 1916; D. belg. Bollwerk, 1918. Während die ersten Schriften, der allgemeinen Tendenz entsprechend, Belgien letztlich die Schuld an dem Untergang seiner Neutralität zusprachen, war die letzte hier sehr viel vorsichtiger (z.B. S. 159). H. leugnete jetzt auch nicht mehr das Bestehen eines belgischen Nationalgefühls (an Delbrück, 7. V. 1918, DB). Diese Akzentverschiebung fiel schon Hampes Rezensenten F. Rachfahl auf (Literatur zur belg. Frage, WA XIII, 2 [1918], S. 260, 263). Wirkungsvoller blieb Hampe freilich mit den Schriften, die den Annexionisten historische Argumente in die Hand gaben (vgl. v. Below, Belgien, a.H.g. 1915; E. Zitelmann, D. Schicksal Belgiens, 1917, S. 68). A. Schulte, V. d. Neutralität Belgiens, 1915; F. Rachfahl, Belgien u. Europa, WA IX (1917), S. 174ff.

[65] Schulte, S. 39, 49, 85; Hampe, Belgien, DW, S. 407f., 413; Rachfahl, S. 172, 176.

[66] Hampe, Belgien, DW, S. 417ff., auch an Schulte, 7. VI. 1915, SchB; Schulte, Neutralität, S. 105 u. S. 108; Rachfahl, S. 173. Schulte zog zum Beweis dafür, daß die Belgier selbst nicht mehr an ihre Neutralität glaubten, eine Rede d. belg. Außenministers Favereau v. 8. XII. 1909 nach einer Wiedergabe der Kreuz-Ztg. heran, die behauptete, das amtliche belgische Protokoll hätte sie verstümmelt abgedruckt. Die Presse (Köln. Ztg. 18. III. 1915) rühmte diese „Klarstellung", während Hampe sofort Bedenken hatte (an Schulte, 7. III. 1915, SchB). Noch im Kriege erhielt Schulte die Mitteilung v. Favereau, daß nicht das amtliche Protokoll, sondern die Kreuz-Ztg. seine Rede verfälscht wiedergegeben habe (an Sch., 9. III. 1916, SchB). P. Herre bediente sich noch 1933 der ursprünglichen u. v. Favereau widerlegten Argumente Schultes, die diesen zu einer Richtigstellung veranlaßten (Herre in: Berliner Mhh. XI, 22, S. 1094, Schulte an Herre 14. XI. 1933, SchB).

[67] O. Hintze, Imperialismus u. deutsche Weltpolitik, DF (1917), S. 157.

[68] E. Zitelmann, D. Schicksal Belgiens, 1917, S. 20; A. Meister, Unser belg. Kriegsziel, 1917, S. 28; O. Hoetzsch, P.W. 19. IV. 1916, II, S. 293; E. Marcks, An d. Schwelle, 1916, S. 10; H. Oncken an Delbrück, 28. VI. 1915, DB; rückblickend: Meinecke, Straßburg 1949, S. 201f., u.: Sozialdemokratie, AND (1915), S. 29.

[69] D. Schäfer, Zur Lage, 1916, S. 5; O. Hoetzsch, P.W. v. 9. IV. 1916, II, S. 292, u.: Z.R. v. 1. I. u. 8. IX. 1917, V&KMhh 31,I, S. 288 u. 32 I, S. 247; O. v. Gierke, Friedensziele, 1917, S. 49; K. Lamprecht, Belgien, 1916, S. 39; K. Beyerle, Flanderns Wehklage, 1916, S. 39.

[70] D. Schäfer, Zur Lage, 1916, S. 6; Kriegszielbewegung, in: WWW II, (1917), S. 4; H. Schumacher, Denkschrift, vgl. Anm. 62, u.: Antwerpen, 1916 — hier stärker defensive Tendenz (S. 29); E. Meyer, Seekrieg u. flandr. Küste, SMhh, Febr. 1918, S. 439ff.; O. Hoetzsch, P.W. 13. I. 1915, 29. XI. 1916, 10. I. 1917, I, S. 50, III, S. 169, 186.

[71] C. Bornhak, Belgien, 1917, S. 33; A. Meister, belg. Kriegsziel, S. 33; R. Fester, Wandlungen, AuSH I (1918), S. 24.

[72] D. Schäfer, Zur Lage, 1916, S. 19; O. Hoetzsch, P.W. 19. IV. 1916, II, S. 293.

[73] H. Oncken, Deutschld. oder England, SMhh Sept. 1914, S. 807: „Die Lebensgeschicke der unsterblichen großen Nationen stehen zu hoch, als daß sie im Notfall nicht hinwegschreiten müßten über Existenzen, die sich nicht selbst . . . schützen . . ., sondern schmarotzerhaft sich nähren von den Gegensätzen der Großen." A. Lasson, Kulturideal u. Krieg, 1915, zit. nach Wanderscheck, Wkg. u. Propaganda, 1939, S. 109: „Ein sogenannter Kleinstaat ist gar kein Staat, sondern eine geduldete Gemeinschaft, die nur in lächerlicher Weise affektiert, ein Staat zu sein . . ." (sofort in der amerik. Contemporary Review, Nov. 1914, S. 579, zitiert!). Ganz ähnl. A. Schulte, D. Neutralität Belgiens, Rede 1915, SchB; O. Hoetzsch, P.W. v. 30. V. 1917, III, S. 388 mit Berufung auf Ranke; Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 57.

[74] G. v. Schulze-Gaevernitz, D. Vlamen, Tü XIX, 2 (1917), S. 117 (dort Berufung auf Jostes); auch: D. Notschrei Flanderns, Hf XXIII (1917), S. 243, und noch am 22. III. 1918, in: Freiheitsfrieden (DP III, 1, S. 364); Sch.s Belgienpläne s. u. Anm. 81! M. Weber erwähnte noch 1917 die „Rechte der Flamen" (an Naumann, 8. V. 1917, GpS[1], S. 471); H. Delbrück, Um Belgien, a.H.g. 1917, DB; P.K. v. 28. I. 1917, PrJbb 167, S. 346; K. Hampe, Belgien, DW I, S. 425; K.

Lamprecht, Belgien, 1916, S. 33ff.; A. Schulte, Neutralität, 1915, S. 6; „Annexionisten": C. Bornhak, Belgien, 1917, S. 31; A. Meister, D. belg. Kriegsziel, 1915, S. 18.

[75] G. Mayer, Flamenromantik, ND IV (1915/6), S. 349ff., warnte vor einer Überschätzung d. Sprachengegensätze in Belgien. Vgl. auch: Erinnerungen, 1949, S. 247ff. M. hatte die Stimmung der Flamen an Ort u. Stelle kennengelernt. V. Valentin wagte von einem historisch weiter zurückreichenden belgischen Nationalgefühl zu sprechen (Belgien u. d. gr. Pol., WKP [1915], S. 12, 15f.): Katholizismus u. Staatsgedanke seien in Belgien immer mächtiger gewesen als die Sprachengegensätze. Indem Valentin das Manuskript seiner Schrift vor der Veröffentlichung dem Staatssekr. Solf unterbreitete, scheint er quasi amtliche Rückendeckung gesucht zu haben (E. v. Vietsch, Gegen die Unvernunft, 1964, S. 31). Er wie auch G. Mayer zogen sich den Zorn v. Belows zu — Valentin mit der schließlichen Folge, daß er seine Dozentur an der Universität Freiburg (wo auch Below lehrte) verlor (s. u. S. 181, u.: G. v. Below, Vlamenromantik, Pt IV [1916], S. 1170, u.: Prof. Delbrück, d. Fall Valentin u. d. belg. Frage, DgD Jg. 1918, S. 1206f.) Angliederungsfrage s. o. Kap. III, Anm. 102!

[76] K. Beyerle, Flanderns Wehklage! Und Wir? Ein flämischer Weckruf u. ein deutsches Echo, 1916, S. 10ff., 40, 44.

[77] Vor allem die Oberschicht, so gab man zu, war frankophil: K. Beyerle, S. 8, 40ff.; G. v. Below, D. gute Recht d. Vaterlandspartei, Schrr. DVP I (1917), S. 12; R. Fester, Wandlungen, AuSH I, S. 24f.; F. Jostes, D. Vlamen, 1916, S. 186ff., der sich dennoch für ein verselbständigtes Flandern einsetzte (S. 206ff., 220), wodurch v. Below sich berechtigt glaubte, Jostes zu den Anhängern der alldeutschen Verbandes zu rechnen (Bespr. Jostes, Pt V (1917), S. 116f.).

[78] K. Beyerle, S. 14. Ds. an Schulte, 9. V. 1917 (SchB): „Es wäre furchtbar, wenn all das, was wir jetzt hier aufbauen, in einem übereilten Frieden zusammenbrechen müßte . . ." — Die Flamen bedurften des deutschen Schutzes, so wurde zugegeben, auch vor der zu erwartenden Revanche ihrer Landsleute (A. Meister, D. belg. Kriegsziel, S. 9; R. Fester, Wandlungen, AuSH I, S. 25; Jostes, S. 194; H. Schumacher, D. Lösung d. belg. Frage, 1916, S. 37).

[79] D. Schäfer, D. Neugestaltung d. Ostens, 1918, S. 17, forderte die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes für die Flamen; dsgl. G. v. Below, D. belg. Staat, DgD Jg. 1917, S. 994; H. Schumacher, D. Lösung, 1918, S. 47, wollte gar Flamen u. Wallonen von dem „Joch" des belgischen Staates befreien; O. Hoetzsch sprach vorsichtig von einer „Erlösung" der Flamen, wollte diese Frage jedoch nicht in den Zusammenhang d. Selbstbestimmungsrechtes bringen (P.W. v. 30. V. 1917, III, S. 392ff.); auch: E. Zitelmann, Belgiens Schicksal, 1917, S. 72 u. 79, der die Befreiung d. Flamen ausdrücklich als ideelles Kriegsziel bezeichnete. E. Brandenburg, D. belg. Revolution, Bf II (1918), S. 65.

[80] C. Bornhak, Belgien, S. 36; A. Meister, Belg. Kriegsziel, S. 6f.; G. v. Below, Vlamenromantik, Pt IV (1916), S. 1171; F. Rachfahl, Literatur z. belg. Frage, WA XIII, 2 (1918), S. 302f., erwähnt als weiteres Motiv für die Stärkung des flämischen Einflusses die Aussicht, daß dann die belg. Außenpolitik in weniger frankophile Bahnen gelenkt werden könne.

[81] Denkschrift: Grundgedanken einer Verfassung für das zukünftige Flandern, 2. II. 1916, v. P. Rohrbach [?], mit warmer Empfehlung von Sch.-G. an Delbrück weitergleitet, wobei Sch.-G. den Parallelismus deutscher u. flämischer Interessen hervorhob (DK). Nach diesem Plan sollte ein Königreich Flandern „wie Sachsen" dem Reich angeschlossen werden, nachdem es eine Übergangszeit als Generalgouvernement durchlaufen hatte und von „französischer Knechtschaft" befreit war. Wallonien sollte offenbar sich selbst überlassen bleiben.

[82] E. Zitelmann, Belgiens Schicksal, 1917, S. 24. Ähnl.: E. Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 57; C. Bornhak, Belgien, 1917, S. 32; D. Schäfer, Zur Lage, a.H.g. 1916, S. 14f.; J. Ziekursch, Was soll aus Belgien werden, DK 91 (1917), S. 20; R. Seeberg, Deutsche Zukunft, Pt IV (1916), S. 39; O. Hoetzsch, P.W. v. 29. XI. 1916, III, S. 168 u. 196; E. Meyer an Ehrenberg, 10. X. 1915, EL.

[83] S. o. Kap. III, S. 70, Anm. 195!

[84] D. Schäfer, Deutschlands Zukunft u. d. dte. Friede, Schrr. UAu, 1917, S. 14; Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 43ff. Dagegen: G. v. Below, Zur belg. Frage, a.H.g. 1915. Allg. C. Bornhak, Formen d. Angliederung, Grbb 75, III (1916), S. 110f.: Berufung auf d. Römer u. Bismarck.

[85] Dieselbe Analogie bei O. v. Gierke, Friedensziele, S. 56; G. v. Below, Zur belg. Frage, a.H.g.; O. Hoetzsch, P.W. v. 24. I. 1917, II, S. 197 (Ägypten).

[86] K. Hampe, Belgiens Vergangenheit, 1916, S. 11f.

[87] E. Zitelmann, Das Schicksal Belgiens beim Friedensschluß, 1917, S. 82ff., nach Vorwort zuerst a.H.g. 1915, zudem eine Auftragsschrift (vgl. Anm. 127)!

[88] Zitelmann, S. 43f.

[89] Ebd. S. 49ff.
[90] Ebd. S. 31ff.
[91] C. Bornhak, Belgiens Vergangenheit u. Zukunft, 1917, S. 35ff. Bis zu ihrer Eindeutschung sollten die Belgier diktatorisch regiert werden, dann aber das Stimmrecht für den Reichstag erhalten. Ähnl.: R. Fester, Wandlungen der belgischen Frage, AuSH I, 1918, S. 26.
[92] Das begrüßte zumal O. v. Gierke von konservativem Standpunkt her, der sich überhaupt mit Zitelmann vielfach identifizierte. Allerdings glaubte auch er nicht an die Erhaltung der belgischen Monarchie (O. v. Gierke, Friedensziele, 1917, S. 66). A. Meister, Unser belg. Kriegsziel, 1915, S. 44ff., schwankte zwischen monarchischen und, „so fremdartig uns dieser Gedanke auf den ersten Blick erscheint", demokratischen Lösungen. E. Brandenburg, Deutschlands Kriegsziele, 1917, S. 82f., nahm die republikanische Schweiz als Vorbild für die innere Neuordnung Belgiens.
[93] H. Schumacher, Die Lösung d. belgischen Frage, 1916, S. 35ff., wollte Kg. Albert für Flandern beibehalten. Lüttichs volle Annexion erschien ihm akzeptabel (S. 43). Er hatte nichts dagegen, daß ein französisches Wallonien in erster Linie Frankreichs Interessen diente: „Uns kann nicht daran liegen, daß Frankreich völlig verarmt" (S. 44). Dieser Satz steht in krassem Gegensatz zu den in seiner vertraul. Denkschrift von 1914 geäußerten Plänen für umfangreiche Enteignungen, auch in Frankreich — was die Vermutung bekräftigt, daß der Inhalt dieser Denkschrift bis zu einem gewissen Grade stärker von den konkreten Wünschen von Schumachers industriellen Auftraggebern bestimmt war als von dessen Überzeugungen. Jedoch im Prinzip Festhalten am Wunsch einer Angliederung Flanderns noch in: Weltpolitik u. Imperialismus, ND VI, 15. I. 1918, S. 206.
[94] Zitelmann, D. Schicksal Belgiens, S. 92f.: Zitelmann nannte Land und Wertpapiere, für die der belgische Staat die geschädigten Privateigentümer zu entschädigen hätte. Ähnl. F. W. v. Bissing, Westliche Kriegsziele, 1917, S. 12.
[95] H. Schumacher, D. Lösung, S. 39, u. A. Meister, Unser belg. Kriegsziel, S. 35ff. Anklänge dazu auch bei Bornhak, Belgiens Vergangenheit, S. 36ff. Beide griffen mit der Frage der zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen Belgiens zum Reich ein Problem auf, das auch Volkswirtschaftler außerhalb der Kreise der Annexionisten im engeren Sinne beschäftigte, zumal belgische offiziöse Verlautbarungen eine einseitige Orientierung nach Frankreich hin erwarten ließen. Zu nennen sind: H. Waentig (Belgiens Volkswirtschaft, 1918; Belgiens Handel u. Antwerpen, BfI (1917), S. 445; E. Jaffé, D. Zahlungsbilanz u. d. int. Bez. Belgiens, Bf II (1918), S. 145ff., J. Strieder (Wirtschaftshistoriker), Belgien u. d. deutsche Volkswirtschaft, Bf I (1917), S. 464ff., u. d. schon erwähnte K. Wiedenfeld (s. o. Kap. III, S. 72). Von diesen Nationalökonomen, die alle enge wirtschaftliche Bindungen zwischen Belgien und dem Reich befürworteten, wehrte sich nur K. Wiedenfeld ausdrücklich gegen einen Mißbrauch seiner Argumente im annexionistischen Sinne, indem er die These aufstellte, daß die Erhaltung des status quo für Antwerpen (und damit für Belgien) für beide Länder wirtschaftlich am vorteilhaftesten sei (Antwerpens wirtschaftliche Zukunft, a.H.g. 1915, S. 6). Waentig hingegen sprach sich vage genug für ein „deutsch-belgisches Wirtschaftsbündnis" im Rahmen des neuen Mitteleuropa aus (Bf II, (1918) S. 302).
[96] C. Bornhak, Belgiens Vergangenheit, S. 35ff. Dagegen: A. Meister, S. 39, 43; u.: J. Ziekursch, Was soll aus Belgien werden? DK 91 (1917), S. 29; E. Brandenburg, Kriegsziele, S. 82.
[97] J. Ziekursch, a.a.O., S. 30.
[98] D. Schäfer, Zur Lage a.H.g. 1916, S. 7.
[99] S. o. Kap. III, S. 60f., Anm. 132/133.
[100] Delbrück zur belg. Neutralität: P.K. v. 28. XII. 1914, PrJbb 159, S. 181f. (Mißachtung d. eig. Neutralität durch Belgien; zur Richtigstellung v. A. Thimme, Delbrück, S. 124), u. ds., Was die Amerikaner glauben, ebd., S. 484 (engl. Absicht z. Verletzung d. belg. Neutralität). Dsgl. ds., Unverantwortlich, masch. Ms., o.D. [Sommer 1917] DB. D.'s Gedanke einer Verstärkung des fläm. Einflusses als Garantie für die Einhaltung der Neutralität durch Belgien bereits in: Die Maaslinie oder d. Entwaffnung Belgiens, Denkschrift o.D. [Dez. 1914] DK. In: Um Belgien, Denkschrift v. 9. I. 1917, DB, allerdings die Warnung vor einer Überschätzung der prodeutschen Sympathien d. Flamen. Für Garantien für die freien Entfaltung der Flamen: Entwurf für Erwiderung auf die Seeberg-Eingabe, DK, u.: P.K. v. 28. I. 1917, PrJbb 167, S. 345f. Erst 1918 wandte sich Delbrück gegen die Einschätzung Belgiens als eines diplomatischen Kunstproduktes (Wider den Kleinglauben, Flugschr. 1918, S. 13).
[101] Vgl. Ursprung [Kap. III, Anm. 189], S. 128, u. Kap. III, S. 72. Auch: A. Thimme, S. 125.
[102] Vgl. Ursprung [Kap. III, Anm. 189], S. 130.
[103] Marianne Weber, S. 598. Obwohl Delbrück lokale strategische Grenzkorrekturen nach Westen hin nicht a limine ablehnte, schloß er eine solche Möglichkeit Belgien gegenüber aus

(Denkschrift: Die Maaslinie [Anm. 100] DK; Niederschrift über Unterredung mit dem Kanzler, 16. XI. 1915, DK, an Wiedenfeld, 16. VII. 1915, DB, auch Ursprung a.a.O.). F. Fischer, Griff nach der Weltmacht[3], S. 207, übersieht infolge einseitiger Quellenauswahl gerade diesen entscheidenden Punkt (so auch noch in der jüngsten vollständ. neu bearbeiteten Sonderausgabe (Düsseldorf, 1967, S. 144); vgl. auch Kap. III, S. 71f., Anm. 204!).
[104] H. Delbrück, P.K. v. 28. I. 1917, PrJbb 167, S. 345f., drei Wochen vorher bereits ebenso in der „Deutschen Korrespondenz" (Ms. „Um Belgien", 9. I. 1917, DK). P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 475f.
[105] Schon am 2. IX. 1914 (an M. Lenz, DB). S. auch: Ursprung [Kap. III, Anm. 189], S. 119.
[106] Niederschrift über Unterredung mit Bethmann, 16. XI. 1915, DK. Ursprung a.a.O., S. 136.
[107] PrJbb 167, S. 343, S. auch unten S. 110f., bes. Anm. 126.
[108] Harnack (Entwurf zu Kriegszieleingabe v. 23. V. 1915, HB) sprach vage vom Abschluß einer Militärkonvention; M. Weber nannte Festungsrechte (z.B. in Namur). Vgl. W. Mommsen, Max Weber, 1959, S. 216; M. Weber an FZ, Ende 1915, GpS[1], S. 459f., u.: Bismarcks Außenpolitik u. d. Gegenwart, GpS[2], S. 115ff. Auch er wünschte Sicherheiten für die Flamen, obwohl er sie nicht für prodeutsch hielt (ebd. S. 128). „Militärische Garantien" noch am 1. VIII. 1916 (Redeauszug in Rk DZA-NA). Ähnl. A. Weber („desarmierte Neutralität") in: PrJbb 171 (1918), S. 65.
[109] M. Weber an Simon, 25. XII. 1915, GpS[1], S. 460. Für Freigabeerklärung erst am 7. IV. 1916 (Marianne Weber, S. 611). A. Weber an Brentano, 5. IX. 1915, BK — obwohl W. für die Freigabe Belgiens „nicht Englands wegen, sondern unseretwegen" eintrat. Für Brentano vgl. Kap. III, Anm. 208. Vgl. auch Meineckes Erinnerungen (Straßburg, 1949, S. 198) u. A. v. Harnack, An d. Schwelle, 1916, S. 15.
[110] Vgl. Ursprung [Kap. III, Anm. 189], S. 133.
[111] Die übrigen alldeutschen West-Kriegsziele — vor allem Briey-Longwy, an dem während des ganzen Krieges festgehalten wurde, dazu die französischen Kanalhäfen — und ihr Echo in der Professorenpublizistik werden hier, weil sie keine grundsätzlich neuen Probleme aufwerfen, nicht berücksichtigt. Es mag nur darauf hingewiesen werden, daß Schumachers Denkschrift vom September 1914 (vgl. S. 84) umfangreiche Annexions- u. Enteignungswünsche auch für Frankreich enthielt, von denen sich z.B. ein Echo bei E. Meyer findet (an Ehrenberg, 10. X. 1915, EL). Für Briey vgl. z.B. D. Schäfer, Zur Lage, 1916, a.H.g., S. 4, u. E. Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 54. S. auch unten Kap. VII, S. 169f. (Spahn)!
[112] Meinecke, Straßburg, 1949, S. 179. H. Oncken und — für die Seite der Annexionisten — R. Fester sind weitere Beispiele von Gelehrten, die sich in diesem halben Jahr in der Kriegszielfrage festlegten (vgl. den Briefwechsel Fester-Schäfer u. Fester-Seeberg, FK).
[113] Z.B. E. Meyer, D. Weltkrieg u. d. deutsche Kultur, in: Weltgeschichte u. Weltkrieg, 1916, S. 22f.
[114] D. Schäfer, Staat u. Volk in Osteuropa, SMhh Mai 1917, S. 302, 307ff. Vgl. auch Anm. 117!
[115] D. Schäfer, ebd., S. 312; u.: D. Sinn d. Krieges, Pt III 1915, S. 50; auch: D. Neugestaltung d. deutschen Ostens, 1918 (z.T.: 1915), S. 17 u. 27; Deutsch-poln. Kämpfe, a.H.g. o.D. [1915]; Zur Lage 1. I. 1916, a.H.g., S. 12.
[116] D. Schäfer, Verzichtsfriede oder Sicherungsfriede, a.H.g. 2. XII. 1917; vgl. auch ds. an York v. Wartenberg, Wilna, 2. X. 1916, SchäB: Leider spielten beim Kanzler immer noch Vorstellungen von einem Befreien der Völker eine Rolle — „er hat noch nicht verlernt, mit dem Eindruck derartiger Ansichten . . . auf die Menschheit zu rechnen . . ."
[117] D. Schäfer, Staat u. Volk, SMhh Mai 1917, S. 318; Unterdrückte Völker, 1918, S. 15ff.; S. 23f.: Die deutsche Politik müsse danach streben, „die Verhältnisse in Mitteleuropa so zu ordnen, daß zugleich den kleinen Nachbarvölkern . . . Gewähr bleibt für eine freiere . . . Entwicklung ihrer Eigenart . . . und wir selbst im Besitz der unerläßlichen Bedingungen für eine gedeihliche Entwicklung unserer Zukunft bleiben . . ." Ähnl. Diskrepanzen bei G. v. Below, D. polit. Probleme d. Weltkrieges, KM XXI (Sept. 1916, S. 66). Etwas anderer Akzent b. C. Bornhak, der erklärte, der deutsche Friede würde „voraussichtlich nicht unter dem Zeichen des Nationalitätenprinzips stehen. Denn er soll nicht auf trügerischen Vorspiegelungen beruhen", der aber doch begrüßte, daß im Baltikum u. i. Flandern Nationalitätenwünsche und deutsches Sicherungsverlangen harmonierten (D. Nat. prinzip u. d. Krieg, Gbb 75, I [1916], S. 231); ähnl. O. Hoffmann, Nation u. Staat, DFd (1918), S. 50 f.
[118] G. v. Schulze-Gaevernitz, D. Vlamen, Tü XIX, 2 (Apr. 1916), S. 116, u.: Zum Freiheitsfrieden, DP III, 1 (22. III. 1918), S. 364.
[119] Randbemerkungen zur Seeberg-Eingabe, DK. Vgl. auch: Ursachen XII, 1, S. 52, u. P. Rassow, Delbrück als Historiker, Sammlung IV (1949), S. 142. Wenn in Delbrücks Denk-

schriften und Korrespondenzen trotzdem Nützlichkeitserwägungen im Vordergrund standen, so war dies eine taktische Anpassung an den machtpolitisch-renommistischen Zeitgeist, wie sie Delbrück auch schon vor dem Kriege praktiziert hatte (vgl. E. Daniels, Delbrück als Politiker, WZT [1928], S. 27, u. Kap. III, S. 61f.).

[120] D. Schäfer, Leben, 1926, S. 203; ds. an York, 2. X. 1916, SchäB, u. an Maj. Tiedemann, 9. X. 1916, ebd., wo Schäfer Gerüchte über Ludendorffs Drängen auf eine Wiederherstellung Polens mit den Worten kommentierte: „ . . . Wenn das wahr ist, so hat der Mann ja von der wirklichen Lage . . . keine Ahnung, kennt die Polen nicht und weiß von der Geschichte nichts." Zur Sache: G. Ritter, Staatskunst III (1964), S. 271ff.

[121] Vgl. Ursprung [s. Kap. III, Anm. 189!], S. 133, u. Delbrück an Ludendorff, 24. XII. 1915, DB, u. ds. an Schiemann, 12. VII. 1915, DB.

[122] S. o. S. 81!

[123] Veh an Haller, 5. IV. 1917, HK, wonach Bethmann nicht einmal erlauben wollte, daß die Tatsache des Empfanges der Überbringer der Denkschrift (Meinecke, Schiffer u. v. Siemens) in die Presse käme. Dsgl. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 223f., der offenbar von Hallers Autorschaft nichts wußte.

[124] K. Meyer, Schiemann, S. 237ff.; z.B. Eingabe Schiemanns v. 29. XII. 1917, AA Brest 10-1. Haller überbrachte im Dez. 1917 die baltischen Maximalforderungen (Narwagrenze) der OHL und dem Kanzler (Lebenserinnerungen, o.J. masch. HK, S. 97 u. 104). Seine Entfremdung von der pol. Führung belegt treffend seine Kritik in: D. ausw. Politik des Fürsten Bülow, SMhh Jan. 1917, S. 420ff., u. an Delbrück, 9. III. 1917, DB.

[125] K. Meyer, Schiemann, S. 241ff.: Es ging um den Charakter der Universität Dorpat, die Schiemann als Kurator für seine Germanisierungspläne dienstbar machen wollte.

[126] W. Conze, Poln. Nation, 1959, S. 120ff., 178; Fischer, Griff nach d. Weltmacht³, 1964, S. 133, 193, 351. Kritik Max Webers an Sering s. o. Anm. 49!

[127] Bethmann, der Delbrücks Denkschrift über die Maaslinie (vgl. Anm. 100) erst im Januar 1916 erhielt, nannte sie einen „wertvollen Beitrag" (an Delbrück, 16. I. 1916, DB). Ferner: D. an Bethmann, 9. VIII. 1918, Bethmann an D., 8. IX. 1917 u. 12. VIII. 1918, DB. Statt Delbrücks bediente sich das deutsche Gen.-Gouvernement in Brüssel zeitweilig Hampes als Gutachters (F. Rachfahl, Literatur, WA XIII, 2, S. 257). S. u. S. 182. Zitelmann nach: F. Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft u. Politik, 1964, S. 141.

[128] Delbrück an W. Herrmann, 2. II. 1917, DB; Lina Delbrück, D.s Leben, IX, S. 151. Text der Eingabe, die die Reichsleitung bat, zusammen mit der Erklärung des rücksichtslosen deutschen U-Boot-Krieges die Bereitschaft zu betonen, „Belgien in vollem Umfang wiederherzustellen" und die Frage der belg. Arbeiter zu lösen (Jan. 1917): DB. Vgl. F. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 222, u. A. Thimme, Delbrück, 1955, S. 126. Auch Solf scheint den entsprechenden Passus der deutschen Note als Versprechen einer Restitution Belgiens aufgefaßt zu haben (an Wolff-Metternich, 4. II. 1917, in: E. Vietsch, Gegen d. Unvernunft, 1964, S. 50).

Anmerkungen zu Kap. V

[1] E. Meyer an Ehrenberg, 27. V. 1916 (EL). Ein erster Stimmungsumschlag läßt sich bei Meyer bereits Mitte Juli 1915 feststellen: Er rechne mit einer langen Kriegsdauer, schrieb er am 14. VII. 1915 an Ehrenberg (EL). — Vgl. auch Seeberg an Lezius, 26. IX. 1916, SK.

[2] H. Delbrück an Lina Delbrück, 2. IX. 1916, in: D.s Leben, IX, S. 73. A. v. Harnack an Delbrück, 7. VII. 1916, DK: „ . . . Der Gedanke eines 3. Kriegswinters ist . . . ein furchtbarer . . ." Öffentliche Andeutungen zur kritischen Lage bei F. Meinecke, D. Rhythmus d. Weltkrieges, 31. XII. 1916, PS & R, S. 140; u. E. Marcks, An d. Schwelle d. 3. Kriegsjahres, 1916, S. 4ff. Ähnl. J. Haller im Rückblick: Lebenserinnerungen, o.J. masch. HK, S. 113.

[3] D. Schäfer an Opitz, 9. XII. 1916, SchäB: „ . . . Allzuviel die Kriegsziele zu betonen, war lange Zeit nicht angebracht und ist jetzt auch nur in der Bekämpfung der Scheidemannschen Bemerkungen ausführbar [sic]. Die Leute wollen die Entscheidung des Krieges . . ."

[4] D. Schäfer, Aufruf: An das deutsche Volk, 23. VIII. 1916, Schrr. UAu. Der auf den 19. VII. 1916 (1 Ex. DK) datierte Entwurf war von O. v. Gierke, W. Kahl, E. Meyer, D. Schäfer, R. Seeberg, A. Wagner u. U. v. Wilamowitz unterzeichnet. Die *endgültige* Fassung vereinigt u. a. die Namen von 25 Gelehrten unter sich, z.B. M. v. Gruber, A. Meister, Th. Schiemann u. W. Wundt, ferner Kirdorf, Rippler und Stresemann; dagegen fehlten jetzt W. Kahl u. U. v. Wilamowitz. M. Weber, A. v. Harnack und H. Delbrück unterschrieben nicht, letzter, weil ihm der mit dem

Aufruf ins Auge gefaßte Sieg auf eine deutsche „Oberherrschaft" hinauszulaufen schien (Delbrück an Kahl, 24. VII. 1916, DB, u. Schäfer an Harnack, 7. VII. 1916, HB; M. Weber, GpS¹, S. 462). Schäfer hatte sich für diesen Aufruf ein ähnliches Echo erhofft, wie es dem Hochschullehrerappell vom 16. X. 1914 (vgl. Kap. II, S. 23, Anm. 25 und Anm. 49) zuteil geworden war, wurde hier freilich enttäuscht (an Harnack, 5. VII. 1916, HB). Wilamowitz, der den Aufruf zunächst unterstützte, scheint angesichts eines von O. Hintze entworfenen Protestes unsicher geworden zu sein (F. Meinecke, an seine Frau, Juli 1916, in: Ausgew. Briefwechsel, S. 80). Zitat nach: J. Hashagen, An d. Schwelle d. 3. Kriegsjahres, 1916, S. 11.

[5] J. Haller, D. ausw. Politik d. Fürsten Bülow, SMhh Jan. 1917, S. 428: Den Gedanken an eine Option bezeichnet H. dort als „veraltet und überwunden".

[6] D. Schäfer, Nochmals zur Lage, Flugschr. UAu 1. I. 1917, S. 12.

[7] D. Schäfer, An unser Volk, 23. VIII. 1916, Schrr. UAu (vgl. Anm. 4) u.: Nochmals zur Lage. S. 9; E. Meyer, England, 1915, S. 203; O. Hoetzsch, P.W. v. 8. XI. 1916, III, S. 97; E. Brandenburg, Deutschlands Kriegsziele, 1917, S. 4; M. Dessoir, Respice finem. Pt III (1915), S. 635; C. Bornhak, Was würde uns der Friede heute bringen, KM 74 (1916), S. 324; O. Seeck, Katechismus d. Weltkrieges, 1917, S. 60f.

[8] E. Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 16; O. v. Gierke, Friedensziele, 1917, S. 29.

[9] D. Schäfer, Nochmals zur Lage, 1. I. 1917, S. 14; ds., Von deutscher Art, 1916, S. 19; ds., Deutschlands Zukunft u. d. deutsche Friede, 1917, S. 13; M. v. Gruber, Völkische Außenpolitik, DE I (1917), S. 79; R. Seeberg an F. Lezius, 26. XII. 1916, SK.

[10] Schäfer, Nochmals zur Lage, S. 14.

[11] R. Seeberg an Bonwetsch, 29. VIII. 1915, SK.

[12] J. Haller, Front gegen den Osten, DgD, 6. III. 1915, S. 356; E. Marcks, An der Schwelle, 1916, S. 7; E. Meyer, Amerika u. d. Krieg, a.H.g. 1916. D. Schäfer an Bethmann, 25. IX. 1916, SchäB.

[13] D. Schäfer an Bethmann, 25. IX. 1916, SchäB.

[14] D. Schäfer, An das deutsche Volk, Aufruf UAu v. 23. VIII. 1916; ein Entwurf (HB) hatte noch pompöser von „dem hellen Glanze des Willens zum Siege" gesprochen, der die „störenden Nebel" des Zweifels zum Verschwinden bringen würde. Vgl. auch Anm. 4 u. Anm. 49.

[15] O. Hoetzsch, P.W. v. 8. XI. 1916, III, S. 97; D. Schäfer, Nochmals zur Lage, 1. I. 1917, S. 12; O. v. Gierke, Friedensziele, 1917, S. 22ff.; K. v. Stengel, Friedensbewegung u. Völkerbund, DE II (1918), S. 357; O. Hintze, Imperialismus und deutsche Weltpolitik, DF (1917), S. 154ff.: H. war kein grundsätzlicher Gegner des Völkerbundsgedankens, wollte aber nicht zulassen, daß Deutschland auf die amerikanische Konzeption einging und sich damit einer Vorherrschaft der angelsächsischen Mächte beugte. — Auch kulturelle Gemeinsamkeit bedeutete für Schäfer nichts (D. Neuorientierung, Pt V [1917], S. 651).

[16] D. Schäfer, Leben, S. 175f.; als Standardwerk vgl.: A. Spindler, D. Handelskrieg mit U-Booten, in: D. Krieg zur See, 1914—18, Abt. IV, 3 Bde., 1932. Für das Folgende: Bd. I, S. 34f. Frühe Unterstützung Tirpitz' in der U-Boot-Frage bei O. Hoetzsch, P.W. v. 23. XII. 1914, I, S. 30.

[17] H. Levy, D. wirtschaftl. Lage Englands im Falle d. Blockade, in: Spindler, I, S. 225. Populär ausgeführt in: Unser Wirtschaftskrieg gegen England, SchüB XI, 1916. Auch hier hob Levy die indirekten Wirkungen der deutschen Gegenblockade, einer „Mauer", die England von der Welt „absperrte" (S. 35), hervor (z.B. d. Erhöhung d. Frachtsätze), während er andererseits zugeben mußte, daß England bis zum Februar 1916 durch den Seekrieg, und zwar nicht allein durch den U-Boot-Einsatz, nur 7,1% seiner Handelstonnage verloren hatte (S. 17). Trotzdem traute er bei d. Aufgabe aller Einschränkungen den U-Booten die Erringung eines „vollen Erfolges" in der Gegenblockade zu (S. 6f.). Vgl. M. Webers scharfe Kritik an dieser „Pythia" des Admiralstabes b. Marianne Weber, S. 608. Ähnl. Hoffnung auf Einschüchterung d. Neutralen im Rückblick bei: B. Harms, D. Gegner u. wir im Spiegel d. Kriegslage, Rektoratsrede, Kieler Neueste Nachr., 8. XI. 1917. Harms gehörte wie Levy zu den von der Marine konsultierten Gutachtern (F. Glum, Zwischen Wirtschaft . . . , 1964, S. 142).

[18] Gutachten Sering-Triepel bei Spindler, I, S. 234f. u. 236ff.

[19] Ebd. S. 234 (Anschreiben v. 26. I. 1915 zu der Denkschrift).

[20] Ebd. S. 241f.

[21] Für Harnacks spätere Haltung s. u. Anm. 64.

[22] In einer Umfrage der Zeitschrift für Völkerrecht, IX (1915), S. 135ff. Unter den Antworten finden sich u.a. die Namen v. Binding, Brie, Kohler, Laband, Zorn. Ausführlichere Begründung d. deutschen Standpunktes schon b. H. Rehm: D. Unterseebootkrieg, ebd. S. 43ff., u. b.

Th. Niemeyer: D. Recht des Unterseebootkrieges, Sonderdruck d. Hamburger Nachrr., 24. IX. 1915, bes. S. 12f. u. 23f.: Für das Blockaderecht sei immer noch die Pariser Seerechtsdeklaration v. 1856 gültig, da die Londoner Konvention von 1909 nicht ratifiziert worden sei und die Haager Konvention von 1904 die Frage der Behandlung der Neutralen nicht eindeutig geregelt hätte. Das Recht der Neutralen höre immer noch da auf, wo Recht und Pflicht der Selbsterhaltung bei den Kriegführenden begänne.

[23] Delbrück führte darüber Klage bei A. Zimmermann (Ausw. Amt), o.D. [ca. 10. VIII. 1916] DK: Eine Bekämpfung der Regierungsgegner in der U-Boot-Frage sei nur möglich, wenn man die Illusionen über die Wirkungsmöglichkeiten dieser Waffe zerstörte. — Daß dies öffentlich nicht möglich war, hatte Delbrück bereits zweimal vorher feststellen können: Sowohl im Februar 1916, als er die Wirkungen der U-Boote als nicht vorausberechenbar bezeichnete, wie auch im August desselben Jahres, als er auf die unzureichende Zahl der verfügbaren U-Boote hinwies, mußte er scharfe Zurechtweisungen von Seiten der Zensur hinnehmen (PrJbb 163, S. 211, u. 165, S. 34; Oberkommando i. d. Marken an Delbrück, 8. III. u. 8. VIII. 1916, DB u. DK) Dies der Grund für die schon von A. Thimme (S. 135) konstatierte publizistische Reserve Delbrücks in dieser Frage! Entgegen der Erinnerung Schäfers (Leben, S. 195) hat die Zensur also die Gegner der unbeschränkten U-Boot-Kriegführung (und damit Anhänger Bethmanns) nicht bevorzugt. Ganz im Gegenteil hat sie im August 1916 die Veröffentlichung eines Aufrufes (An das deutsche Volk, s. o. Anm. 14) gestattet, der deutlich genug die Ziele der radikal-annexionistischen Regierungsgegner — auch in der U-Boot-Frage — unterstützte.

[24] E. Meyer an Ehrenberg, 3. X. 1916, EL; ähnl. Seeberg an Bonwetsch, 8. VI. 1916, SK: Er träte für den vollen Einsatz der U-Boote ein, weil sonst ein Frieden für Deutschland nicht erreichbar sei. Ebenso D. Schäfer an Bethmann, 25. IX. 1916, SchäB: Abwehr allein könne keinen „unsere Zukunft verbürgenden Frieden" gewährleisten. Ähnl. in Eingabe an den Admiralstab v. 5. II. 1916 (Spindler III, 1934, S. 91; Schäfer, Leben, S. 179). Auch für diese Aktion ging die Initiative von den Wirtschaftsgruppen aus.

[25] E. Meyer, Amerika u. unser Krieg, a.H.g. 1916, S. 2; auch an Ehrenberg, 3. X. 1916, EL.

[26] E. Meyer, Amerika u. unser Krieg, Flugschr. d. UAu, 1916, S. 1: „Die Frage, ob der U-Boot-Krieg zu diesem Ziele [Niederzwingung Englands] führen kann, entzieht sich allerdings der Beurteilung des Laien; aber gerade hier hat unser Volk volles Zutrauen zu den fachmännischen Autoritäten, die von seiner vollen Wirksamkeit überzeugt sind."

[27] D. Schäfer, Denkschrift zum U-Bootkrieg, b. Spindler, S. 91; E. Meyer an Ehrenberg, 24. II. 1915 (!) (EL): „Zur See bietet die Eröffnung des Unterseebootkrieges gegen den englischen Handel Aussicht auf vollen Erfolg. Wenn das so weiter geht . . . wird Englands Handel bald so gut wie ganz brachgelegt sein, die Preise steigen gewaltig, und wenn erst eine wirkliche Hungersnot ausbricht, ist Englands Kraft völlig gebrochen, und es muß sich unterwerfen." Noch optimistischer F. Lezius an Kropatschek, 23. IV. 1916: „Hoffentlich erklärt Amerika den Krieg und dann wehe England . . ." (SK). Ähnl. am 11. VI. 1916 (ebd.).

[28] Schäfer an Bethmann, 25. IX. 1916, SchäB.

[29] O. Hoetzsch, P. W., 23. XII. 1914, I, S. 30 u. v. 27. I. 1915, I, S. 57. D. Schäfer, Leben, S. 182 (Zitat von 1915); F. Meinecke, Unsere Lage (v. 30. III. 1916), PS & R, S. 132.

[30] H. Delbrück, P.K. v. 28. II. 1915, PrJbb 159, S. 569f.

[31] E. Meyer, Nordamerika u. Deutschland, 1915; Amerika und unser Krige, a.H.g. 1916; D. amerikanische Kongreß u. d. Weltkrieg, 1917, diese Schrift legte M. auch der Berliner Akademie vor (vgl. W. Basler, Zur pol. Rolle der Berliner Universität im 1. imperialist. Weltkrieg, WZHB-G X [1961], S. 192).

[32] Meyer, Nordamerika, S. 18f.

[33] Ebd., S. 46. Ähnl. D. Schäfer an Bethmann, 10. X. 1916, SchäB: Das Ergebnis seines Gespräches mit dem Kanzler sei gewesen, daß die U.S.A. als „gegebener Gegner" anzusehen sei. S. u. S. 121!

[34] Meyer, Nordamerika, S. 25, 32, 37, 43.

[35] D. Schäfer an Bethmann, 10. X. 1916, SchäB; ähnl. in Denkschrift v. 15. III. 1916, SF, u.: D. Ver. Staaten als Weltmacht, 1917, S. 36. Dsgl. E. Meyer, Amerika u. unser Krieg, S. 2, u. an Ehrenberg, 27. V. 1916, EL; ähnl. noch 1917: R. Fester, Weltlage, S. 21, der den Transport eines Millionenheeres nach Europa für unmöglich hielt. Auch O. Hoetzsch, P.W. v. 19. V. 1915, I, S. 202. Vgl. Anm. 42!

[36] E. Meyer, Nordamerika, S. 17, 42; D. Schäfer, D. Ver. Staaten, S. 38.

[37] E. Meyer, D. amer. Kongreß u. d. Weltkrieg, 1917, S. 128, 131; ähnl. O. Hoetzsch, P.W. v. 9. II. 1916, II, S. 170; 8. III. 1916, II, S. 213.

[38] E. Meyer, Nordamerika, S. 70, u.: Amerika u. unser Krieg, a.H.g. 1916, S. 1; Hoetzsch, P.W. v. 15. XII. 1915, II, S. 97, u.: 24. IV. 1916, II, S. 289; D. Schäfer, D. Ver. Staaten, S. 43.

[39] E. Meyer, Amerikan. Kongreß, S. XI; G. v. Below, Deutschland u. d. Hohenzollern, ZKF 30 (1915), S. 46; O. Hoetzsch, Z.R. v. 13. III. 1917, V&KMhh 31,II, S. 584.

[40] E. Meyer, Nordamerika, S. 70; R. Fester an Schäfer, 6. V. 1916, FK.

[41] E. Meyer, Amerika u. unser Krieg, S. 2, dsgl. an Riezler, 31. VIII. 1916, SchäB. Meyer hoffte auf einen Sieg der pazifistischen Strömungen, wenn Deutschland nur stark aufträte. Dann würde Wilson auch gegen das Reich ebensowenig einzuschreiten wagen „wie gegen Mexiko" (Amerikan. Kongreß, S. IX, S. 124ff., u. an Riezler, a.a.O.); ähnl. Seeberg an Bonwetsch, 16, II. u. 26. IV. 1916, SK. Im Rückblick: G. v. Below, D. Geschichte d. U-Boot-Krieges, DgD Jg. 1918, März, S. 302: Berufung auf Meyer!

[42] E. Meyer, Nordamerika, S. 41; an Ehrenberg, 13. II. 1916, EL, wo er die energische Erklärung d. Reichsleitung begrüßt; denn „weitere Nachgiebigkeit hätte die Gefahr eines Bruches und Krieges immer gewisser gemacht . . . ". Dsgl. Haller auf Sitzung d. UAu in Stuttgart am 21. VIII. 1916 (Prot. in: Rk DZA I-UAu). Vgl. auch Anm. 35!

[43] E. Meyer, Vorwort zu: D. amerik. Kongreß, S. V u. XI. D. Schäfer, Friedensbereitschaft, Schrr. d. UAu, Nr. 34 (24. I. 1917), u.: D. Vereinigten Staaten, S. 46.

[44] E. Meyer, D. amer. Kongreß, S. 124ff., Vorwort, S. IX, dagegen: Ebd., S. 128. — O. Hoetzsch, P. W. v. 16. II. 1916, II, S. 195; dagegen 24. II. 1916, II, S. 289.

[45] Marianne Weber, S. 606ff.; auch an Schulze-Gaevernitz, 21. X. 1916, GpS[1], S. 464: Gegen die „U-Boot-Demagogie" müßte die deutsche Regierung mit „Keulenschlägen" vorgehen.

[46] Max Weber, Denkschrift zum U-Boot-Krieg, März 1916, GpS[2], S. 145f.; ähnl. verwahrte sich H. Delbrück gegen den moralischen Druck, der auf die Warner vor einer unbeschränkten U-Boot-Kriegführung ausgeübt würde und den Gegensatz auf die Begriffe „schneidig" oder „flau" reduzierte (P.K. v. 26. II. 1916, PrJbb 163, S. 559f.).

[47] D. Schäfer, Deutsche Geschichte, Aufl. v. 1917 (von Zensur gestrichener Passus, vgl. ds., Leben, S. 195) u. ds. an Fester o.D. [Mai 1916?] FK. E. Meyer (an Ehrenberg, 27. V. 1916, EL) bezeichnete die im März gegen den U-Boot-Krieg gefallene Entscheidung als den „verhängnisvollen Wendepunkt" des Krieges.

[48] 31. VIII. 1916, SchäB. Ähnl. bereits am 25. IV. 1916 (Denkschrift, a.H.g., FK), u.: D. Schäfer an Bethmann, 10. X. 1916, SchäB. Ähnl. Haller am 21. VIII. 1916 (a.a.O. Anm. 42!). Kritik am Kaiser: Fester an Schäfer, 20. V. 1916, FK, u. Schäfer an Opitz, 9. XII. 1916, SchäB.

[49] Entwurf für Aufruf „An unser Volk" v. Juli 1916 (HB). Protest gegen das Eingeständnis eines Stimmungsabfalls im Hinblick auf die Feindmächte bei Delbrück (an Kahl, 24. VII. 1916, DB), bei Fester (an Schäfer, 22. VII. 1916, FK), bei M. Weber (GpS[1], S. 462) und bei Bethmann (an Schäfer, 5. X. 1916, SchäB). Tatsächlich fiel der kritisierte Passus des Aufrufes in seiner endgültigen Fassung (An das deutsche Volk, 23. VIII. 1916, vgl. Anm. 4) fort.

[50] D. Schäfer, D. Gebot der Stunde, Denkschr. d. UAu an den Reichstag, 25. IX. 1916: D. englische Blockade hätte „weitgehenden Erfolg gehabt"; ähnl. in: D. Ver. Staaten als Weltmacht, 1917, S. 48: „ . . . Der letzte große weltgeschichtliche Moment, in dem unsere Zukunft gesichert werden kann, ist gekommen. Uns durch Rücksichten auf Amerika . . . abhalten zu lassen, ihn wahrzunehmen, wäre ein Verbrechen an unserem Volke . . . Der große Begründer des Reiches, den Gott uns schenkte, hätte umsonst gelebt . . ." Auch die von 21 nicht genannten Berliner Professoren unterzeichnete Eingabe an den Admiralstab vom 5. II. 1916 (vgl. Anm. 24) sprach von einer „verhängnisvollen Verschlechterung der deutschen Lage . . ." E. Meyer schrieb an Riezler (31. VIII. 1916, SchäB): „ . . . Schlimmer werden kann es nicht . . ." Ohne „rücksichtslose" Kriegführung gegen England sei der Krieg „definitiv verloren". Fester (an Schäfer, 6. V. 1916, FK) fürchtete eine Niederlage als Folge einer neuen Mißernte. Ganz extrem wieder F. Lezius (an Kropatschek, 12. XI. 1916, SK): „ . . . Für das deutsche Volk . . . erhoffe ich nichts mehr. Es ist Gottes Wille, daß es untergeht . . ." Schäfer äußerte seine Befürchtungen auch gegenüber Bethmann (an B., 25. IX. 1916, SchäB) und hielt auch später daran fest: „ . . . Wir sind jetzt so weit, daß wir nur noch an einer Hoffnung zehren: U-Boot-Krieg. Schlägt die fehl, so ist alles verloren" (an Oberst Bauer, 4. VII. 1917, SchäB).

[51] E. Meyer an Ehrenberg, 11. II. 1917, EL.

[52] Ebd. u.: Vorwort zu: D. amerik. Kongreß, S. VIII („Erlösung" aus „schwerer Spannung"). Ähnl. Seeberg an Bonwetsch, 15. II. 1917, SK; Schäfer, März 1917, RB UAu; ähnl. K. Holl an A. Schlatter, 4. II. 1917, (Zs. f. Theologie u. Kirche 64 [1967], S. 221) — Schäfers Prognose: An

Ob. Bauer, 24. V. 1917, BauK; ähnl. R. Fester, Weltlage, 1917, S. 19; E. Brandenburg, Weltlage, 1917, S. 28 („völlige" Niederlage Englands); M. v. Gruber (Völk. Außenpolitik, DE I, 1917, S. 74) prophezeite einen Diktatfrieden beim Andauern d. U-Boot-Erfolge. — Einer der Fachleute, B. Harms (vgl. Anm. 17), fand diesen Optimismus allerdings „unbegreiflich" und rechnete erst frühestens für den Winter 1917/18 mit einem Zusammenbruch Englands (an Seeberg, 4. VII. 1917, SK). In einer am 8. XI. 1917 gehaltenen Rektoratsrede (Kieler Neueste Nachr.) verschob er diesen Termin auf das Frühjahr bzw. den Sommer des Jahres 1918 in der Hoffnung, daß Amerika bis dahin noch nicht wirksam in den Landkrieg eingreifen können würde.

[53] H. Delbrück, P.K. v. 26. II. 1916, PrJbb 163, S. 556f., u. P.K. v. 28. V. 1916, PrJbb 164, S. 570.

[54] E. Troeltsch, D. deutsche Idee v. d. Freiheit, in: Deutsche Zukunft, S. 9, 38, 54: T. sprach von einem „Riesengegensatz" zu Mitteleuropa, zumal die amerikanische Ethik noch nicht von den Forderungen der Machtpolitik und der sozialistischen Konsequenzen des Kapitalismus durchdrungen sei. — Ähnl. in: Eigentümlichkeiten d. angelsächsischen Zivilisation, in: Deutschland u. Westeuropa, 1925, S. 133. Diese Sammlung bringt auch Auszüge aus dem erstgenannten Aufsatz, jedoch unter starker Verkürzung der zitierten Stellen.

[55] H. Delbrück, P.K. v. 26. II. 1916, PrJbb 163, S. 555, u.: v. 28. VII. 1916, PrJbb 165, S. 342. Anfangs auch O. Hoetzsch (P.W. v. 7. VII. 1915, I, S. 285, für später s. o. Anm. 35. Denkschrift gegen unbeschränkten U-Boot-Krieg von G. v. Schulze-Gävernitz (Okt. 1916) im Auszug in: G. v. Sch G., D. Wendepunkt d. Weltkrieges, 1920, S. 4ff. W. Nernst, D. Krieg u. d. deutsche Industrie, IMW X (1. VII. 1916), Sp. 1207f.

[56] Vgl. S. 22, Anm. 14, u. S. 50. Vgl. auch Harnacks Rede zur deutsch-amerik. Sympathiekundgebung v. Aug. 1914, Reden u. Aufss. N.F. III, S. 284ff.

[57] M. Weber, D. verschärfte U-Boot-Krieg, GpS², S. 143ff. Auch Marianne Weber, S. 603ff.

[58] M. Weber, D. verschärfte U-Boot-Krieg, GpS², S. 148.

[59] Ebd. S. 146, 148.

[60] Ebd. S. 145f. Ähnl. in Brief v. 5. III. 1916 (bei: Marianne Weber, S. 606): „. . . Die paar ruhigen Leute hier *wissen:* Der Krieg ist verloren, wenn es losgeht . . ." Weber betrachtete das Risiko eines Bruches mit den U.S.A. allenfalls dann für sinnvoll, wenn eine Kapitulation Englands durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb weniger Monate als wahrscheinlich angenommen werden dürfte: Dies täten aber nicht einmal alle Marinefachleute.

[61] D. versch. U-Boot-Krieg, GpS², S. 149. In dem in Anm. 60 erwähnten Brief schrieb Weber: „. . . mir ist, als ob eine Horde Irrsinniger uns regierte. Alle Leute, die vor 14 Tagen . . . sagten: 'Ach, die Amerikaner schlagen ja *nie* los' — sagen jetzt: 'Ach, die Amerikaner *wollen* ja den Krieg auf jeden Fall'. . ."

[62] S. o. Anm. 23.

[63] H. Oncken, An der Schwelle d. 3. Kriegsjahres, 1916, S. 9f.

[64] F. Meinecke Straßburg, S. 166, u.: PS&R, S. 131. Ähnl. A. v. Harnack, An der Schwelle, 1916, S. 9. Delbrück hat den unbeschränkten U-Boot-Krieg zu keinem Zeitpunkt befürwortet, betrachtete vielmehr die Möglichkeit eines Weiteramtierens von Tirpitz und damit die Gefahr eines unbeschränkten U-Boot-Krieges „mit allergrößter Besorgnis", ein Risiko, das das Reich nur „in der allverzweifeltsten Not eingehen dürfe" (an Buchfink, 14. III. 1916, u. an Siemens, 4. X. 1916, DB; ähnl. Lina Delbrück, Bd. XII, S. 111).

[65] M. v. Baden, Erinnerungen und Dokumente, 1927, S. 76, der mit dem Delbrückkreis in Verbindung stand: „Man sei versucht gewesen, ein Wort aus der Ilias abzuwandeln: 'So sangen sie die Totenklage über Deutschland, als es noch lebte . . .' " Ähnl.: A. Grotjahn, Erlebtes u. Erstrebtes, 1932, S. 168. Delbrück: P.K. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 286. G. v. Schulze-Gaevernitz hatte noch in letzter Minute den Versuch gemacht, durch eine Denkschrift, die er am 30. I. 1917 Friedrich Ebert zur Weiterleitung an den Kanzler übergab, den Entschluß der Reichsleitung zur Verkündigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges zu verhindern (vgl. Schulze-Gaevernitz, Der Wendepunkt, S. 16ff.).

[66] Nach Paul Rohrbach, Um des Teufels Handschrift, 1953, S. 206; rückblickend hat Troeltsch selbst erklärt, er habe nach der Marneschlacht und nach dem Kriegseintritt Amerikas einen deutschen Sieg für „immer unmöglicher" gehalten. (Spektatorbriefe, 1925, S. 1). F. Meinecke, Straßburg, S. 222; das Scheitern des U-Boot-Krieges hätte ihn und seine Freunde innerlich vorbereiteter gefunden als seine Gegner (S. 168).

[67] Darüber zwei Briefe v. Delbrück und v. M. Weber, die beide unmittelbar nach der Entscheidung der U-Boot-Frage verfaßt wurden und versuchen, die besten Seiten dieses Entschlusses in den Vordergrund zu stellen. M. Weber an K. Löwenstein, 10. II. 1917 (GpS¹, S. 466ff.): England könne zwar nicht ausgehungert, wohl aber in seiner Dispositionsfähigkeit schwer geschädigt werden, vor allem an der Front, wo sich der Mangel an Kohle nachteilig auswirken würde. 200-300 000 amerikanische Freiwillige an der Front und die Verlängerung des Krieges seien freilich sehr nachteilig; indessen hätte man dem Entschluß zum verschärften U-Boot-Krieg kaum noch ausweichen können, da England den Frieden auf keinen Fall wollte und die Lage für die Mittelmächte kritisch zu werden drohte. Ähnl. H. Delbrück an W. Herrmann, 2. II. 1917, DB: „Die Einen sehen in dem verkündeten Entschluß einen Akt der Verzweiflung, den Anfang vom Ende, die Anderen sehen darin den sicheren, völligen Endsieg . . ." Delbrück vertraute mehr auf die psychologischen Wirkungen der U-Boot-Gefahr als auf die statistischen Berechnungen. Der U-Boot-Terror würde viele Neutrale davon abhalten, die deutsche Blockade zu durchbrechen, so daß England in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten müßte. — Eine Kriegserklärung Amerikas an die Mittelmächte würde die Entente freilich moralisch und militärisch verstärken. Die Beurteilung der U-Bootfrage hinge davon ab, ob man an den Erfolg der Wilsonschen Friedensvermittlungsbemühungen glaubte (was D. täte) und ob man annähme, daß sie durch den deutschen Entschluß zum Scheitern gebracht worden wären (was er nicht täte). Unabhängig voneinander setzten sich M. Weber u. Delbrück dafür ein, eine amerikanische Kriegserklärung in letzter Minute durch eine amtliche Verlautbarung zu verhindern, die die Aufgabe des unbeschränkten U-Boot-Krieges bei gleichzeitiger Aufhebung der britischen Blockade zusichern sollte (Delbrück in Tg, 3. II. 1917; M. Weber, GpS¹, S. 466).

[68] A. v. Harnack, Wilsons Botschaft u. d. deutsche Freiheit, DF, S. 1ff., u. E. Troeltsch, D. Ansturm d. westl. Demokratie, DF, S. 79ff., F. v. Liszt, Wilson u. d. Völkerrecht, DJZ XXII (1917), S. 256f.; H. Delbrück, Düsseld. Ztg. 18. IX. 1917, u.: Deutschld. u. Amerika, Tg, 14. IV. 1917; tiefe Desillusionierung: W. Kahl an Delbrück, 9. II. 1917, DB.

[69] S. u. S. 114ff.

[70] Harnack, a.a.O. S. 6; Troeltsch, a.a.O. S. 80.

[71] Moritz Bonn, Amerika als Feind, 1917, u.: Was will Wilson, 1918; E. Kühnemann, Deutschland und Amerika, 1917; A. Penck, U.S. Amerika, 1917. Im Rückblick: M. Bonn, So macht man Geschichte, 1953, S. 180f. Bonn stand in Verbindung mit dem Ausw. Amte. Zu diesem Thema jetzt im Zusammenhang: E. Fraenkel, Das deutsche Wilsonbild, Jb. f. Amerika-Studien, V (1960), S. 101ff. Delbrück, P.K. v. 29. IX. 1917, PrJbb 170, S. 157, u. v. 5. I. 1918, PrJbb 171, S. 142.

[72] Bonn, Amerika, S. 19, 62, 95, 100.

[73] Kühnemann, Deutschland u. Amerika, S. 79ff.; A. Penck, U.S., S. 156.

[74] Vgl. H. Delbrück, P.K. v. 26. II. 1916, PrJbb 163, S. 556ff.: D. hoffte, daß Wilson in seinem Wunsche, als Friedensbringer in die Geschichte einzugehen, auf die Alliierten einen Druck ausüben würde, wozu er reichlich Handhaben besäße — anders als bei dem ohnehin blokkierten Deutschland, das in größerer Unabhängigkeit verhandeln können würde.

[75] Vgl. Kap. II, S. 31! Eine solche Ausnahme: M. Lenz an Bassermann, 24. IX. 1916, DK, der auf eine Erneuerung des englisch-französischen Gegensatzes spekulierte. Unter Verzicht auf westliche Annexionen könnte Deutschland einen Sonderfrieden erhoffen, zumal mit einer neuen französischen Regierung. Gegen Kompensationen in Belgien würde Frankreich vielleicht auch einer Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika auf französische Kosten zustimmen.

[76] Vgl. dagegen Kap. II, Anm. 210! A. v. Harnack, die Religion im Weltkriege, in: Erforschtes und Erlebtes, S. 309; H. Delbrück: P.K. v. 26. X. 1917, PrJbb 170, S. 258: „Es hat keine grausigere und zugleich keine edlere Erscheinung in der Geschichte der Menschheit gegeben als jenes freiwillige Erleiden eines qualvollen Todes um der Überzeugung willen. Sollen wir aber darum die Scheiterhaufen wieder anzünden, um neue Beispiele solcher Standhaftigkeit zu erleben? . . . Die Menschheit wäre ein jammervolles Dasein, wenn sie der Helden entbehren wollte. Aber das entbindet sie nicht von der Aufgabe, das menschliche Leiden, wo es sich zeigt, zu bekämpfen." M. Weber (1916) bei Marianne Weber, S. 595.

[77] E. Troeltsch, D. Wesen des Weltkriegs, WEV, S. 15.

[78] F. Meinecke, Staatskunst u. Leidenschaften (28. XI. 1916), in: Probleme d. Weltkrieges (1917), S. 59; dsgl.: D. Rhythmus d. Weltkr. (31. XII. 1916), PS&R, S. 140. Vgl. dagegen seine Äußerung aus dem Jahre 1915: „Man sollte hüben und drüben dieses Schauspiel äußerster Kraftanstrengung mit jenem großen Sinn aufnehmen, der über Haß und Erbitterung hinweg . . . den Wert und das Ergebnis dieser allgemeinen Energie zu erkennen sucht. Sie ist die Bürgschaft dafür, daß nicht ein Gegner den anderen gänzlich unterdrückt, daß der Reichtum an Individualität, der heute die Welt erfüllt, nicht verringert wird . . ." (Kultur, Machtpolitik und Militarismus, DW II S. 637.) Das Jahr 1916 bildete (nicht nur) für Meinecke den „Knotenpunkt", von dem aus sein politisches Denken und sein historisches Fragen eine neue Richtung einschlugen: Aus seiner aus der Vorkriegszeit übernommenen Verherrlichung des Nationalstaates (Weltbürgertum und Natio-

nalstaat) wurde eine kritische Durchdringung des Machtproblems intra et extra muros (Idee d. Staatsräson). Zu dieser Wendung vgl. seine: Probleme d. Weltkrieges (1917), S. 38; Zwei Systeme, DP Juni 1918, S. 707; Werke, I (1957), S. 508, u.: Straßburg (1949), S. 193; ferner: W. Hofer, Geschichtsschreibg. u. Weltanschauung, 1950, S. 26f.; dagegen in diesem Punkte nicht überzeugend: R. Sterling, Ethics in a world of power, 1958, S. 159. Vgl. auch Anm. 81!

[79] M. Weber an Lesser, 16. VI. 1917, GpS[1], S. 474.

[80] G. Radbruch, Zur Philosophie dieses Krieges, ASwSp 44 (1917/8), S. 139ff.

[81] E. Troeltsch, Das Wesen d. Weltkrieges, S. 15; F. Meinecke, D. Demobilmachung der Geister, 23. IX. 1917, PS & R, S. 198: Nach den neuen Erfahrungen des Weltkrieges sei der Krieg kein taugliches Mittel mehr zur Fortsetzung der Politik, höchstens noch zwischen zwei isolierten Staaten. Im allgemeinen bestehe jedoch die Gefahr eines Koalitionskrieges, der sich schließlich wie der Weltkrieg festfahren würde. Dann sei auch im Wettlauf der Technik keine Entscheidung zu erwarten, und die Politik müsse eingreifen. „Die Kehrseite dieser technischen Hochleistung also ist, daß alle geistige und physische Kraft der Nationen aufgeht in der gegenseitigen Zerstörung . . ."

[82] Troeltsch, Das Wesen, S. 15; Meinecke, Demobilmachung, S. 198.

[83] L. Brentano, Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit (1916), S. 32.

[84] P.K. v. Okt. 1915, PrJbb 162, S. 362. — Ähnl. P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 474: „Aber es ist doch immer von Wert, festzustellen, daß es neben den intransigenten Richtungen und Staatsmännern auch Andere gibt, die bei aller Kraft des nationalen Selbstbewußtseins nicht vergessen haben, daß die christlichen Völker eine große Kulturgemeinschaft bilden und Humanität und Recht Begriffe sind, die jeder Patriot voll würdigen muß, wenn er seinen Staat nicht ins Verderben führen will." Auch P.K. v. 5. I. 1918, PrJbb 171, S. 132.

[85] M. Weber, GpS[2], S. 118 (Dez. 1915); F. Meinecke: Germanischer und romanischer Geist im Wandel der deutschen Geschichtsauffassung, HZ 115 (1916), S. 536. Darüber vgl. Straßburg, S. 188. Troeltsch, Anklagen auf Defaitismus, DP, Jg. 1918, S. 668f. A. v. Harnack, An d. Schwelle (1916), S. 17; W. Goetz, Kriegsergebnisse, Kriegsziele, DFd, S. 436.

[86] F. Meinecke, D. Rhythmus d. Weltkrieges (31. XII. 1916), PS & R, S. 137ff. — Delbrück für einen „ehrlichen, gemäßigten" Frieden, in P.K. v. 29. XII. 1916, PrJbb 167, S. 168, für „deutschen Frieden", d.h. Verzicht auf direkte kontinentale Machterweiterung, im P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 489f.

[87] H. Delbrück, P.K. v. 31. XII. 1915, PrJbb 163, S. 361, u. P.K. v. 28. VII. 1916, PrJbb 165, S. 339f.

[88] F. Meinecke, Probleme d. Weltkrieges, S. 54; H. Delbrück: P.K. v. 29. X. 1916, PrJbb 166, S. 350f.

[89] Meinecke, Präliminarien der Kriegsziele (31. VII. 1915), PS & R, S. 110f. Ähnl. M. Weber, GpS[2], S. 127f. (1916).

[90] S. o. S. 58f.! Selbstcharakteristik in: P.W. v. 23. V. 1917, III, S. 383.

[91] Vgl. S. 78!

[92] Hoetzsch, P. W. v. 7. II. 1917, III, S. 263 (noch ohne Kenntnis der russ. Revolution geschrieben).

[93] Hoetzsch, P. W. v. 22. VIII. 1917, III, S. 502.

[94] D. Bestehen von Spannungen zwischen Japan u. d. Vereinigten Staaten war für Hoetzsch ein Axiom (P.W. v. 19. V. 1915, I, S. 202; 14. II. 1917, III, S. 238). Hoffnung auf Beitritt Japans: P. W. v. 29. III. 1916, II, S. 265f.; 23. V. 1917, III, S. 382; 9. VIII. 1916, II, S. 444.

[95] D. Schäfer, D. Neugestaltung d. Ostens (1918), S. 9; 1917 (Verzichtsfriede oder Sicherungsfriede, S. 16) sprach er sich für einen Verzicht Deutschlands auf Kiautschau aus! R. Seeberg an Lezius schon am 5. III. 1915: „Ich habe von Anfang an die Meinung vertreten, daß Japan sich mit uns verbünden wird, alle lachten über mich. Heute wird die Sache sehr ernst genommen . . ." (SK). Gegen England gerichtete Kontinentalbundvorstellungen auch in: Östl. u. westl. Kultur, DE I (1917), S. 783, u. bei: G. v. Below, Geschichte d. U-Boot-Krieges, DgD März 1918, S. 302, u.: E. Brandenburg, Weltlage, 1917, S. 14; Berufung auf Tirpitz als Befürworter eines Kontinentalbundes bei O. Hoetzsch, P.W. v. 23. V. 1915, I, S. 202. M. Lenz s. o. Anm. 75 u. 116!

[96] O. Hoetzsch, P.W. v. 7. IV. 1915, I, S. 150, u. v. 19. IV. 1916, II, S. 282.

[97] O. Hoetzsch, P.W. v. 22. XI. 1916, III, S. 166ff., u. v. 23. II. 1916, II, S. 211; belg. Annexionsforderung bereits in der Denkschrift: Gedanken über die pol. Ziele d. Krieges v. Anfang Dez. 1914 (vgl. Kap. III, Anm. 111).

[98] O. Hoetzsch, Russ. Probleme, 1917, S. 146ff.

[99] M. Spahn, Voss. Ztg. 20. III. 1917, auch: P. Laband, DJZ XXI (1916), Sp. 836.

[100] J. Haller, D. russ. Gefahr im eigenen Hause, 1917, S. 80, 89f. Ähnl. Seeberg, Östl. u. westl. Kultur, DE I (1917), S. 769ff. — Hoetzsch, Russ. Probleme, war eine Replik auf die Attacke Hallers. Haller bezeichnete nachträglich Hoetzschs Russophilie als Ausfluß deutscher Rußland-Export-Interessen und des Bestrebens der ostelbischen Großgrundbesitzer, die Bodenpreise zu halten. Belege für diese These konnten nicht ausfindig gemacht werden (Haller, Lebenserinnerungen o.J. masch., S. 133f., HK).

[101] M. Weber stimmte den Thesen Hallers im Prinzip zu (GpS[2], S. 195). Ähnl. Vorstellungen über die russ. Gefahr bei A. Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, S. 33; A. v. Harnack, Denkschriftenentwurf v. 23. V. 1915, HB. H. Oncken, An d. Schwelle, 1916, S. 13; Meinecke, Sozialdemokratie und Machtpolitik (1915), PS & R, S. 121.

[102] Vgl. Kap. II, S. 33.

[103] Delbrück an L. Delbrück, 28. IX. 1916, in: Lina D., D.s Leben, X, S. 67f., u.: Divide, Tg 21. VII. 1916. Dagegen Hoffnungen auf einen östlichen Separatfrieden in D. an Lenz, 24. VIII. 1914 u. 13. VI. 1915, DB; öffentlich angedeutet in: PK v. 31. I. 1915, PrJbb 159, S. 382. Vgl. Kap. III, Anm. 121!

[104] Delbrück, P.K. v. 26. X. 1916, PrJbb 166, S. 350ff. — Der Gegensatz zwischen Annexionisten und Gemäßigten wurde damals manchmal mit dem Unterschied in der Auffassung gleichgesetzt, wer der Hauptfeind Deutschlands sei (bei Delbrück selbst: P.K. v. 29. IX. 1916, PrJbb 166, S. 163; O. Hoetzsch: P. W. v. 14. VI. 1916, II, S. 369f.; v. Below, Das gute Recht der Kritik der äußeren Politik, ND IV, S. 444). Wie jedoch aus unserer Darstellung hervorgeht, gilt dies, wenn überhaupt, dann nur für das Jahr 1916, für radikale Annexionisten wie Haller und Schäfer überhaupt nicht. Auch Delbrück kann weder *gänzlich* auf eine pro-englische Linie (wie bei A. Thimme, S. 123, 129) und schon gar nicht auf eine durchgängig anti-englische Haltung festgelegt werden (wie b. W. Basler, Deutschlands Kriegszielpolitik, Diss. phil. Kiel 1951, msch. S. 165).

[105] Für Delbrück waren Indizien der Stärke der russischen Macht die rasche Erholung nach den verschiedenen Niederlagen im Weltkrieg, das Alkoholverbot in der russ. Armee und der Bau der Murman-Bahn (P.K. v. 29. X. 1916, PrJbb 166, S. 351).

[106] Vgl. Kap. III, S. 61.

[107] Z.B. P.K. v. 26. XI. 1916, PrJbb 166, S. 518.

[108] P.K. v. 29. IX. 1916, PrJbb 166, S. 164f.

[109] M. Weber, Deutschland unter d. eur. Weltmächten (Okt. 1916), GpS[2], S. 165; F. Meinecke, Rhythmus d. Weltkrieges (1916), PS & R, S. 138.

[110] Th. Schiemann, Rußland auf d. Wege zur Revolution, 1915, S. 18ff.; J. Haller, Lebenserinnerungen, o.J. masch., HK, S. 114, u: England u. Rußland, Pt V, März 1917, S. 306, geschr. im Dezember 1916, mit einer allerdings recht verklausulierten Voraussage eines Umsturzes. Auch der von ihm befehdete O. Hoetzsch sprach am 17. I. 1917 (III, S. 193ff.) von dem „Donner" einer heranziehenden revolutionären Bewegung unter Anspielung auf die Miljukowrede v. 29. XII. 1916, hatte allerdings vorher stets vor übertriebenen Hoffnungen auf eine Revolution im Zarenreich gewarnt (z. B. Z.R. v. 3. III. 1916, V&KMhh 30,II, S. 563).

[111] Delbrück, P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 496.

[112] M. Weber, Rußlands Übergang zur Scheindemokratie, 26. IV. 1917, GpS[2], S. 192ff. W. berief sich ausdrücklich auf Haller. — Vgl. auch W. Mommsen, Weber, S. 261ff. Noch 1918: M. Weber, Innere Lage u. Aupenpol. 3. II. 1918, GpS[2], S. 290. D. Schäfer, R.B. UAu v. 5. IV. 1917, u. an Opitz, 24. VI. 1917, SchäB.

[113] R. Seeberg, Östl. u. westl. Kultur, DE I (1917), S. 781; Th. Schiemann nach K. Meyer, Schiemann, S. 228.

[114] H. Delbrück, P.K. v. 21. IV. 1917, PrJbb 168, S. 332; ähnl. W. Goetz, Außenpolitik, DFd, S. 493ff., u. F. Meinecke, Kriegsziele hüben u. drüben, 22. VI. 1917, PS & R, S. 125, u. an G. v. Below, 14. IV. 1917, Ausgew. Briefwechsel, 1962, S. 89: „Einen Sonderfrieden mit Rußland, von den Sozialisten gemacht, — ein Bismarck würde ihn nicht verschmäht haben . . ." M. Weber befürwortete grundsätzlich einen Frieden mit einem wahrhaft demokratischen Rußland: „Immer erneut sollten wir . . . betonen, daß wir mit jeder *wirklich demokratischen* russischen Regierung uns *jederzeit* über einen ehrenvollen Frieden *verständigen könnten*. Am leichtesten mit den Bauern, die den Frieden sehr viel mehr brauchen als die Petersburger Munitionsarbeiter oder die bürgerlichen Interessenten der kapitalistischen Expansion Rußlands . . ." (D. preuß. Wahlrechtsreform, EStWZ II, 21. IV. 1917, S. 398 [fehlt im Lit.Verz. M. Webers bei Winckelmann, M.W., Kroener, 1964]). Anders als W. Mommsen, Weber, 1959, S. 262, möchte der Verf. in Webers Äußerungen zugunsten einer Verständigung mit Rußland trotz dessen Vor- und Fehlurteilen doch mehr sehen als nur wesentlich innenpolitisch bedingte Taktik. Wie Webers Brief an Naumann v.

8. V. 1917, GpS[1], S. 470ff., zeigt, war sich W. wie die übrigen Gemäßigten über die Erforderlichkeit eines Verständigungsfriedens in absehbarer Zeit im klaren, weil Deutschland einen Abnutzungskrieg nicht mehr sehr lange durchzuhalten in der Lage sei. Mäßigung und Entgegenkommen gegenüber Rußland versprachen in dieser Lage ein Anwachsen der Friedensbereitschaft in Ost *und* West und damit auch eine Verbesserung der Aussichten für einen allgemeinen Verständigungsfrieden. Dsgl. O. Hintze, Imperialismus, DF (1917), S. 159.

[115] A. Weber, Denkschr. o.T., Mai 1917 (DB): Zur Frage „der Friedensmöglichkeiten ist heute davon auszugehen, daß durch den Eintritt Amerikas in den Krieg der angelsächsische Weltbeherrschungsblock Realität geworden ist . . . Die Wahlfreiheit zwischen England und Rußland, die wir vor der Effektuierung dieser Lage für ein künftiges Mitteleuropa als Ziel des Krieges aufstellen konnten, ist damit beseitigt. Nur eine Gegenkartellierung, die Zusammenfassung Europa-Asiens, . . . kann uns noch das Gewicht geben, um gegenüber den riesenhaften . . . Kräften des neuen Blocks mit einiger Selbstbestimmungskraft . . . in die großen Gesamtgruppierungen einzutreten . . .“

[116] Delbrück stimmte in Randbemerkungen den Auslassungen A. Webers in den Grundzügen zu. Der Gedanke eines Kontinentalbundes bei Meinecke, Kriegsziele hüben u. drüben, PS & R, S. 191f. Als — allerdings verfrühte — Alternative auch erwähnt b. H. Oncken, Mitteleuropa, 1916, S. 143. — Nur M. Weber nannte den Gedanken eines künftigen Kontinentalbundes eine „unsterbliche Seifenblase“. GpS[2], S. 290 (1918). Vgl. Anm. 95.

[117] Vgl. Kap. VII, S. 167.

[118] Vgl. S. 60.

[119] Delbrück, P.K. v. 29. X. 1916, PrJbb 166, S. 350f. Auch P.K. v. 30. IX. 1916, PrJbb 166, S. 163ff. Ähnl. Gedanken in der Denkschrift A. v. Harnacks v. 23. V. 1915 (HB) u. b. Alfred Weber, Gedanken zur deutschen Sendung, S. 33.

[120] Delbrück an Oncken, 26. XII. 1916 (DB). Schon in der P.K. vom März 1915 bei einer Besprechung verschiedener Werke zur Genesis des Krieges bemerkte Delbrück, daß Greys Schuld am Kriege mehr darin lag, daß er die Chancen zu seiner Vermeidung ungenutzt ließ, als daß er ihn direkt gewollt hätte (PrJbb 159, S. 553f. Ähnl. an Oncken, 27. IX. 1915, DB). Gegen die Überschätzung der Wirtschafts-Konkurrenz als Faktor, der zum Kriege geführt hätte, in Bespr. v. Kiliani, Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz, PrJbb 162 (Okt. 1915), S. 151ff., u. P.K. v. 29. IX. 1916, PrJbb 166, S. 165. Vgl. dagegen seine Haltung zu Kriegsbeginn: P.K. v. 24. X. 1914, PrJbb 158, S. 372.

[121] Vgl. Kap. II, S. 27.

[122] Delbrück, P. K. v. 31. XII. 1915, PrJbb 163, S. 165f.

[123] Ebd.; auch an v. Gayl, 5. X. 1915 (DB): Die annexionistische Seeberg-Adresse hätte indirekt nur eine Erhöhung der Rekrutierung in England bewirkt; dsgl. in: Deutschland, die Neutralen und etwas Persönliches, a.H.g., Dez. 1915. Später z.B. in P.K. v. 28. VII. 1916, PrJbb 165, S. 339. Vgl. dazu in scharfem Kontrast: Kap. II, S. 34, Anm. 158!

[124] Erster Hinweis: Delbrück an Buchfink, 27. VI. 1916 (DB). Erst die rumänische Kriegserklärung vernichtete nach Delbrücks Eingeständnis wieder alle Friedenshoffnungen (an Lina D., 23. VIII. 1916, in: D.s Leben, Bd. X, S. 57).

[125] Delbrück, P. K. v. 29. XII. 1916, PrJbb 167, S. 169; P.K. v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 310f. Friedenshoffnungen wieder am 12. VII. 1917 (an M. Lenz, DB). Ähnl. F. Meinecke, Kriegsziele hüben u. drüben (1917, PS&R, S. 189); so noch am 18. III. 1918: M. Weber an A. Edinger, GpS[1], S. 476.

[126] S. o. S. 88 u. S. 91! Öffentliche Aufforderung zu offener Erklärung über die Bereitschaft zur Wiederherstellung der belg. Souveränität in: P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 475f. Ähnl. schon in vertraul. Denkschrift: Um Belgien, 9. I. 1917, DB, dort allerdings noch letzter Nachklang des Faustpfandgedankens, indem D. auch nach einer deutschen Belgien-Garantie-Erklärung während der Friedensverhandlungen die Aufrechterhaltung der deutschen Besatzung dort erwartete. Deutschland könnte dann als Gegengabe für die faktische Räumung des Landes noch auf Konzessionen von Seiten der Westmächte hoffen.

[127] Delbrück an Valentini, 5. IX. u. 17. XII. 1917 (DB). Auch: P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 473ff. Vorsichtiger in P.K. v. 30. IX. 1917, PrJbb 170, S. 158: „Es ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß, sobald wir die gewünschte Erklärung über Belgien abgegeben haben, der einmütige Kriegswille im englischen Volk nicht mehr aufrechtzuerhalten wäre. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, daß uns das den Frieden bringen würde; wohl aber kann man sagen, daß ohne die Erklärung über Belgien der Friede weder jetzt noch später zu haben sein wird . . .“ Auch P.K. v. 26. I. 1918, PrJbb 171, S. 294.

[128] P. Rohrbach, Um des Teufels Handschrift, S. 212. Vorsichtige Erwähnung bei Delbrück, P.K. v. 5. I. 1918, PrJbb 171, S. 132. Für „modus vivendi“ mit England ganz im Sinne Delbrücks trotz scharf antibritischer Argumentation jetzt auch O. Hintze, Imperialismus, DF, S. 149ff.

[129] H. Delbrück an Lina D., 19. II. 1918, in: D.s Leben, Bd. XI, S. 47ff.

[130] H. Delbrück, P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 479: „Der Weg zum Frieden geht heute über die Stimmungen der Völker . . .“ Ähnl. in P.K. v. 30. IX. 1917, PrJbb 170, S. 158.

[131] Ausdruck v. Walther Schücking, Der Dauerfriede, 1916, Vorw. S. VI. — Pazifistische Gelehrte wurden von ihren Fakultäten als Fremdkörper betrachtet (ds., Nach d. Schlachten, in: Bund der Völker, 1918, S. 159); vgl. auch H. Wehberg, D. Führer der deutschen Friedensbewegung, 1923, S. 53. — Mehrere Gelehrte wurden mit Kriegsausbruch „Renegaten“ des Pazifismus, z.B. K. Lamprecht, K. v. Amira und J. Kohler (G. Fuchs, D. deutsche Pazifismus im Weltkriege, BGN IV, 1928, S. 17, u. H. Wehberg, Als Pazifist im Weltkrieg, o.J. [1920], S. 54, u. F. W. Foerster, Erlebte Weltgeschichte, 1953, S. 190). Vgl. Kap. II, S. 33, Anm. 149, für den gegen d. Erklärung d. 93 gerichteten Aufruf!

[132] F. W. Foerster, Bismarcks Werk im Lichte großdeutscher Kritik, FW XVIII, Jan. 1916, S. 1ff. Für seine anfängl. Haltung vgl. S. 39!

[133] Ausdruck in: Erlebte Weltgeschichte, S. 245, sachl. ebenso in: Bismarcks Werk, S. 3f.

[134] Nachträglich in: Erlebte Weltgeschichte, S. 84, 186, 193.

[135] Foerster, Bismarcks Werk, S. 3, und Rede vor seinem Auditorium im Winter 1916/17 in: Erlebte Weltgeschichte, S. 189.

[136] Foerster, Betrachtungen zur Weltlage, Sonderdruck der Neuen Zürcher Zeitung, 15. u. 18. I. 1917, S. 13; Deutschlands Mitschuld an der Weltkriegskatastrophe: Die deutsche Jugend und der Weltkrieg, Christus und der Krieg, 1915, S. 27.

[137] Vgl. Erlebte Weltgeschichte, S. 189ff. Über die Wirkung und das Echo von Foersters Ausführungen vgl. Fuchs, Pazifismus, S. 18, und FW, Juli 1916, S. 203 u. Aug./Sept. 1916, S. 242ff. (Frontbriefe), u. Schultheß 1916, I, S. 311 f.: D. Fakultät wollte d. Lehrfreiheit Foersters allerdings nicht antasten. Vgl. S. 181, Anm. 8!

[138] Vgl. S. 37 u. 49!

[139] E. Marcks, Deutsche Geschichte und deutsche Zukunft, in: Männer und Zeiten, 1916, S. 401ff.

[140] Marcks ebd., S. 409, auch S. 407, vgl. später noch F. Meinecke, Idee d. Staatsräson, 1924, S. 531.

[141] M. Weber, Zwischen zwei Gesetzen (Febr. 1916), GpS[2], S. 139ff., auch GpS[1], S. 475; ähnl. K. Holl, Luthers Anschauung über Evangelium, Krieg . . . (1917), Ges. Aufs. III (1928), S. 155ff.

[142] M. Weber, Zwischen zwei Gesetzen, S. 140f.

[143] Th. Heuss, Naumann, S. 501.

[144] F. W. Foerster, Betrachtungen, S. 16.

[145] W. Schücking, Die deutschen Professoren und der Weltkrieg, Flugschriften d. Bundes „Neues Vaterland“, Nr. 5, Berlin 1915, o.S., und: D. Weltfriedensbund (1917), S. 32f.

[146] W. Schücking, Das neue System, zuerst 10. IX. 1915, später in: Der Dauerfriede, S. 37f. u. S. 65ff. Dsgl. in: Der Weltfriedensbund, a.a.O. — Foerster lehnte auch diesen Weg zur Erlangung eines dauerhaften Friedens ab: Es bedürfte vorher einer Absage an den Geist brutaler nationaler Selbstsucht — wieder eine völlig individualethische Urteilsweise. Foerster nahm dadurch auch in seinem Kreise eine isolierte Stellung ein (Fuchs, Pazifismus, 1928, S. 65, u.: Wehberg, Führer, 1923, S. 59).

[147] W. Schücking, Weltkrieg und Völkerrecht, in: Der Dauerfriede, S. 13, und: D. neue System, S. 37, wo Sch. ausdrücklich von „Sanktionen“ spricht.

[148] W. Schücking, D. Ausbau des Haager Werkes, in: Der Dauerfriede, S. 85.

[149] W. Schücking, Meeresfreiheit gegen Friedensgarantien, Denkschrift verfaßt i. A. d. Verbandes f. internationale Verständigung; später in: Der Dauerfriede, S. 51ff. (am 23. I. 1916 dem Kanzler übergeben). Als Sch. vorher (im Frühjahr 1915) mit diesen Plänen an das Auswärtige Amt herangetreten war, soll die Antwort gewesen sein: „Was würde die Generalität sagen?“ (Die Ursachen, I, S. 448). In Kreisen der OHL wurde Sch. „der größte Schweinehund in Deutschland“ genannt, der noch schlimmer sei als die Sozialisten (Wehberg, Führer, S. 55).

[150] W. Schücking, Meeresfreiheit, S. 58ff., vgl. auch: D. Freiheit der Meere, in: Der Bund der Völker, Leipzig 1918, S. 137.

[151] W. Schücking an Delbrück, 5. III. 1916 (DB). Er berichtet darin auch von einer unverbindlichen Fühlungnahme mit drei englischen Politikern, die eine Aussprache über die Vorschläge Schückings für nicht aussichtslos erklärt hätten. Im Sinne der Schiedsgerichtspläne, an Delbrück, 23. IV. 1915, DB.

152 Vgl. S. 110!

153 Delbrück, P.K. v. 28. V. 1916, PrJbb 164, S. 571.

154 Unbetitelte Denkschrift in HB, sie wurde von Delbrück am 17. IX. 1916 an Harnack übersandt (Begleitschreiben in HB); Delbrück hoffte, für sie ähnlich wie für seine Kriegszieleingabe vom Sommer 1915 Unterschriften sammeln zu können. — D. erbat bereits am 30. V. 1916 von seinem Kollegen v. Martitz einen Beitrag zur Frage übernationaler Vereinbarungen und fühlte in dieser Frage auch bei Staatssekretär Jagow vor (3. VI. 1916, DB). Die Antwort v. Jagows (an Delbrück, 11. VI. 1916, DB) lautete skeptisch.

155 Denkschrift, S. 3f.: „Es sind nicht bloß Sozialdemokraten und die eigentlich pazifistischen Kreise, sondern weite Schichten unter den politisch Denkenden der Nation, die heute den Wunsch hegen, daß man . . . den Ideen des Pazifismus ein Stück entgegenkomme." — Über die Aktion auch an Lina D., 9. IX. 1916 u. 18. IX. 1916, D.s Leben, IX, S. 76f., S. 81.

156 A. v. Harnack an Delbrück, 20. IX. 1916, DB, hielt den Inhalt der Denkschrift für so gefährlich, daß er von ihrer Vervielfältigung und Versendung dringend abriet. Delbrück sei im In- u. Ausland „blamiert", wenn von ihr etwas bekannt würde.

157 Über die voraufgehenden Verhandlungen mit Bethmann vgl. Anm. 162! Der Artikel erschien im Novemberheft d. PrJbb (Bd. 166, S. 177ff.) an erster Stelle.

158 Delbrück lehnte deshalb ursprünglich den Schiedsgerichtsgedanken ab, wie sein Brief an W. Schücking v. 21. IV. 1915 (DB) zeigt; denn er befürchtete eine einseitige Bevorteilung Rußlands im Falle einer politischen Krise, das durch Hinauszögerung des Kriegsbeginns seine Mobilmachung vollenden und dadurch den zeitlichen Vorsprung wettmachen könnte, den Deutschland ihm voraus hatte. Zur Erklärung v. „durch d. Krieg geschaffener Zustand" vgl. Anm. 162.

159 Ebd. S. 187, vgl. auch S. 181f., S. 182: „Man soll . . . vom Standpunkt des Realpolitikers aus, der mit nüchternem Sinn die Machtverhältnisse abwägt, nicht unterschätzen, was die öffentliche Meinung in all ihrer Torheit für eine Macht ist . . ."

160 H. Delbrück, P.K. v. 28. I. 1917, PrJbb 167, S. 348; auf S. 346 bekennt er: „In dem ideologischen Pazifismus, den Präs. Wilson uns vorträgt, erkennt man — und ich will nicht leugnen, daß das in mir eine gewisse Sympathie erweckt hat — den alten Professor . . ."

161 H. Delbrück, Die allgemeine Abrüstung, in PrJbb 170 (Nov. 1917), S. 243ff. Der Zusammenbruch Rußlands hat ihm diesen Entschluß erheblich erleichtert. Grundsätzlich war er für die Abrüstung, weil er vor den wirtschaftlichen Lasten einer fortgesetzten Aufrüstung Bedenken hatte, weil er einen länger anhaltenden Frieden erhoffte und weil er Deutschland bei einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser für weniger bedroht hielt als die übrigen Großmächte. Auch die Hoffnungen auf innere Schwierigkeiten im englischen Weltreich spielten hier wieder eine Rolle (S. 254).

162 Delbrück hatte seinen Artikel dem Kanzler schon am 22. X. 1916 vorgelegt und dabei die Wichtigkeit der „Karte" des Pazifismus betont, die Deutschland ausspielen müßte, wenn es zu einer amerikanischen Vermittlung käme (DB). Der Kanzler zeigte sich für Delbrücks Ausführungen „ganz besonders interessiert" (Bethmann an D., 8. XI. 1916, DB). Die Initiative zu dieser Wendung war eindeutig von Delbrück und nicht etwa von Bethmann ausgegangen. Darüber Delbrück an Lenz, 17. XI. 1916 (DB): „ . . . Seit Monaten habe ich im Auswärtigen Amt dahin gearbeitet, den Widerstand gegen diese Wendung zu überwinden; noch bis in die letzten Tage ist darüber gekämpft worden. Ich hatte meinen Artikel schon längere Zeit vor dem Erscheinen dem Kanzler eingereicht und bewog Harnack, noch am Dienstagabend spät, sich in einem längeren Brief mit aller Entschiedenheit dafür einzusetzen. Am Mittwoch warnte noch die Kreuzzeitung [Hoetzsch!] in allen Tönen, aber am Donnerstag kam endlich die Kanzlerrede . . . Daß es sich um bloßen cant handele, ist nicht richtig: Deine Schlußfolgerung, daß es uns deshalb niemand glauben wird, ist heute schon widerlegt". . . : Der Pazifisten „häuptling" Fried habe seine Zusammenarbeit mit Bethmanns neuer Politik in Aussicht gestellt. — Der erw. Brief Harnacks im Entwurf (v. 8. XI. 1916) in HB: H. rechnete besonders auf günstige Wirkungen eines deutschen Friedensschrittes auf die englische Friedenspartei. — Eine Schwierigkeit erhebt sich bei der Interpretation des Artikels über den „realpolitischen" Pazifismus: Delbrück sprach dort von einer Erhaltung des durch den Krieg herbeigeführten Zustandes (S. 180). Das klingt zunächst annexionistisch. Bringt man indessen diesen Passus in Zusammenhang mit seinen etwa gleichzeitigen Kriegszieläußerungen, so erkennt man, daß sich D. selbst auch in dieser Äußerung treu geblieben war: Was er als Kriegsergebnis mit in den Frieden übernommen sehen wollte, waren: Die Befreiung Polens, die Gleichstellung von Flamen und Wallonen in Belgien und die tolerantere Behandlung der polnischen Minderheit in Preußen (P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 490ff., 498ff. Vgl. Kap. IV, S. 76f.).

163 F. Meinecke, Demobilmachung der Geister, PS&R, S. 195ff. (zuerst 23. IX. 1917); L. Brentano, Der Krieg u. d. Verhütung seiner Wiederkehr, S. 42, u.: Ist das System Brentano zusammengebrochen? 1918, S. 81. Für Einführung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auch E. Troeltsch, Eigentümlichkeiten der angelsächs. Zivilisation, in: Deutscher Geist, S. 132; charakteristisch eine Äußerung des Theologen Martin Rade ebenfalls von 1917: „Ohne einen Tropfen pazifistischen Öls ist kein Friede möglich" (B. Rathje, Die Welt des freien Protestantismus, 1952, S. 247). O. Hintze hatte sich spätestens 1917 von seinen 1915 festzustellenden annexionistischen Tendenzen distanziert und unterstützte voll die Bethmannsche Linie in der Kriegszielfrage. In seiner Deutung der deutschen Weltpolitik als Verwirklichung eines „genossenschaftlichen" Prinzips, d.h. der freien Konkurrenz einander gleichberechtigter Weltvölker näherte er sich, wie er selbst hervorhob, der Idee eines universalen Völkerbundes (Imperialismus u. deutsche Weltpolitik (1917), DF, S. 133, 141, 149ff., 154). Vgl. dagegen oben Kap. III, S. 52! Verbindung von grundsätzlicher Kritik am Pazifismus mit Argumentation zugunsten einer Stärkung d. Völkerrechtes bei A. v. Harnack, D. Religion im Weltkrieg (1918), in: Erforschtes u. Erlebtes, 1923, S. 313.

164 S. o. S. 97!

165 Marianne Weber, S. 622; dagegen öfftl. Unterstützung: GpS[1], S. 462, u. unten S. 135, Anm. 67!

166 S. u. S. 119f.!

167 S. o. S. 91f.! Kritik an dem Ausbleiben einer Belgienerklärung, das Delbrück mit der Rücksicht des Kanzlers auf die Alldeutschen motivierte, auch noch am 10. XI. 1916 (an Lichnowsky, DB).

168 H. Delbrück, P.K. v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 318: D.s Nachruf! Dsgl. D. an Lenz, 7. VIII. 1915, DB, und nachträglich an Valentini, 28. VIII. 1917, VM: „ . . . Was man auch gegen Herrn von Bethmann Hollweg vorbringen kann — er führte . . ." Ähnl. an Pückler, 31. X. 1916, DB, u. in P.K. 31. XII. 1915, PrJbb 163, S. 163. D. stand bis zum Sturz des Kanzlers in häufigem direkten Kontakt mit ihm (an Lenz, 12. VII. 1917, DB).

169 Delbrück, P.K. v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 306 u. 336f. Meinecke, Straßburg, S. 228; für Max Webers Kritik an der Resolution vgl. W. Mommsen, Weber, 1959, S. 265f., mit Hinweis auf Webers Sorge, daß die demokrat. Reformpläne durch Verknüpfung mit außenpol. Verständigung kompromittiert werden könnten.

170 F. Meinecke an A. v. Harnack, 19. IV. 1916, HB. — Michaelis hat Delbrück nur ganz zu Beginn seiner Kanzlerschaft unterstützt (P.K. v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 305). Später betrachtete er ihn als „Spottfigur" (an Valentini, 12. X. 1917, VM). S. u. S. 159!

171 F. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 204ff. Valentini: S. u. S. 158f.!

172 Noch in seinen Erinnerungen (1948, S. 472) bezeichnete Kühlmann den Gedanken einer Freigabeerklärung für Belgien mit dem Ziel einer Stärkung der Friedensfront in England als „grundfalsch". Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages erklärte er in Gegenwart von Delbrück (Ursachen, VII,2, S. 125): „Diese Diskussion [über Belgien] ist die Fortsetzung eines sehr eingehenden Gedankenaustausches, welchen ich mit dem Herrn Sachverständigen [Delbrück] schon zur Zeit der Beantwortung der Papstnote gehabt habe. Herr Professor Delbrück hat mir damals dieselben Gesichtspunkte auseinandergesetzt. Ich habe damals, stärker gehemmt als heute in meiner Argumentation, ihm klarzumachen versucht, welche Gesichtspunkte für das Verhalten der Reichsregierung damals maßgebend waren. Die diplomatisch-taktische Wichtigkeit einer solchen Erklärung hat Herr Professor eben so überzeugend dargelegt, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe . . ." Er selbst habe eine solche Erklärung grundsätzlich auch nicht abgelehnt, wenn auch Belgien dann nicht mehr als Handelsobjekt bei den Friedensverhandlungen anzusehen gewesen wäre. Gefährlich wäre für ihn ein solcher Schritt, vom Standpunkt der Innenpolitik her gesehen, vor allem deshalb gewesen, weil dann eine Diktatur oder doch ein offener Konflikt mit der OHL und der nationalistischen Öffentlichkeit zu befürchten gewesen wäre. — Für Delbrück war das freilich nichts als „Finassieren", ein Versagen, das zum Scheitern der päpstlichen Friedensaktion beigetragen habe (Ursachen, a.a.O., S. 258, u.: III, S. 329 u. 337).

173 Erzberger an Bethmann, 13. IV. 1916, Rk DZA I-NA; Denkschr. Rauschers (Eingang 11. IV.), ebd.; Westarp II, S. 185; K. Epstein, Erzberger (1959), S. 111, der freilich irrtümlicherweise von einer definitiven Ablehnung von Erzbergers Vorschlägen durch Bethmann spricht; auch: F. Glum, Zwischen Wissenschaft . . . (1964), S. 140f.; u. d. Berichte Hohenlohes an Burian v. 16. VII. u. 16. VIII. 1916 (Hinweis v. Prof. G. Ritter). Der Verf. möchte sich eine eingehende Untersuchung dieses interessanten Versuchs, die alldeutsche anti-Bethmann-Fronde zu isolieren, an anderer Stelle vorbehalten, um sich nicht zu weit von seinem Thema zu entfernen.

174 Erzberger an Wahnschaffe, 13. IV. 1916, Rk DZA I-NA. W. u. K. Riezler waren an der anschließenden vertraulichen Werbung maßgeblich beteiligt. — Öfftl. Erklärung in: Schultheß 1916, I, S. 344f., u. VKg XVI, S. 117 bzw. XX, S. 99f.

[175] Vgl. Mitgliederverzeichnis in Rk DZA I-NA; Protokoll v. 5. VII. 1916, ebd. Geschäftsführer war Dr. Fritz Röchling, ein Vetter des Saar-Industriellen. Vgl. auch H. Rassow an Harnack, 18. VIII. 1916, DB. Auch M. Hobohm arbeitete im Nat.-Aussch. mit (an Delbrück, 13. VII. 1916, DB).

[176] Bericht U. Rauschers v. 2. VI. 1916, Rk DZA I-NA.

[177] So Harnack an Delbrück, 7. VII. 1916, DB: Der Ausschuß habe sich unter Wedels Vorsitz konstituiert, „in kleinem Kreis mit wenigen Mitgliedern in den Provinzen (so wie ich es für die Fr. Vaterländische Vereinigung gewünscht hatte, aber nicht erreicht habe) und großen Mitteln“ . . . , „um das Verständnis für einen Frieden zu erwecken und zu kräftigen, wie der Reichskanzler und wir ihn wünschen.“ — Der Ausschuß sollte, wie Harnack Delbrück am 21. VIII. 1916 (DB) schrieb, „eine mittlere Linie einhalten, da eine Befolgung der radikalen Parolen von rechts und links nur zu einer unheilvollen Zerspaltung des Volkes führen müßte . . .“; ähnl. R. Bosch am 10. VIII. 1916, nach Th. Heuß, R.B. (1946), S. 313. Meinecke berichtete Harnack über eine Besprechung mit dem Kanzler: „Die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeit, die Verblendung der gebildeten Schichten . . . zu bekämpfen, wird immer evidenter . . .“ (13. VI. 1916, HB).

[178] Erkl. v. Anfg. Juli, Schultheß 1916, I, S. 345.

[179] Bethmann an Harnack, 16. VIII. 1916, HB.

[180] Bethmann an Nat.-Ausschuß, 18. VII. 1916, Rk DZA I-NA; Wahnschaffe an [Riezler], 25. VII. 1916, ebd.

[181] Vgl. Rednerliste, ebd., die auch zwei Sozialdemokraten enthielt, obwohl man diese Partei zunächst nicht teilnehmen lassen wollte.

[182] Undat. Rundschreiben d. Nat.-Aussch. (Ende Juli 1916), ebd.; u. F. Röchling an Bethmann, 14. VII. 1916, ebd.; dsgl. Harnack an Delbrück, 21. VIII. 1916, DB. Die Redner erhielten allgemeine Richtlinien für die Tendenz, der ihre Ansprachen folgen sollten (Rk DZA I-NA).

[183] D. Alld. Blätter höhnten, Marcks sei „zu seltsamen Fahrtgenossen“ geraten (12. VIII. 1916, Jg. XXVI, S. 316); Schäfer wies in einem RB am 22. VII. 1916 (UAu) auf die Zugehörigkeit von Mitgliedern seines Ausschusses zu der Rednerliste des Nationalausschusses hin. Auf der anderen Seite hatte Kahl kurz zuvor erst für einen Aufruf D. Schäfers geworben (s. o. Anm. 4). Die Hauptschwierigkeit bei der Werbung für Wedels Komitee bildete der verbreitete U-Boots-Enthusiasmus, wie F. Glum (Zwischen Wissenschaft . . . , 1964, S. 140) feststellen mußte, als er sich um Hashagen bemühte.

[184] Vervielf. Kurzfassungen aller Reden in Rk DZA I-NA. Marcks' Rede wies eine stark annexionistische Tendenz auf; von Bethmann hoffte er, daß er nicht nach England hin orientiert sei (An d. Schwelle d. 3. Kriegsjahres, 1916, S. 10, 13). Ein noch größerer Mißgriff war bei der Beauftragung Hashagens unterlaufen, der eine Durchhalterede für einen „deutschen Frieden“ ganz im Sinne der Alldeutschen hielt u. dabei auch die Notwendigkeit einer unbeschränkten U-Boot-Kriegführung andeutete (H., An d. Schwelle, 1916, S. 12f. u. 24). Hashagen gehörte später Schäfers Ausschuß an. — Ein ähnl. Mißgriff hatte sich bereits ein Jahr vorher ereignet, als die Reichsleitung Haller beauftragte, Bismarcks Friedensschlüsse als Beispiel für kluge Verständigungsbereitschaft darzustellen. Stattdessen lieferte Haller eine Apologie annexionistischer Ziele (Haller, Lebenserinnerungen, o.J., masch., S. 80, HK, u.: Bismarcks Friedensschlüsse, 1916, S. 89 u. 99ff.).

[185] Briefwechsel Gebsattel-Harnack Ende Juli/Anfg. August 1916, in: AllB Jg. XXVI, S. 290ff., 305f. u. 316ff. In seiner Rede hatte Harnack von einem deutschen Irland nicht gesprochen, wie Schäfer (Leben, S. 189) in Anlehnung an zeitgenössische Rechtsblätter meint. — Im National-Ausschuß fanden sich Anhänger (Thyssen) und Gegner (Wedel) von deutschen Gebietserwerbungen in Belgien (Gatzke, Germany's drive, 1966, S. 134, u. A. v. Zahn-H., A. Harnack, 1951, S. 361).

[186] A. v. Harnack, A. d. Schwelle, 1916, S. 12f. (nach Stenogramm); H. hatte kurz zuvor ähnl. Gedanken in einer dem Kanzler unterbreiteten Denkschrift entwickelt (in: Erforschtes u. Erlebtes, 1923, S. 282f. u. 291ff.). S. u. S. 150f.!

[187] Bodenhausen an Wahnschaffe, 11. VIII. 1916, Rk DZA I-NA; F. Röchling an [Riezler?], 12. VIII. 1916, ebd.; Harnack an Delbrück, 21. VIII. 1916, DB: „ . . . Ich habe jetzt viele Angriffe seitens der großen Privat-Industrie, die so unklug war, sich getroffen zu fühlen . . .“; Delbrück an Harnack, 13. VIII. 1916, DB, der das Gerücht mitteilte, die Industriellen hätten wegen der gerade laufenden Verhandlungen über die Munitionspreise mit dem Kriegsamt so empfindlich reagiert. Ferner allg. H. Rassow an Harnack, 18. u. 19. VIII. 1916, DB.

[188] Riezler an Bodenhausen, 14. VIII. 1916, Rk DZA I-NA; Wahnschaffe an Röchling, 18. VIII. 1916, ebd. D. Ausschuß arbeitete zunächst mit Vorschüssen aus der Legationskasse (Prot. v. 3. VI. 1916, ebd.).

[189] Prot. v. 19. VIII. 1918, DZA I: Akten d. preuß. Staatsmin., Prot. Bd. 165. Das Staatsmin. (einschl. Bethmanns) hielt eine weitere Einwirkung auf die Volksstimmung trotzdem für dringend erforderlich.

[190] Dernburg hatte schon am 15. VIII. 1916 bemerkt, die „Förderer eines mäßigen Programmes, die den Kanzler unterstützen wollten“, würden „systematisch mundtot“ gemacht (an Harnack, HB). Militär: W. Nicolai, Nachrichtendienst (1920), S. 113.

[191] Aufz. Dewitz, 13. VIII. 1916, Rk DZA I-NA; Riezler an Bodenhausen, 9. IX. 1916, ebd.; Aufz. Erzbergers („Entwurf“) v. 7. IX. 1916, Rk DZA I, UAu. Der offiziöse Charakter des National-Ausschusses wurde auch jetzt noch abgestritten. — Allg. vgl. Delbrück an Harnack, 13. VIII. 1916, HB; Schäfer, Leben, S. 189; u. neuerdings: W. Gutsche, Zur staatsmonop. Verflechtung, PiK, S. 82.

[192] Program. Feststellung, beschl. auf Gesamtsitzung v. 12. XI. 1916, Rk DZA I-NA, Teilnehmer nicht genannt. Vgl. auch Schäfer, Kriegszielbewegung, WWW II, S. 9f.; v. Below spottete nicht ganz ohne Berechtigung, das Programm des National-Ausschusses lehne sich an die Ziele von Schäfers Ausschuß an, es sei nur von einem anderen „Dunstkreis“ umgeben. Hinweis auf Übereinstimmungen auch bei Gatzke, Germany's drive, 1966, S. 134. Beide übersehen bzw. betonen nicht genügend das Entscheidende: daß eine praktische Einigung zwischen beiden Ausschüssen nicht zustandekam.

[193] Delbrück an Lichnowsky, 10. XI. u. 28. XI. 1916, DB. Ähnl. schon an Zimmermann, 27. XI. 1915, DB, und an Valentini, 7. XII. 1915, DB. D. Verf. möchte auch auf diesen Ausschuß an anderer Stelle genauer eingehen.

[194] Niederschrift über Gespräch Delbrück-Bethmann, 16. XI. 1915, DK; Bericht Hobohms v. 4. XII. 1916, DK. Vgl. S. 73!

[195] Denkschrift Hobohm v. 5. VIII. 1916, DB. H. wurde dafür von einem privaten Fonds bezahlt. Vgl. Aufzeichnung A. A. [?]: Notizen zu Hobohms Angebot, 13. XII. 1918, DK.

[196] Hobohm an Delbrück, 5. VIII. 1916, DB; Delbrück an Lichnowski, 10. u. 28. XI. 1916, DB. Vgl. auch P.K. v. 21. IV. 1917, PrJbb 168, S. 339.

[197] Darüber vgl. den Briefwechsel Delbrück-Valentini von Februar/März 1917, VM. Valentini mahnte stets zur Zurückhaltung (z.B. am 1. III. 1917, DB). Vgl. auch Bericht Hobohm v. 4. XII. 1916, DK.

[198] Bericht Hobohm 30. XI. 1916, DK. H. rechnete bei den National-Liberalen auf Unterstützung durch Schiffer. Als weitere „Mitwisser“ nannte er u.a.: die Mitarbeiter der Zentrale für Auslandsdienst, ferner Naumann, K. Riezler, A. Stein (Frkf. Ztg.) und Mitglieder des ev.-sozialen Kongresses.

[199] Vgl. Rundbrief o.D. [Anfang 1917], DK, u. Bericht Hobohm 30. XI. 1916, DK.

[200] Bericht Hobohm v. 30. XI. 1916, DK; Bosch an Rohrbach, 3. V. 1917, DK. Die Tätigkeit des Büros war ständig durch die Einberufung Hobohms bedroht — die dann 1917 auch erfolgte. Erst nach einer Frontverwundung konnte H. seine Arbeit 1918 wieder aufnehmen (Delbrück an Harnack, 11. XI. 1916, HB, u. an Valentini, 5. IV. u. 6. VI. 1917, VM). Ein weiteres Problem war mit dem starken jüdischen Interesse für die Arbeit Hobohms aufgeworfen. Delbrück drängte hier auf Zurückhaltung — „natürlich nicht aus Abneigung, sondern weil uns sonst falsche Motive unterlegt worden wären . . .“ (Delbrück an Lichnowsky, 10. XI. 1916, DB). Ähnl. Hobohm, Bericht v. 4. XII. 1916, DK.

[201] Über das taktische Vorgehen von Schäfers Ausschuß geben die zahlreichen Rundbriefe (RB) Auskunft, die er meist selbst verfaßt hat. Die Gewinnung von Ortsvertrauensmännern forderte Schäfer in einem Rundbrief bereits am 9. IX. 1915, gleichzeitig sollte auf die Lokalpresse im Sinne des Ausschusses eingewirkt werden. Die Aufstellung einzelner konkreter Kriegsziele betrachtete Sch. zu diesem Zeitpunkt als noch nicht angebracht, weil sie nur zu Differenzen führen würde. Übereinstimmung sollte nur herrschen über den Grundsatz, daß ein Friede, der Deutschland wirkliche Sicherheit garantieren würde, allein auf der Basis einer „Erweiterung“ des deutschen „Machtbereichs“ über seine bisherigen Grenzen hinaus möglich sei. — In diesem Sinne (RB v. 26. V. 1916) sollte die Öffentlichkeit vorbereitet werden (dies auch das erste Ziel von Delbrücks Vorgehen gegen die Alldeutschen!), ein selbständiges Vorgehen der einzelnen Ortsausschüsse ermöglicht und rechtzeitig Redner gewonnen werden, die nach Freigabe der Kriegszielerörterung sofort aufzutreten hätten. Eine undatierte Rednerliste weist die Namen von 20 Professoren auf, unter ihnen J. Haller, J. Hashagen, A. Meister u. M. Rumpf. Die Universität Münster war besonders zahlreich vertreten.

[202] RB Schäfer v. 1915 (o.D.) SF, auch: Mein Leben, S. 172.

[203] VKg XX, S. 97, u. D. Schäfer an Ob. Bauer, 30. I. 1917, BauK.

[204] Als Mittelsmänner erscheinen ein Graf Preysing, Vertrauter von Tirpitz, und der alldeutsche Prinz zu Löwenstein (vgl. die Berichte d. württbg. Gesandten in München Moser v. 15. VIII. u. 22. X. 1916, württbg. Staatsarchiv); freundl. Hinweis v. Herrn Dr. Janßen; siehe auch dessen Dissertation: D. Kriegsziele d. Bundesstaaten, Diss. phil. masch. Freiburg 1957, S. 104ff. (jetzt erschienen unter d. Titel: Macht u. Verblendung, 1962); u. K. A. v. Müller, Mars u. Venus, 1954, S. 125f.).

[205] K. Janßen, Diss., S. 105, 265; B. Kaulisch, D. Auseinandersetzungen über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, PiK, S. 104f.: Mitglieder waren v. d. Professorenschaft: M. Spahn, Rehm, Kraepelin, als Gastredner erscheint E. Meyer.

[206] D. Schäfer, Leben, S. 175ff. Die Anregung ging von der Marine u. von Industriellen wie Duisberg aus. Die Denkschriften wurden auch öffentlich verbreitet; von der an d. Reichstag gerichteten wurden 6—700 000 Ex. beschlagnahmt (Schultheß 1916, I, S. 250).

[207] D. Schäfer an Fester, 8. VI. 1916, FK; ds. RB UAu v. 16. XII. 1916.

[208] D. Schäfer, Leben, S. 175, 178f., ds. an Schemann, 19. II. 1916, SF; Westarp II, S. 167. Die dort v. d. Fürsten Salm vorgelegte Eingabe an den Kaiser wurde von den Professoren Lezius, Seeberg, Krückmann, O. Hoffmann, Schäfer, v. Stengel, v. Below u. Baist unterschrieben. Sie verlangte die Abberufung Bethmanns.

[209] Schäfer, Leben, S. 183ff.

[210] Ebd., S. 167; Schäfer, D. Gebot d. Stunde, 25. IX. 1916, u. RB v. 22. VII. 1916, SF: Die Vertrauensmänner des UAu wurden aufgefordert, die Tätigkeit des Nationalausschusses auch in der Provinz „genau zu überwachen", seinen Rednern, wo nötig, sofort in den Versammlungen entgegenzutreten bzw. Gegenversammlungen zu organisieren.

[211] S. o. S. 119!

[212] D. Schäfer, Leben, S. 191; ds. an Bethmann, 1. IX. 1916, Rk DZA I-UAu.

[213] D. Besprechung wurde v. Wahnschaffe (hs. u. schlecht leserlich) u. v. Fuhrmann (Aufz. u. Dat. v. 17. X. 1916, dazu vgl. Schäfer an Wahnschaffe, 27. X. 1918, alles Rk DZA I-UAu) protokolliert. Obwohl Bethmann das Gespräch, an dem neben Schäfer noch Vogel, Körte u. Senfft v. Pilsach teilnahmen, als vertraulich bezeichnet hatte, wurde eine Passage der Fuhrmannschen Aufzeichnung bekannt, in der nach den angeblichen Worten Bethmanns von einem Irrtum Wilhelms II. in der Einschätzung Wilsons die Rede war. Es entspann sich darüber eine Kontroverse zwischen Wahnschaffe u. Schäfer, bei welcher die Authentizität der Fuhrmannschen Aufzeichnung angezweifelt wurde. In ihren Grundzügen stimmt sie aber mit dem ausführlicheren Protokoll Wahnschaffes überein (alles a.a.O.). Vgl. auch Schäfer, Leben, S. 191f.

[214] Ähnl. am Schluß der Aussprache: Man habe mit der Verschiebung des unbeschränkten U-Boot-Krieges nicht einer Entscheidung aus dem Wege gehen wollen, sondern sei von der Erwägung ausgegangen, daß dieser Schritt „jetzt ... zum Unheil ausschlagen" würde. — In der kritischen Beurteilung Wilsons, der einen deutschen Sieg nicht wünsche, behauptete Bethmann mit Schäfer übereinzustimmen.

[215] D. Schäfer an Bethmann, 25. IX. 1916, SchäB. D. Brief schloß: „Wir sind überzeugt, daß, wenn Ew. Exzellenz ... die politischen Bedenken zurückstellen würden, die bisher die Einsetzung unserer stärksten Waffe gehindert haben, unser Volk in seiner überwältigenden Mehrheit sich hinter die Politik Ew. Exzellenz stellen würde. Die vielfach so schmerzlich vermißte Geschlossenheit im Innern, die das Volk dann zeigen würde, wäre die stärkste Gewähr des kommenden ... Friedens ..." Kopie auch an Marineleitung.

[216] Bethmann an Schäfer, 5. X. 1916, Rk DZA I-UAu. In der U-Boot-Frage hielt Bethmann an seiner am 15. IX. abgegebenen Erklärung fest. Dort war es Schäfers Eindruck gewesen, daß der Kanzler trotz scharfer Worte gegen England in der Anwendung der „entscheidenden Waffe" zögere (an Thadden, 2. X. 1916, SchäB).

[217] Schäfer an Bethmann, 10. X. 1916, SchäB.

[218] Schäfer an Fuhrmann u. Grumme Douglas, 10. X. 1916, SchäB: Der National-Ausschuß sollte ferner England ausdrücklich zum Hauptfeind erklären.

[219] Rundschreiben an die Vertrauensleute d. UAu, o.D. SchäB; Schäfer an Körting, 17. XI. 1916, ebd. Protokoll eines V-Mannes d. Abg. Erzberger v. 15. X. 1916, Rk DZA I-UAu. D. Zwischenfall gelangte auch in d. Presse (Schultheß, 1916, I, S. 474). Die Reichskanzlei scheint nach einer Aufz. v. 16. X. von dem Schritt der OHL selbst überrascht gewesen zu sein. Sie hatte nur vor der Beantwortung v. Schäfers Brief v. 25. IX. mit dem Großen Hauptquartier Fühlung genommen (Aufz. Riezler v. 27. IX., alles Rk DZA I-UAu). Schäfer wußte auch, daß sich der Kanzler über v. Holtzendorff darum bemühte, auf Reventlow mäßigend einzuwirken (Bericht Reventlows v. 21. VIII. 1916, SchäB).

[220] Schäfer an Opitz, 9. XII. 1916, SchäB; ähnl. Fester an Schäfer schon am 6. V. 1916, FK.

[221] Schäfer an Opitz, 9. XII. 1916, u. an Körting, 17. XI. 1916, SchäB. Schäfer war über die Haltung Scheers durch die Abschrift eines Briefes informiert, den dieser an Grumme gerichtet hatte. Scheer spendete den Bemühungen Grummes zugunsten des unbeschränkten U-Boot-Krieges sein höchstes Lob und zeigte sich auch über eine neue direkte Verbindung zur OHL befriedigt (an Grumme, 12. X. 1916, SchäB). Die oben zitierten Briefe zeigen aber, daß Schäfer nicht so sicher damit gerechnet hat, daß die OHL dem Drängen der Marine so rasch nachgeben könnte, wie Kaulisch (PiK, S. 107) meint.

[222] Vgl. Schäfers Schriften: Zur Lage, 1. I. 1916, S. 3, mit: Nochmals zur Lage, 1. I. 1917, S. 4, 11, 13f.! Vgl. Kap. III, S. 71!

[223] Schäfer an Ob. Bauer, 21. V. 1917, BauK; Fester an Schäfer, 6. V. u. 18. VIII. 1916, FK.

[224] Schäfer an Ob. Bauer, 21. V., 24. V., 4. VII. 1917, BauK. Dort heißt es: „... Demokratie und Hochfinanz sind die richtunggebenden Pole für B.-H. [sic]. Dem deutschen Volke und seiner monarchischen Ordnung dient er wahrlich schlecht. Leider ist er in seiner Totengräberarbeit so geschickt wie skrupellos. Was ich schreibe, ist scharf, aber ich kann nicht schweigen. Wer könnte es, wenn er den Untergang des Vaterlandes vor Augen sieht? ... Bekommen wir keine andere politische Leitung, so gehen die Dinge schief, und nachher wird sich das deutsche Volk hinstellen und streiten, wer die Schuld hat." Vgl. auch H. Gatzke, Germany's Drive, 1966, S. 175.

[225] D. Schäfer, D. Entschließung d. Reichstages, Schrr. UAu 45 (18. VII. 1917). S. auch Kap. VI, S. 160, Anm. 241!

[226] S. o. S. 102, u. Schäfer an Fester, 22. III. 1916, FK.

[227] Delbrück an Oncken, 17. IV. 1916, DB; Marianne Weber, S. 611f.

[228] D. Schäfer an Ob. Bauer, 4. VII. 1917, SchäB; später auch öffentl.: Vgl. Kap. VI, S. 163 u. 165.

[229] S. o. S. 101 u. 103; auch E. Meyer an Fester, 1. XII. 1917, FK: „Jammergestalten" wie Meinecke u. Delbrück „untergrüben" die „Existenz" des Reiches.

[230] D. Schäfer, Denkschrift an den Kaiser, 13. III. 1916, SF, auch: Leben, S. 182; ähnl. E. Meyer, Denkschrift v. 25. V. 1916, FK: „... Wenn durch die Schuld der Regierung die Mittel nicht verwendet werden, die einen Sieg hätten erringen können — dann fällt die gesamte Schuld des Ausganges auf die Regierung zurück, und dann ist in der Tat die Zukunft ... unserer Staatsgestaltung in Frage gestellt. Dann erhebt sich die schwere Sorge, ob selbst die starke Monarchie ... eine derartige Katastrophe würde ertragen können ..."

[231] Vgl. Kap. III, S. 70f., u. unten, S. 156f.!

[232] 1870 v. Du Bois-Reymond geprägter, 1914 von seinem Sohn wieder aufgegriffener Ausdruck (W. Basler, Zur pol. Rolle, WZHB-G X (1961), S. 201). Z.B. O. Hoetzsch, P.W. v. 14. VI. 1916, II, S. 369f.

[233] H. Oncken, Politik u. Kriegführung, in: Nation u. Geschichte, 1935, S. 415ff.; G. Ritter, Staatskunst u. Kriegshandwerk, I (1954), S. 13ff., ds. III (1964), S. 145f.

[234] Vgl. Kap. II, S. 31, 38, Anm. 204.

Anmerkungen zu Kap. VI

[1] D. Schäfer, Eingabe an Wilhelm II. v. 15. III. 1916 betr. U-Boot-Krieg, UAu; ds., Nach dem 27. XII. 1917, Flugschr. UAu; R. Seeberg an Bonwetsch, 24. IV. 1916, SK: „... Unsere Armee hat Großes getan, unsere Diplomatie war und ist leider schwach ..."; O. Hoetzsch, Z.R. v. 17. VIII. 1917, V&KMhh 31,II, S. 118, u. P.W. v. 31. X. 1917, III, S. 596; J. Haller, D. ausw. Politik d. Fürsten Bülow, SMhh Jan. 1917, S. 428. Für die Linke: M. Weber, Brief v. 25. XI. 1915, bei Marianne Weber, S. 598: In Berlin mache jeder „seinen Kram. Zusammenhang — ein Staatsmann! — fehlt. Den gibt es nicht, und den kann niemand ersetzen." Ähnl. ebd. S. 600; auch schon an Toennies, 15. X. 1914, GpS[1], S. 458; H. Preuß, D. deutsche Volk u. d. Politik, 1915, S. 2, 12, 167; selbst Delbrück konnte gelegentliche Kritik an Bethmann nicht unterdrücken: an M. Lenz, 7. VIII. 1915, DB, u. an Lichnowsky, 28. XI. 1916, DB; im Rückblick: P.K. v. 27. VII. 1918, PrJbb 173, S. 278: „Wäre während des Krieges die deutsche Politik auf der Höhe der deutschen Strategie gewesen, was wäre dann aus der Entente geworden?" ...

[2] Vgl. Kap. II, S. 41, Anm. 238. Auch M. Weber bekannte sich zu dem Geist von 1914 in diesem Sinne (GpS[2], S. 394)!

[3] S. u. S. 131. Delbrück u. A. Weber hatten 1915 darüber noch etwas anders gedacht! S. u. S. 56 (A. Weber, Anm. 94!) u. S. 61!

[4] Vgl. Kap. II, S. 41, Anm. 243.

[5] D. Schäfer, Zur Lage, a.H.g. 1. I. 1916, S. 3. Vgl. die ganz ähnlichen Formulierungen d. alldeutschen Vorsitzenden Claß, Wider d. Strom, 1932, S. 309.

[6] F. Lezius an Kropatschek, 28. II. 1915, SK; für Seeberg vgl. Ursprung [s. u. Kap. III, Anm. 189], S. 134; für Haeckel: H. Weber, Monopole u. Ob. Heeresleitung, Diss. phil. Halle 1962, S. 32; Haeckels Wunsch ist nur aus dem Antwortschreiben Bethmanns v. Febr. 1915 (Rk DZA I) zu erschließen. Bethmann warnte dort vor „nebelhafter Romantik" in der Kriegszielfrage. Haeckel hatte mit Kirdorf u. Gr. Hoensbroech zusammen interveniert.

[7] Ursprung, S. 133f.; K. Hampe, Belgiens Vergangenheit, 1916, S. 2, u. M. Lenz an Hobohm, 11. VII. 1916, DB; E. Meyer an Seeberg, 16. IX. 1915, SK: „. . . Wir müssen uns hüten, den Zankapfel in die Massen zu werfen . . ."

[8] O. Hoetzsch, P.W. v. 3. II. 1915, I, S. 80; P.W. v. 25. VIII. 1915, I, S. 343. Aus Furcht vor einer möglichen pazifistischen Agitation hielt auch noch Anfang November 1915 Hoetzsch an seiner ursprünglichen Haltung fest (10. XI. 1915, II, S. 54) u. erst am 17. XI. 1915 (II, S. 58) zeichnete sich eine erste Wende ab.

[9] O. Hoetzsch, P.W. v. 15. III. 1916, II, S. 235.

[10] P.W. v. 25. V. u. 21. VI. 1916, II, S. 334 u. 403f.

[11] O. Hoetzsch, Z.R. v. Dez. 1915, V&KMhh 30,I, S. 144.

[12] D. Schäfer, Zur Lage, 1. I. 1916, a.H.g., S. 3; E. Zitelmann, D. Schicksal Belgiens, 1917, S. 12; G. v. Below, D. gute Recht d. Kritik, ND IV (1915/6), S. 443; E. Brandenburg, Kriegsziele, 1917, S. 3f. — Allg. zur Zensur: R. Seeberg, Was sollen wir denn tun, 1915 S. 1; Unsere Kriegsziele, a.H.g. 1915.

[13] D. Schäfer, Preußen als Führer zur deutschen Macht, in: Preußen in Dtlds. Vergangenheit u. Dtlds. Zukunft, 1916, S. 25f.; ähnl. O. Hoetzsch, P.W. v. 27. IX. 1916, III, S. 31; Seeberg, Unsere Kriegsziele, a.H.g. 1915; G. v. Below, Diplomatie, in: WWW I, S. 126: Demokratisierung bedeute natürlich nicht Annäherung an den Pazifismus, sondern den Aufbau einer Volksbewegung nach alldeutschem Vorbild.

[14] O. Hoetzsch, P.W. v. 16. II. 1916, II, S. 280; E. Meyer, zit. bei H. Delbrück, P.K. v. 22. VI. 1916, PrJbb 165, S. 177; J. Haller an Delbrück, 9. III. 1917, DB; M. Lenz an Delbrück, 4. V. 1916, DB; E. Troeltsch, D. Ideen, in: Dt. Geist u. Westeuropa, S. 35; H. Delbrück an Harnack, 5. VII. 1916, HB; für Max Weber: Marianne Weber, S. 608; Meinecke, Probleme d. Weltkrieges (1917), S. 55.

[15] M. Lenz an Hobohm, 11. VII. 1916, DB. Lezius an Kropatschek, 28. II. 1915, SK. G. v. Below, Das gute Recht, ND IV (1915/6), S. 444: „Es ist ganz gleichgültig, ob wir viel oder wenig fordern; das Ungünstige wird in jedem Fall über uns verbreitet." Ähnl. O. Hoetzsch, P.W. v. 24. II. 1915, I, S. 102.

[16] H. Oncken, D. Vorgeschichte, DW, S. 532; M. Weber, Briefe v. 27. VII., 2. X., 21. X. 1916, GpS[1], S. 462, 464f. — Oncken auch an Delbrück, 27. V. 1915, DB; H. Preuß, Das deutsche Volk, 1915, S. 173; Delbrück, P.K. v. 31. XII. 1915, PrJbb 163, S. 164f. u. v. 28. VII. 1916, PrJbb 165, S. 339, ähnl. an Schiemann, 12. VII. 1915, DB.

[17] Delbrück in Randbem. zu Brief M. Lenz' an Hobohm, 11. VII. 1916, DB.

[18] Delbrück, P.K. 23. VI. 1916, PrJbb 165, S. 178.

[19] Delbrück an H. Oncken, 26. VI. 1915, DB. Eine öffentliche Bekämpfung der Alldeutschen hielt D. allerdings für nötig (an Zimmermann, A.A., 27. XI. 1915, DB, u. an Valentini, 7. XII. 1915, DB).

[20] H. Delbrück, P.K. v. 25. III. u. 28. X. 1916, PrJbb 164, S. 192ff., u. 166, S. 347.

[21] Ds., P.K. v. 25. III. 1916, PrJbb 164, S. 195; ähnl. P.K. v. 28. V. 1916, PrJbb 164, S. 566.

[22] Delbrück, P.K. v. 25. III. 1916, ebd., S. 196: „Die 'Preußischen Jahrbücher' können sich darauf berufen, daß sie von je der Ausdehnung des parlamentarischen Einflusses entgegengetreten sind . . ." (Er erinnerte dabei auch an seine eigene Schrift: Regierung u. Volkswille.) „. . . Ich gestehe, daß nach dem 4. August und besonders nachdem sich gezeigt hat, wie der demokratische Parlamentarismus in Frankreich doch mit einer gewissen überraschenden Tüchtigkeit seiner Aufgabe gerecht wird, ich von meiner Geringschätzung von Volksvertretungen etwas zurückgekommen war. Aber das Verhalten jener beiden Parteien [Konserv. u. Nat. lib.] in der Tauchbootfrage . . . und der Antrag der Sozialdemokraten bezüglich der Friedensbedingungen . . . haben mich doch ganz zu meinem früheren Standpunkt zurückgeführt . . ." Ähnl. P.K. v. 23. VI. 1916, PrJbb 165 S. 179 u.: D. große Politik u. d. Reichstag, Tg. 19. XII. 1916.

[23] G. v. Below, D. gute Recht d. Kritik, ND IV (1915/16), S. 443.

[24] Delbrück, P.K. v. 21. IV. 1917, PrJbb 168, S. 333.

[25] Delbrück, Strategie und öffentliche Meinung, Tg 27. IV. 1916. Unter Berufung auf Bismarck

bemerkte er: „Auch heute liegt hier die größte und schwierigste aller Aufgaben. Einen mutigen Entschluß fassen, wenn er gleichzeitig populär ist, ist so schwer nicht; viel schwerer dagegen ist es . . ., einen Entschluß zu fassen, der der öffentlichen Meinung widerstrebt und ihr wohl gar als Feigheit erscheint. Wenn aber jene begeisterte Hochstimmung des Volkes . . . darüber zusammenbricht?" Dies „wäre sehr schlimm; aber es läßt sich verhindern . . ." Ähnl. A. v. Harnack am 29. IV. 1916 (in: Aus d. Friedens- u. Kriegsarbeit, 1916, S. 300ff.). Nachträglich Agnes v. Zahn-Harnack, 1951, S. 346: „Es war Harnack nicht zweifelhaft, daß das deutsche Kriegsziel bei der Fülle der Gegner nur im Erhalten unseres Besitzes . . . bestehen konnte . . . Er erkannte aber zugleich, wie unendlich schwer es sein würde, dem Volk, das die furchtbarsten Opfer brachte, dies verständlich zu machen." Dsgl. E. Troeltsch, Walther Rathenau, in: Deutscher Geist, 1925, S. 261. Troeltsch wollte danach die deutsche Öffentlichkeit auf einen „mageren", aber „würdigen" Frieden vorbereiten. „Das war die Quadratur des Zirkels, an der wir uns damals zerarbeiteten und wobei wir von der offiziellen Propaganda und Aufklärung mattgesetzt wurden . . ." F. Meinecke an A. v. Harnack, 13. VI. 1916, HB, zit.: Kap. V, Anm. 177!

[26] H. Delbrück, P.K. v. 28. V. 1916, PrJbb 164, S. 566.

[27] Ds., P.K. v. 26. IX. 1917, PrJbb 170, S. 149 (im Rückblick). Früher ähnl. F. Meinecke, Probleme d. Weltkrieges, 1917, S. 49f.: Ein Bismarck hätte die phantastischen Sentimentalitäten der Annexionisten „erbarmungslos . . . unterdrückt." Auch: Volksbund u. Vaterld., 2. IX. 1917, PS&R, S. 222ff. Vgl. auch Max Weber in mehreren Briefen vom Sommer 1916 (GpS[1], S. 464f.).

[28] H. Delbrück, P.K. v. 25. III. 1916, PrJbb 164, S. 195.

[29] S. u. S. 143f.

[30] G. v. Below, D. deutsche Freiheit, ND IV (1915/6), S. 296.

[31] S. o. S. 72, Anm. 209, S. 120.

[32] Westarp, Kons. Politik II, S. 188f.; Nicolai, Nachrichtendienst, Presse, 1920, S. 100; W. Vogel, D. Organisation d. amtl. Presse- u. Prop.-Politik, in: Zeitungswissenschaft XVI, Sonderh. Aug./Sept. 1941, S. 64; H. Weber, Monopole u. OHL, Diss. phil. Halle 1962, S. 85f.

[33] S. o. S. 61.

[34] L. Bergsträsser, D. preuß. Wahlrechtsfrage, 1917, 1928, S. 8.

[35] A. v. Harnack, Friedensaufgaben (Sommer 1916), in: Erforschtes, S. 281f. Beim Ausbleiben solcher Reformen befürchtete Harnack den Beginn einer Periode „schlimmster Reaktion" — „und vor dem, was dann unweigerlich kommen wird, bewahre uns Gott!" Über den Auftrag Bethmanns vgl. Harnack an Delbrück, 7. VII. 1916, DB, u. H.'s ähnl. gestimmte Rede v. 1. VII. 1916, s. o. S. 118!

[36] A. v. Harnack, Friedensaufgaben, S. 281 u. 289.

[37] E. Troeltsch, Nach d. Erklärung d. Mobilmachung, 1914, S. 10.

[38] F. Meinecke, D. Erhebungen von 1813 usw., in: D. deutsche Erhebung von 1914, S. 29.

[39] Delbrück an Harnack, 16. VIII. 1915, HB: „Für unsere innere Politik hat mich jetzt ein neuer Gedanke ergriffen und [sich] mehr und mehr gefestigt. Er ist mir von dem Präsidenten Holtz in Potsdam gesagt worden . . . Er heißt: Allgemeines Stimmrecht für Preußen. Sobald das zugestanden ist, lösen sich sehr viele Fragen ganz von selbst. Dies als Programm aufgestellt wäre die Aufgabe der 'Freien Vaterländischen Vereinigung'! Dann hat sie Inhalt." Alfred Weber (an Delbrück, 24. VIII. 1915, DB) übersah die innenpolitische Lage klarer, wenn er von einer Kampagne für eine Wahlrechtsreform in Preußen abriet, da schon die Nationalliberalen nur für ein Pluralwahlrecht in Preußen einträten. S. o. S. 72, Anm. 209, und A. Thimme, S. 140.

[40] G. Anschütz, Gedanken über künftige Staatsreformen, in: AND, S. 49ff. In H. Onckens Einleitungsaufsatz: D. Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation, ebd. S. 10f. klingen die Reformwünsche nur an: Alle die Deutschen, die zum Siege beigetragen hätten, sollten auch stärker zur politischen Gestaltung des Reiches herangezogen werden. Auch M. Weber betrachtete die inneren Reformfragen in der ersten Kriegszeit als sekundär (Marianne Weber, S. 629).

[41] G. Anschütz, Gedanken, AND, S. 53.

[42] Anschütz, Gedanken, S. 53.

[43] Ebd. S. 49 u. S. 51, wo es heißt: „Wir wünschen uns . . . eine faktisch und rechtlich einheitliche, straff zentralisierte, allen partikularen Gewalten unbedingt überlegene, jedoch dem Reichstage verantwortliche und seiner Kontrolle unterliegende Regierung . . ."

[44] H. Preuß, D. deutsche Volk u. d. Politik, 1915. Preuß lehrte an der Berliner Handelshochschule.

[45] Ebd., S. 168, 174, 186, 192.

[46] Ebd. S. 163, auch S. 72. — Das Reich als „Obrigkeitsstaat": ebd. S. 159ff.

[47] Preuß, ebd. S. 181: „Nur aus den offenen politischen Kämpfen eines freien Staatsvolkes,

nicht aus dem obrigkeitlichen Avancement geht schließlich ... der Typus eines selbständig verantwortlichen leitenden Staatsmannes hervor. Die Entwicklung dieses Typus wird nicht gefördert, wenn staatsmännisches Wirken und obrigkeitliches Amt so untrennbar voneinander sind", wie es sich in den historischen Präzedenzfällen Stein und Bismarck gezeigt habe. Ähnl. in: Demokratie und Deutschlands Erneuerung, ASwSp, 44 (1917/18), S. 253.

[48] Preuß, D. deutsche Volk, S. 162f., 180, 196, nicht-„staatserhaltende" Elemente seien aus der praktischen Politik ausgeschlossen worden. Ähnl. in: Obrigkeitsstaat u. großdeutscher Gedanke, 1916, S. 23.

[49] Preuß, D. deutsche Volk, S. 76, 79, 158, 188, auch S. 181, S. 10.

[50] Ebd., S. 41f., S. 58f., 72, 164.

[51] Ebd., S. 41f., S. 171, S. 173.

[52] Ebd., S. 8, 10: Die inneren Mängel des Reiches seien auch schuld gewesen an der so geringen Vorbereitung des deutschen Volkes auf die Möglichkeit eines Weltkrieges. Ebd. S. 12 u. S. 174ff.: Die obrigkeitliche Struktur des Reiches hätte für die außenpolitischen Aufgaben einer Kontinentalpolitik nach der Art Bismarcks ausgereicht. „Muß und will das Reich aus dieser Beschränkung heraus, so muß es auch die obrigkeitliche Struktur abstreifen wollen, weil es für seine weltpolitische Entfaltung der materiellen und ideellen Kräfte nicht entbehren kann, die in der einheitlichen Individualität eines Staatsvolkes, in der Identität von Staat und Volk wurzeln ..." (S. 177). Ähnl. in: Obrigkeitsstaat, S. 23f. — Die Diskrepanz zwischen den politischen und militärischen Erfolgen Deutschlands ist auch für Preuß der Ausgangspunkt seiner Reformgedanken. Er sah als Folge die psychologische Gefahr, daß die Öffentlichkeit sich in dem Glauben wiegen könnte, jeder politische Fehler könnte militärisch wiedergutgemacht werden (D. deutsche Volk, S. 2, 12, 167, 199).

[53] Preuß, ebd., S. 177f.

[54] Preuß, ebd. S. 186ff.: „Der deutsche Staat ... kann nur zum Volksstaat werden, wenn das deutsche Volk innerlich zum Staatsvolk wird ... Das ist kein Prozeß äußerlicher Maßnahmen, sondern ein innerlicher Erziehungsprozeß vollkommener Politisierung des Volkes" (auch S. 197).

[55] S. o. S. 150f.

[56] E. Troeltsch, D. deutsche Idee, in: Dter. Geist, 1925, S. 19f. u. S. 52f. T. war sich keines Widerspruches bewußt, wenn er an gleichem Ort Plenges Staatssozialismus unterstützte (s. o. S. 43!). G. Anschütz in PrJbb 164, S. 339ff.

[57] F. Naumann, Mitteleuropa, 1915, S. 297.

[58] H. Delbrück, PrJbb 164, S. 346 (unmittelbar im Anschluß an Anschütz als Korrektur von dessen Ausführungen und unter Berufung auf D.s innenpolitische Bekenntnisschrift: Regierung u. Volkswille [1913], einen Lobgesang auf den deutschen Konstitutionalismus).

[59] G. v. Below, Eine Kritik unserer Zustände von einem deutschen Mitbürger, KM, Jg. 73, I (1916), S. 255ff. M. Scheler, Krieg u. Aufbau, 1916, S. 154ff.

[60] H. Preuß an H. Delbrück, 27. II. 1917 u. 12. VI. 1917, DB: Die alldeutsche Verblendung energisch zu unterdrücken, sei „die Obrigkeitsregierung zu schwach, wie sie zu schwach war, sich dem Wahnsinn nachhaltig zu widersetzen, der durch den Krieg mit Amerika unsere Situation vollendet hat ..."

[61] L. Bergsträsser, Die preuß. Wahlrechtsreform, S. 108ff., und kurzer Abriß mit Literatur in G. Meyer-G. Anschütz, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 7. Aufl., 3. T., 1919, S. 1023ff. — M. Weber, Deutschlands äußere — Preußens innere Politik, II: Die Nobilitierung der Kriegsgewinne, GpS², S. 185 (zuerst Frkf. Ztg. 1. III. 1917). Auch an Naumann, 3. II. 1917 (GpS¹, S. 466): Die Gleichstellung aller volljährigen Kriegsteilnehmer im Wahlrecht sei „Anstandspflicht" und löse praktisch die Wahlrechtsfrage. „Müßte fortschrittliche Kampagneparole werden. Der 'Burgfriede' ist ja doch vorbei."

[62] Webers Aufsätze, die einzeln seit dem Frühsommer des Jahres 1917 in der Frankfurter Zeitung erschienen waren, wurden 1918, leicht überarbeitet, unter dem Titel: „Parlament u. Regierung im neugeordneten Deutschland", separat herausgebracht und 1921 in die „Gesammelten pol. Schriften" aufgenommen, die auch noch weitere Einzelabhandlungen aus den Jahren 1917/18 hinzufügten. Im Folgenden wird Weber nach der Neuausgabe seiner „Pol. Schriften" (1958 = GpS²) zitiert, soweit es sich nicht um politische Briefe handelt, die nur in der 1. Auflage erschienen sind (= GpS¹). Vgl. dazu auch Mommsen, Weber, S. 194, u. Marianne Weber, S. 629f., 635f.

[63] Weber, Parlament u. Regierung, GpS², S. 307, 357ff., 364. Als Beispiele für solche Eingriffe der Krone nannte Weber die Krüger-Depesche u. d. Damaskusrede d. Kaisers. Beide Schritte hätten zur Isolierung Deutschlands beigetragen (ebd., S. 362ff.).

[64] Dieser tieferliegende Ansatzpunkt ist zu unterscheiden von dem äußeren Anlaß (Antrag für

die Nobilitierung v. Kriegsgewinnen). Die Julikrise erhöhte die Dringlichkeit der Reformforderungen in Webers Augen, obwohl er ihre Verknüpfung mit dem Verlangen nach einem Verständigungsfrieden ablehnte, das sie gegenüber der Kritik der Rechten bloßstellen müßte. Bes. charakteristisch d. v. der Zensur gestrichenen Passagen eines am 22. X. 1916 von Weber in München gehaltenen Vortrages (bei Mommsen, Weber, 1959, S. 246f.): Eine um militärische Geheimhaltung so unbekümmerte, psychologisch so demoralisierende Agitation wie die U-Boot-Demagogie wäre in „keinem parlamentarisch regierten Lande" möglich gewesen. Vgl. ferner: M. Weber an Naumann, 18. I. 1916, u. an Schulze-Gaevernitz, 21. X. 1916, GpS¹, S. 464f.; ds., Parlament, GpS², S. 381, u. im Rückblick (GpS², S. 433); Marianne Weber, S. 629, 636; W. Mommsen, Weber, S. 175, 252, 265f. G. Schmidt (Historismus, HSt 389, 1964, S. 115) bringt in seinem Bemühen, das Jahr 1917 als Wendepunkt zur improvisierten Demokratie zu kennzeichnen, die Tatsache des bereits vorher zu datierenden Ausgangspunktes für Webers Reformprogramm nicht genügend zur Geltung (s. auch S. 145).

[65] M. Weber, Wahlrecht u. Demokratie (Dez. 1917), GpS², S. 278.

[66] Ds., Parlament, GpS², S. 381: „Wir haben in Deutschland Demagogie und Pöbeleinfluß ohne Demokratie, vielmehr: wegen des Fehlens einer geordneten Demokratie ..." Ähnl. in: Wahlrecht, GpS², S. 274: Die Führung der deutschen Außenpolitik in den letzten Jahren habe bewiesen, „daß eine Monarchie, die mit einem Klassenwahlrecht regiert ... an Einfluß rein ... emotionaler und irrationaler Stimmungen der Leitung den Rekord hält ..."

[67] Weber, Parlament, GpS², S. 323f. u. 365. Daß Bethmann für Weber ein typischer Repräsentant dieses politisch impotenten Beamtentums gewesen ist, hat dieser mehrfach angedeutet (GpS², S. 298; Marianne Weber, S. 623; W. Mommsen, S. 249; im Rückblick: Pol. als Beruf, GpS², S. 512).

[68] Weber, Parlament, GpS², S. 323.

[69] Am prägnantesten in der folgenden Stelle: „Gleichwohl ließen die leitenden Politiker zu, daß durch ein öffentliches Einsetzen der Person des Monarchen eine sachliche Verständigung mit England über die beiderseitigen südafrikanischen, mit Frankreich über die nordafrikanischen Interessen unmöglich gemacht wurde ... Peinliche ... diplomatische Niederlagen und schwere dauernde Schädigung unserer Interessen waren die unabwendbare Folge ... Diese unnatürliche Weltkoalition gegen uns ist in starkem Maße auch durch diese ganz unglaublichen Fehler zusammengeführt worden ... Wer hat den ungeheuren, politisch keineswegs gleichgültigen Haß einer ganzen Welt auf das Haupt gerade dieses Monarchen geladen ...? Wer hat es möglich gemacht, daß die Massen im Ausland vielfach ernstlich glauben, Deutschland schmachte nach 'Befreiung'? Wer hat diesen unerhörten Unsinn der gegenwärtigen Lage möglich gemacht? So lange die Möglichkeit der Wiederkehr besteht, darf die Nation nicht vergessen: das hat die k o n s e r v a t i v e B e a m t e n h e r r s c h a f t getan, welche in den entscheidenden Momenten Leute mit Beamtengeist an leitende Stellen setzte, auf welche Politiker gehörten ..." [Sperrungen v. Max Weber] (Parlament, GpS², S. 365).

[70] Weber, Parlament, GpS², S. 421.

[71] Weber, Parlament, GpS², S. 307, 328f., 334ff., 340.

[72] Ebd. S. 344, 381: Der Reichstag sei verfassungsmäßig zu dilettantischer Dummheit verurteilt (S. 340).

[73] Ebd., S. 323, 335.

[74] Ebd., S. 297.

[75] Weber, Parlament, GpS², S. 335: „Das Wesen aller Politik ist ... Kampf, Werbung von Bundesgenossen und von freiwilliger Gefolgschaft — und dazu, sich in dieser schweren Kunst zu üben, bietet die Amtslaufbahn des Obrigkeitsstaates nun einmal keinerlei Gelegenheit." — S. 391: „ ... der Zwang für den Massenführer, in der konventionell fest geregelten Teilnahme an den Komiteearbeiten des Parlaments sich zu schulen und sich dort zu bewähren, bietet ... ein immerhin starkes Maß von Gewähr dafür: daß diese cäsaristischen Vertrauensleute der Massen sich den festen Rechtsformen des Staatslebens einfügen und daß sie nicht rein emotional, also nach den im üblichen Sinne des Wortes „demagogischen" Qualitäten ausgelesen werden. Gerade unter den heutigen Bedingungen der Führerauslese sind ein starkes Parlament, verantwortliche Parlamentsparteien, und das heißt: deren Funktion als Stätte der Auslese und Bewährung der Massenführer als Staatsleiter, Grundbedingungen stetiger Politik ..." Ähnl. S. 328ff., 342, 379, 412.

[76] Weber, Parlament, GpS², S. 331f.

[77] S. u. S. 151f.! Für Weber vgl. GpS¹, S. 473, u. Parlament, GpS², S. 329.

[78] Weber an Ehrenberg, 16. VII. 1917, GpS¹, S. 470 (dort falsche Datierung). Ds., Lehren aus

d. Kanzlerkrisis, 7. IX. 1917, GpS[2], S. 212f.; Parlament, GpS[2], S. 359, 368ff. Das Fehlen eines Zweiparteiensystems bildete in Webers Urteil kein Argument gegen die Wirksamkeit des Parlamentarismus (Parlament, S. 353, 371f., 423).

[79] M. Weber, Wahlrecht, GpS[2], S. 275; ähnl.: Parlament, GpS[2], S. 390f.

[80] M. Weber, Parlament, GpS[2], S. 421, ähnl. ebd. S. 328, 341, 383ff. u. 391; auch: an Lesser, 16. VI. 1917, GpS[1], S. 473. Die amerikanische Verfassung hielt Weber zu diesem Zeitpunkt für ein auf die deutschen Verhältnisse kaum übertragbares Modell (Wahlrecht u. Demokratie, GpS[2], S. 277, Parlament, GpS[2], S. 385ff.; vgl. auch Mommsen, Weber, 1959, S. 189). W. stand einer „Volkswahl" des höchsten pol. Vertrauensmannes noch „mit erheblichen Vorbehalten" gegenüber (Parlament, GpS[2], S. 337).

[81] Wilhelm II. nannte Weber in einem Privatbrief im Sommer 1917 einen „dilettierenden" „Fatzke" (an Ehrenberg, 16. VII. 1917, GpS[1], S. 470). Für seine öffentliche Kritik am Kaiser s. o. S. 134. Republikaner wurde Weber deshalb nicht einmal in den letzten Wochen des Krieges (vgl. seinen Brief an Schulze-Gaevernitz v. 11. X. 1918, GpS[1], S. 477).

[82] Weber sprach im Allgemeinen nicht von einer Parlamentarisierung des Reiches schlechthin, sondern von einer „gesunden" Parlamentarisierung, deren Ergebnis auf jeden Fall anders aussehen werde als die Verfassungen der westeuropäischen Staaten; schon wegen der zu erwartenden Opposition von rechts hielt Weber die Einführung des „vollen" Parlamentarismus für unwahrscheinlich (Parlament, GpS[2], S. 297, 350, 409, 413, 417, 425ff., 429f.). In: Wahlrecht u. Demokratie (GpS[2], S. 277) spricht W. zwar einmal von der Erwünschtheit „voller Parlamentsmacht" in einer erblichen Monarchie, nimmt dabei aber nicht Bezug auf die konkrete Lage im Reich. Webers theoretische Inkonsequenz in der Parlamentarisierungsfrage fiel schon im Weltkrieg auf: Vgl. R. Piloty (Jurist, Univ. Würzburg), D. parlament. System, 1917, S. 2. Zum Vorstehenden vgl. auch W. Mommsen, Weber, 1959, S. 196ff.

[83] Weber, Parlament, GpS[2], S. 335f., 381f., 383, 389ff. W. Mommsen, Weber, 1959, S. 202f. hat diese Zusammenhänge überzeugend herausgearbeitet, die früheren Interpreten (z.B. auch Marianne Weber, S. 632) entgangen waren.

[84] Z.B. Parlament, GpS[2], S. 391f.

[85] W. Mommsen, Weber, S. 191f.; Schmidt, Historismus u. parlam. Demokratie, HSt 389, 1964, S. 270.

[86] Weber, Parlament, GpS[2], S. 382f., 391, 423: Gerade das politische Leben in England hätte sich gut an das „Prinzip der kleinen Zahl" angepaßt, das den Aufstieg caesaristischer Führernaturen ermöglichte. W. Mommsen (Weber, S. 204) scheint demgegenüber den Vorbildcharakter Bismarcks für Weber etwas überzubetonen.

[87] S. u. S. 161!

[88] Parlament, GpS[2], S. 356, 411ff.

[89] Ebd. S. 341f. Schon vor dem Kriege: Brief v. 14. XII. 1906, GpS[1], S. 452.

[90] Parlament, GpS[2], S. 368. In diesen Zusammenhang gehörte auch die Unterordnung d. Militärs unter d. Reichsleitung (ebd. S. 421).

[91] Weber an Delbrück, 28. VI. 1917, DB (Unterstreichungen v. Weber).

[92] M. Weber, Parlament, GpS[2], S. 418; Lehren d. . . . Kanzlerkrisis, 7. IX. 1917, GpS[2], S. 212.

[93] Ds. an Naumann, 8. V. 1917, GpS[1], S. 472.

[94] Ds., Parlament, GpS[2], S. 296, 395; Wahlrecht u. Demokratie, GpS[2], S. 256f. W. legte zu diesem Zweck den Entwurf eines von Reichs wegen zu verabschiedenden Wahlrechtsnotgesetzes vor (zuerst: FZ, 28. III. 1917, jetzt: GpS[2], S. 187ff.; Genaueres vgl. W. Mommsen, Weber, 1959, S. 252f.).

[95] S. o. Kap. II, S. 45.

[96] Zuletzt in seinem Münchener Vortrag v. 22. X. 1916 (als: Deutschld. u. d. eur. Weltmächte, in: GpS[2], S. 164, 171f. auch: Marianne Weber, S. 626).

[97] M. Weber an Tummler, 17. I. 1918, GpS[1], S. 474; im Rückblick an Crusius, 24. XI. 1918, GpS[1], S. 483. Vgl. auch ds., Parlament, GpS[2], S. 295, 297f., 394, 427, 430. Diese Interpretation hebt sich ab sowohl gegen G. Schmidt, Historismus, HSt 389 (1964), S. 47, der behauptet, Weber habe seit Anfang 1917 überhaupt jeden Glauben an eine deutsche Mission im Weltkrieg aufgegeben, wie auch gegen W. Mommsen, Bespr. v. Schmidt, Neue Pol. Lit. IX (1964), S. 888, der den Eindruck erweckt, als hätte Weber an seiner Deutung der „deutschen Sache" unverändert festgehalten.

[98] Marianne Weber, S. 644.

[99] M. Weber an Oncken, 20. IV. 1917, bei: Mommsen, Weber, 1959, S. 256; auch: D. Lehren d. . . . Kanzlerkrisis, GpS[2], S. 212f.; Wahlrecht, ebd. S. 236, 273; Parlament, ebd. S. 295, 317, 342, 430f. Schärfste Kritik, ebd., S. 428f.: „Es ist das sterile und billige Vergnügen des Ressentiments akademischer Literaten gegen alles nicht von ihnen *examinierte* Menschentum, über alle Fehltritte 'des parlamentarischen Betriebes' zu jubeln: 'Man sieht, die Nation ist nicht reif dafür.' . . . Über die politische 'Reife' aber sind wahrlich die heutigen deutschen Literaten die allerletzten, denen ein Urteil zustände. *Fast alle Fehler* der deutschen Politik vor dem Kriege und allen Mangel an Augenmaß, den während des Krieges eine verantwortungslose Demagogie nährte, haben sie beifallspendend mitgemacht. *Wo waren sie denn, als die schweren Fehler des alten Regimes gemacht wurden?* . . . Eine öffentliche Erklärung von einigen tausend akademischen Lehrern wäre damals wohl am Platz . . . und auch den alten Traditionen entsprechend gewesen . . . Alle die Herren haben damals geschwiegen. Also mögen sie gefälligst auch fortan schweigen: 'Du hast ausgeläutet, herunter vom Glockenturm.' Andere Schichten werden die politische Zukunft Deutschlands in ihre Obhut nehmen müssen . . ." [Hervorhebungen auch im Folgenden stets v. Weber.] Sein am 24. VI. 1917 in der FZ erschienener Artikel: Verwaltungsöffentlichkeit u. pol. Verantwortung (nach: E. Baumgarten, M. Weber, Werk u. Person, 1964, S. 233) mit seiner Anspielung auf „unabhängige Ausschüsse" zeigt, daß er mit den „wildgewordenen Literaten" u.a. D. Schäfer und die meisten seiner übrigen Kollegen gemeint hat, denen er alles politische Augenmaß absprach (auch: D. preuß. Wahlrecht, EStWZ II [1917], S. 400).

[100] M. Weber, Parlament, GpS[2], S. 296, 318, 324.

[101] Weber, Wahlrecht, GpS[2], S. 273f.; ähnl.: Parlament, ebd., S. 428: „Das Vaterland liegt nicht als Mumie in den Gräbern der Ahnen, sondern es soll leben als das Land *unserer Nachfahren*." Diese Zitate wären G. Schmidts Versuch (Historismus, HSt 389 [1964], S. 39ff. u. S. 313f.), Weber unter die „Historisten" (wie Meinecke und Troeltsch) mit einzureihen, entgegenzuhalten.

[102] M. Weber an Ehrenberg, 16. IV. 1917, GpS[1], S. 469. — Allein der Hinweis auf den deutschen Existenzkampf ohne jede ideologische Umschreibung hätte das deutsche Volk zusammengehalten, schrieb er in: Parlament, GpS[2], S. 295f. Auf eine dennoch bestehende Wertbezogenheit seiner Reformpläne weist er in: Parlament, GpS[2], S. 321, hin.

[103] Hier liegt eine unübersehbare Grenze für die Tendenz zur „Emotionalisierung der Politik", die W. Mommsen herausgearbeitet hat (D. 'plebiszitäre Führerdemokratie' bei Max Weber, KZSSp XV, 1963, S. 316). Bei Weber vgl. besonders den Unterschied zwischen Demagogie „im üblen Sinne" und unvermeidlichen demagogischen Mitteln zur Lenkung der irrational beeinflußten Massen (Parlament, GpS[2], S. 389ff.). Auch Webers Polemik gegen die U-Boot-Agitation (s. o. S. 102f.) zeigt, wo seine Bereitschaft, Demagogie als unvermeidliche Begleiterscheinung der Politik zu akzeptieren, endete. Vgl. auch Wahlrecht, GpS[2], S. 249f.; Parlament, ebd., S. 312, 317, 335, 381f.

[104] Vgl. Webers Antrittsvorlesung (1895): D. Nationalstaat u. d. Volkswirtschaftspolitik, GpS[2], S. 23ff.; ähnl.: Parlament, ebd. S. 296f. Dazu: A. Bergstraesser, M. Webers Antrittsvorlesung in zeitgeschichtlicher Perspektive, VfZG V (1957), S. 209ff.

[105] Weber, Parlament, GpS[2], S. 351. Es sei die Lehre des Krieges, „daß *alle* Parteien 'national' werden, welche Anteil an der verantwortlichen Macht im Staate haben . . ." Auch ebd., S. 394, u.: Wahlrecht, ebd., S. 234.

[106] Weber, Wahlrecht, S. 288. Deshalb sei es in England sogar gelungen, die Arbeiterpartei für das französische Kriegsziel Elsaß-Lothringen zu gewinnen.

[107] Weber, Parlament, GpS[2], S. 429ff.: „Kehrt das alte Regime nach dem Kriege zurück . . ., dann möge man auch die Erwartung begraben, daß die oft beklagte Haltung der Deutschen draußen in der Welt sich ändern werde. Nationaler Stolz . . . ist nun einmal Funktion des Maßes, in welchem die Angehörigen einer Nation, wenigstens der Möglichkeit nach, aktiv an der Politik ihres Landes mitbeteiligt sind . . ." Ähnlich in: Wahlrecht, GpS[2], S. 279: „Man hat nur die Wahl: in einem bureaukratischen Obrigkeitsstaat . . . die Masse der Staatsbürger rechtlos und unfrei zu lassen und wie eine Viehherde zu ‚verwalten', — oder sie als Mitherren des Staates in diesen einzugliedern. Ein *Herrenvolk* aber — und nur ein solches kann *und darf* überhaupt Weltpolitik treiben — hat in dieser Hinsicht *keine* Wahl. Man kann die Demokratisierung sehr wohl vereiteln. Aber es würde sich bald zeigen, daß dies um den Preis der ganzen Zukunft Deutschlands geschähe . . ."

[108] S. o. S. 41. Für Webers Kriegsziele vgl. Kap. III, S. 56 u. Kap. IV, S. 80, 82.

[109] Weber, Parlament, GpS[2], S. 430f.

[110] Weber, Deutschland unter den europäischen Weltmächten (Okt. 1916), GpS[2], S. 152: „Männer, die innenpolitische Antipathien in unserer Kriegs- und Friedenspolitik mitsprechen lassen, sind für mich keine nationalen Politiker, von einer inneren Einigung mit ihnen kann gar keine

Rede sein . . ." Ähnl. in Parlament, GpS², S. 418, 431. Jeder Staat habe sich in seiner inneren Struktur den Aufgaben seiner Außenpolitik anzupassen. Dazu auch W. Mommsen, Weber, 1959, S. 206.

[111] Vgl. dazu E. Troeltschs Urteil vom 12. VI. 1917 (an Honigsheim, bei: E. Baumgarten, Weber, Werk u. Person, 1964, S. 489). Troeltsch hat auch nachträglich seine „Literaten"-Bemühungen (mit Webers Ausdruck) im 1. Weltkrieg verteidigt (Naturrecht u. Humanität, 1922, in: Deutscher Geist, 1925, S. 3). F. Meineckes vorsichtige Distanzierung in: Drei Generationen . . ., HZ 125 (1922), S. 277ff. Auch der sonst wohlwollende Rezensent von Webers „Parlament u. Regierung", R. Smend, bemängelte eine Vernachlässigung der „Imponderabilien" bei ihm (JGVV 42, 1918, S. 795). Vorwegnahme Webers in seinen Anschauungen zum deutschen Führungsproblem bei Meinecke, in: Sinn unseres Wahlkampfes (1911!), PS&R, S. 51, u. bei Troeltsch in: D. deutsche Idee v. d. Freiheit, in: Deutsche Zukunft (1916), S. 25.

[112] Ausdrücklich Bezug auf ihn nimmt der Würzburger Staatsrechtler R. Piloty, D. parlam. System, ²1917, S. 1f. Als Rezensionen wären außer dem in Anm. 111 genannten R. Smend noch ein Verriß aus der Feder des alldeutschen Philologen A. Hillebrandt (Sanskrit, Breslau), LZ 69 (1918), Sp. 400 u. 650, u. d. Kritik von K. Bornhak (Staatsrecht, Berlin), KM 75 (1918), S. 737, zu nennen. — An Weber anklingende Gedanken zum Führerproblem i. d. Demokratie auch b. F. W. Foerster, Demokratie u. Aristokratie, Hl XV,2 (1918), S. 121f.

[113] G. v. Schulze-G., Parlamentarismus u. Krone, DP III,1 (1918), S. 358ff. G. Anschütz, D. preuß. Wahlreform, 1917; R. Piloty, D. parlamentarische System, 1917, bes. S. 58; O. Baumgarten, Kirchl. Chronik, 26. IV. u. 30. VII. 1917, EF XVII (1917), S. 160 u. 257; L. Brentano, Leben, 1932, S. 334; weitere Belege jetzt bei J. Sheehan, The Career of Lujo Brentano, 1966, S. 195; H. Preuß, Weltkrieg, Demokratie usw., ASwSp 44 (1917), S. 263ff.

[114] Schon 1917 erklärte A. in deutlicher Distanzierung von Meinecke die Schaffung von Gegengewichten gegen Parlamentarismus und Demokratie angesichts der Schwäche demokratischer Traditionen im deutschen Verfassungsleben für überflüssig (D. preuß. Wahlreform, 1917, S. 24ff., siehe auch u. Anm. 123). — Auf Reichsebene wollte A. die Funktion der Exekutive auf die Reichsleitung (Kanzler und weisungsgebundenes Kabinett) übergehen lassen. Der Bundesrat blieb konkurrierendes Gesetzgebungs- und Verwaltungsorgan. Die Parteien sollten auf jeden Fall in einem die Regierung beratenden Ausschuß vertreten sein. Voraussetzung für das nötige Minimum an Homogeneität zwischen Reich und Staaten war auch für A. eine Reform des preußischen Wahlrechts (Parlament u. Regierung im Deutschen Reich, 1918, S. 33ff., auch S. 6f., 20 u. 25; vorher bereits: D. Parlamentarisierung d. Reichsleitung, DJZ XXII [1917], Sp. 697ff.). — Unter den Historikern kam — trotz prinzipieller Einwände — W. Goetz dieser Position noch am nächsten (s. u. S. 145, Anm. 131).

[115] H. Delbrück, P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 465f. u.: Die Neuorientierung, PrJbb 168 (Juni 1917), S. 349ff.; F. Meinecke, D. Reform d. preußischen Wahlrechts (Dez. 1916), PS & R, S. 163ff. u.: Grenzen der Neuorientierung (1917), ebd. S. 181ff. Vgl. dazu jetzt: G. Kotowski, Parlamentarismus u. Demokratie im Urteil F. M.s, Festschrift H. Herzfeld, 1958, S. 196ff.; A. v. Harnack, Friedensaufgaben (1916), in: Erforschtes, S. 282f. M. Sering, Staat u. Ges.verfassg. in Dtld. u. bei den Westmächten, DF, S. 71ff.; G. Schmoller, Würde der Parlamentarismus für Deutschland oder Preußen richtig sein? (1917), in: 20 Jahre Politik, 1920, S. 187ff.; O. Hintze, D. Demokratisierung der preußischen Verfassung, EStWZ II (1917), S. 453ff. F. Toennies, D. deutsche u. d. engl. Staat, 1916, S. 93; E. Troeltsch, D. deutsche Idee v. d. Freiheit, in: Deutsche Zukunft (1916), S. 25 u. 28 (die in: Deutscher Geist u. Westeuropa vorliegende Version ist unvollständig): Tr. verteidigte zu diesem Zeitpunkt noch mit voller Überzeugung den mit der deutschen Verfassung gegebenen Dualismus zwischen Legislative und (unabhängiger) Exekutive; 1917 stellte er sich hinter die Reformwünsche F. Meineckes (D. Ansturm d. westl. Demokratie, DF, S. 111).

[116] Frühe Zweifel an der Wirksamkeit demokratischer Kontrollen von elementaren Volksströmungen bei Meinecke schon 1915 in: Sozialdemokratie und Machtpolitik, PS & R, S. 117ff., ähnl. in: Staatskunst u. Leidenschaften, in: Probleme, 1917, S. 67f. Zuletzt in: Die Reform, PS & R, S. 163ff. — E. Troeltsch: D. Ansturm der westlichen Demokratie, in DF, S. 97 u. 111.

[117] Delbrück, Die Neuorientierung, PrJbb 168 (1917), S. 352f.

[118] Meinecke, Die Reform, PS & R, S. 164f. Ähnl.: Staatskunst, in: Probleme S. 68: Die westeuropäische Demokratie sei „hypertrophisch" geworden, sie hätte sich als Typus diskreditiert, wenn auch nicht das demokratische Prinzip an und für sich.

[119] Meinecke, D. Reform, PS & R, S. 163f.

[120] S. o. S. 136f. u. S. 140.

[121] Meinecke, D. Reform, PS & R, S. 164f.; auch: Osterbotschaft, Wahlreform u. parlament. politik. Dieser Wunsch sollte bei Meinecke, wie man annehmen darf, zur Verteidigung des Kanzlers Regime (29. IV. 1917), PS & R, S. 179: Unabhängigkeit der Exekutive vor allem in der Außen-dienen.

[122] S. o. S. 137.

[123] Meinecke, Reform, PS & R, S. 164 (bereits vor Webers entsprechenden Äußerungen). Zusammenhang Bethmann — „Vertrauensdiktatur": D. Reform, PS & R, S. 165.

[124] S. o. S. 128, u.: Meinecke, Straßburg, 1949, S. 267. Für spätere Modifikationen s. u. S. 175f.

[125] S. o. Kap. II, S. 36f.

[126] Meinecke, Reform, PS & R, S. 152 u. 163, Die deutsche Freiheit, DF, S. 36f.; ähnl. M. Sering, Staat, ebd., S. 75; Hintze, D. Demokratisierung, EStWZ II, S. 455; Vielparteiensystem: G. Schmoller, Parlamentarismus, in: 20 Jahre, S. 187; Meinecke, Die deutsche Freiheit, DF, S. 35f. Toennies, Der deutsche Staat, S. 93; Delbrück, P.K. v. 26. X. 1917, PrJbb 170, S. 303. Für ähnl. Argumente der grundsätzlichen Gegner aller Reformen s. u. S. 153f.

[127] Meinecke, D. deutsche Freiheit, DF, S. 27, 35f. Auch M. Sering, D. Staat, S. 71f., 75: „Die Notwendigkeit einer dem Parteikampf entrückten Zentralgewalt als ausgleichender Macht zum Schutz der Minderheiten und schwächeren Volksteile ergibt die soziale Geschichte aller großen Staaten . . ."

[128] F. Meinecke, Deutsche Freiheit, DF, S. 32: „Wir wollen in Preußen nicht mehr von Korpsstudenten und Junkern regiert sein." Ähnl. H. Delbrück, Neuorientierung, PrJbb 168, S. 354, 356.

[129] So in der Retroperspektive: Straßburg, 1949, S. 220f., u.: D. deutsche Novemberrevolution, in: Staat u. Persönlichkeit, 1933, S. 210; u.: Zur nationalen Selbstkritik, 27. X. 1918, PS & R, S. 258. Vgl. auch das Datum des ersten Reformaufsatzes: Dez. 1916 (PS & R, S. 146); Probleme d. Weltkrieges (1917), S. 38, u.: Zwei Systeme, DP 1918, S. 707. Ähnl. Troeltsch, Spektatorbriefe, 1924, S. 2. — G. Schmidts Datierung dieses Ausgangspunktes auf die Julikrise scheint demgegenüber konstruiert (Schmidt, Historismus, HSt 389, 1964, S. 115).

[130] Delbrück, P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 468; ähnl. ebd. 170, S. 153. Scharfe Kritik an den Gebildeten, in: P.K. v. 26. X. 1916, PrJbb 166, S. 346f.: „Hat dieser Krieg wirklich gezeigt, daß die Masse der Gebildeten an politischem Instinkt der Volksmasse überlegen sei? Wo sitzen denn die Unruhestifter, die es mit ihrem patriotischen Gewissen vereinbar halten, mitten im Kriege das Volk gegen die Regierung aufzuregen?" Ähnl. PrJbb 168, S. 326. Auch: Meinecke an Harnack, 13. VI. 1916, HB; Reform, PS & R, S. 169.

[131] H. Delbrück, Neuorientierung, PrJbb 168, S. 355f.; Meinecke, Reform, PS & R, S. 167. Nach dem Sturze von Michaelis verwandte sich Meinecke für ein System doppelter Verantwortlichkeit bei der Regierungsbildung: Der Kanzler sollte zwar weiter vom Monarchen ausgewählt werden, sein Amt jedoch erst nach der Sicherung einer ihn unterstützenden Mehrheit im Reichstag antreten (D. Lösung d. inn. Krisis, 14. XI. 1917, PS & R, S. 210). Auch in diesem Punkte deckten sich Meineckes Vorstellungen weitgehend mit denen M. Webers. Ganz ähnlich auch W. Goetz, Grundlagen d. inn. Pol., DFd (1918), S. 617ff., unter Berufung auf M. Weber! Ähnl. d. Staatsrechtler E. Rosenthal in seiner Kritik E. Kaufmanns (s. u. S. 153!) in: DLZ 39 (1918), S. 459ff.

[132] Delbrück, Neuorientierung, PrJbb 168, S. 358f.

[133] Vgl. Anm. 115; dazu F. v. Liszt, D. pol. Tragweite d. preuß. Landtagsvorlagen, EStWZ II, 8. XII. 1917, S. 1184ff.; F. Stier-Somlo, Vom parlament. Wahlrecht in den Kulturstaaten d. Welt, 1917, S. 226ff.

[134] Bei Meyer war dies nur eine vorübergehende Stimmung: Am 10. IV. 1917 (an Ehrenberg, EL) sprach er noch von der „Torheit" der Konservativen in der Wahlrechtsfrage und bekannte sich zu dem Standpunkt des natlib. Parteiführers Friedberg, wenn er diese Frage rein unter dem Gesichtspunkt der Opportunität und nicht etwa eines Menschenrechtes betrachtete. — Schon Anfang Aug. 1917 war er dann auf die Linie D. Schäfers eingeschwenkt (s. u. S. 156f.) und bezeichnete eine Anpassung des Wahlrechts an Stimmungen im feindl. Ausland als „verächtlich" (D. Friedensziele u. Professor H. Delbrück, Flugschr. UAu, 2. VIII. 1917); Betonung d. ausschließlichen Primates der Außenpolitik auch an Ehrenberg, 6. VI. 1918, EL. — E. Kaufmann verwandelte sich von einem Gegner zu einem Anhänger der Wahlrechtsreform, die er Anfang 1918 aus taktischen Gründen für unvermeidlich hielt — trotz grundsätzlichen Bedenken (Bismarcks Erbe, 1917, S. 90f., u.: Zu den neuen preuß. Verfassungsvorlagen, DJZ XXIII [1918], Sp. 13f.). Die ziemlich seltene Verbindung einer Unterstützung des verschärften U-Boot-Krieges im Namen des „Siegfriedens" mit gleichzeitiger Reformbereitschaft schon 1917 bei B. Harms (an Seeberg, 4. VII. 1917, SK).

[135] P. Laband, Zur Reform d. Wahlrechts, DJZ XXII (Mai 1917), Sp. 449ff.: Für L. war dieser Reformwunsch angesichts des im Reich gewährten gleichen Wahlrechts ein Gebot der Logik, im Sinne einer Vereinheitlichung des deutschen Verfassungslebens auch eine Forderung der Zweckmäßigkeit.

[136] Meinecke, Straßburg, 1949, S. 220f., weist auf den Anstoß hin, der von dem sozialdemokratischen Publizisten H. Braun ausging. M. wurde so zu einem erneuten Durchdenken des historischen Verhältnisses zwischen Deutschland und Preußen angeregt. Das Ergebnis war die Überzeugung, daß man das Reichstagswahlrecht in Preußen „riskieren" könne. Das Pluralwahlrecht befürwortete Meinecke zu diesem Zeitpunkt auch prinzipiell nicht mehr (wie nach R. Patemann, D. Kampf um d. preuß. Wahlreform, 1964, S. 47f.), sondern sprach sich für dessen Einführung nur für den Fall aus, daß die Regierung den Schritt zum Reichstagswahlrecht noch nicht wagen würde (PS & R, S. 171f.).

[137] Delbrück, P.K. v. 21. IV. 1917, PrJbb 168, S. 330ff.

[138] F. Meinecke, Lösung d. inn. Krisis (14. IX. 17), PS & R, S. 209, 225. Ds., D. deutsche Freiheit, DF, S. 33; d. Reform, PS & R, S. 153; E. Troeltsch, D. Ansturm d. westl. Demokratie, DF, S. 111, u.: Freiheit u. Vaterland, DP (1918), S. 73f.; H. Delbrück, P.K. v. 25. VIII. 1917, PrJbb 169, S. 465: „Das deutsche Volk in eine noch engere Beziehung zur Regierung zu bringen als bisher, ist sicherlich eine Aufgabe unserer Zeit . . ." Auch Stier-Somlo, D. parlam. Wahlrecht, S. 231; O. Hintze, Imperialismus, DF, S. 169.

[139] Meinecke, Osterbotschaft, Wahlreform u. parlament. Regime (19. IV. 1917), PS & R, S. 176; E. Troeltsch, D. Ansturm d. westl. Demokratie, DF, S. 111; M. Weber, vgl. S. 141; A. v. Harnack, Predigt v. Juli 1918, in: Erforschtes u. Erlebtes, S. 398.

[140] Meinecke, D. Reform, PS & R, S. 153; ähnl. in: Grundfragen deutscher Nationalpolitik (Juni 1918), PS & R, S. 230. Ähnl. E. Troeltsch, Anklagen auf Defaitismus, DP (1918), S. 667. Schon 1916 grundsätzlich: A. v. Harnack, Abschied v. d. weißen Weste, Aus d. Friedens- u. Kriegsarbeit, 1916, S. 303.

[141] Meinecke, Grundfragen (Juni 1918), PS & R, S. 231.

[142] Meinecke, Osterbotschaft, PS & R, S. 176.

[143] H. Delbrück an Valentini, 1. VII. 1917, VM: „Gehen wir . . . einem neuen Kriegswinter entgegen, so ist eine schwere innere Krisis, beinahe eine Katastrophe zu befürchten . . ." Ein Entwurf zu einem öffentlichen Aufruf zur Wahlreform (s. u. S. 158) v. Anfang Juli 1917 enthielt den (später weggelassenen) Passus: Zweifel an der Ehrlichkeit der Reformbereitschaft der Regierung bedeuteten „heute" den „Tod" (DB). Öffentlich: F. Meinecke, Osterbotschaft, PS & R, S. 175: „Der nicht Wollende wird, wie wir das eben in Rußland erlebt haben, mit elementarer Gewalt aus dem Wege gerissen"; ähnl. in: Vaterlandspartei u. deutsche Politik, PS & R, S. 216: „Lange . . . kann die vorhandene Organisation des modernen Großstaates Raubbau treiben mit . . . seinen . . . Hilfskräften, bis . . . die Nemesis kommt!" Im Rückblick: Straßburg, 1949, S. 226; ähnl.: M. Weber, vgl. Mommsen, Weber, 1959, S. 260 u. 272f.; u. E. Troeltsch, Spektatorbriefe, hg. v. H. Baron, 1924, S. 13, 20.

[144] H. Delbrück an Valentini, 1. VII. 1917, VM: „Es unterliegt . . . keinem Zweifel mehr, daß der Tauchbootkrieg die erhoffte Wirkung nicht zu erreichen imstande ist, daß uns Amerika immer gefährlicher wird und daß unsere Hoffnungen auf den Zusammenbruch in Rußland recht unsicher sind . . ." Das einzige Mittel, einer „Katastrophe" vorzubeugen, „ist eine große Konzession an die Demokratie. Sie kann in nichts anderem bestehen als in der sofortigen Durchführung der Wahlreform in Preußen mit gleichem Stimmrecht. Man mag zum allgemeinen Wahlrecht stehen, wie man will, in diesem Augenblick ist es für uns ein Rettungsmittel . . ." Ähnl. A. v. Harnack, D. Gebot d. Stunde (Juni 1917), in: Erforschtes u. Erlebtes, S. 298ff.; u. F. Meinecke, Volksbund u. Vaterlandspartei, PS & R, S. 226. Auch der Kieler Nationalökonom B. Harms (an Seeberg, 4. VII. 1917, SK) hoffte zwar noch auf einen Sieg im U-Boot-Krieg bis 1918; doch bis dahin könne die Stimmung der Massen nur hochgehalten werden, wenn die inneren Reformen durchgeführt würden. Andernfalls wäre die „Einbringung der Siegesfrüchte" gefährdet.

[145] S. o. S. 143.

[146] Die deutsche Freiheit, hg. v. Bund deutscher Gelehrter u. Künstler, 1917. Mitarbeiter waren: A. v. Harnack, F. Meinecke, M. Sering, E. Troeltsch, O. Hintze. Dazu: Meinecke, Straßburg, S. 234. Gleichzeitige Verurteilung des halbaristokratischen Gesellschaftssystems und Verteidigung der Reichsverfassung bei: Meinecke, Deutsche Freiheit, S. 32 u. 35ff.; bei Troeltsch, ebd., S. 111 u. 96; bei Sering: ebd., S. 76f. u. 73. Zeitgenössische Kritik an diesem Widerspruch bei E. Kaufmann, Bismarcks Erbe, 1917, S. 90.

[147] A. v. Harnack, Wilsons Botschaft u. d. deutsche Freiheit, DF, S. 13.

[148] E. Troeltsch, D. Ansturm d. westl. Demokratie, DF, S. 110.

[149] F. Meinecke, Deutsche Freiheit, DF, S. 35.

[150] Meinecke, Straßburg, 1949, S. 244: „Damals konnte die Zukunft von solchen, die nach echter Volksgemeinschaft und sozialer Versöhnung im furchtbarsten Daseinskampf strebten, gar nichts anders gesehen werden, als wir es getan. Keine Ideologie, sondern ein im Grunde konservatives Ideal lenkte unser Handeln. Dies Ideal ist mir heute (1944) noch gültig." Ähnl. S. 283. Ebenso: O. Hintze, Zur Reform, EStWZ II (1917), S. 435; u. A. v. Harnack, Denkschrift an Valentini, 30. X. 1917, bei Agnes v. Zahn-Harnack, S. 355f.: „Nach Überlieferung . . . darf ich mich als einen durch und durch konservativen Mann bezeichnen; aber es ist mir eben als solchem gewiß, daß *jetzt* die Stunde geschlagen hat, die Stein-Hardenbergsche Reform zu Ende zu führen . . ." F. Hartung, Konservative Politik, DP II (1917), S. 933, schrieb: „So wie die Dinge jetzt liegen, ist Demokratisierung wahrhaft konservative Politik." Sein Lehrer Hintze hatte in gleichem Zusammenhang von „konservativem Fortschritt" gesprochen (a.a.O.). Vgl. auch Troeltschs Urteil über die verwandte Haltung Bethmanns (Deutscher Geist u. Westeuropa, 1925, S. 257).

[151] H. Delbrück an Eulenburg, 27. X. 1917, DB; u. Harnack, Denkschrift v. 30. X. 1917 (Zahn-H., S. 355f.): Die Reformaufgabe müßte angepackt werden. „Den 'Parlamentarismus' . . . werden wir, sofern er unsern monarchischen Traditionen widerspricht, m. E. am sichersten vermeiden, wenn wir ihn jetzt nicht durch Zögern großziehen . . ." F. Meinecke (D. deutsche Freiheit, DF, S. 30f.) sprach von einer verfassungsrechtlichen „Siegfriedlinie", auf die sich das Reich zur besseren Verteidigung des verbliebenen Terrains zurückziehen sollte.

[152] Delbrück, P.K. v. 21. IV. 1917, PrJbb 168, S. 330. Ähnl. Entwurf an Bethmann v. 6. IV. 1917 (DB) u. Brief an ds. v. 18. IV. 1917, DB.

[153] Meinecke, D. Reform, PS & R, S. 170f.; O. Hintze, Demokratisierung, EStWZ II, S. 457. Dagegen: Delbrück, P.K. v. 26. I. 1918, PrJbb 171, S. 285.

[154] E. Kaufmann, Zu d. neuen preuß. Verfassungsvorlagen, DJZ XXIII (1918), Sp. 14ff.; R. Piloty, D. deutsche Reichstag . . . Zur Bildung von zwei Häusern, AÖR 38 (1918), S. 129ff. In der Begründung ging P. ganz mit Meinecke u. Hintze konform. Das Oberhaus, korporativ gewählt u. z.T. ernannt, sollte neben dem Bundesrat bestehen.

[155] Meinecke, Straßburg, 1949, S. 283; für M. Weber s. o. S. 136. Ganz ähnl. Argumentation bei: R. Piloty, D. deutsche Reichstag, AÖR 38, S. 139, 148.

[156] So in Einleitung zu Troeltschs Spektatorbriefen (1924). Ähnl. bereits in: D. Reform, PS & R, S. 152: „Wir argumentieren nicht vom Boden demokratischer Ideale, sondern rein staatlicher Interessen aus . . ." Auch: Volksbund u. Vaterlandspartei, ebd., S. 224.

[157] Vgl. z.B. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 123.

[158] E. Troeltsch, D. Ansturm d. westlichen Demokratie, DF, S. 113; F. Meinecke, Deutsche Freiheit, DF, S. 29f.; M. Weber nach Marianne Weber, S. 644.

[159] Meinecke, D. Reform, PS & R, S. 153. Auch in: Zwei Systeme, DP, Jg. III (1918), S. 710: „Die Wahlreform ist und bleibt in erster Linie ein Mittel der Macht und des Sieges . . ."; hier ein deutlicher Akzentunterschied im Vergleich zu seiner noch 1916 eingenommenen Haltung, nach der die äußere Lage Deutschlands jede innere Reform zu verbieten schien (Reich u. Nation, 1916, in: Staat u. Persönlichkeit, 1933, S. 167 u. 198). D. Behauptung v. G. Schmidt (Historismus u. d. Übergang z. parl. Demokratie, HSt 389, 1964, S. 48), auch diese Gelehrten hätten an Annexionszielen festgehalten, um das Reich für die Durchführung innerer Reformen unangreifbar zu machen, läßt sich m.E. dagegen nicht belegen, auch nicht mit öfter nachweisbaren Äußerungen in dem Sinne, daß eine militärische Niederlage des Reiches allerdings jeden greifbaren Erfolg der inneren Neuordnung in Frage stellen würde (z.B. bei E. Troeltsch, Ansturm, DF, S. 113, oder Hintze, Imperialismus, DF, S. 169). — Zum Verhältnis von Außen- u. Innenpolitik vgl. auch M. Weber, Kanzlerkrisis, GpS², S. 213; E. Troeltsch, Freiheit u. Vaterland, DP III (1918), S. 72; Delbrück, Neuorientierung, PrJbb 168, S. 358ff.

[160] F. Meinecke, D. Lösung d. inneren Krisis, 14. XI. 1917, PS & R, S. 209; u.: Um Freiheit u. Vaterland, PS & R, S. 215: Um nach außen wirken zu können, müsse die Staatsmannschaft ein möglichst starkes u. einheitliches inneres Leben des Staates verlangen dürfen.

[161] Bes. deutlich bei Troeltsch, D. Ansturm d. westl. Demokratie, DF (1917), S. 105, 110ff. u. 83. Ähnl. O. Hintze, D. Demokratisierung, 5. V. 1917, EStWZ II, S. 458. Hintze konnte hier an bereits vor dem Kriege bei ihm nachweisbare Vorstellungen anknüpfen (dazu: G. Oestreich, O. Hintzes Stellung zur Politikwissenschaft u. Soziologie, in: O. Hintze, Ges. Abhh.², II (1964), S. *16f., *35); ähnl. Delbrück, Interview mit Enderis (für U.S.A.), 9. XI. 1917, DK, u.: M. Weber, D. Sozialismus (1918), in: Ges. Aufs. z. Soziologie u. Sozialpol., 1924, S. 497.

[162] Hintze, Demokratisierung, EStWZ II, S. 548; ähnl.: Zur Reform, ebd. S. 435. Über Ent-

sprechungen des genossenschaftl. Prinzips in der Weltpolitik, s. o. S. 116, Anm. 163! Wie Hintze auch R. Piloty, D. parl. System, 1917, S. 58, u. AÖR 38 (1918), S. 136, für den die universale Demokratisierungstendenz ebenfalls den Hauptrechtfertigungsgrund für die Reformforderungen lieferte. Auch: W. Goetz, D. Grundlagen d. inneren Politik, DFd (1918), S. 610, 613.

[163] A. v. Harnack, D. Gebot d. Stunde, Sommer 1917, in: Erforschtes u. Erlebtes, S. 300f. Frühestes Auftauchen dieses Gedankens bei dem Pazifisten W. Schücking, D. deutschen Professoren u. d. Weltkrieg, 1915.

[164] E. Troeltsch, D. Ansturm, DF, S. 82f., 111. Ähnl. Tendenz b. Meinecke, Osterbotschaft, PS & R, S. 176: „Und nun ist ... das Zarentum zusammengestürzt — und damit auch der letzte Druck von außen, der bisher der konservativen Herrschaft in Preußen zugutekam. Die atmosphärischen Verhältnisse Gesamteuropas wirken ... fortan ... entgegengesetzt auf die Mitte Europas."

[165] Stier-Somlo, Vom parlamentarischen Wahlrecht, 1917, S. 226.

[166] Vgl. S. 132!

[167] Vgl. Kap. II! Dazu W. Bußmann, Pol. Ideologie zw. Monarchie u. Weim. Republik, HZ 190 (1960), S. 61f.

[168] Delbrück an Solf, 28. X. 1917, DB: Die Berufung eines reformfreundlichen Kanzlers [Prinz Max] würde auf die Öffentlichkeit der Westmächte eine demoralisierende Wirkung ausüben, da sie erkennen müßte, daß sich eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland ideell nicht mehr lohne, sobald dieses seine Sympathie für den Freiheits- und Humanitätsgedanken unter Beweis gestellt hätte. Ganz ähnl. A. v. Harnack, D. Gebot der Stunde (Sommer 1917), in: Erforschtes u. Erlebtes, 1923, S. 300f.: Reformen in Deutschland würden die Feinde ideell entwaffnen. Ähnl. G. v. Schulze-Gaevernitz, Zum Freiheitsfrieden, DP, Jg. III,1 (1918), S. 361, u. F. Stier-Somlo, parlam. Wahlrecht, 1917, S. 245.

[169] Brentano an Hertling, April 1917, nach ds., Leben, 1932, S. 333.

[170] H. Delbrück, P.K. v. 21. IV. 1917, PrJbb 168, S. 338: „Es kann für Patrioten, die sich durch das Toben der Leidenschaften die Einsicht nicht haben trüben lassen, keine wichtigere Aufgabe geben, als hier zu kämpfen und dort zu mäßigen ..." Die Gefahr einer Stärkung der zentrifugalen Kräfte im Reich als Folge der Annexionskampagne betonten auch L. Brentano, Das ganze deutsche Volk, S. 12; F. Meinecke, Kriegsziele hüben u. drüben, PS & R, S. 193; dsgl. Volksbund u. Vaterlandspartei, ebd. S. 225f.; und: M. Weber, Innere Lage u. Außenpolitik (1918, Febr.), GpS², S. 284ff., 292.

[171] H. Delbrück, P.K. v. 5. I. 1918, PrJbb 171, S. 132.

[172] F. Meinecke, Um Freiheit u. Vaterland (1917, Nov.), PS & R, S. 219.

[173] S. o. S. 109.

[174] Delbrück an Lenz, 12. XI. 1917, DB. Späte Vertretung des Mitteleuropagedankens bei E. Troeltsch, D. Wesen d. Weltkrieges (1918), WEV, S. 21, u. W. Goetz, Mitteleuropa, DFd (1918), S. 129ff.

[175] Hinweis auf koloniales Kriegsziel u.a. in: P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 491, auch PrJbb 169, S. 307f. und 172, S. 436 (gegen Below). Dazu Delbrücks Kommentar (an Valentini, 6. VI. 1917, VM): „Ich bilde mir ja nicht ein, daß das Riesenkolonialreich, das dort [a.a.O.] bezeichnet ist, wirklich erreichbar sei. Aber ich denke, man muß die auf Belgien eingestellte Eroberungslust sozusagen überbieten. Man muß der Volksphantasie ein anderes Bild zeigen, das verführerisch genug ist, die Gedanken von Belgien abzulenken ..." (s. o. S. 60!) Was Delbrück sonst über den „deutschen Gedanken in der Welt" schrieb, blieb vage genug (PrJbb 168, S. 490).

[176] A. v. Harnack, D. Gebot d. Stunde (Erforschtes u. Erlebtes, 1923, S. 298f.). Man müsse sich auf notwendige Grenzkorrekturen in Elsaß-Lothringen gefaßt machen. Ähnl. an Dr. Zeller, 23. VI. 1917, in: R. Fester, D. Politik Kaiser Karls, S. 255f. Ähnl. H. Delbrück an Major Nicolai, 3. VII. 1917 (DB): Da die Erringung d. Friedens weder mit Hilfe d. U-Boot-Krieges noch im Gefolge der russischen Revolution zu erwarten sei, bestünde die Gefahr, daß die deutsche Politik in den Zustand bloßer Passivität gelangte: „Eine Tat aber ist notwendig, und da sehe ich keine andere Möglichkeit als eine wirklich großzügige innere Reform."

[177] Ganz deutlich bei F. Meinecke, Grundfragen, PS & R, S. 246: „Immer aber gelte der Satz, daß tiefe Fundamente dem Hause mehr bedeuten sollten als Seitenstützen." Ähnl. nachträglich in: Straßburg, S. 279f.: „Statt der äußeren Annexionen kämpften wir für innere Annexionen, für einen Ausbau der Errungenschaften der Augusttage, für die endgültige Gewinnung der Arbeiterschaft ..."

[178] O. Hoetzsch z.B. in P.W. v. 18. VII. 1917, III, S. 449; G. v. Below, D. Reform des preußischen Landtagswahlrechts, in: Kriegs- u. Friedensfragen, 1917, S. 81ff.; D. Schäfer, Die Neuorientierung u. d. Vaterlandes Lage, Pt V (1917, Mai), S. 640ff.; O. v. Gierke, Friedensziele,

S. 10ff.; E. Kaufmann, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung (1917); E. Bornhak, D. allgem. Gemeindestimmrecht im Ausland, KM, Jg. 75, S. 487ff. (1917) u.: Der Parlamentarismus als Regierungsform, ebd. Jg. 74 (1917, Juli), S. 737ff.; M. Wundt, Deutsche Staatsauffassung, DE II (1918), S. 201ff. Daneben einige kathol. Professoren, die dem Zentrum nahestanden: A. Schulte, Entwurf für Erklärung gegen den Parlamentarismus (SchB), Okt. (?) 1917; M. Spahn, D. preuß. Wahlrecht u. d. künftige Stellung Preußens im Reiche, Hl XVI (Okt. 1918), S. 47ff. u.: Volksfreiheit u. monarchisches Prinzip, DKath II, S. 99ff.

[179] D. Schäfer, Neuorientierung, Pt V (1917), S. 647, 663: „In der Lage, in der sich das deutsche Volk jetzt befindet, ist die entschlossene Festlegung eines bestimmten Willens die einzige Rettung; wer sie hintertreibt, versündigt sich am Vaterlande ..." Ähnl. O. Hoetzsch: P.W. v. 2. V. 1917, III, S. 345 u. v. 11. VII. 1917, III, S. 437; K. A. v. Müller: Germania contra mundum, SMhh, 1918, August, S. 75. Vgl. oben S. 126.

[180] G. v. Below, D. Reform, in: Kriegs- u. Friedensfr. (1917), S. 131; O. Hoetzsch, P.W. v. 11. VII. 1917, III, S. 437: Nur ein neuer Führer könne ein in sich geschlossenes Friedensprogramm durchsetzen. Ähnl. R. Fester, D. Politik der Reichstagsmehrheit, 1917, S. 27; M. Spahn, D. preuß. Wahlrecht, Hl XVI, 1 (Okt. 1918), S. 61; typisch das Thema einer Tagung von jungen Intellektuellen auf Schloß Lauenstein im Herbst 1917: „Das Führerproblem im Staat u. i. d. Kultur"; neben anderen sprach dort M. Weber (Marianne Weber, S. 642ff.). Vgl. d. Abbildg. Webers!"

[181] O. Hoetzsch, P.W. v. 19. IX. 1917, III, S. 513f., D. Schäfer, Zur Lage, a.H.g. 1916, S. 3; E. Meyer an Ehrenberg, 14. VII. 1917 (EL): Nur ein tüchtiger Mann am Ruder könne die Lage noch retten.

[182] G. v. Below, Weisen die Zeichen der Zeit auf die Notwendigkeit einer Demokratisierung hin? Tg 2. XII. 1917: Die Hoffnung, Hindenburg u. Ludendorff würden ohne den deutschen Reichstag den Frieden schließen, bezeichnet B. dort als „zu optimistischen Trost". Auch: Womit beschäftigt sich das Ausw. Amt? DgD, 23. VIII. 1918, S. 1066. Entwurf f. Erklärung v. d. H. Schultes, o.D. [Herbst 1917] SchB. — Seeberg an Lezius, 14. IX. 1917, SK. D. Schäfer: Große Politik, Tg 12. IX. 1918; E. Jung, D. parlamentarische Entartung der Staatsgewalt im alten Reich und ihre Aussichten bei uns, DE II (1918), S. 239. E. Meyer an Ehrenberg, 6. IV. 1918 (EL): Die Waffen und die Heeresleitung hätten zum Glück die Entscheidung in der Hand. „Ich hoffe, ... daß sie auch für die äußere Politik den Ausschlag geben werden ... Unser schwächliches Ausw. Amt muß nachgeben und hat sich ihrem Willen und ihrer überlegenen Einsicht beugen müssen." Wenn Max Weber Ende 1916 nur der OHL zutraute, einen Vergleichsfrieden gegen die Rechtsopposition durchzusetzen, reflektierte er nur in seiner Weise diese Stimmung (an FZ, 20. VIII. 1916, GpS¹, S. 463). Auch: R. Fester, Machtwille u. Weltlage, Anh. Kurier 22. II. 1918.

[183] A. Hillebrandt, Bespr. v. M. Weber, Parlament, LZ 69 (1918), S. 652.

[184] J. Haller, Bülows deutsche Politik, SMhh 1917, S. 428.

[185] H. Rehm (Straßbg., Staatsrecht), D. pol. Wesen d. deutschen Monarchie, Festg. O. Mayer, 1916, S. 77.

[186] Ph. Zorn (Staatsr. Bonn), Preußen ... Eckstein d. deutschen Entwicklung, KM 74 (1917), S. 648; M. v. Gruber, Völk. Außenpolitik, DE I (1917), S. 80; E. Jung, D. parl. Entartung, DE II (1918), S. 252; ds., Parlamentarismus u. Königtum, DE I (1917), S. 161ff.; M. Wundt, Dte. Staatsauffassung, DE II (1918), S. 201; M. Spahn, Volksfreiheit, DKath II (1918), S. 115f. Für Schäfer waren Demokratie und „Hochfinanz" die bestimmenden Pole des Kanzlers (an Bauer, 4. VII. 1917, SchäB).

[187] E. Jung, Parlamentarismus, DE I (1917), S. 161; u.: D. Einheitsfront d. Geldmächte, DE II (1918), S. 305ff. u. 316: „... Wilson ist bekanntlich nur die Puppe von Wallstreet, ... das sind ... die Herren Morgan, Cohn, ... d.h. die jüdische Zentrale ... Es ist wichtig, sich ... klar zu machen, daß die zentrale Leitung der jüdischen Nation sich dem angelsächsischen Bündnis angeschlossen hat, ja jetzt wahrscheinlich die eigentliche Seele davon ist ..." G. v. Below (anonym, vgl. Schriftenverz. v. L. Klaiber, 1929, S. 37), D. Nuntius kommt, DE II (1918), S. 480f. M. v. Gruber, Völk. Außenpolitik, DE I (1917), S. 79. Für D. Schäfer war das Berliner Tageblatt ein „schmutziges Judenblatt" (an Bauer, 21. I. 1918, BauK)!

[188] E. Brandenburg, Parlamentarismus u. Demokratie, Pt V (1917), S. 573ff.; Die Berechtigung dieses Argumentes wurde von den meisten Reformern anerkannt (G. Anschütz, D. Parlamentarisierung, DJZ XXII [1917], Sp. 699); O. Hintze, Imperialismus, DF, S. 131). Für M. Weber s. o. S. 136, Anm. 78! Vgl. auch: G. v. Below, Süddeutschland, DE I (1917), S. 213; O. Hoetzsch, P.W. v. 19. VIII. 1917, III, S. 512; E. Jung, Entartung, DE II (1918), S. 239.

[189] D. Schäfer, D. Wahlrechtsreform u. d. Polenfrage, Schrr. UAu 56, 1917, o.S.; G. v. Below, Militarismus, in: WWW I (1916), S. 333.

[190] E. Jung, Parlamentarismus, DE I, S. 162; A. Hillebrandt, Friedensziele, KM 74 (1917), S. 725; E. Brandenburg, Liberalismus u. Demokratie, Pt V, S. 569ff. Dazu Meineckes Kritik: Parteiwesen, in: Preußen u. Deutschland, 1918, S. 166.

[191] M. Spahn, Volksfreiheit, DKath II (1918), S. 113.

[192] E. Kaufmann, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, 1917, S. 50 u. 58; Nachdruck u. Kommentar in: Autorität u. Freiheit, Ges. Schrr. I, 1960, S. XIX u. S. 143ff. Folg. Seitenangaben nach Erstdruck! — Die rückblickend von K. gemachte Behauptung, der volle Parlamentarismus sei in den letzten Kriegsjahren nicht einmal von den Vertretern der Linken in der Professorenschaft erstrebt worden, ist nur bei einer Gleichsetzung von Parlamentarismus mit Herrschaftsmonopol der Parteien gerechtfertigt. Wie *voller* Parlamentarismus, d.h. politische Führung durch den Reichstag, ohne gleichzeitige Monopolisierung der polit. Herrschaftsfunktionen in den Parteien aussehen sollte, haben wir am Beispiel G. Anschütz' gesehen, das beweist, daß Kaufmann die innenpolitische Gegensätze des letzten Kriegsjahres rückblickend unzulässig relativiert. Allerdings unterstützte K. 1918 die Wahlreform in Preußen (vgl. Anm. 134 u. 154!).

[193] Kaufmann, Bismarcks Erbe, 1917, S. 76ff., S. 90ff. Vgl. Kritik M. Webers, GpS², S. 229ff. Ähnl. historische Argumentation bei H. Schreuer (Jurist, Bonn), D. dte. Königtum, eine germanist. Studie, JGVV 42 (1918), S. 65, 75f.: Für ihn waren Parlamentarismus und Wiederkehr der Kleinstaaterei identisch! Ähnl. G. v. Below, D. gute Recht d. Vaterl.-Partei, Tg 25. IX. 1917. Berufung auf J. Plenge. Föderalistische Einwände gegen innere Reformen u.a. auch bei Below, Süddeutschld. u. d. preuß. Wahlrecht, DE I (1917), S. 216; u. K. Bornhak, Parlamentarismus, KM 74, S. 743.

[194] M. Spahn, Volksfreiheit, DKath II, S. 115; K. Bornhak, Deutschland in der Welt voran! KM 74 (1917), S. 655. Vgl. dagegen o. S. 148.

[195] Gierke, Krieg u. Kultur, DRR (1914), S. 91ff.; zur potentiell konservativen Tendenz von Gierkes Staatsrechtslehre vgl. G. M. Schwarz, Pol. Attitudes, Diss. phil. Oxford (masch.), S. 120. Ähnl. Spahn, D. preuß. Wahlrecht, Hl XVI, 1, S. 62.

[196] O. v. Gierke, Friedensziele, 1917, S. 18.

[197] M. Wundt, Dte. Staatsauffassung, DE II (1918), S. 201.

[198] Bes. deutlich bei E. Kaufmann, Erbe, S. 8: „Noch kein Krieg hat in dem Maße wie dieser ... die Gesamtkräfte des politischen Lebens in Anspruch genommen und von ihnen die Kraftprobe und Bewährung ... verlangt. So ist uns der Verfassungskrieg nur ein Teil des gewaltigen Machtringens selber ... Wie wir uns unsere Einheit und unsere Verfassung unter Überwindung unsäglicher Schwierigkeiten aus eigener Kraft gezimmert haben, so sind wir entschlossen, sie uns auch in diesem Kriege zu erhalten und auszubauen nach den eigenen Bedürfnissen und den eigenen Machtinteressen — unbekümmert um *internationale* Doktrinen ..."

[199] G. v. Below, Süddeutschland u. d. preuß. Wahlrecht, DE I, S. 207; R. Fester, Weltlage, 1917, S. 22f.; für die *radikalen* Demokratisierungsforderungen vermutete F. Meinecke (D. dte. Freiheit, DF, S. 30) die gleichen Absichten b. d. Westmächten.

[200] O. Hoetzsch, P.W. v. 11. IV. 1917, III, S. 317, 19. VIII. 1917, ebd. S. 512, 12. IX. 1917, ebd. S. 525. — Dieses Argument wurde auch von den Reformanhängern sehr ernst genommen und meist eingehend widerlegt, z.B. v. R. Piloty (D. deutsche Reichstag, AÖR 38 [1918], S. 108), der es als Aufgabe der Rechtswissenschaft erklärte, vom Kriege unbeirrt an der Weiterentwicklung des Verfassungsrechts zu arbeiten. Vgl. auch M. Weber, GpS², S. 296f., u. F. Meinecke, D. Reform (1916), PS & R, S. 173; G. Anschütz, Parl. u. Regierung, 1918, S. 35.

[201] M. Spahn, Volksfreiheit, DKath II, S. 104, 107, 111ff., Berufung auf die Arbeiten d. Marburger Dozenten K. Wolzendorff; ds., D. preuß. Wahlrecht u. d. ständ. Neugliederung d. deutschen Nation (Hl XV, 2, Sept. 1918, S. 561ff.): Ständischer Aufbau d. Herrenhauses, Bevorzugung der Landwirtschaft in d. Wahlkreiseinteilung. — E. Kaufmann, Bismarcks Erbe, S. 99f.

[202] G. v. Below, Bespr., KM 75 (1918), S. 859; M. Spahn, Volksfreiheit, DKath II, S. 113; E. Jung, Parl. Entartung, DE II, S. 254; Anklänge auch bei J. Plenge, 3 Jahre Weltrevol., JGVV 42 (1918), S. 1143.

[203] M. Wundt, Deutsche Staatsauff., DE II, S. 202.

[204] M. Weber, GpS², S. 243; H. Delbrück, P.K. v. 26. I. 1918, PrJbb 171, S. 285.

[205] M. Wundt, a.a.O.; G. v. Below, Eine Kritik an unseren Zuständen, KM 73 (1916), S. 258 (gegen Preuß).

[206] E. Kaufmann, Erbe, S. 105f.

[207] Ebd., S. 103f.; ähnl. M. Spahn, D. preuß. Wahlrecht, Hl XVI, S. 57; Kritik an den staatsrechtlichen Prämissen Kaufmanns, bes. im Hinblick auf den § 9,2 d. Reichsverf., durch den Jenaer Staatsrechtler E. Rosenthal, Bismarcks Erbe, DLZ 39 (1918), S. 459ff. u. 483ff.

[208] D. Schäfer, Neuorientierung, S. 643: Das Streben nach einer aktiveren Mitwirkung des Volkes an den Kriegsaufgaben sah Sch. als durchaus berechtigt an; ds.: D. neue Polen, Kulturkorrespondenz, 13. XI. 1917, wo S. dem Ruf nach Parlamentarisierung eine gewisse Berechtigung zuerkennt, weil das Vertrauen in die Reichsleitung wegen ihrer außenpol. Fehler so stark gesunken sei. G. v. Below, Süddeutschland u. d. preuß. Wahlrecht, DE I (1917), S. 207.

[209] G. v. Below, D. Reform, in: Kriegs- u. Friedensfragen, 1917, S. 82, 84, 96f., S. 100: „Weniger energische" Kreise kämen in der deutschen Außenpolitik zum Zuge, wenn in Preußen das Wahlrecht modifiziert würde. Dsgl. in: Die Gefahren der Demokratisierung Deutschlands, Tg 13. VII. 1917. Auch: Süddeutschland u. d. preuß. Wahlrecht, DE I, S. 208: Würden die Sozialdemokraten das außenpolitische Ruder Deutschlands führen, so seien „Torheiten" wie der Verzicht auf Kriegsentschädigungen u. Grenzverstärkungen zu erwarten.

[210] G. v. Below, D. Reform, in: Kriegs- u. Friedensfragen, S. 87; O. v. Gierke, Friedensziele, S. 2ff.

[211] O. Hoetzsch, P.W. v. 12. I. 1916, II, S. 148; G. v. Below, Die Reform, a.a.O., S. 93.

[212] E. Meyer, D. Staat, in: Weltgesch. u. Wkg., 1916, S. 156; u. an Ehrenberg, 6. IV. 1918 (EL): „Unsere inneren Verhältnisse sind dank Bethmann und Consorten hoffnungslos verfahren ... Diese Leute können nicht begreifen, daß die äußere Politik *immer* das entscheidende ist und die inneren Verhältnisse so eingerichtet werden müssen, wie diese es erfordern." Ähnl. D. Schäfer (D. Neuorientierung, Pt V (1917, S. 661): Nur „der auswärtigen Politik wegen ist der Ausschuß ... gegen die Erörterung oder gar Durchführung der Neuorientierung ..." Ähnl. G. v. Below, Das gute Recht d. Vaterlandspartei, Schrr. d. DVP, I (1918), S. 16: Das Prinzip vom Primat der Außenpolitik wird ausdrücklich als Grund der Ablehnung von inneren Reformen genannt. Ähnl. E. Brandenburg, Die nationalliberale Partei, 1917, S. 30f.

[213] D. Schäfer, Neuorientierung, Pt V, S. 656; ähnl.: D. Wahlrechtsreform u. d. Polenfrage, Schrr. UAu 56, o.D. [Ende 1917].

[214] Als Hemmnis bei E. Kaufmann, Erbe, 1917, S. 6. Kein Einfluß nach: O. Hoetzsch, P.W. v. 11. IV. 1917, III, S. 317; ähnl. 4. IV. 1917, III, S. 308, u. P.W. v. 18. VII. 1917, III, S. 450.

[215] S. o. S. 154f.

[216] Vgl. Kap. III, S. 72. Bezeichnend vielleicht, daß A. Hillebrandt in einem „Friedensziele" betitelten Aufsatz vorwiegend Reformfragen diskutierte (KM 74, 1917, S. 724ff.) — alle aber unter der Perspektive des „Siegfriedens".

[217] Schäfer, Neuorientierung, Pt V, S. 657f. — Annexionismus u. Reformgegnerschaft: Ausnahmen siehe unter Anm. 134!

[218] Schäfer, Wahlref. u. Polenfrage, Schrr. UAu 56; Neuorientierung, Pt V, S. 661. Vgl. E. Meyer, Anm. 134!

[219] Westarp, Kons. Pol. II, S. 510.

[220] Eingabe in: SchäB. Ähnl. schon in: Nach d. 27. XII. 1917, Schrr. UAu 59, u.: Bornhak, Belg. Verg. u. Zukunft, 1917, S. 39; E. Zitelmann, D. Schicksal Belgiens, 1917, S. 21; M. v. Gruber, Völk. Außenpol., DE I, S. 77. S. auch Kap. V, S. 123, u. Kap. III, S. 73! Noch am 24. VI. 1918: D. Schäfer (u.a.), D. Neuordnung unserer östl. Nachbargebiete, UAu, S. 26. Echo in Schreiben Hindenburgs an Wilh. II., 7. I. 1918 (Ursachen II, S. 125).

[221] M. Weber u. Hans Delbrück, s. o. S. 123 u. u. Anm. 269; ähnl. auch z.B. F. Meinecke, Freiheit u. Vaterland (14. XI. 1917), PS & R, S. 214f., E. Troeltsch, Defaitismus, DP III, 1 (1918), S. 668, W. Goetz, Antwort auf offenen Brief d. DVP, Leipz. Tageblatt, 25. II. u. 9. III. 1918 (s. u. S. 163). Anknüpfen an marxistische Interpretation zuerst bei A. Rosenberg, Entstehung d. Weim. Republik, 1961, S. 94f. u. 140f., dann z.B. bei H. W. Gatzke, Germany's Drive to the West, 1966, S. 289. Wie gezeigt, wurde derselbe Vorwurf der Interessengebundenheit von den Annexionisten an ihre Gegner zurückgegeben (s. o. S. 123), z.B. v. G. v. Below, für den Delbrück lediglich Vordermann „mächtiger Gruppen" gewesen ist, die diesem „ungemessene finanzielle Mittel" bereitstellten (Prof. D.s Kriegszielansichten, UNK Nr. 498, 13. V. 1918). Die besondere Variante der Hallerschen Vorwürfe gegen O. Hoetzsch (Vertretung von Agrar- und Exportinteressen) s. o. S. 107, Anm. 100! Vgl. dagegen K. Mannheims prinzipielle Unterscheidung zwischen Wirtschaftsinteressen-gebundenen sozialen und weltanschaulich engagierten geistigen Schichten (D. Problem einer Soziologie d. Wissens, in: Wissenssoziologie, 1964, S. 378ff.).

[222] D. Schäfer, Leben, 1926, S. 234; G. v. Below, Autobiographie, in: GwSd I, S. 42; besonders hervorgehoben auch bei Haller, Entwurf zu Eingabe an Bethmann a.H.g. Nov. 1915, HK; Anschreiben an Erklärung gegen Reichstagsmehrheit o.D. [Sept. 1917], HK (s. u. Anm. 244) u. noch rückblickend in: Lebenserinnerungen, o.J. masch., HK, S. 128, wo H. für sich jede Motivierung

aus baltischen Partikularinteressen heraus negiert. Vgl. dazu allgem.: Th. Geiger, Aufgabe . . . d. Intelligenz i. d. Gesellschaft, 1949, S. 77 u. 126ff.

[223] M. Weber, Parlament, GpS², S. 297.

[224] Verbindungsmann für Weber war neben Naumann vor allem der Abg. C. Haußmann (W. Mommsen, Weber, 1959, S. 172ff., 194f.). G. Anschütz hatte Preuß von Anfang an voll unterstützt (PrJbb 164, 1916, S. 339ff.). K. Zielenziger, G. v. Schulze-G., 1929, S. 13f.

[225] Mommsen, Weber, S. 198f., F. v. Liszt an E. Kaufmann, 23. XI. 1917, in: E. Kaufmann, Ges. Abh. I, S. XXf.

[226] S. o. S. 116.

[227] S. o. S. 145, u. F. Meinecke an W. Andreas, 19. IV. 1917, in: Ausgew. Briefwechsel, 1962, S. 90; Delbrück (an Valentini, 6. VI. 1917, VM) zog eine gemäßigte Reform gegen die Konservativen einer verfrühten zusammen mit ihnen vor. Für Bethmann vgl. G. Ritter, Staatskunst III, S. 541ff.

[228] Meinecke, Straßburg, 1949, S. 224f.

[229] Text in PrJbb 169, S. 156 (Original s. o. S. 146, Anm. 143!). Delbrück hatte zuvor Bethmann gesprochen, „der halb zufrieden, halb unzufrieden" gewesen sei (an Lenz, 12. VII. 1917, DB). Max v. Baden (Erinnerungen, 1927, S. 108) nennt Delbrück als Verfasser. D. Initiator scheint Kurt Hahn gewesen zu sein. Er appellierte an H. Delbrück, den Sozialdemokraten zuvorzukommen u. militärische Widerstände gegen die Ankündigung der preuß. Wahlreform durch einen Aufruf überwinden zu helfen (H. an Delbrück, Juli 1917, DB). Kein Verständnis für seine Reformideen fand Delbrück bei d. Kriegsminister v. Stein (an D., 17. VI. 1917, DB). Dagegen unterstützte Haeften den Aufruf (Thimme, S. 142). Unterzeichner d. Aufrufs u.a.: A. v. Harnack, W. Nernst, E. Fischer, E. Troeltsch, M. Lehmann u. G. Anschütz (Lehmann an D., o.D., DB; G. Anschütz an D., 4. XII. 1917, DB). Delbrücks Schreiben an Ob. Nicolai u. Valentini v. 3. (DB) bzw. 1. VII. 1917 (VM) zeigen seine Motive: Offensichtlicher Fehlschlag von U-Boot-Krieg u. Sonderfrieden im Osten, — und die Raschheit, mit der Delbrück diese Wendung vollzog. Über ähnl. an der Opposition konservativer Professoren (z.B. Roethes) gescheiterten Versuch W. Nernsts in der Berliner Akademie vgl. Meinecke, Straßburg, S. 186. Vgl. auch A. v. Zahn-H., S. 355.

[230] Delbrück (an Lenz, 12. u. 19. VII. 1917, DB) erwähnte bereits jetzt die Möglichkeit einer neuen Kanzlerkrise und einer Kandidatur des Prinzen Max.

[231] Delbrück an Valentini, 26. VIII. 1917, DB.

[232] Valentini nahm Michaelis zuerst gegen D. in Schutz (an D. 15. IX. 1917, DB). Dagegen Delbrück an V.: 5. IX. 1917, DB; 17. IX. VM; 12. u. 25. X. 1917, DB, wo D. sich auf die Unterstützung Meineckes und Troeltschs in seiner gegen Michaelis gerichteten Haltung berief. Über Max v. B. an Solf, 28. X. 1917, DB, u. an Valentini, 30. X. 1917, VM, wo David als Gewährsmann für die SPD genannt wird.

[233] Delbrück an Lina D., 14. IX. 1917, in: L. Delbrück, D.s Leben, IX, S. 178.

[234] Delbrück an Eulenburg (nicht versandt), 27. X. 1917, DB, an Valentini, 7. XI. 1917, DB, u. an M. Lenz, 12. XI. 1917, DB.

[235] D. an V. 5. IX. 1917, DB. Stand D. in dieser taktischen (wenn auch nicht grundsätzlichen!) Annäherung an den Parlamentarismus unter dem Einfluß von den Briefen H. Preuß' (an D., 27. II., 12. VI. u. 3. IX. 1917, DB), in denen Preuß noch einmal den Parlamentarismus als „politischen Monismus" gegen den überkommenen Dualismus verteidigte? Ganz ähnl. C. Haußmann (an Delbrück, 11. X. 1917, DB).

[236] H. Delbrück über Hertling: An Solf, 28. X. 1917, DB; dsgl. an Roloff, 5. XI. 1917, DB: Mit Hertling müsse man sich abfinden, „es hätte schlimmer kommen können . . ." Kontakte zu Kühlmann s. o. S. 117! W. Goetz sollte mit einer Sammelschrift (Deutschland u. d. Friede, 1918) im Sinne des A. A. für Verständigung werben. Wirkliche Unterstützung fand er außer bei einigen Kollegen (z.B. H. Oncken) nur beim Fortschritt (W. Goetz, Historiker in meiner Zeit, 1957, S. 50ff.).

[237] S. o. S. 122f.!

[238] D. Schäfer an Ob. Bauer, 4. VII. 1917, SchäB. In dem Bemühen, die OHL zu energischerem Eingreifen in die Innenpolitik zu animieren, hatte Schäfer dem Obersten die Verantwortung der OHL für die politische Fortentwicklung des Reiches vor Augen gehalten: Ein Vorgehen, das dieser unter Hinweis auf die kaiserliche Entscheidungsgewalt zurückwies (Schäfer an Bauer, 21. V. 1917, BauK; Bauer an Sch., Mai 1917, Konzept, BauK). Polemik gegen Bethmanns Reformpolitik: Schäfer an Bauer, 24. V. u. 4. VII. 1917 (BauK bzw. SchäB), dabei Anknüpfung an Delbrücks Reformappell v. 3. VII. 1917, den Schäfer als eine Fehlinterpretation der Osterbotschaft verur-

teilte, die doch keine Entscheidung *vor* der Heimkehr der Feldgrauen verheißen hätte. Zu Unrecht nahm er an, dieser Appell sei auf eine Anregung des Kanzlers zurückzuführen.

[239] D. Schäfer an Bauer, 1. IX. 1917, BauK: „. . . Wenn wir aus dieser schrecklichen Lage überhaupt entrinnen können [drohender Ausgleichfrieden], so ist es nur möglich durch festeste Haltung der Heeresleitung. Sie ist des deutschen Volkes einzige Hoffnung! . . ."

[240] D. Schäfer an Bauer, 13. IX. 1917, BauK; u.: ds. an B., 5. I. 1918, ebd.: Die Tatsache der vorherigen Vorlage seiner Eingabe bei Bauer sei nur ihm bekannt. Text unter 6. I. 1918 in: SchäB. S. o. S. 156f., Anm. 220!

[241] Schäfer an Bauer, 1. IX. 1917, BauK, u.: R. B. UAu v. 22. VII. 1917. Schäfers Briefwechsel mit Bauer zielte im Frühjahr 1918 vor allem darauf ab, Erzberger auf eine ihm von der Deutschen Zeitung unterschobene Äußerung festzulegen: Danach habe Erzberger Ende Juli 1917 in Frankfurt erklärt, Ludendorff hätte ihm kurz zuvor unter vier Augen eingestanden, daß das U-Boot ein verfehltes Kriegsmittel gewesen sei und daß Deutschland, u.a. wegen seines Mangels an Rohstoffen, nicht mehr mit einem Siege rechnen dürfe. Bauer stellte derartige „flaumacherische" Äußerungen seines Chefs entschieden in Abrede, wollte aber andererseits auch von Schäfer nicht als Zeuge genannt werden, solange die Behauptung der Deutschen Zeitung nicht von Zeugen bestätigt worden sei. Dazu kam es offenbar nicht, und Schäfers Hoffnung, Erzberger öffentlich als Lügner bloßstellen zu können, erfüllte sich nicht. Er hätte diese Intrige sicher nicht angesponnen (in die auch Graf Solms und der Zentrumsvertreter Baron Schönberg einbezogen wurden), wenn er gewußt hätte, daß diese „flaumacherischen" Äußerungen von niemand anderem als dem Obersten Bauer selbst stammten! (Schäfer an Bauer, 21. I., 3. III., 26. III. 1918; Bauer an Schäfer, 1. II., 5. III. u. 15. III. 1918, alle BauK; u.: K. Epstein, Erzberger, 1959, S. 186ff.). — Das Auswärtige Amt warnte Schäfer am 12. VIII. 1918 vor einem angeblichen Plan Erzbergers zur Verabschiedung einer neuen Friedensresolution — nicht ohne hinzuzufügen, sein Gewährsmann habe erklärt, daß Erzberger dafür „Schutzhaft" verdiente (D. S. an Hintze, AA Wkg. 2 geh, Bd. 62). Vgl. Haller, Lebenserinnerungen, o.J. masch. HK, S. 103. Öffentliche Attacke gegen Erzberger z.B. bei G. v. Below, Ein Wort zur Zentrumspolitik, DE II (1918), S. 322, 326. — Juliresolution: Schäfer an Michaelis, 17. VII. 1917, u. an Trotha, 11. VII. 1917, SchäB.

[242] Diesen Gelehrten mißfiel vor allem Erzbergers Annäherung an die Sozialdemokratie (Finke an Schulte, 26. XI. u. 20. XII. 1917; Thyssen an Schulte, 9. IX. 1917, u. Schulte an Thyssen, 31. XII. 1917, alle SchB); dort auch Entwurf einer Erklärung (o.D. [Herbst 1917]), die sich gegen eine Demokratisierung Preußens u. d. Juliresolution richten sollte (Handschr. Schultes).

[243] Schäfer an Haupt, 3. X. 1916, u. an v. Trotha, 11. VII. 1917, SchäB. D. Schäfer an Bauer, 1. IX. 1917, BauK: Ein Eingreifen der OHL würde die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben, „*vielleicht* nicht gerade der Zahl nach, aber gewiß aller derjenigen Kreise, die irgendwie noch am Vaterland hängen, und zwar aus allen Parteien . . ." Ähnl. schon an Bethmann, 25. IX. 1916, SchäB, u. öffentlich: Deutschlands Zukunft u. d. deutsche Friede, 1917, S. 18. Über den kuriosen u. rasch gescheiterten Versuch der Bildung einer Arbeiterorganisation des UAu vgl. K. H. Schädlich, D. Unabh. Ausschuß, in: PiK (1964), S. 57.

[244] Anschreiben zur Erklärung, o.D., HK. Welches diese außerakademischen Stellen gewesen sind, ließ sich nicht ausmachen. Ein Rundschreiben vom 2. IX. 1917, HK, nennt die Universitäten Straßburg und Freiburg als Ausgangspunkte der Werbung (vgl. auch G. Dehio [Landsmann Hallers] an H., 11. IX. 1917, HK). Mögl. Zusammenhang mit d. Landw. Hochschule Hohenheim: Westarp, Konserv. Pol. II, S. 163, u. H. Ziegler an Haller, 2. IX. 1917, HK.

[245] Text, HK, auch: Freiburger Akad. Mitteil. v. 30. X. 1917 (N.F. 23).

[246] M. Lenz an Haller, 10. IX. 1917, HK.

[247] Vgl. Kap. II, S. 23, u. Kap. III, S. 71f. Zahlen nach FZ v. 16. X. 1917; die PrJbb 170, S. 306, nannten sogar 1300 Unterzeichner. In HK erscheinen 843, zu den Unterzeichnern gehörten die Juristen: C. Bornhak, O. v. Gierke, H. Triepel, K. v. Stengel u. E. Jung; ferner u.a. M. Lenz, H. Finke, K. Hampe, J. Plenge u. F. Toennies.

[248] J. Haller, Anschreiben zu Aufruf, mit Aufforderung zur Unterschrift, HK, u. an Druckerei f. Aufr., 2. X. 1917, HK; Zitelmann an Dehio, 8. IX. 1917, HK: Beim Ausbleiben mil. Erfolge könnten Wahlen unerwünscht ausfallen (ähnl. Dehio an Haller, 11. IX. 1917, HK).

[249] E. Brandenburg an Haller, 13. IX. 1917 (HK): „Es ist ein Jammer, daß man diese unbelehrbare Reichstagsmehrheit nicht zum Teufel jagen kann, wohin sie gehört. Aber vielleicht kommt doch die Stunde, wo es die militärische Lage und die fortschreitende Zersetzung bei den Feinden als möglich erscheinen läßt, an das Volk zu appellieren . . ." Gleiche Wendung bei F. Kutscher (Physiologe, Marburg), an Haller 27. IX. 1917 (HK). — In anderem Zusammenhang erklärte der Hallische Historiker Werminghoff (an A. Schulte, 8. VI. 1918, SchB), in jedem ande-

ren Parlament hätte man eine Partei wie die deutschen Sozialdemokraten mit Handgranaten zum Schweigen gebracht. — Öffentliche Verunglimpfung des Reichstages bei G. v. Below, D. Abg. F. Naumann als ... Friedenspolitiker, DgD 1917, S. 1416. Schon am 15. X. 1916 hatte Schäfer vor seinem Ausschuß den Reichstag als ungeeignetes Agitationsobjekt bezeichnet (RkDZA I-UAu).

[250] Entwurf eines Aufrufes v. 14. VII. 1917, SchäB. An Ob. Bauer schrieb er am 26. III. 1918: „... Wenn jetzt die verfluchte Erzbergerei im Reichstag wieder in die Suppe spuckt wie in Litauen, Livland und Estland, so verdient die ganze Gesellschaft gehängt zu werden und die Regierung mit, die es sich gefallen läßt ...“ (SchäB). S. o. S. 151f. Haller, Lebenserinnerungen, o.J. masch. HK, S. 97: Erst ein Besuch bei Hindenburg im Dez. 1917 desillusionierte ihn gründlich. Nur R. Fester erhoffte von einer Auflösung des „altersschwachen“ Reichstages und von Neuwahlen ein Verschwinden der „zufälligen“ Mehrheit (Weltlage, 1917, S. 23).

[251] S. o. S. 159.

[252] A. Rehm an Haller, 21. IX. 1917; Brentano an ds., 25. IX. 1917, HK. F. Meinecke übte an der Erklärung mit der Warnung Kritik, der Versuch die Reichstagsmehrheit zu sprengen, käme einer Beseitigung der Errungenschaften des 4. VIII. 1914 gleich (PS & R, S. 205).

[253] D. Schäfer, Leben, 1926, S. 217, 220; K. Wortmann, Gesch. d. Vaterlandspartei, 1926, S. 32ff., 49, 74. Schäfer forderte Tirpitz selbst zum Eintritt in den Vorstand der DVP (nach seiner Wahl) auf (an Sch. 25. III. 1918, SchäB). Weitere Mitglieder: K. Holl u. E. Schwartz (Meinecke, Straßburg, S. 164 u. 238), G. Roethe u. U. v. Wilamowitz (Basler, Zur pol. Rolle, WZHB-G X [1961], S. 194). Nach anfänglicher Zurückhaltung veranlaßte Finke eine „fast ganz sozialdemokratische“ Rede v. Schulze-Gaevernitz' zu aktiver Mitarbeit in der DVP (an Schulte, 26. XI. 1917, SchB). Haller: Vgl. Lebenser., o.J. masch. HK, S. 156.

[254] W. Stahlberg, D. deutsche Mann, in: D. Schäfer u. sein Werk, hg. v. R. Häpke u.a., 1925, S. 118ff.; Wortmann, S. 53, 69; Schäfer, RB. UAu v. 12. XII. 1917.

[255] Wortmann, S. 53. Für Below vgl. Minnie v. Below, S. 157; Protok. d. DVP, 18. X. 1917, SchäB.

[256] Heidelberger Erkl. v. 22. X. 1917 bei Wortmann, S. 77, u. PrJbb 170, S. 306. Berliner Aufruf v. 10. X. 1917 in DB. Ein wahrscheinlich von Delbrück herrührendes Anschreiben erklärte es für die Gegenwart für „gefährlich“ und für die Zukunft für die Gelehrtenwelt „belastend“, wenn der Anschein entstünde, als begünstigten die deutschen Universitäten in toto die Vaterlandspartei (zit. b. Haller an Fester, 30. X. 1917, FK). Ähnl. Erkl. v. 19 Professoren d. Univ. Gießen, 12. XI. 1917, DK.

[257] H. Delbrück, P.K. v. 26. X. 1917, PrJbb 170, S. 306.

[258] Ds., P.K. v. 2. VI. 1917, PrJbb 168, S. 485ff., u. an Valentini, 6. VI. 1917, VM, auch a.a.O. v. Anm. 257! Wie die Fälle v. H. Oncken u. O. Hintze, der die Berliner Erklärung unterzeichnete, zeigen, fiel die im Laufe v. 1916 vollzogene Klärung der Fronten öfter zugunsten der Gemäßigten aus, obwohl es mit Fester u. E. Schwartz Gegenbeispiele gibt (Meinecke, Straßburg, S. 238).

[259] S. o. S. 70f.

[260] Meinecke, Straßburg, S. 235; Wortmann, S. 94.

[261] Um Freiheit u. Vaterland, 1. Veröfftl. d. Volksbundes mit Reden v. Troeltsch u. Meinecke u. Namensliste (S. 25ff.), Gotha 1918. Vgl. auch E. Troeltsch, Spektatorbriefe, 1924, S. 20, u. ds. an M. Rade Ende 1917, zit. nach E. Kollmann, Eine Diagnose d. Weim. Republik. E. Troeltsch, HZ 182 (1956), S. 300: Danach gaben vor allem kathol. Gewerkschaftsführer den Anstoß, während viele Protestanten noch in der „Kriegstheologie“ verharrt hätten. Angesichts der „verwüstenden“ Wirkungen der DVP, einer „Klassenpartei“ höchsten Grades, die mit Geldern der Schwerindustrie arbeite, sei der Schritt nötig geworden. „Von den akademischen Mitläufern will ich gar nicht reden“. Hauptprogrammpunkte seien Parlamentarisierung u. Wahlreform (auch ND VI, S. 195f.).

[262] Meinecke, Straßburg, S. 235.

[263] G. Roloff an Delbrück, 2., 25. XI. 1917, 28. IV. 1918, DB; R. nennt allerdings ein Verhältnis von 19 zu 12 zugunsten des Volksbundes.

[264] R. Piloty an Delbrück, 24. I. 1918, DK.

[265] H. v. Fischer an Delbrück, 15. VII. 1918, DB.

[266] Meinecke, D. deutsche Katastrophe, 1946, S. 46f.; E. Troeltsch, Anklagen auf Defaitismus, DP 1918, S. 664.

[267] Meinecke, Straßbg., S. 235; H. Oncken, D. inneren Ursachen d. Revolution, ASPG VI (1918), S. 249; A. Weber, D. Bedeutung d. geistigen Führer in Deutschland, NR 1918, 2, S. 1253f., 1264. Dagegen G. v. Below, D. Stellung d. Hochschullehrer z. d. Kriegsfragen, DE II (1918), S. 813.

[268] S. o. S. 71f.

[269] W. Goetz an Hobohm [?], 15. III. 1918, DB; R. Piloty an Delbrück 4. VI. 1917, DK; Meineckes Invektiven gegen d. DVP: D. deutsche Bürgertum im Kriege, Okt. 1918, PS & R, S. 251, u. schon vorher: Volksbund u. Vaterlandspartei (Nov. 1917), PS & R, S. 213ff. Ähnl. Delbrück, P.K. v. 16. X. 1917, PrJbb 170, S. 305, u. M. Weber, Vaterland u. Vaterl.partei, 20. IX. 1917, GpS², S. 217ff. Kritik an Führung d. Volksbundes auch: Cohnstädt an Delbrück, 24. I. 1918, DB. — Marginalien d. Kaisers zu einem Artikel Hobohms aus d. Berl. Tagebl. v. 21. VI. 1918 zeigen, daß dieser die Linie der Gemäßigten zu diesem Zeitpunkt nicht guthieß: Auch er glaubte, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht hinter der Juliresolution stünde (Akten AA, Weltk. 2 geh, Bd. 62, S. 6).

[270] S. o. S. 120, 147. Goetz: Leipz. Tagebl. 25. II. u. 9. III. 1918.

[271] Vgl. den Wandel bei Delbrück, der am 6. VI. 1917 (an Valentini, VM) noch die Gegensätze in der Reformfrage überbrücken wollte und sich dann doch einen Monat später für das gleiche Stimmrecht in Preußen entschied. — Man wird sich hüten müssen, OHL und „Militär“ einfach gleichzustellen. Bisweilen nahmen mil. Stellen — anders als die OHL — auch gegen die DVP Stellung, wie z.B. im Falle einer geplanten Rede R. Festers, die auf Bitten von Großindustriellen von dem Breslauer Gen.Kommando untersagt wurde, weil man sonst auch Kundgebungen der Sozialdemokraten gestatten müsse (DVP Breslau an Fester, 20. III. 1918, FK).

[272] S. o. S. 120, Anm. 206!

[273] S. o. S. 157.

[274] F. Toennies zit. nach G. v. Below, Ein Wort zur Verteidigung d. Vaterlandspartei, Tg 30. X. 1917. F. Toennies s. auch Anm. 247.

[275] Delbrück, P.K. v. 28. VII. 1917, PrJbb 169, S. 312; Wider d. Kleinglauben, 1918, S. 5; u.: P.K. v. 27. VII. 1918, PrJbb 173, S. 274. — O. Hoetzsch, P.W. v. 11. IV., 11. VII., 19. VIII., 12. IX. 1917, III, S. 317, 443, 525, 562. — G. v. Below, Pflicht u. Erfolg unserer vaterländ. Bestrebungen, DgD v. 5. I. 1918, S. 11; u.: UNK 13. V. u. 17. VI., wo Below für den „Fall Delbrück“ ein ähnliches Ende voraussagte wie für den Fall Valentin: Valentin wurde die venia legendi in Freiburg entzogen! (S. u. S. 181.) Vgl. ds. in AllB, 7. u. 31. XII. [!] 1918. Beispiele persönlicher — allerdings vertraulich geäußerter — Kritik: E. Meyer an Fester, 1. XII. 1917, FK: Meinecke u. Delbrück untergrüben mit ihrer pol. Arbeit die Zukunft Deutschlands; oder J. Haller an Fester, 30. X. 1917, FK: Haller bezeichnet Meinecke hier als „miserablen Politiker“ und zeiht ihn des Mangels an „historischem Verständnis“. Öffentlich am krassesten vielleicht die Auseinandersetzung zwischen Delbrück und v. Below über den Fall Valentin: PrJbb 172, S. 126ff., 292, 435ff.; 173, S. 117f.; DgD V (1918), S. 545ff. u. 1204ff.

[276] G. v. Below, D. Spaltung d. Nation u. d. 19. Juli 1917, DgD 1918, S. 866f. D. Schäfer an Bauer, 1. IX. 1917, BauK: „Das Wort des Kaisers aus dem Anfang des Krieges hat seine Wahrheit vollständig verloren, ist in sein Gegenteil verkehrt worden; Parteigeist herrscht, nicht vaterländische Gesinnung ...“ Ähnl. auf der anderen Seite M. Weber, an F. Naumann, 3. II. 1917, GpS¹, S. 466.

[277] F. Meinecke, Zwei Systeme, DP III, 1918, S. 705ff.

Anmerkungen zu Kap. VII

[1] Delbrück, P.K. v. 24. III. 1917, PrJbb 168, S. 164: Der Kampf zwischen provisorischer Regierung u. Arbeiterausschuß und sein Ausgang seien für die Weltgeschichte wichtiger als die amerikanische Kriegserklärung oder die Resultate des Tauchbootkrieges. — Genau das Gegenteil bei O. Hoetzsch, Z.R. v. 6. II. 1917, V&KMhh 31,I, S. 440.

[2] Delbrück an Lina D., in: L. Delbrück, D.s Leben, X, S. 33.

[3] Brentano, am 31. I. 1918 (nach: Mein Leben, 1932, S. 346): Käme es durch das Ungeschick der Militärs bei der Behandlung der Streikfrage zu einem Generalstreik, „so droht ein allgemeiner Zusammenbruch der Gesellschaftsordnung in Europa ...“ Ähnl. im Rückbl. F. Meinecke, Aufz. v. 1. V. 1918, in: Straßburg, 1949, S. 244f.

[4] Typisch: F. Meinecke, Grundfragen, Juni 1918, PS & R, S. 243: „Wir ... dürfen uns ... mit Befriedigung sagen, daß Rußland nach einer derartigen Katastrophe eine Großmacht ersten Ranges nie wieder werden kann ...“, wenn auch der Trieb danach bliebe. Ähnl.: O. Hoetzsch, GOHoe, S. 17 u. 25; D. Schäfer, Neugestaltung d. Ostens, DE II (1918), S. 380; H. Delbrück, P.K. v. 24. II. 1918, PrJbb 171, S. 420f., u. PrJbb 172, S. 139f.; M. Weber, Innere Lage u. Außenpol., 3. II. 1918, GpS², S. 280.

[5] H. Delbrück, P.K. v. 23. II. 1918, PrJbb 172, S. 140f.; O. Hoetzsch, 6. III. 1918, GOHoe, S. 25; D. Schäfer, in: Neuordnung unserer östl. Nachbargebiete, 1918, S. 4; R. Fester, Machtwille u.

Weltlage, 1918, S. 19; für Max Weber: W. Mommsen, Weber, 1959, S. 270. Daneben: G. v. Below, H. Delbrück als Kriegs- u. Friedenspolitiker, DgD 1918, S. 547, G. v. Schulze-Gaevernitz, Zum Freiheitsfrieden, DP III, 1 (1918), S. 364, u.: F. Meinecke, Grundfragen, Juni 1918, PS & R, S. 244f. Vgl. Kap. IV, Anm. 36!

[6] D. Schäfer, D. Neugestaltung d. Ostens, DE II (1918), S. 387f., 391, u.: Herr v. Kühlmann als Staatsmann, Schrr. UAu 65, Juli 1918, o. S.: Deutschland hätte bei den Verhandlungen Siedlungsland in den Pripjetsümpfen herausschlagen müssen. — Die vermeintliche deutsche Zurückhaltung im Osten erhöhte auch seine Furcht vor einem britischen Eingreifen an dieser Stelle, vgl.: D. Neuordnung unserer östl. Nachbgeb., 1918, S. 21.

[7] W. Mommsen, Weber, S. 271; Hoetzsch, 1. u. 9. I. 1918, GOHoe, S. 17; G. v. Below, Ein Wort zur Erklärung d. Zentrumspolitik, DE II (1918), S. 322, der das deutsche Versagen in „Litauisch Brest" dem Einfluß Erzbergers zuschrieb.

[8] H. Delbrück, P.K. v. 23. III. 1918, PrJbb 172, S. 140ff., u.: Interview mit A. Shpoljanski, Sept. 1918, DK. Bedenken: F. Meinecke, Grundfragen, PS & R, S. 248 (gegen Angliederung Liv- u. Estlandes u. bes. d. Ukraine); ähnl. M. Weber (Marianne Weber, S. 658) u. A. v. Harnack, D. deutschen Ostseeprovinzen, PrJbb 172, S. 140ff.

[9] F. Meinecke, Demobilmachung d. Geister, 23. IX. 1917, PS & R, S. 196f.

[10] E. Troeltsch, Freiheit u. Vaterland, DP III, 1 (1918), S. 72ff.

[11] Vgl. Kap. II, S. 21. Troeltsch, Freiheit u. Vaterland, a.a.O., S. 75ff., und: Anklagen auf Defaitismus, ebd. S. 661ff., 667 (in Verteidigung gegen Kritik von Seiten der DVP s. u. Anm. 12!). Ähnl. Delbrück, P.K. v. 5. I. 1918, PrJbb 171, S. 130.

[12] Vgl. d. „Gegenschrift": H. Volkelt, Demobilisierung der Geister? 1918, u. deren Besprechung durch v. Below, DE II, S. 446ff. Vgl. auch v. Below, D. Remobilisierung d. Geistes, Tg 27. IV. 1918, u. ds., D. Stellung d. Hochschullehrer, DE II, S. 813.

[13] S. o. Kap. IV, S. 91. Die Denkschrift basierte auf einem von A. Weber in Delbrücks Mittwochskreis gehaltenen Vortrag (mündl. Auskunft A. Webers), abgedr. in: Ursachen, II, S. 136ff. Vgl. auch Heuß, Naumann, 1949, S. 547, u. E. Jäckh, D. gold. Pflug. 1954, S. 398. Mitunterzeichner waren R. Bosch, F. Naumann, C. Legien, W. Stegerwald.

[14] Denkschrift, S. 138.

[15] Die Denkschrift schließt: „Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf der Staatsleitung: Der gesunde Wille der Massen ist noch zu retten. Alle gesunden Kräfte der Arbeiterschaft möchten die auf Desorganisation hindrängenden Kräfte abstoßen. Aber die Regierung muß ihnen helfen. Sie hat es in der Hand, die zersetzenden Kräfte zu einer großen zerstörenden Macht in Deutschland werden zu lassen oder sie zu dauernder Ohnmacht zu verurteilen" (S. 138).

[16] Delbrück stand ganz hinter diesem Schritt. Am 19. II. 1918 schrieb er: „Wir sehen deutlich, daß der Frieden erreichbar wäre, wenn Deutschland jetzt eine vernünftige Politik machte und namentlich die Erklärung über Belgien endlich abgäbe", ähnl. am 7. III. 1918, wo D. Ludendorff die Schuld dafür gibt, daß der Friede noch nicht verwirklicht sei, obwohl alle objektiven Bedingungen dafür vorlägen (in: Lina Delbrück, D.s Leben, X, S. 48 u. 54). Nachträglich: Festhalten an d. Reichstagsresolution, 1918, S. 11: Bei einer Freigabeerklärung für Belgien: „wären Lloyd George und Clemenceau heute noch am Ruder? Ich möchte es bezweifeln. Vielleicht säße man schon am Verhandlungstisch . . ." Skeptischer F. Meinecke, Straßburg, S. 240f. Vgl. d. Aufruf der „49": Kap. VI, Anm. 256!

[17] Ludendorff am 22. II. 1918, in: Ursachen, a.a.O., S. 92f. — Über verwandte Bemühungen des Ob. Haeften innerhalb der OHL vgl. Kuhl, Weltkrieg, II, 1929, S. 195.

[18] M. Spahn, D. Wiedereinverleibung d. Erzbeckens v. Briey u. Longwy in d. Reichsgebiet, ein geschichtliches Gutachten. Bearbeitet i.A. d. Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller u. d. Vereins deutscher Eisenhüttenleute, a.H.g. 1918: Wie jeder Großstaat hätte Deutschland das Recht, seinen geschichtlich maximalen Territorialbestand wieder zu erstreben. Die Lothringer hoffte Sp., obwohl sie Franzosen seien, doch zu loyalen Reichsbürgern erziehen zu können. — Vielleicht der krasseste Fall von Kriegs-Auftragsliteratur: Als Auftraggeber wie bei Schumacher (s. o. S. 70) wieder Stahlindustrielle. — Spahn hat dieses Gutachten nachträglich vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages verteidigt. Bei dieser Rechtfertigung ist nur der Hinweis auf den Versuch Spahns interessant, seine Unabhängigkeit gegenüber seinen Auftraggebern wenigstens vor sich selbst zu bewahren, indem er sich von ihnen die Zusicherung geben ließ, daß auch sie einen Frieden des „gegenseitigen Gerechtwerdens der Völker" unterstützen würden (Ursachen, VII,2 [1928], S. 338ff.).

[19] E. Troeltsch, D. Wesen d. Weltkrieges, WEV (1918); u.: W. Köhler, E. Troeltsch, 1941, S. 298f.

[20] F. Meinecke, Grundfragen deutscher Nationalpolitik, PS & R, S. 237; auch: Straßburg, S. 248.

[21] Th. Schiemann, Äußere deutsche Politik, WEV (1918), S. 153, Schulze-Gävernitz distanzierte sich damals ebenfalls v. d. Friedensresolution, nach Gatzke, Drive to the West, 1966, S. 273.

[22] D. Schäfer, Denkschriften an Bundesrat u. Hertling, 31. V. 1918, ASR S. 1368ff., u. SchäB bzw. BauK. Dazu die Reden v. Schäfer u. Seeberg in: Die Neuordnung unserer östlichen Nachbargebiete, UAu 3. VI. 1918 — direkt nach d. Stenogramm nachgedruckt, geben sie ein lebendiges Bild der noch zu diesem Zeitpunkt in diesem Kreis vorwaltenden illusionistischen Stimmung. — Von einer Aufgabe v. Germanisierungshoffnungen, wie B. Mann, D. balt. Länder, 1965, S. 102, meint, kann nicht die Rede sein: Vgl. Rede Schäfers, S. 18f., ferner die mit „rauschendem anhaltendem Beifall" begleitete Ansprache Seebergs, S. 38, 40f., der von einer „inneren Durchdringung" zunächst der autochthonen Oberschicht sprach, bis „das Ziel" erreicht sei; schließlich auch: Richtlinien f. d. Neugestaltung des Ostens, ebd., S. 53.

[23] H. Delbrück, Festhalten an d. Reichstagsresolution, 1918, S. 10f. u. P.K. v. 26. IV. 1918, PrJbb 172, S. 238ff. Wenn D. in einer Marginalie zu einem Brief M. Hobohms (28. VI. 1918, DK) bemerkte, er stünde nicht „voll" auf dem Boden der Resolution, so entsprach dieser Vorbehalt seinen schon 1917 geäußerten taktischen Bedenken (s. o. S. 116, Anm. 169).

[24] Lenz an Delbrück, Ende März 1918, DB.

[25] Delbrück an Lenz, 26. III. 1918 (DB). Wegen der nachteiligen Wirkungen auf das politische Klima in Deutschland, der Wiederbelebung des Annexionismus, betrachtete Delbrück die deutschen Siege sogar mit gewissen Bedenken: H. Delbrück an L., 12. IV. 1918, D.s Leben, X, S. 59: „Die Politik läßt mir keine Ruhe. So glänzend die militärischen Nachrichten sind, die Freude darüber verfliegt mir immer wieder nur zu bald, da dahinter immer fürchterlicher die Sorge auftaucht, daß gerade die Größe des Sieges uns in die Bahn des Verderbens locken wird . . ." Ähnl. M. Weber, bei Marianne Weber, 1950, S. 588 (schon 1915!).

[26] Seeberg an Lezius, 3. u. 10. IX. 1918, SK. O. Hoetzsch, 9. X. 1918, GOHoe, S. 24: „Als Weltkrieg ist der Krieg zu unsern Ungunsten entschieden . . ." Vgl. auch Brentano an Delbrück, 29. IX. 1918, DB.

[27] D. Schäfer, RB. v. 13. IX. 1918, UAu; Ob. Bauer (an Sch. 27. IX. 1918, BauK) versuchte noch zu diesem Zeitpunkt, die Bereitschaft der OHL zur Freigabe Belgiens, wie Payer sie andeutete, als nicht verbindlich hinzustellen. Vgl. auch [G. v. Below], Womit beschäftigt sich das Ausw. Amt, DgD 1918, S. 1073.

[28] F. Meinecke, Zwei Systeme, Juni 1918, DP III, S. 708; Straßburg, S. 254. Max Weber, D. nächste innenpolitische Aufgabe (Okt. 1918), GpS², S. 433f. H. Delbrück, P.K. v. 29. IX. 1918, PrJbb 174, S. 136, S. 144f. u. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 285: „Rechte und Linke müssen bei uns zusammenstehen . . . , wenn es gilt, heute den äußeren Feind und vielleicht morgen den Drachen des revolutionären Umsturzes zu fesseln."

[29] D. Aufruf wurde v. G. Roethe angeregt (an Seeberg) 8. X. 1918, SK, dort freilich noch mit einer Tendenz gegen den „Verzichtsfrieden" u. gegen eine Preisgabe von Flamen und Balten. Troeltschs Aufruf ist wesentlich vorsichtiger gefaßt (in: Berl. Tageblatt, 21. X. 1918): „In schwerer Stunde . . . wenden wir Professoren der Universität Berlin uns einmütig an das deutsche Volk und geben . . . unserer Überzeugung Ausdruck, daß wir Deutsche nur dann uns wider die übermächtigen Gegner behaupten können, wenn wir eine geschlossene innere Einheit bilden . . ." Deshalb müsse die gegenwärtige Regierung geschlossen unterstützt werden zur Erhaltung von Kaiser u. Reich. Zur Interpretation Meinecke, Straßburg, S. 255, u.: an L. Aschoff, 21. X. 1918, Ausgew. Briefwechsel, 1962, S. 95f.: Erhaltung d. Gesinnung zugunsten einer „levée en masse", jedoch tatsächlicher Verzicht. Delbrück, P.K. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 285.

[30] Max Lenz, Partei oder Vaterland (Okt. 1918), in: Wille, Macht u. Schicksal, ges. Aufss., III, 1922, S. 165: „Stemmen wir uns gemeinsam dem Los entgegen, das unser wartet, wenn wir erliegen, der Schande und Entmannung . . ."

[31] F. Schmidt-Ott, Erlebtes u. Erstrebtes, 1952, S. 162: Danach billigte Prinz Max den Plan eines Aufrufes zum letzten Aufgebot nicht. Vgl. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 270, Tageb.-Notiz v. 13. X. 1918: Die dort Tirpitz (nach Gerüchten) zugesprochenen Äußerungen ließen sich an dem fragl. Protokoll (Anm. 32) nicht verifizieren. — Irreführende Darstellung b. Jäckk, Pflug, 1954, S. 421. Vgl. dazu: D. Schäfer, Leben, S. 223; Wortmann, S. 60; Volkmann, Annexionsfragen, in: Ursachen, XII, 1, S. 149.

[32] Laut Protokoll: Verhandlungen zwischen Vertretern der UAu und d. DVP u. d. Volksbundes, 10. X. 1918, Protokollführer: W. Stahlberg (SK).

[33] Protokoll, S. 7. Schäfer schloß: „Wir sind bereit, für den erhofften Fall, daß die Oberste Heeresleitung zur nationalen Verteidigung aufruft, einheitlich mit jedem anderen zur Unter-

stützung dieses Aufrufes und zur Schaffung des nationalen Abwehrwillens zu wirken, und *wir* sind für diesen Fall unserer Leute auch völlig sicher ..."

[34] Harnack, ebd. S. 9. Deshalb hielt E. Meyer auch ein gemeinsames Vorgehen für den Fall, daß die deutsche Regierung auf die Friedensvorschläge der Westmächte einginge, für zwecklos. Ein gemeinsames Auftreten der beiden Verbände sei bei der Verschiedenheit der Anschauungen ohnehin nicht möglich. Nur bei einer Zurückweisung der Friedensbedingungen durch Deutschland und einem Aufruf zum letzten Verteidigungskampf könne man zusammengehen.

[35] Protokoll, S. 12, SK.

[36] E. Meyer an Seeberg, 28. VIII. 1918 (SK): „Das ziellose Gegeneinanderarbeiten" von Ausw. Amt, Militär und allen möglichen anderen Ressorts sei für die Verfahrenheit der deutschen Lage verantwortlich. Bei O. Hoetzsch vor allem Hinweis auf Fehler der ausw. Politik, 8. XI. 1918, GOHoe, S. 14: „Der Zusammenbruch ... ist wesentlich mit eine Folge ... des Gemisches von Schwäche und Überhebung, das wir Bündnispolitik nannten. An keiner Stelle haben wir uns neue Sympathien zu erwerben vermocht, nirgends eine breitere Basis der Bündnisbeziehungen geschaffen. Eine organische Bündnispolitik, die auch an dieser Stelle vier Jahre hindurch gefordert worden ist, wurde absichtlich von unserer Leitung abgelehnt." A. v. Müller, Sommer 1918, in: Mars, S. 240f.: „Was nutzt ... alle ... kriegerische Heldenhaftigkeit ... bei unserer inneren Zwietracht und pol. Unfähigkeit ..." G. v. Below, Die Stellung d. Hochschullehrer, DE II, S. 813.

[37] D. Schäfer: Große Politik, Tg 29. X. 1918 u.: Unseres Volkes Schicksal, Schrr. d. UAu, 12. X. 1918. G. Roethe an Seeberg, 8. X. 1918 (SK): „Vier Jahre haben wir ... den Krieg ... rühmlichst bestanden, und im fünften sollen wir nicht durch Übermacht, sondern durch eigenes Versagen drinnen und draußen zusammenbrechen ..."

[38] Auch F. Lezius (an Seeberg, 23. X. 1918, SK) vermutete hinter der Räumung Nordfrankreichs keine militärischen Gründe, sondern den Einfluß der Versöhnungspolitiker. Gegen die Antizipation der Dolchstoßlegende wandte sich Meinecke noch vor der Novemberrevolution (Zur nationalen Selbstkritik, 3. XI. 1918, PS & R, S. 260, vgl. auch Straßburg, S. 254f.).

[39] E. Meyer an Seeberg, 28. VIII. 1918, SK. v. Below bezeichnete die Behauptung, der U-Boot-Krieg hätte Amerika in den Krieg getrieben, als „unglaublichen Vorwurf" (Gesch. d. U-Boot-Krieges, DgD Okt. 1918, S. 299). Auch D. Schäfer, Unsres Vaterlandes Schicksal, Schrr. UAu 16. X. 1918, sprach jetzt von der militärisch-wirtschaftl. Übermacht der USA. — Delbrück schrieb an seine Frau am 22. IX. 1918 (D.s Leben XI, S. 109), er hätte die traurige Genugtuung, daß viele seiner früheren Gegner ihm jetzt recht gäben.

[40] D. Schäfer, Unsres Vaterlandes Schicksal, 16. X. 1918, S. 7. Ähnl. vor dem Ostmarkenverein am 26./27. X. 1918. Schäfer behauptete hier, er habe nichts anderes gefordert als führende Sozialdemokraten (z.B. Scheidemann) auch: Die Dinge jenseits der Grenze sollten nur so geordnet sein, daß von dort die inneren Verhältnisse des Reiches nicht nachteilig beeinflußt werden könnten. Als Befreier hätte Deutschland dort jedoch nicht auftreten dürfen (nach: ASR, S. 1688): Also auch in der Polenfrage blieb Schäfer seiner Konzeption treu.

[41] Vgl. Kap. IV, S. 86. D. Schäfer an Opitz, 24. VI. 1917, SchäB, dort auch wieder generelle Siedlungsforderung.

[42] D. Schäfer, Unseres Vaterlandes Schicksal, 16. X. 1918, S. 9, 18; R.B. 13. IX. 1918: Protestkundgebungen gegen eine Schmälerung des deutschen Besitzstandes seien in möglichst vielen Städten zu veranstalten. „Die Kundgebungen sollten möglichst Veranstaltungen der ganzen Bürgerschaft ... sein, also besser nicht vom Unabh. Ausschuß oder einer anderen Organisation ausgehen ..." Dem Rundbrief war eine Erklärung v. 18. X. 1918 beigefügt, die sich gegen die Annahme der feindlichen Bedingungen und gegen eine Aufgabe des U-Boot-Krieges wandte. Verlust der Ehre Deutschlands bedeutete wirtschaftlichen Tod für alle Stände: „Ein nächster Krieg wäre die unausbleibliche Folge..." [im Or. gesperrt].

[43] D. Schäfer, Große Politik, Tg 29. X. 1918.

[44] Ds. RB. v. 13. IX. 1918, u.: Unseres Vaterlandes Schicksal, 16. X. 1918, S. 18.

[45] Schäfer an Bauer, 14. IX. 1918, BauK.

[46] Schäfer, R.B. UAu v. 13. IX. 1918; Erklärung v. 18. X. 1918, UAu: Der Geist von 1813 und 1914, einmal wiedererweckt, könnte die deutsche numerische Unterlegenheit ausgleichen.

[47] Ds. RB. v. 13. IX. 1918: „Sollten wir uns nicht aufrichten an Hindenburgs Wort: 'Wir haben im Osten den Frieden erzwungen und sind stark genug, es auch im Westen zu tun' ... Sollen wir Deutschlands Retter lohnen, indem wir ihm den Glauben versagen?" Ds., R.B. v. 13. X. 1918: Er sähe keinen „Anlaß, irgendetwas von Belang von unseren Forderungen zurückzunehmen ..." Am gleichen Tage erschien auch ein Aufsatz Schäfers, der noch die Enteignung polnischen Großgrundbesitzes in Oberost forderte (DgD, Jg. 1918, S. 1161).

[48] D. Schäfer, Unseres Vaterlandes Schicksal, 16. X. 1918, S. 6 u. 17. Auch Schäfer, Leben, S. 228.

[49] D. Schäfer: Protokoll Stahlberg (vgl. Anm. 32), S. 7. Von Vorbereitungen zu nationaler Verteidigung ist auch noch in Schäfers letztem Rundbrief v. 28. X. 1918 (UAu) die Rede.

[50] Schon am 28. VIII. 1918 stellte E. Meyer (an Seeberg, SK) resigniert fest, daß es seinem Kreis nicht gelänge, über die Schichten hinaus zu wirken, die ohnehin der Vaterlandspartei nahestünden. Ähnl. Seeberg an Lezius, 31. X. 1918, SK. Charakteristisch zwei Zuschriften, die Seeberg auf den Aufruf der Berliner Professoren hin erhielt (SK): Ein Anonymus gab Seeberg den Rat, sich zur Front zu melden. „Halten Sie den Mund mit ihren Genossen Verräter [sic], sonst geht es Ihnen dreckig." Sachlich ähnl. E. Baumeister (Gewerkschaftler), 21. X. 1918: „Der hochtönenden Worte sind genug gefallen ..." Taten seien nötig, vor allem eine gerechte Lebensmittelversorgung.

[51] H. Oncken, Über die Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik, 1918 (H. Delbrück gewidmet!), S. 137, 142.

[52] H. Delbrück, P. K. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 283: „Wir haben uns klarmachen müssen, daß die Katastrophe, der wir jetzt entgegenzutreiben drohen, ihre Urquelle in unserem Verfassungssystem hat ..." S. 282: Das westliche System habe einen entscheidenden Vorzug: „Das ist die Auslese und Heranbildung von politischen Persönlichkeiten ... Wir haben nur Fachmenschen ..." Ganz ähnl. H. Ehrenberg (Philosophie, Heidelberg), Politische Mentalität, Voss. Ztg. 5. VIII. 1918. In den Augen des Kaisers, der sich für einen Sachverständigen hielt, der zugleich die Qualitäten politischer Führung in sich vereinte, machten diese Darlegungen den Verfasser „reif für das Irrenhaus" ... „Marsch nach Dalldorf ..." (Marginalien, Akten AA, Dtld. 137 geh, Bd. 8).

[53] Preuß an Delbrück, 28. IX. 1918, DB.

[54] H. Delbrück, schon am 19. I. 1918 an Lina D., in: D.s Leben, Bd. XI, S 47ff.: Die einzige Instanz, die noch die Macht hätte, außenpolitische Fehler zu vermeiden, sei der Reichstag: „Aber dem fehlen die führenden Persönlichkeiten, und die Majorität ist zerfahren und hat nicht den Mut zu ihrer Meinung. Hier steckt das eigentliche Rätsel. Weshalb kann z.B. Naumann bei uns nicht eine Stellung erlangen, wie sie Lloyd George in England hat? ... Auch wir, seine Freunde, trauen es Naumann doch im letzten Grunde nicht zu, ein die Nation führender Mann zu sein ..." Lezius verlangte damals eine Diktatur Tirpitz' (an Seeberg, 29. XI. 1917, 3. X. 1918; 1. XI. 1918, 8. XI. 1918, SK)! Am 1. XI. 1918 schrieb er: „Es war ein unheroischer Sündenfall, als die OHL zum Frieden riet ... statt Diktator und Abdankung des Kaisers zu verlangen ... Ich sage noch immer, Kaiser muß fort ... Diktatur, verschärfter Belagerungszustand, strengstes Standrecht ..." — E. Meyer nachträglich (1920) in: Rede zur Gedächtnisfeier d. Berl. Universität, Kleine Schrr., Bd. II, S. 576. Eigenartige Entsprechung bei F. Meinecke (Zwei Systeme, DP III [Juni 1918], S. 710): M. hoffte zu diesem Zeitpunkt auf einen „aufgeklärten Soldaten", der, mit „voller politischer Verantwortlichkeit betraut", den Gegensatz zwischen den beiden Systemen ausgleichen und militärische Erfolge mit der Durchführung der Wahlreform verbinden würde.

[55] H. Delbrück, P. K. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 286: Im Hinblick auf die U-Boot-Entscheidung von 1917! Auch S. 290: „Die Verantwortung für das schwere Schicksal, das heute auf uns liegt, lastet auf dem bürokratisch-militaristischen System, das ... bei uns bisher maßgebend war." Ähnl. F. Meinecke, Tagebuchnotiz v. 27. IX. 1918, Straßburg, S. 264; E. Troeltsch, Spektatorbriefe, 1924, S. 4f. W. Goetz, Antwort, Leipz. Tageblatt, 25. II. u. 9. III. 1918.

[56] H. Delbrück, P.K. v. 29. VIII. 1918, PrJbb 173, S. 410f., u. v. 29. IX. 1918, PrJbb 174, S. 145, u. v. 23. XI. 1918, PrJbb 174, S. 429.

[57] H. Delbrück, P.K. v. 18. VIII. 1918, PrJbb 173, S. 422.

[58] Ds. P.K. v. 29. VIII. 1918, PrJbb 173, S. 430.

[59] Ds., P.K. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 293: „Nachdem der Krieg nunmehr gelehrt hat, daß man nicht ungestraft solchen [alldeutschen] Phantasien nachjagt, dürfen wir mit Sicherheit behaupten, daß diese Sinnesrichtung in Deutschland endgültig überwunden ist und nicht wieder aufleben wird ..."

[60] F. Meinecke, Zur nationalen Selbstkritik (Ende Okt. 1918), PS & R, S. 257, u.: Tagebuchnotiz v. 6. XII. 1918, Straßberg, S. 275. Ähnl. E. Troeltsch nach G. Mayer, Erinnerungen, S. 302.

[61] F. Meinecke, Zur nationalen Selbstkritik, 27. X. 1918, PS & R, S. 257.

[62] H. Delbrück, Prinz Max als Kanzler, NDAZ, 8. X. 1918. Hier auch wieder die Hoffnung auf Verstärkung der Vertrauenswürdigkeit der deutschen Regierung bei den Feinden, sobald energische Reformen verwirklicht seien.

[63] H. Delbrück, P.K. v. 26. X. 1918, PrJbb 174, S. 285: „Ob die wechselnden Parteikombinationen uns besser regieren werden ... das möchte ich aufs allerstärkste bezweifeln, aber wir

müssen uns jetzt dazu herbeilassen, da das bisherige Regiment uns ... ins Unglück geführt hat. Die Abwandlung ist unvermeidlich und unwiderruflich."

[64] H. Oncken, Zusammenhänge, 1918, S. 150; F. Meinecke, bis dahin Gegner des uneingeschränkten Parlamentarismus, unterstützte nun die Neuordnung des Reiches, wie sie die Regierung Max v. Baden schließlich durchsetzte (Zur nationalen Selbstkritik, 27. X. 1918, PS & R, S. 255f., s. auch oben S. 144f.!). E. Troeltsch hatte sich schon Anfang Januar und noch deutlicher Ende Mai 1918 für die volle Parlamentarisierung des Reiches ausgesprochen (Freiheit u. Vaterland, 7. I. 1918, DP III, 1, S. 74, u.: Anklage auf Defaitismus, 24. V. 1918, ebd. S. 665); L. Brentano an Delbrück, 29. IX. 1918, DB; A. v. Harnack, vgl. Protokoll (Anm. 32) S. 9; auch Jäckh, Pflug, 1954, S. 439.

[65] H. Delbrück, an Emma Lenz, 11. X. 1918 (DB): „Das sogenannte demokratische Regiment freilich werden wir uns gefallen lassen müssen. Es hilft uns nicht nur in der Abwehr nach außen, sondern namentlich im Innern gegen den Bolschewismus, der mir sehr große Sorgen macht — übrigens den Engländern auch ..." Vgl. auch Meinecke, Straßburg, S. 257 u. A. Weber an Max v. Baden, 17. X. 1918, Rk DZA I Kriegsakten 11. Beih. I.

[66] M. Lehmann, an Delbrück, 20. I. 1918, DB, war schon damals der Organisation der Pazifisten beigetreten. O. Hintze nach Meinecke, Straßburg, S. 269. M. dort auch über seine eigene Haltung zum Pazifismus: Er hielt eine „demokratisch-pazifistische Umwandlung der Mentalitäten" nicht für unmöglich. Bei der deutschen Wehrlosigkeit würden sich pazifistische Einrichtungen praktisch als eine „pax americana" auswirken. Zum Völkerbundsgedanken vgl. u.a.: F. v. Liszt, Vom Völkerbund zur Staatengemeinschaft, 1917; Ph. Zorn, D. intern. Schiedsgerichtsbarkeit, EStWZ II (1917), S. 1107ff.; L. Brentano, D. geplante Völkerfriedensbund als Mittel zum Ausgleich wirtschaftl. Gegensätze, 1918, S. 12. S. o. S. 113f.

[67] W. v. Calker, D. Problem d. Meeresfreiheit u. d. deutsche Völkerrechtspolitik, 1917, S. 27f.: Ablehnung einer zwischenstaatlichen Sanktionierung des Seekriegsrechtes; dagegen: D. völkerrechtliche Sicherung d. wirtschaftl. Verkehrsfreiheit in Friedenszeiten, 1918, S. 8ff. u. 30ff.: Verbindung von Meeresfreiheit und Friedensgarantien ganz im Sinne Schückings! Dsgl. R. Piloty, D. künft. Völkerrecht, DFd (1918), S. 29ff.

[68] H. Delbrück, P.K. v. 29. IX. 1918, PrJbb 174, S. 146f. Bereitschaft zum Beitritt zu einem Völkerbund schon am 11. II. 1918, Interview mit einem Amerikaner (DK), auch Annahme von Rüstungsbeschränkungen angesichts der Zerstörung d. russ. Dampfwalze.

[69] Rathje, D. Welt d. freien Protestantismus, 1952, S. 259.

[70] Meinecke betrachtete ein nationales Aufgebot als politisch gemeinte Drohung, um ein Maßhalten der Gegner in den Friedensbedingungen zu erzwingen (Straßburg, 1949, S. 269ff.). Gegen „levée": A. Weber (an M. v. Baden, 17. X. 1918, Rk, DZA I), der als Folge die — von den Feinden insgeheim erhoffte — Zerstörung der verfassungsrechtlichen Ordnung befürchtete; E. Troeltsch (nach Meinecke, Straßburg, S. 271); O. Hoetzsch (ebd., S. 252); M. Weber (an Delbrück, 6. X. 1918, DB, u. Marianne Weber, S. 672).

[71] D. Schäfer, RB, UAu v. 28.(!) X. 1918.

[72] M. Weber an Delbrück, 6. X. 1918 (DB): Es sei unwürdig, daß sich der deutsche Kaiser an seinen Thron klammere, nachdem er sich vor einem amerikanischen Professor habe ducken müssen; ds. an F. Naumann, 11. X. 1918 (GpS[1], S. 477): Als Anhänger monarchischer Institutionen fordere er die Abdankung des Kaisers im Interesse von Reich und Dynastie — nicht zuletzt deshalb, weil Deutschland dann bessere Friedensbedingungen erlangen könnte. Delbrück sprach sich zunächst gegen eine Abdankung des Kaisers aus (Meinecke, Straßburg, S. 256). In DB befand sich indessen ein Aufruf „An mein Volk" (undatiert, mit eigenhändigen Korrekturen Delbrücks), der offenbar im Namen des Kaisers bekanntgegeben werden sollte: Wilhelm II. erklärte sich darin außerstande, die Regierung unter einem parlamentarischen System weiterzuführen. Die Krone sollte deshalb auf seinen ältesten Enkel übergehen, für den der Schwiegersohn des Kaisers, Herzog Ernst von Braunschweig, die vormundschaftliche Regierung übernehmen sollte.

[73] Meinecke, Straßburg, 1949, S. 169 u. 266; Max v. Baden, Erinnerungen, 1927, S. 119; C. Haußmann, Schlaglichter, 1924, S. 146, 206. Delbrück an Lina D., 29. IX. 1918, D.s Leben X, S. 110, u. an Valentini, 10. IX. 1918, DB, der zu diesem Zeitpunkt bereits die Kandidatur des Prinzen Max betrieb. Vgl. dazu jetzt E. David, Kriegstagebuch, hg. v. E. Matthias u. S. Miller, 1966, S. 282.

[74] H. Delbrück, P.K. v. 23. XI. 1918, PrJbb 174, S. 424: „Wie sehr habe ich mich geirrt! So schlimm auch die Dinge schon vor vier Wochen standen, so wollte ich doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die Front draußen ... behauptete und den Feinden einen Waffenstillstand

abtrotzte, der unsere Grenzen decke ... So viel ist gewiß, daß ich ... die Erschütterung unserer einst so festen politischen Struktur nur zu sehr unterschätzt habe ... Nein, wahrlich, einen solchen Ausgang habe ich auch in den dunklen Stunden und Ahnungen, die mich wohl öfter überkamen, nicht vorausgesehen ..." Ähnl.: E. Troeltsch, Spektatorbriefe, S. 1; E. Meyer, Vorläufer des Weltkrieges im Altertum, kleine Schrr. II, 1919, S. 507; E. Marcks, Pfingstpredigt, in: Geschichte und Gegenwart, 1925, S. 162.

Anmerkungen zur Zusammenfassung

[1] H. Delbrück, P.K. v. Dez. 1919, PrJbb 178, S. 370: „Ist es mir auch nicht gelungen, dem Sturm rasender Leidenschaften gegenüber die Stimme der Vernunft soweit zu Gehör zu bringen, daß der Weg, der vielleicht zur Rettung hätte führen können, wirklich eingeschlagen worden ist, so ist es dennoch ... nicht ohne Wert, daß die Mit- und Nachwelt weiß, daß im deutschen Volke solche Stimmen vorhanden waren ..."

[2] H. Oncken, D. inneren Ursachen d. Revolution, AsPG VI (1918), S. 253; allgem.: Th. Geiger, Aufgabe u. Stellung d. Intelligenz i. d. Gesellschaft, 1949, S. 70 f.

[3] F. Meinecke, Geschichtliche Ursachen der Revolution, in: Nach der Revolution 1919, S. 44; ähnl. Tagebuchnotiz vom 9. II. 1919, in: Straßburg, S. 166: „Der Sinn meiner Politik ist, kurz gesagt, aus zwei Nationen eine Nation zu machen ..."

[4] So noch nachträglich eine Äußerung H. Delbrücks vor dem Untersuchungsausschuß (Ursachen I, S. 210); M. Weber, Zum Thema der Kriegsschuld (1919), GpS[2], S. 477f. F. Meinecke, Straßburg, S. 279f.: „Unausgesprochen stand hinter unserer Verzichtspolitik das alte Ideal der abendländischen Völker- und Kulturgemeinschaft, die Achtung vor den Rechten unserer Nachbarvölker ..."

[5] F. Meinecke, Katastrophe, S. 46; ähnl. H. Oncken, Politik u. Kriegführung, in: Nation u. Geschichte (1935), S. 437.

[6] R. Seeberg, Autobiographie, DA (1925), S. 420; ähnl. Interpretation d. Kriegstätigkeit K. Holls v. H. Lietzmann, in: K. Holl, Ges. Aufs. z. Kirchengesch. III (1928), S. 576, vgl. auch Anm. 19.

[7] U. Stutz an Schulte, 2. VIII. 1917, SchB.

[8] Zum „Fall Valentin" vgl. die anschauliche Schilderung v. Will Schaber, in: Perspektiven u. Profile, aus Schriften V.s, 1965, S. 16ff., und die kompetente Zusammenfassung v. H. Schleier, V. V., in: D. bürgerl. deutsche Geschichtsschreibung, hg. v. J. Streisand, 1965, S. 337ff. Beide Darstellungen beruhen z.T. auf unveröffentlichten Quellen. Vgl. auch Kap. VI, S. 165, Anm. 275. G. Mayer wurde die Habilitation verweigert (ds., Erinnerungen, 1949, S. 283ff.). K. Heldmann, der Foerster nahestand, wurde suspendiert (ds., Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtsprofessors, 1922). Für Foerster vgl.: H. Lutz, Deutscher Krieg u. Weltgewissen, Zs. f. bayer. Landesgesch. XXV (1962), S. 470ff.

[9] G. M. Schwarz, Pol. Attitudes, Diss. masch. Oxf. 1961, S. 10.

[10] Bethmann an Delbrück, 7. XII. 1918, DB; vgl. auch Meinecke, Straßburg, S. 166.

[11] Valentini an Delbrück, Nov. 1918, nach: Lina Delbrück, D.s Leben, XII, S. 139 (DK).

[12] Bethmann an Max v. Baden, AA Wkg 23 geh, Bd. 28, S. 87. Ähnl. ds., Betrachtungen z. Weltkriege, II (1921), S. 125.

[13] D. Schäfer, Noch einmal Annexionen, Schrr. UAu 49 (1917): „... wer in praktischer Politik nur geringe Erfahrung besitzt, überzeugt sich bald, daß die Kunst, sie zu betreiben, wesentlich die Kunst der unermüdlichen ... Wiederholung ist. Wer nicht immer ... wieder sagt, was er vertritt, womöglich mit denselben Worten sagt, kann auf Erfolg nicht rechnen." ... Den Vorwurf des unpolitischen Denkens hat Delbrück seinem Kollegen Schäfer schon 1915 gemacht (PrJbb 162, S. 361f.).

[14] F. Meinecke, Straßburg, 1949, S. 267. Aus seinem Verständnis heraus machte allerdings auch Schäfer vielen seiner Kollegen den Vorwurf, nicht „politisch denken" zu können (an Schemann, 19. II. 1916, SF); ähnl. v. Below an die Adresse Delbrücks, UNK Nr. 498, 13. V. 1918.

[15] H. Delbrück, P.K. v. Dez. 1919, PrJbb 178, S. 370.

[16] Vgl. dazu K. Jaspers, Max Weber, 1932, S. 26f.: Weber sei nicht bereit gewesen, die Konsequenzen zu ziehen aus seiner theoretischen Einsicht in das Phänomen der Massenwirkung, d.h. im Weltkrieg die Massen der Illusionen zu berauben, deren sie zu bedürfen glaubten. Ähnl. allgemein F. Sell, Tragödie d. deutschen Liberalismus, 1953, S. 364.

[17] Das Gefühl taktischer Unterlegenheit drückt Meinecke einmal aus: „Unser kleiner Kreis

hat nur die Gedanken dazu [d.h. zur richtigen Durchführung v. Reformen], aber nicht die Kräfte" (Tagebuchnotiz v. 27. IX. 1918, in: Straßburg, S. 265).

[18] H. Delbrück, P.K. v. 23. XI. 1918, PrJbb 174, S. 444. Ähnl. A. v. Harnack, in: Erforschtes u. Erlebtes, S. 405; F. Meinecke, Ein Gespräch aus dem Herbst 1919, in: Nach der Revolution, S. 111. — Schon im Kriege sah sich Delbrück veranlaßt, auf die „glänzende" Führung d. Annexionisten hinzuweisen (Aufruf Anf. 1917, DK).

[19] D. Schäfer, RB. v. 17. XI. 1918 (UAu), auch: DE, Jg. III (1919), S. 96; ähnl. R. Seeberg in seiner Autobiographie, DA, S. 420, im Hinblick auf seine Arbeit für die Kriegszielbewegung: „Ich glaube auch heute noch nicht, daß das ein Fehler war . . ."; ebenso Minnie v. Below über G. v. Below (Biographie, S. 157) u. seine Haltung nach dem Zusammenbruch: „Und dann ward es Tatsache — das Furchtbarste. Gab er jetzt nach? . . . Nichts von alledem! Unverrückt stand er auf dem Posten des Mahners, des Anklägers und Anwaltes deutscher Ehre, unbeirrbar in Charakterfestigkeit . . ."

[20] S. o. S. 13f., Anm. 35!

[21] F. Meinecke, Drei Generationen, HZ 125 (1922), S. 252, auch: A. Weber, D. Bedeutung d. geistigen Führer, NR 1918, S. 1250, u. G. M. Schwarz, Pol. Attitudes, Diss. phil. masch. Oxf. 1961, S. 405ff.

[22] G. Radbruch, D. deutschen Univ. u. d. heut. Staat, 1926, S. 33.

Bibliographie und Abkürzungsverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

AA Akten des Auswärtigen Amtes, Politisches Archiv, Bonn.
BK Nachlaß Lujo Brentano, Bundesarchiv Koblenz.
BauK Nachlaß Oberst Max Bauer, ebd.
DB Nachlaß Hans Delbrück I, Handschriftenabteilung der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin.
DK Nachlaß Hans Delbrück II, Bundesarchiv.
EL Briefe Eduard Meyers an V. Ehrenberg, jetzt: University of London.
FK Nachlaß Richard Fester, Bundesarchiv.
HB Nachlaß Adolf von Harnack, Handschriftenabteilung der deutschen Staatsbibliothek, Berlin.
HK Nachlaß Johannes Haller, Bundesarchiv.
Rk-DZA I Akten der Deutschen Reichskanzlei, Deutsches Zentralarchiv I, Potsdam.
Rk-DZA I-NA Ebd.: Kriegsakten 15[1] (Deutscher National-Ausschuß).
Rk-DZA I-UAu Ebd.: Parteien 1[11], adh. 2 (Unabhängiger Ausschuß u. Prof. Dr. Dietrich Schäfer).
SchäB Nachlaß Dietrich Schäfer, Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin.
SchB Nachlaß Aloys Schulte, Bonn, Universitätsbibliothek.
SF Nachlaß Ludwig Schemann, Freiburg, Universitätsbibliothek.
SK Nachlaß Reinhold Seeberg, Bundesarchiv.
VM Nachlaß Rudolf v. Valentini, Deutsches Zentralarchiv II, Merseburg.

Delbrück, Lina, Das Leben von Hans Delbrück, o. J. masch. in: DK.
Haller, Johannes, Lebenserinnerungen, in: HK.
Schumacher, Hermann, Ein Leben in der Weltwirtschaft, Lebenserinnerungen, Privatbesitz von Frau E. Schumacher, München.
Seeberg, Amanda, Biographie Reinhold Seebergs, o. J. masch. in: SK.

II. Sammelwerke und Zeitschriften — sonstige Abkürzungen*

ABll Akademische Blätter, Kyffhäuser Verband, Berlin.
AeWF Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, hg. v. R. Ehrenberg, Jena.

* Im allgemeinen gelten die in der 12. Aufl. des Dahlmann-Waitz (1932) verwandten Abkürzungen. Die ihnen folgenden römischen bzw. (ab: 26) arabischen Ziffern nennen die Bandzahlen. — Auch Teil V d. Bibliographie konnte nur eine Auswahl bringen. Für einen ausführlichen Überblick über die Literatur zur Kriegszielfrage im 1. Weltkrieg vgl. d. Buch v. *H. Gatzke* u. d. auf S. 190, Anm. 9, angeführte Arbeit v. *F. T. Epstein!*

AF	Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hg. v. d. Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1959.
AFAO	Ds. Bd. IV: Die Auswirkungen der großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hg. v. L. Stern, Berlin 1959.
a.H.g.	„als Handschrift gedruckt" (nicht im Buchhandel erschienen, sondern vertraulich verbreitet).
AIK	Archiv für innere Kolonisation, hg. v. Heinrich Sohnrey, Berlin.
AllB	Alldeutsche Blätter, Mainz.
AND	Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, hg. v. F. Thimme u C. Legien, Leipzig 1915.
AÖR	Archiv für öffentliches Recht, hg. v. O. Mayer, Tübingen.
AR	Akademische Rundschau, Leipzig.
AsPG	Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, hg. v. H. Braun, Berlin.
AStA	Allgemeines Statistisches Archiv, hg. v. G. v. Mayr, München.
ASwSp	Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, hg. v. E. Jaffé u. Max Weber, Tübingen.
Bf	Der Belfried, Leipzig-Brüssel.
BGN	Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit, hg. v. Fritz Kern, Stuttgart.
BJ	Das Bismarckjahr, hg. v. E. Marcks und M. Lenz, Hamburg 1915.
BVW	Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, hg. v. F. Mammen, Dresden.
CW	Christliche Welt, hg. v. M. Rade, Marburg.
DA	Deutscher Aufstieg, hg. v. H. v. Arnim, Berlin 1925.
DE	Deutschlands Erneuerung, hg. v. H. S. Chamberlain, München.
DF	Die deutsche Freiheit, Vorträge, hg. v. Bund deutscher Gelehrter, Gotha 1917.
DFd	Deutschland und der Frieden, hg. v. W. Goetz, Leipzig.
DgD	Das größere Deutschland, hg. v. P. Rohrbach, Weimar.
DGW	Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg, hg. v. K. Hönn, Gotha 1915.
DJZ	Deutsche Juristenzeitung, hg. v. P. Laband, Berlin.
DK	Der deutsche Krieg, Flugschriften, hg. v. E. Jäckh, Stuttgart.
DKath	Deutschland und der Katholizismus, f. d. Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg, hg. v. M. Meinertz, Freiburg 1918.
DKKW	Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg, hg. v. G. Pfeilschifter, Freiburg 1916.
DKSW	Deutsche Kriegsschriften, Webers Verlag Bonn.
DLZ	Deutsche Literaturzeitung, hg. v. P. Hinneberg, Berlin.
DP	Deutsche Politik, hg. v. E. Jäckh, Weimar.
DR	Deutsche Rundschau, Berlin.
DRv	Deutsche Revue, Stuttgart.
DRR	1) unnumeriert: Deutsche Reden in schwerer Zeit, 1—12, geb., hg. v. d. Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin 1914. 2) numeriert: ds. 13 ff., Berlin 1915 ff. (Einzelhefte!).
DSt	Deutscher Staat und deutsche Kultur, hg. v. d. Heeresgruppe Herzog Albrecht, Straßburg 1918.
DTh	Die deutschen Theologen über den Krieg, hg. v. W. Laible, Leipzig 1915.
DVHP	Deutsche Vorträge Hamburger Professoren, 1914 ff.
DV	Deutsche Volkskraft nach zwei Kriegsjahren, Vorträge d. Kulturbundes deutscher Gelehrter, Berlin 1916.

DW	Deutschland und der Weltkrieg, hg. v. H. Schumacher, 2. Aufl. 1916.
DZ	Deutschlands Zukunft, hg. v. Kulturbund deutscher Gelehrter, Berlin 1916 ff.
EB	Das eiserne Buch, hg. v. G. Gellert, Hamburg 1915.
EF	Evangelische Freiheit, hg. v. Otto Baumgarten, Tübingen.
EG	Das englische Gesicht (Männer u. Völker III), Berlin 1915.
EK	Unterm Eisernen Kreuz, Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank, Berlin 1914 ff.
EStWZ	Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, hg. v. E. Jaffé, München 1916 ff.
FGE	The Fall of the German Empire, hg. v. R. H. Lutz, Stanford 1932.
FW	Die Friedenswarte, hg. v. Alfred Fried, Wien u. Zürich.
FZ	Frankfurter Zeitung.
GA	Geschichtliche Abende, Vorträge im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin 1918.
GOHoe	Gedenkschrift für Otto Hoetzsch, hg. v. F. T. Epstein, Schriftenreihe Osteuropa Nr. 3, Stuttgart 1957.
GpS^{1}	*Max Weber*, Gesammelte politische Schriften, 1. Aufl. München 1921 (für: politische Briefe).
GpS^{2}	ds., Gesammelte pol. Schriften, 2. Aufl., Tübingen 1958.
Grbb	Die Grenzboten, hg. v. G. Cleinow, Berlin.
GV	Zum geschichtlichen Verständnis des großen Krieges, Vorträge, Berlin 1916.
GwSd	Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hg. v. S. Steinberg, Leipzig 1925.
GZ	Geographische Zeitschrift, hg. v. A. Hettner.
Hf	Die Hilfe, hg. v. F. Naumann, Berlin.
Hl	Hochland, hg. v. K. Muth, Kempten.
HSt	Historische Studien, hg. v. J. Ebering, Lübeck.
HZ	Historische Zeitschrift, München.
IMW	Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, hg. v. M. Cornicelius, Berlin.
JbNSt	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, hg. v. L. Elster, Jena.
JGMO	Jahrbücher für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, hg. vom Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.
JGVV	Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, München.
KH	Kraft aus der Höhe, hg. v. H. Finke, Kempten 1915.
KM	Konservative Monatshefte, hg. v. R. Hobbing, Berlin.
KZSSp	Kölner Zeitschrift für Soziologie u. Sozialpsychologie.
LGH	Liebesgaben deutscher Hochschüler, Berlin-Kassel 1914 ff.
LZ	Literarisches Zentralblatt, hg. v. E. Zarncke, Leipzig.
Mk	Meereskunde, hg. v. W. Stahlberg, Berlin.
ND	Das neue Deutschland, hg. v. A. Grabowsky, Gotha.
NDAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung.
NR	Neue Rundschau, Berlin.
NuS	Nord und Süd, hg. v. Ludwig Stein, Breslau.
NZt	Die Neue Zeit, hg. v. K. Kautsky, Stuttgart.
OeR	Österreichische Rundschau, Wien.
OeRL	Ds. Anhang zu Bd. 42: Liebesgaben aus dem Reich (1915).
PBll	Polnische Blätter, hg. v. W. Feldman, Charlottenburg 1915 ff.
Pik	Politik im Krieg 1914—1918, hg. v. F. Klein, Berlin 1964.

PiW	Politik im Weltkrieg, v. *O. Hoetzsch*, Bielefeld 1917.
P.K.	Politische Korrespondenz v. *Hans Delbrück*.
PrJbb	Preußische Jahrbücher, hg. v. Hans Delbrück, Berlin.
PS&R	*Friedrich Meinecke*, Politische Schriften und Reden, hg. v. G. Kotowski, Berlin 1957 (= Werke, Bd. II).
PSW	Perthes' Schriften zum Weltkrieg, Gotha.
Pt	Der Panther, hg. v. A. Ripke, Leipzig.
P.W.	*Otto Hoetzsch*, Politische Wochenübersicht (zuerst in: Kreuz-Zeitung) in: ds., Der Krieg und die große Politik, Bd. I-III, Leipzig 1917 f.
R.B.	Rundbrief des UAu (seit 1915).
SchüB	Schützengrabenbücher für das deutsche Volk, Berlin 1915 ff.
Schrr.	Schriften.
SchrrVSp	Schriften des Vereins für Sozialpolitik, München.
SMhh	Süddeutsche Monatshefte, hg. v. P. Cossmann, München.
SozMhh	Sozialistische Monatshefte, hg. v. J. Bloch, Berlin.
Tg	Der Tag, Berlin.
TK	Tübinger Kriegsschriften, Durch Kampf zum Frieden, Tübingen 1914 ff.
TR	Tägliche Rundschau, Berlin.
Tü	Der Türmer, hg. v. F. v. Grotthus, Stuttgart.
UAu	Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden, D. Schäfer, Berlin.
UNK	Unabhängige Nationalkorrespondenz, Berlin 1917 f.
Ursachen	Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches 1918, IV. Reihe des Werkes des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, hg. v. W. Schücking u. a., Berlin 1925 ff.
VfZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart.
VGSt	Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, Leipzig.
Vkg	Der Völkerkrieg, Chronik, hg. v. C. H. Baer, Stuttgart.
V&KMhh	Velhagen und Klasings Monatshefte, Berlin.
VoGSd	Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hg. v. F. Meiner, Leipzig 1924.
VW	Wissenschaftliche Vorträge, gehalten in Warschau, Berlin 1916 f.
WA	Weltwirtschaftliches Archiv, hg. v. B. Harms, Jena.
WEV	Der Weltkrieg und seine Einwirkungen auf das deutsche Volk, hg. v. M. Schwarte, Leipzig 1918.
WKP	Weltkultur und Weltpolitik, Schriften hg. v. E. Jäckh, Deutsche Folge, München 1915 ff.
WMhh	Westermanns Monatshefte, Braunschweig.
WRM	Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas, eingel. v. M. Sering, 1917.
WU	Der Weltkrieg im Unterricht, Gotha 1915.
WWW	Werden und Wesen des Weltkrieges, hg. v. Dietrich Schäfer, 2 Bde., Leipzig 1916.
WZ	Deutsche Wirtschaftszeitung, hg. v. Max Apt, Leipzig.
WZt	Am Webstuhl der Zeit, H. Delbrück, d. Achtzigjährigen, hg. v. E. Daniels, Berlin 1928.
WZHB-G	Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, gesellschafts- u. sprachwissenschaftliche Reihe.
ZGW	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin.
ZKF	Zwischen Krieg u. Frieden, Kriegsschriften, Leipzig 1914 f.
Z.R.	Zeitgeschichtlicher Rückblick v. *O. Hoetzsch*, in: WMhh.

III. Einzelschriften und Zeitschriftenaufsätze von Universitätsprofessoren aus dem 1. Weltkrieg (Auswahl)

Anschütz, Gerhard: Die preußische Wahlrechtsreform, Berlin 1917.
—: Parlament und Regierung in Deutschland, Berlin 1918.
Bauch, Bruno: Vom Begriff der Nation, Berlin 1916.
Below, Georg v.: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Klaiber!*
—: Zur belgischen Frage, a.H.g. 1915.
—: Dietrich Schäfer, ND II (1913/14).
—: Deutschland und die Hohenzollern, ZKF, Nr. 30, Leipzig 1915.
—: Vlamenromantik? Pt IV (1916).
—: Deutsche Freiheit, ND IV (1915/16).
—: Das gute Recht der Kritik in der äußeren Politik. ND IV (1915/16).
—: Kriegs- und Friedensfragen, BVW 43, Dresden 1917.
—: Das gute Recht der Vaterlandspartei, Schrr. d. Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 1, 1918.
—: Der Nuntius kommt, DE II (1918).
—: Womit beschäftigt sich das Auswärtige Amt, DgD 23. VIII. 1918.
—: Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, DE II (1918).
Beyerle, Konrad: Flanderns Wehklage und wir! Heidelberg 1916.
Bissing, Friedrich Wilhelm, Frhr. v.: Westliche Kriegsziele, Weimar 1917.
Blume, Wilhelm v.: Der deutsche Militarismus, TK II (1915).
Bonn, Moritz Julius: Amerika als Feind, München 1917.
—: Was will Wilson, München o. J. (1918).
Bornhak, Conrad: Belgiens Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1917.
—: Der Parlamentarismus als Regierungsform, KM 75 (1917).
Brackmann, Albert: Kaisertum und Militarismus, EK XXI (1915).
Brandenburg, Erich: Liberalismus und Demokratie, Pt V (1917).
—: Deutschlands Kriegsziele, Leipzig 1917.
—: Die Weltlage am Ende des dritten Kriegsjahres, Deutscher Kurier, Separatdruck, Berlin 1917.
—: Frankreich, Berlin 1918.
Brandl, Alois: Byron im Kampf mit der englischen Politik und die englischen Kriegslyrik von heute, DRR, Berlin 1915.
Brentano, Lujo: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Neisser!*
—: Deutschland und seine Gegner, insbesondere England, IMW IX (1914).
—: Briefwechsel zwischen den Herren Yves Guyot und Daniel Bellet und Herrn Lujo Brentano, IMX IX (1914).
—: Der Krieg und die Verhütung seiner Wiederkehr, ASwSp 40 (1915).
—: Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit, München 1916.
—: Das ganze deutsche Volk — unser Schlachtruf und Kriegsziel, München 1916.
—: Ist das ‚System Brentano' zusammengebrochen? Berlin 1918.
Breßlau, Harry: 1813, 1870, 1914, Straßburg 1914.
Brie, Friedrich: Britischer Imperialismus, Mk XI (1917).
Busch, Wilhelm: Deutschlands Daseinskampf von Friedrich dem Großen bis heute, Marburg 1915.
Calker, Wilhelm v.: Das Problem der Meeresfreiheit und die deutsche Völkerrechtspolitik, Jena 1917.
—: Völkerrechtliche Sicherungen der wirtschaftlichen Verkehrsfreiheit, Jena 1918.
Cohen, Hermann: Über die Eigentümlichkeiten des deutschen Geistes, Berlin 1914.
Deißmann, Adolf: Der Krieg und die Religion. DRR, Berlin 1914.

—: Deutscher Schwertsegen, Stuttgart 1915.
—: Die deutsche Erweckung, IMW IX, 1914.
Delbrück, Hans: Krieg und Politik, 3 Bde., Berlin 1918 ff. (ges. P.K., die jedoch im Text immer nach PrJbb zitiert sind).
—: Vom kriegerischen Geist des deutschen Volkes, PrJbb 158 (1914).
—: Das deutsche militärische System, DW (1915).
—: Bismarcks Erbe, Berlin 1915.
—: Germany's Terms, Atlantic Monthly (1915).
—: Deutschland, die Neutralen und etwas Persönliches, a.H.g. (Dez. 1915).
—: Weltpolitik und Kolonialpolitik, Die Feldpost, Nr. 125, 27. V. 1916.
—: Strategie und öffentliche Meinung, Tg 27. IV. 1916.
—: Realpolitischer Pazifismus, PrJbb 166 (1916).
—: Deutsche und Polen, Tg Nr. 266, 11. XI. 1916.
—: Die Neuorientierung, PrJbb 168 (1917).
—: Das Beispiel Napoleons, PrJbb 167 (1917); französisch: L'exemple de Napoléon, in: Revue politique internationale, Lausanne, Jg. 1917.
—: Wilsons Botschaft, Deutsche Korrespondenz, 11. XII. 1917.
—: Hubertusburger Friede, ebd. 17. I. 1918.
—: Festhalten an der Reichstagsresolution, Berlin 1918.
—: Wider den Kleinglauben, Flugschr. Jena 1918.
—: Prinz Max als Kanzler, NDAZ, 8. X. 1918.
Diehl, Karl: Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, Jena 1915.
—: Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege, Stuttgart 1916.
Dove, Alfred: Ausgewählte Aufsätze und Briefe, Hrg. v. F. Meinecke, München 1925.
Eucken, Rudolf: Die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes, DK VIII (1914).
—: Deutscher Militarismus, DgD, Jg. 1914, II.
—: Die sittlichen Kräfte des Krieges, Leipzig 1914.
—: Deutschlands politische Rückständigkeit, DgD, Jg. 1915, I.
—: Die geistigen Forderungen der Gegenwart, Berlin 1917.
—: Was bleibt unser Halt? Leipzig 1918.
Fester, Richard: Die Politik der Reichstagsmehrheit, Halle 1917.
—: Die Weltlage am Schlusse des 3. Kriegsjahres, Halle 1917.
—: Machtwille und Weltlage, o. J. (1918).
Finke, Heinrich: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Beckmann!*
—: Der Gedanke des gerechten und des heiligen Krieges, Freiburg 1915.
—: Bismarck und wir, Freiburg 1915.
—: Deutsche Zukunftsfragen, KH (1915).
—: Recht und Notwendigkeit des Weltkrieges, DKKW (1916).
Foerster, Friedrich Wilhelm: Die deutsche Jugend und der Weltkrieg, Cassel 1915.
—: Bismarck im Lichte föderalistischer Kritik, FW Januar 1916.
—: Betrachtungen zum Weltkrieg, Zürcher Zeitung, 15. u. 18. I. 1917.
—: Demokratie und Aristokratie, Hl, XV, 2 (1918).
Gierke, Otto v.: Deutsches Recht und deutsche Kraft, IMW IX (1914).
—: Krieg und Kultur, DRR (1914).
—: Der deutsche Volksgeist im Kriege, DK 46 (1915).
—: Unsere Friedensziele, Berlin 1917.
Goetz, Walter: Der nationale Gedanke von 1870 bis 1914, SMhh Okt. 1914.
—: Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg, PSW (1916).
—: Kriegsursachen — Kriegsziele; Mitteleuropa; Kriegsergebnisse — Kriegsziele, DFd (1918).

Gothein, Eberhard: Krieg und Wirtschaft, Heidelberg 1914.
Grauert, Hermann v.: Deutsche Größe, deutscher Friede, deutsche Freiheit, KH (1915).
Gruber, Max v.: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Frank!*
—: Mobilisierung des Ernährungswesens, SMhh, Sept. 1914.
—: Die Sicherung unserer Zukunft, SMhh, Okt. 1915.
—: Völkische Außenpolitik, DE I (1917).
—: Rassenhygiene, die wichtigste Aufgabe völkischer Innenpolitik, ebd. II (1918).
Haeckel, Ernst: Englands Blutschuld am Kriege, Eisenach 1914.
—: Ewigkeit, Weltkriegsgedanken über Leben und Tod, Religion und Entwicklungslehre, Berlin 1915
Haller, Johannes: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Ernst, F.!*
—: Warum und wofür wir kämpfen, Tübingen 1914.
—: Gedanken eines Balten, SMhh, Sept. 1914.
—: Unser Ziel, Süddeutsche Ztg., 5. XI. 1914.
—: Deutschland und Rußland, Tübingen 1915.
—: Der Ursprung des Weltkrieges, Tübingen 1915.
—: Die Deutschen in Rußland, SMhh Juli 1915.
—: Front gegen Osten, DgD Jg. 1915.
—: Bismarcks Friedensschlüsse, München 1916.
—: Die russische Gefahr im deutschen Hause, Stuttgart 1917.
—: Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow, SMhh, Jan. 1917.
Hampe, Karl: Belgien und die großen Mächte, DW (1915).
—: Belgiens Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1916.
—: Das belgische Bollwerk, Stuttgart 1918
Harnack, Adolf v.: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Smend!*
—: Aus der Friedens- und Kriegsarbeit. Reden und Aufsätze, N. F. III, Gießen 1916.
—: Briefwechsel mit Freiherr v. Gebsattel, AllB, Juli/August 1916.
—: An der Schwelle des dritten Kriegsjahres, Berlin 1916.
—: Wilsons Botschaft und die deutsche Freiheit, DF (1917).
—: Die deutschen Ostseeprovinzen, PrJbb 172 (1918).
—: Erforschtes und Erlebtes. Reden und Aufsätze, N. F. IV Gießen 1923.
Hashagen, Justus: An der Schwelle des 3. Kriegsjahres, Bonn 1916.
Heigel, Karl Th. v.: An die akademische Jugend, SMhh Sept. 1914.
—: Ruhig Blut, ebd., Okt. 1914.
—: Krieg und Wissenschaft, München 1914.
Herkner, Heinrich: Krieg und Volkswirtschaft, DRR, Nr. XIX (1915).
Hettner, Alfred: Englands Weltherrschaft und der Krieg, Leipzig 1915.
—: Ziele unserer Weltpolitik, DK 64 (1915).
—: Der Friede und die deutsche Zukunft, Stuttgart 1918.
Hillebrandt, Alfred: Friedensziele, KM 74 (1917).
Hintze, Otto: Deutschland, der Krieg und die Völkergemeinschaft, IMW IX (1914).
—: Deutschland und das Weltstaatensystem, DW (1915).
—: Der Sinn des Krieges, ebd.
—: Die englischen Weltherrschaftspläne und der gegenwärtige Krieg, EK XV (1915).
—: Unser Militarismus — ein Wort an Amerika, IMW X (1915).
—: Die Demokratisierung der preußischen Verfassung, EStWZ II, 5. V. 1917.
—: Imperialismus und deutsche Weltpolitik, DF (1917).
Hoetzsch, Otto: Politische Wochenübersichten (P. W.) in: Kreuzzeitung; Gesammelt in u. zitiert nach: Der Krieg und die große Politik, 3 Bde., Leipzig 1917/18.
—: Vorläufige Gedanken zur polnischen Frage, a.H.g. (1914).
—: Zeitgeschichtliche Rückblicke (Z. R.), in: V&KMhh 1915-1917.
—: Österreich-Ungarn und der Krieg, DK 44 (1915).

—: Rußland als Gegner Deutschlands, ZKF, Nr. 6, Leipzig 1915.
—: Politik im Weltkrieg, Bielefeld/Leipzig 1917.
—: Russische Probleme, o.O., 1917.
Holl, Karl: Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte III (1928).
Jaffé, Edgar: Die Militarisierung unseres Wirtschaftslebens, ASwSp 40 (1915).
Jostes, Franz: Die Vlamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum, Münster 1915.
Jung, Erich: Parlamentarismus und Königtum, DE I (1917).
—: Unser Recht auf Landnahme, ebd.
—: Parlamentarische Entartung der Staatsgewalt im alten deutschen Reich, ebd. II, (1918).
—: Der deutsche Staatsgedanke im Gegensatz zum westmächtlichen und antiken, DSt (1918).
Kaftan, Julius: Wollen wir wirklich aus Deutschen Mitteleuropäer werden? Berlin 1916.
Kahl, Wilhelm: Vom Recht zum Kriege und vom Siegespreis, DRR (1914).
—: Die Freie Vaterländische Vereinigung, Urkunden ihrer Gründung und Entwicklung, Berlin 1915.
Kaufmann, Erich: Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, 1917, in: Gesammelte Schriften I, Göttingen 1960.
—: Zu den neuen preußischen Verfassungsvorlagen, DJZ XXIII (1918).
Kaufmann, Georg: Von dem Geiste dieses Krieges, ND IV (1915).
Köster, Albert: Der Krieg und die Universität, Leipzig 1914.
Kohler, Josef: Der heilige Krieg, Berlin 1915.
—: Not kein Gebot — Notrecht, Berlin 1915.
Kühnemann, Eugen: Deutschland und Amerika, München 1917.
Lamprecht, Karl: Krieg und Kultur, ZKF (1914).
—: Der Geist der Mobilmachung, AR II (1914).
—: Deutsche Zukunft — Belgien, Gotha 1916.
Lasson, Adolf: Deutsche Art und deutsche Bildung, DRR, Berlin 1914.
Lenard, Philipp: England und Deutschland zur Zeit des großen Krieges, o.O. 1914.
Lenz, Max: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Gräfe!*
—: Der deutsche Gott, SMhh, Sept. 1914.
—: Die Macht in der Geschichte, V&KMhh 29, I, Okt. 1914.
—: Napoleons Kampf gegen England im Lichte der Gegenwart. V&KMhh 29, I, Dez. 1914.
—: Bismarck und die deutsche Idee; der Weltkrieg im Spiegel Bismarckscher Gedanken, BJ (1915).
—: Wille, Macht und Schicksal. Kleine historische Schriften III, Berlin 1922.
Lezius, Friedrich: Deutschland und der Osten, a.H.g., Königsberg o. D. (1915).
Levy, Hermann: Unser Wirtschaftskrieg gegen England, SchüB XI (1916).
Liszt, Franz v.: Das deutsche Volk und der Krieg, IMW IX, 1914.
—: Ein mitteleuropäischer Staatenbund, ZKF II (1914).
—: Vom Völkerbund zur Staatengemeinschaft, München 1918.
Marcks, Erich: Wo stehen wir? DK XIX (1914).
—: Bismarck und unser Krieg, SMhh, Sept. 1914.
—: Neue Horizonte, IMW IX (1915).
—: Die Machtpolitik Englands, DW (1915).
—: Der Imperialismus und der Weltkrieg, Leipzig 1916.
—: Vom Erbe Bismarcks, Leipzig 1916.
—: An der Schwelle des dritten Kriegsjahres, Leipzig-München 1916.
—: Männer und Zeiten, Aufsätze, Leipzig 1916.

Mayer, Gustav: Flamenromantik, ND IV (1915/16).
Meinecke, Friedrich: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Reinold!*
—: Der Weltkrieg, NR 25, 1914.
—: Die deutsche Erhebung von 1914. Vorträge und Aufsätze, Stuttgart 1914.
—: Präliminarien der Kriegsziele, DgD, Jg. 1915 (auch: PS&R).
—: Kultur, Machtpolitik und Militarismus, DW (1915).
—: Probleme des Weltkriegs, München 1917.
—: Zwei Systeme, DP III (1918).
—: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hist. u. pol. Aufsätze, München 1918.
—: Politische Schriften und Reden (Werke II), hg. v. G. Kotowski, München 1958.
—: Ausgewählter Briefwechsel (Werke VI), hg. v. L. Dehio u. P. Classen, Stuttgart 1962.
Meister, Aloys: Unser belgisches Kriegsziel, Münster 1915.
Meyer, Arnold Oskar: Worin liegt Englands Schuld? DK XVIII (1914).
—: Deutsche Freiheit und englischer Parlamentarismus, München 1915.
Meyer, Eduard: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Marohl!*
—: Deutschland und der Krieg, EK III (1914).
—: England, seine staatliche und politische Entwicklung und der Krieg gegen Deutschland, Berlin 1915.
—: Nordamerika und Deutschland, Berlin 1915.
—: Weltgeschichte und Weltkrieg, Gesammelte Aufsätze, Berlin 1916.
—: Denkschrift über den U-Boot-Krieg, a.H.g. UAu, 1916.
—: Amerika und unser Krieg, a.H.g. 1916.
—: Der amerikanische Kongreß und der Weltkrieg, Berlin 1917.
—: Der deutsche Militarismus, SMhh Sept. 1918.
—: Der Seekrieg, die flandrische Küste und der Frieden, SMhh, Febr. 1918.
Mirbt, Carl: Der Kampf um unsere Kolonien, Braunschweig 1914.
Mitscherlich, Waldemar: Nationalstaat und Nationalwirtschaft und ihre Zukunft, Leipzig 1916.
Morsbach, Lorenz: England und die englische Gefahr, Berlin 1917.
Müller, K. A. v.: Über die Stellung Deutschlands in der Welt, München 1916.
Natorp, Paul: Der Tag der Deutschen, Hagen 1915.
Nernst, Walther: Der Krieg und die Industrie, IMW X (1916).
Niemeyer, Theodor: Das Recht des U-Boot-Krieges, Sonderdruck der Hamburger Nachrichten vom 24. IX. 1915.
—: Belgien und seine Neutralität, München 1917.
Oncken, Hermann: Deutschlands Weltkrieg und die Deutschamerikaner, DK VI (1914).
—: Unsere Abrechnung mit England, EK VIII (1914).
—: Deutschland oder England, SMhh Sept. 1914.
—: Die Vorgeschichte des Krieges, DW (1915).
—: An der Schwelle des dritten Kriegsjahres, Cassel 1916.
—: Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917.
Ostwald, Wilhelm: Monistische Sonntagspredigten, Leipzig 1914/15.
Penck, Albrecht: Politisch-geographische Lehren des Krieges, Mk IX (1915).
Piloty, Robert: Das parlamentarische System, Berlin 1917.
Plenge, Johann: Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft, Berlin 1915.
—: Der Krieg und die Volkswirtschaft, Münster 1916.
—: 1789 und 1914 — die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916.
Preuß, Hugo: Das deutsche Volk und die Politik, Jena 1915.
Rachfahl, Felix: Deutschland und Belgien, IMW IX (1915).

Radbruch, Gustav: Zur Philosophie dieses Krieges, ASwSp 44 (1917).
Rade, Martin: Dieser Krieg und das Christentum, DK XIX (1915).
Rehm, Hermann: Das politische Wesen der deutschen Monarchie, in: Festschrift O. Mayer, Tübingen 1916.
Riehl, Alois: 1813 — Fichte — 1914, DRR (1914).
Roethe, Gustav: Von deutscher Art und Kultur, Berlin 1915.
Roloff, Gustav: Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren, DK IX (1914).
Schäfer, Dietrich: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Haepke-Lokys!*
—: Sein oder Nichtsein, EK I (1914).
—: Deutschland und Frankreich, EK XIV (1914).
—: Das deutsche Volk und der Osten, VGSt (1915).
—: Der Sinn des Krieges, Pt III, 1, Jan. 1915.
—: Unser Volk inmitten der Mächte, a.H.g. (1915); (später in: Pt IV, 1916).
—: Zur Lage, a.H.g., Jan. 1916.
—: Von deutscher Art, Berlin 1916.
—: Petitionen an den Kaiser und den Reichstag zur U-Boot-Frage, a.H.g. (1916).
—: Nochmals zur Lage, a.H.g. (1917).
—: Kriegs- und Friedensziele, Schrr. d. UAu, Nr. 54, Berlin 1917.
—: Annexionen, TR, Nr. 257, 22. V. 1917.
—: Die Neuorientierung und des Vaterlandes Lage, Pt V (1917).
—: Die Wahlrechtsreform und die Polenfrage, Schrr. d. UAu, Nr. 56 (1917).
—: Die Vereinigten Staaten als Weltmacht, Berlin 1917.
—: Volk und Staat in Osteuropa, SMhh Mai 1917.
—: Rußland, EK 123/24 (1918).
—: Unterdrückte Völker, SchüB 102 (1918).
—: Die Neugestaltung des Ostens, München 1918.
—: Unsere Pflichten gegen das Auslanddeutschtum, DgD, 13. IX. 1918.
—: Unseres Volkes Schicksal, Schrr. d. UAu, 16. X. 1918.
—: Rede in: Die Neuordnung unserer östlichen Nachbargebiete, Berlin 1918.
Scheler, Max: Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg, Leipzig 1915.
—: Krieg und Aufbau, Leipzig 1916.
Schian, M.: Das deutsche Christentum im Kriege, Leipzig 1916.
Schiemann, Theodor: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Meyer, Klaus!*
—: Wie England eine Verständigung mit Deutschland verhinderte, Berlin 1915.
—: Rußland auf dem Wege zur Revolution, Berlin 1915.
—: Die Weltlage, DgD, Jg. 1915, Sept. ff.
Schmoller, Gustav: 20 Jahre deutsche Politik, Aufsätze und Vorträge 1897—1917, München 1920.
Schröer, Arnold: Zur Charakterisierung der Engländer, Bonn 1915.
Schubert, Hans v.: Die Weihe des Krieges, EK XIX, Berlin 1915.
Schücking, Walther: Der Dauerfriede, Kriegsaufsätze eines Pazifisten, Leipzig 1917.
—: Die deutschen Professoren und der Weltkrieg, Schriften d. Bundes Neues Vaterland, Berlin 1915.
—: Der Bund der Völker, Aufsätze, Leipzig 1918.
Schücking, Levin Ludwig: Der englische Volkscharakter, DK 53 (1915).
Schulte, Aloys: Von der Neutralität Belgiens, Bonn 1915.
Schulze-Gaevernitz, Gerhart v.: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Zielenziger.*
—: Freie Meere, DK 32, Stuttgart 1915.
—: Vlandern, Pt V (1917).
Schumacher, Hermann: Meistbegünstigung und Zollunterscheidung, München 1915.
—: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, DW (1915).

—: Unsere Kriegsziele, insbesondere im Westen, a.H.g. (1915).
—: Die Lösung der belgischen Frage, Leipzig 1918.
Schwartz, Eduard: Der Krieg als nationales Erlebnis, Straßburg 1914.
Seeberg, Reinhold: Das sittliche Recht des Krieges, IMW IX (1914).
—: Was sollen wir denn tun? Leipzig 1915.
—: Unsere Kriegsziele, a.H.g. (1915).
—: Geschichte, Krieg und Seele, Leipzig 1916.
—: Östliche und westliche Kultur, DE I (1917).
—: Was erwarten wir vom Friedensschluß? a.H.g. (1917).
Seeck, Otto: Katechismus des Weltkrieges, 39 zeitgemäße Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet, München 1917.
Sering, Max: Die Ursachen und weltgeschichtliche Bedeutung des Krieges, DRR (1915).
—: Die Ansiedelungsverhältnisse und Siedelungsmöglichkeiten in den besetzten Gebieten des Ostens, Pt IV (1916).
—: Staat und Gesellschaft bei den Westmächten und Deutschland, DF (1917).
Simmel, Georg: Deutschlands innere Wandlung, Straßburg 1914.
Sombart, Werner: Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München 1915.
Spahn, Martin: Schriftenverz. in: Für den Reichsgedanken, historisch-politische Aufsätze, Berlin 1936.
—: Der gegenwärtige Weltkrieg und die früheren Entscheidungskämpfe, Straßburg 1914.
—: An den Pforten des Weltkrieges, Hl XII, 1, Okt. 1914.
—: Im Kampf um unsere Zukunft, Mönchen-Gladbach 1915.
—: Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet, Gutachten, a.H.g. (1918).
—: Volksfreiheit und monarchisches Prinzip, DKath II (1918).
Spranger, Eduard: Welchen Sinn hat es, jetzt zu studieren? AR (1914/15).
Stengel, Karl v.: Zur Frage der wirtschaftlichen und zollpolitischen Einigung von Deutschland und Österreich-Ungarn, o.O., 1915.
Strieder, Jakob: Neue Wirtschafts- und Gesellschaftsprinzipien und der Geist von 1914, Hl XIII, 2 (1916).
Toennies, Ferdinand: Deutschlands Platz an der Sonne, Berlin 1915.
—: Die Arbeiterschaft und der innere Friede, NR 1916, II.
—: Der englische und der deutsche Staat, Berlin 1917.
Triepel, Heinrich: D. Völkerrecht u. d. Weltkrieg, ND II (1913/4).
—: Bismarck und die Reichsverfassung, ND III (1915).
—: Die Freiheit der Meere und der zukünftige Friedensschluß, Berlin 1917.
Troeltsch, Ernst: Schriftenverz. in: Gesammelte Schriften IV, Tübingen 1927!
—: Der Krieg und die Internationalität der geistigen Kultur, IMW IX (1914).
—: Deutscher Glaube und deutsche Sitte, EK IX (1914).
—: Unser Volksheer, Heidelberg 1914.
—: Imperialismus, NR Jg. 1915, I.
—: Der Geist der deutschen Kultur, DW (1915).
—: Der Kulturkrieg, DRR XXVII (1915).
—: Deutsche Zukunft, Aufsätze, Berlin 1916.
—: Der Ansturm der westlichen Demokratie, DF 1917.
—: Anklagen auf Defaitismus, DP III, 1 (1918).
—: Das Wesen des Weltkrieges, WEV (1918).
—: Freiheit und Vaterland, DP III, 1 (1918).
—: Deutscher Geist und Westeuropa, Aufsätze und Reden, hg. v. H. Baron, Tübingen 1925.
Valentin, Veit: Belgien und die große Politik der Neuzeit, München 1915.

Wagner, Adolph: Warum uns England bekriegt, IMW IX (1914).
Weber, Alfred: Gedanken zur deutschen Sendung, Frankfurt 1915.
—: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Friede, PrJbb 171 (1918).
—: Die Bedeutung der geistigen Führer in Deutschland, NR Jg. 1918, II.
Weber, Max: Schriftenverz. siehe unter Abt. V: *Winckelmann!*
—: Gesammelte politische Schriften, 1. Aufl. München 1921; 2. Auflage, hg. v. J. Winckelmann, Tübingen 1958.
—: Die preußische Wahlrechtsreform, EStWZ II (1917).
Wiedenfeld, Kurt: Antwerpens wirtschaftliche Zukunft, a.H.g. 1915.
Wiese, Leopold v.: Staatssozialismus, Berlin 1916.
Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich v.: Reden aus der Kriegszeit, 4 Hefte, Berlin 1914 f.
—: Reden und Vorträge, Berlin 1925.
Wundt, Max: Der deutsche Gedanke in der Philosophie, DSt (1918).
—: Deutsche Staatsauffassung, DE II (1918).
Wundt, Wilhelm: Die Nationen und ihre Philosophie, Leipzig 1915.
Ziekursch, Johannes: Was soll aus Belgien werden? DK 91, (1917).
Zitelmann, Ernst: Das Schicksal Belgiens beim Friedensschluß, Leipzig-München 1917.

IV. Memoiren

Baumgarten, Otto: Meine Lebensgeschichte, Tübingen 1929.
Bonn, Moritz J.: So macht man Geschichte, München 1953.
Brentano, Lujo: Mein Leben, Jena 1931.
Claß, Heinrich: Wider den Strom, Leipzig 1932.
Eucken, Rudolf: Lebenserinnerungen, Leipzig 1921.
Foerster, Friedrich Wilhelm: Erlebte Weltgeschichte, Nürnberg 1953.
Grotjahn, Alfred: Erlebtes und Erstrebtes, Berlin 1932.
Heldmann, Karl: Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtsprofessors, Ludwigsburg 1922.
Lubarsch, Otto: Ein bewegtes Gelehrtenleben, Berlin 1931.
Mayer, Gustav: Erinnerungen, München 1949.
Meinecke, Friedrich: Straßburg, Freiburg, Berlin, Stuttgart 1949.
Müller, Karl A. v.: Aus Gärten der Vergangenheit, Stuttgart 1951.
—: Mars und Venus, Erinnerungen 1914—1918, Stuttgart 1954.
Ostwald, Wilhelm: Lebenslinien, Teil 3, Berlin 1927.
Plenge, Johann: Die Altersreife des Abendlandes, Düsseldorf 1948.
Schäfer, Dietrich: Mein Leben, Berlin 1926.
Seeberg, Reinhold: Autobiographien, in: D. Religionswissenschaft in Selbstdarstellungen, Leipzig 1925, u.: DA (1925).
Troeltsch, Ernst: Meine Bücher, In Ges. Schriften III, Berlin 1922.
Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich v.: Erinnerungen², o.O. 1928.

V. Sekundärliteratur und Professorenschriften aus der Zeit vor und nach dem Krieg

Basler, Werner: Zur politischen Rolle der Berliner Universität im 1. imperialistischen Weltkrieg, WZHB-G X (1961).
Beckmann, Hermann: Verzeichnis der Schriften Heinrich Finkes, Hist. Jahrb. 55 (1935).
Below, Minnie von: Georg von Below, ein Lebensbild, Stuttgart 1930.
Bergstraesser, Arnold: Max Webers Antrittsvorlesung in zeitgeschichtlicher Perspektive, VfZG V (1957).

Bergsträsser, Ludwig: Die preußische Wahlrechtsfrage und die Entstehung der Osterbotschaft, Tübingen 1929.
Brandenburg, Erich: Kann der Politiker aus der Geschichte lernen? In: Vergangenheit u. Gegenwart, Jg. 1, 1911.
Bußmann, Walter: Treitschke, sein Welt- und Geschichtsbild, Göttingen 1952.
Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln/Graz 1959.
Dahlin, Ebba: French and German Public Opinion on Declared War Aims, Stanford 1933.
Dehio, Ludwig: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Fischer-Bücherei 352, 1961.
Dockhorn, Klaus: Der Einsatz der englischen Wissenschaft im Weltkrieg, Berlin 1940.
Dressler, Helmut: Angehörige unserer Universität im Kampf gegen die Alldeutschen, Humboldt Universität X, 37 (1966).
Epstein, Fritz: Friedrich Meinecke in seinem Verhältnis zum europäischen Osten, JGMO III (1954).
—: Otto Hoetzsch als außenpolitischer Kommentator während des ersten Weltkrieges, GOHoe (1957).
Ernst, Fritz: Johannes Haller, Gedächtnisrede, Bibliographie, Tübingen 1949.
Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, 3. Aufl., Düsseldorf 1964.
Foerster, Friedrich W.: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland, Stuttgart 1920.
—: Weltpolitik und Weltgewissen, München 1919.
Frank, Otto: Max von Gruber, Bibliographie, München 1928.
Gatzke, Hans W.: Germany's Drive to the West, Baltimore 1950 (Nachdruck 1966).
Geiger, Theodor: Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949.
Geiß, Immanuel: Der polnische Grenzstreifen, HSt 378 (1960).
Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bonn 1964.
Goetz, Walter: Aus dem Leben eines deutschen Historikers; Historiker in meiner Zeit, Köln/Graz 1957.
Gräfe, F.: Max Lenz zum Gedächtnis, Berlin 1935 (Bibliographie).
Haepke, Rudolf u.a.: Dietrich Schäfer und sein Werk, mit Bibliographie von *G .Lokys*, Berlin 1925.
Harnack, Adolf v.: Aus der Werkstatt des Vollendeten. Reden und Aufsätze, N. F. V, Gießen 1930.
Harnack, Axel v.: Der Aufruf Kaiser Wilhelms II. vom 4. VIII. 1914, NR Jg. 1953.
Hayek, Friedrich A.: Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach 1945.
Heuss, Theodor: Friedrich Naumann, 2. Aufl., Tübingen 1949.
—: Robert Bosch, Leben und Leistung, Stuttgart 1946.
Hillebrandt, Alfred: Die Universitäten, in: Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., Bd. II, Berlin 1914.
Hofer, Walther: Geschichtsschreibung und Weltanschauung, München 1950.
Jaspers, Karl: Max Weber, Oldenburg 1932.
Kehr, Eckart: Schlachtflottenbau und Parteipolitik, Berlin 1930.
Kellermann, Hermann: Der Krieg der Geister, Weimar o. J. (1915).
Klaiber, Ludwig: Georg von Below. Schriftenverzeichnis, Beih. XIV d. Vjschr. f. Soz.- u. Wirtschaftsgesch.
Köhler, Walter: Ernst Troeltsch, Tübingen 1941.
Kollmann, Erik: Eine Diagnose der Weimarer Republik. Ernst Troeltschs politische Anschauungen, HZ 182, 1956.

Krieger, Leonard: The German Idea of Freedom. History of a political tradition, Boston 1957.
Krill, Hans-Heinz: Die Rankerenaissance. Max Lenz und Erich Marcks, Berlin 1962.
Lewerenz, Lilli: Die deutsche Politik im Baltikum 1914—1918, Diss. phil. masch. Hamburg 1958.
Liebig, Hans v.: Die Polititik von Bethmann-Hollwegs, 3 Tle., a.H.g. (1915); später: München 1919.
Lübbe, Hermann: Politische Philosophie in Deutschland, Basel 1963.
Lutz, Heinrich: Deutscher Krieg und Weltgewissen, Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. XXV (1962).
Mann, Bernhard: Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik, Tübingen 1965.
Marohl, Heinrich: Eduard Meyer. Bibliographie, Stuttgart 1941.
Marienfeld, Wolfgang: Wissenschaft und Schlachtflottenbau (Marine-Rundschau, Beih. II), 1957.
Meinecke, Friedrich: Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, HZ 125, 1922.
—: Nach der Revolution. Aufsätze, München 1919.
—: Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946.
—: Die deutschen Universitäten und der heutige Staat, Tübingen 1929.
Meyer, Klaus: Theodor Schiemann, Frankfurt 1956.
Meyer, Henry Cord: Mitteleuropa in German Thought and Action, Den Haag 1955.
Mommsen, Hans: Zum Verhältnis von politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, VfZG X (1962).
Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik, Tübingen 1959.
Naumann, Friedrich: Politische Professoren, Hf v. 23. VII. 1914.
—: Mitteleuropa, Berlin 1915.
Neisser, Hans: Lujo Brentano, eine Bio-Bibliographie, Berlin 1924.
Oestreich, Gerhard: Ottos Hintzes Stellung zur Politikwissenschaft und Soziologie, (in: *Otto Hintze,* Gesammelte Abhandlungen, 2. Aufl., Bd. II, Göttingen 1964).
Oncken, Dirk: Das Problem des Lebensraums in der deutschen Politik vor 1914, Diss. phil. masch. Freiburg 1948.
Oncken, Hermann: Die inneren Ursachen der Revolution AsPG VI (1918).
Ostwald, Grete: Wilhelm Ostwald, mein Vater, Stuttgart 1953.
Paulsen, Friedrich: Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, Berlin 1902.
Radbruch, Gustav: Die deutschen Universitäten und der heutige Staat, Tübingen 1926.
Rathje, Johannes: Die Welt des freien Protestantismus, Stuttgart 1952.
Reinold, Anne-Marie: Friedrich Meinecke Bibliographie, HZ 174 (1952).
Ritter, Gerhard: Die Idee der Universität und das öffentliche Leben, Freiburg 1946.
—: Das deutsche Problem, München 1962.
—: Staatskunst und Kriegshandwerk II/III, München 1960/64.
Rosenberg, Arthur: Die Entstehung der deutschen Republik, Berlin 1928 (Neuaufl. 1961).
Schmid, Carlo: Politik und Geist, Stuttgart 1961.
Schmidt, Gustav: Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie, HSt 389 (1964).
Schwarz, George M.: Political Attitudes in the German Universities during the Reign of William II, Diss. phil. masch. Oxford 1961.
Seeberg, A.: Das Eliteproblem heute, in: Führungsschicht und Eliteproblem, Jahrbuch der Ranke-Gesellschaft III (1957).
Sheehan, James: The Career of Lujo Brentano, Chicago 1966.

Smend, Friedrich: A. v. Harnack, Verzeichnis seiner Schriften, Leipzig 1927.
Smend, Rudolf: Staatsrechtliche Abhandlungen, Berlin 1955.
Streisand, Joachim (Hrsg.): Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung von der Reichseinigung bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus, 2 Bde., Berlin 1965.
Thimme, Annelise: Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955.
Troeltsch, Ernst: Spektatorbriefe, hrsg. v. H. Baron, Tübingen 1925.
—: Gesammelte Schriften IV: Bibiliographie.
Vogel, Walter: Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933. Zeitungswissenschaft, Jg. 16, Sonderheft August/September 1941.
Weber, Marianne: Max Weber, ein Lebensbild, Heidelberg 1950.
Wehberg, Hans: Wider den Aufruf der 93! Berlin 1920.
—: Als Pazifist im Weltkrieg, Leipzig o. J.
Westarp, Graf K.: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2 Bde., Berlin 1935.
Winckelmann, Johannes: Max Weber, Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik, Kröner Bd. 22 (1964) (mit Bibliographie!).
Zahn-Harnack, Agnes v.: Adolf von Harnack, Berlin 1951.
Zielenziger, Kurt: Gerhart von Schulze-Gaevernitz, Bio-Bibliographie, Berlin 1927.

Tabellarischer Anhang

Kollektivüberzeugungen bei Hochschullehrern (ordtl. Professoren)
Quelle: 1914 und 1915 erschienene Kriegsschriften bzw. Erklärungen

	Historiker		Nationalökonomen		Philosophen/ Theologen	
Gesamtzahl:	69		36		178	
Beteiligung an der Kriegspublizistik:	43		21		48	
	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN
Verteidigungskrieg:	38	1	nicht erm.		nicht erm.	
Wirtschaftliche Ursache:	nicht erm.		14	3	nicht erm.	
Ziel: Weltpolitische Gleichberechtigung:	24	0	16	0	nicht erm.	
Ziel: Sicherheit:	27	0	nicht erm.		nicht erm.	
Hauptgegner: England:	23	2	nicht erm.		nicht erm.	
Kontinentale Machterweiterung:	19	1	nicht erm.		nicht erm.	
Krieg als Stahlbad:	nicht erm.		nicht erm.		14	1

Personenregister

Lebensdaten werden nur für Universitätsprofessoren aufgeführt, deren Lehrtätigkeit in die Zeit des 1. Weltkrieges fällt. Für die Angabe einer akademischen Position gilt, wenn nicht anders vermerkt, das Stichjahr 1917. Aus dem Anmerkungsteil wurden die folgenden Personengruppen hier nicht berücksichtigt: Verfasser von Arbeiten der Sekundärliteratur und von Memoiren; Briefempfänger; Persönlichkeiten, deren Namen unter derselben Anmerkungsziffer bereits im Darstellungsteil erscheinen. An Abkürzungen wurden (zusätzlich zu den schon aufgeschlüsselten) die folgenden benutzt: (a)oP für (außer)ordentlicher Professor; Pvt-Dz für Privatdozent; Phil. für Philosophie; Gesch. für Geschichte; Natök. für Volkswirtschaftslehre; Jur. für Rechtswissenschaft; StR. für Staatsrecht; KiG. für Kirchengeschichte; A für Anmerkung.